Kennziffer	Sachgebiet/Sachthema/Sachbegriff
8000°)	**Sonstiges**
8100°)	**Kernenergienutzung - allgemein**
8101*)	Atomenergieausstieg
8102*)	Gefahrenpotential
8103*)	Verursacherprinzip
8104*)	Atommüllproduktion
8105*)	Förderung des Atomenergieausbaues
8200°)	Nukleare Entsorgung - allgemein
8201*)	Risiken der Endlagerung
8202*)	Müllproblem
8203*)	Beschränkung auf deutsche Abfälle
8204*)	Wirtschaftlichkeit / Wirtschaftsinteressen
8205*)	Sachzwänge beim Antragsteller / Atomlobby / Politik
8210	Entsorgungskonzept
8211*)	Privatisierung der Endlager
8220	Notwendigkeit eines Endlagers
8230	Alternativen
8231*)	Andere Endlagertechniken
8232*)	Alternative Standorte
8290°)	Sonstige spezielle Entsorgungsfragen (z.B. Nicht-Rückholbarkeit, Entsorgungsnachweis)
8291*)	Nicht-Rückholbarkeit
8292*)	Informationserhalt
8293*)	Stand der Forschung
8294*)	Entsorgungsnachweis/-druck
8300	**Transportfragen und -risiken - allgemein**
8301*)	Anwohner an Transportwegen und in Standortnähe

°) aufgelöst
*) neu

Kennziffer	Sachgebiet/Sachthema/Sachbegriff
8302*)	Bevölkerung außerhalb dieses Bereiches
8303*)	Fehlende Untersuchungen zum Transportrisiko
8304*)	Berücksichtigung von Gutachten
8305*)	Beeinträchtigung der Lebensqualität aufgrund der Transporte
8306*)	Erhöhtes Unfallrisiko durch EG und deutsche Einheit
8307*)	Gefährdung spezieller Berufsgruppen
8308*)	Transportbehälter
8309*)	Gefährdung durch Transportunfälle
8310	Straßentransporte
8320	Schienentransporte
8321*)	Gefährdung von Bahnreisenden
8322*)	Sicherheitsanforderungen an Bundesbahn
8323*)	Bahnhöfe und Rangierbahnhöfe
8330	Besondere Verkehrsknotenpunkte
8331*)	Güterbahnhof Braunschweig
8340	Besondere Strahlenbelastungen durch Transporte
8350	Transportstudie des BMU

*) neu

Kennziffer	Sachgebiet/Sachthema/Sachbegriff
8390	Sonstige Transportfragen
8400°)	**Soziologische Auswirkungen / Ethik / Moral**
8401*)	Arbeitsplatz, Lebensraum, Freiheit
8402*)	Sozialer Zündstoff, Polizeistaat, Moral
8403*)	Psychische Auswirkungen, Ängste
8404*)	Verantwortung für Nachkommen, Schöpfung, Ethik
8405*)	Einzel- / Allgemeininteresse
8500°)	**Auswirkungen auf Eigentum, Arbeitsmarkt, Industrie Landwirtschaft, Fremdenverkehr etc.**
8501*)	Wertminderung des Grundeigentums, Schadensersatz; Auswirkung auf landwirtschaftliche Produkte, Gartenerzeugnisse, Tiere; Beeinträchtigung des Grundrechts auf Eigentum und Erbrecht
8502*)	Ansehen und Zukunft der Region; Minderung der Lebensqualität; Freizeitwert; Heimat
8503*)	Auswirkungen auf Betriebe, Arbeitsplatz, etc.
8504*)	Auswirkungen auf Braunschweig - allgemein
8505*)	Auswirkungen über die Region hinaus
8506*)	Spezielle Rechtsfragen; Umwelthaftung; Versicherungen
8507*)	Beeinträchtigung des Eigentums durch Transporte

°) aufgelöst
*) neu

Kennziffer	Sachgebiet/Sachthema/Sachbegriff
8508*)	Auswirkungen auf die Gesundheit - allgemein; Krankheitskosten
8509*)	Verschwendung von Steuergeldern
8510*)	Schäden durch Kontamination; Evakuierung
8600°)	**Katastrophenschutz (Alarmplan, örtl. Feuerwehren)**
8601*)	Katastrophenschutzpläne
8602*)	Realisierbarkeit von Zivilschutz/Evakuierung
8603*)	Ausrüstung/Ausbildung der Hilfsorganisationen
8604*)	Haftung bei Katastrophen
8700	**Proliferation**
8900°)	**Verschiedenes**
8901*)	Konsens, polit. Durchsetzbarkeit
8902*)	Parolen, Aufrufe, Appelle, Verse
8903*)	Alternative Energien/Umweltbelastung
8904*)	Zukunftsmusik
8905*)	Kosten- und Haftungsfragen
8906*)	Lehren aus der Vergangenheit
8907*)	Sonstige Einzelfragen

*) neu
°) aufgelöst

Texte zum Sachgebiet Nr. 8101

Ident.-Nr.: 3

Ich protestiere gegen die scheinbar absoluten Sicherheitsphrasen zur Endlagerstätte von Atommüll im "SCHACHT KONRAD" und hoffe, daß mittels vieler Bürgerproteste die unintelligente Art, Atomenergie zu erzeugen, ein für alle Male ad acta gelegt werden muß.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2500 8101 0

Ident.-Nr.: 10

Der Schutz und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen als Teile des Gesamtgefüges der Natur sind Arbeitsschwerpunkte des Naturschutzbundes.
Aus diesem Hintergrund heraus fordern wir seit Jahren den Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie, da sie mit zahlreichen, zum Teil lebensbedrohenden Risiken verbunden ist, die nicht zu verantworten sind.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 28

Jahrzehntelang wurden Milliardenbeträge in die Forschung für Kernenergie gesteckt, dagegen nur minimale Summen in die Erprobung alternativer Energien. Ich protestiere dagegen, daß mit SCHACHT KONRAD ein genehmigtes Endlager geschaffen wird und damit die Möglichkeit, weiterhin Atommüll zu produzieren und dort einzulagern.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 47

Ich fühle mich dazu aufgerufen, die weitere Nutzung der Atomenergie als einen technischen Irrweg abzulehnen, der den Menschen mehr schadet als nutzt. Diese Einsicht habe ich als Ingenieur nicht erst seit Tschernobyl. Ich werde mich stets gegen die Atomenergie-Nutzung aus Kernspaltung einsetzen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 56

Es gibt keine Lösung für die Probleme der Atommüllentsorgung.
Die Einrichtung eines Atommüllendlagers in SCHACHT KONRAD dient nicht dem Schutz der Bevölkerung, sondern ermöglicht den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke und anderer Atomanlagen. Zu fordern ist daher der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie. Da ein Weiterbetrieb die Entsorgungsprobleme ständig verschärft, kann erst sinnvoll über ihre Lösung nachgedacht werden, wenn alle Atomkraftwerke abgeschaltet sind und nicht täglich noch neuer Müll dazukommt.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8101

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 8200 0

Ident.-Nr.: 78

Ich bin der festen Überzeugung, daß eine Großtechnologie mit dem inzwischen bekannten Gefahrenpotential von Menschen, die sich für die Schöpfung verantwortlich fühlen, nicht akzeptiert wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 128

Ich bin grundsätzlich gegen Einlagerung von Atommüll. Weil wir die Welt für unsere Nachkommen erhalten müssen. Meiner Meinung nach gibt es genug andere Alternativen. Aus diesem Grunde bin ich der Auffassung, daß man ganz von der Kernenergie abgehen sollte.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 8200 0

Ident.-Nr.: 141

Nach meiner Meinung wird durch die Bequemlichkeit, die uns der Atomstrom bietet, versäumt, nach realisierbaren Alternativen zu suchen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 233

Ich bin mir sicher, daß die Atomenergie nicht die Energieform der Zukunft sein kann und sein wird. Ich unterstütze daher den Ausbau bzw. die Erforschung alternativer, gewaltfreier Energiequellen, deren es unzählige gibt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 247

Nutzen Sie die sich bietende Gelegenheit und führen Sie durch Ablehnung des Planes eine Energiewende herbei. Lassen Sie sich von einem Geschicht gefühl tragen und begünstigen Sie anstelle dessen den Ausbau lebensfreun licher Energieträger. Mit Beginn der Jahrtausendwende hätte Deutschland den Sprung in das Solarzeitalter getan - beispielgebend für die ganze Welt.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8101

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 8903 0

Ident.-Nr.: 254

Das beantragte Einlagerungsvolumen von SCHACHT KONRAD öffnet dem ungehemmten Ausbau des Atomprogramms in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa Tür und Tor, obwohl die unkalkulierbaren Risiken und Gefahren der Atomenergienutzung seit langem bekannt sind und die Bevölkerung seit Jahren den Ausstieg aus dieser Technologie mehrheitlich will!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 273

Solange die Bundesrepublik die Nuklearindustrie nicht abschafft, ermutigt sie die weltweite Weiterverbreitung des leichtfertigen Umgangs mit Kernenergie. Als fortgeschrittene Industriemacht haben wir da eine besondere Vorbildfunktion.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8700 8101 0

Ident.-Nr.: 280

In ethischer Verantwortung - auch gegen meine Kinder - verlange ich die Abkehr von der Atomenergienutzung und wirklich ernsthafte Bemühungen hin zu effektiver Energienutzung und alternativen Energieen. Ein Atommüllendlager darf nur für bundesdeutsche Anlagen und nicht auf weiteren Ausbau der Atomenergienutzung konzipiert werden, wobei Standort und Sicherheit absolute Priorität haben müssen. Alle diese Punkte sehe ich bei die Planungen nicht erfüllt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 8404 0

Ident.-Nr.: 283

Wieso sehen sich die zuständigen Behörden aufgrund des noch immer ungelösten Atommüllproblems nicht genötigt, auf die Atomenergie zugunsten eines würdigen Erhaltes der Schöpfung zu verzichten?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 291

Atommeiler sind per se schon umweltpolitischer Schwachsinn, weil sie nun eine zentrale Energiegewinnung ermöglichen. Das Stichwort der Zukunft heißt "dezentrale Energiegewinnung" (Windanlagen etc.). Daher wehre ich mich gegen eine Manifestation des Atomprogramms durch das Endlager

Texte zum Sachgebiet Nr. 8101

SCHACHT KONRAD.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 362

Durch diesen Brief protestieren wir gegen das Atommüllendlager und wir denken, es gibt nur eine Lösung. Die Lösung ist, daß alle Atomkraftwerke langsam geschlossen werden und daß die alternativen Möglichkeiten (wie z. B. Windkraft, Wasserkraft, Sonnenenergie) gefördert werden. Die Politik wurde in den 70er Jahren nach unserer Meinung falsch gemacht, denn das ganze Geld wurde in die Atomkraft gesteckt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 388

Warum kann man nicht die Energie aus Wasser, Sonne und Wind benutzen? Mit den Kernkraftwerden haben wir 116 % Energie, von denen 16 % aus diesen Kernkraftwerken stammen. Wenn man diese Werke einfach abschalten würde, wären die 100 % Energie, die übrig blieben, genug, um zu leben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 425

Wir müssen uns der Einsicht stellen, daß jede Form von Atomenergie derzeit an der Entsorgungsunmöglichkeit scheitert.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 8400 0

Ident.-Nr.: 486

Außerdem gibt es Techniken, alternative Energiequellen zu nutzen, bei denen kein lebensgefährlicher Müll anfällt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 507

Wegen des absehbaren Entsorgungsnotstands akzeptiere ich die mit der Freisetzung verbundene Gefährdung, soweit die Aufnahmekapazität des Endlagers auf Abfälle beschränkt wird, die in der Bundesrepublik Deutschland enstanden sind bzw. nicht mehr vermieden werden können. Nicht akzepieren kann ich die Gefährdung, soweit sie von Abfällen ausgehen soll, die durch einen vertretbar terminierten Ausstieg aus der Kernenergieerzeugung vermieden würden. Da der Verzicht auf Kernenergie technisch und praktisch möglich ist, gibt es für diese Gefährdung

meiner Lebensgrundlagen und der meiner Nachkommen keine Begründung. Das Planfeststellungsverfahren muß meines Erachtens wiederholt werden. Dabei muß erkennbar werden, in welchem Umfang es der Kernenergieerzeugung stammender radioaktiver Abfälle dienen und in welchem Umfang es darüber hinausgehende Kapazitäten als Voraussetzung für eine zeitlich nicht eingegrenzte Kernenergieerzeugung schaffen soll. Die beantragte Planfeststellung für eine undifferenzierte Betriebsdauer von mindestens 40 Jahren läßt diese Unterscheidung nicht zu.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 8203 0

Ident.-Nr.: 510

Ich möchte keine weitere Nutzung der Atomenergie, deren Tragweite von unserer Generation nicht genau einschätzbar ist und unsere Nachkommen unrevidierbar belastet.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 547

Im übrigen habe ich Radioaktivität schon immer abgelehnt, d.h. mein Interesse rührt also nicht erst seit der Planfeststellung für SCHACHT KONRAD. Ich bin gegen Atomenergie - weder um die Straßenecke, noch in Salzgitter, noch sonst irgendwo. Entsprechend wäre ich bereit, meinen eigenen Energiebedarf einzuschränken, wenn bloß endlich auf freundlichere, alternative Energieformen umgestiegen würde.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 553

Man müßte sich doch auch mal klarmachen, woher der Atommüll kommt und dort etwas ändern. Denn wenn keiner den Atommüll haben will, doch die Atomkrafgtwerke laufen kräftig weiter, ändert man damit auch nichts. Im Gegenteil, irgenwann ersticken wir unter dem radioaktiven Zeug. Ich sehe andere Möglichkeiten, Strom zu erzeugen wie z.B. mit Wind, Wasser und Sonne. Zwar müßte man den heutigen Stromkonsum verringern, d.h. weniger überflüssige Geräte und auf übermäßigen Stromverbrauch verzichten, doch ich denke, daß dies mit aller Hilfe erschwinglich ist. Meine Angst vor Atomkraftwerken (deren Probleme mit dem Müll oder auch dem Unglück in Tschernobyl) überwiegt die Bequemlichkeit, alles mit Strom zu betreiben und deshalb könnte ich auch mit weniger elektrischer Energie auskommen.

Hiermit möchte ich sagen, daß ich für die sofortige Abschaltung aller Atomkraftwerke bin und mit den daraus entstehenden Einschränkungen einverstanden bin.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 8200 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8101

Ident.-Nr.: 571

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß wir bei Beachtung unserer Sicherheitsinteressen für ein Atommüll-Lager KONRAD und für die weitere und auch verstärkte friedliche Nutzung der Atomkraft sind. Wir verpflichten Sie hiermit als demokratisch gewähltes Mitglied unserer niedersächsischen Landesregierung auch gegen die bekannte politische Meinung, für dieses Ziel einzutreten, und nicht wie bisher durch an den Haaren herbeigezogene Argumentation, alles zu tun, um von der Kernkraft wegzukommen. Denken Sie daran, daß Ihre Mehrheit nicht die größte war, daß also fast die Hälfte der Bevölkerung Sie nicht gewählt hat und evtl. auch zur Kernkraft eine andere Ansicht hat.

Bei uns kommt Strom zwar auch aus der Steckdose, aber aus der Steckdose kommt ein nicht entbehrlicher Teil bekanntlich aus Kernkraftwerken. Wenn wegen Energieminderverbrauches Kraftwerke abgeschaltet werden können, dann die CO2-schleudern Kohle- und Ölkraftwerke.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 1300 0

Ident.-Nr.: 645

Ich fühle mich finanziell benachteiligt, da auch mein schweißgetränktes Geld durch die Fortführung der Atomenergie verschwendet wird. Atomenergie ist zu teuer.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 645

Ich bin gegen Atomenergie, welche erst durch dieses Endlager fortgeführt bzw. in großem Maßstab weitergeführt werden kann. Atomenergie ist kurzsichtig. Unser "Energiehunger" muß gestoppt werden. Alternativ-Energien müssen her.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 646

Die Atomenergieerzeugung gibt dem Entstehen von Baasdemokratie, einer für mich erstrebenswerten Form der Mitbestimmung, keine Chance. Einmal getroffene Entscheidungen sind irreparabel und nicht mehr rückgängig zu machen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 8400 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8101

Ident.-Nr.: 646

Die Erzeugung von Atomenergie kapital-ökonomisch gesehen billig ist, dabei aber die Kosten für die Zerstörung der Lebensgrundlagen für Pflanzen und Tiere (s. Tschernobyl) nicht eingerechnet werden. Die letztendlich billige Elektroenergie wirkt aber einer weltweit dringendst nötigen Energieeinsparung entgegen und begünstigt die unsere Lebensgrundlagen zerstörende Energieverschwendung.
Durch die Entwicklung neuer Technologien zur Erzeugung von Atomenergie Geldmittel in riesigem Ausmaß gebunden werden, die für eine pluralistische Energiepolitik bzw. -erzeugung benötigt werden, zum Beispiel für die Entwicklung von Solartechnologien (ein Beispiel).

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 2400 0

Ident.-Nr.: 646

Die Errichtung des Atommüllendlagers bedeutet ein garantiertes Fortführen der Erzeugung von Atomenergie. Ich bin aber entschieden dagegen, weil:
- Atomkraftwerke eine Zentralisierung der Energieproduktion bedeuten, und zwar von großem Ausmaß. In der Folge entsteht ein Zwang gegen letztendlich jede(n) Bürger(in), so daß alternative Energiequellen für jede(n) einzelne(n) nicht mehr nutzbar sind.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 745

Wir sind nicht bereit, mit der Gesundheit unserer Familie für die Folgen einer verfehlten Energiepolitik zu bezahlen. So ist es uns völlig unverständlich, daß noch 1991 800 Mill. DM allein für die nukleare Energieforschung ausgegeben werden sollen, dagegen nur 300 Mill. DM für erneuerbare Energien und Energieeinsparungen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 746

Solange Atomenergie nicht so sicher ist wie das Amen in der Kirche, tun wir uns, unseren Kindern und Kindeskindern, ich möchte sogar soweit gehen zu sagen, der gesamten zukünftigen Weltbevölkerung, keinen Gefallen, mit radioaktiven Stoffen lebensgefährliche Energien und Waffen zu erzeugen.
Warum verwenden wir nicht ebensoviel Kraft, Sinn und Verstand für Sicherheit in natürliche Energien? Die Energien von Sonne, Wind und Wasser sind uns praktisch vor die Tür gelegt. Warum also wird hier nicht das sinnvoll investiert, was anderen Ortes zum Fenster hinausgeschmissen wird? Warum soll Otto Normalverbraucher langsam aber sicher verstrahlt werden, wenn das gar nicht nötig ist?
Es ist doch fast schon pure Dummheit, natürliche, unschädliche Energien ungenutzt zu lassen und statt dessen mit Radioaktivität herum-

zuspielen, die uns alle töten kann!
Wenn wir nun auf diese gefährliche Art Energie verzichten, wären somit alle atomaren Zwischen- und Endlager nicht mehr nötig!
Darum wende ich mich gegen ein Atommüllendlager in SCHACHT KONRAD.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 8400 8220

Ident.-Nr.: 812

Die Nutzung der Kernenergie muß weltweit abgeschafft werden. Sie ist eine Bedrohung für die ganze Menschheit, für alles Leben auf dieser Erde.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 858

Ich bin sowohl für den Schutz des ungeborenen Lebens, als auch für den Schutz des geborenen Lebens. Wer sich für das eine einsetzt, muß konsequenter Weise auch für die andere Sache sein. Sonst ergibt es keinen Sinn.
Ich würde mich bestimmt nicht für einen grünen Spinner oder einen Träumer bezeichnen. Vielmehr bin ich der Meinung und da bin ich mir ganz sicher, daß der überwiegende Teil in unserem Volk zu diesem Themenbereich meine Einstellung teilt. Aber ein Großteil unserer Mitmenschen bringt nicht die Kraft auf, sich in dieser Form zu äußern. Würde es ein Volksvotum hierzu geben, so wie in anderen europäischen Ländern, dann würden wir ganz sicher zu einem eindeutigen Ergebnis kommen. Der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung spricht sich gegen die Nutzung der Atomenergie und der damit verbundenen Lasten aus. Die Resonanz in dieser Region SCHACHT KONRAD ist ebenfalls sehr groß.
Ich hoffe, daß Sie die Stimmung in der Bevölkerung in entsprechender Form würdigen und bitte Sie daher, der Errichtung und der Inbetriebnahme des ersten europäischen Atommüllendlagers entgegenzuwirken und keine Genehmigung zu erteilen. Es wäre doch wirklich demokratisch, wenn die Mehrheit im Staate recht bekäme.
Es zeigt sich hier auch, daß die ablehnende Haltung gegen das Projekt "SCHACHT KONRAD" von den verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen (Gewerkschaften, Landvolkverband, Ev. Landeskirche pp.) getragen wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 8402 0

Ident.-Nr.: 880

Ich schlage deshalb vor, SCHACHT KONRAD nicht zu genehmigen und damit auf Kernenergie zu verzichten.
Statt dessen sollten intelligenten regenerativen Energien wie Photovolataik den Stellenwert bekommen, der Ihnen volkswirtschaftlich nach Aufstellung aller Kosten heute bereits zukommen sollte.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8101

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8200 8101 0

Ident.-Nr.: 886

Darüberhinaus würde ich empfehlen, anstatt an der Atommüllendlagerung, an der Vermeidung von Atommüll zu arbeiten, indem man aus der Kernenergiegewinnung endgültig aussteigt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 904

Der menschenverachtenden, technikgeilen Atom-Industrie wird durch SCHACHT KONRAD eine Möglichkeit geboten, weiterzumachen statt abzuschalten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 975

Hiermit erhebe ich eine Einwendung gegen das geplante Atommüllendlager SCHACHT KONRAD in Salzgitter.
Solange die Sicherheit des besagten Erzbergwerkes nicht hundertprozentig nachgewiesen ist, kann ich die Inbetriebnahme von SCHACHT KONRAD nur als eine in höchstem Grade unverantwortliche Tat bezeichnen.
Politiker, die ihrem Volk mit vollem Bewußtsein eine derart "strahlende Zukunft" vorbereiten, kann ich leider nicht wieder wählen.
Damit nicht weiterhin unentsorgbarer Atommüll produziert wird, muß ein Ausstieg aus der Atomenergie angestrebt werden. Gleichzeitig muß die Forschung der alternativen Energiegewinnung mit allem Nachdruck vorangetrieben werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 990

Wenn Weltweit mit der angeblich "friedlichen Nutzung der Atomenergie fortgefahren wird, wenn sich immer mehr von dem Teufelszeug Atommüll stapelt, wird die Angst davor die Menschen schließlich erwürgen.

Der Bundesumweltminister, Herr Töpfer, hat sich seine Weisungsbefugnis gegenüber der niedersächsichen Umweltministerin, Frau Griefahn, vom

Texte zum Sachgebiet Nr. 8101

Verfassungsgericht bestätigen lassen. Sind wir zutiefst beunruhigte Bürger nunmehr gezwungen, uns vom Verfassungsgericht bestätigen zu lassen, daß Art.2,Abs.2, des Grundgesetzes beachtet wird (Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit)?

Wir sind uns ja wohl heute alle darin einig, daß Körper, Seele und Geist des Menschen eine Einheit sind. Eine geängstigte Seele aber kann sehr wohl die ganze Person zugrunde richten. Hat Herr Töpfer das bedacht? Ich glaube nicht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 1500 8403

Ident.-Nr.: 1061

Durch die Genehmigung von SCHACHT KONRAD als Endlager wird die Kernenergienutzung verlängert. Der ganze Atommüll Europas könnte nach Salzgitter fließen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 1068

Durch die unmittelbare Nähe sind die Anwohner besonders gefährdet, doch ich sehe in zweiter Linie auch die Gefährdung der Welt. Mit einem "NEIN" zu Konrad will ich den Ausstieg aus der gesamten Kernenergie!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 1191

Ganz allgemein wende ich mich gegen SCHACHT KONRAD als Teil des gesamten Atomenergieprogramms, da die Entwicklung und der Einsatz anderer Techniken zur Energiegewinnung und -einsparung vom Staat vernachlässigt werden. Die Entwicklung und der Atomenergieversorgung bindet finanzielle Mittel und wissenschaftliche Kapazitäten, die für diese anderen Techniken wirkungsvoller eingesetzt werden könnten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 1197

Außerdem ist das Atomprogramm mit allen Folgekosten völlig unrentabel und belastet somit den Steuerzahler. Sinnvoll wäre ein Energiesparkonzept und ein konsequenter Ausbau alternativer Energieformen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8101

Ident.-Nr.: 1209

Wir sind Gegner der Atomlobby und deren technische Entwicklungen.
Es sind soviel Kohle, Erdgas und Erdöl vorhanden, daß wir über Jahrhunderte keine gesundheitsgefährdende Atomindustrie benötigen.
Die Schäden durch Atomstrahlung sind so gravierend und gesundheitsschädlich, daß man schon bei geringer Verantwortung darauf verzichten mu

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 1465

Mit dieser Einwendung möchte ich ganz klar und deutlich meine Betroffenheit über die Entwicklung der Kernenrgie zum Ausdruck bringen. Ich frage sie, wie sie es verantworten können, weiterhin für die Atomenergie zu stimmen, obowhl wir alle sehen, daß der Atommüll und die Gefahren der Atomenergie uns allen über die Köpfe wachsen!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 1465

Zum Ende möchte ich betonen, daß ich absolut gegen Atomkraft bin, da diese Situation zum Beispiel schon sehr gut zeigt, wie tief wir im Dreck sitzen. Die Menschen sind einfach nicht in der lage, mit dieser form der Energie umzugehen. Deshalb forde ich sie auf:TRETEN SIE FÜR EINE WIRKLICH UMWELTFREUNDLICHE ENERGIEVERSORGUNG EIN, wie Sonnenwind und Wassernutzung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 1496

Ehe über eine Endlagerung des vorhandenen Atommülls entschieden wird, ist es zwingend erforderlich, aus der Atomwirtschaft auszustiegen. Die Zeit ist reif dafür, alternative Energiequellen vor allem finanziell zu fördern bzw. ein schlüssiges Konzept für Energieeinsparung zu entwickeln. Meiner Forderung nach Ausstieg aus der Atomenergie möchte ich auch dadurch Nachdruck verleihen, daß ich es für meine Familie (drei heranwachsende Kinder) und darüber hinaus für alle Lebewesen - also auch die Tiere und Pflanzen - für unverantwortlich halte, sie einer ständigen tödlichen Bedrohung auszusetzen. Die Erde insgesamt gerät durc eine Fortführung der Nutzung der Atomenergie in eine ständig wachsende Heillosigkeit hinein. Es ist höchste Zeit, der größten je auf unserem Planeten dgewesenen Fehlentwicklung Einahlt zu gebieten!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2400 8101 0

Ident.-Nr.: 1876

Hiermit erheben wir Einspruch gegen das geplante Atommüllendlager in SCHACHT KONRAD bei Salzgitter. Wir sehen uns durch diese Pläne in unseren Grundrechten auf Leben und Gesundheit bedroht.
Die Frage "Wohin mit dem Atommüll?" zeigt in aller Deutlichkeit, daß uns die eigentliche Problematik der Energiegewinnung durch Atomstrom noch ins Haus steht. Akzeptable Lösungen erfordern hier ein Höchstmaß an Verantwortlichkeit und Weitsicht. Zeiträume von vielen 1000 Jahren lassen sich durch den Kenntnisstand unserer Wissenschaften nicht vollständig erfassen, z.Zt. relativ stabile politische Verhältnisse werden kein Dauerzustand sein. Nicht nur das Reaktorunglück von Tschernobyl und seine katastrophalen Folgen für alles betroffene Leben wirft einen Schatten auf die Illusion, die Nutzung der Atomenergie in westlichen Systemen sei kalkulierbar.
Für uns kann jede Diskussion um Endlagerung radioaktiver Stoffe nur mit einem Ausstieg aus dem Atomprogramm beginnen. Erst dann kann mit dem genauen Wissen um Menge und Art der angefallenen Stoffe eine gewisse Planbarkeit eintreten. Nur so laufen wir nicht Gefahr, uns mit der Lagerung in SCHACHT KONRAD quasi unterirdisch an unserer Verantwortung für kommende Generationen vorbeizumogeln.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 3000 8101

Ident.-Nr.: 2504

ich bin weiterhin besorgt, falls Einlagerungen erfolgen, daß zwielichtigere Geschäftemacher Kontrollen unterlaufen und nochmals zusätzliche Gefahren uns dann bescheren.
Es ist ein Skandal, wie verantwortungslos und ohne Skrupel die Atomwirtschaft auf Kosten der gesamten Menschheit von Wissenschaftler und Politiker befürwortet wird
Wie kann die Atomenergie über Jahre als so optimal anbieten, wenn noch nicht einmal eine Endflagerung gegeben ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 8101 0

Ident.-Nr.: 3104

Da man nicht nur "nein danke" sagen soll: Ich bin für Verstärkung der Programme für umweltschonende Energiequellen, damit nicht ständig mehr Atommüll anfällt, insbesondere für schadlose Ausschöpfung der Solar- und Windenergie, aber auch für die von der Landwirtschaft angebotenen "Nachwachsenden Rohstoffe".

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 3108

Es ist überhaupt absurd Atomstrom zu produzieren und zu verbrauchen und unseren Nachkommen den Dreck zu hinterlassen.
Die Milliarden der Erforschung, Herstellung und Beseitigung der Abfälle, hätten lieber in Sparprogramme und Alternativenergien gesteckt werden sollen.
Das Ökoinstitut in Freiburg hatte bereits vor längerer Zeit in einer Studie bewiesen, daß wir auch ohne Atomstrom auskommen würden, aber

Texte zum Sachgebiet Nr. 8101

Atomlobby, bzw. Maffia haben das verhindert.
Spätestens nach Tchernobyl hätte ein Umkehr der Energiepolitik erfolgen müssen, aber scheinbar waren die zuständigen Minister mit Blindheit geschlagen, oder sind von obengennanter Lobby erpreßt worden.
Jetzt müssen 600 000 Tonen konteraminierter Müll beseitigt werden und keiner weiß wohin und keiner will ihn haben.
Die Kinder der III. Reich-Mitverantwortlichen haben gefragt: "Warum habt ihr das zugelassen?" Unsere Kinder und Enkelkinder werden die Atomverherrlicher dasselbe fragen.
Alle Minister haben geschworen Schaden vom Deutschen Volk abzuwenden, sie sollen sich auch danach richten!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 8400 0

Ident.-Nr.: 4462

Seit vielen Jahren engagiere ich mich in der Anti-Atomkraftbewegung, weil die Nutzung der Atomenergie technisch und menschlich nicht beherrschbar, ethisch und ökologisch, volks- und weltwirtschaftlich nicht vertretbar und die Entsorgung weltweit ungelöst ist.
Die Tatsache, daß ein Atommüllendlager Schacht Konrad mit einem Einlagerungsvolumen von über 1,1, Millionen m3 die weitere Atomenergieerzeugung und Nutzung rechtlich und politisch absichern soll, steht im erklärten Widerspruch zu meinen gesellschaftlichen und politischen Wertvorstellungen, Zielen und meiner Arbeit.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 8500 8400

Ident.-Nr.: 4706

Der weltbekannte Atom-Wissenschaftler Albert Einstein hat bereits 1928 ganz eindringlich die Welt vor der Anwendung der Atomtechnik gewarnt und sie vor dem Leben als nicht verantwortbar deklariert!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 1500 0

Ident.-Nr.: 5049

Desweitern soll der Betrieb von SCHACHT KONRAD als Atommüll-Endlager die Atomtechnologie grundaätzlich hinaus schieben, indem so getan wird, als gäbe es die "sichere", "saubere" und "unausschöpfbare" Energie durch Atomkraft. Die Atomtechnologie gehört hingegen zu den Technologien, die eine hierarchische und totalitäre Gesellschaft brauchen, um zu funktionieren. Der Umgang mit radioaktiven Stoffen verlangt beispielsweise, eine schärfere Kontrolle der dort Arbeitenden und aus Angst vor Sabotage der anwohnenden Bürger.
Die Atomtechnologie beinhaltet auch die Schaffung von "Sachzwänge" treffen dann Politiker, von der Bevölkerung hermetische getrennt, Entscheiden, deren Folgen zwar die Mehrheit der Menschen betrifft, auf die aber nur eine Minderheit von Menschen Einfluß haben.
Betriebsgeheimnisse, Hierarchien und Mißchtung der Mitbestimmung der Mehrheit der Betriebsangehörigen sind auf betrieblicher Ebene die

Folge, Polizeistaat und ein totalitärer, zentralistischer und undemokratischer Staat sind auf der Ebene der gesamten Gesellschaft die Folge.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 5501

Es ist an der Zeit für neue Ansätze in der Energiepolitik - Subventionen müssen umgestaltet werden. Heutige Möglichkeiten, der sog. Stand der Technik, müssen ausgeschöpft werden -, d. h. Ausnutzung aller möglichen (umweltfreundlich(er)en) Energiearten. Unsere Gesellschaft muß sich vom Monopolwesen verabschieden - wichtig ist Dezentralisierung ("jeder erhält ein Klein(st)-Kraftwerk im Keller - Kraft-Wärme Kopplung - von vielen Wissenschaftlern gefordert") bis hin zu Biogasanlagen (auf dem Land), Windkraft, Photovoltaik, ...
Am Wichtigsten ist allerdings das Energiespar-Gebot!
Unser Konsumverhalten muß neu überdacht werden. BSP:
Die Spülmaschine mag wenig Wasser verbrauchen, aber sie benötigt (elektrische!) Energie; Heizen mit Strom ist sträflich (Nachtspeicher sind in dieser Hinsicht, wenn auch sparsamer geworden, Schluckspechte).

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 5534

Ich fühle mich in meinem Grundrecht auf Leben und Gesundheit durch die Errichtung des Atommüllendlagers beeinträchtigt und bedroht!
Zumal dadurch die teure, risikoreiche und verantwortungslose Atomwirtschaft weiter betrieben wird, für die bis heute jede gesetzliche Grundlage fehlt!
Ein längst fälliger Wechsel zu einem volkswirtschaftlich besseren Energieträger - die Sonnenenergie - wird dadurch verzoegert! Diese Form der Energiegewinnung ist: billig, sicherer und umweltfreundlich!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8101 0

Ident.-Nr.: 5591

Ich erkenne auch keine Sachzwänge für die angeblich unvermeindliche Produktion von Atommüll an.Ich lege keinen Wert auf totale Versorgungssicherheit in Hinblick auf Strom. Wenn in Spitzenbedarfszeiten mal nicht genug Strom produziert werden kann, bin ich gerne bereit mich einzuschränken. Der Staat könnte uns und unserer Umwelt viel mehr dienen, wenn er die gewaltigen Geldmengen, die er in die Förderung der Atomenergie mit den hohen Folgekosten und Folgelasten (Atommüll) steckt, für ungefähliche Energieerzeugnisse, wie Solar- und windenergienutzung verwendet. Die Divise muß heißen:
Energieerzeugung so umweltfreundlich und ungefährlich wie möglich (nicht so billig wie möglich).

Texte zum Sachgebiet Nr. 8101

Keine Erzeugung von Müll, von dem keiner weiß, wie er ungefährlich beseitigt werden kann. Da sollte die Natur uns ein Beispiel sein: Bei ihr wird jeglicher anfallende "Müll" in den Naturkreislauf zurückgebracht und kann neuem Leben als Grundlage dienen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 5747

Der Ausstieg aus der Atomwirtschaft wird solange nicht absehbar, solange der Nachweis eines Endlagers vorliegt. Ist erst einmal eine Möglichkeit der radioaktiven Entsorgung gefunden, werden Sie als rotgrüne Landesregierung nicht ihr Ziel erreichen, konsequent Atomenergie abzulehnen und neue, andere Energiequellen zu fördern und weiterzuentwickeln.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 8290 0

Ident.-Nr.: 5748

Es ist ernsthaft damit zu rechnen, daß aufgrund der genannten Punkte das sogenannte Endlager Schacht Konrad 1993 praktisch nicht zur Verfügung steht. Zur Klärung der genannten Mängel bedarf es eines Zeitraumes von mehr als 1/2 Jahren. Darüber hinaus muß mit Klageverfahren gerechnet werden - Zeitraum unbekannt -. Die Bauzeit bis zur Einlagerung beträgt ca. 1 Jahr.
Dann haben wir den absoluten Entsorgungsnotstand der deutschen oder gar der europäischen KKW. Dann müßten von rechts wegen alle KKW abgeschaltet werden. Ein fast idealer Zustand. Aber wenn man bedenkt, daß alle politischen Entscheidungsprozesse verantwortlich zu führen sind, bleibt eigentlich nur noch der Schluß - wann gehen wir ab von der Endlagerung - ? und wann kommen wir zu realistischen, sachbezogenen Entscheidungsprozessen! Der Anfang ist der Ausstieg aus der Kernenergienutzung.
Weitere Punkte werden nachgereicht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8290 8230 8101

Ident.-Nr.: 5752

Es ist schon lange nicht mehr zeitgemäß, Energie auf eine Weise zu erzeugen, die erstens von einem immer weiter steigenden Bedarf ausgeht und damit den Menschen zum Konsumieren dieses Überschusses verleitet, und die zweitens mit gefährlichen Materialien umgehen muß, obwohl heute schon regenerative Energiequellen mit einem weitaus geringeren volkswirtschaftlichen Kostenaufwand (sauberer, ungefährlicher, da überschaubarer) genutzt werden können.
Diese Energiequellen wie WINDKRAFT, WASSERKRAFT und SONNENENERGIE, die beim derzeitigen Stand der Technik sofort zur Verfügung stehen, haben den Vorteil, daß ein größter anzunehmender Unfall (GAU) Ausmaße hätte, die sich wesentlich besser überblicken und in Grenzen halten ließen.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8101

Die Folgen wären auf wesentlich kürzere Zeiträume beschränkt, als die Auswirkungen des technischen Versagens der Anlagen in Harrisburg oder Tschernobyl.
Nach unserer 15-jährigen Erfahrung im Bereich regenerativer Energien finden wir es unverantwortlich, mit weiteren wirtschaftlichen Förderungen, wie z. B. der stattlich subventionierten Endlagerung, das Fossil Kernenergie für die Zukunft auszubauen.
Aus den oben genannten Gründen fühlen wir uns, auch im Hinblick auf unsere Nachkommen, in unserem Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit im Genehmigungsfall beeinträchtigt und bedroht. Unsere Entscheidung für eine anwendungsbezogene Weiterentwicklung sanfter Energietechnologien ist mit viel Engagement und einem weitgehenden Verzicht auf wirtschaftlichen Erfolg verbunden. Es ist für uns ein Schlag ins Gesicht, mit anzusehen, wie leichtfertig jetzt wieder der Weg der harten Atomtechnologie beschritten wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8101 0

Ident.-Nr.: 5916

Nachweislich könnten wir in der Bundesrepublik Deutschland auf Atomkraftwerke verzichten, wenn wir aufhören würden, Energie zu verschwenden und sie statt dessen bewußt einzusparen.
Und statt mit lebensbedrohenden Atomanlagen Energie zu erzeugen, die wir in vielen Fällen doch nur verschwenden, sollten wir die Kraftwerke abschalten, die Atomstrom und vor allem Atommüll erzeugen. Denn dann haben wir auch nicht mehr das Problem, auf Jahrzente hinaus Atommüll "entsorgen" zu müssen.
Erst wenn der Handlungsdruck genommen ist, d. h. also, wenn die Atomkraftwerke nicht mehr in Betrieb sind, kann sachlich und gründlich überlegt werden, wie der existierende Atommüll am besten behandelt werden sollte.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 5925

F) Wirtschaftlichkeit geht anscheinend vor Sicherheit. Jüngstes Beispiel ist die Nichtabschaltung des Kernkraftwerkes in Kozloduj (Bulgarien) - mehrwöchiges Gerangel trotz haarsträubender Sicherheitsmängel zugunsten der Wirtschaft -.
In Deutschland kann das nicht passieren?
Wer wollte denn das Endlager Morsleben durch Formulierungen im Einigungsvertrag noch weiter beliefern?

G) Das Märchen vom billigen Atomstrom glaubt längst kaum noch jemand.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8101

Siehe genauere Ausführungen in "Das Ende der Atomindustrie - Dokumentation von Gerhard Bott".

H) Gehen ohne Atomstrom wirklich die Lichter aus? Siehe hierzu einen Bericht aus "Magazin der Woche", ARD, gesendet am 09.04.89 - Stromüberschuß in Baden-Württemberg 40 %, Frankreich will Atomstrom loswerden usw.

I) Atom und Sicherheit? Harrisburg, Tschernobyl ....

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Unverschämtheit der Anzeigenkampagne der Stromversorger (FR v. 18.6.91)in der sie u.a. mit einer Anzeige: "WAS MACHT UNS EIGENTLICH SO SICHER -? Wir haben dafür gesorgt, daß die Sicherheitssysteme der deutschen Reaktoren auf alle erdenklichen Störfälle eingerichtet sind, und seien sie auch nur theoretisch vorstellbar und mit bautechnischen MaBnahmen, dle radioaktive Stoffe dauerhaft einschließen. "

Eine derartige Unwahrheit angesichts der oben dargelegten Information erfüllt schon einen strafrechtlichen Tatbestand und es würde einer rot-grünen Regierung gut anstehen, dieser Kampagne der Manipulation durch das Kapital der Stromerzeuger - aus den Stromkosten der Stromkunden gedeckt - zu bremsen oder gegenzusteuern.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen im Plan jegliche Hinweise, daß die Betreiber-Antragsteller bereits wären, eine Technikfolgenabschätzung vorzunehmen oder auch nur einzuleiten. Das widerspricht allem moralischen und ethischen Grundwerten dieser Gesellschaft.
Wenn man sich entschließt, eine solche Industrie aufzubauen und das Problem der Entsorgung nicht lösen kann, so ist das mindeste, was man als verantwortlich Handelnder in diesem Prozeß machen kann, eine Institution ins Leben zu rufen mit hervorragenden Köpfen zu schaffen, die generell und speziell sich über dieses Problem der Technikfolgen Gedanken machen. Und wenn es nur aus dem Grunde wäre, um den Bestand dieses Staates zu sichern. Daß die Staatsorgane dieses Staates weder intellektuell in der Lage noch willens sind dieses Problem anzugehen, bedarf bei dem ökonomischen Ersatzgott: Privater Profit dieser Gesellschaft keiner Diskussion. Wenn aber einer Umweltministerin aus der weltweit führenden Organisation mit dem Ziel Erhaltung unserer Erde nichts weiter einfällt, als der Gang zur Judikative, einer Institution dieser Gesellschaft, die sich dadurch ausgezeichnet hat, eine Atomanlage wir Kalkar per Bundesweisung in Bewegung zu halten, obgleich vergleichbare Anlagen etwa in Frankreich verglichen mit dem Holocaust dieses Jahrhunderts die gesamte Menschheit auslösschen

können, dann muß die Frage erlaubt sein, wer überhaupt diesen Irrsinn noch stoppen kann. Und ob die vorgegebenen Wege überhaupt dazu angetan sein können, dem Problem gerecht zu werden?
Wenn ein christliches Überhaupt das Problem der Abtreibung mit Völkermord vergleicht, aber nicht in der Lage ist, den Völkermord der Atomindustrie als solchen zu benennen, dann werden Begriffe verbraucht für Probleme, die nicht adäquat sind und das hat zur Folge, daß die Probleme überhaupt nicht mehr erkannt werden können. Wenn aber klar ist, daß mit den bestehenden Regeln dieser Gesellschaft das Problem der Atomindustrie nicht mehr zu lösen ist und den Verantwortlichen nichts weiter dazu einfällt, als das Problem zu begraben, um es für eine Generation unter die Erde zu bringen, und wenn dann jeder Verantwortliche dieses erkennt und nichts dagegen tut, dann entsteht hier eine neue Kollektivschuld mit ungleich höheren Auswirkungen als beim letzten mal in diesem Lande. Die Verantwortlichen der Atomindustrie sind nicht mehr in der Lage, dieses Problem der Entsorgung zu lösen, die Sachzwänge regieren den Menschen, nicht umgekehrt. Die Trivialität dieses Sachzusammenhanges ist so klar, daß es einen schon wundert, wieso niemand dagegen aufsteht. Insbesondere wundert es schon ungemein, wenn die verantwortlichen Politiker einer Regierung, die gegen die Atomindustrie sind, sich zum Erfüllungsgehilfen der Atomindustrie mißbrauchen lassen. Es erscheint deshalb zur Währung der Menschenrechte unabweisbar, der Bundesweisung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln nicht zu gehorchen und den Bund in seine Verantwortung zu nehmen, diese Industrie endgültig zu stoppen. Oder sollte der Ausbau des Atombunkers unter der neuen Göttinger Universitätsbibliothek die Antwort der Niedersächsischen Landesregierung auf das Dilemma der Atomindustrie sein? Die dürfte dann etwas zu klein ausgefallen sein.
Der so geschilderte Sachverhalt schränkt uns in unserem Recht auf Leben unzumutbar ein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 8101 0

Ident.-Nr.: 5926

Die Tatsache, daß der Grundkonsens zum Betreiben der Atomindustrie in der Gesellschaft verloren gegangen ist, hat dazu geführt, daß die Atomindustrie über ihr Propagandainstitut:Informationskreis Kernernergie, Bonn, permanent Anzeigen schalten läBt, die weder vom Wahrheitsgehalt noch vom intellektuellen Anspruch her einer Überprüfung standhalten.

Wir fühlen uns durch diese Anzeigen in unseren Rechten unzumutbar eingeschränkt, weil wir keine Möglichkeit haben, derartige Anzeigeninhalte zu widerlegen. Der Gesetzgeber hat für Möglichkeiten zu sorgen, die zumindest eine Gleichheit bei der Information von Bürgern zulassen.

Ein weiteres Beispiel der Manipulation durch halbwissenschaftli-

che Information ergibt sich aus dem Artikel in der Salzgitter-2eitung vom 17.10.90: Eine Guppe von Realschullehrern war nach dem Besuch der KF-.Jülich zu der Erkenntnis gelangt, daß es zu keiner Zeit eine sinn volle Alternative (zu Atom) der Energieerzeugung sei gleichzeitiger Umweltschonung gegeben habe.

Hier liegt eine derartig gelungene Manipulation von Pädagogen vor, daB man sich fragen muß, ob eine solche einseitige Information noch tragbar ist .

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen Hinweise der in dieser Gesellschaft tragenden Kräafte und ihrer moralisch-ethischen Grundlage üuber die Frage, ob die Atomindustrie überhaupt verantwortbar ist, von wem sie verantwortbar ist, wer den Profit und wer das Risiko und den Schaden trägt, wie
eine Vereinbarung zwischen dem Erziehungssystem dieser Gesellschaft und deren tragende Werte auf der einen Seite und der Atomindustrie zu finden ist, wie die unaufhebbaren Widersprüche vermittelt werden sollen und wie vor allem das christliche Weltbild und die christlichen Grundsätze des Lebens auf diese Industrie und ihre Folgen übertragbar sind.

Dieser Sachverhalt schränkt uns unzumutbar in unseren Rechten ein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 8400 0

Ident.-Nr.: 5926

Die Gedankensprünge der verantwortlichen Politiker im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau der Atomenergie in der Ex-DDR lassen die Vermutung zu, daß rationale Gründe nicht für die Entscheidungsfindung ausschlaggebend sein werden. Es fehlen Kriterlen, nach denen die Bevölkerung vor solchen irrationalen Entscheidungen und ihren Folgen geschützt werden konnen. Besonders beim weiteren Ausbau der Atomenergie berufen sich einige Politiker vehement auf eine gesellschaftlichen Konsens zur Atomenergie. Wenn aber der gesellschaftliche Konsens über diese Form der Energienutzung erst eingefordert werden muß, um ihren Ausbau durchzusetzen, dann ist er offensichtlich nicht mehr vorhanden. Wenn der gesellschaftliche Konsens über die Atomenergie aber nicht mehr vorhanden ist, dann fällt auch die Grundlage des Atomgesetzes, die sich gerade darauf beruft. Töpfer will offensichtlich für seine Novellierung des Atomgesetzes einen gesellschaftlichen Konsens, da seine Politik der Weisungen an unwillige Länderregierungen nicht mehr lange durchzuhalten ist. Wenn in einer solchen Situation eine Umweltministerin zu einem Gerichtsverfahren steht, daß die Politik der Weisungen zementiert, muß die Frage

erlaubt sein, ob unter dieser Ministerin ein rechtlich sauberes Verfahren überhaupt möglich sein wird. Es ist vielmehr anzunehmen, daB ein gesellschaftlicher Konsens uber die Nutzung der Atomenergie nicht mehr zu erreichen ist, wohl aber ein Konsens über die Tatsache des Vergrabens radioaktiven Mülls, weil man in dieser Gesellschaft technisch unfähig ist, die Entsorgunsfrage gefahrlos zu lösen. Das schränkt uns in unseren Grundrechten unzumutbar und nicht hinnehmbar ein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 6282

Aufgrund der Tatsache, daß bei der Nutzung der Atomenergie stets ein hohes Risiko für Mensch und Umwelt besteht und der Schutz des persönlichen Lebens nicht gewährleistet ist, lehne ich diese Form der Stromerzeugung strikt ab und möchte auch nicht, daß ein Atommüllendlager in gewissen Kreisen zur Rechtfertigung für die Weiterführung und den Ausbau des Atomprogramms genutzt werden kann.

Wegen der oben aufgeführten Sachverhalte halte ich es für dringend erforderlich, im Bereich der Energieerzeugung ein gesamtgesellschaftliches Umdenken zu bewirken, das dahin führt, daß regenerative Energien wie Wind, Sonne , Erdwärme etc. in breitem Umfang genutzt werden können. Forschung und Entwicklung dieser Technologien könnten mit den Geldern finanziert werden, die bisher in die Atomenergienutzung einschließlich Atommülltransport und -lagerung geflossen sind. Zudem schafft die Nutzung regenerativer Energiequellen Arbeitsplätze. Man denke hier beispielsweise nur an die benötigten Arbeitskräfte für die verbesserte Gebäudeisolierung sowie für den Bau von Solarenergieanlagen und die Dezentralisierung von Kraftwerken.

Sollte sich die Atommüllagerung im SCHACHT KONRAD nicht vermeiden lassen werde ich von meinem Grundrecht auf Widerstand Gebrauch machen, da ich den Erhalt der freiheitlich-demokratischen Grundordnung als ernsthaft bedroht und diese so als nicht fortführbar erachte und andere Abhilfe nicht möglich ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 6410

Die Nützung der Atomenergie blockiert alle Programme zur Energieeinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 7483

Um zunächst die Menge der Atomabfälle nicht zu erhöhen, fordere ich den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. "Friedliche Nutzung der Kernenergie" wird sowieso nur unter Benutzung unlauterer Argumente (billiger Strom, Rettung vor der Klimakatastrophe") be-

trieben. Diese Verheimlichung des Gefährdungspotential ist eine Irreführung der breiten Öffentlichkleit in der Bundesrepublik. Weshalb liegt laut Plan nur eine Beeinträchtigung der Umwelt in einem 5km Radius um die Schachtanlage Konrad vor? Es ist doch erwiesen, daß Radioaktivität je nach Windstärke und Windrichtund sich ausbreitet und radioaktiv verseuchtes Wasser auch im Fluß ist, es ist ein Versäumnis, daß die Planunterlagen nicht bundesweit ausgelegt worden sind. Ich halte dies als Einwand hier fest.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 1200 0

Ident.-Nr.: 7608

Meiner Meinung nach sollte ein schrittweiser Ausstieg der Atomenergie in den nächsten Jahren vollzogen werden. Schon seit den 50er Jahren ist bekannt, daß durch Kernwaffenversuche im Pazifik unermeßlicher Schaden an Mensch und Natur entsteht. Dies wurde u. a. belegt durch wissenschaftliche Forschungen von Professor Dr. Heinz Haber, der sich auf die Universität München berief.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 8544

Vor Inbetriebnahme eines Endlagers SCHACHT KONRAD wäre zumindest der konkrete Ausstiegszeitpunkt aus der Kernenergie gesetzlich festzuschreiben, da nur so das Projekt überhaupt einigermaßen wissenschaftlich kalkulierbar und berechenbar wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 1500 0

Ident.-Nr.: 8580

Prinzipiell sind wir der Auffassung, daß der Fehler der vergangenen Jahrzehnte, nämlich radioaktive Müll zu erzeugen, ohne für diesen eine geeignete Endlagerungsmöglichkeit zu besitzen, ja eigentlich gar nicht zu kennen, nicht noch dadurch vervielfacht werden darf, daß man diesen nunmal existierenden Atommüll blind ignoriert.
Wir fordern daher diesen Fehler unverzüglich zu beenden und all seine denkbaren, wie auch unvorstellbaren Auswirkungen so minimal wie möglich zu halten.
Das bedeutet:
-Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie
Aber auch:
-Gemeinsame, objektive und sachliche Suche nach dem optimalen Endlagerun konzept für bestehenden radioaktiven Abfall.
Leider müssen wir genau dies in dem bisherigen Verfahren vermissen:
An die Stelle von objektiven Überlegungen sind ökonomische Sachzwänge getreten, anstatt eines wirklichen GEsamtprozesses findet man kurzsichti Einzelpläne, eine moralische und ehtische Verantwortung ist politischem und wirtschaftlichem Kalkül gewichen.
Die Errichtung des geplanten Endlagers lehen wir aus diesen Gründen zum momentanen Zeitpunkt entschieden ab und wehren uns besonders gegen die

Texte zum Sachgebiet Nr. 8101

Ausübung eines Zeitdrucks für diese Entscheidung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 8690

Nur, wenn die Sorgen bei mir und den anderen Bürgern liegen, kann ich erwarten, daß ein Umweltbewußtsein entsteht, daß auf Atomenergie verzichten kann. Dieser Sorge wurde ja schon von SPD (1986) und Wirtschaft (seit Wackersdorf) zur Kenntnis genommen. Es ist fraglich , ob die bisherige Atomgesetzgebung noch Bestand haben kann.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 1500 0

Ident.-Nr.: 8690

Ich meine, daß die Kosten des Ausstiegs aus der Atomenergie und die Kost der nachträglichen Untersuchungen betreffs der Lagerstätten für Atommüll geringer sind, als die folgekosten weiterer Atommüllproduktion und die Kosten für den Transport, Betrieb, Sicherung und Erhaltung der Sicherhei im Umfeld des zentralen Endlagers SCHACHT KONRAD.
Gemessen an der Gefährlichkeit des Atommülls müßten die Folgekosten der Produktion wesentlich größer sein als die Gewinnrate. Erst dann wäre eine Ökonomie erreicht, die dem Kostenaufwand und Zerstörungspotential der Kernenergie gerecht werden könnte. Indem der Bund in die Finanzierun der Kernenergie derart eingreift, daß die Betreiber Gewinne erwirtschaft können, hinterfragt die Regierung ihre Energiepolitik.
Es kann also festgehalten werden, daß auch der angebliche finanzielle Gewinn der Atomwirtschaft nur scheinbar existiert. Denn die Höhe der tatsächlichen Kosten ist grundsätzlcih höher als die erwirtschafteten Gewinne. Durch die Inbetriebnahme des Schachtes als Endlager werden erneut Kosten ausgelöst, die rechnerisch kaum kalkulierbar sind.
Vielmehr werden alle Menschen der Region die Verschlechterung ihrer finanziellen und gesundheitlichen Situation direkt zu spüren bekommen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 8690

Es entspricht nicht einer allgmeeinen Notwendigkeit, mehr Strom zu haben sondern diese Notwendigkeit hat vo allem Sinn bei der Verwendung der Technologien, die Strom brauchen und bei der Erzeugung des Stroms. Der sogenannte Verbraucher spielt dabei eine untergeordnete Rolle (vgl. Energiekonezpt für die neuen Bundesländer). Dem tatsächlichen Begehren v großen Teilen der Bevölkerung wird gerade nicht nachgegangen. In Niedersachsen haben die Leute bewußt gegen Ernst Albrecht gestimmt, in der HOffnung, ihrem Begehren zum Beispiel nach Ausstieg aus der Kernenergie würde beim Regierungswechsel stattgegeben. Ich schließe aus der Verweigerung dieses Begehrens, daß die Wünsche, Bedürfnisse und Lebensnotwendigkeiten nicht wirklich berücksichtigt werden! - Nutznießer scheint jemand anders zu sein. Die Notwendigkeit, ein Endlager seit 1976 nach-

zuweisen, wird für die Betreiber und sonstigen Befürworter der Kernenerg immer dringlicher. Sie hat offenbar mehr Gewicht. Ich halte deshalb die Untersuchungsergebnisse und den Charakter des Verfahrens für zweckgerich tet zugunsten der Interessen der Kraftwerkbetreiber.
Wir haben gesehen, daß Technik widernatürlich ist (ihrem Wesen nach), gegen die Natur und die Frauen und die Lebendigkeit. Der darin angelegte Selbstzerstörung kann und will ich mich nicht ausschließen. Ich fühle mich als menschliches Wesen in meiner Natur und Lebendigkeit bedroht durch Menschen, die sich eines Glaubens bedienen, um ihre eigene Natur abzuschütteln.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8900 8101 0

Ident.-Nr.: 8690

Als ein Beispiel für die Unzulänglichkeit prognostizierter Sicherheit un Verbesserung der Lebensbedingungen mittels wissenschaftlichen Fortschrit kann die Kernenergie selber gelten.
Die Verheißung vor mehr als 60 Jahren war eine moderne Energieversorgung mit einer neuen Technik. "Auch die friedliche Nutzung der Atomenergie is die zweite Inwertsetzung einer Kriegstechnologie". Es war also eine krie rische Technik mit dem Ziel der Vernichtung von Menschenleben.
Die gleiche Technik wird auch als Schädlingsbekämpfungsmethode bzw. nur Konservierung von Reis o. ä. verwendet und zur Bestrahlung von pflanzlic Erbgut zwecks Mutation. Damit wird die Wirksamkeit der Strahlung ständig von neuem unter Beweis gestellt. Die Atomlobby-Experten propagieren die Mär von der ungefährlichen Dosis. Es gibt aber keine unschädliche Strahl menge: vonder ionisierendenStrahlungim Niedrigdosisbereich ist bekannt, daß sie verschiedene Formen von Krebs und Leukämie verursacht. Langzeit-folgen der radioaktiven Strahlung sind genetische Schädigungen. Die radi aktive Verseuchung wird zum Vorwand genommen, Genmanipulationen zu be-treiben und High-Tech-Retortenbabies zu konstruieren." In zerstörerische Tradiotion sollte die Kernspaltung in geregelter, kontrollierter Form uns zur friedlichen Nutzung gereichen. Die Verheißung war die Versorgung mit Strom über unendliche Zeiträume und in ausreichende Mengen (vgl. mit "begrenzten" Rohstoffen wie KOhle). Das schloß die Verheißung ge-eigneter und kontrollierter, sicherer Entsorgung des Mülls mit ein.
Es war die Rede von der Vorsorge betreffs der Sicherheit der Produktion und Endlagerung. Was wurde, war aber eine Nachsorge betreffs der Gefähr-lichkeit, die tausende von Menschenlben gekostet hat und auf weite Strecken die Natur verseucht hat. Gleich zu Anfang wurde also die Risike verharmlost und verschleiert. Um den Glauben an Fortschritt und Technik nicht zu erschüttern, wurden die Konsequenzen der Atomtechnologie ver-schwiegen.
Bis heute wurde selbstverständlich kein Weg gefunden, das Risiko der radioaktiven Strahlung zu verringern. Trotz vermehrten Widerstandes der Bevölkerung hat die vermehrte Produktion der Stoffe dieRisiken um ein Vielfaches erhöht.
Die Bevölkerung selber mußte ihre Zweifel und Kritik an dieser Gefährdun kundtun und zur Diskussion stellen. Aber noch immer ist von Entsorgung und Sicherheit die Rede, ohne daß eins von beiden jemals vorhanden ge-wesen wäre.
Die Krönung dieses Vorgehens wird die angebliche Endlagerung und end-gültige Entsorgung. Auf diesem Wege wollen sich die Verantwortlichen ihrer Verantwortung entziehen und sie den Arbeitern in der Anlage, den

Texte zum Sachgebiet Nr. 8101

Transportunternehmen und den zukünftigen Generationen übertragen. Um die jünger ihres Glaubens nicht zu verlieren, setzen die Fortschrittsgläubigen mein Leben, meine Gesundheit, meine Arbeit, meine Überlebensgrundlagen und die meiner Kinder aufs Spiel.
Die Verheißung, billig und langfristig und relativ ungefährlich Strom erzeugen zu können, konnte von Anfange an nicht eingehalten werden.
Mit Inbetriebnahme und Endlagerung hätten sich die Betreiber und Gläubien der Atomindustrie ihrer Sorgen entledigt und sie anderen aufgebürde z. B. mir.
Sie selbst haben dabei ebenso wie alle Beteiligtn von der Produktion über Genehmigung und Erforschung von Folgen, Kosten und Gefahren profitiert, auf Kosten unseres Überlebens und des Überlebens unserer Kinder.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 8744

Ich fühle mich in meinem Grundrecht auf Leben und Gesundheit durch die Errichtung des Atommüllendlagers beeinträchtigt und bedroht. Zumal dadur die Teure-, Risikoreiche- und Verantwortungslose Atomwirtschaft weiter betrieben wird.
Für die bis heute jede gesetzlichen Grundlage fehlt!
Ein längst fälliger Wechsel zu einem volkswirtschaftlich besseren Energieträger - die Sonnenenergie - wird dadurch verzögert! Diese Form der Energiegewinnung ist: billig, sicherer und umweltfreundlich!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8101 0

Ident.-Nr.: 8807

Müßte doch eigentlich jede(r)m klar sein, daß Atomkraft an sich nicht mehr zu verantworten ist. Die Beispiele Harrisby und Tschernobyl haben d neben ungeheuerlichen Atommüllverschiebungen a la Mafia gezeigt. Über eine Endlagerung und vor allem das "Wie" des bis jetzt in der BRD angefallenen Atommülls ließe sich deshalb auch erst nach einem Atomausstieg diskutieren, bis dahin halte ich es für unverantwortlich ein Endlager mit ungeheuren Kapazitäten anzubieten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 8826

Sachzwänge zum Bau von WAA oder Atommüllendlagern dürfte es in einer Zeit, in der der Ausstieg aus der Kernenergie von großen Teilen der Bevölkerung gewünscht wird nicht geben. Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen mag zwar umweltschädlich sein, Kernenergie ist es mit ihren Langzeitfolgen aber erst recht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8101

Ident.-Nr.: 8843

Auch hinsichtlich des Endlagers SCHACHT KONRAD ließen sich derartige Ein wände erheben, die ich mir hier erspare, weil andere darüber besser Bescheid wissen. Mir ist jedoch wichtig festzustellen, daß es gar keine sachlichenGründe sind, die die gegenwärtigen Entscheidungen zur Kernenergie bestimmen, sondern dogmatische. Ich fühle mich durch diese Entscheidungspraxis bedroht und in meiner Fähigkeit, für die zukunft dieser Erde Verantwortung zu übernehmen, eingeschränkt. Ich appelliere daher an die Entscheidungsträger einzugestehen, daß der Mensch sich mit dem Einstieg in die Kernenergie übernommen hat und ethisch nicht imstande ist, die Verantwortung dafür zu übernehmen. Ich appeliere weiterhin an jeden einzelnen unter ihnen, sich nicht hinter der Streuung von Kompetenzen zu verstecken, sondern bewußt diese Verantwortung zu empfinden und in diesem Bewußtsein zu handeln.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 8101 0

Ident.-Nr.: 8843

Es ist an der Zeit, daß die Politik sich eingesteht, die menschlichen Maßstäbe überschritten zu haben. Es gibt genug sachliche Gründe, die den Unsinn der Kernenergienutzung deutlich machen. Auch die Uranvorräte sind begrenzt; es wird also in gewaltigen Maßstäben und mit gewaltigen Nebenwirkungen ein technischer Weg beschritten, der keine dauerhaften Zukunft hat. Der Strompreis wird dadurch niedrig gehalten, daß der Staat den Löwenanteil der zur Nutzung der Kernenergie nötigen Investitionen trägt und damit die Stromerzeuger entlastet. Zur Errichtung und zum Abbruch der Anlagen, zur Erzeugung, zum Transport und zur Entsorgung des Brennstoffs sind gewaltige Energiemengen erforderlich, die auf konventionellem Wege erzeugt werden und die These einer "umweltschonenden Energie" ad absurdum führen. Die Kernenergie hat keine gesellschaftliche Akzeptanz mehr und ist sozial unverträglich. Zum konsequenten Schutz der Anlagen vor terroristischenAngriffen wären Maßnahmen erforderlich, die einem Rechtsstaat Hohn sprächen. Der ständige Transport von radioaktivem Material kreuz und quer durch Europa stellt eine weitere Gefährdung dar. Und so weiter.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 8300 0

Ident.-Nr.: 8844

Es war eine Unverantwortlichkeit, die Atomenergie so zu fördern. Milliarden Steuergelder flossen in eine Technologie, deren Folgen bis heute unabsehbar sind und an deren Folgen die Erde noch zehntausende von Jahren zu tragen hat. Die erwirtschafteten Gewinne sollten meiner Meinung nach eingezogen werden, um die Folgen dieser Technologie, die bis jetzt schon entstanden sind, ohne große finanzielle Begrenzungen eindämmen zu können.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8101

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 8915

Als Christen wissen wir, daß wir Menschen unsere Grenzen haben. Die sind mit Beginn der Nutzung der Kernenrgie bereits überschritten worden. Aus Verantwortung für unsere Kinder und alle späteren Generationen und vor Gottes gesamter Schöpfung müssen wir sofort aus der Atomenergie aussteig da die Schäden und Risiken unübersehbar sind und eine sichere Endlagerun des Atommülls nach heutigem Wissen nicht möglich ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 8101 0

Ident.-Nr.: 9069

Ich bin grundsätzlich gegen die Energiegewinnung mittels Atomkraftwerke und somit auch gegen den damit verbundenen Atommüll.
Es ist nach heutigen Erkenntnissen möglich, auf Atomenergie zu verzichten, wenn man alternativen Energiequellen einen größeren Wirkungsraum zubilligen würde. Das Zusammenspiel vieler Energiequellen wie Sonne, Wasser, Wind, Erdwärme, Wärmeaustausch, Erhöhung des Wirkungsgrades bei Ausnutzung fossiler Brennstoffe (Gas/Öl/Kohle) und Dezentralisierung von Kraftwerken hin zu Blockheizkraftwerken mit Wärmekopplung bieten ausreichenden Ausgleich für Atomenergie.
Die Atomenergie stellt ein zu hohes und vor allem nicht kalkulierbares Gefährdungspotential dar (s. Tschernobyl). Auch die so angepriesenen sicheren Atomkraftwerke des alten BRD haben ihre Probleme.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 8102 0

Ident.-Nr.: 9116

Grundsätzlich würde mit der Durchsetzung des derzeitigen Verfahrens gege den Willen der Bürger, mit staatlichen Mitteln, eine überholte Technik gefördert, deren nicht hypothetisches Risiko, wie zuletzt auch Tschernobyl wieder gezeigt hat, uns immer unheimlicher wird u. ein lebenswerte Leben durch dessen zunehmende Dauerbedrohung unmöglich macht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8101

Ident.-Nr.: 9259

Durch die Atomstrom-Produktion werde ich zwangsweise, als Stromnutzer, zum Nutzer eines undichten Endlagers, das zugegebenermaßen in der Nachbetriebsphase voll Wasser läuft und schon jetzt Kontakt zum Oberflächenwasser hat. Dies will ich nicht. Nach dem Abschalten der Atomanlagen bin ich bereit, nach der sichersten Endlagermöglichkeit zu suchen - nicht vorher, nicht nur unter "Sachzwang"

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 9285

Auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V. und seine rund 300 Mitgliedsinitiativen erklären bereits jetzt, daß sie einem sog. nationalen und gesellschaftlichen Konsens für eine weitere Nutzung und einen weiteren Ausbau der Kerntechnologie ihre Zustimmung verweigern!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 9319

Ich schlage deshalb vor, SCHACHT KONRAD nicht zu genehmigen und damit auf Kernenergie zu verzichten.
Statt dessen sollten intelligenten regenerativen Energien wie Photovoltaik den Stellenwert bekommen, der Ihnen volkswirtschaftlich nach Aufstellung aller Kosten heute bereits zukommen sollte.
Sowohl in der Wärmedämmung als auch in einer Umstrukturierung des Verkehrswesens von der Straße auf die Schiene liegen ungenutzte Energiesparpotentiale.
Somit ist die Gefährdung von Leben durch SCHACHT KONRAD als Endlagernachweis für weitere Stromerzeugung durch Kernspaltung unnötig, und weist keinerlei Zukunftsorientierung der Verantwortlichen auf.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Ident.-Nr.: 9327

Mir kommt es bei allen Einwendungen vor allem darauf an, daß ein Umdenken in der Atompolitik bzw. Energiepolitik Wirklichkeit wird. Die Entwicklung und Anwendung alternativer, gleichfalls umweltschonender und vor allem langfristig beherrschbarer und damit ungefährlicherer Energieträger ist das Ziel. Die Undurchsetzbarkeit von Atommüllendlagern würde diese Entwicklung und Anwendung zwingend machen und forcieren Gleichzeitig würde der Neubau von Atomkraftwerken sinnlos.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8102

Ident.-Nr.: 25

Die Nutzung der Atomenergie birgt eine unvorstellbar große Gefahr, denn die Folgen eines "Super GAUs" würden millionen Menschen betreffen und tausende töten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8102 0 0

Ident.-Nr.: 50

Weder Bundesregierung noch Landesregierung könnten garantieren, d.h. mit 100 %iger Sicherheit gewährleisten, daß hierzulande nicht ein tschernobylähnlicher Unfall geschieht. Dadurch würden Niedersachsen und Nachbargebiete für Überlebende nicht mehr bewohnbar sein. Auch kann in einer Nichtdiktatur den Betroffenen ein derartiges tödliches Restrisiko ohne deren Einwilligung nicht zugemutet werden. Die Mehrheit der dann Betroffenen würde ihre Einwilligung dafür nicht geben.

Aus dieser Überlegung heraus müßten sofort alle AKWs stillgelegt werden. Gesetze, die deren Betrieb gestatten, widersprechen dem klaren Sinn unserer demokratischen Verfassung und beruhen auf spitzfindigen juristischen Sonderklauseln, die das Recht auf Unversehrtbarkeit von Leben und Gesundheit der Bürger gegen potentielle Schädiger untergraben und zur Farce machen, das Atomgesetz und alle darauf basierenden Genehmigungsverfahren also als "arglistige Täuschung" bloßlegen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8102 1500 0

Ident.-Nr.: 190

Wir halten die Nutzung von Atomkraft für zu gefährlich - das haben Störfälle wie z. B. der von Tschernobyl bewiesen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8102 0 0

Ident.-Nr.: 244

Ich erhebe Einwände gegen das geplante Endlager SCHACHT KONRAD, weil Holzköpfe nunmal nur verbohrte Ideen vorantreiben können, die aber die Allgemeinheit potentiell radioaktiv bedrohen. Kein Sicherheitsgutachten vermag das zu ändern - weil die Bevölkerung nicht ausreichend über Alternativen der Atom-Energiepolitik unterrichtet wurde/wird und nur deshalb die Bedrohung dieses Projektes durch den informierten Teil der Bevölkerung so gering ist. Ich behalte mir weitere Einwände vor, Holzklötze/köpfe gibt es noch genug!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2000 1400 8102

Texte zum Sachgebiet Nr. 8102

Ident.-Nr.: 267

Wegen des immer verbleibenden und nicht auszuschaltenden Restrisikos bei der Kernenergie-Gewinnung bin ich grundsätzlich gegen jede Art der Radioaktivitäts-Erzeugung und des damit entstehenden Abfalls.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8102 0 0

Ident.-Nr.: 272

Ich bin grundsätzlich gegen die Nutzung der Atomenergie, weil ich davon überzeugt bin, daß es immer wieder Situationen geben wird wie in Tschernobyl, wo der Mensch den Kernspaltungsvorgang nicht mehr unter Kontrolle hat oder unsachgemäß mit dem Spaltmaterial umgeht. Mit KONRAD als Endlager ist ein europaweiter Ausbau der Atomenergie vorprogrammiert.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8102 0 0

Ident.-Nr.: 273

Ich halte jeden Umgang des Menschen mit der Atomspaltung und ihren Produkten für verwerflich, weil durch die Atomspaltung Kräfte freigesetzt werden, die der Mensch grundsätzlich nicht beherrschen kann.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8102 0 0

Ident.-Nr.: 276

Ich gebe - und ich bin der Überzeugung, daß müßte auch im Falle KONRAD und ganz allgemein gelten - warnenden Prognosen den Vorrang vor optimistischen Prognosen. Gerade in der Atomwirtschaft, die ganz neue Stoffe in ihrem Umgang hat, die vom Schöpfer nicht geschaffen wurden (z. B. Plutonium), sind aus den vielfältigen Erfahrungen in der kurzen Zeit der Betriebsdauer von zivilen und militärischen Anlagen, die pessimistischen Warnungen angebrachter und realistischer.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8102 0 0

Ident.-Nr.: 291

"GAU" heißt größter anzunehmender Unfall. In Tschernobyl wurden nur 4 % des nuklearen Inventars frei - trotzdem war es der Super-GAU. Wie kann man den Superlativ "größter" noch steigern? Und was, wenn wirklich ein Unfall mit der vollen Menge passiert wäre? - Und wenn es hier passiert?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2600 8102 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8102

Ident.-Nr.: 360

Nach dem Unfall von Tschernobyl wurde deutlich, daß der Schutz und die Information der Bevölkerung im Ernstfall sich nicht an wissenschaftlichen Erkenntnissen, sondern an politischen Nützlichkeiten orientieren, wobei die Hilflosigkeit der Verantwortlichen deutlich werden ließ, wie wenig beherrschbar die Folgen eines atomaren Unfalls sind.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8102 0 0

Ident.-Nr.: 427

Ich bitte Sie als Genehmigungsbehörde, für das geplante Atommüllendlager SCHACHT KONRAD die Ängste meiner Tochter Heike, geb. 03.05.1982, wahrzunehmen und die Konsequenzen im sofortigen Ausstieg aus der Atomwirtschaf zu sehen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8102 0 0

Ident.-Nr.: 485

Ich fühle mich betroffen, da ich mich selbst und meine Familie durch die Nichtbeachtung der Gefahren der Atomenergie sehr bedroht fühle.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8102 0 0

Ident.-Nr.: 742

Die Nutzung der Atomenergie und die sonstige Nutzung von radioaktiven Stoffen - gleich welcher Art - beinhaltet nach meiner Überzeugung nicht abschätzbare Risiken. Auch ein noch so umfassendes Planfeststellungsverfahren unter Einschluß aller erdenklichen Risiken sowie deren Bewertung kann nicht ausschließen, daß die Natur anders - als bei der Risikobewertung zugrunde gelegt - reagiert.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8102 0 0

Ident.-Nr.: 751

Mir fallen Bilder ein und Berichte über Tschernobyl.
Tschernobyl - wie es war und wie es heute ist.
Für mich steht fest, Schuld daran ist die Technologie des Atoms ohne diese die Katastrophe nicht möglich gewesen wäre.
Ein weiterer Zusammenhang ist mir schmerzlich bewußt. Ein Endlager ist eine sätzliche grüne Karte oder anders gesprochen eine Einladung - ein Mutmachen weitere Atomkraftwerke zu errichten. Die Hoffnung auf Atom weiter aufzubauen, weitere potenzielle Tschernobyls zu verantworten.
Genauso wie das Wort Restrisiko, das vielen Menschen in Tschernobyl das Leben genommen oder/und leiden gebracht hat, genügt nicht nur

Texte zum Sachgebiet Nr. 8102
==========

der Begriff "Entsorgung" hämisch zu meinen Sorgen, die in mir entstehen, wenn ich an den SCHACHT denke, werden keinesfalls entsorgt, also genommen, sondern im Gegenteil: sie wachsen umsomehr.
Ich kann den Glauben Probleme einfach zu vergraben um sie zu lösen, wäre auch das Sprichwort "aus den Augen - aus dem Sinn" in diesem Zusammenhang nicht teilen. Auch deswegen schreibe ich diese Einwendung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8102 0 0

Ident.-Nr.: 806

Tschernobyl machte uns allen deutlich, was für verheerende Folgen die "friedliche Nutzung" der Kernenergie für den Menschen hat.
Der Entsorgungsnachweis nach Inbetriebnahme von SCHACHT KONRAD eröffnet der Atomindustrie neue Märkte und macht meine Familie und mich zu potentiellen Strahlenopfern.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8102 0 0

Ident.-Nr.: 1068

Ich fühle mich nicht aufgrund einer besonderen wissenschaftlichen Erkenntnis bedroht, sondern durch das gesamte Unternehmen hier sowie durch die gesamte Atomenergie. Denn ich bin der Meinung, daß sich Radioaktivität nicht konkret in Bahnen zu halten oder festzulegen ist. Auch nicht durch Wissenschaftler!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 8102 0

Ident.-Nr.: 1888

Für mich bedeutet die Nutzung der Atomenergie und alles was damit verbunden ist, eine große Gefahr für unsere Umwelt (unsere Lebensgrundlage)!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2100 8400 8102

Ident.-Nr.: 2512

Kernenergie ist gefährlich, sie wird niemals risikofrei sein.
Das hat man an einigen Beispielen gesehen, ganz besonders natürlich in Tschernobyl.
Was ist die Katastrophe, die zum konserquenten Undenken und Unhandeln führt, wenn es Tschernobyl nicht ist?
Sind wir denn absolut nicht dazu in der Lage, unseren Energieverbrauch zu senken; einer gesunden und sicheren Umwelt zuliebe?
Kein Mensch auf dieser Welt ist dazu fähig, das Ausmaß einer solchen Katastrophe abzuschätzen, und daher ist es meiner Ansicht nach einfach vermessen zu sagen, Kernenergie sei sicher.
Ich habe mich natürlich auch informiert und aufgrund dieser Information eigentlich noch mehr Angst bekommen. Ich habe von Zwischenfäl-

len in Kernkraftwerken gehört, wo es hätte zu einem Unfall kommen können, sowie von Unfällen selbst (nicht nur in Tschernobyl, auch in Harrisburg), von gefährlichen Transporten, die ohne das Wissen von Menschen durch Wohngebiete laufen, sowie von Transportunfällen selbst (North Dakota).
Andererseits habe ich von Ländern gehört, in denen es möglich ist, ohne Kernenergienutzung zu leben (Norwegen) bzw. die aus der Kernenergie ausgestiegen sind.
Ebenso existiert ein weitaus höheres Potential an Energienutzungsmöglichkeiten im alternativen Bereich (auch innerhalb von Deutschland), als es einem meistens dargestellt wird. Natürlich muß der Atommüll ja irgendwann einmal irgendwohin. Aber jetzt ein Endlager genehmigen? Sieht das nicht sehr danach aus, wieder ein neues Ventil für in der Zukunft anfallenden Atommüll zu Öffnen bzw. den Freibrief für die weitere Betreibung von Kernkraftwerken zu geben?
Meiner Meinung nach darf solange kein Endlager genehmigt werden, bis nicht wenigstens das Ziel vor Augen genommen wird, der Kernenergie langfristig gesehen das Aus zu bringen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8102 0 0

Ident.-Nr.: 2527

Diese sogenannten Restrisiken bin ich nicht bereit hinzunehmen, zumal ic mich Ihnen nicht durch Vermeidungsstrategien (wie z.B. beim Autofahren möglich) entziehen kann. Dieses zusätzliche Risiko wird mir aufgezwungen. In diesem Zusammenhang muß ich auf das psychologische Potential hinweisen. Seit Jahren wird mir zugemutet, Strom aus einer Produktionsweise, die ich ablehne (Atomkraftwerke), in meinem Haushalt zu verbrauchen und bezahlen zu müssen; eine Wahlmöglichkeit wird mir nicht zugestanden. Nun soll ich auch noch die unverantwortlichen Folgen dieser Stromerzeugungsart zwangsweise hinnehmen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8102 8403 0

Ident.-Nr.: 3232

In der Ausübung meines Berufes als Krankenschwester bin ich verstärkt konfrontiert mit den Folgen der Umweltbelastung. Durch Hinterfragen bei Medizinern, Biologen, Chemikern, Pysikern und Umweltschützern ist mir klar geworden, daß zwischen dem Anstieg der Krebserkrankungen und dem unsicheren Umgang mit jeder Art von Umweltgiften ein kausaler Zusammenhang besteht.
Argumente und wissenschaftliche Untersuchungen, die die Sicherheit dieser Anlage untermauern sollen, sind deshalb nicht stichhaltig, weil ein Restrisiko nicht ausgeschlossen werden kann und weil sich in der Vergangenheit zu oft bewiesen hat, daß menschliche Unzulänglichkeit Sicherheitsmaßnahmen, wie auch gesetzliche Bestimmungen unerlaufen (z. B. Transnuklear).
Alle diese Gründe sollten Sie dazu bewegen, das Projekt zu stoppen und gleichzeitig den Ausstieg aus der Atomenergie zu vollziehen. Dieser Schritt ist unerläßlich, um die Produktion weiteren Atomabfalls zu verhindern.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2600 8102 0

Ident.-Nr.: 5913

Entgegen der öffentlichen Beteuerungen verantwortlicher Politiker und der Atomenergie-Lobby ist die Produktion von Atomenergie und die Beseitigung des Atommülls weder ungefährlich noch wird das Geschäft mit der Atomenergie ausschließlich von seriösen zuverlässigen und vertrauenswürdigen Personen betrieben.
Die gesundheitliche Gefährdung im sogenannten Normalbetrieb, wird weder von den öffentlichen Stellen noch von den Betreibern untersucht und dokumentiert. Störfälle und deren Auswirkungen werden bagatellisiert bzw. vertuscht. Selbst bei der Haverie des Atomkraftwerkes Tschernobyl werden die unvorstellbaren Auswirkungen von der unseeligen Allianz der internationalen Atomlobby und den Staatsregierungen beschönigt und heruntergespielt.
Der unerschrockene Kampf der Menschen gegen die unverantwortbare Atomtechnologie bringt die schrecklichen menschenverachtenden Gefahren durch unermüdliche langwierige Recherchen an den Tag. Diese Arbeit hat das in der Gesellschaft verbreitete Vertrauen in die Atomtechnolgie stark erschüttert, da sich die Atomtechnologie-Befürworter immer wieder korregieren mußten bzw. viele ihrer Behauptungen als glatte Zwecklügen entlarvt wurden.
Nach den Skandalen bei Nukem, Alkem und Transnuklear ist der Verweis der bundesrepublikanischen Atom-Lobby auf die unhaltbaren Zustände in den Ländern des real existierenden Sozialismus und auf den niedrigeren Sicherheitsstandard im Ausland nichts weiter als der untaugliche Versuch von den gravierenden Mängeln im eigenen Land abzulenken.
Warum sollten wir also Vertrauen zu der Antragstellerin haben, die sich sehr wohl bewußt ist, daß nur beim für sie positiven Ausgang des Planfeststellungsverfahrens das Nadelöhr für die bundesrepublikanische und europäische Atomindustrie, nämlich Endlagerproblematik, aufgebrochen werden kann.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2500 8102 0

Ident.-Nr.: 8690

Bisher gab es in unseren Kernkraftwerken noch keinen katastrophalen Zwischenfall, aber statt daß wir aufhören, die grundsätzliche Gefahr weiter zu produzieren, wird ein Mammuttransport und Endlagerungsprojekt organisiert, das seinerseits mit fahrlässig hohen Risiken verbunden ist, die aber selbstverständlich in den Planunterlagen ausgeklammert werden. Und in der Folge wird es weiter die Produktion von gefährlichem Atommüll geben.
die Diskussion über Kernenergie und speziell über Endlagerung unter Berücksichtigung der tatsächlichenFolgen und Kosten hat gezeigt, daß die Sorgen und die Angst vor denFolgen unseres Fortschreitens die Techni mittels Wissenschaft und Technik, Mathematik und Gesetz ihre Berechtigun

haben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8102 0 0

Ident.-Nr.: 8690

Inzwischen sind sowohl die Atomgesetzgebung als auch die Atomenergie generell weiter im Gespräch und es bleibt zu hoffen, daß keine voreilige Einlagerung stattfindet. Das wirkliche Ausmaß des Glaubens an den technischen Fortschritt im Fall der Kernenergie ist noch nicht abzusehen aber unzweifelhaft katastrophal.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8200 8102 0

Ident.-Nr.: 8916

Desweiteren stellt SCHACHT KONRAD eine Vervollkommnung des "linearen Atomenergiekonzeptes" dar, und ist somit unabdingbarer Bestandteil der Atomenergie. Da nun aber spätestens seit den Unfällen der kerntechnische Anlagen in Harrisburg und Tschernobyl bekannt ist, welche Bedrohung für den Mensschen bzw. für mich diese Art Anlagen bedeuten.
Dies bedeutet für mich eine Ablehnung der Anlage SCHACHT KONRAD.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8200 8102 0

Ident.-Nr.: 9023

Am 26. April ist in Tschernobyl das gesschehen, was nach Ansicht von Experten nur alle 10000 Jahre einmal hätte passieren dürfen. Es wurde sichtbar, die Entfesselung des Atoms durch den Menschen ist nicht beherr bar. Die Folgen sind auf dem halben Erdball zu spüren, Menschen erkranke und sterben zu tausenden. Denkt man dann noch an die vielen sogenannten "Störfälle" in Windscale, Harrisburg, Biblis, Grohnde - die List kann ma fortsetzen - bei denen wir immer nur um haaresbreite einer atomaren Katastrophe entgangen sind, läßt sich eine weitere Nutzung der Kernenergie durch nichts rechtfertigen. Durch Sachzwänge nun - da Atomgesetz fordert den Nachweis einer gesicherten Entsorgung - wird über die geplante Endlagerstätte SCHACHT KONRAD versucht, das Atomprogramm weiterzuführen bzw noch zu erweitern.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8102 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8102

Ident.-Nr.: 9069

Ich bin grundsätzlich gegen die Energiegewinnung mittels Atomkraftwerke und somit auch gegen den damit verbundenen Atommüll.
Es ist nach heutigen Erkenntnissen möglich, auf Atomenergie zu verzichten, wenn man alternativen Energiequellen einen größeren Wirkungsraum zubilligen würde. Das Zusammenspiel vieler Energiequellen wie Sonne, Wasser, Wind, Erdwärme, Wärmeaustausch, Erhöhung des Wirkungsgrades bei Ausnutzung fossiler Brennstoffe (Gas/Öl/Kohle) und Dezentralisierung von Kraftwerken hin zu Blockheizkraftwerken mit Wärmekopplung bieten ausreichenden Ausgleich für Atomenergie.
Die Atomenergie stellt ein zu hohes und vor allem nicht kalkulierbares Gefährdungspotential dar (s. Tschernobyl). Auch die so angepriesenen sicheren Atomkraftwerke des alten BRD haben ihre Probleme.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 8102 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8103

Ident.-Nr.: 173

Mit der für SCHACHT KONRAD geplanten Endlagerkapazität wird ein weiterer europaweiter Ausbau der Kernenergie ermöglicht, der angesichts schwindender Akzeptanz dieser Technik in der Bevölkerung und erwiesener Unwirtschaftlichkeit bei Anwendung des Verursacherprinzips nicht nur unsinnig, sondern lebensgefährlich ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8103 0 0

Ident.-Nr.: 5049

Atomtechnologie bedeutet, daß weiterhin die Kosten einer Produktion auf die gesamte Gesellschaft abgewältz werden, währen die Gewinne von Einzelnen eingestrichen werden. So tragen z. B. nicht die Manager von Siemens, KWU oder Alkem und Nukem die Kosten dafür, daß immer Menschen an den Folgen "ihrer" Technologie (z.B. Krebs) unheilbar krank werden. Diese Manager, Aussichtsratsvorsitzenden und Direktoren sind nicht von der Kostenexplosion im Gesundheitswesen betroffen, sie leiden nicht unter der schlechten medizinischen Versorgen Auch macht es Ihnen nichts aus, nur noch teures Mineralwasser zu trinken, beste Bioweine zu kaufen oder biologisch angebautes Gemüse zu verzehren. Die Mehrheit der Menschen kann sich keine unverseuchte Nahrung mehr leisten, obwohl sie meisten keinen oder nur einen geringen Anteil an der vergiftetet Umwelt haben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8103 0 0

Ident.-Nr.: 5411

Es ist einfach unverständlich, daß gerade bei einer Materie, wie die Atomenergie von Anfang an das Verursacherprinzip total außer Acht gelassen wurde. Denn, solange Atomkraft und alle damit verbundenen Begleiterscheinungen nicht voll beherrschbar sind, hätte niemals und von niemandem eine Inbetriebnahme genehmigt werden dürfen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8900 8103 0

Ident.-Nr.: 5926

Nach dem jetzt praktizierten System bezahlen wir die Entsorguns- und Folgekosten der Atomindustrie, die Profite aus der angeblich billigen Stromkostenlegende werden von den Stromerzeugungskonzernen eingenommen. Diese Art der Finanzierung pervertiert eine angebliche Notwendigkeit unserer Gesellschaft, nämlich die Energieerzeugung, zu einer Finanzierung des Selbstmordes auf Raten durch uns, die Betroffenen dieser Industrie.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8103

Wir fühlen uns in unserem Recht, unser Leben so zu planen, wie wir es für richtig halten, unzumutbar eingeschränkt durch diese Verhältnisse.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8103 8204 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8104

Ident.-Nr.: 50

Jegliche Atommüllproduktion bisher und weiterhin ist, ohne absolut für alle Ewigkeiten auch nach dem Zeitalter der Menschen sichere Neutralisierung, ein Kapitalverbrechen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8104 0 0

Ident.-Nr.: 541

Ich finde, wenn die Leute nicht wissen wohin mit dem Atommüll, sollen sie auch mit der Atomenergie aufhören.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8104 0 0

Ident.-Nr.: 1821

Angesichts der aufgeführten Punkte sowie der vorhandenen Tatsachen ist es unverantwortlich, ja menschenverachtend Atommüll zu produzieren, ohne sich vorher Gedanken darüber zu machen, wie gehe ich mit den Abfällen um. Es ist grotesk, daß ich meinen Kindern erkläre, wie schädlich Plastik ist, wie sie beitragen sollen die Umwelt zu schonen und zu schützen andererseits im Namen des Wirtschaftsimperiums, Gier nach Macht und Geld unsere Erde zerstört wird als quetsche man eben mal eine Tomate aus. Die Verantwortlichen scheinen zu vergessen, was im Mittelpunkt all dessen steht: der Mensch. Seine Rechte und Würde sind zu respektieren. Ebenso die Erde, die uns nicht gehört. Die einige glauben zerstören zu können, um ihres Profits.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8200 8404 8104

Ident.-Nr.: 5045

Daß der Atommüll, der heute existiert, an einem möglichst geeigneten und kontrollierbaren Ort endgelagert werden muß, bestreitet i Ernst kaum jemand. Doch es soll nicht dabei bleiben: In Deutschland und in vielen anderen Staaten wird mit "Volldampf" weiter auf die Atomkraft zur Stromerzeugung gesetzt. Folge: Es entsteht weiterer zusätzlicher Atommüll in unabsehbaren Mengen und mit unabsehbaren Halbwertszeiten. Niemand garantiert (und könnte garantieren), daß Schacht Konrad nicht auch diesen Atommüll aufnehmen wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8220 8104 5210

Ident.-Nr.: 5699

Der erste konsquente Schritt ist der, dafür zu sorgen, daß kein weiterer Atommüll erzeugt wird. Utopisch? Nein, ganz im gegenteil, alles andere was sich derzeit auf den Energiesektor abspielt ist Utopie!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 8104 1100

Texte zum Sachgebiet Nr. 8104

Ident.-Nr.: 5706

Da die bestmögliche Endlagerung nicht zuletzt auch ein Problem der Menge des radioaktiven Abfalls ist, kann erst nach einem Ausstieg aus der Atomtechnologie mit dann bekannten Abfallmengen sinnvoll und glaubwürdig über die Lagerung unser radioaktiven Abfälle entschieden werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8104 0 0

Ident.-Nr.: 5782

Seit Jahren wird dieser mörderische Abfall zur Energiegewinnung produziert, ohne daß diesem Irrsinn Einhalt geboten wird.
Bisherige Abfälle also in die Gärten der Produzenten.
Umrüsten der Kohlekraftwerke
drastische Energieeinsparungen
Setzen auf alternative Energien z.B. die der Sonne, Wind und beim Menschen selbst erreichbare wäre endlich angebracht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 8104 0

Ident.-Nr.: 9263

Die vorstehend genannten Risiken sollen nicht nur hingenommen werden, um einen bereits entstandenen Entsorgungsnotstand zu beheben, sondern um Einlagerungskapazität für einen Zeitraum von mindestens 40 Jahren zu schaffen. Der Kirchenvorstand verschließt sich nicht der Notwendigkeit, die Endlagerung bereits entstandener bzw. nicht mehr vermeidbarer radioaktiver Abfälle vorzuberieten. Er hält es jedoch für nicht verantwortbar die genannten Risiken hinzunehmen für radioaktive Abfälle, die erst künftig entstehen und deren Entstehung durch Ausstieg aus der Kernenergi vermeidbar wäre.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8104 8220 0

Ident.-Nr.: 9279

Weitere Atommüllproduktion muß unterbleiben!! Die "Entsorgungs-Sorgen" mit dem schon vorhandenen Strahlenmittel sind schon groß genug und Konra als Lager nicht sicher!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8104 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8105

Ident.-Nr.: 63

Aus der Größe des beantragten Einlagerungsvolumens geht hervor: Mit SCHACHT KONRAD wird dem europaweiten Ausbau der unbeherrschbar gefährlichen Atomenergie Tür und Tor geöffnet und damit eine überholte Technik gefördert, die Katastrophen wie der Super-GAU von Tschernobyl trotz steigender Sicherheitsstandards nie ausschließen kann.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 5220 8105 0

Ident.-Nr.: 201

Durch die große Hohlraumkapazität des Schachtes, die auch die Einlagerun von Atommüll aus dem Ausland zuließe, wird der weitere Ausbau der Atomwirtschaft in starkem Maße gefördert. Da es genügend andere, wesentlich risikoärmere Energiegewinnungsmöglichkeiten gibt, ist eine derartige Förderung der Atomindustrie, wie sie u. a. durch die Endlagerstätte SCHACHT KONRAD gegeben ist, nicht nur gefährlich, sondern überflüssig.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1100 8105 0

Ident.-Nr.: 253

Ein existierendes Atomüllendlager wird, soweit keine weiteren behördlichen oder gesetzlichen Vorschriften dies reglementieren, zu einer Ausweitung der Produktion von Kernenergie führen. Das ist eine Erkenntnis, die schon Studenten der Betriebswirtschaft als Ergebnis der ersten zwei Semester bestätigen können. Ich wende ein, daß es bis heute keine gesetzlichen Regelungen oder sonstige Vorschriften gibt, die es verhindern, daß es im Zuge eines Endlagers KONRAD zu einer Ausweitung der Kernenergie und damit auch der Produktion von radioaktivem Müll kommt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8105 8200 0

Ident.-Nr.: 276

Das Endlager suggeriert, daß die atomaren Probleme mit der Entsorgung gelöst seien. Ein ungebremstes Weiterwachsen der Atomwirtschaft wird den Mann von der Straße dazu verleiten, nicht auf regenerierbare Energien zu drängen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8105 8202 0

Ident.-Nr.: 291

Das ganze Atomprogramm der BRD steht auf wackligen Füssen. Bisher gibt es kein gesetzlich vorgeschriebenes Endlager. Dieses ist jedoch Voraussetzung für das Atomprogramm. Hier wird nun nicht ein Endlager errichtet, weil es hier ideale Voraussetzungen gibt, sondern weil endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden müssen.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8105

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8105 8210 0

Ident.-Nr.: 314

Der Ausbau des SCHACHT KONRADS, bzw. der Bau eines Endlagers solcher Größenordnung, provoziert geradezu die Weiterentwicklung der Atomenergiegewinnung. Eine weitere Nutzung der Atomenergie ist jedoch - insbesondere bei dem heutigen Wissen um Katastrophenfälle, technische Mängel, menschliches Versagen usw. und den entsetzlichen Folgen für die Menschen und ihre Umwelt - unverantwortlich, ihre Befürwortung, inhuman, lebensfeindlich und im Prinzip geradezu unglaublich.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8105 8400 0

Ident.-Nr.: 375

Schon nach der Einlagerung kleiner Mengen Atommülls ist zu befürchten, daß das ehemalige Bergwerk SCHACHT KONRAD mittel- oder langfristig zum größten - mittelfristig sogar zum einzigen - Endlager Westeuropas wird. Hat die Einlagerung erst einmal begonnen, gibt es für die Bürger der betroffenen Region praktisch keine Möglichkeit, eine Ausweitung des Betriebes zu kontrollieren, geschweige denn aufzuhalten. Es scheint mir nicht gerechtfertigt, daß Salzgitter zum Entsorgungsgebiet für eine fragwürdige Energiepolitik werden soll.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 5210 5520 8105

Ident.-Nr.: 518

Die Errichtung eines Atommüllendlagers gewährleistet das weitere Betreiben der gefährlichen Atomanlagen und verschleiert eine Bewußtseinsentwicklung in der Bevölkerung, die nötig wäre, um alternative Energiequellen in ihrer Entwicklung zu forcieren.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8105 0 0

Ident.-Nr.: 520

SCHACHT KONRAD sichert den Bau neuer Atomkraftwerke. Es wird also keine Reduzierung des Atommülls geben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8105 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8105

Ident.-Nr.: 612

Nach Tschernobyl und den Affären um Transnuklear und Biblis ist der sofortige Ausstieg aus der Kernenergie unbedingt erforderlich. Die Genehmigung des Endlagers SCHACHT KONRAD würde aufgrund des beantragten Einlagervolumens dem weiteren Ausbau des Atomprogramms Tür und Tor öffnen, obwohl Gründe der Energiesicherheit hierfür nicht mehr angeführt werden können.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8105 0 0

Ident.-Nr.: 906

Da durch Endlager wie den "SCHACHT KONRAD" die bisherige Energiepolitik mit geplantem Zuwachs ermöglicht wird und Energiealternativen und Sparpotentiale nicht genutzt werden, da sie unwirtschaftlich sind im Vergleich zur Energieerzeugung in Atomkraftwerken mit "billiger" Entsorgung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8204 8105 0

Ident.-Nr.: 908

Existierte ein "Endlager" für radioaktive Stoffe, würden die Befürworter der Kernenergie eine Berechtigung daraus ableiten, weiterhin kerntechnische Anlagen zu fordern und zu betreiben. Ich lehne aus menschlichen, medizinischen und verstandesmäßigen Gründen Kernenergie absolut ab, da ich sie als den falschen Weg der Energieversorgung erkannt habe. Ich habe keine Möglichkeit ohne Kernenergie und ihre Folgen wie Leukämie, verschiedenste Krebsarten, Strahlenkrankheiten und vor allem Genschädigung zu leben. Dies ist eine Mißachtung der Menschenrechte. Ein "Endlager" bedeutet einen rein theoretischen, juristischen Schluß eines Kreislaufes, den ich per se ablehne, der mich und meine Familie in ein an Leib und Seele bedrohendes und gefährdendes Ghetto zwingt, dem ich weltweit nicht entfliehen kann.
Ich protestiere aufs Schärfste gegen ein Endlager für radioaktiven Müll im ehemaligen Eisenerzbergwerk SCHACHT KONRAD, gegen Kernenergie schlechthin.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8105 0 0

Ident.-Nr.: 970

Diese Einwendung erhebe ich auch deshalb, weil ich den weiteren Ausbau der Atomenergie keinesfalls weiter fördern möchte. Letzteres sehe ich jedoch als Konsequenz der Inbetriebnahme von SCHACHT KONRAD als erstes legales Endlager an, denn aufgrund der beantragten Kapazität läßt sich aus dem Endlager ein Argument für die Genehmigung weiterer Atomkraftwerke ableiten.

Für den Fall, daß die Bundesregierung den Ausstieg aus der Kernener-

Texte zum Sachgebiet Nr. 8105

gie einleiten würde, wäre ich sicherlich bereit, die vorgebrachten persönlichen Einwendungen zurückzuziehen, auch unter Inkaufnahme persönlicher Risiken bzw. Nachteile, um damit einem Abbau vorhandener kerntechnischer Anlagen in keiner Weise im Wege zu stehen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8105 0 0

Ident.-Nr.: 1192

Wenn in SCHACHT KONRAD Atommüll eingelagert wird, bedeutet dieses gleichzeitig auf der psychologischen Ebene, daß es eine Legitimation gibt, weiter solchen atomaren Müll zu produzieren.
Der Ausstieg aus der Atomenergie steht nocht nicht einmal zur Debatte, sondern wird als irrationale Forderung abgetan.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8105 0 0

Ident.-Nr.: 1468

Das Problem des Atommüllendlagers darf nicht reduziert gesehen werden. Erst mit der Genehmigung eines Endlagers wird die Atomindustrie weitere Vorhaben in Angriff nehmen, das weitere Betreiben der Atomkraftwerke wird gewährleistet sein. Da ich mich und die Umwelt jedoch schon in hohem Maße gefährdet sehe durch die vorhandenen Atomanalgen, es erübrigt sich hier auf Unfälle hinzuweisen, halte ich es für unverantwortlich, durch eine Genehmigung des Atommüllendlagers eine Ausweitung zu unterstützen. Vielmehr als im Atommüllendlager fühle ich mich durch die Atomanlagen in meinem Recht auf Leben eingeschränkt.
Mit Blick auf das ganzheitliche Problem der Energiegewinnung durch Kernspaltung, das unter den gegenwärtigen wissenschaftliche Gesichtspunkten zu gefährlich ist, da ein Unfall nicht ausgeschlossen werden kann und dieser nicht zu verantwortende folgen einherzieht, ist ein Genehmigung zu erteilen.
Da eine Genehmigung als Entsorgungsnachweis notwendig ist, fürchte ich, daß eine unbefangene Antragsprüfung nicht gewährleistet ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8105 1500 1300

Ident.-Nr.: 1477

Dazu kommt, daß SCHACHT KONRAD aufgrund seiner hohen Einlagerungskapazitäten die Garantie bietet, auch weiterhin Atomstrom zu produzieren. Eine Spirale des Todes wird damit am Rotieren erhalten. Die Vielzahl von Störfällen - allein in den angeblich so sicheren bundesdeutschen Atomkraftwerken - zeigt, daß die systemtheoretische Annahme einer enormen Störanfälligkeit von komplexen und eng vernetzten technischen Anlagen eine wissenschaftlich fundierte Ableitung von der Realität darstellt.
Da die Eingeschränktheit menschlicher kybernetischer Fähigkeiten fast schon als anthropologische Konstante zu bezeichnen ist, folgt daraus, daß es dem Menschen niemals gelingen wird, großtechnische Atomanlagen fehlerfrei zu planen, zu bauen und zu steuern - also zu betreiben.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8105

Daraus wiederum muß - aufgrund des extremen Katastrophenpotentials von Atomanlagen - eine völlige Ablehnung jeglicher atomtechnischer Energieproduktion folgen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 5210 8105 2540

Ident.-Nr.: 1514

Das Atommüll-Endlager soll nicht der Beseitigung von Atommüll dienen sondern innerhalb der Bestimmungen des Atomgesetzes als Rechtfertigung für die Errichtung und den Betrieb weiterer Atomkraftwerke und damit der Erzeugung von immer mehr Atommüll, dessen für alle Zeiten sichere Lagerung nicht absolut garantiert ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8105 0 0

Ident.-Nr.: 5422

Als entschiedene Gegnerin jeglicher Art von Nutzung der Atomenergie, -denn ein Restrisiko ist unvermeidbar- erfüllt mich ein Gedanke an ein legales Endlager mit Sorge. Denn dies würde bedeuten, daß weiterhin verantwortungslos Kernkraftwerke gebaut und genutzt werden würden. Solange es kein legales Endlager gibt, muß sich die Atomlobby um angemessene Zwischenlagerplätze bemühen, und ist wenigstens gezwungen, den Problemen der Entsorgung ins Auge zu blicken. Die Argumente der Atomlobby sind für mich wiederlegbar: Atomenergie ist nicht billig und sauber: rechnen wir die nötigen Sicherheitsmaßnahmen, Transporte und Katastrophen mit deren ökologischen Folgen in die Kosten mit ein, rentiert sich diese Art von Energieerzeugung keineswegs.
Zweitens hatte ich die niedrigen Energiepreise der heutigen dZeit für ei entscheidenen Nachteil im Energiekonsum verhalten. Das Thema Energiesparen würde viel ernster genommen werden, wenn es Auswirkungen auf die eigenen Finanzen hätte, sowohl bei der Bevölkerung, als auch bei der Industrie. In diesem Falle wäre jedoch die hohe Energie erzeugung, wie es Atomkraftwerke tum, nicht mehr notwendig.
Eine "Kraft-Wärmekopplung" und Dezentralisierung sind sinnvoll und renta Denn die Entschwefelungsanlagen für die gesamten BRD-Kohlekraftwerke kosten meines Wissens nach nicht mehr als der Bau eines einzigen Kernkraftwerkes. Ich meine außerdem, daß es angebracht ist, daß der Staat die Entwicklung der Solartechnik hinreichend unterstützt. Bisher habe ich keine sonderlichen Bemühungen feststellen können. Auf dieser Weise wären wir auf dem richtigen Weg, effektiver und bewußter - trotz Bevölkerungszuwachs - mit Energie umzugehen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 8105 0

Ident.-Nr.: 5468

Der Nachweis einer - noch so risikoreichen - Endlagerung steigert möglicherweise die übermäßige Atomstromproduktion und führt zu noch unkontrollierterer Herstellung von Dingen, die keineswegs lebensnotwendig sind, aber den sinnlosen Konsum, den unnötigen Verbrauch von

Texte zum Sachgebiet Nr. 8105

Rohstoffen und das Anwachsen der Müllawinen steigen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8900 8105 0

Ident.-Nr.: 5516

Durch die Schaffung eines Endlagers ermutigt man alle Länder dazu, weitere Atomreaktoren zu bauen, um billige Energie zu erhalten. Der Druck, der besteht, um auf alternative Energieformen umzusteigen oder sie zumindest endlich mal zu erforschen, fällt weg.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8105 0 0

Ident.-Nr.: 5833

Die Bedeutung von schacht Konrad für das gesamte Atomprogramm:
- es herrscht ein großer Entsorgungsdruck durch den schon vorhandenen Atommüll.
- Ebenfalls befürchte ich in ganz Europa einen Anstieg der Atommülltransporte und einen damit einhergehenden Ausbau der Atomenergie. Damit steigt das Sicherheitsrisiko!!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8105 0 0

Ident.-Nr.: 8806

Durch die bewiesene Existenz eines Endlagers wird der Umgang mit der Atomenergie auf Jahre hinaus weiter gefördert, was gerade jetzt durch Berichte über das Weiterbetreiben der AKWBlöcke- Bulgarien trotz Warnungen von allen Seiten, sogar von Befürwortern drastisch deutlich wird. Geht es um die Abwägung von Ökonomie und Sicherheitsinteresse der Bevölkerung, siegt ganz klar der wirtschaftliche Sachzwang.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8105 0 0

Ident.-Nr.: 8826

Durch das geplante Atommüllendlager in der ehemaligen Eisenerzgrube SCHACHT KONRAD werde ich Gefahren ausgesetzt, die über das normale Leensrisiko weit hinausgehen. Ich fürchte, daß die Atompolitik (Kernenergiebefürworter in Wirtschaft und Politik) neuen Auftrieb erhält, wenn Entsorgung radioaktiver Abfälle in der Bundesrepublik scheinbar möglich wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2000 8105 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8105

Ident.-Nr.: 31396

Nicht zuletzt würde die Zulassung des Endlagers Schacht Konrad weiterhin den Glauben an eine Entsorgbarkeit strahlender Restprodukte ermöglichen. Der Betrieb hiesiger Anlagen würde damit verstärkt werden, so z.B. die Atommüllverbrennung in zwei Öfen im KfK und die Tätigkeit der "Hauptabteilung Kontamination".

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 8105 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8201

Ident.-Nr.: 131

Es gibt keine verbriefte Sicherheitsgarantie für eine Endlagerung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8201 0 0

Ident.-Nr.: 132

Ich sehe nicht kalkulierbare Risiken in der Endlagerung von radioaktiven Abfällen, vornehmlich Gefahren beim Transport zum Endlager und die daraus entstehende überirdische Zwischenlagerung vom Zeitpunkt der Anlieferung bis zur endgültigen Einlagerung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8201 8300 0

Ident.-Nr.: 258

Die Atomindustrie hat in ganz Europa noch keinen verantwortungsvollen Umgang mit der Wahrheit über Gefahren gezeigt, so daß auch hier mit einem skrupellosen Vorgehen beim Beseitigen der Abfälle gerechnet werden muß, vor allem, falls auch Müll aus Ländern mit einer weniger kritischen Öffentlichkeit und daher weniger strengen Vorschriften und niedrigeren Sicherheitsstandards akzeptiert wird.
Ich sehe mich den Machenschaften dieser Industrie hilflos ausgeliefert, ohne daß eine Unversehrtheit garantiert würde oder werden kann.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8201 0 0

Ident.-Nr.: 567

Wir halten eine Endlagerung auf der Grundlage vorliegender wissenschaftlicher Untersuchungen für gefährlich, da bereits bekannte Gefahren mangelhaft berücksichtigt sind. Unbekannte Faktoren, mit denen in der Endlagerzeit zu rechnen sind, machen einen erheblichen Sicherheitszuschlag notwendig. Die geplante Endlagerungsmenge ist zu groß, und wir befürchten auf Druck der Atomlobby eine Kapazitätsausweitung. Der Erhalt der Genehmigung ist zu befürchten, da Politiker nicht in "Halbwertszeiten", sondern nur von Wahlperiode zu Wahlperiode denken.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8201 0 0

Ident.-Nr.: 648

Die vorstehend genannten Risiken sollen nicht nur hingenommen werden, um einen bereits entstandenen Entsorgungsnotstand zu beheben, sondern um Einlagerungskapazität für einen Zeitraum von mindestens 40 Jahren zu schaffen. Der Kirchenvorstand verschließt sich nicht der Notwendigkeit, die Endlagerung bereits entstandener bzw. nicht mehr vermeidbarer radioaktiver Abfälle vorzubereiten. Er hält es jedoch für nicht verantwortbar, die genannten Risiken hinzunehmen für radioaktive Abfälle, die erst künftig entstehen und deren Ent-

Texte zum Sachgebiet Nr. 8201

stehung durch Ausstieg aus der Kernenergie vermeidbar wäre.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8201 0 0

Ident.-Nr.: 1834

Der teure Bau der Anlage, den die Atomindustrie unbedingt als Entsorgungsnachweis benötigt, darf nicht genehmigt werden, da von ihm ein bisher zu gering geschätztes Gefahrenpotential ausgeht und zudem eine Mehrheit in der Bevölkerung gegenüber der Kernkraft im allgemeinen und auch dem Bau dieses Endlagers gegenüber skeptisch eingestellt ist.
Wird auf diese Bedenken keine Rücksicht genommen, ist zu befürchten, daß das Vertrauen in die verantwortlichen Politiker weiter abnehmen wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8201 0

Ident.-Nr.: 1860

Ich bin nicht bereit, meine Familie und mich den unkalkulierbaren Risiken für Gesundheit und Leben auszusetzten, die durch eine unverantwortliches Festhalten an der Nutzung der Kernenergie und eine daraus resultierenende Beseitigung (="Endlagerung") der Produkte enstehen. Die Pflicht, Schaden von der Bevölkerung abzuwenden, gilt für alle Politiker gegenüber allen Menschen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8201 0

Ident.-Nr.: 3151

Schacht Konrad wird als Endlager für die Atomindustrie benötigt, und schon heute als Entsorgungsnachweis angeführt. Es erscheint mir, als würde im Planfeststellungsverfahren untersucht, ob Schacht Konrad das sicherste aller möglichen Endlager für nicht wesentlich wärmeentwickelnden Atommüll ist. Es reicht jedoch in keinem Fall aus festzustellen, daß Schacht Konrad evtl. das gerinste Übel ist. Es muß einzig und alleinn gewährleistet sein, daß ein Atommüllendlager im Schacht Konrad wirklich sicher ist. Dies scheint mir keineswegs der Fall zu sein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8200 8210 8201

Ident.-Nr.: 3194

Es wäre doch verantwortungslos und kriminell ein auf Vermutungen und auf Wahrscheinlichkeitsberechnungen gestütztes Endlager für Atommüll zu genehmigen. Es beinhaltet zu viele Risiken.
Darum muß doch für das Volk entschieden werden!

Texte zum Sachgebiet Nr. 8201

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8201 0 0

Ident.-Nr.: 5925

Als Bürger Niedersachsens wehren wir uns dagegeben, daß der Großteil des bundesdeutschen Atommülls (wenn nicht sogar der ganze Atommüll) in unsere Region, das Land Niedersachsen, den niedersächsischen ehemaligen "Zonenrand" verbracht wird.
Auch wenn die politischen Ereignisse wohl in Zukunft die "Zonenrandlage" aufheben, bleibt es bei einer Ballung von Atommüll; nicht zu vergessen ist das Endlager Morsleben.
Mit Asse II und Morsleben befinden sich in dieser Region bereits zwei Endlager; Florians-Prinzip hin oder her - haben nicht alle von dem angeblichen Nutzen der Kernenergiegewinnung partizipiert? Warum soll dann nicht die Endlagerung mit ihren möglichen Folgen und Risiken auf alle verteilt werden, z. B. durch mehrere Läger mit jeweils geringerem radioaktiven Inventar. Dadurch würde vor allen Dingen das Transportrisiko minimiert werden. Niedersachsen ist nicht die Müllkippe der Nation (ein Endlager reicht).

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8201 8232 0

Ident.-Nr.: 8690

Zweifel an der Beurteilung der Bedingungen des SCHACHTES KONRAD für die Endlagerung durch die PTB kommen besonders an einem Punkt zum Ausdruck: Die Gefährlichkeit des Vorhabens kann nur durch die Behauptung geleugnet werden, daß radioaktive Stoffe in geringen Mengen ungefährlich seine, wobei die Grenzwerte die Zumutbarkeit der Belastung von Mensch und Umwelt willkürlich festgesetzt werden. Es wird der Versuch unternommen, objektive Daten zu bekommen, mit denen die Belastbarkeit berechnet werden soll. Dieses Verfahren ist an der Quantität: Strahlungsdosis und nicht an der Qualität: Strahlungsgefahr orientiert, es lenkt also von der Wirklichkei der Gefahr ab.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8201 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8202

Ident.-Nr.: 258

Die Einrichtung eines Endlagers ohne den Willen zum Ausstieg aus der Atomenergie führt in diesem Energiezweig nicht zu einer Verringerung der Müllproduktion, so daß hiermit die Lösung des Müllproblems nur vorgetäuscht wird.
In Wahrheit kann es nicht gelöst werden, weil der Müll über Jahrtausende gefährlich bleiben wird, auch wenn die jetzt Verantwortlichen sich schon aus der Affäre gestohlen haben werden. Aber die nötigen Konsequenzen aus dieser Unlösbarkeit werden durch die Einrichtung eines Endlagers verhindert.
Da in der Atomenergiewirtschaft immer problematischer Müll anfällt, der sich nicht anders als durch Lagerung aus dem Weg räumen läßt, ist also auch für unsere ungeborenen Kinder unser derzeitiges Unterbringungsproblem schon vorprogrammiert.
Angesichts der Lagerungsdauer, die um ein zigfaches länger sein wird als die Betriebsdauer, wobei das Lager aber auch später noch ebenso sicher sein muß, wie jetzt für unsere Generation gefordert, ist jedes Modell bzw. jede Berechnung und daraus erstellte Prognosen über die Verwahrung als reine Spekulation zu betrachten und daher nicht geeignet, die Langzeitsicherheit des Schachtes Konrad zum Zweck der Endlagerung von Atommüll zu garantieren.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3000 8202 0

Ident.-Nr.: 276

Das Endlager suggeriert, daß die atomaren Probleme mit der Entsorgung gelöst seien. Ein ungebremstes Weiterwachsen der Atomwirtschaft wird den Mann von der Straße dazu verleiten, nicht auf regenerierbare Energien zu drängen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8105 8202 0

Ident.-Nr.: 279

Sollte es zu einer Lagerung kommen, ist eine spätere Korrektur nicht mehr möglich. So komme ich zu dem Schluß, daß das Problem der Entsorgung gegenwärtig unlösbar ist. Es darf nicht sein, daß unter Zeitdruck eine so wichtige Frage entschieden wird. Es bedarf noch weiterer Forschung, die am wenigsten schädliche Methode zu finden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8202 8290 8230

Ident.-Nr.: 440

Nach den Feststellungen des Geologen Eckhard Grimmel (F.R. v. 31.01.1990 und unserer Überzeugung ist es unmöglich, radioaktive Substanzen auf Dauer von der Biosphäre abzuschirmen. "Es wird also nie eine Lösung, sonder nur eine Notlösung der Endlagerung radioaktiver Abfälle geben."

Texte zum Sachgebiet Nr. 8202

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8202 0 0

Ident.-Nr.: 440

Mit der angestrebten Endlagerung im SCHACHT KONRAD wird der Öffentlichkeit eine Sicherheit vorgetäuscht, die in Wirklichkeit nicht existiert. Allenfalls würden wir einer Endlagerung zustimmen, die die Probleme der Kernspaltung nicht verdrängt, sondern offengelegt, wie z. B. vom Netzwerk der Psychologen "Interhelp" angestrebt: Der bis jetzt angefallene radioaktive Müll soll gut verpackt und von sogenannten nuklearen Priestern bewacht, auf zentralen Plätzen der Städte und Gemeinden als warnendes Beispiel für eine wissenschaftlich-technische Fehlentwicklung aufgestellt werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8202 0 0

Ident.-Nr.: 474

Nun produzieren wir aber seit Jahrzehnten in zunehmenden Mengen diesen schwach-, mittel- und hochradioaktiven Abfall - ohne zu wissen wohin damit. Während zu Beginn des Atomzeitalters noch gehofft werden durfte, daß man auch bald Wege zur gefahrlosen Dekontaminierung oder Lagerung finden werde, müssen wir heute erkennen, daß nichts dergleichen in Sicht ist. Es ist unverantwortlich, wenn Betreiber wie Politiker weiterhin vor dieser Tatsache die Augen verschließen und so handeln, als gäbe es dieses Problem nicht.
Wir haben das Atommüll-Problem - es fehlt eine Problemlösung.
Da weder eine Dekontaminierung noch ein sicheres Endlager möglich sind, bleibt für die schon vorhandenen Müllmassen weiterhin nur die Möglichkeit des Zwischenlagerns. Das Zwischenlager muß einerseits nach außen gut abgeschirmt sein, aber gleichzeitig gut zugänglich für regelmäßige Kontrollen der Container bzw. deren Erneuerung beim Auftreten von Undichtigkeiten.
Mangels einer Problem-Lösung ist die Produktion weiterer Massen mittel- und hochradioaktiven Mülls sofort einzustellen - die stillgelegten Atomwerke bieten sich dann als Zwischenlagerstätte für den dort produzierten Müll an.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8202 8230

Ident.-Nr.: 503

Es gibt bisher keine sichere Endlagerung von Atommüll. Das Problem der Endlagerung von Atommüll ist weltweit und national ungelöst. SCHACHT KONRAD ist ohne Eignungsnachweis seit 1975 von der jeweiligen Bundesregierung und den künftigen Betreibern mit vorgefaßter Meinung über die Eignung des Schachtes als Endlager für 95 Prozent des vorhandenden und noch anfallenden Atommüll vorgesehen.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8202

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8202 0 0

Ident.-Nr.: 820

Die Einrichtung des Atommüllendlagers "SCHACHT KONRAD" dient letztendlich nur dem Weiterbetrieb alter Atomanlagen und dem Ausbau der Atomwirtschaft, nicht aber dem Schutz der Bevölkerung vor strahlungsaktiven Altlasten und anderen anfallenden radioaktiven Abfällen:
Es gibt keine dem atomaren Gefahrenpotential angemessene, sichere Lösung für das Entsorgungsproblem mit radioaktivem Müll.
Ein Weiterbetrieb der Atomkraftwerke und anderer -anlagen verschärft dieses Problem bloß. Über eine Lösung dieses gefährlichen Dilemmas kann erst verantwortungsbewußt und sinnvoll nachgedacht werden, wenn diese alle abgeschaltet werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8202 0

Ident.-Nr.: 908

Physikalische Gesetze lassen sich nicht mit Verscharren unter der Erde umgehen, der Begriff "Entsorgung" ist eine Lüge.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8202 0 0

Ident.-Nr.: 1078

In Sachen radioaktiver Abfall ist es zunächst nicht nur unklug, die einfachste und billigste Variante zu diskutieren, sondern auch rücksichtslos gegenüber (zum großen Teil) unwissenden Bürgern. Denn hier sind Fehler schlichtweg irreparabel einerseits, und andererseits erlebt die moderne Physik in Theorie und Praxis täglich neue "Überraschungen". Müllbehälter gingen entzwei, die "eigentlich" halten sollten - bis heute weiß noch niemand, warum. Gegenwärtigen "Sicherheits-Berechnungen" traue ich nur für Vertragsdauer der beteiligten Unternehmerschaften - wie diese wahrscheinlich auch.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8202 5260 0

Ident.-Nr.: 1178

Es gibt noch keine Lösung für die Probleme der Atommüllentsorgung, von deren uneingeschränkter Langzeitsicherheit auch nur die Mehrheit der Wissenschaftler der einschlägigen Fachdisziplinen überzeugt wäre - von einem breiten Konsens ganz zu schweigen. Angesichts des momentnen Wissenstands kann daher die Einrichtung eines Atommüllendlagers wie in SCHACHT KONRAD nicht vorrangig den Schutz der Bevölkerung vor möglichen Strahlenbelastungen bezwecken, sondern vorrangig den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken und anderer Atomanlagen.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8202

Trotz der defizitären Kenntnisse über die Langzeitsicherheit von Endlagern und trotz des sich in Folge ergebenden Atommüllprobelms wurden und werden immer noch Atomanlagen aller Art betrieben. Auf der anderen Seite schreibt das in der Bundesrepublik geltende Atomgesetz die Einrichtung von Endlagern für Atommüll zwingend vor. In dieser Situation ensteht für die zuständigen Behörden ganz offensichtlich ein Handlungs druck; er sei exemplarisch durch die folgenden Daten erhellt:

a) Die Zwischenlagerkapazitäten für schach- und mittelradioaktiven Atommüll werden etwa 1996 erschöpft sein.
b) Etwa ab diesem Zeitpunkt soll SCHACHT KONRAD als Atommüllendlager dienen; nach den bisher vorliegenden Planungen wird die Lagerkapazität nach etwa mehr als 10 Jahren erschöpft sein.
c) Etwa zu diesem Zeitpunkt soll dann das für alle Arten radioaktver Abfälle geeignete Endlager Gorleben in Dienst gestellt werden.

Es steht außer Frage, daß ein gravierendes Atommüllproblem entstehen wird, falls SCHACHT KONRAD nicht oder wesentlich später als zum geplanten Zeitpunkt als Endlager zur Verfügung stehen sollte und gleichzeitig die bestehenden Atomanalgen wie bisher betrieben werden. Ganz offensichtlich reagieren die verantwortlichen Instituionen wegen des Mangels an Alternativen auf diese Lage mit dem Versuch SCHACHT KONRAD entgegen vielfach gäußerter fundierter Bedenken als Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle ausweisen - unter Hintenanstellung der gesetzlich verbrieften Interessen der Bevölkerung in Bezug auf Leben, Gesundheit und Eigentum.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8202 0

Ident.-Nr.: 1462

Aufgrund all dieser Unsagbarkeiten, die unglaubliche Folgen haben können, sehe ich die Einlagerung von Atommüll im SCHACHT KONRAD als keine Lösung für jetzt und die Zukunft an; man sollte auch in diesem Punkt nicht vergessen, welche Bürden und Gefahren wir den künfitgen Generation damit aufhalsen und somit wehre ich mich gegen dieses Atommüllendlager.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8202 0 0

Ident.-Nr.: 1493

Wir alle, die wir in der näheren Umgebung wohnen, fühlen unser Leben einer erheblichen Gefahr ausgesetzt und die Gesundheit ernsthaft bedroht! Sorge und Angst machen uns zutiefst betroffen -- auch im Hinblick darauf, daß wohl alle besorgten Einwände umsonst sein werden. Es gibt doch einfach keine befriedigende Lösung den radioaktiven Abfall unschädlich zu machen!!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8202 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8202

Ident.-Nr.: 1950

Im Rahmen der Risiken der Kernenergie stellt das Abfallproblem eine schwere Hypothek dar. Die durch die Anwendung dieser Technik entstehenden großen Mengen gefährlicher radioaktiver Abfälle werden zum Teil in hunderttausenden bzw. Millionen von Jahren bis auf das Niveau natürlicher Strahlung abgeklungen sein.
Ihr sicherer Abschluß von der Biosphäre kann allgemein mangels Erprobungsmöglichkeiten und Reversibilität der geplanten Endlagertechnik für derzeit lange, die menschlichen Geschichtshorizonte weit übersteigende Zeitspannen von niemanden garantiert werden.
Ein modernes Kernkraftwerk produziert pro Jahr ein Potential biologisch wirksamer langlebiger Radioaktivität mit der Strahlungsintensität von 10 hoch 18 Becquerel (Cäsiumäquivalent), also etwa das Zehnfache dessen, was in Tschernobyl an langlebigem Inventar freigesetzt wurde. Die endzulagernde Abfallmenge wächst also von Jahr zu Jahr erheblich.
Die wissenschaftliche und politische Bewertung der Endlagerung hat sich wegen der oben dargelegten Langzeitproblematik aus grundsätzlichen Erwägungen und wegen der Probleme bei der Erkundung des Salzstockes Gorleben in der aktuellen Diskussion drastisch verschlechtert. Die bislang schon fragliche Eignung des nicht fachlich, sondern politisch festgelegten Standortes Gorleben ist insbesondere wegen der Probleme wasserführender Schichten noch zweifelhafter geworden.
Das Erzbergwerk "KONRAD" kann das in Gorleben geplante Endlager nicht ersetzen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8202 0 0

Ident.-Nr.: 2561

Natürlich ist auch uns klar, daß an der Entsorgung von Kernkraftwerken und anderen Anlagen, die radioaktives Material nutzen, kein Weg vorbeiführt. Aber wann ist eine gesicherte Entsorgung solchen Materials gewährleistet?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8202 0 0

Ident.-Nr.: 3105

Ein sicheres Endlager für Atommüll ist nicht möglich. Eine unwiderbringliche Lagerung des Atommülls birgt das Risiko, daß mit Sicherheit in der Zukunft zu erwartende Verbesserungen der Lagerung nicht mehr zu verwirklichen sind und somit nicht mehr der Stand der höchstmöglichen Sicherheit der Bevölkerung und der Natur gewährleistet ist.
Als weiteres ist zu bedenken, daß niemand für den o. a. Zeitraum die Gewähr leisten kann, daß ein Endlager durch geologische, klimatische oder andere, z. B. durch menschliches Unvernunft (Kriegsfall), Gründe beschädigt oder gar zerstört würde.
Da wie o. a. eine Endlagerung nicht möglich ist, kann nur in den einzelnen Atomkraftwerken gelagert werden. Falls dies nicht möglich ist, sind die Atomkraftwerke abzuschalten, damit kein weiterer Atommüll entsteht.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8202

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8202 3210 8100

Ident.-Nr.: 4468

Nicht zuletzt würde die Zulassung des Endlagers Schacht Konrad weiterhin den Glauben an eine "Entsorgbarkeit" strahlender Restprodukte ermöglichen. Der Betreiber hiesiger Anlagen würde damit verstärkt werden, so z. B. die Atommüllverbrennung in zwei Öfen im KfK und die Tätigkeit der "Hauptabteilung Kontamination"

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8202 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen Hinweise, wie von Betreiberseite der Widerspruch gelöst werden soll, daß einerseits international feststeht, das radioaktive Niedrigstrahlung irreparable Schäden an den Betroffenen hervorruft, andererseits (KAUL!!) der Nachweis selbst für Atomarbeiter in der Regel technisch nicht möglich ist, daß ein Schaden auf eine bestimmte Strahlenquelle ursächlich zurückzuführen ist. Es fehlen Hinweise, wie der Widerspruch gelöst werden soll, daß dieses geschilderte Problem technisch nicht lösbar ist und somit zu ungunsten der Betroffenen, die dann letztendlich doch an Krebs sterben werden, entschieden wird - was vor allem für die Hinterbliebenen und Nachkommen sehr schwierig sein kann - und andererseits das Problem der Entsorgung und Endlagerung, daß auch nicht technisch lösbar ist, gegen den Willen und Sachverstand der Mehrheit der Bevölkerung dieses Landes durchgesetzt wird, unter Inkaufnahme aller Nachteile für die Betroffenen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2200 8202 0

Ident.-Nr.: 5926

Es liegen keine ausreichenden Hinweise auf die adäquate Verarbeitung der Erkenntnisse internationaler Endlagerforschung vor. Auch wurden keine ausreichende Hinweise auf eventuelle internationale Lösungen der Atommüllfrage gegeben. Setzt man vor allem die Tatsache voraus, daß es keine internationale Lösung der Entsorgung gibt, so ist umso erstaunlicher, daß die Bundesregierung bislang keine Einrichtung internationaler Behörden oder Institutionen oder Forschungen betrieben hat, um dieses Problem zu lösen. Dabei ist nicht an die kriminelle Lösung gedacht, Atommüll in Länder zu verschieben, deren Gesetzgebung eine Verstrahlung der Bevölkerung zuläßt, oder deren politische Verhältnisse vergleichbar mit Entmündigung des Volkes anzusehen sind, etwa wie die Entsorgung des PTB-For-

schungsreaktors, Braunschweig, die keinerlei Rücksicht beim Transport deutschen Atommülls auf die steigenden Todesfälle in den Umgebungen der ausländischen Atomfabriken nimmt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8202 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Die gesetzlich vorgeschriebene Entsorgung existiert nicht und ist eine Farce. Es gibt in der ganzen Welt kein existierendes und funktionierendes Endlager außer der Menschheit und der Natur selbst, die zum Experimentierfeld der Atomindustrie geworden ist. Die Atomindustrie arbeitet ungehemmt weiter, ohne einen einzigen Nachweis einer Entsorgung vorlegen zu können, die auch nur im Ansatz diesen Begriff erfüllt, gemessen an den Halbwertzeiten, die diese Radionuklide zu unbegrenzten Zeitbomben für unser menschliches Dasein machen. Der gesetzlich vorgeschriebene Zwang zum Entsorgungsnachweis ist pervertiert zum Nachweis, daß irgendwo auf der Welt eine Schaufel umgedreht wird. Eine derartige Regelung ist grundgesetzwidrig, eine Gesellschaft, die solches duldet, verdient nicht den Namen einer rechtsstaatlichen Ordnung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 8202 0

Ident.-Nr.: 8646

Es ist schon eine Frechheit, vielleicht sogar ein Verbrechen, wenn Politiker jahrelang die Atomwirtschaft Energie mit Kernspaltung gewinnen lassen, ohne daß die betreibenden Firmen eine brauchbare Lösung für die Abfallbeseitung anbieten.
Selbst wer deutsche Atomkraftwerke als sehr sicher ansieht, was sie ja auch sind, weiß, daß als Endprodukt radioaktiver Abfall übrigbleibt. Dieses Problem wurde anscheinend über Jahre ignoriert oder zumindest ließen sich keine geeigneten Lösungen finden. Umso schlimmer empfinde ich es jetzt, da wir in die Verlegenheit kommen, Kapazitäten für das anfallende radioaktive Material zu stellen, daß die Politiker jetzt ein Endlager "erzwingen" wollen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8202 0 0

Ident.-Nr.: 9116

Die Planungsbehörde wäre gut beraten, endlich zuzugeben und der Öffentlichkeit unzweideutig zu erklären, daß eine "Entsorgung" der Menschheit von diesem "Teufelsdreck" in Wirklichkeit nicht möglich ist.
Eine immer weiter wachsende Notstandssituation kann nur durch offensive Beendigung der Erzeugung von Energie durch Atomkernspaltung aufgehalten werden.

27.03.1992

Texte zum Sachgebiet Nr. 8202

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8202 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8203

Ident.-Nr.: 280

In keinen Auslegungsunterlagen ist eindeutig die Begrenzung des Atommüllendlagers SCHACHT KONRAD auf rein deutsche Atomabfälle begrenzt. Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit und in Hinsicht auf Europa 1992 befürchte ich mangelnde Kontrollen, Aushöhlung deutscher Gesetzesauflagen, Falschdeklarierungen, rapide Zunahme von Atomtransporten europaweit. Diese Sorge wird noch verstärkt durch die Größe und Aufnahmekapazitäten der Anlage SCHACHT KONRAD und durch die Überlegungen, die Atommüllendlagerung zu privatisieren.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 5210 8203 0

Ident.-Nr.: 507

Wegen des absehbaren Entsorgungsnotstands akzeptiere ich die mit der Freisetzung verbundene Gefährdung, soweit die Aufnahmekapazität des Endlagers auf Abfälle beschränkt wird, die in der Bundesrepublik Deutschland enstanden sind bzw. nicht mehr vermieden werden können. Nicht akzepieren kann ich die Gefährdung, soweit sie von Abfällen ausgehen soll, die durch einen vertretbar terminierten Ausstieg aus der Kernenergieerzeugung vermieden würden. Da der Verzicht auf Kernenergie technisch und praktisch möglich ist, gibt es für diese Gefährdung meiner Lebensgrundlagen und der meiner Nachkommen keine Begründung. Das Planfeststellungsverfahren muß meines Erachtens wiederholt werden. Dabei muß erkennbar werden, in welchem Umfang es der Kernenergieerzeugung stammender radioaktiver Abfälle dienen und in welchem Umfang es darüber hinausgehende Kapazitäten als Voraussetzung für eine zeitlich nicht eingegrenzte Kernenergieerzeugung schaffen soll. Die beantragte Planfeststellung für eine undifferenzierte Betriebsdauer von mindestens 40 Jahren läßt diese Unterscheidung nicht zu.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 8203 0

Ident.-Nr.: 1190

Mit der Errichtung des EG-Binnenmarktes müssen Waren und Dienstleistungen EG-weit angeboten werden. Ein im Betrieb befindliches Endlager wird deshalb auch Atommüll aus anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft annehmen müssen. Die Risiken, die eine Atompolitik mit sich zieht, werden noch weiter ansteigen. Dies gilt um so mehr, als die zur Zeit laufenden Änderungen des Atomgesetzes eine Privatisierung der Atommüllendlagerung vorsieht; bisher handelt es sich hierbei um eine staatliche Aufgabe.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 5310 8203 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8203

Ident.-Nr.: 1556

Durch die große Hohlraumkapazität des SCHACHTES KONRAD wird der weitere Ausbau der Atomwirtschaft erst ermöglicht. Die Größe der Grube läßt die Einlagerung nicht nur des deutschen Atommülls zu. Heute erteilte Genehmigungen entsprechen in wenigen Jahren schon nicht mehr dem Stand der Technik und zu erwartender politischer Entscheidungen durch die EG.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8203 0

Ident.-Nr.: 4882

Durch die Einstufung von radioaktiven Abfällen als "Handelsware" bzw. als "Güter" im Sinne dese EWG-Vertrages und des EUROTOM-Vertrages sowie im Sinne der darauf beruhenden Vorschriften des sekundären Europäischen Gemeinschaftsrechts ist zu erwarten, daß die im Gemeinschaftsrecht verankerte Freiheit des Güter- und Warenverkehrs im Ergebnis zu einem regen - und daher unsere Grundrechte ganz besonders gefährdenden - Umschlag, Transport und "Verschieben" von radioaktiven Abfällen führen wird.
Da derartige europarechtliche Vorschriften einen grundsätzlich allumfassenden (Anwendungs-)Vorrang gegenüber nationalem Recht jeden Ranges - und damit auch gegenüber den von uns geltend gemachten Grundrechten des deutschen Grundgesetzes - genießen, droht unseres Erachtens eine durch Europarecht bewirkte umfassende "Aushebelung" unseres grundrechtlich verankerten Abwehrmöglichkeiten gegen die von dem Atommüllendlager selbst bzw. von Transport- und Umschlagsvorgängen ausgehenden Gefahren. Aus diesem Grunde behalten wir uns alle (!) nach der deutschen Rechtsordnung "an sich" verbrieften bzw. geschützten Rechtspositionen auch für den Fall vor, daß diese durch Vorgänge (rechtlicher wie tatsächlicher Art) beeinträchtigt werden, welche ganz oder teilweise auf die oben beschriebenen Wirkungen von Europäischem Gemeinschaftsrecht zurückgehen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8203 6900

Ident.-Nr.: 5575

Die EG-mitglieder Frankreich und England produzieren Atomwaffen und erachten die Fortentwicklung ihrer atomaren Kriegspotentiale auch weiterhin für notwendig. In diesem beiden europäischen Ländern ist die Energiepolitik nur ein Anhängsel der Kriegspolitik und wird von ihr gesteuert. Kennzeichnend ist in beiden Fällen:
- eine hemmungslose Verseuchung der Umgebung ihrer kerntechnischen Anlagen (Sallafield, Windscale, La Hague)
- der unverantwortliche Mißbrauch der Meere für Atomwaffentests und zur Versenkung von radioaktiven Abfällen.
- eine große Verschuldung der staatlichen Energiewirtschaft und demzufolge das völlige Fehlen von Entwürfen für neue, umweltverträgliche Energieversorgungskonzepte.

Die Proteste der direkt betroffenen Bevölkerung haben bisher nicht ausgereicht, eine Änderung dieser unverantwortlichen Kriegs- und Energiepolitik herbeizuführen, während der anhaltende Widerstand bei uns

immerhin bewirkt hat, daß die Energieversorgungsunternehmen wenigstens in ihren Werbe- und PR kampagnen von umweltschonender Energieproduktion, rationeller Energienutzung und vom Einsatz regenerativer Energiequellen reden. Diese Forderungen der deutschen Umweltschutzbewegung werden in Deutschland auch von allen Parteien öffentlich diskutiert und mancherorts in die Tat umgesetzt (Rottweil, Flensburg, Saarbrücken u.a.). In Frankreich und England ist davon nicht die Rede, das Thema taucht nicht einmal in den Wahlkämpfen auf.
Wenn für die französischen und englischen Energie- und Kriegspolitiker auch noch die Schwierigkeit, mit der sie jetzt zu tun haben, nämlich das Beiseiteschaffen des jahrtausendelang strahlenden Mülls, hinfällig wird, werden sie "natürlich" bewußtlos weiterwursteln wie bisher. Unsere Chancen aber, die Früchte unserer jahrelangen ernergiepolitischen Bemühungen auch ernten zu können und der Nutzung der Kernenergie aussteigen, werden entscheidend verringert.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8203 0 0

Ident.-Nr.: 5745

Ich habe Sorge, daß bei einer Genehmigung des Endlagers Schacht Konrad die Erklärung der Bundesregierung die Entsorgung müsse auch zukünftig national geregelt werden, nicht eingehalten wird, da die bevorstehende Einführung des EG-Binnenmarktes Anfang 1992 automatisch Schacht Konrad zum EG-Endlager macht. Das EG-Recht bricht nationales Recht und besagt: der freie Warenverkehr darf nicht behindert werden.
Dieses Argument, sowie die vorangegangenen, macht die Unvollständigkeit und Rechtswidrigkeit des Planfeststellungsverfahrens deutlich.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 5210 8290 8203

Ident.-Nr.: 5926

Es liegen keine Hinweise auf Entsorgungsverträge mit anderen Ländern und auf deren Auswirkungen auf diese geplante Anlage vor. Inshesondere ist nicht abzusehen, inwieweit die Bundesregierung verpflichtet ist, Atommüll aus dem Ausland zurückzunehmen und inwieweit dieser dann für diese Anlage relevant sein könnte. Weiterhin enthalten die Planunterlagen keinerlei Kontrollmechanismen für diesen Transfer von Atommüll ,der dabei zu kontrollieren und überwachen wäre. Das hat zur Folge, daB die Unterlagen über die mögliche Gesamtbelastung, über das mögliche radioaktive Gesamtinventar gar nicht stimmen können, weil nicht bekannt ist, wie der Atommüll zusammengesetzt sein wird. Nach den Vorkommnissen um den Atommüll aus Mol für Gorleben ist klar, daß dieser Transport nur das Vorspiel zum Betrieb in Schacht Konrad sein wird. Es ist somit als sicher anzusehen, daß ausländischer Atommüll nach Schacht Konrad kommen wird. Es finden sich jedoch keinerlei Hinweise auf diesen Sachverhalt und die damit verbundenen Probleme . Das schränkt uns unzumutbar in unseren Grundrechten ein.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8203

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8203 5220 5210

Ident.-Nr.: 5926

Eine Trennung von ziviler und militärischer Atomtechnik ist unmöglich. Die BRD hat sich zur nichtmilitärischen Nutzung der Atomenergie verpflichtet. Das Betreiben von Atomanlagen jeglicher Art fördert die rechtswidrige militärische Nutzung von Atomanlagen.

Die Planunterlagen enthalten keine Hinweise auf Kriterien, die verhindern, daß der Entsorgungsnachweis Schacht Konrad zur Nutzung militärischer Art von Atomanlagen benutzt wird, somit ist eine rechtswidrige Förderung dieser Produktion nicht auszuschlieBen, sofern keine Sicherheitsmaßnahmen eingebaut werden, die diese Art des Mißbrauchs des Entsorgungsnachweises verhindern, besonders in bezug auf möglichen ausländischen Atommüll.

So ist zu vermuten, daß die Pläne der Bundesregierung darauf hinauslaufen, daß eine Internationalisierung der Entsorgung bevorsteht. Wenn man die Dreistigkeit berücksichtigt, mit der Bundesumweltminister Töpfer die Weisung für die Einlagerung von ausländischem Atommüll in Gorleben mit einem Gefälligkeitsgutachten des TÜV im Juni 91 durchgesetzt hat, so ist logischerweise zu schließen, daß mit Schacht Konrad ähnliches geplant ist. Das bedeutet eine unzumutbare Einschränkung unserer Grundrechte.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8203 8700

Ident.-Nr.: 8930

Der in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland angefallene Atommüll muß auch in Deutschland endgelagert werden. Er sollte nicht in andere Industrieländer und auf keinen Fall in Entwicklungsländer verbracht werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8203 0 0

Ident.-Nr.: 9327

Freilich muß für den jetzt noch anfallenden Atommüll eine auch für die Zukunft "sichere" Lagerung vorgenommen werden. Denn mit dem nun einmal produzierten Atommüll kann nicht unverantwortlich umgegangen werden. Doch meine Einwendungen sind gerade ein Plädoyer gegen SCHACHT KONRAD, weil der Sicherheitsbericht derartig viele Mängel aufweist und weil in diesem Gebiet sowieso schon eine Konzentration von Schadstoffen herrscht (siehe Punkt 5). Gleichzeitig plädiere ich für Verantwortung dahingehend

Texte zum Sachgebiet Nr. 8203

an geeigneter Stelle mit allen erdenklichen Sicherheitsmaßnahmen ein End lager zu errichten, was nicht größer sein darf, als der aus den bestehen den Kraftwerken noch anfallende Atommüll. Und dies Plädoyer gilt auch nu wenn in deren europäischen Lagern eine derartige Lagerung nicht möglich wäre oder nicht ausreichte oder entsprechende Sicherheitsvorkehrungen (falls sie nicht vorhanden sein sollten) aus geologischen od. anderen Gründen auch nicht geschaffen werden könnten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8203 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8204

Ident.-Nr.: 253

Die Sicherheit kerntechnischer Anlagen muß allein wegen der Folgen höchs Priorität haben. Ich werfe den Planunterlagen vor, zu stark wirtschaftliche Aspekte zu Lasten der Sicherheit berücksichtigt zu haben. Ich wend ein, daß die Abwägung von Ökonomie und Sicherheit nicht offengelegt wurd Ich unterstelle der Antragstellerin, daß wirtschaftliche Gründe - so die betriebswirtschaftliche Rentabilität eines Endlagers - vorausgesetzt wer den. Diese Denkungsweise darf jedoch keinesfalls einfließen. Ein atomare Endlager ist keine Firma im üblichen Sinn. Der in diesen Tagen beendete Prozeß um die Betrügereien bei der Atomfirma Transnuklear unterstreicht diesen Gedanken. Schließlich konnte auch dort die behörliche Kontrolle Bestechungen der Transnuklear-Mitarbeiter, um radioaktive Stoffe verschwinden zu lassen, nicht verhindern. Wie schlimm die Betroffenen ihr unmoralisches Handeln selbst empfunden haben, zeigen die Selbstmorde zweier in die Sache Verstrickter. Das Gericht hat - wie bekannt - jüngst weitere Mitarbeiter der Firma verurteilt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 1210 8204

Ident.-Nr.: 454

Besondere Unwägbarkeiten bezüglich der langfristigen Kontrolle des Atommüllendlagers resultieren darüber hinaus aus der Wirtschaftskraft des zukünftigen Gemeinwesens.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8204 8290 0

Ident.-Nr.: 906

Da durch Endlager wie den "SCHACHT KONRAD" die bisherige Energiepolitik mit geplantem Zuwachs ermöglicht wird und Energiealternativen und Sparpotentiale nicht genutzt werden, da sie unwirtschaftlich sind im Vergleich zur Energieerzeugung in Atomkraftwerken mit "billiger" Entsorgung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8204 8105 0

Ident.-Nr.: 1911

Ethische und moralische Gründe
Nur um des Profites wegen einiger weniger Unternehmen für wenige Jahre unseren nachfolgenden Generationen ein solches Erbe zu hinterlassen, ist absolut unverantwortbar. Es ist ein Verbrechen, täglich tonnenweise neuen radioaktiv strahlenden Müll zu produzieren, wo wir bis jetzt noch nicht einmal wissen wohin wir mit dem alten Müll sollen. Durch unser Verhalten schädigen wir heute die Lebensqualität unserer Enkel und deren Enkel von morgen ernsthaft. Es ist an der Zeit, schnellstmöglichst auf billigere, effektivere und weniger schädliche Energieformen umzusteigen, zumal die Gewinnung von Strom aus Atomkraftwerken insgesamt volkswirtschaftlich gesehen

Texte zum Sachgebiet Nr. 8204

unwirtschaftlich ist.
Wir brauchen uns für den atomaren Müll, den wir zu produzieren vermieden haben, keine Gedanken zu machen, wo und wie wir ihn entsorgen sollen. Erst wenn wir begonnen haben, keinen weiteren radioaktiv stahlenden Müll mehr entstehen zu lassen, macht es Sinn, über ein geeignetes und wirklich sicheres Atommüllendlager nachzudenken.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8204 0

Ident.-Nr.: 3201

Wir sehen es als unsere Pflicht und Schuldigkeit an, durch unseren hier vorgebrachten Einspruch sowie die notwendigen Einwendungen den kurzfristigen Interessen, die die Zukunft und Sicherheit von Generationen gefährden und mit Fußen treten: nämlich Schacht Konrad als Endlager für Atommüll zu verplanen, entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen!
Es kann und darf nicht sein, daß durch die Macht in den Händen einiger weniger, denjenigen die Entscheidungen abgenommen werden sollen, die später mit den Konsequenzen leben müssen!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8204 0 0

Ident.-Nr.: 5502

Bleibt noch zu Fragen, warum Bundesumweltminister Töpfer in dieser Endphase wo nun schon fast alles gelaufen ist, auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung verzichten möchte und warum nicht durchgeführte Sicherheitsanalysen der Transportwege des Atommülls in Kauf genommen werden, nur um das Endlager möglichst schnell genehmigen zu lassen?
Es gibt dafür zweierlei Erklärung: erstens weiß die Atomindustrie bald nicht mehr, wo sie ihren Müll zwischenlagern soll und zweitens spielt wieder das wirtschaftliche Interesse eine große Rolle. Ein Endlager stellt einen enormen Wirtschaftsfaktor dar, da es, egal es entsteht, daß erste seiner Art sein wird. 1992 wird Europa zu einer Wirtschaftsmacht zusammengeschlossen. Das bedeutet, daß das Land, welches als erstes Atommüllendlager kann, ungeheure Geldsummen durch diesen neuen "Industriezweig" einnehmen wird.
Es geht bei dem ganzen Projekt also primär um wirtschaftliche Interessen; Sicherheitsbestimmungen werden nur zweitrangig behandelt und überhaupt, wer legt denn die Sicherheitsbestimmungen fest?. Doch jene, die Schacht Konrad als Endlager befürworten! Und wer übernimmt Kontrollfunktionen oder hat zur Eignungsuntersuchung beigetragen? Doch auch nur solche Betriebe und Einrichtungen, die ein Interesse an dem Endlager und der damit gewonnenen Legitimation der Atomindustrie haben! Da erscheint das ganze Planauslegungsverfahren doch nur noch als Nachweis dafür zu gelten, daß "demokratisch" vorgegangen wurde.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1600 1800 8204

Texte zum Sachgebiet Nr. 8204

Ident.-Nr.: 5926

Frankfurter Rundschau vom 6.12.90, Der Abbruch des Atommeilers Niederaichbach erfolgt ins Ungewisse:" Wo der radioaktive Schrott aber einmal endgültig lagern soll, ist weiter offen, weil weder das Bundesendlager Grube Kanrad in Niedersachsen noch irgend ein anderes Atomgrab über das Planungsstadium hinaus gediehen ist. ... über Schiene und StraBe rollen rund 2000 Container nach Karlsruhe rollen. Da könnten die bis Mitte der 90iger Jahre " problemslos untergebracht werden. ... Wenn bis 1995 die Grube Konrad nicht offenstehe, werde man eben "Wasteminster Abbey" wieder einmal erweitern müssen. ....Dieweil nähern sich die Abbruchkosten allmählich den 232 Millionen Mark an, die der Bau seinerzeit gekostet hat.."

Aus diesem Beitrag ergeben sich die folgenden Einwendungen: -Die Kosten der Entsorgung werden die Kosten der Stromerzeugung weit überholen, sie sind von der Gesellschaft zu tragen, während der Profit an die Stromkonzerne geht. Dieses steht im Widerspruch zu den Versicherungen der Betreiber. Damit entfallt eine wesentlicher Punkt des Grundkonsenses über die Atomkraftnutzung. Die Kosten des Endlagers sind nicht ausreichend belegt, es fehlen Alternativvorschläge auch unter finanziellen Aspekten. -Der sogenannte "Sachzwang-" auf die Genehmigung von Schacht Konrad wird permanent erhoht durch Vorhaben der Betreiber, die in der Folge Atommüll für die Grube Konrad produzieren, ohne das die Anlage genehmigt ist. Damit ist ein rechtstaat-liches Verfahren nicht mehr möglich.

Dieser Sachverhalt schränkt uns unzumutbar in unseren Rechten ein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8290 8204 0

Ident.-Nr.: 5926

Nach dem jetzt praktizierten System bezahlen wir die Entsorguns- und Folgekosten der Atomindustrie, die Profite aus der angeblich billigen Stromkostenlegende werden von den Stromerzeugungskonzernen eingenommen. Diese Art der Finanzierung pervertiert eine angebliche Notwendigkeit unserer Gesellschaft, nämlich die Energieerzeugung, zu einer Finanzierung des Selbstmordes auf Raten durch uns, die Betroffenen dieser Industrie.

Wir fühlen uns in unserem Recht, unser Leben so zu planen, wie wir es für richtig halten, unzumutbar eingeschränkt durch diese Verhältnisse.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8103 8204 0

Ident.-Nr.: 8808

Es wird argumentiert: "Irgendwo muß er ja hin, der Atommüll!"
Aber , daß es erst soweit gekommen ist, daß sich der Müll in den Zwischenlagern stapelt, daß Atomreaktoren in Betrieb genommen werden, ohne daß Endlagermöglichkeiten abschließend untersucht werden, verdeutlicht einmal mehr, wie hier von Betreiberseite nach dem Motto herangegangen wird - erst mall billiger (!!??) Strom produzieren und einen Exportschlager entwickeln - die Wissenschaft und Technik wird es schon richten und für den Müll sind dann nicht die Betreiber verantwortlich bzw. müssen die Entsorgung sichern, sondern der Bund und der Steuerzahler - mit Geld und unübersehbaren Gefahren für Leib und Leben des einzelnen und zukünftiger Generationen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8204 0 0

Ident.-Nr.: 8887

In unserer heutigen Industriewelt wird sehr sehr viel durch GEld regiert So auch der Staat, die Industrie, die Energie-Wirtschaft. Sicherheitsvorkehrungen kosten Geld, sie können aber gerade in einem mit radioaktivem Material arbeitendem Betrieb nicht genug vorhanden sein. Ich glaube, die Gefahr und damit die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen stehen in eine Antagonismus zu den menschimmaneneten Geldgier, Sparsamkeit und Geiz. Di Sicherheit steht immer hinter der Wirtschaftlichkeit, vor allem , da in diesem Fall Konrad schon als Endlager für laufende AKWs genannt ist und eine Ablehnung aus Sicherheitsgründen ein wirtschaftliches Fiasko bedeut würde. Sie scheidet also von vornherein aus.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 8290 8204

Texte zum Sachgebiet Nr. 8205

Ident.-Nr.: 409

Präjudizierende Wirkung politischer Sachzwänge
Äußerst merkwürdig erscheint zunächst einmal die Auskunft des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), in der es heißt (Kurzfassung, S. 12): "Zur Schachtanlage KONRAD ... ist keine Alternative vorhanden. ... Aufgrund der vorhandenen und bis zum Jahr 2000 noch anfallenden Abfälle ist eine zügige Realisierung des Projektes KONRAD geboten, da dort etwa 95 Vol.- % der insgesamt anfallenden Abfälle endgelagert werden können."
Hier wäre interessant gewesen zu erfahren, welche andere Optionen der Tiefenlagerung denn ernsthaft geprüft worden sind und was diese anderen geprüften Möglichkeiten als die größeren Übel ausweist.
Darüber hinaus wird ein politischer Sachzwang den wissenschaftlichen Sachargumenten vorgeordnet. Dieser Sachzwang ist aber von der Antragsbehörde selbst mitgeschaffen worden, indem SCHACHT KONRAD bereits vor jeglicher Eignungsprüfung als Entsorgungsnachweis bei der Genehmigung von Kernkraftwerken akzeptiert wurde. Die Planunterlagen erwecken dementsprechend von vornherein den Verdacht, daß sie eher eine nachträgliche Legitimationsfunktion für eine vorgängige Praxis und bereits getroffene Entscheidungen haben als eine seriöse wissenschaftliche Begründungsfunktion für erst noch zu treffende Entscheidungen. Es entsteht so der mißliche und wohl nicht unbegründete Eindruck, daß selbst produzierte Sachzwänge die wissenschaftlichen Ergebnisse präjudiziert haben. Diese offensichtliche Tatsache mindert von vornherein die Aussagekraft der Ergebnisse.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8205 8290 0

Ident.-Nr.: 1826

Für mich ist es unbegreiflich, wie jahrelang ohne Vorhandensein eines sicheren atomaren Endlagers derartige Atommüllberge erzeugt werden konnten.
Dieses konnte nur nach dem Motto geschehen:
"Ist der Atommüll erst mal da, muß er auch irgendwo hin!"
Nur so ist es zu erklären, daß Anfang 1980 das Kernkraftwerk Niederaichbach u. a. als Entsorgungsnachweis schon Schacht Konrad hatten.
Nur so ist es auch zu erklären, daß im Tagebau Haverlahwiese schon riesige Mengen Abraum aus dem Schacht Konrad in den letzten 2-3 Jahren aufgefahren wurden.
Ich appelliere an den Rechtsstaat, sich diesen selbst geschaffenen Sachzwängen über den Kopf der Bürgen hinweg nicht einfach zu unterwerfen und keine wissenschaftlichen Aussagen für ein Endlager einfach passend zu machen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8205 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8205

Ident.-Nr.: 1892

Mit den anderen zur Endlagerung vorgesehenen radioaktiven Abfallprodukten verhält es sich ähnlich. Wenn die politisch Verantwortlichen glauben sich wegen des ungeheuren Entsorgungsdrucks durch den bisher angefallenen "Atommüll", für dessen Entstehen sie zum Teil selbst die Verantwortung tragen, über die ernstzunehmenden Bedenken und Befürchtungen hinwegsehen zu müssen, so zeugt das von einer Intoleranz und Gleichgültigkeit die ohne Beispiel ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8205 0 0

Ident.-Nr.: 1950

Bezüglich eines möglichen Endlagers von radioaktiven Abfallstoffen in der Schachtanlage KONRAD werden folgende Einwendungen geltend gemacht:
- Das Auswahlverfahren für KONRAD steht unter dem Zwang schnellstmöglich ein Endlager präsentieren zu müssen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1620 8205 1400

Ident.-Nr.: 2518

Ich bezweifele, ob das ganze Genehmigungsverfahren für den SCHACHT KONRAD überhaupt rechtmäßig und unparteiisch durchgeführt werden kann.
Seit einigen Jahren wird in der Bundesrepublik Strom aus Atomkraftwerken gewonnen, ohne daß ein genehmigtes Endlager existiert. Da bei der Atomstromerzeugung Atommüll anfällt, befindet sich die zur Endlagerung verpflichtete Bundesregierung in einem Entsorgungsnotstand. Bei diesem Genehmigungsverfahren geht es nicht um die gründliche Überprüfung eines Standortes in Bezug auf seine Eignung als Endlager, sondern um die Erteilung einer Genehmigung, um die Regierung aus dem Notstand zu befreien. Schon vor genauer Überprüfung war SCHACHT KONRAD als Endlager auserkoren. Für die Bundesregierung steht schon vor der Erörterung fest, den SCHACHT KONRAD auf jeden Fall als europäisches Endlager einzurichten. Ich bezweifele, daß eine neutrale Entscheidung durch die für die Planfeststellung zuständigen Behörden überhaupt stattfinden kann.
Wie kann zudem der Bund als Antragsteller auftreten und zugleich das Niedersächsische Umweltministerium als Genehmigungsbehörde in seiner Entscheidung über die Durchführun eines Planfeststellungsverfahrens beeinflussen?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1300 8100 8205

Ident.-Nr.: 3140

Der ungeheure Entsorgungsdruck bezüglich des Atommülls auf die Bundesregierung und die Betreiberfirmen der Atomkraftwerke ließ eine objektive, ausreichend gründliche Untersuchung des Standortes nicht zu, denn:

Texte zum Sachgebiet Nr. 8205

Seit 60 Jahren wird Atommüll produziert, ohne daß bisher ein legales Endlager existierte. Der dadurch entstandene enorme Entsorgungsdruck bewirkt, daß bei der Untersuchung von nur einem Standort automatisch eine Vorentscheidung für diesen einen Standort getroffen wird. So ist es auch zu erklären, daß eine vergleichenden Betrachtung unterschiedlicher Standorte oder sogar prinzipiell anderer Entsorgungstechniken in den Planunterlagen fehlt.
Außerdem wird eine vorurteilsfreie Untersuchung durch die Nennung von SCHACHT KONRAD als Entsorgungsnachweis für Atomreaktoren seit Ende der 70er Jahre von vorneherein unmöglich.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8205 1620 0

Ident.-Nr.: 3151

Die gesammte Bundesdeutsche Atomindustrie benötigt schnellstens ein Endlager als Entsorgungsnachweis.
Ein derartiges Planfeststellungsverfahren kann und darf jedoch nicht unter Zeitdruck durchgeführt werden.
Wenn das geplante Endlager tatsächlich genehmigt werden sollte, können sämtliche vorhandenen deutschen Atomkraftwerke weiter betrieben werden und sogar neue gebaut werden. Daher fordere ich, daß der Betrieb sämtlicher AKWs zum Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens gemacht wird.
Die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl hat gezeigt, daß ein 100 % sicherer Betrieb nicht mögich ist.
Die möglichen Folgen eines Unfalls beinhalten ein nie dagewesenes Risiko für die Menschheit. Der Betrieb von AKWs ist daher unverantwortlich und ein Verbrachen gegen die Menschkeit.
Schon allein deshalb ist ein Endlager, daß als Legitimation für die Weiterführung der Atomindustrie benutzt wird, rechtwidrig.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8205 0

Ident.-Nr.: 3152

Ich fordere Sie als verantwortliche Genehmigungsbehörde auf, sich nicht als Marionette der Atomlobby und -wirtschaft benutzen zu lassen, welche unter dem Druck des Entworgungsnachweises ein sehr starkes und eigennütziges Interesse am Salzgitter-Endlager zeigen (u. a. seit Ende der 70er Jahre für verstrahlten AKW-Abrißmüll zu früh deklariert). Die Hoffnung u. a. 95 % des bundesdeutschen Atommülls dort endgültig zu lagern, kann Ihnen nicht das Recht geben, die ganze Palette von Sicherheitsbedenken nicht oder nur mangelhaft zu beachten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 1300 8205

Texte zum Sachgebiet Nr. 8205

Ident.-Nr.: 3155

In den Augen der Antragsteller bietet Schacht Konrad eine in Europa einzigartige geologische Formation.
Für die Atomindustrie ist Schacht Konrad zur Zeit das einzige Endlager, bei dem der Verwaltungsakt in Kürze abgeschlossen ist, also die Einlagerung beginnen kann.
Weil deshalb keine Alternativen zu Schacht Konrad gesucht bzw. untersucht worden sind, steht die zuständige Verwaltungsstelle jetzt vor der Entscheidung, entweder - totz vieler nicht ausgeräumter Bedenken - einer Endlagerung zuzustimmen oder aber das Aus der Atomindustrie zu beschließen. Eine Entscheidung gegen Schacht Konrad ist jedoch in der momentanen wirtschaftlichen Situation (z. B. Energieversorgung, Arbeitsmarkt) völlig unrealistisch, zumal der Bundesumweltminister trotz des ganzen Genehmigungsverfahrens letztenendes weisungsberechtigt ist. Das beantragte Atommüllendlager nicht zu genehmigen, bedeutet somit für die Verwaltungsstelle nichts anderes als auf politischen Kollisionskurs mit dem Bund zu gehen.
Ich fordere Sie auf, sich nicht vor den Wagen des Bundesumweltministers bzw. der Atomindustrie spannen zu lassen. Lehnen Sie es als Genehmigungsbehörde ab, über den so vorliegenden Antrag zu entscheiden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 4300 1620 8205

Ident.-Nr.: 3166

Die Endlagerung der von der Atomwirtschaft verantwortungslos produzierten Massen an radioaktiven Schadstoffen ist bisher weltweit nirgends gelöst. Auch die USA mit ihrer langen Erfahrung aus dem Atombombenbau und ihren großen wirtschaftlichen Möglichkeiten, in einem riesigen, z. T. sehr dünn besiedelten Land, haben bisher eine Lösung gefunden.
Es ist deshalb die geplante Endlagerung im Schacht Konrad, ganz besonders bezüglich der Langzeitwirkung, über welche es bisher überhaupt keine Erfahrung gibt, ein reines Experiment. Ein solches, weltweit erstes Experiment, aber in einem sehr dicht besiedelten Gebiet mit einer hoch entwickelten Industrie und einer sehr intensiven Landwirtschaft erstmalig durchzuführen, ist sittenwidrig, im Sinne des §44 aBs. 2 Ziff. 6 VwVfG.
Seine Genehmigung wäre deshalb nichtig.
Auch darf nicht übersehen werden, daß bereits das Atommülllager Asse in diesem Großraum liegt.
Die eng begrenzte Darstellung auf S. 14 und 16 des Planes, welche nur 41.000 Betroffene aufzeigt, ist absolut irreführend.
Es ist müßig, einen Radius von 50 km oder von 100 km zu betrachten.
Das Vorhaben ist sittenwidrig.
Das der zuständige Bundesminister bzw. seine Organe bereits seit 1976 (vermutlich sogar bereits seit 1973, seit wann im versatzlosen Kemmer-Pfeilerbau abgebaut wurde) bewußt sehr aufwendige Vorarbeiten, mit einer Förderung von 850.000 t Haufenwerk, also etwa 360.000 cbm neuen Hohlraum geschaffen hat, darf, als bewußt geschaffener Sachzwang, nicht dazu dienen, eine Genehmigung zu erzwingen. Auch diese wäre sittenwidrig und somit nichtig.
Zwar hat das Verfahren, Sachzwänge zu schaffen um Vorhaben durch-

zudrücken, bei der Atomwirtschaft bereits Erfolge gehabt, es darf dieses für die Landesregierung kein Grund sein, sich die Genehmigung durch bewußt geschaffene Sachzwänge abzwingen zu lassen. Ebensowenig darf die Darstellung, daß es keine Alternativlösung gäbe, ein Zwangsmittel für die Landesregierung sein. Genauso, wie im Fall des Salzstocks Gorleben, zeigt diese Behauptung nur auf, daß die zuständigen bonner Dienststellen bisher unverantwortlich leichtsinnig, ober schlampig, geplant haben. Sie haben aus technokratischer Besessenheit, die alles machbare für erlaubthält, eine massenhafte Erzeugung von Atommüll inganggesetzt, ohne ein klares ausgereiftes Konzept für dessen schadlosen Verbleib zu haben.
Die seinerzeitige Entscheidung des OVG Lüneburg, wonach bereits ein "genehmigungsfähiger" Antrag für ein Endlager ein ausreichender Entsorgungsnachweis sei, hat sich längst als eine bösartige Fehlentscheidung erwiesen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8205 1100 0

Ident.-Nr.: 5431

Berücksichtigt man die sich dramatisch zuspitzende Lagersituation von Atommüll (gefüllte Zwischenlager), so verwundert es nicht, daß der Druck der stronerzeugenden Unternehmen auf die entsprechenden politischen Stellen dagingehend zunimmt, endlich ein Atommüllendlager zur Verfügung zu stellen.viele Beispiele zeigen, daß unter dem wachsende Druck von Sachzwängen Gutachten nicht mit der möglichen Sorgfalt und Entscheidungen nicht mit der nötigen Weitsicht getroffen werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8290 1300 8205

Ident.-Nr.: 5466

Da andere Antragsverfahren für Atomanlagen gescheitert sind, ist dieser Antrag nicht unbelastet und frei von Fremdeinflüssen. Die bisher ungeklärte Endlagerung für existierenden und neu hinzukommenden Atommüll schafft einen nicht vertretbaren Zeitdruck.
Nachdem bereits die Nutzung der Kernenergie weltweit vorangetrieben wurde, ohne die Folgen ausreichend zu bedenken bzw. dazu in der Lage zu sein, muß verhindert werden, daß die gleichen Fehler nun in Frage der Endlagerung wiederholt werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1300 8205 0

Ident.-Nr.: 5468

Seit langem wird Atommüll produziert, ohne daß die Endlagerung in die ferne Zukunft gesichert ist. Diese leichtfertige Verhalten bestätigt mich in dem Verdacht, daß jetzt - ohne Rücksicht auf Sicherheitsrisiken - ein Endlager ausgewiesen werden soll, weil oben genannter Tat-

Texte zum Sachgebiet Nr. 8205

bestand der Bevölkerung immer deutlicher wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8205 0 0

Ident.-Nr.: 5717

Nicht der Vernunft, sondern der Not gehorchend, wird der Bau des Endlagers auf die Schnelle angestrebt, da der Atomindustrie der Müll im wahrsten Sinne bis zum Hals steht. Obwohl weltweit kein endgültiges Entsorgungskonzept vorliegt, wird weiter Atommüll produziert. Der Bau des Endlagers würde diese Tendenz nur fortsetzen und einen notwendigen Stopp bzw. einen Ausstieg aus der Kernenergietechnik nur verzögern und also das Problem verlagern.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8205 0

Ident.-Nr.: 5926

Gegen eine derartig geballte Finanzkraft aus den Töpfen der Steuerzahler, also aus unseren, und anderer Kapitaleigner sind die Einwendungen unserer Familie relativ machtlos. Hier ist das Grundrecht auf Einhaltung des Rechtsweges und Gleichheit vor dem Gesetz in der Realität aufgehoben. Durch diesen Sachverhalt fühlen wir uns unzumutbar in unseren Rechten eingeschränkt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8290 8205 0

Ident.-Nr.: 5926

Weitere vorausgenommene normativ wirkende Fakten auf die Entscheidung sind:

- das Auffahren der Erkundungsstrecken unter Tage mit dem schon geplanten Einlagerungsquerschnitt, der für die F- und E-Arbieten nicht notwendig wäre;
- das Erteilen von Planungsaufträgen der oberirdischen Bauten des Endlagers und das Absprechen mit den Firmen (Kommunen), wer welche Aufträge erhält; Kündigung von Arbeitsplätzen bei öffentlichmachen solcher Absprachen;
- das Androhen des Einfrierens von Ausgleichzahlungen des Bundes an das Land Niedersachsen und an die Kommune Salzgitter für mögliche Einbußen wegen des Planverfahrens;
- die unverholenen Forderungen der Kommune Salzgitter nach finanziellem Ausgleich für erlittene und zu erleidende Unbill im Zusammenhang mit dem Planverfahren.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 4300 5110 8205

Texte zum Sachgebiet Nr. 8205

Ident.-Nr.: 5926

In den Ulanunterlagen
fehlen Hinweise, wie die normative Kraft des Faktischen eingedämmt werden soll, um den wissenschaftlich fundierten Argumenten und den Einwendungen der Bürger/innen nicht das Gewicht zu nehmen, daß sie eigentlich haben müßten. So finden sich keine Hinweise, wie die Kostenabschätzungen der Endlagerung realistis[illegible] eingeschätzt und verteilt werden, es finden sich keine Abschätzungen nach oben, es gibt keinen hinreichenden Grund, eine Bundesbehörde wie das Bundesamt für Strahlenschutz nach Salzgitter zu holen, außer der Einrichtung des Endlagers.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8290 8205 0

Ident.-Nr.: 5926

Salgitter-Zeitung, 8. 7. 91: UNFRIEDEN IN DIE REGION GEBRACHT: "Der Innenminister stellte die Frage, wie offen ein Auslegungsverfahren in seiner Ergebnisbewertung überhaupt noch sein könne, wenn dafür bereits 700 Millionen Mark ausgegeben worden seien. Wer schmeißt schon gern Geld weg, fragte Glogowski mit Blick auf das Bundesumweltministerium. Außerdem betonte Töpfer unter Druck, möglichst schnell ein Endlager finden zu müssen, weil sonst das Aus für die Kernenergie drohe. Unter anderem deshalb habe er Zweifel in der Eignung Konrad als Atommüllendlager. Er habe auch kein Vertrauen in die Objektivitat des Planfeststellungsverfahrens. Töpfer habe Unfrieden in die Region getragen, weil sich die Menschen in ihrer Not auch mit Mitteln gegen ein Endlager wehren, die in einem Rechtsstaat nicht zulässig sind. Ein Endlager direkt neben die Arbeitsplätze von Tausenden in den Stahlwerken zu bringen sei verrückt, sei Wahnsinn. Wer glaubt, er könne Energie auf Kosten der Angst der Menschen erzeugen, der irrt, der treibt die Menschen zur Gewalt. "

Wir haben dieser Kritik nichts hinzuzufügen und machen sie uns hiermit zu eigen. Wir fühlen uns durch den geschilderten Sachhverhalt in unseren Rechten unzumutbar eingeschränkt und durch den Innenminister dieses Landes bestätigt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8205 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Daraus läBt sich folgern, daB der Sach- zwang zur Entsargung in Salzgitter ein von den Antragstellern kcnstruierter und gewollter Sachzwang ist, um der ¯otwen- digkeit weiterer uberlegungen aus dem Weg zu gehen oder um politisch der Bevölkerung eine Sicherheit der Atomindustrie vorzu- gaukeln, die bislan¯ nicht erreichbar ist.

Alle dies¯ nicht vorhandenen aber selbst einem Laien auf der Hand liegenden Überlegungen lassen darauf schließen, daß die An-

tragst¯ller und ihre Betreiber und Kontrolleure bei weitem ü¯er- for- dert mlt der vorhandenen Aufgabe der Entsorgung der Atomindustrie sind. Sie verfügen weder über den notwendigen Sachverstand noch uber die notwendige Fachkenntnis, eln sol- ches Vorhaben zu beherr- schen.

Dadurch fühlen wir uns mas5iv und unzu- mutbar in unseren Rechten eingeschrankt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8205 1200 5520

Ident.-Nr.: 6279

Angesichts der hier nur sehr verkürzt geschilderten Probleme und der Verantwortung für die nachfolgenden Generationen und für unsere Umwelt muß mit höchstem Aufwand und ohne Zeitdruck untersucht und geforscht werden. Dazu gehört zuerst, daß kein weiterer Atommüll produziert wird; zweitens, daß möglichst viele Standorte untersucht werden und drittens, daß auch über mögliche Alternativen zur geologischen Endlagerung nachgedacht wird.
Voraussetzung für ein wirklich verantwortungsbewußtes Entsorgungskonzept ist der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie, um keine weiteren Sachzwänge zu schaffen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8205 1620

Ident.-Nr.: 6379

Der Zugzwang, der entstanden ist durch die AKW-Betreiber, soll nicht auf Kosten der Verbraucher ausgetragen werden. Wird das Verursacherprinzip auch bei den Kosten der Endlagerung eingehalten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8205 0 0

Ident.-Nr.: 6410

Gegen das geplante Atommüll-Endlager SCHACHT KONRAD möchte ich folgendes einwenden: Die Machtdecke der Atomlobby mit ihren rein wirtschaftlichen Interessen legt sich über die bereits existierenden aktiven Möglichkeiten der Energieerzeugung. Politiker benötigen nur wenig Kraft, diese uns alle belastende Decke beiseitezuziehen. Danach brauchen wir auch keine Endlager mehr, die im Glanze von Radioaktivität in alle Welt strahlen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 8205 0

Ident.-Nr.: 7439

Die Scheinlösung verschleiert, daß die 5 % des restlichen Mülls die weit aus überwiegende Aktivität tragen und das größte Problem der Endlagerung hier nicht gelöst ist. Bei den Materialien, die vertragsgemäß 1993 aus Le Hague und Sellafield zurückkommen, ist noch keineswegs geklärt, ob

die Aufbereitung wirklich hat durchgeführt werden können: es könnte hier durchaus der Sachzwang zu befürchten sein, daß Teile dieser hochaktiven Materialien mit thermisch unkritischem Müll vermischt gelagert werden könnte.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8205 0

Ident.-Nr.: 8961

Grundsätzlich kann niemand beweisen, daß der Müll in einem Bergwerk viele Zehntausende von Jahren von der Biosphäre ferngehalten wird. Müll von dieser Gefährlichkeit kann nicht sicher entsorgt werden. Er muß von vornherein vermieden werden. Ihn auf "Gut Glück" in einem Bergwerk zu lagern ist keine Lösung. Die Verantwortung vor unseren Kindern verbietet es uns, Ihnen solche Lagerstätten zu hinterlassen.

Die Atomkraftwerke prodzieren schon seit langem radioaktiven Müll, ohne daß die Entsorgung gesichert ist. Sich jetzt auf sllche selbstgemachten Sachzwänge zu berufen, um die oben beschriebenen Auswirkungen auf die Bevölkerung zu rechtfertigen, halte ich für höchst unseriös.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8205 0 0

Ident.-Nr.: 9262

Angesichts der überquellenden Kompakt- und Zwischenlager besteht akuter Bedarf an einem Endlager für Atommüll. Die Genehmigungsverfahren stehen unter dem Druck der Atomlobby, damit die laufenden Atomkraftwerke nicht stillgelegt werden müssen, weil eines Tages auch de jure erkannt werden könnte, daß die Endlagerung de facto nicht besteht.

Abgesehen von der Endlagerung abgebrannter Brennelemente im Salzstock Gorleben, für den immer fraglicher wird, ob er aufgrund der bei der Erkundung wiederholt aufgetretenen bergtechnischen Probleme, überhaupt genehmigt werden kann, besteht dieses Problem auch für den schwach- und mittelaktiven Müll.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8205 0 0

Ident.-Nr.: 26271

Eine objektive Untersuchung des Standortes SCHACHT KONRAD ist unmöglich.
Durch die Benennung des Schachtes als Entsorgungsnachweises für die bisher genehmigten und in Betrieb genommenen Atomkraftwerke der Bundesrepublik, ist inzwischen ein "Sachzwang" entstanden, durch den eine nötige, objektive Prüfung des Schachtes auf seine Eignung als Endlager

Texte zum Sachgebiet Nr. 8205

unmöglich ist.
Dieser wird noch verschärft dadurch, daß die in der Bundesrepublik vorhandenen Zwischenlager in den nächsten Jahren ihre Aufnahmekapazität erreicht haben, eine große Menge schon produzierten Atommülls aber noch in Frankreich und Großbritannien lagert, zu dessen Rücknahme innerhalb der nächsten Jahre sich die Bundesrepublik verpflichtet hat.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1300 8205 8290

Texte zum Sachgebiet Nr. 8210

Ident.-Nr.: 50

Im übrigen ist SCHACHT KONRAD nicht, wie der Bundesminister Töpfer sagt, groß genug, allen in der Bundesrepublik anfallenden Atommüll aufzunehmen, denn die stillzulegenden Atomkraftwerke stellen derartige Mengen von Atommüll dar, daß sie nirgends vergraben werden können.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 0 0

Ident.-Nr.: 548

Außerdem ist zu befürchten, daß mit der Öffnung des EG-Binnenmarktes der Einlagerung radioaktiver Abfälle aus den anderen EG-Ländern keine Grenzen mehr gesetzt sind. SCHACHT KONRAD als das einzige Atommüllendlager wird dann seine Kapazitäten erweitern und schließlich als Auffangstation für den ganzen EG-Atommüll dienen. Neben der Menge des radioaktiven Mülls stiegen dann auch die Anzahl der Transporte und das damit verbundene Transportrisiko.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 8300 0

Ident.-Nr.: 3119

Durch Die Auslegung der Lagerfläche auf sage und schreibe 650.000 cbm ist dem internationalen "Atommülltourismus" Tür und Tor geöffnet.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 0 0

Ident.-Nr.: 3128

Atommüll ist giftig. Das weiß ich. Deshalb möchte ich auch nicht, daß in SCHACHT KONRAD vielleicht Atommüll endgelagert wird. Wir und unsere Kinder haben nachher die Probleme mit dem Atommüll. Das ganze wirkt so, als ob, wenn man den Atommüll vergräbt, daß er dann nicht mehr da ist. Aber das stimmt nicht. Wenn man die Atommüllfässer oberirdisch lagern würde, dann würde man sie sehen und merken, wie giftig und gefährlich Atommüll ist! Wenn man ihn aber unterirdisch lagert, dann hört, sieht und merkt man nichts von ihm.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 0 0

Ident.-Nr.: 3132

Ermessensfehlerhaft war es, einzig "SCHACHT KONRAD" für die hier einzulagernde Art von Abfällen als Endlager zu untersuchen. Damit wurde bereits faktisch eine Vorentscheidung getroffen. Es besteht somit ein erheblicher sachlicher, politischer und wirtschaftlicher Druck, die Anlage in Betrieb zu nehmen, der eine neutrale, ausgiebige und vorurteilsfreie Bewertung unmögllich macht.
Bezeichnenderweise heißt es in der Plankurzfassung (S. 12):
"Aufgrund der vonhandenen und bis zum Jahr 2000 noch anfallenden

Texte zum Sachgebiet Nr. 8210

radioaktiven Abfälle, ist die zügige Realisierung des Projekts KONRAD geboten, da dort etwa 95 Vol.% der insgesamt anfallenden Abfälle endgelagert werden können."
Es ist unverantwortlich und unseriös, ein derartig gefährliches Projekt unter die Prämisse zu stellen, daß es "zügig" realisiert werden muß. Hier wird oberflächlichen und schlampigen Untersuchungen Tür und Tor geöffnet"
Das beantragte Einlagerungsvolumen und das vorstehende Zitat aus den Planunterlagen zeigen, daß ein Abbau der Atomenergie trotz der hohen Gefährlichkeit nicht beabsichtigt ist. Vielmehr wird mit der Genehmigung der Anlage dem europaweiten Ausbau der Atomenergie Vorschub geleistet. Denn mit dem europäischen Binnenmarkt und dem freien Güterverkehr kann eine Einlagerung des Atommülls anderer europäischer Länder nicht verweigert werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8210 0

Ident.-Nr.: 3184

Weil seit Jahren ein vernünftiges Entsorgungskonzept fehlt, werden Sachzwänge vorgegeben und eine Sicherheit vorgetäuscht, die kein Mensch garantieren kann. Ich will mit einem so hohen und nicht kalkulierbarem Risiko nicht leben müssen.
Durch das Planfeststellungsverfahren soll der Eindruck erweckt werden, daß jeder Bürger am Verfahren beteiligt wird. Durch das umfangreiche Material und die Kompliziertheit der Materie ist das jedoch gar nicht möglich. Als Laie, der weder Chemie, noch Physik studiert hat, bin ich dennoch enttäuscht von den vielen nicht bearbeiteten Fakten und bitte um Beantwortung meiner Fragen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1300 8210 0

Ident.-Nr.: 3184

Warum kurz vor Inkrafttreten des Europäischen Binnenmarktes ein nationales Endlager geschaffen muß, ist gar nicht einleuchtend.
Da insbesondere Abfälle aus der Wiederaufarbeitung anfallen werden und schon heute nicht mehr behauptet werden kann, daß Atommüll aus La Hague oder Sellafield abgewiesen werden könnte, wird es kein nationales Endlager geben.
Der SCHACHT KONRAD würde einen hohen Anteil an ausländischem Müll aufnehmen müssen und einen weiteren Ausbau von Atomenergie ermöglichen. Für bereits vorhandenen Müll müssen daher Lagermöglichkeiten auch innerhalb des Europäischen Binnenmarktes oder der Sowjetunion geprüft werden.
Die Errichtung eines Atomendlagers SCHACHT KONRAD ist jedenfalls im Hinblick auf die gesundheitlichen Risiken nicht verantwortbar.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 5310 8230

Ident.-Nr.: 3244

Schacht Konrad galt von Beginn der Inbetriebnahme deutscher Kernkraftwerke vor über 10 Jahren als Entsorgungsnachweis für radioaktive Abfälle. Damit war unzulässigerweise vor allen Prüfungen und Untersuchungen sowie vor dem Planfeststellungsverfahren bereits vorgegeben und vorentschieden worden, daß dieser Standort zur Einlagerung unabhängig von den Sicherheitsrisiken gewählt wird. Andere Möglichkeiten der Unterbringung wurden nicht untersucht oder ernsthaft geprüft. Deshalb erscheint das Planfeststellungsverfahren als formaler Akt, der politisch und administrativ bereits vorgegebene Festlegungen nur kaschieren soll, denn eine Untersuchung war vorurteilsfrei nicht mehr gegeben. Die Aussage in den Planungsunterlagen, daß es kein sicherheitsrelevantes Risiko gäbe, ist nur aus dem Entsorgungsdruck zu erklären, aber völlig haltlos.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 0 0

Ident.-Nr.: 5443

Wer zeichnet für die Einlagerung der USA-Kokillen verantwortlich? Diese Planungen reichen an fahrlässige Tötung heran. Die entschiedene Abwehr der Transporte in Amerika sollte doch genügende Vorwarnung für uns in Deutschland sein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 0 0

Ident.-Nr.: 5459

Aus meiner Sicht ist nicht einzusehen, daß ich unter der kurzsichtigen Atommüll-Entsorgungspolitik der Bundesrepublik Deutschland leiden muß.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 0 0

Ident.-Nr.: 5466

Da Schacht Konrad das erste und in absehbarer Zeit einige Endlager sein soll, ist zu erwarten, daß nicht nur der Atommüll aus deutschen Aufkommen eingelagert wird, sondern politische "Sachzwänge" und Folgen der europäischen Einigung es zu einem internationalen Endlager machen werden. Wie wenig politische Entwicklungen vorhersehbar sind, haben die letzten Jahre gezeigt. Weshalb ist die Einlagerungskapazität größer als national erforderlich und außerdem erweiterbar?

Texte zum Sachgebiet Nr. 8210

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 5210 8210 0

Ident.-Nr.: 5502

Hiermit erhebe ich Einwendung gegen das geplante Atommüllendlager Schacht Konrad. Um einen Überblick der Problematik zu erhalten, habe ich mir die Kurzfassung des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) zu dem Projekt durchgelesen. Dabei wurde mir immer deutlicher, daß ich mir diese Einwendung wahrscheinlich hätte schenken können, denn es wird mit Sicherheit eine Genehmigung für die Grubenanlage als Endlager erteilt werden, unabhängig von der Meinung der Bevölkerung. So lautet gleich die erste Überschrift auf Seite 9 der Kurzfassung: "Beschreibung der Schachtanlage Konrad bis zum Beginn der Einrichtung als Endlager." Es wird deutlich, daß Schacht Konrad schon voll als Endlager für radioaktiven Müll betrachtet wird. Seit 1981 schon gilt Schacht Konrad als Entsorgungsnachweis einiger Atomkraftwerke und der Entsorgungsbericht der Bundesregierung sah Schacht Konrad schon 1983 als Endlager vor. Auf Seite 12 der Kurzfassung heißt es dann: "Zur Schachtanlage Konrad als geplantes Endlager für verfestigte, nicht wesentlich wärmeentwickelnde radioaktive Abfälle (was immer das heißen mag) ist keine Alternative vorhanden." Und weiter heißt es: "Aufgrund der vorhandenen und bis zum Jahr 2000 noch anfallenden radioaktiven Abfälle ist die zügige Realisierung des Projektes Konrad geboten, da dort etwa 95 Vol.% der insgesamt anfallenden Abfälle endgelagert werden können." Eine bereits entschiedene Sache! Natürlich kommen die Verantwortlichen ins Schwitzen, denn seit Jahren produziert die Atomindustrie radioaktiven Müll, ohne daß ein konkreter Nachweis für die Endlagerung dieses Mülls erbracht wäre. Es kann keine geeignete Endlagerungsstärre geben angesichts der Gefahren, die durch die Radioaktivität entstehen. Doch genau dies versucht die Atomlobby uns jetzt ein zureden. Dabei wird Schacht Konrad als Endlager gar nicht mal genehmigt werden, weil es das Atommüllendlager schlechthin ist, sondern weil zwei ganz andere Faktoren berücksichtigt werden müssen:
- der Druck der Atomindustrie
- der wirtschaftliche Faktor.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1210 8230 8210

Ident.-Nr.: 5575

Ich erhebe Einwendungen gegen das geplante Atommüllendlager in Schacht Konrad
- weil jeder für die Lagerungen von Abfällen amtlich genehmigte Freiraum geradezu automatisch Abfälle, für die er garnicht geplant war, anzieht.
Diesen Vorgang kann ich zur Zeit bei uns in Oberhessen am Beispiel der Hausmülldeponieen (Aßlar, Holzheim, Vogelsberg) beobachten: Die Landkreise, die sich in vorausschauender Kleinarbeit frühzeitig um

ausreichende Deponiekapazitäten, Abfallvermeidung und Recyclingmöglichkeiten bemüht haben, werden heute mit dem unsortierten Dreck aus Frankfurt, Marburg-Biedenkopf und dem Wetteraukreis zugeschüttet. Dadurch daß die sogenannten Verantwortlichen in vielen Landkreisen für ihr Müllproblem keine Lösung finden, entsteht ein "Sachzwang", den vorhandenen Müll in vorhandene Mülleinrichtungen zu bringen. Mit dem Atommüll wird es genauso gehen. Das beantragte Hohlraumvolumen von 650 000 m^3 kann weitaus mehr Atommüll fassen, als in Deutschland auf lange Sicht produziert wird.
- weil nach der bevorstehenden Einführung des EG-Binnenmarktes Anfang 1992 Schacht Konrad automatisch zu einem europäischen Endlager für Atommüll werden wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 5210 8210 0

Ident.-Nr.: 5748

Der jetzige Versuch, das Endlager Schacht Konrad "durchzupauken", kann die ungelöste Frage der Entsorgung der kerntechnischen Anlagen von radioaktiven Abfällen nicht lösen. Er dient eher dazu, den Betreibern von kerntechnischen Anlagen den Ausstieg aus der Atomtechnik zu ersparen oder zu umgehen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 0 0

Ident.-Nr.: 5763

Ein auch nur annähernd sicheres Entsorgungskonzept können Sie also nicht vorlegen. Auch haben Sie in den zurückliegenden 30 Jahren alternativ zu Niedersachsen keine Salzstockerkundungen beispielsweise in Bayern oder Baden-Württemberg vorgenommen, erwarten aber vom deutschen Steuerzahler, das derzeitige Chaos zu subventionieren. Nun wollen Sie in Ihrer konzeptionslosen Not über Jahrmillionen strahlenden Müll vor unserer Haustür mitten in der Großstadt Salzgitter ablagern?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Genau das ist aber der Grundgedanke der Entsorgung der Atomindustrie überhaupt. Solange eine Schaufel in SCHACHT KONRAD umgedreht wird, ist der Entsorgungsnachweis geliefert, eine Rechtskonstruktion, die einer Bananenrepublik würdig ist. Und die Apologeten dieser Technologie werden nicht müde, sich als die internationale Creme der Entsorgungsforschung zu bezeichnen, eine gelungene Manipulation auf höchster intellektueller Ebene - welcher Richter vermag da zu widersprechen?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 8900 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8210

Ident.-Nr.: 5926

BMFT-Jour-
nal, 3, Juni 1991: FuR DIE DIREKTE E¯DLAGERUNG W¯RDE¯ ZWEI VERSCHIEDENE KO¯ZEPTE UNTERSUCHT, "...wurden die technischen Arbeiten zur direkten Endlagerung erst 1986 in groBerem Umfang begonnen. Sie sind in einem FuE-Programm zusamm¯ngefa¯t, daß 1995 beendet werden soll und ein Finanzvolumen von 165 Mio. DM umfaBt. Es werden Einlagerungs- techniken elltwickelt, Elldlagerkonzepte sowie ihre Auswir¯un¯en auf das Endlagerbergwerk analysiert und bewertet sowie technische Fragen des Transports geklärt. ....."

Wenn auch klar ist, da¯ es sich hler um Brennelemente handelt, so ist doch der Weg, der beschritten wird, ein anderer als bei dem Endlager Konrad. Dort entschied man sich aufgrund der okonomischen Bedingungen in Fol¯e der Stillegung einer Erzgrube fur das Endlager und zil¯merte sich dann die Bedingungen an das Lager heran. Dieser Weg kann lliCht ZU einer wissenschaftlich haltbaren Lösun¯ führen. Der oben beschriebene Weg ist zwar auch durch das weltweite Versagen der Wiederaufarbeitung letztendlich ökonomisch diktiert, hat aber immerhin nicht den Anschein, daß das Pferd von hinten aufgezogen werden soll, wenn man eillmal von Gorleben absieht, das als Endlager wohl noch weniger geeignet ist als die Grube Konrad, egal für welchen Mull.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 1800 0

Ident.-Nr.: 5926

Es gibt keine Alternative zu Schacht Konrad in den Köpfen der Politiker weil es deren Verstand überschreitet, sich von den vorgegebenen Lösungen ihrer Wissenschaftler zu lösen und selbst nach anderen Alternativen zu forschen. Dabei vergessen sie, daß die gesetzzliche Vorschrift, daß Sach verständige unbefangen und unparteilich sein müssen, schon lange nicht m erfüllt ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 8230 0

Ident.-Nr.: 7628

Es ist unverantwortlich, nach und nach alle Bergwerke (auch Salz usw.) mit dem Atomabfall vollzustopfen. Die Tiefe und Breite der Gänge zieht sich unter einem riesigen von Menschen bewohnten Gebiet hin.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 0 0

Ident.-Nr.: 8544

Der Sinn und die vorgegebene Richtigkeit eines Endlagerkonzeptes wäre vor seiner Durchführung zunächst zumindest nocheinmal neu zu prüfen, da seit seiner Festlegung im Atomgesetz neue Erkenntnisse eingetreten sind, die zu neuen Schlußfolgerungen Anlaß geben könnten; so sollen sich berei

die Fässer in der Asse und in Gorleben blähen. Soweit dies zutrifft erscheint, zumindest mir, ein zunächst im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens auszuräumender Zweifel als Hindernis für einen positiven Planfeststellungsbeschluß gegeben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8230 8210 0

Ident.-Nr.: 8690

Mit der Endlagerung wird nun die Ent-Sorgung betrieben. Die Gefahren mußten gering geschätzt werden, um die tatsächlichen Folgen der Atomwirtschaft zu verschweigen. Als aber die Kritik an der Kernenergie wuchs reagierte man zunächst mit der Entsorgungspflicht im Atomgesetz.
Die Geringschätzung der folgen bleibt bestehen und die Entsorgung stellt die endgültige Verweigerung der Auseinandersetzung mit den Sorgen betrof ner Bürger dar und die Verweigerung der Auseinandersetzung mit der Gefah

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 0 0

Ident.-Nr.: 8693

The District Council supportes a policy of on-site storage of radioactiv waste as the only acceptable solution to its treatment. The District Council considers that it is better to retain the waste on-site where it can be monitored and checked on a regular basis. It opposes the transportation of the nuclear waste from one site to another since that will place at risk, the population.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 8300 0

Ident.-Nr.: 8693

Additionally, the District Council opposes the deep storage or dumping of the radioactive waste in underground repositories.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 0 0

Ident.-Nr.: 9281

Der "nationale Konsens", der Rechtsgrundlage fur das noch geltende Atomgesetz der BRD ist, ist aufgekundigt und existiert nicht mehr. Von daher gibt es zur Zeit keinerlei Rechtsgrundlage, auf dem "alten" Konzept der Atomenergieforderung und des Aufbaus des "nationalen Atomenergiekreislaufes" als "Endstation" das Atommullendlager Schacht Konrad zu planen und einzurichten.

Eine gesetzliche Grundlage fur ein neues Atom- und Energiekonzept auf internationaler Ebene ("Europa 92") ist noch nicht geschaffen, die rechtliche Einbindung des Endlagers Schacht Konrad in nationale oder internationale Energie- und Entsor gungskonzepte kann noch nicht rechtswirksam erfolgen. Von daher verstößt die sich aus den Antragsunterlagen ergebende Option auf Einlage- rung anderer, nicht nur aus

Texte zum Sachgebiet Nr. 8210

nationaler bundesdeutscher Erzeugung stam- mender atomarer Abfalle (s.a.: Mol- Fasser, z.Zt. zwischengelagert in Gorleben und zur Endlagerung in Schacht Konrad bestimmt, die Abfalle aus Schweizer Atomproduktion enthalten) gegen das derzeit noch gelten- de bundesdeutsche Atomgesetz.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8200 1500 8210

Ident.-Nr.: 9322

Ich bin zwar für den sofortigen Ausstieg aus der Atomwirtschaft, sehe aber ein, daß der bis jetzt leider produzierte, existierende Atommüll irgendwo gelagert werden muß. Meine einzige, bisherige Idee dazu ist: mehrere, kleinere Lagerstätten, die die Strahlenbelastung verteilen helfen und den Transport so niedrig wie möglich halten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8211

Ident.-Nr.: 392

Nach den Vorstellungen der Bundesregierung soll die Endlagerung von Atom "Müll" privatisiert werden. Dies soll aber nur während des Betriebes gelten, also dann enden, wenn das Lager voll ist. Es soll also nur so lange gewirtschaftet werden, wie ein Gewinn zu erzielen ist. Danach wird wiede der Staat zuständig. Der Steuerzahler - und damit ich - trägt letztlich das Risiko und die Kosten für die Folgen der Einlagerung. Ich bin also auch finanziell und damit in meinem Eigentum durch die Pläne des BfS betroffen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8211 0 0

Ident.-Nr.: 1077

Die Kapazität, die in SCHACHT KONRAD gegeben ist, übersteigt bis zum Jahre 2000 bei weitem die Nachfrage nach Atommüllendlagerplatz, der für deutschen Atommüll benötigt wird. Weiter plant die Bundesregierung durch eine Änderung des Atomgesetzes die Privatisierung von Atommüllendlagern. Somit besteht die Möglichkeit, daß bei einer privatisierten Endlagerung in SCHACHT KONRAD schon allein aus wirtschaftlichen Aspekten - im internationalen Rahmen Müll eingelagert wird; dies machte die notwendigen Kontrollen des Abfallgutes technisch unmöglich, mit der Gefahr des Mißbrauchs.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8211 5310 1100

Ident.-Nr.: 3130

Große Sorgen bereitet mir die geplante Privatisierung der Atommüll-Endlagerung. Die Zusammensetzung und Lagerung des Atommülls würde dann kaum noch kontrollierbar sein, denn die Zuverlässigkeit privater Betreiber muß generell angezweifelt werden (siehe Transnuklear).

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 5520 8200 8211

Ident.-Nr.: 3132

Auch steht eine Privatisiertn des Endlagers zu befürchten. Die wäre fatal, denn es würde einen lediglich wirtschaftlich ausgerichteten Betrieb bedeuten, bei dem Art und Volumen der Einlagerungen nicht in dem erforderlichen Maße kontrolliert werden können. Ein solchermaßen unkontrollierbarer Betrieb der Anlage und des eingelagerten Mülls muß jedoch ausgeschlossen sein. Um die Umwelt und Leib und Leben der Menschen zu schützen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8211 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8211

Ident.-Nr.: 3240

Durch die angestrebte Privatisierung der Endlagerung. Sie würde dazu führen, daß die Betreiber um des Profits willen möglichst viel Atommüll in möglichst kurzer Zeit einlagern. Dies widerspricht dem Interesse der Sicherheit. Außerdem wird der Betreiber auch noch versuchen möglichst viel Atommüll aus dem Ausland einzulagern, was wiederum die Transporte erhöht und zusätzliche Risiken schafft.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8290 8211

Ident.-Nr.: 5925

17. Für den Fall einer Privatisierung der Atommüllendlager erheben wir folgende Bedenken:
Wie schon unter Punkt 16. aufgeführt, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Staat und Wirtschaft in Sachen Atom " sehr gut kooperieren"!
Bei einer Privatisierung wäre das letzte bißchen Vertrauen - sowieso schon stark gebeutelt - dahin.
Das Atomgesetz wird anscheinend so geändert, daß das Atom vor dem Bürger geschützt wird - umgekehrt wäre es wohl wichtiger -.
Eine Privatisierung könnte eine Europäisierung nach sich ziehen (siehe Spiegel Artikel vom 21.01.91, Seite 36 der Einwendung).

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8290 8211

Ident.-Nr.: 5925

Für den Fall einer Privatisierung mit anschließender Europäisierung wäre eine Bürgerbeteiligung bzw. nachträgliche Klage wohl undenkbar, wenn man sieht, wie es in der EG in Sachen Umwelt bestellt ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8290 8211

Ident.-Nr.: 5926

Frankfurter Rundschau, 31.1.91: SCHON VOR FERTIGSTELLUNG DAS AUS FÜR ATOMMEILFR IN DER EX-DDR: "........Die gesetzliche Regelung der Stillegungsvorsorge gehört zu den Schwerpunkten der geplanten Novellierung des Atomgesetzes.

Ziel ist es nach Angaben des Leiters der Abteilung Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium, Walter Hohlefelder, daß jederzeit die erforderlichen finanziellen Mittel fur die Stillegung und Beseitigung einer Anlage verfügbar sind, insbesondere dann, wenn die Stillegung ungeplant erfolgt.

Ferner soll dle Atomindustrie künftig auch fur ihren Müll die Verantwortung übernehmen. Mit der beabsichtigten Privatisierung der atomaren Endlager will Töpfer auch im Atomrecht zum Verursacherprinzip zurückkehren. Rechtlich sei das unbedenklich, erklärte Hohlefelder. Der Staat könne seinen Schutzpflichten

ebenso wie beim Betrieb von Atomkraftwerken durch Überwachung der Atommüllendlager nachkommen."

Aus diesen Zeilen ist zu entnehmen, daß es dem Staat nicht um die Lösung des technischen Problems Endlagerung geht, weil dieses nicht zu lösen ist, sondern um die Abwälzung der Kosten für die immer deutlicher werdende Unbezahlbarkeit der Endlagerung. Die Trivialität dieser Denkweise ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten: Habe ich jemanden, der die Entsorgung bezahlt, dann ist die Entsorgung gelöst. Die Entsorgung ist aber eben nicht zu lösen, da die Annahme, ein Endlager könne ohne Aufsicht nach Abschluß der Einlagerung sich selbst überlassen werden, irrig ist. Vielmehr ist zu erwarten, daß die Radionuklide auf sehr schnellem Wege wieder in die Biosphare gelangen. Dann wird es erneute Dekontaminationsmaßnahmen, Rückholbarkeitsversuche und neue Abschlußarbeiten geben, etwa mehrere Millionen Jahre lang.

Das Verursacherprinzip auf die Atomindustrie anzuwenden und sich als Staat aus der Verantwortung zu stehlen, Verantwortung für die Entstehung der Atomindustrie, ist ebenfalls an Dreistigkeit nicht zu überbieten. Erst erzwinge ich einen gesellschaftlichen Konsens zum Bau einer tödlichen Industrie, dann beherrsche ich die Entsorgung nicht, dann suche ich mir einen privaten Betreiber und sage, nu mach mal! Eine derartige Klippschulmentalität der Verantwortlichen bei der Lösung der Verantwortung ist kriminell. Denn letztendlich wird der Bürger die Entsorgung bezahlen müssen, weder Töpfer noch Hohlefelder, und das wahrscheinlich sogar mit seiner Gesundheit. Denn private Betreiber werden nie für die Kosten und Haftungen aufkommen können.

Von alledem ist nichts in den Planunterlagen ausgeführt, obwohl diese Problematik nicht von der Einrichtung eines Endlagers zu trennen ist. Dieses führt zu einer unzumutbaren Einschränkung unserer Rechte in diesem Verfahren.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8211 0 0

Ident.-Nr.: 7633

Die Eingangskontrolle der Abfallgebinde ist nicht möglich, so daß die in Punkt 5 genannten Angaben nur theoretisch gesichert sind.
Da Deponieraum teuer ist, muß mit Manipulationen bei der Anlieferung gerechnet werden, umsomehr, wenn, wie geplant, die Endlagerung von Atommüll privatisiert wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 5310 8290 8211

Texte zum Sachgebiet Nr. 8220

Ident.-Nr.: 63

Ein nationales Atommüllendlager ist für den mittelfristigen und längeren Betrieb einer größeren Anzahl von Atomkraftanlagen unabdingbar.
Atomkraftwerke stellen jedoch eine ständige Bedrohung von Leib und Leben und Eigentum dar.
Da ich in der Nähe der Atomkraftwerke Isar I und Isar II wohne und lebe, fühle ich mich durch den Weiterbetrieb dieser Atomanlagen, insbesondere durch ihre alltäglichen radioaktiven Emissionen und erst recht durch die Möglichkeit verheerender Unfälle, bezüglich meines Lebens, meiner Gesundheit und meines Eigentums genauso wie das meiner Nachkommen, ständig bedroht. Das Endlager SCHACHT KONRAD aber würde zum unbefristeten Weiterbetrieb der Atomkraftwerke beitragen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8220 8102 0

Ident.-Nr.: 746

Wenn wir nun auf diese gefährliche Art Energie verzichten, wären somit alle atomaren Zwischen- und Endlager nicht mehr nötig!
Darum wende ich mich gegen ein Atommüllendlager in SCHACHT KONRAD.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 8400 8220

Ident.-Nr.: 3184

Nirgendwo auf dier Welt gibt es bisher ein Endlager, aber Deutschland leistet sich ein Experiment mit unbekanntem Ausgang. Ohne Erfahrungen zu haben, werden Hochrechnungen herausgegeben, die nicht zutreffen müssen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8220 0 0

Ident.-Nr.: 5045

Daß der Atommüll, der heute existiert, an einem möglichst geeigneten und kontrollierbaren Ort endgelagert werden muß, bestreitet i Ernst kaum jemand. Doch es soll nicht dabei bleiben: In Deutschland und in vielen anderen Staaten wird mit "Volldampf" weiter auf die Atomkraft zur Stromerzeugung gesetzt. Folge: Es entsteht weiterer zusätzlicher Atommüll in unabsehbaren Mengen und mit unabsehbaren Halbwertszeiten. Niemand garantiert (und könnte garantieren), daß Schacht Konrad nicht auch diesen Atommüll aufnehmen wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8220 8104 5210

Texte zum Sachgebiet Nr. 8220

Ident.-Nr.: 5419

Durch die Notwendigkeit eines Endlagers wird der Prozeß der Genehmigung mit wenig Rücksicht auf die Meinungen der Bevölkerung durchgezogen. Um zu vermeiden, daß dieser Prozeß undemokratisch wird (siehe Einlagerung von Atommüllcontainern aus einer belgischen WAA in Gorleben), sollte man besser gemeinsam nach einer europäischen bzw. weltweiten Lösung des Atommüllproblems suchen, bei dem alle beteiligt werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1900 8230 8220

Ident.-Nr.: 5556

Nach dem heutigen Wissensstand ist eine Energiequalität, die jetzt noch auf die Atomkraft setzt, sehr kurzsichtig. Zeit Zeit ist ein "neues" Atommüllendlager nicht notwendig. Im nächsten Vierteljahrhundert wird sich kein Energieexperte ernsthaft eine Chance für Atomstrom in der Zukunft ausrechnen können.
Weshalb benötigt man dann jetzt noch ein Atommüllendlager?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8290 8220

Ident.-Nr.: 7470

Die Mitglieder der Propsteisynode erwarten von den Prüfungsbehörden, daß sie nicht wirtschaftliche Überlegungen als einen Zwang zum Erfolg der gestellten Anträge empfinden. Sie erhoffen, daß die Prüfungsbehörden wie auch die Bundespolitiker die Ängste und Einwände der Menschen, die im Umkreis von Schacht Konrad wohnen, ernst nehmen.
Die Menschen, die vom Entsorgungsproblem unmittelbar betroffen sind, verkennen nicht, daß in der Phase des Umsteigens eine sichere Endlagerung gewährleistet sein muß. Als Christen kann es ihnen nicht darum gehen, daß Entsorgung überall anders, nur nicht bei Ihnen geschieht. Es geht ihnen darum, zu verhindern, daß eine scheinbar sichere Entsorgung in ihrem Gebiet dem Prozeß des Umsteigens die nötige Eile und Dringlichkeit nimmt. Sie fordern, nach Alternativen für die Beseitigung radiaoktiven Abfalls außerhalb von Schacht Konrad zu suchen und keine Kosten zu scheuen, wenn weiterhin beim Transport und bei der Endlagerung der radioaktiven Abfälle ernsthafte Gefährdungen nicht ausgeschlossen werden können. Außerdem sind Vorkehrungen dafür zu treffen, daß bei der Konditionierung und Deklarierung der nuklearen Abfälle menschliches Versagen oder menschliche Verfehlungen niemandem zusätzliche Risiken aufbürden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8220 8230 0

Ident.-Nr.: 8690

Die Fragen nach der grundsätzlichen Sinnhaftigkeit von Endlagerung und nach der Einlagerung speziell in diesen Ort wurden nicht gestellt. Wenn aber diese Frage an sich nicht betrachtet werden, laufen die Betreiber Gefahr mit Annahme der Sicherheit, sich auf falsche Voraussetzungen zu stützen. Das heißt, wenn sich herausstellt, daß Endlagerung an sich oder

Texte zum Sachgebiet Nr. 8220

an diesem speziellen Ort sich später als falsch erweist, ist es schwer, die damalige Entscheidung rückgängig zu machen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8220 0 0

Ident.-Nr.: 9263

Der Kirchenvorstand verschließt sich nicht der Notwendigkeit, die Endlagerung bereits entstandener bzw. nicht mehr vermeidbarer radioaktiver Abfälle vorzuberieten. Er hält es jedoch für nicht verantwortbar die genannten Risiken hinzunehmen für radioaktive Abfälle, die erst künftig entstehen und deren Entstehung durch Ausstieg aus der Kernenergi vermeidbar wäre.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8104 8220 . 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8230

Ident.-Nr.: 32

Sollten Sie jedoch zu dem Entschluß gelangen, daß die Einlagerung von Atommüll keine Gesundheitsschäden zur Folge hat, schlage ich Ihnen vor, den Atommüll in Ihrem Vorgarten zu verbuddeln.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8230 0 0

Ident.-Nr.: 57

Mit der angestrebten Endlagerung in SCHACHT KONRAD wird der Öffentlichkeit eine Sicherheit vorgetäuscht, die in Wirklichkeit überhaupt nicht existiert. Allenfalls würden wir einer Endlagerung zustimmen, die die Probleme der Kernspaltung nicht verdrängt, sondern offenlegt, wie z.B. vom Netzwerk der Psychologen "Interhelp" angestrebt. Der bis jetzt angefallene radioaktive Müll soll gut verpackt und von sogenannten nuklearen Priestern bewacht auf den zentralen Plätzen der Städte und Gemeinden aufgestellt werden als warnendes Beispiel einer wissenschaftlich technischen Fehlentwicklung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8230 8100 0

Ident.-Nr.: 405

Nach Alternativen zu KONRAD ist nicht geforscht worden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8230 0 0

Ident.-Nr.: 474

Da weder eine Dekontaminierung noch ein sicheres Endlager möglich sind, bleibt für die schon vorhandenen Müllmassen weiterhin nur die Möglichkeit des Zwischenlagerns. Das Zwischenlager muß einerseits nach außen gut abgeschirmt sein, aber gleichzeitig gut zugänglich für regelmäßige Kontrollen der Container bzw. deren Erneuerung beim Auftreten von Undichtigkeiten.
Mangels einer Problem-Lösung ist die Produktion weiterer Massen mittel- und hochradioaktiven Mülls sofort einzustellen - die stillgelegten Atomwerke bieten sich dann als Zwischenlagerstätte für den dort produzierten Müll an.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8202 8230

Ident.-Nr.: 572

Im Plan (2.) heißt es: "Zur SCHACHTANLAGE KONRAD als geplantes Endlager für verfestigte, nicht wesentlich wärmeentwickelnde radioaktive Abfälle ist keine Alternative vorhanden. Die Bundesregierung verfolgt das Konzept der Endlagerung radioaktiver Abfälle in tiefen geologischen Formationen. Im Rahmen dieses Konzeptes werden die Endlagerprojekte Konrad und Gorleben verfolgt. Auf-

Texte zum Sachgebiet Nr. 8230

Ident.-Nr.: 32

Sollten Sie jedoch zu dem Entschluß gelangen, daß die Einlagerung von Atommüll keine Gesundheitsschäden zur Folge hat, schlage ich Ihnen vor, den Atommüll in Ihrem Vorgarten zu verbuddeln.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8230 0 0

Ident.-Nr.: 57

Mit der angestrebten Endlagerung in SCHACHT KONRAD wird der Öffentlichkeit eine Sicherheit vorgetäuscht, die in Wirklichkeit überhaupt nicht existiert. Allenfalls würden wir einer Endlagerung zustimmen, die die Probleme der Kernspaltung nicht verdrängt, sondern offenlegt, wie z.B. vom Netzwerk der Psychologen "Interhelp" angestrebt. Der bis jetzt angefallene radioaktive Müll soll gut verpackt und von sogenannten nuklearen Priestern bewacht auf den zentralen Plätzen der Städte und Gemeinden aufgestellt werden als warnendes Beispiel einer wissenschaftlich technischen Fehlentwicklung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8230 8100 0

Ident.-Nr.: 405

Nach Alternativen zu KONRAD ist nicht geforscht worden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8230 0 0

Ident.-Nr.: 474

Da weder eine Dekontaminierung noch ein sicheres Endlager möglich sind, bleibt für die schon vorhandenen Müllmassen weiterhin nur die Möglichkeit des Zwischenlagerns. Das Zwischenlager muß einerseits nach außen gut abgeschirmt sein, aber gleichzeitig gut zugänglich für regelmäßige Kontrollen der Container bzw. deren Erneuerung beim Auftreten von Undichtigkeiten.
Mangels einer Problem-Lösung ist die Produktion weiterer Massen mittel- und hochradioaktiven Mülls sofort einzustellen - die stillgelegten Atomwerke bieten sich dann als Zwischenlagerstätte für den dort produzierten Müll an.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8202 8230

Ident.-Nr.: 572

Im Plan (2.) heißt es: "Zur SCHACHTANLAGE KONRAD als geplantes Endlager für verfestigte, nicht wesentlich wärmeentwickelnde radioaktive Abfälle ist keine Alternative vorhanden. Die Bundesregierung verfolgt das Konzept der Endlagerung radioaktiver Abfälle in tiefen geologischen Formationen. Im Rahmen dieses Konzeptes werden die Endlagerprojekte Konrad und Gorleben verfolgt. Auf-

grund der vorhandenen und bis zum Jahr 2000 noch anfallenden radioaktiven Abfälle ist die zügige Realisierung des Projektes Konrad geboten, da dort etwa 95 Vol% der insgesamt anfallenden Abfälle endgelagert werden können". Wir halten dagegen:
Eigentlich hätte seit Beginn des Ausbaus der Atomkraft keine Genehmigung für Dauerbetrieb ausgesprochen werden dürfen, da kein Endlager vorlag. Die Genehmigungen sind zur weiteren Begrenzung der Probleme auch heute noch aufzuheben. Es ist versäumt worden, Alternativen zu prüfen. Das Nichtvorhandensein anderer Endlager ist kein Grund zur Genehmigung von SCHACHT KONRAD.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8200 8230 0

Ident.-Nr.: 957

Der Plan geht ausdrücklich davon aus, daß es zu SCHACHT KONRAD keine Alternativen gibt. Dieser Sachverhalt läßt angesichts des dahinterstehenden ökonomischen Drucks eine unbefangene Antragsprüfung nicht zu.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8200 8230 1300

Ident.-Nr.: 1458

Mit Ängsten vor nicht absehbaren Katastrophen brauchte kein Mensch in dieser Region z leben! Atommüll sollte dorthin gebracht werden, wo Lebewesen nicht gefährdet werden ansonsten; Ausstieg aus der Atomwirtschaft.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8230 0

Ident.-Nr.: 1471

Wir fühlen uns durch die politischen Organe in unseren Grundrechten eingeschränkt und in unzureichender Weise vertreten. Das Verfahren zur Erschließung eines Endlagers mutet uns altertümlich und politisch opportunistisch an, weil keine Alternativvorschläge erarbeitet wurden, und das Volk nicht in den politischen Prozeß eingebunden ist. Wir denken dabei an in der Verfassung nicht vorgesehene Volksabstimmungen, die die Väter der Verfassung sicher nicht vorausahnen konnten, die aber für derart gravierende Fälle unbedingt in die Verfassung eingebracht werden müßte. In diesem Zusammenhang ist anzuführen, daß die Standortauswahl, daß die Standortwahl vor der deutschen Wiedervereinigung erfolgte und daher bessere Orte von vornherein nicht einbezogen werden konnten.
Vielleicht ist eine oberirdische Lagerung, die das Lager jederzeit zugänglich macht, nicht die bessere? Ist die Region Zwickau mit ihren offenen Urantagebauten dafür nicht geeignet und die notwendigen Endlagereinrichtungen im Zuge der Sanierung nicht auch noch kostengünstiger und im Sinne der dort lebenden Menschen zu verwirklichen?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1620 1100 8230

Texte zum Sachgebiet Nr. 8230

Ident.-Nr.: 1540

Zunächst schließe ich mich dem Beschluß der Landessynode der Braunschweigischen Landeskirche vom 25. Mai '91 an, in der ein grundsätzlicher Verzicht auf eine Endlagerung radioaktiver Abfälle in SCHACHT KONRAD gefordert wird
- solange nicht andere Möglichkeiten einer sicheren Unterbringung des vorhandenen Mülls ernsthaft geprüft worden sind;
- solange ein solches Endlager zur Rechtfertigung der weiteren Produktion und damit zur Ausweitung des radioaktiven Mülls führt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8230 8200 0

Ident.-Nr.: 1814

Wie bereits angedeutet, gibt es Einlagerungsingenieure, die einer Einlagerung im Salz vor einer Einlagerung im Erz jederzeit den Vorzug geben würden.
Seit 1976 wird die SCHACHTANLAGE "KONRAD" im Auftrag des Bundes offen gehalten, um sie auf ihre Nutzung als Endlager für radioaktive Abfälle zu untersuchen und ggf. als Endlager einzurichten. Damit ist deutlich, daß hier nicht eine optimale Einlagerungsstätte für riskante Abfälle, sondern ein Verwendungszweck für ein ausgedientes Erzbergwerk gesucht wurde. Es fehlt die Untersuchung anderer und damit vielleicht besserer Einlagerungsstätten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8230 0 0

Ident.-Nr.: 1828

Nachhaltige Konzepte über denkbare Alternativen zur Entsorgung vorhandener radioaktiver Abfälle mit dem Ziel eines politisch/gesellschaftlichen Umdenkens in der Atomenergie-Frage sind (möglicherweise aus reinem Profit-Anspruch) offenbar nicht mit Ernsthaftigkeit entwickelt worden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8230 0 0

Ident.-Nr.: 1881

Aus den oben geschilderten Problemen ergibt sich meine Bitte,
-mit höchstem Aufwand und ohne Zeitdruck zu forschen
-möglichst wenig weiteren Atommüll zu produzieren
-möglichst viele Standorte zu untersuchen, was bisher versäumt wurde
-über mögliche Alternativen zur geologischen Endlagerung nachzudenken

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8200 1620 8230

Texte zum Sachgebiet Nr. 8230

Ident.-Nr.: 3130

Ich kritisiere, daß alternativ zu einem Endlager Schacht Konrad keine weiteren Möglichkeiten untersucht wurden. So wird durch finanzielle Investitionen des Staates in die Planung und Vorbereitung eines künftigen Endlagers ein Erfolgszwang hergestellt, der die Objektivität einer Entscheidung für oder gegen ein Endlager anzweifeln läßt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8230 0 0

Ident.-Nr.: 3131

Die beantragte Hohlraumkapazität des Schachts Konrad von 550.000 m3 mit der Option auf die doppelte Größe, läßt vermuten, daß nicht nur deutscher Atommüll in das geplante Endlager Schacht Konrad verbracht werden soll. Allein diese Tatsache ließe den ungehemmten Ausbau und die weitere Produktion von Atommüll europaweit zu. Im Rahmen einer ernsthaft betriebenen Daseinsvorsorge ist diese Technologie jedoch nicht länger vertretbar.
Ich fordere gleichzeitig den Ausstieg aus der Atomwirtschaft und fordere weiter, sämtliche Atomanlagen sofort abzuschalten und die radioaktiven Brennelemente im Containment-Sicherheitsbereich der AKW's solange zu lagern, bis Alternativen zur Endlagerung untertage gefunden sind. Der bereits vorhandene Atommüll könnte dort ebenfalls, bis eine weniger gefährliche Endlagerung möglich ist, zwischengelagert werden.
Das Beispiel AKW-Niederaichbach zeigt, daß auch Jahrzehnte nach erfolgter Außerbetriebnahme mit der Demontage noch nicht begonnen werden kann. Vom Tag der Außerbetriebnahme bis zur Demontage eines abgeschalteten Atomkraftwerkes vergehen einige Jahrzehnte, in denen die Anlage instandgehalten und bewacht werden muß. In den bewachten Objekten könnte man Atommüll kontrollierbar auch für längere Zeiträume zwischenlagern und brauchte keine neuen zusätzlichen Atomstandorte zu schaffen.
Atommüll muß dort gelagert werden, wo er anfällt!
Durch diese Maßnahme würde das Gefahrenpotential, welches für die gesamte Bundesrepublik, entlang der Transportwege durch die radioaktive Niedrigstrahlung besteht, zunächst gering gehalten; es könnte später sogar entfallen. Die durch die Transporte bestehende und sich weitverbreitende radioaktive Niedrigstrahlung würde dadurch nicht entstehen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8200 8230

Ident.-Nr.: 3132

Es ist nicht geprüft worden, ob weniger gefährliche Alternativen zu "SCHACHT KONRAD" als Atommüllendlager bestehen oder ob es prinzipiell andere Endsorgungstechniken gibt. Es darf nicht allein auf die geologische Formation abgestellt werden. Vielmehr müssen weitere Faktoren,

wie etwa die bereits vorhandene radioaktive und sonstige Belastung der Region berücksichtigt werden. So befinden sich in der Nähe die Asse und Morsleben, ein bereits bestehendes, hohes Gefährdungspotential und Stätten, aus denen stänig Radionuklide freigesetz werden. In diesem Zusammenhang hat die Redewendung "Atomklo Europas" vielleicht ihre Berechtigung.
Ferner stände das Endlager in einer vergleichsweise dicht besiedelten Gegend, in der Unfälle und Transporte besonders großen Schaden anrichten können. So werden entsprechende Anlagen in den U.S.A. in Wüstengebieten angelegt, dem hohen Gefährdungspotential Rechnung tragend, das in unserem Lande lieber herungergespielt wird. Nicht ausreichend berücksichtigt ist weiterhin die Ausbreitung der - ständig freigesetzten - Radionuklide von der Anlage durch den Wind in Richtung Braunschweig und die Wechselwirkungen mit der Hütte, insb. auch die Verbreitung der Strahlung mit dem im Bergwerk freigesetzten Staub. Die weitestgehende Nichtbeachtung und Nichtprüfung all dieser Punkte stellt einen großen Ermessensmißbrauch (Nichtausübung des Auswahlermessens, fehlerhafte Ermessensgrundlage durch lückenhafte und fehlende Sachverhaltskenntnis/-ermittlung) dar. Die Genehmigung der Anlage wäre daher rechtswidrig.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8230 1620 0

Ident.-Nr.: 3167

Da an einer möglichst sicheren Endlagerung des bereits vorhandenen radioaktiven Abfalls kein Weg vorbeiführt, mußten zunächst in weltweiter Zusammenarbeit alle nur denkbaren Lagerorte und Lagermethoden geprüft und verglichen werden, und zwar so gründlich wie irgend möglich, mußten ferner auch nach bisher nicht bedachten neuen Möglichkeiten gesucht werden. Alsdann konnte nach genauer Abwägung die unumgängliche Entscheidung getroffen werden. Solange mußte weltweit die Erzeugung weiteren atomaren Abfalls unterbrochen, wenn nicht endgültig beendet werden. Daß dies nicht geschehen ist, sondern kurzerhand eine ursprünglich nur für schwachradioaktiven Abfall bestimmte Lagerstätte ohne ernsthafte Prüfung aller nur denkbaren Möglichkeiten zum ersten atomaren Endlager der Welt bestimmt wurde - das allein ist bei der Größe des Problems schon Grund genug, das vorliegende Planfeststellungsverfahren für gänzlich unzureichend zu erklären.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1620 8210 8230

Ident.-Nr.: 3184

Warum kurz vor Inkrafttreten des Europäischen Binnenmarktes ein nationales Endlager geschaffen muß, ist gar nicht einleuchtend.
Da insbesondere Abfälle aus der Wiederaufarbeitung anfallen werden und schon heute nicht mehr behauptet werden kann, daß Atommüll aus La Hague oder Sellafield abgewiesen werden könnte, wird es kein nationales Endlager geben.
Der SCHACHT KONRAD würde einen hohen Anteil an ausländischem Müll

Texte zum Sachgebiet Nr. 8230

aufnehmen müssen und einen weiteren Ausbau von Atomenergie ermöglichen. Für bereits vorhandenen Müll müssen daher Lagermöglichkeiten auch innerhalb des Europäischen Binnenmarktes oder der Sowjetunion geprüft werden.
Die Errichtung eines Atomendlagers SCHACHT KONRAD ist jedenfalls im Hinblick auf die gesundheitlichen Risiken nicht verantwortbar.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 5310 8230

Ident.-Nr.: 3198

Eine vergleichende Standortbewertung hat nicht stattgefunden. Es gibt drei Alternativen, die bis jetzt och nict betrachtet wurden:
a) den Atommüll über rückführende Lavaströme ins Erdinnere zu leiten
b) den Atommüll rückholbar in unbesiedelten Regionen der Erde zu Lagern
c) den Atommüll in schon verseuchten Regionen zu lagern, z.B. in Tschernobyl.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8230 1620 0

Ident.-Nr.: 3226

Seit Jahren dient Schacht Konrad als Entsorgungsnachweis für den Bau von Atomkraftwerken, ohne daß die Eignung dafür festgestellt wurde. Es ist offensichtlich, daß diese Tatsache eine vorurteilsfreie Prüfung von Schacht Konrad als Atommüllendlager unmöglich macht. Außerdem wird Schacht Konrad als Atommüllendlager zur Rechtfertigung für den Bau weiterer Atomkraftwerke dienen und damit zur Vermehrung des radioaktiven Mülls beitragen.
Um eine möglichst sichere Endlagerstätte finden zu können, muß ein Vergleich von unterschiedlichen Endlagerkonzepten vorausgegangen sein. Dies ist bei Schacht Konrad nicht der Fall. Wir fordern Sie als Genehmigungsbehörde auf, einen Vergleich zwischen verschiedenen Endlagerkonzepten und Standorten anzustellen.
Angesichts der jüngsten Ereignisse in Gorleben (Mol-Faß) zeigt sich, daß eine lückenlose Produktkontrolle nicht möglich ist. Verändern sich die Faßinhalte, stimmen die Berechnungen der PTB/BSF nicht mehr. Die Konsequenzen müssen wir, die Menschen im näheren Umfeld vom Schacht Konrad, voll tragen.
Nun soll laut BUM auch ausländischer Atommüll im Schacht Konrad eingelagert werden. Auf die Zusammensetzung dieses Mülls kann mangels deutschen Rechts im Ausland kein Einfluß genommen werden.
Aus diesem Grund fordern wir den Verzicht auf eine Endlagerung radioaktive Abfälle im Schacht Konrad.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 1620 8230

Ident.-Nr.: 3743

Ich bezweifele, daß eine unbefangene Antragsprüfung und gegebenenfalls Genehmigung des Atommüllendlagers stattfindet. Dabei ist für mich besonders fragwürdig, daß
-SCHACHT KONRAD bereits seit Jahren als Entsorgungsnachweis für in Be-

Texte zum Sachgebiet Nr. 8230

trieb befindliche Kernkraftwerke von den zuständigen Genehmigungsbehörden anerkannt wird
-aufgrund fehlender Alternativen zur Endlagerung des Atommülls in SCHACHT KONRAD sowie der fast gefüllten bundesdeutschen Zwischenlager ein großes Interesse bei den Betreibern und Befürwortern in Industrie und staatlichen Stellen besteht, bis 1993 eine Genehmigung für SCHACHT KONRAD durchzusetzen, da andernfalls die Atomkraftwerke abzuschalten sind. In diesem Zusammenhang ist besonders die in den letzten Jahren bekannt gewordene Verflechtung einzelner Mitarbeiter der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (als Genehmigungsbehörde) mit Vereinigungen der Atomlobby negativ zu beurteilen.
-der Sicherheitsbericht für das Atommüllendlager bekanntermaßen unvollständig ist, dennoch ist auf Weisung des Bundesumweltministers der Fortgang des Genehmigungsverfahrens erzwungen worden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1300 8210 8230

Ident.-Nr.: 4465

Der unbestimmte Rechtsbegriff von "Wissenschaft und Technik" ist heute im Bereich von Endlagerungsvorhaben kaum erforscht; insbesondere fehlt hier eine detaillierte Auseinandersetzung zu möglichen Alternativen der Endlagerung (dezentral und wiederrückholbar und damit kontrollierbar für die Zukunft).
Insbesondere drängt sich die Frage auf, ob eine Endlagerung von Atommüll nicht besser in bereits verseuchten Gebieten (Tschernobyl oder Abbaugebiet der Wismut in der ehemaligen DDR) durchgeführt werden sollte.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8230 1620 0

Ident.-Nr.: 4573

Ich fühle mich betroffen, weil es hier zu einer Monopolstellung kommt, die uns zwingt, auf Dauer allen Atommüll aufnehmen zu müssen und keinerlei Ersatzkategorien existieren, wie sie selbst in industriellen Produktionen Stand der Technik sind.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8200 8230 0

Ident.-Nr.: 5036

Die bis jetzt dem Bund entstandenen Kosten lassen unserer Meinung nach eine objektive Beurteilung für diesen Standort gar nicht mehr zu. Man will das Geld ja nicht hinausgeschmissen haben!
Es ist einfach zu wenig an Alternativen gedacht worden geschweige denn an ein anderes System der Energieversorgung (Wind / Wasser / Sonnenenergie).
Hier wird den "mündigen Bürgern" von einigen Politikern etwas aufge-

zwungen, das nicht in ihrem Sinne ist. Wenn wir als Betroffene uns aber dagegen auflehnen, wird im Extremfal staatliche Gewalt angewendet. Doch mit Gewalt sind Probleme noch nie gelöst worden und ein solcher Gewaltakt "von Oben" wird sich sicherlich im künftigen Wählerverhalten auswirken.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1300 8230 0

Ident.-Nr.: 5038

Die Lagerung von Atommüll unter der Erde täuscht über die bleibenden Gefahren radioaktiver Substanzen hinweg. Sie folgt einem Verscharrungsmuster, das der heute nötigen Rationalität nicht entspricht.
Bitte prüfen Sie andere Möglichkeiten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3000 8230 0

Ident.-Nr.: 5419

Durch die Notwendigkeit eines Endlagers wird der Prozeß der Genehmigung mit wenig Rücksicht auf die Meinungen der Bevölkerung durchgezogen. Um zu vermeiden, daß dieser Prozeß undemokratisch wird (siehe Einlagerung von Atommüllcontainern aus einer belgischen WAA in Gorleben), sollte man besser gemeinsam nach einer europäischen bzw. weltweiten Lösung des Atommüllproblems suchen, bei dem alle beteiligt werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1900 8230 8220

Ident.-Nr.: 5466

Die Transporte erfolgen zwangsläufig durch dichtbesiedelte Gebiete auf allgemein verfügbaren Verkehrswegen und erzeugen damit Gefahren. Prinzipiell muß die Einlagerung von Atommüll in besiedelten Gebieten (d.h. z.B. in ganz Mitteleuropa) abgelehnt werden. Es handelt sich um ein internationales Problem.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8230 0

Ident.-Nr.: 5486

Im übrigen darf es keine Einlagerung von Atommüll geben, sondern nur eine "dauerhafte Zwischenlagerung", um auftretende Veränderung des Einlagerungsgutes bzw. der Umgebung entgegenwirken und im jeweiligen Stand der Technik anwenden zu können.
Es ist vergleichend zu prüfen, ob der Atomüll
a) oberirdisch, z. B. in abgeschalteten Atomkraftwerken,
b) unterirdisch, -dabei sind unterschiedliche geologische Formationen zu untersuchen-

"dauerhaft zwischengelagert" werden kann und nur die sicherste Methode nach dem Stand der jeweiligen Technik und nicht die wirtschaftlichste darf hier Anwendung finden.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8230

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8290 8230 0

Ident.-Nr.: 5517

Der gesamte Sicherheitsbericht ist m. E. speziell für eine Endlagerung im Schacht Konrad subjektiv verfaßt worden. Einzelne Punkte sind weder mit Vor- und Nachteilen diskutiert noch mit Alternativen verglichen worden, wie es bei guten wissenschaftlichen Untersuchungen und Dokumentationen üblich ist. Der Eindruck der Einlagerung unter allen Umständen wird dadurch noch verstärkt, ebenso wie durch die Vorgehensweise des Bundesministeriums über die Köpfe der Landesregierung Niedersachsens hinweg. Der Druck der Endlagerung, entstanden durch den jahrzehntelangen unbedarften Umgang mit Atommüll und die Vorwegnahme der Entsorgungsmöglichkeit in Schacht Konrad, haben vorurteilsfreie Untesuchungen verhindert. In den Planunterlagen fehlen sowohl andere Standorte, als auch andere technische Möglichkeiten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8230 1620 0

Ident.-Nr.: 5573

Zu dem Konzept der Endlagerung radioaktiver Abfälle in tiefen geologischen Formationen im Allgemeinen und der Endlagerung in Schacht Konrad im Besonderen ist keine Alternative vorhanden. Da "die zügige Realisierung des projekt Konrad" aufgrund des bereits vorhandenen Atommülls geboten ist,(siehe Kurzfassung S.12) ist die objektive Bewertung, bzw. schon die Erfassung aller Risiken nicht gegeben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8230 1300 0

Ident.-Nr.: 5635

Durch die Errichtung eines zentralen Atommüllendlagers wird das Risiko eines Verkehrsunfalls völlig unnötigerweise sehr stark erhöht. Die bei einem Unfall möglicherweise auftretende radioaktive Strahlung bedroht auch mein Leben und meine körperliche Unversehrtheit. Es wäre wesentlich sinnvoller, den anfallenden Atommüll dort zu lagern, wo er produziert wurde wenn die Produktion einmal eingestellt ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8230 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8230

Ident.-Nr.: 5649

Als unverständlich erscheint uns die Tatsache, daß nach weiteren Alternativen für die Endlagerung nicht weiter gesucht wurde, nachdem Schacht Konrad sich anbot.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8230 0 0

Ident.-Nr.: 5664

Auf S.12 der Kurzfassung des Planes wird ausgeführt:"Zur Schachtanlage KONRAD als geplantes Endlager für verfestigte, nicht wesentlich wärmeentwickelnde radioaktive Abfälle ist keine Alternative vorhanden".
Diese Behauptung entbehrt jeglicher Grundlage. Wenn keine Alternative vorhanden sein sollte, dann nur deshalb, weil gar keine Alternativen Konzepte und Standorte untersucht wurden. Die in der Region gelegenen und bereits stillgelegten Endlager ASSE II und MORSLEBEN sind erwiesenermaßen ungeeignet. Ähnliches gilt für die geplante Anlage in GORSLEBEN. Mögliche Alternativen für die Lagerung und Behandlung des für KONRAD vorgesehenden Mülls sind nicht untersucht worden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1620 8230 8290

Ident.-Nr.: 5833

Die Bedeutung von schacht Konrad für das gesamte Atomprogramm:
- es herrscht ein großer Entsorgungsdruck durch den schon vorhandenen Atommüll.
- Es fehlen andere Standorte und Entsorgungstechniken.
- Durch Vorerwartungen ist die Untersuchung des Standortes Schacht Konrad nicht neutral. Ich befürchte daher, daß schon eine Vorentscheidung getroffen wurde!
- Ebenfalls befürchte ich in ganz Europa einen Anstieg der Atommülltransporte und einen damit einhergehenden Ausbau der Atomenergie. Damit steigt das Sicherheitsrisiko!!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8290 1620 8230

Ident.-Nr.: 5842

Eine Endlagerung von radioaktiven Abfällen, ohne die Möglichkeit sie jemals wieder zurückzuholen, widerspricht unserer Meinung nach jeglichem gesunden Menschenverstand, weil Forschung und Technik so gewaltige Fortschritte machen und sich in vielleicht gar nicht so ferner Zukunft Möglichkeiten ergeben, diese gefährlichen Abfälle endgültig unschädlich zu machen.
Wissenschaftlicher sollten nicht so überheblich sein, ihre jetzigen Erkenntnisse in eine Endlösung umzusetzen, die über einen Zeitraum von Tausenden von Jahren Menschen und andere Lebewesen gefährden und weite Landstriche mit fruchtbarem Boden unbewohnbar machen kann. Deshalb fordern wir, daß keine neuen radioaktiven Abfälle aus der Energieerzeugung produziert werden und die vorhandenen Abfälle un-

ter größtmöglichen Sicherheitsvorkehrungen in Zwischenlagern konserviert werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8293 8200 8230

Ident.-Nr.: 5926

Es
fehlen Hinweise über alternative Standortuntersuchungen, über alternative Endlagerkonzepte, über alternative Wirtsgesteine und alternative Endlagerformationen, es fehlt der Nachweis, das das beantragte Endlager tatsachlich ein Konzept verkörpert, für das es keine bessere Alternative gibt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1620 8230 0

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen Hinweise, welche Alternativen zum Endlager Schacht Konrad untersucht worden sind.

Es fehlen überhaupt alternative Überlegungen zu der Endlagerung, wie sie hier geplant ist. So fehlen z.B. auch die Alternativen, die ein weiteres andaunerdes Verwahren des Atommülls übertagig betrachten unter der Prämisse, später einmal eine Technik zu beherrschen, um gefahrlos den Atommüll entsorgen zu können. Aber sicher gibt es noch eine Vielzahl anderer Alternativen, über die hier keine Hinweise vorliegen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8230 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Der Rechtsweg ist
teilweise aufgehoben. Das Atommüllendlager wird von fast allen politischen Kräften in der Bundesrepublik als für den Fortbestand dieser Nation unentbehrlich angesehen. Alle oberirdischen Zwischenlager und Behelfslager platzen aus den Nähten und niemand möchte den Atommüll mehr oberirdisch wissen. Hinzu kommt, daß das Atammüllemndlager der Ex-DDR, Morsleben, vorerst stillgelegt worden ist, die kriminelle Energie, mit der diese Anlage zum Schaden der Gesundheit der Bevölkerung betrieben wurde, bedarf erst noch der Aufklärung, an der wiederum alle staatstragenden Kräfte kein Interesse haben, gleichgültig, welchem Staat sie angehören ader angehorten. Es gibt keine Alternative zu Schacht Konrad in den Köpfen der Politiker, weil es deren Verstand überschreitet, sich von den vorgegebenen Lösungen ihrer Wissenschaftler zu losen und selbst nach anderen Alternativen zu forschen. Dabei vergessen sie, daB die gesetzliche Vorschrift, daß Sachverständige unbefangen und überparteilich sein müssen, schon lange nicht mehr erfüllt ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 8230 0

Ident.-Nr.: 6287

Die Behauptung, zur Schachtanlage Konrad sei keine Alternative vorhanden und damit sei keine Alternative vorhanden, und damit sei die Maßnahme ohne Rücksicht auf gesetzliche, moralische und ethische Grundsätze unter Billigung von Risiken für Personal und Bevölkerung und unter Billigung des nicht kalkulierbaren, aber als wenig wahrscheinlich dargestellten Restrisikos durchzuführen, kann doch wohl nicht ausschlaggebend für die Abwägung der Interessenlage sein. Dann muß man weitere Zwischenlager z. B. auch in bereits verstrahlten Gebieten einrichten und national bzw. international nach Lösungen für ein Endlager suchen, bei denen die Beeinträchtigungen wesentlich geringer sind als bei diesem Vorhaben. Ferner stellt diese Maßnahme für die deutsche Politik und Industrie ein Pilotprojekt dar, bei dem zwar möglicherweise nach bestem Wissen und Gewissen untersucht und analysiert wurde; einen Beweis für Art und Umfang der auftretenden Gefahren, Risiken und Schäden gibt es jedoch nicht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8230 8210 0

Ident.-Nr.: 8871

Wenn schon eine so gefährliches Endlager für Europa, warum ausgerechnet im dichtbesiedelten Zentrum des Kontinents?
Warum wird für eine "Endlagerung" stets der WEg der KOnzentration beschritten, nicht aber nach Techniken der Dispersion gesucht?
(Schließlich sind alle anfallenden Isotope im Naturraum dispers vorhanden und in dieser Verteilun für uns nachweisbar unschädlich)
Eine disperse Endlagerung kann nicht zerstört werden so wie ein konzentriertes Lager; eine Katstrophe wie z. B. ein Erdbeben kann im Raum des Schachtes aus geologischen Gründen grundsätzlich nicht ausgeschlosse werden!
Warum wird beispielsweise eine Dispersion im Weltraum nicht ernsthaft geprüft? Es kann doch nicht zu teuer sein, gemessen an den unvorstellbar hohen Entwicklungskosten für die Atomenergie und deren Folgekosten durch Störfälle und zu erwartende Endlagerungsunfälle.
Sicher gibt es noch eine große Zahl verfolgenswerter Ansätze, die zumindest eine Risikostreuung bewirken können.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8320 8230 0

Ident.-Nr.: 8936

Atommüll sollte weder hier noch sonstwo auf der Welt gelagert werden. Bei der durch ihn ausgehenden permanenten Gefahr, ist nur eine Lagerung im Weltall wirklich sicher. Solange dies von den Verantwortlich nicht erkannt wird, muß jeder Ausbau der Atomenergie gestoppt wrden.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8230

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8230 0 0

Ident.-Nr.: 8973

Eine Atommüllendlagerung könnte höchstens "auf dem Mond" erfolgen. Hier in dieser schon umweltgeschädigten Erdregion und bei dieser Bevölkerungsdichte ist dieses selbstmörderisch.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8230 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8231

Ident.-Nr.: 45

Den Planunterlagen fehlt eine vergleichende Betrachtung unterschiedlicher Standpunkte und anderer Entsorgungstechniken.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8231 0 0

Ident.-Nr.: 262

Man darf heute keine kurzsichtige Lösung für das Atommüllproblem verwenden, gerade wo in relativ wenigen Jahren eine geeignete Technik zur gefahrlosen Entsorgung bestehen könnte. Eine Zwischenlagerung in geeigneten Anlagen, z.B. stillgelegten Atomkraftwerken, erscheint vernünftiger.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8231 0 0

Ident.-Nr.: 1463

Ich halte die Reaktionen der Atomkraftwerke, wenn diese abgeschaltet sind, als Atommüllendlager für viel geeigneter, weil sie so gebaut sind, daß keine radioaktive Strahlung nach außen dringt und weil der Atommüll außerdem noch kontrollierbar bleibt. Sollte sich in den Reaktoren radioaktiver Müll nicht sicher lagern lassen, so wäre es auch nicht möglich, völlig gefahrlos Kernspaltungen durchzuführen. Falls die Atomkraftwerke hierfür ungeeignet sind, so bitte ich darum, darüber informiert zu werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8200 8231 0

Ident.-Nr.: 1794

Ich
fordere daher den sofortigen und endgültigen Ausstieg aus der Kernenergienutzung und eine vorübergehende, als weitgehend sicher anzusehende und vor allen Dingen rückholbare Einlagerung des bisher angefallenen Atommülls in den Sicherheitsbehältern der stillgelegten Atomkraftwerke, bis eine unbedenklichere Endlagerungstechnik gefunden ist!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8290 8231

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen Hinweise im Plan auf die Möglichkeit der technischen Entwicklung, spaltbare Stoffe zurückzugewinnen. Es fehlen Ausführungen zu der uberlegung, eventuell eine andere Art der Lagerung in Betracht zu ziehen, um diese Option nicht van vornherein durch die Lagerung zunichte zu machen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8231 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8231

Ident.-Nr.: 8572

Ich halte unterirdische Endlager im allgemienen für unverantwortlich, da sie zum einen nicht ausreichend kontrollierbar sind und zum anderen wie ein Verdrängen der Gefahr aus dem Blickfeld erscheinen im Vergleich mit einer aufwendigeren, aber besser kontrollierbaren oberirdischen Lagerung.
Der Umgang mit Müll wird beim unterirdischen Konzept zu leicht gemacht und die Reflexionen über alle auftretenden Gefahren bei der Nutzung der Kernenergie kommen meiner Meinung nach zu kurz.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8231 0 0

Ident.-Nr.: 8695

Stirling District Council is a member of Nuclear Free Zones Scotland and it wishes to support the decision taken at the Annual General Meeting on 31 May 1991 to assist your organisation in objecting to the plan to store radioactive waste in the former ore mine in the town of Salzgitter. Stirling District Coucil has campaigned as part of NFZ Scotland, for the nuclear industry to accept that each plant should store its own waste on site above ground in order that it can be monitored and checked on a regular basis.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8290 8231 0

25.03.1992

Texte zum Sachgebiet Nr. 8232

Ident.-Nr.: 189

Vertreten wir die Auffassung, daß die SCHACHT KONRAD planenden Instanzen jede Fürsorgepflicht für die Bevölkerung ignorieren, da alternative Standorte für die Lagerung nuklearen Abfalls nicht ernsthaft untersucht wurden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1300 8232 0

Ident.-Nr.: 335

Es wurde nicht international nach geeigneten Standorten zur Verbringung des bis jetzt und später anfallenden weltweiten Atommülls geforscht. Atommüllagerung ist kein nationales Problem.
Warum wurde nicht das Atomkraftwerk und Umgebung von Tschernobyl in die Prüfung einbezogen?
Das Gebiet ist bereits für Generationen verseucht.
In Salzgitter soll radioaktiv unverseuchtes Gebiet belastet werden, wo es national und international sicherlich nicht mehr zu rettende Gebiete gibt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1620 8232 0

Ident.-Nr.: 410

Da es keinen alternativen Endlagerungsplatz gibt, bzw. keine anderen Standorte untersucht worden sind, ist die Entscheidung für SCHACHT KONRAD angesichts des bestehenden Entsorgungsdrucks der Atomindustrie wohl mehr eine politische als eine wissenschaftlich fundierte. Hier wird aufgrund politischer und finanzieller Interessen mit der Gesundheit und dem Leben einer ganzen Region gespielt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8232 8210 0

Ident.-Nr.: 616

Im übrigen möchte ich nicht, daß Niedersachsen - insbesondere meine Heimatstadt Braunschweig - zum Sammelplatz aller schädlichen Stoffe mit all seinen Folgen wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8290 8232 0

Ident.-Nr.: 1077

Es gab und gibt parallel zur Untersuchung von SCHACHT KONRAD in Salzgitter-Bleckenstedt auf seine Eignung als Atommüllendlager keine Prüfungen alternativer Standorte. Im Gegenteil ist SCHACHT KONRAD seit Jahren für eine Reihe in Betrieb befindlicher Atomkraftwerke als Entsorgungsnachweis anerkannt, ohne selbst genehmigt zu sein. Die damit befaßte Genehmigungsbehörde ist befangen. Damit ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, die Eignungsprüfung von SCHACHT KONRAD habe das Ergebnis erbracht, welches von den Auftrag-

Texte zum Sachgebiet Nr. 8232

gebern erwartet wurde.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1300 8232 0

Ident.-Nr.: 1506

Alles in allem verliert das Leben in dieser Region zunehmend an Wert, wenn die genannten Pläne verwirklicht werden. Für mich ist nicht einsehbar, warum nicht jedes Bundesland wenigstens für seine eigene Atommüllablegung sorgt, solange dies noch notwendig ist. An der dringenden Notwendigkeit der Weiterentwicklung alternativer Energiequellen dürfte bei diesen ganzen Unsicherheiten mit der Atomenergie wohl nicht zu zweifeln sein.
Die Fachleute haben schon so vieles, was erst unmöglich schien, gemeistert. Ich bin sicher, daß sich bei genügender Unterstützung von seiten der Regierung andere Endlagerungsmöglichkeiten finden lassen als das Abschieben in ein einziges "Massengrab"!!!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8500 8200 8232

Ident.-Nr.: 3086

- Der Antragsteller hat in der Kurzfassung seines Planes auf Seite 12 behauptet, daß es zur Schachtanalge Konrad als geplantes Endlager für verfestigte, nicht wesentlich wärmeentwickelnde radioaktive Abfälle keine Alternative gäbe. Dieses muß bestritten werden, da alternative Standortuntersuchungen überhaupt nicht vorgenommen worden sind. So ist in die Überlegungen des Antragstellers nicht einbezogen worden, daß etwa das Endlagerprojekt Gorleben, falls es für wesentlich wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle nicht geeignet sein sollte, immerhin noch die Stoffe aufnehmen könnte, die nunmehr für Schacht Konrad vorgesehen sind. Der Hinweis, daß nicht auf das Projekt Gorleben verwiesen werden könne, da dieses nach derzeitiger Planung frühestens im Jahre 2008 zur Verfügung stehen wird, geht insofern fehl, als diese Planungen den Ausbau für stark radioaktive Abfälle vorsieht. Eine Planung für nicht wesentlich wärmeentwickelnde Abfälle dürfte wesentlich früher zu realisieren sein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8232 0 0

Ident.-Nr.: 3131

Allein durch die Tatsache, daß nie ein alternativer Standort in Erwägung gezogen und untersucht wurde, muß dazu führen, das Planfeststellungsverfahren sofort abzubrechen!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8232 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8232

Ident.-Nr.: 5594

Wir fordern über die vorangestellten Einwendungen hinaus einen Stop der Erzeugung weiterer Atomabfälle insbesondere durch atomar betiebene Kraftwerke und eine erneute Untersuchung weiterer Alternativen für die sichere Endlagerung des bisher erzeugten atomaren Abfalls. Eine Erforschung der möglichen Endlagerungsstätten darf nicht unter Zeitdruck erfolgen. Zur Lösung dieser Aufgabe müssen alle zur Verfügung stehenden kompetenten Kräfte einbezogen werden.
Es darf nicht möglich werden, daß betriebswirtschaftliche Interessen so massiv und langanhaltend die Sicherheit der Bevölkerung, Tier- und Pflanzenwelt gefährden.
Wir fordern mit Nachdruck die Verhinderung aller das Ökosystem schädigenden Techniken, hier insbesondere die Endlagerung von radioaktiven Abfällen in der SCHACHTANLAGE KONRAD bei Bleckenstedt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8232 0

Ident.-Nr.: 5642

Die Generationen meiner Eltern hat sich der folgenschweren Entscheidung für die Atomenergie schuldig gemacht. Atomenergie ist weltbedrohend für einen Unendlichen Zeitraum. Lassen Sie uns nicht schon jetzt Auslöser für die bedrohende Katastrophe sein, indem wir eine nicht wohlüberlegte Entscheidung treffen.
Hier darf nicht aus einer Notsituation heraus eine schon im Vorfeld beschlossene Not-Entscheidung gefällt werden.
Der Atommüll muß eingelagert werden, aber nur an dem sichersten Platz unserer Erde.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8232 0

Ident.-Nr.: 5851

Die "gewählte" Vertretung des Volkes des Landes Niedersachsen, die Landesregierung, wurde juristisch ausgetrickst und durch BU-Minister Töpfer entmündigt. Es gibt Ausweichmöglichkeiten in Gebieten außerhalb der BRD, die nicht besiedelt sind.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8232 0 0

Ident.-Nr.: 5925

Als Bürger Niedersachsens wehren wir uns dagegeben, daß der Großteil des bundesdeutschen Atommülls (wenn nicht sogar der ganze Atommüll) in unsere Region, das Land Niedersachsen, den niedersächsischen ehemaligen "Zonenrand" verbracht wird.
Auch wenn die politischen Ereignisse wohl in Zukunft die "Zonenrandlage" aufheben, bleibt es bei einer Ballung von Atommüll;

Texte zum Sachgebiet Nr. 8232

nicht zu vergessen ist das Endlager Morsleben.
Mit Asse II und Morsleben befinden sich in dieser Region bereits zwei Endlager; Florians-Prinzip hin oder her - haben nicht alle von dem angeblichen Nutzen der Kernenergiegewinnung partizipiert? Warum soll dann nicht die Endlagerung mit ihren möglichen Folgen und Risiken auf alle verteilt werden, z. B. durch mehrere Läger mit jeweils geringerem radioaktiven Inventar. Dadurch würde vor allen Dingen das Transportrisiko minimiert werden. Niedersachsen ist nicht die Müllkippe der Nation (ein Endlager reicht)..

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8201 8232 0

Ident.-Nr.: 6097

Die Tatsache, daß Alternativstandorte zum Schacht Konrad nicht untersucht wurden, läßt Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Durchführung dieses Planbegehrens und dem Bemühen einer gesicherten Endlagerung aufkommen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8232 0 0

Ident.-Nr.: 6280

Angesichts der hier nur sehr verkürzt geschilderten Probleme und der Verantwortung für die nachfolgenden Generationen und für unsere Umwelt muß mit höchstem Aufwand und ohne Zeitdruck untersucht und geforscht werden. Dazu gehört zuerst, daß kein weiterer Atommüll produziert wird; zweitens, daß möglichst viele Standorte untersucht werden und drittens, daß auch über mögliche Alternativen zur geologischen Endlagerung nachgedacht wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8232 1620 8220

Ident.-Nr.: 7625

Von mir aus kann die unbewohnte Wüste damit verseucht werden, doch nicht unser dichtbesiedeltes Salzgitter.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8232 0 0

Ident.-Nr.: 7633

Die Suche nach geeigneter Einlagerung in Salzstöcken muß weiterbetrieben werden - wenn denn auf Erzgruben ausgewichen wird, sollte dies in bevölkerungsfreien Gebieten erfolgen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8232 0 0

25.03.1992

Texte zum Sachgebiet Nr. 8232

Ident.-Nr.: 8870

Prädestinierter würde sich z. B. als Endlagerbereich der Grand Canon USA anbieten, der seit einer Milliarde Jahren (u. mehr!!) besteht und unbesiedelt ist! Sicherlich gibt es noch mehr Varianten wie Arizone (220 Millionen J. alt)

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8232 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8291

Ident.-Nr.: 39

Niemand weiß, vor welcher Situation unsere Nachfahren in zweihundert Jahren stehen werden. Der Müll, den wir ihnen hinterlassen, strahlt dann aber noch immer und ist unberechenbar. Darum darf er niemals so gelagert werden, daß er - wie dies jetzt geplant ist - nicht wieder rückholbar ist. Er muß vielmehr so eingelagert werden, daß man in kommenden Jahrzehnten die Möglichkeit hat, ihn an einen sichereren Ort zu transportieren oder auf eine heute noch nicht bekannte Weise zu behandeln.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Ident.-Nr.: 43

Im Falle unvorhergesehener Gefahren oder gar neuer Erkenntnisse über sicherere Lagerung ist eine Räumung des Lagers aufgrund der nicht rückholbar eingelagerten Inhalte des Schachtes unmöglich.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8230 8291 0

Ident.-Nr.: 201

Einmal eingelagerte Atommüllfässer können bei Gefährdung der Umwelt nicht wieder zurückgeholt werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Ident.-Nr.: 255

Ich wende weiterhin ein, daß es nicht möglich sein wird, die eingelagerten Behälter zurückzuholen. Dieses aber ist außerordentlich wichtig. Schließlich könnte es auf Grund von Störfällen oder Katastrophen nötig werden, die Behälter wieder aus dem Bergwerk herauszuholen. Auch könnte irgendwann ein besseres oder sichereres Verfahren zur Atommüllentsorgung gefunden werden. Dann wäre die Möglichkeit der Rückholbarkeit besonders wichtig.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Ident.-Nr.: 279

Nach dem Bundesbergbaugesetz muß das Oberbergamt nach genauen Untersuchungen ebenfalls zustimmen. Die Aktivität der eingelagerten Radionuklidgruppen ist zu hoch, außerdem läßt sie sich nicht begrenzen. Es ist unmöglich, die Fässer zurückzuholen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1710 8291 5350

Texte zum Sachgebiet Nr. 8291

Ident.-Nr.: 280

Außerdem wird durch die vorgesehene Art und Weise der Einlagerung eine spätere Rückholbarkeit - wenn Gefährdungen auftreten bzw. bekannt werden - verhindert bzw. unmöglich gemacht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Ident.-Nr.: 283

Im Falle einer dramatischen Änderung der äußeren Umstände oder unvorhergesehener Gefahren, die vom eingelagerten Müll ausgehen, oder gar neuer Erkenntnisse über eine sichere Lagerung von radioaktivem Müll ist eine Räumung des Lagers aufgrund der nicht rückholbar eingelagerten Inhalte des SCHACHTES unmöglich.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Ident.-Nr.: 288

Die Langzeitsicherheit von SCHACHT KONRAD ist nicht erwiesen. Angesichts der Verantwortung für die nachstehenden Generationen
- erscheint es uns nicht vertretbar, wenn unsere Generation ein solches Endlager errichtet
- erscheint es uns nicht vertretbar, ein Endlager zu errichten, in das der Atommüll nicht rückholbar eingelagert wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3000 8400 8291

Ident.-Nr.: 312

Die Notwendigkeit der Rückholung nach einem Störfall und die Möglichkeiten dafür sind unzureichend berücksichtigt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2500 8291 0

Ident.-Nr.: 544

Am unverantwortlichsten empfinde ich die Entscheidung, daß die geplanten Einlagerungen nicht rückholbar sein sollen. Es wird damit eine Technologie angewandt, die keinerlei Korrekturen zuläßt. Spätere wissenschaftliche Forschungsergebnisse und daraus resultierende neue Erkenntnisse könnten somit niemals umgesetzt werden. Obwohl die Langzeitsicherheit des Schachtes nur vermutet werden kann, nicht aber nachgewiesen worden ist, werden mit dieser Endgültigkeit nicht zu verantwortende unwiderrufliche Tatsachen geschaffen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3000 8291 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8291

Ident.-Nr.: 554

Ich halte es für sachlich nicht angebracht, die zu deponierenden Stoffe "nicht wieder rückholbar" zu lagern. Die Geschichte der Technik hat mehrmals bewiesen, daß jahrzehntelang für unmöglich gehaltenes durch neue Erfindungen doch möglich wurde.

Niemand kann heute mit hinreichender Sicherheit bestreiten, daß die zu deponierenden radioaktiven Stoffe in einem absehbaren Zeitraum (50 bis 100 Jahre) nicht doch noch einmal durch ein heute noch unbekanntes technisches Verfahren dekontaminiert werden können oder sicherer als heute entsorgt werden können.

Die radioaktiven Stoffe müssen deshalb so eingelagert werden, daß von jedem Stück und jeder Tonne
- der genaue Lagerort und Lagerart
- die genaue Herkunft
- die Beschaffenheit
- das Gewicht der Menge

auch noch nach Jahrzehnten oder Jahrhunderten nachvollzogen werden kann. Die radioaktiven Stoff müssen weiterhin so eingelagert werden, daß eine Rückholung technisch problemlos möglich ist. Eine Deponierung auf einem großen Haufen in den Kavernen oder durch ungeordnetes Abkippen ist auf jeden Fall zu vermeiden.
Nachfolgende Generationen werden es uns unter Umständen danken.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 5360 0

Ident.-Nr.: 598

Aufgrund von Art. 4 und 5 GG herrscht in der Bundesrepublik Meinungspluralismus. Nach ihm gibt es nur unterschiedliche, aber nicht richtige und falsche Ansichten. Dies bedeutet auch, daß sich jede Ansicht als falsch herausstellen kann und demzufolge korrigierbar sein muß. Bei einer nicht rückholbaren Einlagerung ist dies nicht gewährleistet. Auch bei einer rückholbaren Einlagerung würde eine Korrektur erst erfolgen, wenn bereits gravierende Folgen aufgetreten sind, die nicht mehr rückgängig zu machen sind. Demzufolge sehe ich einen wesentlichen Grundsatz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gefährdet.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8291 0

Ident.-Nr.: 753

Die Einlagerung nicht rückholbar durchgeführt werden soll. Dies ist eine nach uns die Sinflut-Mentalität, die wir unseren Nachkommen nicht zumuten dürfen. Solch einer unrationellen, egoistischen und wirtschaftlichen Denkweise darf nicht nachgegeben werden. Deshalb keine Einlagerung in SCHACHT KONRAD.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8291

Ident.-Nr.: 825

Sollten sich in späteren Jahren Irrtümer aufzeigen, z.B. bezüglich des geologischen Verhaltens des Schachts oder der Gefahrenabschätzung des Mülls selbst, ist eine Rückholbarkeit unmöglich. Dies ist nicht zu verantworten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Ident.-Nr.: 854

c) Die Endlagerung zu dem jetzigen Zeitpunkt erschwert bzw. verhindert der Nachwelt mit den dann wahrscheinlich besseren technischen Möglichkeiten eine gefahrlosere Entsorgung des radioaktiven Abfalls.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3000 8291 8290

Ident.-Nr.: 959

Im Gegensatz zu allen anderen Industrieansiedlungen, welche naturgemäß auch Schadstoffe abgeben und letztendlich bei einer Gefährdung der Gesundheit als Ursache der Schädigung herangezogen werden können, besteht bei SCHACHT KONRAD die einzigartige Ausnahme, daß eine Abschaltung nicht möglich sein wird nach dem jetzigen Plan. Ein solches Vorgehen halte ich für unbegründbar und nicht unvollziehbar. (Als Beispiel mag hier Asbest herhalten, welches lange benutzt wurde, welches überall saniert wird unter hohen Kosten, aber immerhin saniert werden kann - auch hier wurde eine krebsige Entartung nach Exposition erst zig-Jahre nach dem Boom des Verbrauches festgestellt, die Reaktionen darauf waren zunächst zögerlich und laufen jetzt auf Hochtouren. Sollte sich solches auch für die Niedrigstrahlung herausstellen (und neue Erkenntnisse sprechen dafür), wäre jedoch jede Abhilfe zu spät, da die Endlagerung eben nicht reversibel ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2200 8291 2500

Ident.-Nr.: 979

Die Einlagerung des Atommülls würde im SCHACHT KONRAD so erfolgen, daß dieser nicht rückholbar wäre. Bei einer Beschädigung der Behälter oder anderen Störfällen (Veränderung des Schachtes durch Einstürze oder Erdverschiebungen) birgt diese Tatsache ein erhebliches Risiko, nicht nur für diese, auch für alle nachfolgenden Generationen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8291

Ident.-Nr.: 989

Nach den Planfeststellungsunterlagen dürfen keine Abfälle aus dem Ausland eingelagert werden. Wie soll dies kontrolliert werden, um ggf. auch kriminelle Machenschaften zu entdecken, wegen Trans-Nuklear? Und was geschieht, falls doch Atommüll aus dem Ausland eingelagert wird? Ist dieser Atommüll rückholbar?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 5310 8291 0

Ident.-Nr.: 992

Wir dürfen strahlende und toxische Abfälle nicht irreversibel end lagern, da wir so der Nachwelt die Möglichkeit nehmen diese Gefahr mit zukünftigen Techniken abzubauen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Ident.-Nr.: 1182

Für die nachfolgenden Generationen tragen wir eine Verantwortung. Wenn man sich vorstellt, daß die Fäßer mit radioaktiven Inhalt nicht rückholbar einglagert werden, fragt man sich ob es keine bessere Möglichkeit gibt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 8291 0

Ident.-Nr.: 1456

Die Abfälle sollen nicht rückholbar eingelagert, die noch verbliebenen Hohlräume verfüllt werden. Damit ist eine weitere Kontrolle der im Endlager ablaufenden geologischen, physikalische, chemischen und radiologischen Vorgänge unmöglich, ebenso das Eingreifen falls wider Erwarten doch noch Radiounklide entweichen sollten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 2730 0

Ident.-Nr.: 1489

Die Form der geplanten Endlagerung ist so vorgesehen, daß eine Rückholbarkeit künftig ausgeschlossen ist, selbst wenn dies zwingend notwendig werden würde.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Ident.-Nr.: 1559

Meine Bedenken, die darauf abzielen, Schaden an Gesundheit meiner Familie, der Natur und meinem Eigentum abzuwenden, möchte ich wie folgt begründen:
Es erfolgt Endlagerung, d.h. bei späteren Erkenntnissen sind die ge-

Texte zum Sachgebiet Nr. 8291

lagerten Abfälle unwiederbringlich gelagert.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 8291 0

Ident.-Nr.: 1715

Niemand weiß, vor welcher Situation unsere Nachfahren in zweihundert Jahren stehen werden. Der Müll, den wir ihnen hinterlassen, strahlt dann aber noch immer und ist unberechenbar. Darum darf er niemals so gelagert werden, daß er - wie dies jetzt geplant ist - nicht wieder rückholbar ist. Er muß vielmehr so eingelagert werden, daß man in kommenden Jahrzehnten die Möglichkeit hat, ihn an einen sicheren Ort zu transportieren oder auf eine heute noch nicht bekannte Weise zu behandeln.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Ident.-Nr.: 1810

Ich finde es unverantwortlich, Statistiken für z.B. Sicherheitsberichte anzuwenden, die sich auf 50 Jahre Erfahrung stützen, wenn es sich um Stoffe handelt, die in Jahrhunderten noch gefährlich sein werden. Die nicht rückholbare Einlagerung von Atommüll kann sich als Verbrechen gegen nachfolgende Generationen entpuppen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3190 8291 0

Ident.-Nr.: 1814

Der heutige Stand von Forschung und Technik zur Endlagerproblematik ist in den letzten zwanzig, bestenfalls dreißig Jahren entwickelt worden. Es ist zu hoffen, daß er in den nächsten vierzig bis fünfzig Jahren wesentlich verbessert wird. Es ist kaum zu vermeiden, daß er weiterentwickelt wird. Daher ist es unverantwortlich, nach heutigem Stand nicht rückholbar einzulagern. Neue Entwicklungen und Erkenntnisse zur Technik und Sicherheit im Zusammenhang mit Einlagerungen lassen sich dann später nicht mehr berücksichtigen!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Ident.-Nr.: 1835

Die geplante Einlagerungspraxis mit dem Stichwort "nicht rückholbar" gefährdet das Trinkwasserpotential für folgende Generationen in nicht überschaubarem Aausmaß

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 4200 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8291

Ident.-Nr.: 1895

Ein Atommüllendlager müßte sicherstellen, daß die radioaktive Strahlung für die gesamte Zeit in der der eingelagerte Müll radioaktiv strahlt von allem Leben und von der gesamten Biosphäre ferngehalten wird. Bei den Halbwertszeiten der einzulagernden Elemente von einigen zehn- oder einhunderttausend Jahren kann nicht sichergestellt werden, ob ein unterirdisches Endlager diesen Anforderungen erfüllt. Besonders eine nicht rückholbare Form der Einlagerung halten wir bei diesem brisanten Material nicht für vertretbar. Bei einem evtl. auftretenden Störfall oder jetzt noch nicht vorhersehbaren Ereignissen oder Entwicklungen in der Schachtanlage kann das eingelagerte Material nicht wieder aus oder umgelagert werden.
Auch unter moralischen Aspekten kann man ein solches Endlager, dessen Inhalt nicht rückholbar ist, den nachfolgenden Generationen nicht zurücklassen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3000 8291 8400

Ident.-Nr.: 1911

Die Möglichkeit, nach Abschluß des Betriebes des atomaren Endlagers SCHACHT KONRAD nachträglich entdeckte Fehler zu korrigieren, ist nicht gegeben.
Aus der Beschreibung des Betriebsabschlusses geht hervor, daß es später nicht mehr möglich sein wird, ohne extem großen Aufwand an die endgelagerten Abfälle heranzukommen. Dadurch wird ausgeschlossen, während der Betriebszeit gemachte Fehler, die eventuell erst Jahrzehnte oder Jahrhunderte später entdeckt werden, wieder zu korrigieren. Die Vorstellung, hundertprozentig ohne Fehler arbeiten zu können, ist nicht realistisch. Unsere Nachkommen würden vor Tatsachen gestellt, die sie als unveränderbare Fakten hinzunehmen hätten, ohne in der Lage zu sein, Gegenmaßnahmen zu treffen.
Außerdem kann der radioaktive Abfall während seiner Lagerzeit nicht direkt kontrolliert werden. Unvorhersehbare Ereignisse, die zum Austreten von radioaktiven Teilchen aus ihren Gebinden führen könnten, würden erst dann bemerkt werden, wenn diese an der Oberfläche meßbar wären. Für einzuleitende Gegenmanahmen wäre es dann unter Unständen zu spät.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 5400 8291 0

Ident.-Nr.: 2541

Ich sehe die Langzeitsicherheit, durch Wassereinbrüche, Erdbeben, Kriege, große Gesteinseinbrüche im Grubengelände und terroristische Anschläge nicht gewährleistet und kann deshalb aus moralischen und religiösen Gründen nicht vertreten, der Nachwelt (die vielleicht einmal die Möglichkeit hat sichere Endlager zu bauen) ein solch unsicheres Endlager zu hinterlassen, bei dem es keine Rückholmöglichkeit des Atommülls mehr gibt.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8291

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3200 2620 8291

Ident.-Nr.: 3092

Die geplante Nichtrückholbarkeit des eingelagerten Atommülls ist wissenschaftlich umstritten und wird deshalb von uns abgelehnt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Ident.-Nr.: 3102

Die Rückholbarkeit der radioaktiven Stoffe ist nicht gegeben, damit ist der Schacht gegenüber Klimaveränderungen, insbesondere der Veränderung des Meeresspiegels, nicht zu sichern.
Auch neue Erkenntnisse über notwendige Behandlung oder mögliche Beseitigung radioaktiver Abfälle können nach Einlagerung nicht mehr zur Anwendung gebracht werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Ident.-Nr.: 3132

Ferner ist die Rückholbarkeit der Abfälle nicht möglich. Dies wäre jedoch dringend erforderlich, um neueren Erkenntnissen Rechnung tragen zu können und um eventuellen Katastrophen ausweichen oder ihre Folgen zumindest abmildern zu können. So ist etwa in den U.S.A. der Atommüll über einen längeren Zeitraum stets rückholbar und neuere Studien zeigen deutlich, daß dies aus Sicherheitsgründen erforderlich ist. In der mangelnden Rückholbarkeit liegt eine weitere große Gefährdung der Umwelt durch die geplante Anlage. Vermutlich stehen auch hier, wie so häufig, finanzielle Interessen im Hintergrund. Da diesen der wirksame Schutz der Umwelt jedoch vorgehen sollte, ist das Endlager auch wegen erheblicher Mängel hinsichtlich der Langzeitsicherheit nicht genehmigungsfähig.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 3000 3200

Ident.-Nr.: 3154

Weiterhin wird es nicht möglich sein, die eingelagerten Fässer jemals zurückzuholen. Dies könnte aber notwendig werden, wenn ein Stör- oder Katastrophenfall auftritt, Ich hoffe auch sehr, daß irgendwann in der Zukunft unsere Nachfahren ein wirklich sicheres

oder zumindest besseres Verfahren zur Endsorgung von Atommüll entwikkeln. Gerade dann wäre eine Rückholmöglichkeit wichtig.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3110 3210 8291

Ident.-Nr.: 3224

Wenn andere Argumente gegen das geplante Atommüllendlager Schacht Konrad nicht greifen sollten, argumentieren wir hilfsweise zumindest für eine rückholbare Einlagerung, die es ermöglicht bei neuem Wissenstand über den Umgang mit radioaktivem Material neue Verfahrensweisen auch auf das bereits Eingelagerte anzuwenden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Ident.-Nr.: 3233

Wir meinen,
- daß der Atommüll nicht-rückholbar eingelagert werden soll, läßt auch keine Hoffnung zu, daß künftige wissenschaftliche Erkenntnisse und andere technische Möglichkeiten noch jemals genutzt werden könnten.

Dies erscheint uns ähnlich verantwortungslos, wie seinerzeit überhaupt die Atomindustrie so voranzutreiben, ohne zu wissen, was mit dem dabei anfallenden Müll geschehen soll.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Ident.-Nr.: 4462

Der Plan verfolgt die nicht rückholbare Einlagerung radioaktiver Abfälle. Dieses Konzept ist gescheitert, wie die sogenannten "Blähfässer" in der Asse und im Zwischenlager Gorleben bewiesen haben. Schadenbehebung einmal vebrachzer Gebinde ist nicht möglich, ebensowenig wie eine Nachbesserung nach dem neuesten Stand der Wissenschaft und Technik.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Ident.-Nr.: 4604

Die Endlagerung der radioaktiven Stoffe würde unwiderbringlich erfolgen, eine verbesserte Beseitigung oder Vernichtung durch neue Technologien wäre damit ausgeschlossen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8291

Ident.-Nr.: 4633

Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang ebenfalls, daß die eingelagerten atomaren Abfälle über Jahrtausende ein Gefährenpotential darstellen und nicht beabsichtigt ist, diese rückholbar einzulagern. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse, die zukünftig, über die Einlagerung derartiger Abfälle erworben werden, können für die bereits eingelagerten Abfälle infolgedessen nicht berücksichtigt werden. Ich muß im Zusammenhang mit der extrem langen schädlichen Wirkung des einzulagernden radioaktiven Abfalls hier auch die Interessen meiner Nachkommen mit berücksichtigen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3150 4200 8291

Ident.-Nr.: 5017

Was immer wieder eine gewisse Hilfslosigkeit des Antragstellers unterstreicht - ein Sicherheitsrisiko für sich genommen - sind die sicherheitsrelevanten Anwendungen von Vorschriften für kerntechnische Anlagen, die im Gegensatz zum Endlager abschaltbar und nur auf Zeit errichtet sind, während das Endlager nicht rückholbar ist und nicht vorstellbare Zeiten lang besteht und z. B. Grundwasser ständig kontaminiert.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3000 8291 0

Ident.-Nr.: 5025

In Technik, Politik und Gesetzgebung entwickelt sich die Kenntnis und das Bewußtsein hinsichtlich des erforderlichen Sicherheitsstandards solcher Anlagen immer weiter. Bei einer irreversiblen Einlagerung von Atommüll (Verfüllen) verbaut man sich die Möglichkeit für die Zukunft, Fehler, die man in der Zukunft erkennen wird, zu korrigieren.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Ident.-Nr.: 5026

Die wissenschaftlich-technischen Anforderungen an jede moderne Sondermülldeponie lauten: Eine Deponie ist ein Industriebauwerk, das zugänglich sein muß, jederzeit kontrollierbar und reparierbar! Eine Atommüllendlagerung müßte diesen Standard noch übertreffen; in Schacht Konrad wird keines dieser drei Grundkriterien eingehalten, sondern in sein Gegenteil verkehrt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8291

Ident.-Nr.: 5516

Schacht Konrad stellt ein Endlager dar und durch die Einlagerungsform wird keine Möglichkeit offen gelassen, die Fässer eventuell später wieder unbeschädigt herauszuholen, falls dann die Möglichkeit einer sicheren Entsorgung besteht. Ich halte es für ziemlich überheblich, unseren Kindern und Kindeskindern ein solches Problem, daß auf 10000 Jahre im voraus geplant ist, mit in die Wiege zu leben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Ident.-Nr.: 5517

Das unkontrollierte und nicht zurückgewinnbare Einlagern bzw. Zuschütten verhindert ein späteres Recycling, Aufarbeitung etc. mit neuen Technologien und birgt die Gefahr des unkontrollierbaren Zusammenwirkens von Stoffen (Analogie: Müllkippen, Diosin). Vielmehr muß eine kontrollierbare Einlagerung erfolgen, die jederzeit einen sofortigen Zugriff auf alle eingelagerten Stoffe ermöglicht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 5230 0

Ident.-Nr.: 5595

Die eingelagerten Fässer bzw. Stoffe müssen nicht gekennzeichnet werden, dadurch ist ein Zurückholen der Fässer bzw. Stoffe und rasches Handeln der Sicherheitskräfte (Betriebsfeuerwehr)bei Gefährdung nicht möglich.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 5310 8291 0

Ident.-Nr.: 5606

Die nicht rückholbare Einlagerung in "Schacht Konrad" verstößt in gewissem Sinn gegen den demokratischen Gedanken unseres Systems. Es werden scheindemokratische Beschlüsse gefaßt, welche kommende Generationen in ihrem Handeln unwiederruflich festlegen. So wird für sie entschieden, ohne sie gefragt zu haben. Jedoch die Folgen der Einlagerung müssen sie tragen.
Darum fordere ich alle Beteiligten in dieser Sache auf, die Atommüllawine nicht als Sachzwang anzusehen, den es unbedingt zu erfüllen gilt. Die Lösung kann nur so sein, daß erst, wenn alle AKWs und sonstige kerntechnischen Anlagen stillgelegt sind, gemeinsam über eine sinnvolle und auch für kommende Generationen akzeptable Lösung verhandelt wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 8100 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8291

Ident.-Nr.: 5667

Sollte tatsächlich ein sicherer Ort zur Endlagerung des atomaren Mülls gefunden werden, können die Fässer aus Schacht Konrad dort nicht eingebracht werden, da sie im Schacht Konrad nicht rückholbar deponiert werden sollen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Ident.-Nr.: 5798

Der Atommüll soll nicht rückholbar eingelagert werden, aber in Stahlbeto behältern, welche eine Lebenserwartung von ca. 100 Jahren haben.
Danach zerfallen diese, und eine höhere Ermittierung von Radioaktivität ist zu erwarten. Um dieses zu verhindern müßte der radioaktive Müll in e regelmäßigen Turnus umgefüllt werden, was die Gefahr eines radiologische Unfalls auf ein unerträgliches Maß ansteigen läßt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 5260 0

Ident.-Nr.: 5848

Ich wende ein, daß diese Anlage dazu dient, die Nutzung der Atomenergie zu rechtfertigen. Diese faktische Verquickung widerstrebt meinem Demokrativerständnis, denn es muß möglich sein, sich getrennt gegen das eine oder das andere aussprechen zu können. Ich lehne die militärische und die friedliche "Nutzung" der Atomenergie ab. Andererseits erkenne ich das Problem der relativ sicheren Lagerung des vorhandenen radioaktiven Abfalls an, wofür ich jedoch die unrückholbare Endlagerung für ungeeignet halte.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8200 8291

Ident.-Nr.: 5916

Was tun wir, wenn es zu einem Zeitpunkt X einmal möglich sein sollte, den heute eingelagerten Atommüll unschädlich zu beseitigen als wir es heute wissen?
Wenn nach den heute vorliegenden Plänen verfahren wird, ist dann der Schacht bis oben hin voll mit nicht rückholbaren Containern, die nicht mehr nachgebessert werden können, die ein für alle mal "endgelagert" sind.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Ident.-Nr.: 6260

Ich empfinde es als unverantwortlich und wider jede Logik, daß z.T. hunderttausende von Jahren strahlender Atommüll wie z.B. Plutonium nicht rückholbar im Schacht Konrad untergebracht werden soll. Dies ist m. E. insbesondere unverantwortlich gegenüber unseren Kindern und nachfolgenden Generationen. Außerdem kann dadurch nichts mehr an

Texte zum Sachgebiet Nr. 8291

der Endlagerung geändert werden, z.B. wenn sich in Forschung neue Erkenntnisse in Bezug auf Atommüll ergeben oder eine Erfindung gemacht wird, die Atommüll gänzlich ohne Risiko beseitigen könnte. Ich empfinde deshalb die Nichtrückholbarkeit als völlig naiv. Es ist m.E. zu einfach nur zu sagen : Nach dem derzeitigen Stand der Technik wäre diese Art der Einlagerung am optimalsten und ungefährlichsten!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 8400 0

Ident.-Nr.: 6283

Es sollte die Möglichkeit zur Rückholung des eingelagerten Materials offen bleiben, u. a. weil bisher keine praktischen Erfahrungen mit der Langzeitlagerung solcher Abfälle in stillgelegten Erzbergwerken vorliegen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Ident.-Nr.: 6305

Zur Zeit entwickeln sich gerade im Bereich Abfallvermeidung, Abfallentsorgung, Abfallverminderung immer neue Technologien.
- Nur durch den Ausstieg aus dem Atomprogramm ist Atommüll zu vermeiden und auf unerläßliches zu reduzieren.
- Andererseits ist durch das nicht wiederholbare Einbringen des Atommülls in eine Schachtanlage und der Verschluß der Anlage ein evtl. recycling in späteren Jahren unmöglich. Auch ein Nachrüsten der Anlage ist während der Betriebsphase und danach nicht möglich.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8291 8300

Ident.-Nr.: 6325

Eine rückholbare Einlagerung ist aus wohl finanziellen Gründen nicht vorgesehen. Damit sind verbesserte Techniken später nicht nachträglich anwendbar.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Ident.-Nr.: 7432

Das Projekt enthält zwei wichtige Annahmen, die u. E. grundsätzlich bereits die Gewährleistung der Sicherheit in Frage stellen: 1. Die Nichtrückholbarkeit des Atommülls schließt aus, daß im Falle unvorhersehbarer Störfälle diese auf einem höheren Stand der Technik behoben werden oder daß neueste Erkenntnisse bei der Endlagerung berücksichtigt werden. 2. Eine lückenlose Kontrolle des anfallenden Einlagerungsgutes (nicht nur der Papiere) am Entstehungsort und am Einlagerungsort ist nicht vorgesehen; Mißbrauch und Gefährdung können damit nicht ausgeschlossen werden.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8291

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 5310 0

Ident.-Nr.: 7493

Die vorgesehenden Abfälle sollen unrückholbar eingelagert werden. Dieses ist in Anbetracht der widersprüchlichen Gutachteraussagen, der fehlenden Erfahrung einer Langzeitlagerung und der Erstmaligkeit der Einlagerung in Eisenerz ein unbegreiflich gewissenloses Vorhaben. Bei einer eventuellen Einlagerung müßte die Rückholbarkeit nicht nur vorgesehen, sondern dieses trotz noch so hoher Kosten auch praktisch laufen geübt werden .
Bei der bestehenden Ungewißheit und der gebotenen Sorgfaltspflich späterer Generationen gegenüber müssen diese Kosten aufgebracht werden. Sie sind den Entstehungskosten von Atomstrom anzurechnen. Auch hier zeigt sich die Gefährlichkeit nur eines einzigen Einlagerungsstandortes. Beim Eintreten von unvorhergesehenen Gefahren, z.B geologischen Ursprungs, bestünde nicht die Möglichkeit, das Lagergut zurückzuholen und in für solche Fälle freigehaltenen Kapazitäten anderer Standorte einzulagern, und sei es auch nur zwischenzeitlich.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Ident.-Nr.: 9010

Von Anfang der "Versuchseinlagerung" in Asse II an ist auf Rückholbarheit der eingelagerten Behälter verzichtet worden. Viele der seitdem eingelagerten Fässer sind bereits demoliert bzw. undicht, und der Eintritt radioaktiver Stoffe ins Grubenwasser ist bereits an einigen Stellen geschehen.

Diese Ereignisse sind bei einer Einlagerung radioaktiver Stoffe in Schacht Konrad gleichfalls nicht auszuschließen. Zwar ist dann ein Eintritt von Radionukliden in Giffhorner Grundwasserströme erst in größeren Zeiträumen zu befürchten, jedoch ist bereits die Übernahme eines solchen Risikos kategorisch abzulehnen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 4200 0

Ident.-Nr.: 9304

Ein weiterer Punkt wäre, welche Maßnahmen ergriffen werden können, wenn der Schacht wirklich einstürzt, oder die Fässer durch die Jahrzehnte hindurch brüchig geworden sind. Ist es dann noch möglich zu verhindern, daß Radioaktivität austritt, bzw. garantiert das ohne Freisetzung von Radioaktivität die Fässer herausgeholt werden können und neu verpackt. Wohl kaum!

Texte zum Sachgebiet Nr. 8291

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8291 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8292

Ident.-Nr.: 454

Ziel jeder Lagerung von radioaktiven Abfällen soll sein, die belebte Natur vor möglichen Schäden zu bewahren.
Der Verursacher Mensch ist aber nur in der Lage, Verantwortung für seine Generation und für die Generation seiner Kinder, allenfalls seiner Enkelkinder, zu übernehmen.
Die Einlagerung von wärmeentwickelnden Radionukliden erfordert dagegen Zeiträume intensiver Beobachtung, die sich kein Mensch realistisch vorstellen kann. Es ist davon auszugehen, daß Planstellen für die Beobachtung von "SCHACHT KONRAD" in tausend Jahren nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Bei einer fehlerhaften Einlagerung wird beispielsweise in zweihundert Jahren eine Rückführung der Stoffe zwecks Schadensbegrenzung praktisch unmöglich sein. Besondere Unwägbarkeiten bezüglich der langfristigen Kontrolle des Atommüllendlagers resultieren darüber hinaus aus der Wirtschaftskraft des zukünftigen Gemeinwesens.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8204 8292 0

Ident.-Nr.: 808

Außerdem halte ich es für unverantwortlich, den Atommüll endzulagern. Was passiert, wenn sich in einigen Jahren oder Jahrzehnten herausstellt, daß der SCHACHT KONRAD doch nicht so sicher ist wie angenommen.
Oder vielleicht hat die Wissenschaft in einigen Jahrzehnten eine viel bessere und sichere Lösung für Atommüll gefunden; dann kann keiner mehr an den eingelagerten Atommüll heran und wir müssen auf der Zeitbombe sitzen bleiben, denn die Langzeitsicherheit für tausende von Jahren ist in SCHACHT KONRAD nicht erwiesen und kann von niemandem garantiert werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3000 8200 8292

Ident.-Nr.: 3130

Es ist meines Erachtens nach nicht möglich, daß die Information über ein Atommüll-Endlager Schacht Konrad mit seinem gefährlichen Inhalt über einen längeren Zeitraum nachfolgenden Generationen übermittelt werden kann. (Wir kennen heute z.B. noch nicht alle Altlasten aus dem 2. Weltkrieg; inzwischen ist etwa der Zeitraum einer Generation vergangen).

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3000 8292 2730

Texte zum Sachgebiet Nr. 8292

Ident.-Nr.: 3169

Die Erklärung der PTB, daß ein auf 10.000 Jahre ausgelegter "Sicherheitsnachweis" genüge, führe ich auf einen grob fahrlässigen Versuch der Atomindusrie zurück, dem ständig steigenden Entsorgungsdruck Herr zu werden. Von der Unbestimmbarkeit natürlicher Vorgänge abgesehen, ist der von der PTB vorgeschlagene Zeitraum des Sicherheitsnachweises nicht akzeptabel.
Heute kann niemand garantieren, daß die Informationen über den nicht rückholbaren Inhalt des Endlagers über 100.000 Jahre eindeutig und unlöschbar weitergegeben werden, also solange, bis der strahlende Müll in seiner Gefährlichkeit mit Hausmüll zu vergleichen ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8292 3110 0

Ident.-Nr.: 3228

Es ist von keinem Menschen zu gewährleisten, daß Atommüll für tausende von Jahren sicher gelagert werden kann. Ein durchschnittliches Menschenleben mag vielleicht 80 Jahre währen, ein Zeitraum von zehntausend Jahren, das der Sicherheitsanalyse der PTB zugrunde gelegt wird, ist für uns Menschen völlig abstrakt, nicht übersehbar, die Entwicklungen in diesem Zeitraum sind nicht zu berechnen.
Geht man diesen Zeitraum in die andere Richtung, sehen wir uns im Jahr 8.000 vor Christus. Wenn die Kenntnisse der Nachfolgegeneration über unsere Zeit im Jahr 12.000 vielleicht auch größer sein mögen als unser Wissen vom Jahr 8.000 v. Chr., so ist doch noch lange nicht gesichert, daß die von Schacht Konrad ausgehende Gefahr auch dann noch bekannt ist.
Im Jahr 1923 öffnete der britische Archäologe Howard Caster das Grab des Tut-ench-Amun. Die Erbauer der Grabkammern hatten ein Informationssystem geschaffen, daß sie sogar auf die Wände des Bauwerks aufgebracht hatten: Die Hieroglyphen, die Schrift der Ägypter vor ca. 3000 bis 5000 Jahren, wurden erst 1822 von Francois Champollion entziffert.
Kein Mensch kann gewährleisten, daß die Archäologen der Zukunft unsere heutigen Informations- und Kommunikationsmethoden entziffern und verstehen können, die sie vor der radioaktiven Gefahr warnen sollen.
Die Archäologen, die das Grab des Pharaos öffneten, Starben auf mysteriöse Weise. Der "Fluch der Pharaonen" entpuppte sich später als Pilzinfektion. Die Erbauer der Grabkammern hatten die Räume mit Pilzen geimpft, um Grabräuber ihrer "gerechten Strafe", dem Tod, zuzuführen.
Der Tod der Forscher hätte vielleicht vermieden werden können, wenn Informationen über diese Gefahr vorgelegen hätten.
Wenn unsere Nachkommen in Kenntnis der Gefahr keine Pyramiden und Sarkophage sondern Schacht Konrad und radioaktiven Müll entdecken und ans Tageslicht bringen, ist nicht nur eine kleine Expedition von Archäologen gefährdet.
"Schacht Konrad" würde eine moderne Büchse der Pandora. Sowie einst in der Legende Pandoras Mann Epimetheus aus Neugier die Büchse öffnete, werden unsere Nachkommen vielleicht - von Forschergeist getrieben - Schacht Konrad öffnen. Und ganz so wie das "Übel" in der Büchse wird die dadurch freigesetzte Radioaktivität

alle Menschen betreffen, die dort leben, sie wird ihre Umwelt verseuchen und das Leben dort erschweren oder unmöglich machen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3000 8292 3360

Ident.-Nr.: 5848

Ich wende ein, daß der sichere Abschluß des radioaktiven Abfalls, selbst bei technischer angenommener Machbarkeit, wegen der Natur des Menschen nicht zu gewährleisten ist.
Der Mensch ist neugierig, besonders wenn es verbotene oder tabuisierte Bereiche betrifft. Die notwendige Warnung vor dem Atommüll könnte so gerade das Gegenteil bewirken. Man müßte trotzdem die Warnung vor der Endlagerstätte SCHACHT KONRAD über Hunderte von Generationen sicherstellen. Das ist mit der Sprache nicht zu gewährleisten. Daher müßte eine Religion mit wissenden "Hohepriestern" des Atommülls neu geschaffen werden. Gesellschaftsordnungen müßten sich danach ausrichten, die Information über die Lagerung von Atommüll im Schacht Konrad zu erhalten. Religionen und Gesellschaftsordnungen würden von den unveränderbaren Halbwertszeiten unseres radioaktiven Abfalls geprägt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8292 3360 2730

Ident.-Nr.: 7483

Mit dem Vorhaben, den Atommüll nicht rückholbar einzulagern, wird folgenden Generationen eine Korrektur unseres Fehlverhaltens genommen. Ich fordere auch, daß spätere Generationen die Kunde von der Gefährlichkeit des gelagerten Strahlenmaterials in verständlicher Art übermittelt wird. Überlegungen für solch eine Informationssicherung für die Nachwelt vermisse ich in dem ausgelegten Plan.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8292 2730 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8293

Ident.-Nr.: 295

Ein Atommüllendlager, welches nach den derzeit geltenden gesetzlichen Vorschriften Radioaktivität unendlich lange von der Atmosphäre fernhält und fernhalten muß, kann nach dem derzeitigen Erkenntnisstand von Wissenschaft und Technik nicht geschaffen werden. Von daher ist die Einrichtung eines Endlagers eine unverantwortliche Hypothek und Gefährdung für die nachfolgenden Generationen, für das zukünftige Leben schlechthin.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 2600 8293

Ident.-Nr.: 403

Dies würde bedeuten, das ein solches Vorhaben noch jahrzehntelange Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in Anspruch nehmen wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3110 8293 0

Ident.-Nr.: 403

Keine Forschung, keine Erfindung, keine neuen Erkenntnisse z.B. in Bezug auf andere Entsorgungsformen, können sich je mit dem Inhalt von SCHACHT KONRAD befassen.
Die vorzeitige, einseitige Festlegung auf einen Standort läßt jede wissenschaftliche Umsicht und Vielfalt vermissen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8293 0 0

Ident.-Nr.: 1893

Warum wird nicht endlich mal die Forschung nach einer menschen- und umweltverträglicheren Entsorgung des Atommülls unterstützt?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8230 8293 0

Ident.-Nr.: 2543

-Ich befürchte, daß die Entscheidung das Atomrückständelager SCHACHT KONRAD nach Ende der Einlagerung von der Biosphäre abzuschließen total falsch ist; da ich meine, daß die wissenschaftliche Forschung in einigen Jahrzehnten in der Lage sein wird, verstrahlte Materialien wieder zu neutralisieren, dann der Zugang aber verbaut ist!
-Ich bin davon überzeugt, daß sowohl die USA oder andere Staaten, die sich mit der Nutzung der Atomenergie wesentlich länger beschäftigen als die BRD, schon längst ein Endlager hätten! Sind unsere deutschen Experten wieder einmal die einzig allein "Könnenden und Wissenden"!? Oder gibt es neben diesen "alles Beherrschenden" noch die Möglichkeit, daß mit Atommüll ein riesiges Geschäft zu machen ist?! Der Gedanke an diesen Umstand bestärkt mich in meiner Auffassung, daß sich hier einmal wieder eine kleine Minderheit auf Kosten von Leib und Leben von Hunderttausenden einen Vorteil verschaffen möchte.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8293

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8293 0 0

Ident.-Nr.: 3170

Weil erhebliche Beeinträchtigungen für die Allgemeinheit dieser Region, der auch ich und meine Familie angehören, in ihren unveräußerlichen Rechten zu erkennen sind, liegen meines Erachtens die Voraussetzungen für die Genehmigung des Endlagers nicht vor.
Sollte es zu einer Lagerung kommen, ist eine spätere Korrektur nicht mehr möglich. So komme ich zu dem Schluß, daß das Problem der Entsorgung gegenwärtig unlösbar ist. Es darf nicht sein, daß unter Zeitdruck eine so wichtige Frage entschieden wird. Es bedarf noch weiterer Forschung, die am wenigsten schädliche Methode zu finden. Das sog. "Restrisiko" ist nicht vertretbar. Es ist auch neben allen technischen Fragen mehr eine Frage des Gewissens. Hat der Gesetzgeber die mit der Endlagerung verbundenen raumordnerischen, strahlenbiologischen und ethischen Probleme abschließend bedacht? Es geht nicht um technische Probleme sondern um Menschen aus Fleisch und Blut.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2600 8404 8293

Ident.-Nr.: 3213

Ich halte es für eine ausgesprochene Arroganz der Wissenschaft/Wissenschaftler der Einlagerung und völlige Zubetonierung des vorhandenen Atommülls für die absolute und für alle Zeiten sichere Methode zu halten. Nach meiner Ansicht müßte der im Moment bereits vorhandene Atommüll so gelagert werden, daß nachfolgende Generationen, die eventuell technisch/wissenschaftlich andere, bessere Möglichkeiten als wir heute haben, den Atommüll an einen anderen, sichereren Ort zu transportieren oder ihn neu aufzuarbeiten. Ansonsten sollte eher daran gearbeitet werden, keinen neuen Atommüll zu erzeugen!!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8293 0 0

Ident.-Nr.: 3250

Mit der weiteren Entwicklung der Abfallverwertungs- und Abfallentsorgungstechnologien ist zu erwarten, daß das Konzept der nicht rückholbar gelagerten Atommüllabfälle in absehbarer zeit nicht mehr Stand der Technik ist. Ein Rückholen endgültig eingelagerter Atommüllabfälle zur weiteren Verwertung ist später nicht mehr möglich.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8293 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8293

Ident.-Nr.: 5411

Gutachten und Expertenmeinungen mögen etwas für sich haben, doch im Falle der Atommüllendsorgung ist das ganze Wissen und Können der besten und wirklichen Fachleute gefragt, die nach bestem Wissen und Gewissen handeln!
Leider wurde das Gewissen vieler Experten in der Vergangenheit arg strapaziert, weil es doch immer wieder schwerfällt, zugeben zu müssen, daß man sich geirrt hat. Verantwortung tragen ist eben nicht leicht, schon gar nicht, wenn persönlich dafür gehaftet werden muß. Meine Bedenken sind, daß mit noch soviel Gutachten und Prüfungen die Gefahren nicht gebannt werden können, die möglicherweise auf uns zukommen werden und daher lehnen wir die Inbetriebnahme eines Atommüllendlagers in SCHACHT KONRAD entschieden ab!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8900 8293 0

Ident.-Nr.: 5438

Ich glaube keinem Experten und auch keinem Wissenschaftler, der mir versichert, daß ein Atommüllendlager sicher ist. So eine Einrichtung in einem so dicht besiedelten Landesteil einzurichten entbehrt jeglicher Vernunft. Es gibt nirgendwo hundertprozentige Sicherheit, auch nicht bei lang erprobten Einrichtungen und im geplanten Atommüllendlager SCHACHT KONRAD ist bisher nichts erprobt. Die Langzeitsicherheit ist nicht gewährleistet, denn endgelagerte Atommüllfässer können nicht wieder zurück geholt werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1200 3000 8293

Ident.-Nr.: 5564

Das Problem der Atommülleinlagerung ist wissenschaftlich nich nicht abschließend erforscht. Es ist denkbar, daß das endgültige Ergebnis eine Langzeitlagerung in Schacht Konrad ausschließt. Bei entsprechenden neuen Erkenntnissen ist die Rückholbarkeit nicht gesichert und zwangsweise vorgeschrieben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8293 0 0

Ident.-Nr.: 5666

Ich wende mich aber besonders gegen die Endgültigkeit einer Einlagerung zu einem Zeitpunkt, der hoffen läßt, daß in wenigen Jahren durch Forschung andere Lösungen möglich werden

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8293 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8293

Ident.-Nr.: 5677

Die zur Zeit sich rapide entwickelnden Abfallverwertungs-, Abfallentsorgungs- und -vermeidungstechnologien lassen erwarten, daß das vorgelegte Konzept nicht rückholbar endgelagerter Abfälle in absehbarer Zeit nicht mehr dem Stand der Technik entsprechen wird. Eine Nachrüstung der Anlage während der Betriebsphase, oder eine Neukonstruktion des Endlagers ist für endgültig eingelagerte Abfälle jedoch nicht mehr möglich.
Nach der Endlgaerung der Abfallgebinde ist keinerlei Kontrolle mehr möglich. Dies ist aber hinsichtlich der Erfahrungen mit Atommüllgebinden (Blähfässer etc.) dringend erforderlich.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8293 0 0

Ident.-Nr.: 5706

Entgegen anders lautender Behauptungen ist unser Wissen über radioaktive Strahlung und der Wechselwirkung mit anderen chemischen Stoffen noch sehr lückenhaft. Ein Endlagerkonzept, welches Kontrollmöglichkeiten und die Möglichkeit der Rückholung ausschließt ist daher abzulehnen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2300 8293 0

Ident.-Nr.: 5797

Da nach dem heutigen Stand von Forschung und Technik die Langzeitsicherheit des Endlagers nur wahrscheinlich, aber nicht sicher ist, dürfen keine irreversiblen Fakten geschaffen werden, das heißt: Der Atommüll muß einigermaßen gefahrlos rückholbar sein. Dies auch noch in 10.000 oder mehr Jahren.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3000 8293 0

Ident.-Nr.: 5842

Eine Endlagerung von radioaktiven Abfällen, ohne die Möglichkeit sie jemals wieder zurückzuholen, widerspricht unserer Meinung nach jeglichem gesunden Menschenverstand, weil Forschung und Technik so gewaltige Fortschritte machen und sich in vielleicht gar nicht so ferner Zukunft Möglichkeiten ergeben, diese gefährlichen Abfälle endgültig unschädlich zu machen.
Wissenschaftlicher sollten nicht so überheblich sein, ihre jetzigen Erkenntnisse in eine Endlösung umzusetzen, die über einen Zeitraum von Tausenden von Jahren Menschen und andere Lebewesen gefährden und weite Landstriche mit fruchtbarem Boden unbewohnbar machen kann. Deshalb fordern wir, daß keine neuen radioaktiven Abfälle aus der Energieerzeugung produziert werden und die vorhandenen Abfälle unter größtmöglichen Sicherheitsvorkehrungen in Zwischenlagern konserviert werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8293 8200 8230

Ident.-Nr.: 5848

Ferner gebe ich als Einwand zu bedenken, daß die Lagerung der schon jetzt vorhandenen radioaktiven Abfälle jederzeit rückholbar und nicht wie bei Schacht Konrad vorgesehen, als unrückholbare Endlagerung ausgeschaltet werden sollte. Dazu beziehe ich mich auf entsprechende Aussagen von Herren Prof.Dr. Eckhard Grimmel vom Institut für Geowissenschaften an der Universität Hamburg, die er im Rahmen seines Vortrages "Probleme der Endlagerung radioaktiver Abfälle aus Kernkraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland" am 8.11.1988 an der Fachhochschule Hamburg geäußert hat. Herr Grimmel, der u.a. als Sachverständiger für den Bundestag und als Kapazität der Endlagerforschung bekannt ist, sollte hierzu im Rahmen dieses Verfahrens als Sachverständiger gehört werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8293 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlt die Auswertung
der chaotischen und kriminellen Endlagerung von Morsleben in der Ex-DDR und die Übertragung und Abgleichung der Erkenntnisse mit Forschungsergebnissen dieses beantragten Endlagers. Das Vorgehen bei der Erforschung dieses Endlagers widerspricht den elementaren Grundsätzen dler Wissenschaftsmethodik. Es schafft politische und finanzielle Sachzwänge, die dazu führen können, daß schließlich ein minderwertiger Standort für geeignet erklärt wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8293 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Die
Entscheidung, das Verfahren für das Atommüllendlager in Salzgitter für Schacht Konrad zu eröffnen und per Weisung weiterzubetreiben hat ausschließlich oder überwiegend okonomische Gründe und ist nur eingeschränkt auf Sachkunde zurückzuführen. Eine solche Entscheidungsgrunlage kann nicht Grundlage eines Endlagers sein, ohne daß wesentliche sachliche und andere notwendige Kriterien unberücksichtigt bleiben, wie z.B. alternative Standortuntersuchungen. Bei Schacht Konrad wurde ein Endlager benannt und dann begonnen zu forschen. Der umgekehrte Weg wäre der wissenschaftlich nachvollziehbare gewesen. Man hatte Kriterien für ein Endlager aufstellen müssen, man hätte das Inventar nach oben abschätzen mussen und man hätte den Fortschritt der Wissenschaften insofern berücksichtigen mussen, daB jederzeit Zugang zu dem bereits eingelagerten Müll stattfinden kann, wenn es der Stand von Wissenschaft und Forschung ermöglichen sollte, den Atommüll weiterzuverwerten oder auf bessere Art und Weise unschädlich zu machen. Von alledem findet sich nichts in den Planunterlagen, man

ist im Gegenteil bemüht, der Gesellschaft klar zu machen, daß eine Nichtrückholbarkeit gleichzeitig die Garantie dafür ist, daß die Radionuklide auch nicht von allein wieder in die Biosphäre gelangen könnten. Die Trivialität einer solchen Denkweise ist nicht mehr überbietbar. Sie und der oben geschilderte Sachverhalt können zu irreversiblen Schädigungen unserer Familie führen und schränken uns somit unzumutbar in unseren Rechten ein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1100 1200 8293

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlt auch der Hinweis, wie die Erkenntnisse aus der Endlagerforschung in anderen Landern verarbeitet worden sind.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8293 1500 0

Ident.-Nr.: 6196

Wir erheben außerdem Einwand gegen das geplante Endlager aufgrund unseres Vertrauens in die Fortentwicklung der Fähigkeit des Menschen.
In Anbetracht der technologischen Fortschritte der letzen Jahre glauben wir, daß man in einigen Jahren oder Jahrzehnten in der Lage sein wird, strahlende Materie gefahrlos unschädlich zu machen. Sollte Schacht Konrad als Endlager genutzt werden, so ist das Lagergut garnicht oder nur sehr aufwändig zu bergen, z.B. dadurch, daß ein Teil der Schächte mit zu Tage gefördert und entsorgt werden muß.
Wenn man an die wiederholte Ausbeutung der Abraumhalden unserer Vorfahren im Harzer Bergbau denkt, so ist es nicht unbedingt wirtschaftlich, unseren jetzigen atomaren Abfall für "immer" zu vergraben um ihn später für eine erneute Aufarbeitung sehr aufwändig bergen zu müssen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8293 3360 0

Ident.-Nr.: 6388

Sehr geehrter Herr Prof. Töpfer!
Das auf Ihre Anweisung eingeleitete Genehmigungsverfahren zur Verwendung des SCHACHTES KONRAD in Salzgitter zur Endlagerung von Atommüll stützt sich auf "wissenschaftliche" Vorhersagen, die keiner nüchternen, nicht interessengesteuerten Überprüfung standhalten.

Ihnen als vormals in der Wissenschaft Tätigek müßte doch geläufig sein, daß derartig langzeitige Vorhersagen im Zusammenhang mit so komplexen Faktoren, wie in der Geologie wirksam, nie mit Sicherheit zu treffen sind. Und Sicherheit wäre in diesem Zusammenhang absolute Voraussetzung einer Entscheidung.

So verlagern wir offenbar, wenn wir nicht schon selber von den Folgen dieser irreversiblen Einlagerung betroffen sind, in unverantwortlicher Weise die Folgen auf kommende Generationen.

Zu Ihrer Information, daß die weitere Nutzung der Atomenergie auch zur Senkung des CO2-Ausstoßes nicht unumgänglich ist, lege ich einen diesbezüglichen Brief an Minister Schäuble bei.

Wenn mich auch das fast ausnahmslos interessenbestimmte Verhalten auch wissenschaftlich berührter Politiker kaum auf Umkehr hoffen läßt, so veranlaßt mich jedoch das Menschenbild dessen, auf den sich Ihre Partei mit ihrem Namen bezieht, nicht zu absoluter Hoffnungslosigkeit.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8900 8100 8293

Ident.-Nr.: 7485

Alle Angaben und Berechnungen gehen vom augenblicklichen Stand von Wissenschaft und Technik aus. Eine nicht rückholbare Endlagerung macht es unmöglich, neue wissenschaftliche Erkenntnisse und technische Entwicklungen für die Behandlung und Lagerung des vorhandenen Atommülls anzuwenden. Glechzeitig wird die Nutzung der Erzvorkommen der Grube nach einer Einlagerung für alle Zeiten unmöglich gemacht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8293 4900 0

Ident.-Nr.: 8719

Die vorgesehene Endlagerkonzeptiong geht davon aus, daß der endzulagernde Atommüll, der etwa 95 % aller atomaren Abfälle ausmachen soll, nicht rückholbar in SCHACHT KONRAD endgelagert wird. Die Endlagerkonzeption geht davon aus, daß es erforderlich sei, die Stoffe so zu lagern, daß zukünftigen Generationen der Zugriff zu den endgelagerten Stoffen nicht mehr möglich ist. Dies wird zum Teil mit Sicherheitsaspekten begründet.
Dabei wird allerdings übersehen, daß der zum gegenwärtigen Zeitpunkt zur Verfügung stehende Forschungs- und Erkenntnisstand, insbesondere in geologischer Hinsicht, als außerordentlich relativ bezeichnet werden muß. Wird die vorgesehene Endlagerart gewählt, ist es nicht mehr mäglich, evtl. Fehler oder Falscheinschätzungen, die bei den Untersuchungen aufgrund unserer begrenzten derzeitigen Forschungskenntnisse gemacht worden sind, wieder zu korrigieren. Die derzeitige Generation maßt sich dadurch an, eine Region mit atomaren Belastunge endgültig zu versehen und dabei auszuschließen, daß neuere ERkenntnisse, die in den kommenden Jahrhunderten und Jahrtausenden gewonnen werden, zur Korrektur eingesetzt werden. Wie die bisherige Untersuchungen zu SCHACHT KONRAD deutlich gemacht haben, gibt es keine letztendliche Sicherheit, daß die endzulagernden Stoffe tatsächlich über einen Zeitraum von mehreren hunderttausend Jahren sicher von der Biosphäre abgeschlossen werden.
Die angeblichen Nachweise , die in den Antragsunterlagen geführt werden, stellen ausschließlich Rechnungen und Hypothesen dar.
Verantwortbar ist daher nur eine Lagerform von atomaren Stoffen, die es auch möglich macht, zukünftige Erkenntnisse korrigierend anzuwenden. Diese Voraussetzung kann beim Endlager SCHACHT KONRAD in keinem Fall eintreffen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2000 8293 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8294

Ident.-Nr.: 39

SCHACHT KONRAD als Endlager ist als Entsorgungsnachweis für deutsche Atomkraftwerke bereits anerkannt worden. Die Behörden sind deshalb in der unparteiischen Wertung ob der Sicherheit des Projektes befangen. Jede zu Tage tretende Unsicherheit bezüglich KONRAD führte zu ungeheueren Verwaltungsproblemen; dies kann aber nicht zu Lasten der Bürger gehen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1300 8210 8294

Ident.-Nr.: 335

Es ist eine Unverschämtheit des Staates gegenüber seinen Bürgern, ohne Planfeststellungsbeschluß im Entsorgungsnachweis für das Zwischenlager Wackersdorf das Endlager SCHACHT KONRAD zu benennen. Die vom Gesetz geforderte Offenheit des Abwägungsprozesses ist hier eine Farce, da keine Abwägung stattfindet.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8294 0 0

Ident.-Nr.: 820

In "SCHACHT KONRAD" sollen alle Atommüllarten eingelagert werden, die nicht "nennenswert" Wärme entwickeln. Dies sind 95 % aller atomarer Abfälle: eine Vielzahl radioaktiver Abfälle aus Atomkraftwerken, Forschungsanlagen, dem medizinischen Bereich und der Wiederaufbereitungsanlagen La Hague und Windscale-Sellafield, unter anderem Abluft- und Wasserfilter, Abfälle aus chemischen Prozessen und Wiederaufarbeitung, Schutzanzüge von AtomarbeiterInnen, Reinigungslösungen, Rohrleitungsschrott und Abbruchschutt.
Die Phase der Einlagerung zwecks Entsorgung dieser Stoffe soll voraussichtlich 40 Jahre betragen. Die Nachbetriebsphase, der Zeitraum also, in welchem der eingelagerte radioaktive Müll ein Gefährdungspotential besitzt und für den der Sicherheitsnachweis erbracht werden muß, beträgt hunderttausende von Jahren.
Das zur Verfügung stehende Einlagerungsvolumen beträgt 650.000 cbm. Die täglich einzulagernde Menge atomarer Abfälle soll 200 t umfassen. "SCHACHT KONRAD" bekommt somit die Funktion der Entsorgungsstätte für Atomanlagen, welche bisher ohne Entsorgungsnachweis in Betrieb genommen worden sind sowie für künftige im Rahmen eines weiteren Ausbaus der risikobehafteten Atomenergie. Hinzu kommt die Einlagerung radioaktiven Mülls aus anderen europäischen Ländern.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 5210 8294 0

Ident.-Nr.: 2514

Die Größe der Lagerkapazität von "SCHACHT KONRAD" und das geplante tägliche Einlagerungsvolumen von 200 t deuten darauf hin, daß künftig Atommüll aus ganz Europa in "SCHACHT KONRAD" deponiert werden soll. Dies ist angesichts des großen Entsorgungsdrucks um so wahrscheinlicher. Ist erst einmal ein Endlager gefunden, ist ein weiterer

Texte zum Sachgebiet Nr. 8294

Ausbau der Kernenergie zu befürchten.
Seit Ende der 70er Jahre wird "SCHACHT KONRAD" als Entsorgungsnachweis für Atomreaktoren angeführt. Damit ist eine Vorentscheidung praktisch schon gefallen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 5210 8210 8294

Ident.-Nr.: 2614

Die in Betrieb befinlichen Atomkraftwerke weisen "SCHACHT KONRAD" schon lange als den für ihren Betrieb notwendigen Entsorgungsnachweis aus. Die daraus entstehenden Sachzwänge lassen eine unbefangene Antragsprüfung nicht zu.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1300 8200 8294

Ident.-Nr.: 3240

Die objektive Beurteilung über die Eignung als Endlager bezweifel ich, denn es existiert ein enormer Entsorgungsdruck, alternative Standorte oder prinzipiell andere Entsorgungstechniken werden erst gar nicht mit einbezogen, die Nennung von Schacht Konrad als Entsorgungsnachweis für AKWs macht eine objektive Beurteilung unmöglich.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1620 8294 1300

Ident.-Nr.: 5026

Schacht Konrad wird z. B. für das KKW Grafenrheinfeld als Vorsorgenachweis für die Entsorgung angeführt. Zeitnot und falsche technische Hoffnungen zwingen den Bundesumweltminister zu Eingriffen und Anweisungen zugunsten des Ausbaus von Schacht Konrad. Damit wird mein Recht auf sachliche, objektive, korrekte wissenschaftliche Prüfung der Antragsunterlagen durch Niedersachsen unzulässig eingeschränkt und mein persönlich zu tragendes Risiko erhöht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8294 1300 0

Ident.-Nr.: 5029

Dieser Plan entstand unter Druck von verschiedenen Seiten und eine angemessene Bearbeitung erscheint mit nicht gewährleistet: "Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Schachtanlage Konrad ihren Betrieb als Endlager für radioaktive Abfälle Mitte der 90er Jahre aufnehmen könnte." (Umwelt 90, Hrsg., BMU, 1990) Der positive Planfeststellungsbescheid müßte entsprechend früher erfolgen. Eine solche Äußerung eines Bundesministers mit Weisungsrecht - bis hin zum Sofortvollzug - in dem laufenden Verfahren, zu einem Zeitpunkt als der Plan noch nicht öffentlich zugänglich war und keine Einwände von Dritten erhoben werden konnten, erweckt erhebliche Zweifel daran, daß eine objektive Beurteilung auch nur annäherungsweise in die Endbeurteilung eingehen könnte. Die Tatsache des bereits existierenden Berges ato-

Texte zum Sachgebiet Nr. 8294

maren Abfalls, der Entsorgungsnachweis einiger Kernkraftwerke mittels Schacht Konrad, verstärkt diesen Eindruck.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1000 8294 0

Ident.-Nr.: 5454

Der Antragsteller dieses Endlagers steht unter starkem Druck, da bereits laufend Atommüll anfällt, der nicht entsorgt werden kann. Um eine sinvolle und sichere Lösung zu finden, müßte dieser ständigen Verschärfung ein Ende gesetzt werden, bevor eine Entscheidung getroffen wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1200 8294 0

Ident.-Nr.: 5506

Sachzwänge lassen eine unbefangene Antragsprüfung hinsichtlich der Ausweisung von Schacht Konrad als Entsorgungsnachweis nicht zu.
Das ehemals favorisierte Salzlagerkonzept ist aufgegeben worden zu Gunsten des ehemals indiskutablen Erzlagers - nicht aus Sicherheits- und Eignungsgründen, sondern aus Mangel an Alternativen.
Es ist sowieso ein Unding, seit Jahrzehnten Atomkraftwerke ohne einen tragfähigen Entsorgungsnachweis zu genehmigen. Seit mehreren Jahren bereits wird Schacht Konrad als Entsorgungsnachweis für Atomreaktoren angegeben.
Genauso wurde bei der Einführung des ICE verfahren. Jedes Privatunternehmen wäre wegen gravierender Sicherheitsmängel sofort geschlossen worden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8294 8230 0

Ident.-Nr.: 5531

Alle diese Mängel wurden von Seiten des Antragstellers und des Genehmigers bewußt nicht berücksichtigt, da der ungeheure Entsorgungsdruck auf ihnen lastet und der weitere Ausbau der Atomindustrie ohne Schacht Konrad nicht möglich wäre

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8294 0 0

Ident.-Nr.: 5546

Ich befürchte, daß aufgrund eines gewissen "Entsorgungs-Druckes" der Atommüllindustrie keine objektiven Sicherheitsanalysen erstellt werden.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8294

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1210 8294 0

Ident.-Nr.: 5598

Ich bezweifle, daß eine unbefangene Antragsprüfung und gegebenenfalls Genehmigung des Atommüllendlagers stattfindet; dabei ist für mich besonders fragwürdig, daß
- Schacht Konrad bereits seit Jahren als Entsorgungsnachweis für in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke von den zuständigen Genehmigungsbehörden anerkannt wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1300 8294 1620

Ident.-Nr.: 5669

Aufgrund der ablehnenden Haltung der Bürger der Bundesrepublik gegenüber der Kernkraftnutzung ist es bislang zu keiner Errichtung eines Endlagers und somit zu einem Entsorgungsnachweis für etliche Kraftwerke gekommen. Daraufhin wird der Druck, einen Standort hierfür zu finden, derart groß, daß eine wertneutrale und objektive Beurteilung von Schacht Konrad zumindest in Frage steht.
Weiterhin lehne ich das geplante Objekt ab, da es ohne eine breitgefächerte Befragung der Bevölkerung, d. h. ohne auf die Angst des Einzelnen einzugehen, geplant wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8294 1200 1300

Ident.-Nr.: 5670

Ich fühle mich in meinem Grundrecht auf Leben und körperliche Gesundheit durch die geplante Errichtung dese Atommüllendlagers beeinträchtigt und bedroht, da der Nachweis einer Endlagerung die Voraussetzung für die Genehmigung weiterer Atomkraftwerke darstellt, und ich deshalb z. B. für den Raum Rosenheim befürchte, daß auf dem Standort Marienberg (bei Rosenheim) ein Atomkraftwerk errichtet wird!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8294 8100

Ident.-Nr.: 5744

Ich beanstande, daß keine alternativen Standorte untersucht wurden, daß seit Ende der 70iger Jahre Schacht Konrad als Entsorgungsnachweis geführt wird, und daß darüberhinaus durch den vorhandenen Entsorgungsdruck bereits eine Vorentscheidung für Schacht Konrad gefällt wurde.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8294 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8294

Ident.-Nr.: 5785

Hinzu kommt, daß niemals Alternativen zu SCHACHT KONRAD untersucht worden sind; mögliche als Endlager besser geeignete (im Bezug auf die Lage, die geologischen Verhältnisse etc.) Standorte konnten also auch nicht gefunden werden. Aufgrunddessen habe ich den Eindruck bekomme daß der SCHACHT KONRAD zur Lösung des immer dringender werdenden Problems des Entsorgungsnotstandes trotz seiner sehr zweifelhaften Eignu von der Bundesregierung durchgesetzt werden soll. Eine solche Vorgehensweise halte ich für unverantwortlich!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8294 1620 0

Ident.-Nr.: 5797

Das geplante Atommüllendlager SCHACHT KONRAD dient den deutschen Atomanlagen als sog. "Entsorgungsnachweis", obwohl seine Eignung noch keinesfalls feststeht. Es besteht die nicht zu unterschätzende Gefahr, d der politische und wirtschaftliche Druck auf die Realisierung des Projek einer objektiven Eignungsbetrachtung den Garaus macht. Es ist dabei nochmals mit Nachdruck auf die psychologische Wirkung hinzuweisen, die sogenannten Sachzwänge in der Vergangenheit auf Entscheidungsfindungsprozesse ausgeübt haben. Das politische System scheint derzeit nicht den Veränderungen zu unterliegen, die einer Übertragung dieser gemachten Erfahrungen widersprächen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8294 0 0

Ident.-Nr.: 5798

Befangenheit der Genehmigungsbehörde:
Das Endlager für radioaktive Stoffe - SCHACHT KONRAD ist bei der Inbetriebnahme von (meines Wissens) zwei Atomkraftwerken als Entsorgungsnachweis angeführt worden, obwohl für dieses Endlager noch nicht einmal eine Betriebsgenehmigung existiert. Die Genehmigungsbehörde muß also den SCHACHT KONRAD als Atommüllendlager genehmigen, da ansonsten die Genehmigungsgrundlagen der Atomkraftwerke entfallen würden. Kann eine Behörde, die unter einem solchen Zugzwang steht, objektiv, alle Sicherheitsinteressen der Bürger wahrnehmend, urteilen? Ich meine nein und sehe dadurch meine Sicherheitsinteressen und damit auch meine Gesundheit gefährdet.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8294 1300 0

Ident.-Nr.: 5925

9. Eine unbefangene Prüfung des Antrages ist unmöglich, nachdem KONRAD als Entsorgungsnachweis zumindest in einer AKW-Genehmigung (Grafenrheinfeld) und zumindest in einer Abrißgenehmigung (Niederaichbach) benannt worden ist. Weiterhin geistert KONRAD als Endlager durch die Presse. Auffällig ist, daß noch kein Alternativstandort untersucht wurde, man fährt in voller Fahrt eingleisig auf KONRAD zu.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8294

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1300 8294 1620

Ident.-Nr.: 5926

Frankfurter Rundschau, 9. Juli 1991: "Haftstrafe für Transnuklearchef: ... Bis heute fehle eine Antwort, wieso von Nuklearmanagern bei der Auftragsvergabe Schmierfeldzahlungen überhaupt eingeplant worden seien und warum Sicherheitsbeauftragte von Atomkraftwerken auf der Empfängerliste standen."
Frankfurter Rundschau, 8.7.91: "Man war halt froh, das Zeug loszuwerden, Im Prozeß um die Atommüll-Schiebereien der Firma Transnuklear fällt heute das Urteil: ... Denn der eigentliche Anlaß des Verfahrens, die Schiebereien mit Atommüll zwischen Transnuklear und dem belgischen Atomforschungszentrum in Mol, war strafrechtlich nicht in den Griff zu bekommen .....
... Obwohl in vielen Fällen gegen das Atomgesetz und Strahlenschutzbestimmungen verstoßen wurde, gab das Strafgesetzbuch für eine Verurteilung nicht genug her. Eine gewaltige Lücke im bundesdeutschen Umweltstrafrecht wurde offenbar. ...
Bei den Betreibern der (deutschen) AKWs war man in den 80iger Jahren froh darüber, das Zeug loszuwerden, weil sich der radioaktive Müll in den eigenen Zwischenlagern bis zur Decke stapelte, nachdem die Endlagerstätte Asse bei Salzgitter Ende der 70iger Jahre geschlossen worden war. Das Kernforschungszentrum im belgischen Mol war von der deutschen Atomindustrie einfach als bequemes Zwischenlager benutzt worden. TN hatte sich Anfang der 80iger Jahre mit Mol zusammengetan, um dort eigene chemische und technische Verfahren zur Reduzierung des radioaktiven Mülls anzuwenden. Um die Konkurrenz, vor allem die heutige Monopolfirma Gesellschaft für Nukklear-Service in Essen aus dem Feld zu schlagen, wurden Schmiergelder bezahlt und völlig überhöhte Preise an den belgischen Subunternehmer Smet bezahlt - wohl wissend, daß die Verfahren in Mol technisch überhaupt nicht durchgeführt werden könnten. .....
Weiterer Aufklärungsbedarf scheint in der Tat vorhanden, viele Fragen sind noch immer ungelöst: Warum flossen viele Millionen Mark an Schmiergeldern an Mitarbeiter deutscher Atomkraftwerke und Energieversorgungsunternehmen wie PreussenElektra oder RWE, wenn man dort ohnehin froh über die Geschäftsverbindungen zu TN war? Warum schmierte TN Mitarbeiter des Kernkraftwerks Biblis,, wo Biblis doch RWE gehört und RWE wiederum an der damaligen TN-Mutterfirma Nukem beteiligt war? Waren die Schmiergelder vielleicht nur eine Art Schweigegeld, um den Handel mit Uran und Plutonium und damit eine Verletzung gegen den Atomwaffensperrvertrag mit Ländern wie beispielsweise Pakistan zu vertuschen?"
... Zu jener Zeit war RWE zu 45% und die Firma Degussa (Ffm) zu 35% an Nukem beteiligt. ...
Da die politische Aufklärung dieser Fragen offensichtlich nicht gewünscht wird und die Justiz nur den Tatbestand der Veruntreuung behandelt, ist es für uns im Zusammenhang mit diesem Planvorhaben wichtiger, die Antworten auf diese unbeantworteten Fragen zu erfahren.

Zwar sind die Antworten, wenn keiner der Betroffenen redet, nur Spekulation, aber man kann diese Spekulationen verifizieren. Es kann sich unserer Meinung nach - neben der illegalen Bereicherung - nur um die illegale Beseitigung von Atommüll gehandelt haben, der aus welchen Gründen auch immer, nicht zurückverfolgt werden sollte. Um die tatsächlichen Hintergründe heraus zu bekommen, wird man diese Fässer, um die es sich handelt, reverifizieren müssen, um dann eindeutig festzustellen, wie dieser Atommüll zustande gekommen ist und ob es sich dabei um den Normalbetrieb von Atomkraftwerken handelt oder um Sachverhalte, die vertuscht werden sollten. Gerade hier liegt aber auch ein wesentliches - mehrfach dargestelltes und eingewendetes - Problem der Endlagerung: Was ist in den Gebinden, die angeliefert werden und wie kann eine Reverifizierung stattfinden?
Auch ist dieser Sachverhalt ein Beleg für die Unfähigkeit privater Betreiber in diesem Bereich, wie es vom BMU vorgesehen wird.
Da dieser Sachverhalt aufgrund der vorgelegten Planunterlagen nicht geklärt werden kann, fühlen wir uns in unseren Rechten unzumutbar eingeschränkt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8294 0 0

Ident.-Nr.: 6260

Desweiteren ist mir die Standortwahl unverständlich. Warum diente Schacht Konrad bereits 1981 als "Entsorgungsnachweis " für den Bau u. Betrieb von Atomanlagen (Beispiele: Grohmde u. Brokdorf) 1981 war doch die Eignung zum Endlager noch weniger wissenschaftlich fundiert als jetzt?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1610 8294 0

Ident.-Nr.: 9275

Die seinerzeitige Entscheidung des OVG Lüneburg, daß bereits ein "genehmigungsfähiger Antrag" für ein Endlager ein ausreichender Entsorgungsnachweis sei, hat sich längst als eine bösartige Fehlentscheidung erwiesen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8200 8294 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8300

Ident.-Nr.: 130

Der Transport ist meiner Meinung nicht ausreichend gesichert.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 0 0

Ident.-Nr.: 254

Es besteht auch begründete Angst vor Unfällen beim Transport durch LKW, Schiff oder Bahn, deren Risiko nicht abzuschätzen ist, da nicht einmal die Feuerwehr genügend ausgerüstet ist, um bei solchen Fällen für sie gefahrlos und für die Mitbürger sicher Gefahren abwenden zu können.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 0 0

Ident.-Nr.: 390

Die Transporte zum SCHACHT KONRAD bedeuten eine Gefahr für Leben und Gesundheit. Mit Unfällen muß gerechnet werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2600 8300 0

Ident.-Nr.: 476

Und Eisenbahnunfälle, Unfälle im Straßenverkehr (seit zwei Jahren gehäuft auf der Autobahn A 2) geschehen immer wieder. Daher ist es ein Leben mit ständiger Todesangst, das in Aussicht gestellt wird. (Im Falle eines Gau evakuiert zu werden, ist meines Wissens zu spät oder gar nicht vorgesehen. Aber auch das würde die Bedrohung und psychische Belastung in keiner Weise verringern.) Verhindern sie, daß "SCHACHT KONRAD" Atommüllager wird!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2500 8300 0

Ident.-Nr.: 557

Ein sehr großes Problem stellt unseres Erachtens auch die zu erwartende Praxis im konkreten Stör- oder Transportunfall dar. Wir müssen aufgrund der Berichterstattungen über den bisherigen Umgang mit solchen Unglücksfällen in Radioaktivität abgebenden und mit Radioaktivität umgebenden Anlagen bezweifeln, daß die Öffentlichkeit aus betreiberpolitischen Interessen überhaupt rechtzeitig und in vollem Umfang informiert und geschützt wird. Gerade die aktuelle Berichterstattung um die Vorgänge in der Firma NUKEM zeigen wieder einmal ganz deutlich, wie sehr gerade auch in der Atomwirtschaft gemauschelt wird. Aber die möglichen Folgen solcher Mauscheleien können hier unabsehbar und nicht wiedergutzumachen sein. Einer solchen Gefährdung aufgrund menschlichen Fehlverhaltens wollen wir uns nicht aussetzen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 0 0

Ident.-Nr.: 957

Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeber, die sich bei Ausübung ihres Berufes in unmittelbarer Nähe der Atommülltransporte zum SCHACHT KONRAD aufhalten (müssen) wie z.B. Bedienstete bei der Bundesbahn, Feuerwehr, Katastrophenschutz, Polizei - sind unzumutbaren Gesundheitsbeeinträchtigungen und -gefahren ausgesetzt. Wie z.B. eine Studie der GdED belegt, werden Bahnarbeiter, die mit Atommüllwaggons hantieren, schon im unfallfreien Betrieb einer Strahlenbelastung ausgesetzt, die zumindest in gleicher Höhe mit derjenigen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer liegen kann, die in Atomkraftwerken beschäftigt sind, ohne daß sie als "strahlenexponierte Personen" eingestuft werden.Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die dem Transport, der Bewachung und Handhabung des Atommülls über und unter Tage beschäftigt sind, werden einer unzumutbaren Strahlengefährdung ausgesetzt. Selbst bei Einhaltung der gewetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte werden viele von ihnen an Strahlenkrebs sterben.
Die im Plan angegebenen Abschätzungen der Strahlenbelastung sind zudem methodischproblematisch und vernachlässigen Gefahren, die durch Bedienungs- und Verhaltensfehler zustandekommen können.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2100 8300 0

Ident.-Nr.: 957

Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeber, die sich bei Ausübung ihres Berufes in unmittelbarer Nähe der Atommülltransporte zum SCHACHT KONRAD aufhalten (müssen) wie z.B. Bedienstete bei der Bundesbahn, Feuerwehr, Katastrophenschutz, Polizei - sind unzumutbaren Gesundheitsbeeinträchtigungen und -gefahren ausgesetzt. Wie z.B. eine Studie der GdED belegt, werden Bahnarbeiter, die mit Atommüllwaggons hantieren, schon im unfallfreien Betrieb einer Strahlenbelastung ausgesetzt, die zumindest in gleicher Höhe mit derjenigen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer liegen kann, die in Atomkraftwerken beschäftigt sind, ohne daß sie als "strahlenexponierte Personen" eingestuft werden.
Schon beim Normalbetrieb wird die Umgebung der Anlage durch radioaktiv verseuchte Abluft und Abwässer ständig belastet, mehr noch wie in der Umgebung von Atomkraftwerken. Gesundheitsgefährdung durch Niedrigstrahlung besteht nach gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen auch unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die dem Transport, der Bewachung und Handhabung des Atommülls über und unter Tage beschäftigt sind, werden einer unzumutbaren Strahlengefährdung ausgesetzt. Selbst bei Einhaltung der gewetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte werden viele von ihnen an Strahlenkrebs sterben.
Die im Plan angegebenen Abschätzungen der Strahlenbelastung sind zudem methodischproblematisch und vernachlässigen Gefahren, die durch Bedienungs- und Verhaltensfehler zustandekommen können.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2100 8300 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8300

Ident.-Nr.: 1178

Ein langzeitsicherer Abschluß der radioaktiven Abfälle von der Biosphäre ist nach heutigem Wissenstand in SCHACHT KONRAD nicht gewährleistet. Somit kann die Ausbreitung radioaktiver Stoffe aus dem geplantem Endlager nicht nachweisbar und überprüfbar ausgeschlossen werden. Falls aber radioaktive Stoffe austreten, werden in dieser dicht besiedelten Region, die als industrielle Kernzone gilt und daneben auch landwirtschaftlich intensiv genutzt wird, sehr vielen Menschen und die natürliche Umwelt über lange Zeiträume gefährdet. Es ist nicht auszuschließen, daß eine von SCHACHT KONRAD oder einem dorthin führenden Tranport ausgehende radioaktive Verseuchung Auswirkungen haben wird, die weit über die unmittelbar benachbarte Region ausstrahlen werden. Auch deswegen wende ich mich gegen die Einrichtung und den Betrieb eines Endlagers in SCHACHT KONRAD.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3000 2100 8300

Ident.-Nr.: 1201

Wir fordern eine Klärung im Sicherheitsbericht über eine weitreichende Sperrung des Luftraums um die Anlage sowie den Zufahrtswegen und Konzentrationen derselben (Rangieranlagen, Abstellgleise mit der Funktion eines Zwischenlagers, Entladeeinrichtungen). Dies betrifft zivile Flugzeuge als auch militärische Flugzeuge (nationale sowie allierte) mit möglicher explosiver Zuladung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 0 0

Ident.-Nr.: 1454

Die Sicherheit der Transporte ist nicht gewährleistet, da das Risiko durch terroristische Anschläge, Fahrlässigkeit der Beteiligten und menschliches Versagen nicht kalkulierbar ist. Statistische Unfallprognosen sind lediglich Schätzwerte, die von den tatsächlichen Werten sogar erheblich abweichen können. Es ist nicht sichergestellt, daß im Falle eines Unfalles (z.B. mit Brand) die Betroffenen ausreichend geschützt sind und rechtzeitig sowie vollständig informiert werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 0 0

Ident.-Nr.: 1945

Die Transporte zum SCHACHT KONRAD bedeuten eine große Gefahr für Leben und Gesundheit.

- Da Unfälle auf den Transportwegen nicht auszuschließen sind, insbesondere durch erhöhtes Verkehrsaufkommen auf der Schiene (IC-Strecke nach Berlin) und auf der Strße seit der Wiedervereinigung.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8300

- Da eine ausreichende Sicherung der straßengleichen Bahnübergänge nicht gewährleistet werden kann

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8320 8330

Ident.-Nr.: 2491

Die Stadt wird durch die zu erwartenden Atommülltransporte zum Schacht Konrad in vielfältiger Weise beeinträchtigt:

a) Besitzt Grundstücke und Gebäude im Nahbereich der Bundesbahnstrecke. Insbesondere wären Schulen, Spiel- und Sportplätze, Verwaltungsgebäude, Wohngeäude und gärtnerisch genutzte Flächen von potentiellen Atomtransportunfällen erheblich betroffen.

b) Durch die vorgesehenen Transporte wird die Stadt ihrer Planungshoheit (Bauleitplanung) verletzt. Die Risiken der Atomtransporte müssen nach Inbetriebnahme von Schacht Konrad in dem nach §1 (5) BauGB festgelegt Abwägugsvorgang im Rahmen der Bauleitplanung eingestellt werden. Aufgrud der in einzelnen der o.g. Gutachten dargelegten Risiken könne sich erhebliche Änderungen bei Bebauungsplänen oder Planentwürfen erg ben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8506 0

Ident.-Nr.: 2531

Wir sehen in den Atommülltransporten eine Gefahr für weitere Generationen. Wir können es nicht verantworten, eigene Kinder in diese gefährdete Welt zu setzen, wenn ihnen nicht ein gerechtes und unverstrahltes Leben gesichert werden kann.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 8500 8300

Ident.-Nr.: 3084

Stadt als Planungsträger
Die bisher geschilderte Betroffenheit der Stadt in tatsächlicher Hinsicht durch die Transporte aller radioaktiven Abfälle durch ihr Gebiet (z. B. Umladen im Rangierbahnhof Seelze, Weitertransport zur Anlage entweder über Hauptbahnhof oder Linden) ist hinsichtlich der zu besorgenden Auswirkungen zusammenfassend kurz wie folgt dazustellen:

- Im Normalbetrieb ist mit einer Erhöhung der radioaktiven Belastung der Umbegung der Bahnanlagen zu rechnen.
- Es besteht eine nicht im Restrisikobereich liegende Unfallgefahr. Unfälle schwerer Art hätten Freisetzungen radioaktiver Stoffe zur Folge, die eine so hohe Rate erreichen können, daß Grundstücke in der Nähe des Unfallortes auf längere Dauer nicht nutzbar sind.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8300

-Die Stadt muß auf diese Risikolage Rücksicht nehmen und kann daher - wie dargestellt - Planungen im Bereich Bauleit-, Inrastruktur-, Wirtschafts- und Umweltschutzplanung nicht durchführen. Bereits bestehende städtische Einrichtungen sich in ihrer Existenz und in ihrem Betrieb befährdet, Wertverluste bei städtischem Grundeigentum sind zu befürchten. Darüber hinaus ergibt sich die Notwendigkeit, Brand- und Katastrophenschutzpläne und -einrichtungen den Transportrisiken anzupassen.
Damit ist die Stadt in ihren Rechten verletzt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 0 0

Ident.-Nr.: 3155

Die Transportrisiken der Atommüllieferungen sind nicht ausreichend untersucht.
Sowohl die Belastung von Anwohnern und Personal des Rangierbahnhofs Braunschweig als auch die besonderen Gefahren von Transportunfällen müssen umfassend dargelegt werden.
Ich fordere eine Studie, die die Auswirkungen von Unfällen und terroristischen Anschlägen beim Transport des Atommülls darlegt. Eine Studie, die die Unfallwahrscheinlichkeit berechnet, halte ich hingegen für Augenwicherei, weil es die Menschen der Region nicht interessiert, ob nur alle 400 Jahre ein Unfall passiert, sondern was ein Unfall für Konsequenzen hat.
Desweiteren müssen spezielle Ausbildungen für Polizei, Feuerwehr etc. in den betroffenen Regionen nachgewiesen werden, um bei einem Unfall den Austritt von Radioaktivität auf ein Minimum zu senken. Es muß der sicherste Transportweg gewählt werden. Keine LKW-Transporte, kein Rangieren im Stadtgebiet von Braunschweig! Nur Ganzzüge beiten größtmögliche Unfallsicherheit.
Atom-(müll-)transporte dürfen nicht zur Alltäglichkeit werden, die Städte müssen über die Durchfahrt von Atomtransporten vorher informiert werden, um bei einem Unfall gezielt handeln zu können. Bei der angestrebten größtmöglichen Sicherheit der Endlagerung darf der finanzielle Aufwand keine Rolle spielen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8340 8390

Ident.-Nr.: 3234

Außerdem arbeite ich im Betrieb der Preussag AG. Dort habe ich erfahren, daß bei uns eine ungeschützte Zwischenlagerung des radioaktiven Materials vorgesehen ist. Was für Sicherheitsvorkehrungen sind dort geplant?
Mit welchen Strahlenbelastungen ist zu rechnen?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8300

Ident.-Nr.: 3706

Die derzeitige Sicherheitsphilosophie zum Schutz von Transporten radioaktver Produkte vor kriminellen und terroristischen Anschlägen geht davon aus, daß die Gefahr vermindert werde, wenn weder der Zeitpunkt noch die genaue Wegstrecke eines Transportes bekannt sei. Demzufolge werden die Atomtransporte überwiegend unter strenger Geheimhaltung durchgeführt. Sicherheitsmaßnahmen wie z. B. Straßensperrungen weden gar nicht oder sehr kurzfristig bekanntgegeben. Ich kann mich deshalb so gut wie gar nicht auf Störungen im Straßen- oder Schienenverkehr durch Atomtransporte einstelle, gerate plötzlich und unerwartet in solch einen Transport und die begleitenden Sicherheitsmaaßnahmen, erleiden Zeitverzug oder unvorhergesehene Kontrollen und werde insofern ebenfalls in mienen persönlichen Freiräumen unzumutbar beeinträchtigt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 2000 8300

Ident.-Nr.: 5061

Es ist durch geeignete Kontrollen sicherzustellen, daß nur im Inland entstandener Abfall eingelagert werden kann, weil durch zusätzliche Transporte aus dem Ausland ein erhöhtes Risiko entsteht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 5210 5310 8300

Ident.-Nr.: 5502

Für den termingerechten Transport der freigegebenen und abgerufenen Abfallgebinde sind die Ablieferungspflichtigen verantwortlich. Sie sollen besondere Vorkommnisse unverzüglich melden. Ich glaube kaum, daß jemand, der den Müll schnell loswerden möchte auch noch besondere Vorkommnisse (was auch immer damit gemeint sein soll) angeben wird und den Abtransport dadurch verzögert.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 0 0

Ident.-Nr.: 5502

Es ist nicht klar, was mit den verstrahlten LKWs und Bahnwaggons geschieht nachdem sie radioaktiven Müll transportiert haben. Wahrscheinlich werden sie andere Frachten transportieren, womöglich Lebensmittel auf die die Strahlung übergreift.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8300

Ident.-Nr.: 5502

In der Umladehalle auf dem Grubengelände erfolgt eine Messung der Dosisleistung und Oberflächenkontamination aller Abfallgebinde (=Eingangskontrolle). Dies bedeutet, daß während des ganzen Transportes die Strahlendosis überhaupt noch nicht bekannt ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 5310 0

Ident.-Nr.: 5551

In Anbetracht der Tatsache, daß Lagerstollen bis in den Bereich unterhalb unseres Grundstückes verlaufen, sehen wir uns in einem Ernstfall besonders betroffen. Eine Wertminderung des von uns bewohnten Eigentums ist dadurch bedingt nicht auszuschließen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8501 8300 2500

Ident.-Nr.: 5925

Die GRS kommt in ihrer Ausarbeitung
= Die möglichen radiologischen Auswirkungen von Abfalltransporten zum Endlager Konrad =
(Ergebnisbericht zum 1. Untersuchungsabschnitt, 12/89)
zu dem Ergebnis, daß Anwohner im westlichen Bereich des Rbf Braunschweig durch die Transporte mit einer potentiellen Ganzkörperdosis von 0,4 mSv/a (40mrem/a) zu rechnen haben.
Anzumerken ist hierzu, daß davon ausgegangen wird, daß die Ortsdosisleistungen der angelieferten Gebinde lediglich zur Hälfte des maximal zulässigen Wertes ausgeschöpft werden (A) und Konrad im Einschichtbetrieb gefahren wird (B).
Zu A)
Allein aus wirtschaftlichen Gründen (Kosten der Konditionierung) und technischen Gegebenheiten (Kompaktierung der Abfälle) erscheint es fraglich, ob diese Annahme zutrifft. Bedenkt man weiterhin, daß in der Vergangenheit zum Teil geschlampt wurde (Fehldeklaration), wird diese Annahme nicht wahrscheinlicher.
Zu bedenken ist, daß die Abfälle aus der Wiederaufarbeitung einen Großteil des einzulagernden Inventars darstellen. Die Ortsdosisleistungen dieser Abfälle bewegen sich laut GRS-Ausarbeitung nahe am zulässigen Grenzwert, so daß rein mathematisch kaum davon auzugehen ist, daß für die Gesamtheit der anzuliefernden Abfallgebinde der angenommene "Mittelwert" einzuhalten ist.
Wieviel Plutonium transportiert und eingelagert wird ist unklar. Selbst die Betreiber in La Hague können nicht ihren Vertragspartnern garantieren, wieviel Plutonium die Abfälle enthalten (Punkt 3. des Anhanges zum Vertrag).

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8300

Ident.-Nr.: 5925

Kann man ihnen noch trauen, wenn man auf Seite -IV- der Kurzfassung ließt:
"Auf Abfalltransporte zurückgehende zusätzliche Strahlenexpositionen der kritischen Personengruppen liegen höchstens im Bereich weniger Prozent der natürlichen Strahlenexposition. Die Strahlenexposition dieser Personengruppen und damit umso mehr derjenigen Bewohner der Endlagerregion, die nicht zu den anzahlmäßig kleinen kritischen Personengruppen zählen, wird somit durch die Abfalltransporte praktisch nicht verändert."
Wie das? Eine - wenn auch geringfügige nach Meinung der GRS - erhöhte Strahlenexposition ist durch die Transporte vorhanden; wie kann sich diese dann praktisch nicht auswirken? Klein bedeutet nicht gar nicht!
Bezüglich der Transportproblematik machen wir die
Zusammenfassende Darstellung
der Kommunalpolitischen Arbeitstagung zur Aufnahme der Transportfragen in das Planfeststellungsverfahren "Schacht Konrad", durchgeführt am 28. April 1990 von der Gemeinde Vechelde im Zusammenwirken mit der Stadt Braunschweig und der Gemeinde Lengede, zum Teil unserer Einwendung (siehe Seiten 30a - 30c).

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Es feh
Angaben wie Unfälle mit Waffentransportern oder Giftgastransportern und Atommülltransportern oder anderen Gefahrguttransportern zu handhaben sein sollen und wie der Schutz der Bevölkerung aufrecht erhalten werden soll, wenn es denn zu einem derartigen Unfall kommen sollte. Auch ist die hohe Dichte von Bundeswehrfahrzeugen in dieser Region und die Möglichkeit von Unfällen mit diesen Fahrzeugen nicht ausreichend berücksichtigt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 0 0

Ident.-Nr.: 7514

Die Transporte zum geplanten Endlager stellen eine mögliche Gefahr dar - trotz aller vorgesehen Sicherungsmaßnahmen. Daher wird verlangt, daß die Sicherungsmaßnahmen umfassend sind (ständiges Vorhalten von geeigneten Bergungsgerät, Ausbildung der Berufs-, Werks- und freiwilligen Feuerwehren, vertragliche Zusicherung von speziellen Hilfsdiensten).
Weiterhin wird verlangt, einen Fond bereitzuhalten, aus dem sofort und ohne verwaltungsmäßige oder politische bedingte Verzögerungen finanzielle Mittel bereitgestellt werden können für:

1. Kosten evtl. Dekontaminationsmaßnahmen an Gebäuden, Autos und anderem.
2. Hotelkosten im Falle einer Evakuierung
3. Ersatz von zusätzlichen Aufwendungen bei Evakuierung
4. Volle Bezahlung von erforderlichen Neubeschaffungen bei längerer Evakuierung

5. Finanzielle Entschädigung für die Unbequemlichkeiten einer Evakuierung (Schmerzensgeld)
6. Kosten aller von den Betroffenen gewünschten ärztl. Untersuchungen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 0 0

Ident.-Nr.: 8643

Bei evtl. Störfällen bzw. Unfällen auf den Transportwegen ist kein ausreichender Schutz (z. B. SChutzräume) vorhanden. Wir sind nicht informiert darüber
-wie wir uns in solchen Fällen verhalten sollen,
-was notwendigerweise von uns vorbereitet werden kann,#
-wo sich Schutzräume befinden
-wie wir informiert werden über solche Unfälle

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 0 0

Ident.-Nr.: 9094

Der Transportweg über den Binnenschifffahrtsweg ist nicht genügend betrachtet worden.
Die Unfallwahrscheinlichkeit pro Tonne Transportgut ist beim Schiff am geringsten. Zu bedenken ist auch das geringe Risiko bei einem Unfall. Die kinetische Energie des Behälters ist durch die geringe Geschwindigkeit der Schiffe niedrig und senkt somit das Transportrisiko.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8303 0

25.03.1992

Texte zum Sachgebiet Nr. 8301

Ident.-Nr.: 8

Eine mögliche Bahntrasse führt noch dichter an meinem Grundstück vorbei. Sollte es bei einem Transport zu einem Unfall kommen, liegt mein Grundstück und damit meine Wohnung in der unmittelbaren Gefahrenzone. Eine Verstrahlung wäre die logische Folge. Ich bin nicht bereit, dieses Risiko zu tragen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8301 8320 0

Ident.-Nr.: 75

Von den zu erwartenden radioaktiven Belastungen fühle ich mich unmittelbar belastet, weil ich mich auch durch den unfallfreien Transport radioaktiver Abfälle einer erhöhten Strahlenbelastung im Stadtgebiet Wolfenbüttel ausgesetzt sehe.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8301 0 0

Ident.-Nr.: 162

Sollten Transporte des Atommülls auf der Privatstrecke der Verkehrsbetriebe von P+S durchgeführt werden, habe ich Angst vor Transportunfällen, da die Eisenbahnlinie ca. 800 m an meinem Grundstück vorbeiführt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8301 0 0

Ident.-Nr.: 255

Mein Arbeitsplatz befindet sich in Peine, und ich bin als Fermeldehandwerker laufend unterwegs. Ein Kontakt mit Transporten zur Schachtanlage KONRAD läßt sich für mich beruflich nicht umgehen (Warten an einer Bahnschranke, Fahrt auf der A2, Arbeiten in der Nähe oder auf dem Gelände der Bundesbahn in Peine usw.). Selbst wenn ich den Transporten aus dem Wege gehen wollte, ginge es nicht, da sie ja nicht gekennzeichnet sind und nicht öffentlich bekannt gemacht werden. In meiner Freizeit bin ich im gesamten Gebiet der Landeskirche Braunschweig unterwegs, da ich in der Evangelischen Kirche Jugendarbeit mache. Besonders häufig halte ich mich im Bereich der Gemeinden Wendeburg, Vechelde und der Städte Braunschweig, Wolfenbüttel und Salzgitter auf. Diese Arbeit sehe ich gefährdet, sollte das Endlager KONRAD in Betrieb gehen. Eine Fortsetzung meiner ehrenamtlichen Tätigkeit ist nur noch unter Gefährdung meiner Gesundheit möglich, da ich mich immer im Transportgebiet oder in der unmittelbaren Nähe der Anlage befinde und somit mindestens einer radioaktiven Niedrigstrahlung ausgesetzt bin.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8301 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8301

Ident.-Nr.: 271

Ich bin dagegen, daß die Atommülltransporte durch Braunschweig geführt werden sollen. Die Umwelt ist doch schon genug verseucht, und ich bin auch sehr krank. Ich habe eine seltene Krankheit, die heißt Lupus Erythematodes. Und vor allem die Nachkommenschaft soll doch in einer guten und sauberen Umwelt leben können.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8301 8404 0

Ident.-Nr.: 276

Die Arbeiter im Atommüllendlager werden erheblichen Strahlendosen ausgesetzt. Es entstehen gefährliche Arbeitsplätze (in und um SCHACHT KONRAD) Durch Atommülltransporte an den Transportstrecken werden das Transportpersonal, Reisende und die Anwohner an den Transportstrecken unzumutbar radioaktiv belastet. Transportunfälle müssen einkalkuliert werden und können auch bei uns eine unzumutbare Strahlungsbelastung erzeugen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2900 8301 0

Ident.-Nr.: 283

Der Harz als Erholungsgebiet verliert durch diese Immissionen aus dem Endlager an Wert.
Nicht zuletzt entstehen mir und meinen Angehörigen Dauerbelastungen durch den Transport des Atommülls, von dem 75% die 7 km entfernte Stadt Alfeld passieren werden. Gerade die von den Transporten ausgehende Niedrigstrahlung erhöht die Krebsrate, insbesondere bei Kindern (Prof. Sternglas, USA u.a.). Alfeld als Verkehrsknotenpunkt ist Schulort Einkaufsort und Arbeitsort vieler Grünenplaner.
Es besteht die erschreckende Möglichkeit eines Transportunfalls in der Umgebung von Alfeld. Die Folgen für das Leben hier wären gravierend. Auch Grünenplan hätte mit einer erheblichen radioaktiven Verseuchung zu rechnen, wenn mit dem Unfall beispielsweise ein Brand oder eine Explosion einherginge.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8505 8301 0

Ident.-Nr.: 335

Durch den Transport des Atommülls aus dem ganzen Bundesgebiet sind Unfälle vorprogrammiert.
Durch Brand oder Zerstörung der Container kann es zur Verseuchung großer Flächen kommen. Nur Experten sind in der Lage, die verschiedenen Gefahrenarten abzuwägen und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Die können nicht immer an Ort und Stelle sein. Außerdem ist es nach bisherigen Erfahrungen sehr fraglich, ob die Gefahren-

gutkennzeichnung mit der Ladung identisch ist.
Aus meiner Erfahrung als Sachbearbeiterin in der Bußgeldstelle für Verstöße nach der GGVS (Straße) kann ich dies leider nur bestätigen.
Mein Wohnhaus steht zudem ca. 2 km Luftlinie von der A 39 entfernt.
Ein Unfall eines Gefahrguttransportes mit Atommüll würde auf unsere Familie direkte Auswirkungen haben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8301 0 0

Ident.-Nr.: 392

Atomtransporte
Durch die Inbetriebnahme von SCHACHT KONRAD wird die Zahl der Atomtransporte in Deutschland drastisch zunehmen:
- Durch die Einrichtung des EG-Binnenmarktes wird das Endlager auch Atom "Müll" aus anderen EG-Ländern annehmen müssen.
- Durch die geplante Privatisierung der Atom-"Müll"-Endlagerung wird der Betreiber von SCHACHT KONRAD eine gewinnorientierte Maximierung der Einlagerungsmenge anstreben.
- Durch das Endlager wird der Engpaß des "Entsorgevorsorgenachweises" für AKW-Betreiber wegfallen: Ein Ausbau des AKW-Betriebs mit allen üblen Folgen für den Menschen und seine Umwelt wird die Folge sein. Die Größe des beantragten Einlagerungsvolumens bedeutet: Mit SCHACHT KONRAD wird dem europaweiten Ausbau der Atomenergie Tür und Tor geöffnet und damit eine überholte Technik gefördert, die Katastrophen wie bei Tschernobyl trotz womöglich steigender Sicherheitsstandards nie ausschließen kann.
- Die meisten deutschen AKWs sind erst seit wenigen Jahren in Betrieb. Dadurch wird der zukünftige Anfall von Atom-"Müll" weit größer als bisher. Dazu kommt, daß die atomaren Anlagen altern, wodurch erhebliche Umbauten und Reparaturen mit dem entsprechenden Berg von Atom-"Müll" anfallen.
- Große Mengen von Atom-"Müll" haben sich seit der Schließung von "ASSE II" in den Atomanlagen, in etlichen "Zwischen"-Lagern und Sammelstellen angehäuft.
- In naher Zukunft steht der Abriß verschiedener Atomanlagen an.

Schon durch die gegenwärtigen und erst recht durch die zukünftigen Atomtransporte werden direkt meine Gesundheit und mein Leben bedroht, zumal örtliche Behörden entlang den Transportstrecken nicht über die Atomtransporte informiert werden und deshalb nicht auf einen Unfall, der von keinem der am Atomtransport Beteiligten ausgeschlossen werden kann, vorbereitet sind. Ich bin bedroht, weil die Atomtransporte in unmittelbarer Nähe meines Wohn- bzw. Arbeitsplatzes stattfinden. Bei einem Unfall wäre ich zusätzlich durch Aufräumungsarbeiten, Evakuierung und sonstige Maßnahmen in meinem Grundrecht auf Freizügigkeit und Eigentum erheblich beeinträchtigt. Das Unfallrisiko und damit die Gefahr einer Katastrophe aber ist aufgrund der großen Einlagerungsmengen (ca. 200 Tonnen täglich) sehr hoch.
Die Verwaltung an meinem Wohnort bzw. Arbeitsplatz hat keine rechtliche Möglichkeit, wirksam gegen die Atomtransporte und damit gegen die dabei entstehende langfristige radioaktive Niedrigstrahlung vorzugehen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8301 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8301

Ident.-Nr.: 417

Wir würden gern wissen, welche Auswirkungen der Transport hochgiftiger Stoffe durch unsere Region und die Einlagerung in den SCHACHT KONRAD auf uns, die jetzt hier lebenden Menschen, und unsere Lebensverhältnisse hat und in Zukunft auf unsere Kinder haben wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8301 0 0

Ident.-Nr.: 426

Durch die Atommülltransporte zum SCHACHT KONRAD. Dabei bestehen ebenfall hohe Risiken (Unfälle, Brände, Flugzeugabstürze, Naturkatastrophen) mit Freisetzung von Radioaktivität. Der Transport des einzulagernden radioaktiven Materials wird über den Güterbahnhof Salzgitter-Beddingen (Luftlinie ca. 1000 m bis 1500 m von Braunschweig-Geitelde) erfolgen.
Durch die Konzentration des radioaktiven Materials am Braunschweiger Hauptgüterbahnhof. Die Güterzüge für SCHACHT KONRAD sollen hier zusammengestellt werden (Zwischenlager).

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8301 0 0

Ident.-Nr.: 481

Die Transporte des Atommülls können nicht risikofrei durchgeführt werden. Auch die Stadt Gifhorn wäre bei einem schweren Verkehrsunfall mit Beteiligung eines Atommülltransporters erheblich bedroht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8301 0 0

Ident.-Nr.: 1205

Im Auftrag der Gemeinde Vechelde erstellte die "Gruppe Ökologie, Institut für ökologische Forschung und Bildung Hannover e.V." (GÖK) im Oktober 1987 eine gutachterliche Stellungnahme zum geplanten Endlager "SCHACHT KONRAD": "Auswirkungen des Vorhabens auf das Gebiet der Gemeinde Vechelde". Darin kommen die Gutachter zum Schluß, daß ein Unfall eines Zuges mit Atommüll statistisch wahrscheinlich wird. Täglich werden 3-4 Züge mit Atommüll durch Vechelde gefahren. Alle Züge, die nach SCHACHT KONRAD gehen, werden stets über Vechelde geleitet, gleich woher sie kommen. Wir werden also dem Transportrisiko am meisten ausgesetzt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8320 8340 8301

Ident.-Nr.: 1457

Da das Grundstück unmittelbar an den Zweigkanal Salzgitter angrenzt, ist durch einen Transport auf dieser Wasserstraße mit einer zustäzlichen radioaktiven Belastung und mit einem erhöhten Unfallrisiko zu rechnen, so daß die Wertminderung des Grundstückes weiter vergrößert wird.
Im gesamten Planfeststellungsverfahren sind über einen dafür angemessene

Texte zum Sachgebiet Nr. 8301

Wertausgleich keine Angaben enthalten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8301 8500 0

Ident.-Nr.: 1815

Ich fühle mich in meinem Grundrecht auf Leben und körperliche Gesundheit durch die geplante Errichtung des Atommüllendlagers beeinträchtigt und bedroht:

- Die geringste Belastung durch radioaktive Strahlung ist gesundheitsschädlich und diese tritt durch Abgase und Abwasser automatisch auf. Dazu kommt Unfälle und Störfälle, die trotz Sicherheitsmaßnahmen nir ausgeschlossen sind. Diese Fälle werden auf Mensch und Natur noch wesentlich größere Auswirkungen haben als Abgase und Abwasser des Endlagers.
- Meine größte Angst vor möglichen Unfällen sehe ich beim Transport des Atommülls begründet.
  Auch an meinem Wohnort, Broitzen, werden täglich 200 t Atommüll auf der Schienne Richtung Güterbahnhof transportiert werden.
  Dort wird dann ein ungenehmigtes Zwischenlager errichtet, das zwecks Rangieren ein Zeischenstop eingelegt werden müßte. Die Grenzwerte der Strahlenschutzordnung werden dabei überschritten.
- Bei Katastrophen mit dem Atommüll tritt die Wehrlosigkeit des Menschen auf. Was kann er bei einem Transportunglück mit nachfolgendem Brand tun, bei dem ein großer Teil der Radioaktivität freigesetzt wird; bei absaufender Schachtanlage vor Ende der Betriebsphase; bis einem Flugzeugabsturz auf die oberirdischen Gebäude der Schachtanlage???

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2000 8301 0

Ident.-Nr.: 1918

Die eben aufgeführten Einwendungsgesichtspunkte gelten nicht erst für die Gefährdung durch die Einlagerung von Atommüll im Endlager SCHACHT KONRAD, sondern bereits für den (über einen Zeitraum von ca. 40 Jahren zu erwartenden) Transport von Atommüll dorthin.
Die Gemeinde , mit ihren Filialorten Garlebsen, Ippensen, Heieshausen und Bruchhof, wird durch Transporte mehrfach betroffen werden.
Die Bahnstrecke Göttingen - Hannover liegt 400 m von hier entfernt.
Die Schnellbahnhtrasse Würzburg - Hannover, mit ihren Tunneln und Brücken, ist vier km entfernt. Die Bundesautobahn A 7 befindet sich sieben km von hier. Die Bundesstraße B 64 führt mitten durch Greene (B 3 - zwei km Entfernung). Atomtransporte (auch der nahegelegene Reaktoren Grohnde und Würgassen) könnten alle die ausgewiesenen Strecken benutzen.
Von Sicherungsmaßnahmen bei Transporten (und Standzeiten bei der Bahn!) ist nichts bekannt. Lt. Auskunft des damaligen Bundesverkehrsministers Zimmermann (Frankfurter Rundschau - Fr. - vom 14. Mai 1990) dürfen radioaktive Stoffe auf allen Güterverkehrsstrecken der DB befördert werden. Besondere Auswahlkriterien hierfür gäbe es nicht. Unfallsichere Verpackungen sind (lt. Int. Atomenergie-Be-

hörde) beim Transport abgebrannter Kernbrennstoffe vorgeschrieben. Deswegen seien auch keine bestimmten Verkehrsträger/-wege zu benutzen.
Es ist nicht auszuschließen, daß Transporte auch über vielbefahrene Strecken mit einer hohen Unfallwahrscheinlichkeit und auch durch dichtbewohnte Gebiete geführt werden. Gefahrguttransporte werden statistisch nicht erfaßt, so daß eine Kontrolle bzw. Sicherheitsvorkehrung bei Unglücksfällen nicht möglich sind.
Was das Risiko eines Bahnunfalles angeht, hat das Gandersheimer Kreisblatt (Freitag, 28. Juni 1991, conf. Frankfurter Rundschau gleichen Tages) eindrucksvoll belegt: im Rankebergtunnes bei Hann.-Münden sind zwei Güterzüge aufeinandergefahren, so daß ein Waggon eintgleiste. Die Bahnstrecke war erst nach sechs Stunden wenigstens eingleisig zu befahren. Ein Sprecher der zuständigen Bundesbahndirektion in Frankfurt meinte (Zitat aus dem Artikel), daß ein ähnlicher Unfall (...) passieren kann, sei "unwahrscheinlich, aber nicht unmöglich."

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8301 0 0

Ident.-Nr.: 5736

Das geplante Endlager soll die radioaktiven Abfälle nicht nur der nähreren Umgebung, sondern auch aus weiter entfernt liegenden Atomanlagen aufnehmen. Der Transport wird über die heute üblichen Transportwege Straße, Bahn, evtl Schiff abgewickelt werden. Diese Transportmöglichkeiten unterliegen bei dem heutigen allgemeinen Verkehrsaufkommen einem statistisch abgesicherbaren Wahrscheinlichkeitswert für die Verwicklung in einen Unfall, der verbunden ist mit dem Risiko, daß die transportierte radioaktive Substanz in die Umwelt abgegeben wird.
Als Anrainer mehrer Verkehrswege, auf denen der Transport des radioaktiven Materials erfolgen würde: nämlich der Autobahn A7 und der Eisenbahnstrecken 250 und 245 sowie der Bundesstraßen 3, 241 und 248 bin ich als Bewohner Northeims dem Unfallrisiko in besonderer Weise ausgesetzt. Die Gefährdung in unserem Raum durch Transportunfälle ist über das sowieso schon gegebene Maß hinaus deswegen bedeutender, weil sowohl die Autobahn als auch die Nord-Süd-Strecke der Eisenbahn ein durch den Kiesabbau im Stadtgebiet betroffenes Gelände durchquert und z.T. durch Brücken überquert, in dem der Grundwasserspiegel großflächig freigelegt ist und der Grundwasserkörper des Leinetals bis auf die Abbautiefe von bis 45 Metern freigelegt ist. Bei einem Unfall in diesem Bereich könnte schlagartig der gesammte Grundwasserkörper des Leinethales so geschädigt werden, daß Grundwassernutzer im nördlicher gelegenen Leinetal auf die Wasserförderung verzichten müssen. Über die Höhe des Risikos für die Trinkwasserversorgung der Bürger ebenso wie für den industriellen Sektor liegen keine rechnerischen Abschätzungen vor. Unter Hinweis auf den vorgenannten Punkt 1 (Grundrecht auf Unversehrtheit des Lebens) kann für dieses Risiko überhaupt kein Wahrscheinlichkeitsgesetz- Grenzwert zugestanden werden. Eine Planung, die ein so weitgehendes Gefährdungsrisiko der Umwelt einplant, ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8301 1500 0

Ident.-Nr.: 5856

Beim Transport der radioaktiven Abfälle werden Unfälle nie gänzlich auszuschließen sein - schon deswegen bedarf es einer sorgfältig ausgewählten Streckenführung. Mögliche Ausweichstrecken für den Transport sind in den Planunterlagen weder ausgewiesen noch ausgeschlossen.

Für die Gemeinde Ilsede bedeutet dies konkret, daß eine Beförderung der atomaren Abfälle über die durch die Gemeinde führenden Straßen und die Gleisanlagen der Verkehrsbetriebe Peine - Salzgitter GmbH möglich ist. In beiden Fällen könnten im Ernstfall dicht besiedelte Wohngebiete betroffen sein. Mögliche Sicherheiten und Rettungsmaßnahmen sind uns nicht bekannt; bzw. dafür sind wir nicht geschult und ausgerüstet.
All dies bedeutet eine Gefahr für unsere Umwelt, für die körperliche Unversehrtheit der Allgemeinheit, sowie eine mögliche Beeinträchtigung der Wirtschaft in unserer Region.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3000 8301 8500

Ident.-Nr.: 8543

Im Plan sind keine Aussagen über die Art und Weise des Transportes der Abfallgebinde zum Endlager gemacht. Die erst jetzt veröffentlichte Transportstudie (GRS: Transportstudio Konrad: Sicherheitsanalyse des Transports radioaktiver Abfälle zum Endlager KONRAD - Kurzfassung Juni 1991) der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) mbH geht von zwei Anlieferungsszenarien aus:
a) 100 % Schienentransport
b) 80 % Schienentransport, 20 % Straßentransport.

Wie unter 1. geschildert, liegt die Ortschaft Rüningen an drei stark frequentierten Verkehrswegen. Die Straßenverbindungen stellen für uns wichtige Verbindungen mit dem Pkw oder Omnibus zum Arbeitsplatz, in das übrige Braunschweiger Stadtgebiet und in das Umland dar. Die Bahnstrecke verläuft unmittelbar westseits des Naherholungsgebietes Südsee, den wir zu Spaziergängen, zum Joggen und als Fahrradweg zur Arbeitsstelle bzw. in das Stadtgebiet nutzen. Auf dem Weg zum Südsee muß die Bahnstrecke an dem Bahnübergang Berkenbuschstraße, auf dem Weg in die Innenstadt ein weiteres Mal an der Bahnüberführung Kennelweg, passiert werden. Auch das unmittelbar an der Bahnstrecke gelegene Kennelbad wird im Sommer von uns genutzt.

Die Transportstudie der GRS legt zugrunde, daß bis zu 100 % der Bahntransporte über den Rangierbahnhof Braunschweig geführt werden. Als weiterer Rangierbahnhof kommt der ebenfalls auf Braunschweiger Stadtgebiet, nahe den Ortschaften Stiddien und Geitelde gelegene Bahnhof Beddingen in Betracht. Für Atommülltransporte dürften sowohl die Bahn-

Texte zum Sachgebiet Nr. 8301

strecke >Rangierbahnhof - Broitzem - Bahnhof Beddingen - SCHACHT KONRAD< wie auch >Rangierbahnhof - Rüningen - Leiferde - Thiede - SCHACHT KONRAD< bedeutsam sein.

Auf evtl. genutzte Straßenverbindungen geht die Studie der GRS nicht ein. Es liegt nahe, daß bei Straßentransporten aus dem Westen über die A2, aus dem Osten über die A2 und aus dem Norden über die B4 jeweils die A39 die Verbindungsautobahn zum SCHACHT bilden würde. Hiervon geht auch die Gruppe Ökologie (Gruppe Ökologie: Gutachterliche Stellungnahme zu Gefahren durch den Transport radioaktiver Abfälle zum geplanten Endlager KONRAD für das Gebiet der Stadt Braunschweig; erstellt im Auftrag der Stadt Braunschweig, Juni 1991) aus. Als Ausweichstrecke für die durch örtlichen und überörtlichen Verkehr in diesem Bereich sehr stark belastete A39 kommt u.a. die B248, die direkt durch Rüningen verläuft (Thiedestr.), in Betracht (Stellungnahme im Auftrag der Stadt Braunschweig, a.a.O.).

Durch die ungünstige Lage unserer Wohnung gleich an drei potentiellen Transportstrecken und der Lage der täglichen Wege auf bzw. unmittelbar nahe zu diesen aber auch wegen der grds. stets vorhandenen Möglichkeit, sich im Stadtgebiet Braunschweig und in dem angrenzenden Umland in der Nähe eines Atommülltransportes aufzuhalten, besteht für uns die Gefahr einer überproportionalen Belastung durch radioaktive Niedrigstrahlung im Normalbetrieb. In ungünstigen Fällen sind laut Gruppe Ökologie (Stellungnahme im Auftrag der Stadt Braunschweig, a.a.O) im Zweischichtbetrieb Werte bis zu 0,8 mSv/a zu befürchten.

Bei den genannten Belastungspfaden besteht nicht nur die Gefahr der unmittelbaren Strahlenexposition bei dem Aufenthalt nahe der Transportstrecken oder an Orten der Akkumulation von Radionukliden. Es besteht zusätzlich die Gefahr, daß durch die belebte Natur (Vögel, zahlreiche Kaninchen etc.) oder durch Wettereinflüsse eine unkontrollierte Verbreitung der Radioaktivität stattfindet.

Weiterhin hätten wir mit einer internen Strahlenexposition durch den Verzehr von in betroffenen Bereichen produzierten Nahrungsmitteln oder von mit Emissionen (über die Luft oder durch Direkteinleitung: Aue) belastetem Trinkwasser zu rechnen.

In unserem Lebensbereich wäre eine Kumulation zu erwarten durch das Zusammentreffen der Schadstoffgrundbelastung mit den radioaktiven Emissionen der Anlage (einschließlich der synergetischen Effekte) und den Belastungen durch die Transporte. Insofern werden weder der Antragsteller noch bisher erstellte Gutachten der tatsächlich hier zu erwartenden Belastung durch das geplante Endlager gerecht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern:	1210	1800	8301

Ident.-Nr.: 8946

Eine unmittelbare Gefährdung durch Transporte, die Goslar per Bahn und Straße berühren.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern:	8301	0	0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8301

Ident.-Nr.: 9096

Ich erhebe Einspruch dagegen, daß Giftmüll im SCHACHT KONRAD gelagert wird. Auch deswegen , weil wir ganz dicht neben dem Bahnhof wohnen. Wenn so ein Strahlenwasser Zug hier vorbeikommt, und ein Hänger umkippt und der Tank auskippt, sind wir alle mit egelsaurestrahlenwasser verstra Wehe die Aue wird davon betroffen, die Kinder, die an der Aue spielen und es fällt ein oder zwei Kindern rein dann sind sie bald am Ende.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8900 8301 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8302

Ident.-Nr.: 68

Mit der geplanten Inbetriebnahme des Endlagers ist mit einem erhöhten Aufkommen an Atomtransporten zu rechnen. Es ist zu befürchten, daß auch ausländischer Atommüll eingelagert wird. Atomtransporte aus Belgien und evtl. Frankreich würden durch unseren Wohnort Aachen führen. Etwaige Unfälle könnten somit unser Leben und unsere Gesundheit gefährden.
Dies verletzt unser Grundrecht auf Leben und körperliche Gesundheit!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8302 0 0

Ident.-Nr.: 196

Durch die Inbetriebnahme von SCHACHT KONRAD droht das Transportvolumen durch die Region Düsseldorf zuzunehmen. Die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls mit katastrophalen Folgen würde ansteigen. Außerdem könnten mit Errichtung des EG-Binnenmarktes radioaktive Abfälle aus anderen EG-Ländern durch die o. g. Region nach Salzgitter transportiert werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 5210 8302 0

Ident.-Nr.: 276

Durch das geplante Atommüllager in der ehemaligen Eisenerzgrube SCHACHT KONRAD in Salzgitter werde ich in meinen Grundrechten, insbesondere meinen Rechten auf Leben, Gesundheit und Eigentum verletzt. Der Atommülltransport kann auch mein Eigentum hier in Rothenburg betreffen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8302 8500

Ident.-Nr.: 887

Die Transporte von Atommüll zu SCHACHT KONRAD bedeuten eine große Gefahr für Leben und Gesundheit der in der Umgebung der Transportstrecken wohnenden. Wegen der großen Einlagerungsmengen (200t täglich) ist das Unfallrisiko sehr hoch.
Durch die Entsorgung des Atommülls aus den AKW`s Lingen, Hamm-Uentrup, Mühlheim-Kerlich und Grohnde ist auch Bielefeld und Umgebung von Atommülltransporten betroffen.
Stör- und Unfälle mit katastrophalem Verlauf wirken nicht nur auf Leben und Gesundheit der Betroffenen, sondern ziehen auch eine weitreichende Verseuchung der Umgebung mit sozialen, ökologischen und ökonomischen Folgen nach sich. Ein Beispiel ist Tschernobyl. Das gilt nicht nur für den regionalen Betrieb, sondern auch für Unfälle während bundesweiter Transporte.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8302 0 0

Ident.-Nr.: 904

Durch den Transport des Atom-Mülls durch die BRD bin ich auch in Hannover in großer Gefahr durch mögliche Unfälle.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8302 0 0

Ident.-Nr.: 1079

Durch die Inbetriebnahme von SCHACHT KONRAD droht das Transportvolumen radioaktiver Abfälle durch die Stadt Köln zuzunehmen, welches jetzt schon ein nicht mehr zu vertretendes Ausmaß angenommen hat.
Mit der Errichtung des EG-Binnenmarktes und der damit verbundenen Freizügigkeit müssen Waren und Dienstleistungen EG-weit angeboten werden. Ein in Betrieb befindliches Endlager wird deshalb auch Atommüll aus anderen Ländern der EG annehmen müssen.
Der Transport radioaktiver Abfälle aus Belgien und Frankreich würde über den Verkehrsknotenpunkt Köln erfolgen; also direkt vor meiner Haustüre vorbei.
Das Gefährdungspotential für die Bevölkerung würde dadurch enorm ansteigen, da Unfälle weder bei Straßen- noch bei Bahntransporten auszuschließen sind.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8302 5210 0

Ident.-Nr.: 1190

Der Transport radioaktiver Abfälle aus dem ganzen westeuropäischen Ausland würde mit großer Sicherheit über Recklingshausen erfolgen, gleichgültig, ob es sich um Straßen- oder Bahntransporte handelt.
Das Gefährdungspotential für die Recklinghäusener Bevölkerung würde dadurch drastisch zunehmen. Zudem werden die örtlichen Behörden von den bevorstehenden, bedrohlichen Transporten nicht informiert und können sich deshalb nur unzureichend auf die möglichen Unfälle vorbereiten. Unfälle mit der Folge einer Freisetzung krebserregender, radioaktiver Inhaltsstoffe sind dabei nie auszuschließen.
Durch Atommülltransporte zu dem Endlager werden die Anwohner an den Transportstrecken unzumutbar radioaktiv belastet. Trotzdem werden die Transportrisiken bei der Planung des Endlagers nicht berücksichtigt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8302 1800 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8302

Ident.-Nr.: 1480

Die bisher über das Gebiet des Landeskreises Marburg-Biedenkopf geführten Transporte würden bei Inbetriebnahme des Endlagers SCHACHT KONRAD offensichtlich vervielfacht, so daß eine direkte Betroffenheit unseres Kreises durch das o.g. Planfeststellungsverfahren gegeben ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8302 0 0

Ident.-Nr.: 1504

Zunächst fühle ich mich in meinem Grundrecht auf körperliche Gesundheit bedroht, da möglicherweise durch die großen Einlagerungsmengen in SCHACHT KONRAD dieser Atommüll auch vermehrt durch Krefeld transportiert wird, es aber keine Sicherheitsvorkehrungen für Unfälle, bei denen Radioaktivität freigesetzt werden könnte, gibt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8302 0

Ident.-Nr.: 4159

Durch die Inbetriebnahme des Atommüllendlagers SCHACHT KONRAD würde sich das Transportaufkommen von radioaktivem Abfall durch Würzburg drastisch erhöhen (durch die Abtransporte aus den Atomkraftwerken Grafenrheinfeld, Ohu und Gundremmingen sowie aus dem Zwischenlager Mitterteich. Mit der Errichtung des EG-Binnenmarktes kann es zu weiteren Atommüll-Transporten, z. B. aus Italien, über Würzburg in das geplante Atommüllendlager SCHACHT KONRAD kommen. Das Gefährdungspotenial auch für die Bevölkerung von Würzburg wird drastisch zunehmen.)

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8302 0 0

Ident.-Nr.: 4470

Als Bürger der Stadt Karlsruhe, nur 10 km von Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK) entfernt, fühle ich mich durch das geplante Atommüllendlager besonders bedroht, da das Kernforschungszentrum als zentrale Forschungsinstitution für die atomare Entsorgung in der BRD und als Projektträger für die Endlagerung am Betrieb des Endlagers Schacht Konrad in sehr weitem Sinne beteiligt wäre:

a) Im KfK würden die zu entsorgenden Abfälle endlagerfertig verpackt werden
b) Da das Endlager Schacht Konrad für größere Mengen radioaktiven Mülls ausgelegt ist, als auch bundesdeutschen Quellen zu erwarten sind, befürchte ich im Rahmen der europäischen Integration eine Zunahme der Transporte durch Karlsruhe, wenn europäischer Müll im KfK der Deutschen Norm angepaßt wird, um ihn im ersten genehmigten Atommüllendlager Europas, Schacht Konrad, einzuliefern.
c) Das Kernforschungszentrum wurde, nach dem unter b) Geschilderten, zu einem noch größeren Zwischenlager als ohnehin schon (zur Zeit 220.000 Fässer zu je 200 l)

Texte zum Sachgebiet Nr. 8302

d) Die atomtransporte durch die Stadt Karlsruhe würden durch ein Endlager noch mehr zunehmen. Bisher gibt es weder von der Stadt Karlsruhe, dem Bundesamt für Strahlenschutz, der Physikalisch Technischen Bundesanstalt, noch von anderer Seite ein schlüssiges Katastrophen-Konzept für den Falll eines Unfalls.
e) Innerhalb des Karlsruher Stadtgebietes würde ein nicht genehmigtes Zwischenlager entstehen: der Güterbahnhof, wo Atomtransporte wegen Rangierarbeiten tagelang stehenbleiben, und (wie vor einiger Zeit geschen) neben leicht entzündlichen Gefahrenstoffen abgestellt werden.
f) Falls der Betrieb des Endlagers nicht reibungslos vonstatten geht, wäre das KfK zur Rücknahme großer Mengen Atommülls gezwungen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8302 1800 0

Ident.-Nr.: 5575

Weil ein großer Teil der deutschen und europäiscen Atommülltransporte durch Gießen geleitet wird.
Ich wohne mit meinen Angehörigen in der Nähe des Bahngleises.
Den verschiedenen Gutachten, die die Städte Braunschweig, Hamburg, Nürnberg, u.a. in Auftrag gegeben haben, habe ich entnommen, daß bei Atommülltransporten, Unfälle nicht zu vermeiden sind. Je häufiger solche Transporte durch unsere Stadt kommen, desto wahrscheinlicher wird ein Unfall mit Freisetzung radioaktiver Stoffe. Ich bin nicht bereit, die Gefahr, daß unserer Grundstück und unser Haus radioaktiv verseucht werden können, widerspruchslos hinzunehmen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8302 0 0

Ident.-Nr.: 5633

Das Endlager Schacht Konrad ist für größere Mengen radioaktiven Mülls ausgelegt, als aus bundesdeutschen Quellen zu erwarten sind. Die europäische Intergration, speziell ab 1993, läßt befürchten, daß auch Atommüll aus anderen Ländern eingelagert wird. Es ist dabei keinesfalls ausgeschlossen, daß die Transporte über Karlsruhe laufen, und zu erwarten, daß sie dort auf der deutschen Norm angepaßt werden. Die GRÜNEN KA verlangen die Offenlegung oder den Ausschluß von Planung in dieser Richtung durch den Betreiber.

Die zahlreichen Bedenken gegen die Tauglichkeit des Endlagers lassen keinen reibungslosen Betrieb des Endlagers erwarten. Bei Problemen wäre das KfK zur Rücknahme großer Mengen Atommülls gezwungen. Die GRÜNEN KA bestehen auf Planung, die dies ausschließen.

Sollte das Endlager Schacht Konrad genehmigt werden, wird das strahlende Material aus (2), (3), (4) und (5) z.T. mehrmals durch Karlsruhe und Umgebung transportiert. Diese Transporte addieren sich zu denen, die ohnehin schon durch die Stadt laufen. Die GRÜNEN KA wenden sich aus zwei Gründen hiergegen:
- Die Stadt Karlsruhe war weder in der Lage noch autorisiert, ihre Bewohner über Zeitpunkt, Frequenz und Ausmaß der Transporte zu informieren. Weder von der Stadt Karlsruhe, dem Bundesamt für Strahlenschutz (Bfs),der Physikalischen Technischen Bundesanstalt

(PTB), noch von anderer Seite liegt ein schlüssiges Katastrophenkonzept für den Fall eines Unfalls vor.
- Die GRÜNEN fühlen sich durch die Transporte gefährdet, bleiben die Atomtransporte doch stundenlang zu Rangierarbeiten im Karlsruher Stadtgebiet. Dabei ist es der Deutschen Bundesbahn noch nicht einmal möglich, dafür zu sorgen, daß Atomtransporte z.B. nicht eben leicht entzündlichen Gefahrenstoffen abgestellt werden (zuletzt dokumentiert am 09.05.91). Solche Gefahrentransporte finden in Karlsruhe aus in die Raffinerin täglich zu Hunderten über die Schienen und zu tausenden über die Straße statt.

DIE GRÜNEN KA verlangen, daß das BfS Gefährdung dieser Art in Zusammenhang mit Schacht Konrad 100%-ig auszuschließen vermag und ein Katastrophenkonzept für Karlsruhe vorlegt. Ferner verlangen die GRÜNEN KA, daß die Stadtverwaltung und die Bevölkerung Karlsruhe mindestens einen Monat im Vorraus über eventuelle Transporte durch Karlsruhe informiert werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 5210 8302 0

Ident.-Nr.: 5672

Der Transport von radioaktiven Abfällen zum geplanten Endlager über Straße und Bahn, birgt unverantwortliche Gefahren für die Bevölkerung Osnabrücks und Umgebung in sich. Die angebliche Sicherheit der Transportbehälter wird durch trotzdem nicht auszuschließende katastrphale Unfälle beim Transport egalisiert.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8302 0 0

Ident.-Nr.: 5748

Die erhöhten Risiken, die sich alleine schon mit dem Transport von radioaktiven Abfällen im Landkreis Harburg und insbesonders der Stadt Buchholz ergeben, Bundesautobahnen / Bundesstraßen Bremen/Hannover, Lüneburg, Stade, dasselbe Schienenverkehr mit Güterdrehscheibe Maschen, machen mich unfreiwillig zum Betroffenen, obwohl die Artikel 1 und 2 des Grundgesetzes ... Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit garantieren. So u. a. auch §1 Nr. 2 und 3 des Atomgesetzes.
Die Möglichkeit und Durchführung von Transporten von radioaktiven Abfällen verunsichern mich und meine Familie im erhöhten Maße.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8302 1500 0

Ident.-Nr.: 5785

Auch das durch die großen Einlagerungsmengen sehr hohe Transportvolumen Atommüll bedeutet eine Gefahr für Leben und Gesundheit, da dies das Unfallrisiko erhöht. Ich, als eine Bewohnerin der Stadt Bonn, bin bei Inbetriebnahme des Endlagers von derartigen Unfallrisiken ganz besonders betroffen, weil Atommülltransporte zu SCHACHT KONRAD aller Wahrscheinlic

keit noch auch durch Bonn führen werden (z.B. vom AKW Mühlheim-Kärlich, von der WAA La Hague und Sellafield). Desweiteren besteht die Möglichkeit, daß ich in einigen Jahren meinen Wohnort wechseln und in di Nähe von SCHACHT KONRAD ziehen werde. In einem solchen Fall wäre ich in viel verstärkterem Maße von Transport- und Betriebsunfällen sowie Katastrophen (z.B. einem Flugzeugabsturz auf die oberirdischen Gebäude d Schachtanlage) betroffen und würde zudem eine verminderte Wohnqualität erfahren.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8302 8507 0

Ident.-Nr.: 5838

Der Landkreis Harburg wird von den Bundesautobahnen A1, A7, A261, den Bundesstraßen B3, B4, B73 und B75, sowie den Haupteisenbahnstrekken Hamburg - Hannover und Hamburg - Bremen durchzogen. Auf dem Gebiet des Landkreises, nahe der Ortschaft Maschen, befindet sich ebenfalls einer der größten Rangierbahnhöfe Europas. Auf diesen Verkehrsadern werden bereits Transporte mit radioaktiven Abfällen durchgeführt.
Die Gefahren, die beim Transport nuklearer Abfälle zum geplanten Endlager Schacht Konrad ausgehen, sind nicht Gegenstand der Planungsunterlagen. Nach unserer Auffassung sind aber auch die aus den Transporten resultierenden Probleme im Planverfahren zu behandeln. Gutachten über die Sicherheit beim Transport von atomaren Abfällen für den Bereich des Landkreises Harburg sind deshalb anzufertigen.
Ein solches Gutachten wäre Bestandteil einer Umweltverträglichkeitsprüfung i. S. des UVP-Geetzes. Eine derartige Prüfung ist bisher unterblieben. Eine objektive Abwägung der Planung wird in Frage gestellt. Die Vollständigkeit der Planungsunterlagen, somit auch die Rechtmäßigkeit des Verfahrens wird angezweifelt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8302 1800 1400

Ident.-Nr.: 5852

Die Stadt Demlenhorst sieht ihre Belange durch die Einrichtung eines Atommüllendlagers im Schacht Konrad bei Salzgitter insbesondere durch die mit der Inbetriebnahme der Endlagerstätte verbundenen zielgerichteten Transporte radioaktiver Abfälle gefährdet. Aufgrund ihrer geographischen Lage in Verbindung mit den Gegebenheiten, sowohl des Straßen- wie auch des Schienenverkehrs, muß die Stadt Delmenhorst davon ausgehen, daß in derhöhtem Maße Transporte radioaktiven Abfalls durch ihr Gebiet geführt werden. Diese Einschätzung wird nicht zuletzt dadurch fundiert, daß durch die Eröffnung des EG-Binnenmarktes auch mit Zulieferungen von Atommüll aus anderen EG-Mitgliedsländern gerechnet werden muß. Bei Transporten z. B. aus Belgien und den Niederlangen könnten Verkehrswege durch Delmenhorst verstärkt frequentiert werden.
Das Gefährdungspotential für die Delmenhorster Bevölkerung wird in diesen Fällen drastisch zunehmen, zumal im Bereich des Schienenverkehrs nach geltendem Recht (Strahlenschutzverordnung) keine Genehmigungspflicht für durchlaufende Transporte besteht, Sicherheitsvorkehrungen durch die städtischen Ordnungsbehörden also nicht

getroffen werden können.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8302 5210 0

Ident.-Nr.: 7466

Vor allem auch die Bürgerinnen und Bürger Kassels können von Atomtranspo unfällen in Kassel in schwerwiegender Weise betroffen werden, denn entla der Bahnlinie und der Bundesautobahn A 7 befinden sich zahlreiche Wohn- und Gewerbegebiete. Zwar wird es - nach der herrschenden Rechtsprechung einer Gemeinde verwehrt, als Sachverwalter der Grundrechte ihrer Bürger aufzutreten. Da jedoch diese Beschränkung die Klagebefugnis einer Gemein de betrifft, wird die Stadt Kassel hierdurch nicht gehindert, im vorlie- genden Verfahren Einwendungen bezüglich potentieller Gesundheitsgefahren für die Kasseler Bevölkerung erheben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8302 0 0

Ident.-Nr.: 8916

Vor allem durch die Tatsache, daß der SCHACHT KONRAD bundesweite Atommülltransporte auslöst und diese auch unmittelbar durch meine Heimat den Enzkreis, führen werden. Denn die Stammstrecke Karlsruhe-Stuttgart-München führt direkt durch den Enzkreis hindurch.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8302 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8303

Ident.-Nr.: 8

Die Gefahr von Transportunfällen ist bisher nicht untersucht worden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8303 0 0

Ident.-Nr.: 18

Untersuchungen über das Transportrisiko für die Umgebung des Endlagers und der Haupttransportstrecken fehlen im Sicherheitsbericht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8303 0 0

Ident.-Nr.: 175

Es liegen keine detailierten Angaben über Art, Menge, Transportwege, Transportsicherung und Kontrolle des anzuliefernden Atommülls bei der Öffentlichkeit vor.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8303 5310 0

Ident.-Nr.: 253

Die Transporte der radioaktiven Stoffe durch Bahn und LKW zur Schachtanlage KONRAD sind nicht Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens, was ich hiermit als Mangel feststelle.
Die Behörden und die Betreiber einer Atommüll-Lagerstätte könnten nach einem Störfall beim Transport meine persönliche Sicherheit und Unversehrtheit ebenso wie die der Bürger Salzgitters nicht annähernd gewährleisten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1800 8303 0

Ident.-Nr.: 429

2. Ebenso ist uns unverständlich, daß im Planfeststellungsverfahren die Transportfrage ausgeklammert wird. Das starke Verkehrsaufkommen auf der A 39, der VW-Werksverkehr und der zunehmende Anteil von Kunden des Industrie- und Einkaufsgebiets SZ-Thiede ist erhöht unfallträchtig. Es ist ein hohes Risiko, Atommüll durch unser Wohngebiet zu transportieren. Wir befürchten daher, daß bei einem Transportunfall unsere Gesundheit sofort und direkt betroffen ist. Das dürfen sie nicht zulassen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1800 8303 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8303

Ident.-Nr.: 825

Die Gefährdungen durch die Transporte des Atommülls wurden weder berücksichtigt noch untersucht. Durch die hohen geplanten Einlagerungsmengen (200t/d) ist das Unfallrisiko jedoch sehr hoch. Durch das hohe Transportaufkommen wird der Braunschweiger Güterbahnhof durch das Rangieren und Stehzeiten der Atommüllzüge praktisch zu einem ungenehmigten Zwischenlager. Die Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung werden dabei überschritten werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1800 8303 0

Ident.-Nr.: 902

Es fehlen der Nachweis der Langzeitsicherheit sowie die Katastrophenschutzpläne. Die im Plan beschriebenen Unfallszenarien sind unvollständig und das Transportrisiko ist nicht abschätzbar bei der Menge der zu erwartenden Transporte.
Durch dieses hohe Unfallrisiko beim Transport des Atommülls fühle ich mich in meinem Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit stark beeinträchtigt und bedroht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2600 8303 0

Ident.-Nr.: 1057

Die ausgelegten Unterlagen enthalten im Sicherheitsbericht keine konkreten Angaben über die voraussichtliche Abwicklung des Transportes der radioaktiven Abfälle zu dem beabsichtigten Standort für das Endlager. Die Ausführungen beschränken sich insoweit auf die Darstellung der vorhandenen Verkehrwege. Eine Zuordnung des zu erwartenden Transportaufkommens auf die einzelnen in Betracht kommenden Verkehrswege erfolgt nicht. Das Transportrisiko kann deshalb nicht beurteilt werden. Es ist für die in der Nähe gelegenen Gebietskörperschaften nicht erkennbar, ob sie von den Transporten zum geplanten Endlager betroffen sind. Die aus dem Transport radioaktiver Abfälle resultierenden Risiken für die Bevölkerung im Einzugsbereich der Transportwege bleiben ungeklärt. Die Stadt Wolfsburg, die ca. 35km Luftlinie von dem geplanten Endlager SCHACHT KONRAD entfernt liegt, kann deshalb für die Stadt und ihre Einwohner aufgrund der ausgelegten Unterlagen ein Risiko nicht ausschließen. Sie muß vorsorglich davon ausgehen, daß Transporte von radioaktiven Abfällen durch das Stadtgebiet erfolgen und dadurch neue erhebliche Gefahrenquellen begründet werden. Zu nennen sind insbesondere die verschiedenen denkbaren Unfälle auf Straße, Schiene und Wasserwegen. Angesichts der beabsichtigten Einlagerungsmenge von ca. 200 t/d ist mit einem gesteigerten Unfallrisiko zu rechnen. Aus Sicht der Stadt Wolfsburg kommt in diesem Zusammenhang auch dem Umstand, daß nach Fortfall der innerdeutschen Grenze der Einzugsbereich der einzulagernden atomaren Abfälle sich grundlegend verändert hat, besondere Bedeutung zu. Die ausgelegten Unterlagen berücksichtigen diese Veränderungen nicht.
Die Stadt Wolfsburg macht sich im übrigen hinsichtlich der Transportrisiken die allgemeinen Aussagen des Gutachtens der Gruppe Ökologie, Hannover aus Juni 1991 zu eigen, das für die Stadt Braunschweig

Texte zum Sachgebiet Nr. 8303

erstellt worden ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1300 8303 0

Ident.-Nr.: 1090

Durch die anstehende Flut von Atomtransporten fühle ich mich hier in Freiburg besonders betroffen. Da "SCHACHT KONRAD" das einzige Atommüllendlager in ganz Europa sein wird, ist es nicht auszuschließen, daß Atomtransporte von Frankreich, der Schweiz und/oder anderen, weiter entfernt liegenden, südeuropäischen Ländern über Freiburg nach Salzgitter gebracht werden.
Die Strahlung, die von den Transporten ausgehen würde und die noch weitaus größeren Auswirkungen bei Unfällen, stellen ein Risiko für mein Leben und meine Gesundheit dar, das icht nicht bereit bin zu tragen und das ich auch mit meinen im Grundgesetz verankerten Grundrechten für unvereinbar halte. Deshalb wende ich mich dagegen, daß die Antragstellerin den Planfeststellungsunterlagen keinen Sicherheitsnachweis für Atomtransporte anfügt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8303 1500 1800

Ident.-Nr.: 1564

Durch ein Atommüllendlager "SCHACHT KONRAD" wird der Transport radioaktiver Abfälle durch das gesamte Bundesgebiet stark zunehmen. Insbesondere ist davon auch die Stadt München und die Umgebung der Transportstrecken im Münchner Raum betroffen.
Im Atommüllendlager soll ein großer Prozentsatz des Atommülls gelagert werden. Nach Inbetriebnahme werden nach und nach die derzeit in Zwischen lagern im In- und Ausland und in allen Atomkraftwerken lagernden Abfälle nach Salzgitter transportiert werden. Der Münchner Raum wird insbesonder durch den Abtransport aus den Atomkraftwerken Isar 1 und 2 und durch Ato mülltransporte aus Italien betroffen sein.
Die Gefährdung für die Bevölkerung im Münchner Raum und damit auch für mich wird erheblich zunehmen. Dazu kommt, daß die örtlichen Behörden nicht über bevorstehende Atomtransporte informiert werden. Damit sind sie nicht in der Lage, sich auf Unfälle mit einer Freisetzung von Radioaktivität vorzubereiten. Solche Unfälle sind jedoch, wie die Erfahrung zeigt, nie auszuschließen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8303 5210 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8303

Ident.-Nr.: 1836

Durch die Inbetriebnahme des geplanten Atommüllendlagers SCHACHT KONRAD bei Salzgitter, wird die Häufigkeit von Transporten radioaktiver Abfälle durch die Stadt Heidelberg zunehmen. Die zusätzliche Gefahr für die Bürger in dieser Region ist nicht zu verantworten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8303 0 0

Ident.-Nr.: 5789

Ich wohne in der Nähe des Rangierbahnhofes Mannheim, einem wichtigen Knotenpunkt für den Güterverkehr der deutschen Bundesbahn. Laut der Studie "Radioligische Auswirkungen von Abfalltransporten zum Endlager Konrad", erstellt von der Gesellschaft für Reaktorsicherheit im Auftrag des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sollen über diesen Bahnhof Transporte mit radioaktivem Müll aus Süddeutschland zum Atommüllendlager SCHACHT KONRAD durchgeführt werden. Immer wieder kommt es auf besagtem Rangierbahnhof zu Unfällen mit Gefahrgütern. Schon heute werden über Mannheim eine Vielzahl von Atomtransporten abgewickelt. Die Transporte nach SCHACHT KONRAD stellen eine zusätzliche Gefahr dar. Das Unfallrisiko wächst mit der Anzahl der Transporte. Gleichzeitig steigt die Gefahr für mein Leben und meine Gesundheit.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8303 0 0

Ident.-Nr.: 5925

Die GRS geht von Einschichtbetrieb aus. Da ein nicht wegzudiskutierender Entsorgungsdruck besteht, ist anzunehmen, daß nach einer gewissen Einarbeitungszeit in den Zweischichtbetrieb eingestiegen wird, zumal er beantragt wird.
Somit könnten aus den 0,4 mSv/a für die Anwohner besagten Bereiches bei
a) höchstzulässiger Ausschöpfung der Ortsdosisleistung
0,8 mSv/a
und bei
b) Zweischichtbetrieb und Annahme a)
1,6 mSv/a
werden.
Eine Erhöhung ist durch längere Standzeiten der Transporte (z. B. Wochenende) ebenfalls möglich.
Schon aus dem 1. Untersuchungsabschnitt (störungs- und unfallfreier Transpórt) it ersichtlich, daß die Strahlenbelastung durch die Transporte nicht unerheblich ist.
Ein Planfeststellungsverfahren ohne Einschluß der Transportproblematik kann eigentlich nicht als vollständig angesehen werden, zumal, wie bereits an derer Stelle bereits ausführlich erwähnt, die Folgen von Niedrigstrahlung wahrscheinlich weitgehend unterschätzt wurden

Texte zum Sachgebiet Nr. 8303

bzw. noch werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8303 1800 0

Ident.-Nr.: 5925

3. Mindestens ist auf das Grundlichste zu prüfen, ob die Transportrisiken durch verbindliche Regelungen des Planfeststellungsbeschlusses soweit wie irgend möglich minimiert werden können.
4. Demzufolge kann ein Planfeststellungsverfahren nur durchgeführt werden, wenn die Planfeststellungsunterlagen minutiös alle entscheidungsrelevanten Daten der vorgesehenen Transporte offen legen, damit die Planbestroffenen beurteilen können, ob und in welchem Ausmaß sie von den zu erwartenden Transporten zu "Schacht Konrad" betroffen sein werden.
5. Ferner sind die Risiken des Transportes umfassend durch Heranziehen geeigneter objektiv urteilender und vom wirtschaftlichen Interessengeflecht der Kernenergieindustrie unabhängiger Sachverständiger aufzuklären. Die Gutachten sind unter anderem den betroffenen Gemeinden und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8303 0 0

Ident.-Nr.: 5925

3. Mindestens ist auf das Grundlichste zu prüfen, ob die Transportrisiken durch verbindliche Regelungen des Planfeststellungsbeschlusses soweit wie irgend möglich minimiert werden können.
4. Demzufolge kann ein Planfeststellungsverfahren nur durchgeführt werden, wenn die Planfeststellungsunterlagen minutiös alle entscheidungsrelevanten Daten der vorgesehenen Transporte offen legen, damit die Planbestroffenen beurteilen können, ob und in welchem Ausmaß sie von den zu erwartenden Transporten zu "Schacht Konrad" betroffen sein werden.
5. Ferner sind die Risiken des Transportes umfassend durch Heranziehen geeigneter objektiv urteilender und vom wirtschaftlichen Interessengeflecht der Kernenergieindustrie unabhängiger Sachverständiger aufzuklären. Die Gutachten sind unter anderem den betroffenen Gemeinden und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8303 8306

Texte zum Sachgebiet Nr. 8303

Ident.-Nr.: 5926

Die Darstellung des Transportwesens ist völlig unzureichend.Die Zahl der Radioaktivitätstransporte in Salzgitter wird im Jahresmittel weit über jener bei allen anderen Atomanlagen der Bundesrepublik Deutschland liegen. Daraus resultiert für die Stadt Salzgitter und Umgebung ein spezielles Gefahrenpotential, das näher untersucht werden muß Weiterhin muß die vorhandene Verkehrsdichte und ihre Unfallhäufigkeit mit einbezogen werden. Insbesondere ist die Straßen- und Schienentrassenführung auf besondere Gefährdungsquellen zu untersuchen. Ein schwerer Transportunfall kann noch in über 1 km Entfernung vom Unfallort DekontaminationsmaBnahmen erforderlich machen, bei ungünstigen Windverhältnissen und dilettantischen Löschversuchen kann sich diese Entfernung vergrößern. Mit Einschränkungen bzw. Verboten bei der landwirtschaftlichen Produktion und Gartennutzung, im Wohn- und Lebensbereich der Menschen muß gerechnet werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8303 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen Hinweise, wie die Betreiber das Transportrisiko zu minimieren gedenken, es fehlen Hinweise über die Kontrolle der Atomtransporte, die Begleitmannschaften, die Verpackungen, die Transportgeräte, die abgegebenen Dosisierte, die Gefährdung durch Beschaffenheit der Straßen, Bahntrassen, Bevölkerungsdichte der Transportrouten, die Beschaffenheit der Transportrouten generell.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8303 0 0

Ident.-Nr.: 5927

L 3.2.4.1-4f.
Die Gemeinde Lengede kritisiert, daß lediglich die unmittelbare Erschließung durch Straßenanschluß und Gleisanschluß durch die Planfeststellungsunterlagen behandelt werden. Die Auswirkungen des Erschließungsverkehrs auf die nähere Umgebung durch die Bundesbahnstrecken und die Strecken der VPS bleiben unerörtert. Auf die entsprechende Ausführung im Kapitel I wird bezug genommen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8303 0 0

Ident.-Nr.: 6022

Allerdings beziehen sich die geltend gemachten Einwendungen nicht nur auf direkte Auswirkungen von Errichtung und Betrieb der Anlage. Es wird, wie oben dargestellt, von der Gemeinde vielmehr auch geltend gemacht, daß sie betroffen ist durch mögliche Schäden als Auswirkung des Transports der Abfälle durch ihr Gebiet, insbesondere durch hierbei möglicherweise auftretende Unfälle.
Die Planunterlagen machen zu diesem Risiko keine Angaben, wohl ausgehend von der Rechtsansicht, daß eine Abwägung des Transportrisikos im Planfeststellungsverfahren nach § 9 b AtG nicht zu erfolgen hat. Dies hätte zur Folge, daß die Gemeinde Rechtsverletzungen, die auf diesem Risiko beruhen, nicht einwenden könnte.
In der Tat geht die Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes vom 29.04.1987 (NVwZ 87,1069) davon aus, daß für Atomkraftwerke die Genehmigung nach § 7 AtomG sich nicht auf den Transport radioaktiver Stoffe bezieht und daher das Transportrisiko bei der Genehmigung solcher Anlagen eine Klagebefugnis gegen die erteilte Genehmigung nicht auslöst:
"Nach verwaltungsgerichtlicher Rechtsprechung bezieht sich nicht einmal die Errichtungsgenehmigung für ein Kernkraftwerk gemäß § 7 AtomG auf den Transport radioaktiver Stoffe (VHG Mannheim, DVB1 1984, 880; OVG Lüneburg DVB1 1983, 187(188))."
(vgl. NVwZ 1987, 1069 (1070)
In den vom Bayerischen Verfassungsgericht zitierten Entscheidungen geht es allerdings in erster Linie um die Frage, ob das Gebot zur Entsorgungsvorsorge Genehmigungsvoraussetzung für Kernkraftwerke ist. Dies wird mit dem Argument ausgeschlossen, daß dann der Kreis derjenigen, die durch eine mangelhafte Entsorgung in ihren Interessen berührt sind und damit klagebefugt wären, nicht mehr abgegrenzt werden kann.
Hieraus wird dann die Schlußfolgerung gezogen, daß der für die Entsorgung notwendige Transport eben auch nicht eine Klagebefugnis Dritter auslösen kann.
Diese ansonsten unbegründete Schlußfolgerung kann für die hier geplante Anlage und für die Betroffenheit der Gemeinde durch die dargestellten Transportrisiken nicht zutreffend sein.
Die Argumente für die Notwendigkeit der Berücksichtigung des Transportsisikos im Hinblick auf die Einwendungen der Gemeinde Vechelde seien nur kurz dargestellt:
Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß die Genehmigung von Transporten zum SCHACHT KONRAD nach §§ 8 ff. StrlSchV erfolgen werden. Es handelt sich um Einzelfallgenehmigungen, die aber auch als Einzelfall-Dauergenehmigungen erteilt werden können. Die Genehmigung bezieht sich auf den Transport auf öffentlichen oder der Öffentlichkeit zugägnlichen Verkehrswegen. Damit erscheint fraglich, ob eine Genehmigungsbedürftigkeit für den gesamten Schienenweg bis zum Inneren der Anlage gegeben ist, da das Merkmal der Öffentlichkeit von einem Teil der Anlagen der Bundesbahn und von der Anlage der Privatbahn Peine-Salzgitter nicht erfüllt wird. Damit ergeben sich für die Transporte zur Anlage hin Regelungslücken, die durch die zu erteilenden Transportgenehmigungen möglicherweise nicht ausgefüllt werden können.
Entscheidend ist aber, daß sich das von der Gemeinde eingewendete Risiko in erster Linie daraus ergibt, daß viele Transporte erfolgen werden. Die Abschätzung des Risikos beruht auf Wahrschein-

lichkeitsberechnungen, die erst aussagekräftig werden, wenn die Gesamtheit der Transporte in die Untersuchung einbezogen wird. Das Risiko ist also eine Folge der Menge der durchgeführten Transporte. Da aber die Transportgenehmigungen im Einzelfall erfolgen, bleibt das sich aus der Vielzahl ergebende Risiko unbeachtet.
Ebenso unbeachtet muß bei der Einzelfallbetrachung die durch die Vielzahl der Transporte entstehende Dauerbelastung mit Niedrigstrahlung bleiben.
Es besteht daher ein Ermittlungs- und Prüfungsdefizit für die Menge aller durchzuführenden Transporte, das bei der Erteilung der Genehmigung nach § 9 b AtomG Berücksichtigung finden muß.
Hierfür spricht zunächst der Wortlaut von § 9 b AtomG, der die Genehmigungsbedürftigkeit für "Errichtung und Betrieb" der Anlage vorschreibt und hierbei in Erweiterung der in § 7 AtG genannten Genehmigungsvoraussetzungen die Erteilung des Planfeststellungsbeschlusses auch davon abhängig macht, ob "von der Errichtung oder dem Betrieb der geplanten Anlage Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit zu erwarten sind...". Damit sind die Risiken, die sich notwendigerweise aus dem Betrieb ergeben, also auch das Risiko mit dem Transport der anzuliefernden Stoffe verbunden ist, bei der Genehmigung mit abzuwägen.
Dem entspricht auch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum Anlagenbegriff. Im Urteil vom 04.07.1988 (NVwZ 88, 1024 f) wird ausgeführt:
"Der Schutzzweck des Atomgesetzes verlangt, den gesamten auf Erzeugung, Bearbeitung, Verarbeitung, Spaltung oder (Wider-) Aufarbeitung von Kernbrennstoffen gerichteten Arbeitsprozeß mit jeweils allen nuklearspezifischen gefährlichen Arbeitsschritten, auch vorbereitenden und nachbereitenden wie der Lagerung, und diesen Aufgaben dienenden Einrichtungen der einheitlichen atomrechtlichen Anlagengenehmigung nach § 7 I AtomG zu unterwerfen, unabhängig davon, ob der nuklearspezifisch gefährliche Prozeß in einem einzigen Gebäude stattfindet oder einem fabrikartigen Gesamtkomplex betrieblich miteinander verbundener Teilanlagen und -einrichtungen."
Das Bundesverwaltungsgericht stellt also ab auf nuklearspezifische Risiken die in ursächlichem Zusammenhang mit dem Betrieb der Anlage stehen. Damit ist das Transportrisiko einzubeziehen, jedenfalls dann, wenn der Einwender unmittelbarer Nachbar der Anlage ist und für ihn das Transportrisiko durch die Konzentration der Transporte in der Nähe der Anlage eine besondere Bedeutung erhält.
Es sei darauf hingewiesen,daß im gesamten Umweltschutzrecht in der Regel nicht nur die schädlichen Umwelteinwirkungen, die von einer Anlage direkt ausgehen, sonder auch die durch den Betrieb der Anlage veranlaßten weiteren Umwelteinwirkungen nachbarlichen Rechtschutz auslösen.
Zu nennen ist hier beispielhaft die Rechtsprechung im Gaststättenrecht, nach der Nachbarn auch die Lärmbelästigungen durch den betriebsbedingten Verkehr zur Nachtzeit geltend machen können oder der anerkannte Rechtsschutz beim Betrieb von Anlagen nach dem Immissionsschutzgesetz betreffend den Anfahrt- und Abfahrtverkehr.
Auch im Baurecht sind nachbarliche Belange, die erst durch die Folgen der Nutzung eines Bauwerks enstehen, wie z. B. Zu- und Abfahrtsverkehr, als nachbarschützend anerkannt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1800 8303 0

25.03.1992

Texte zum Sachgebiet Nr. 8303

Ident.-Nr.: 9094

Um das Transportrisiko beurteilen zu können, bedarf es einer Analyse des Materialflusses. Auf den folgenden Seiten ist der Ansatz einer Materialflußanalyse aufgezeigt.

In keiner der zur Einsicht vorliegenden Unterlagen konnte ich einen vollständigen und lückenfreien Materialflußplan sehen, die Massenangaben springen von cbm (Brutto / Netto) über Transporteinheiten (TE) und Faßangaben. Dies ist eine Verschleierungstaktik, die in allen Unterlagen in eine Einheit umzusetzen ist. Danach sind die Pläne neu auszulegen.

Ich erwarte einen entsprechenden Plan mit einer vollständigen Simmulation um eine Aussage gemäß PTB nachvollziehen zu können.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8303 0

25.03.1992

Texte zum Sachgebiet Nr. 8304

Ident.-Nr.: 678

Gutachten, die die an den Transportstrecken liegenden Gemeinden erstellt haben, wurden nicht berücksichtigt. Auch die von Minister Töpfer angekündigte Studie zu Risiken eines Transportunfalles liegen noch nicht vor.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8304 0 0

25.03.1992

Texte zum Sachgebiet Nr. 8305

Ident.-Nr.: 38

Das Gefährdungspotential der Atommülltransporte stellt ebenfalls eine starke Beeinträchtigung der Lebensqualität der Region dar. Gleiches gilt für Städte und Gemeinden entlang der Transportwege.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8305 0 0

Ident.-Nr.: 51

Die Transportrouten führen an meinem Wohnort vorbei. Bei nicht endgültig auszuschließenden Unfällen müßte ich mit Verstrahlung rechnen.
Durch die Transporte wird meine Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Ich kann nicht mehr jederzeit die Transportrouten nutzen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8305 0 0

Ident.-Nr.: 253

Die Gefahren, die von einem Atommüll-Endlager ausgehen einschließlich eines Unfalls auf den Transportwegen, im Pufferlager und im Schacht selbst, betreffen mich als Arbeitnehmer in Salzgitter-Lebenstedt und in meiner Freizeit als Bürger der Stadt. Die große Mehrheit der Wissenschaftler, die ich bislang zu dem Thema gehört habe, weisen auf eine extreme Gefahr hin: Sowohl bei Unfällen als auch beim Normalbetrieb. Ich selbst halte diese Gefahr aufgrund meiner eigenen Beurteilung bei Genehmigung der Anlage für objektiv gegeben. Wenn KONRAD in Betrieb ginge, müßte ich mich also ständig bedroht fühlen. Mittelbar müßte ich daher auch ohne einen Unfall bei Dauerbetrieb langfristig psychisch leiden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8305 8403 2600

Ident.-Nr.: 255

Daneben gibt es auch noch eine gänzlich unerforschte seelische Belastung für alle Menschen, die in der Region des Endlagers bzw. in der Nähe der Transportwege wohnen, immer in dem Bewußtsein leben zu müssen, einer radioaktiven Strahlung ausgesetzt zu sein, ohne ausreichenden Schutz bei Katastrophen beim Betrieb der Anlage, bei Transportunfällen oder Einwirkung von außen und dem Wissen im Gebiet der größten Atommüllkippe der Welt zu leben (ASSE II, Morsleben und dann KONRAD), lassen auf Dauer keine seelischen Schäden bei der Bevölkerung ausschließen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 8305 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8305

Ident.-Nr.: 432

Das Verkehrsaufkommen in der Gemeinde Vechelde, das jetzt schon sehr hoch und kaum noch zu ertragen ist, steigert sich um ein Vielfaches. Der Lärm und die Abgase werden meiner Gesundheit schaden. Lebensqualität - davon werde ich nur noch träumen können!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8305 8502 0

Ident.-Nr.: 831

Ich fühle mich in meiner Wohnqualität durch das Atommüllendlager beeinträchtigt - sowohl im Alltag durch Atommülltransporte, die auf einer von meinem Wohnort nur 2 km entfernten Bahnstrecke möglich sind als auch im Urlaub in der Lüneburger Heide und der sonstigen schönen Gegend in der Nähe des Atommüllendlagers.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8500 8305 0

Ident.-Nr.: 1205

Nach einem Unfall wird unsere Gemeinde mit irreparablen Schädigungen konfrontiert: Die GÖK-Gutachter schreiben: "Ein Schutz vor der Strahlenbelastung durch Inhalation ist kaum möglich. Schutzmaßnahmen vor Bodenstrahlung und Verzehr radioaktiver Lebensmittel können und müssen ergriffen werden. Sie bedeuten jedoch schwerwiegende Eingriffe in das Leben der Bevölkerung: Räumung von Gebieten, Umsiedlung von Ortschaften, Abtragen der obersten Bodenschichten, Verbote für landwirtschaftliche Nutzung."
Es ist nicht einzusehen, warum unsere Gemeinde diesem Risiko ausgesetzt werden soll. Ich finde es sehr unangenehm, eventuell massiv verstrahlt zu werden, und danach noch umgesiedelt zu werden, meine Heimat für immer zu verlieren, sie entstellt zu sehen durch Bodenabtragungen. Anscheinend gilt Heimat nur dann als politisch wichtig, wenn sie auf dem Gebiet des polnischen Staates liegt; für diese Menschen, die sich nach fast einem halben Jahrhundert immer noch vertrieben fühlen, sind stets Bundesminister und Regierungspolitiker da, aber unsere Heimat im Herzen Deutschlands erscheint der gleichen Regierung nichts wert; die Landschaft, in der wir aufgewachsen sind und leben, wird bedenkenlos dem Risiko des völligen atomaren Auslöschens überantwortet.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8320 8340 8305

Texte zum Sachgebiet Nr. 8306

Ident.-Nr.: 258

Die Einrichtung eines Endlagers wird ein riesiges Transportaufkommen in Bewegung setzen. Die angestrebte tägliche Einlagerungsmenge deutet an, was über die Verkehrswege rollen wird. Bei dem gerade in der Bundesrepublik herschenden Bewußtsein zur Verkehrssicherheit und Fahrdisziplin ist vor allem der menschliche Faktor von herausragender Bedeutung für potentielle Unfälle mit radioaktivem Müll.
Die durch den EG-Binnenmarkt und den Ausbau der Ost-West-Bewegung noch weiter zunehmenden Transporte, die ja aus Umweltschutzgründen auch vermehrt auf die Schiene verlagert werden sollen, erhöhen ganz generell das Unfallrisiko. Weite Wege und eine hohe Frequenz der Transporte lassen hierbei die Wahrscheinlichkeit eines folgenschweren Unfalls mit transportiertem Atommüll auch in anderen Teilen der Republik - weit weg vom eigentlichen Endlager und möglicherweise im Ausland - unkalkulierbar werden.
Die Gefahr, diesen Müll letzlich wie jedes Wirtschaftsgut zu behandeln und hin- und herzuschieben, ist auch heute schon groß, wird aber unabschätzbar im Zuge der zunehmenden Zahl von Bewegungen und damit verbundener vermeintlicher Transportroutine und aufkommender Nach- und Fahrlässigkeit.
Abgesehen vom Unfallrisiko ist bei der hohen Frequenz der Transporte eine Sicherung gegen vorsätzlichen Mißbrauch oder Anschläge während der Bewegung über öffentliche Transportwege zunehmend unmöglich. Eine Sicherung des möglichen Endlagers wäre also in keinem Falle ausreichend, da durch seine Einrichtung das Risiko der Verstrahlung über die Transportwege zusätzlich in alle Durchfahrgegenden gebracht würde, so daß jeder Bürger betroffen sein könnte.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8306 0 0

Ident.-Nr.: 732

Durch die Grenzöffnung ist der Bahnverkehr auf der Strecke Hannover-Braunschweig erheblich gestiegen und damit auch die Gefahr von Transportunfällen durch menschliche bzw. technische Fehler.
Einen Bahnunfall mit Todesfolgen gab es Anfang 1991 in Vöhrum (Peine), einen weiteren Unfall mit erheblichem Sachschaden vor max. 3 Jahren im Bereich der Zuckerfabrik Wierthe. Hochgerechnet auf 40 Jahre Betriebsdauer komme ich auf 25 Unfälle auf nur 15 Bahnkilometer.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8306 0 0

Ident.-Nr.: 956

Stör- und Unfälle
Stör- und Unfallpläne des geplanten Endlagers sind unserer Meinung nach unzureichend. Es wurden nur Unfallmöglichkeiten für die Einlagerung direkt am Endlager erwogen. Für den Transport der radioaktiven Abfälle ist dies nicht der Fall. So werden z.B. Flugzeugabstürze als Restrisiko eingestuft. Nach der deutsch-deutschen Grenzöffnung gehört der Raum Salzgitter zum Tieffluggebiet für Militärmaschinen. Diese Tatsache erhöht das Unfallrisiko erheblich.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8306

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2600 8306 4800

Ident.-Nr.: 3086

Verkehrswesen
Straßenverkehr

Die Verkehrsbelastung auf allen wichtigen Straßen durch den 5-km-Standortraum wurde zuletzt 1985 ermittelt (3.1.6). Aufgrund der Grenzöffnung muß im grenznahen Gebiet, vor allem auch auf den Bundesautobahnen (hier A 39 und A 2 und den entsprechenden Umleitungsstrecken), mit einem deutlichen Anstieg des Verkehrsaufkommens gerechnet werden. Angesichts der zeitlichen Parallelität mit den Antransporten zu Schacht Konrad 2 müssen u.E. aktuelle werktägliche DTV-Werte (durchschnittlicher täglicher Verkehr) zur Ermittlung einer Zustandsanalyse, welche eine Prognose mit Gefährdungsabschätzung (z.B. Unfallrisiko von Transportern) zuläßt, herangezogen werden. Die aktuellen Unfallrisiken aus dem Bereich der A 39, A 2 und seinen Umleitungsstrecken sind unbedingt auszuwerten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1210 8306 0

Ident.-Nr.: 5925

23. Seit der Grenzöffnung ist in Geitelde verstärkter Flugverkehr wahrzunehmen (Sportflugzeuge, Militärmaschinen, Hubschrauber). Oft wird dabei der Übergabebahnhof Beddingen überflogen. Da alle Bahntransporte über den Übergabebahnhof Beddingen führen, wäre es zwingend erforderlich diesen Bereich mit in den Planunterlagen zu berücksichtigen und Vorkehrungen zu treffen für den Fall eines Flugzeugabsturzes in diesem Bereich.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8306 0 0

Ident.-Nr.: 5925

- Alle bislang betreiberseits vorgelegten Studien über die Transportwege (Straße, Schiene, Wasser) einschließlich der damit verbundenen Gefahren und Strahlenbelastungen sind nach Auffassung der Gemeinden mittlerweilse absolet, da sich die Verkehrsverhältnisse als Folge der deutschen Vereinigung und der Öffnung des Ostblocks grundlegend geändert haben. Die Planungsunterlagen sind druch die Ereignisse überholt, was etwa an den Verkehrszunahmen der gebündelt für Transporte vorgesehenen A2 einschließlich der dort erheblich gestiegenen Unfallzahlen ablesbar ist. Ein Ausweichen auf die Bundesstraßen (z. B. B1) würde die Gefahren wiederum erheblich potenzieren.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8306

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8306 0 0

Ident.-Nr.: 5925

- Alle bislang betreiberseits vorgelegten Studien über die Transportwege (Straße, Schiene, Wasser) einschließlich der damit verbundenen Gefahren und Strahlenbelastungen sind nach Auffassung der Gemeinden mittlerweilse absolet, da sich die Verkehrsverhältnisse als Folge der deutschen Vereinigung und der Öffnung des Ostblocks grundlegend geändert haben. Die Planungsunterlagen sind druch die Ereignisse überholt, was etwa an den Verkehrszunahmen der gebündelt für Transporte vorgesehenen A2 einschließlich der dort erheblich gestiegenen Unfallzahlen ablesbar ist. Ein Ausweichen auf die Bundesstraßen (z. B. B1) würde die Gefahren wiederum erheblich potenzieren.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8303 8306

Ident.-Nr.: 33006

Ich protestiere gegen die Einrichtung des Atommüllendlagers, da ich dadu im Rahmen der zunehmenden europäischen Vereinigung die Gefahr einer europaweiten Zunahme der Atommülltransporte nach Salzgitter sehe. Dazu geben mir u.a. die Größenberechnungen für SCHACHT KONRAD Anlaß.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 5210 8306 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8307

Ident.-Nr.: 262

In meiner Eigenschaft als Feuerwehrmann und Angehöriger des Katastrophenschutzes im Landkreis Peine, werde ich unmittelbar mit den verunfallten Fahrzeugen in Kontakt kommen. Hier kumuliert sich die radioaktive Belastung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8900 8603 8307

Ident.-Nr.: 410

Eine weitere Gefahr sehe ich darin, daß die Transportstrecken nicht veröffentlicht werden und Atomtransporte meines Wissens nur der Gefahrengutverordnung unterliegen, d. h., sie müssen außer den üblichen orangefarbenen Gefahrentafen (die für den Laien nicht zu deuten sind, da sie nur eine Nummerkennung tragen) nicht besonders gekennzeichnet oder geschützt werden. Aus meiner Erfahrung von der Arbeit im Rettungsdienst beim Arbeiter-Samariter-Bund Peine, der ich neben meinem Studium noch nachgehe, weiß ich, daß bei extrem schweren Verkehrsunfällen oft nicht einmal der Fahrzeugtyp eines PKW/LKW einwandfrei zu erkennen ist, geschweige denn, daß man Symbole auf der Außenfläche des Fahrzeugs noch identifizieren könnte. Bei Bränden mit starker Rauch- und Hitzeentwicklung hat man nicht einmal die Chance, in die Nähe des Fahrzeugs zu gelangen und die Kennzeichnung zu sehen. Bedenkt man dann, daß auch Plutonium transportiert wird (dessen Toxizität so groß ist, daß schon geringste Mengen tödlich sein können), habe ich Angst davor, bei einem solchen Rettungseinsatz verstrahlt zu werden, ohne effektiv vor der mir drohenden Gefahr gewarnt werden zu können.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8307 8320 8390

Ident.-Nr.: 649

Es gibt keine Inhaltsangabe auf den Behältern, daher ist eine Kontrolle nicht möglich und auch nicht vorgesehen. Die Feuerwehr und Polizei werden bei Unfällen stark gefährdet, da niemand weiß, womit er es zu tun hat.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 5310 8600 8307

Ident.-Nr.: 1205

Die Bundesbahn rechnet bei Unfällen auf der freien Strecke mit dem Einsatz lokaler Hilfsorganisationen. Bei einem Unfall eines Atommüllzuges wird das hier die freiwillige Feuerwehr sein. Unsere Ortsfeuerwehr ist für einen solchen Einsatz nicht ausgerüstet, ich bezweifele, daß irgendeine Ortsfeuerwehr in der Gemeinde im notwendigen Umfang über die entsprechende Ausstattung, z.B. Schutzanzüge, Geiger-Müller-Zähler, Dekontaminationsgerät etc. verfügt, allenfalls der Stützpunkt in Vechelde wird ein wenig Gerät für derartige Situationen vorhalten können.
Wie in Tschernobyl werden auch hier die Männer der freiwilligen Feuerwehr sich als Helden verheizen lassen dürfen, um Schlimmeres zu verhindern. Sie werden mit ihrer Gesundheit und sehr wahrscheinlich auch mit

Texte zum Sachgebiet Nr. 8307

ihrem Leben für die Verantwortungslosigkeit derjenigen einzustehen haben die stets Sachzwänge anführen, da ihnen eine maximale Absicherung zu teu er ist und die auf eine vernünftige Standortsuche und -erkundung verzich ten. Ca. 2 h beträgt die Alarmierungszeit der Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes. Diese sind jedoch hauptsächlich für den Einsatz im Verteidigungsfall, nicht aber für friedensmäßige Großschadensfälle ausge bildet und ausgerüstet. Auch werden sich die Mannschaften möglicherweise nicht im atomaren Chaos opfern lassen, da es sich größtenteils um junge Männer handelt, die den Dienst im Zivilschutz/erweitertem Katastrophen- schutz dem Wehr- oder Zivildienst vorgezogen haben.
Die Krankenhäuser der Umgebung sind nicht dafür eingerichtet, größere Mengen an Strahlenverletzten zu versorgen.
Eine Hilfe ist also bei einem Großschadensfall infolge eines Unfalles eines Atommüllzuges nur sehr eingeschränkt möglich. Noch nicht einmal Katastrophenschutzpläne liegen den Planungsunterlagen bei. Die Pläne sind damit unvollständig.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8320 8340 8307

Ident.-Nr.: 3123

Gefährdung durch die Transporte

Als aktives Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Vallstedt fühle ich mich besonders durch die große Zahl von Atommülltransporten auf Straße und Schiene durch das Gebiet der Gemeinde Vechelede gefährdet.
Der Bahntransport ist nicht ausreichend gekennzeichnet, jedes Unglück auf Schiene oder Straße kann mit der Freisetzung radioaktiven Material verbunden sein. Ein besondres gefährdeter Punkt der Bahnübergang Gr. Gleidingen.
Die in der Feuerwehrvorschrift FwDV 9/1 genannten materiellen Voraus- setzungen für einen Strahlenschutzeinsatz sind bei den Wehren im Land- kreis Peine nicht vorhanden, bei einem Unfall mir Brandeinwirkung wä- ren gerade die Einsatzkräfte der Polizei und der Feuerwehr durch Inkor- poratin von radioaktiven Material hoch gefährdet, da bei "den Maßnah- men des ersten Zugriffs" die Gefahren noch nicht bekannt sind.
Beim Einsatz zur Rettung von Menschenleben mutet die FwDV 9/1 25 rem bzw. 250 mSv zu; ich gehöre mit 47 Jahren zu den "alteren Feuerwehr- leuten", die bei gefährlichen Strahlenschutzeinsätzen bevorzugt werden.
Das Transportgutachten der GRS beschreibt zwar die Behältertypen, schon bei einem Aufprall von 30 km/h ist mit einem Behälterversagen zu rech- nen, der Transportwaggon - auch eine Neuentwicklung -, der die bis zu 15 t schweren Behälter sicher in der Verankerung halten soll, ist nach informellen Informationen bisher nicht erprobt.
Die von der Bundesregierung 1984 veröffentlichten "realistischen Test" bezogen sich auf den Castor-Behälter. Alle für die Sicherheit der Transporte auf Schiene und Straße relevanten Überprüfungen und Tests sind entweder unter Ausschluß der Öffentlichkeit oder gar nicht durch- geführt worden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8307 0 0

Ident.-Nr.: 7529

Ca. 80% des Atommülls sollen mit der Bahn, der Rest mit LKW transportiert werden.
Wir als Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer der VPS müßten täglich mehrere Atommülltransporte per Bahn abwickeln.
Nach einer Studie der GdED wären wir schon im unfallfreien Betrieb einer Strahlenbelastung ausgesetzt, die zumindest in gleicher Höhe mit derjenigen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern liegt, die in Atomkraftwerken beschäftigt sind. Trotzdem sollen wir noch nicht einmal als "beruflich strahlenexponierte Personen" eingestuft werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8307 0 0

Ident.-Nr.: 9060

Durch die großen Mengen anfallenden radioaktiven Abfalls aus der Bundesrepublik und mit dem Binnenmarkt wohl auch aus ganz Europa, wird ein intensiver Transport nötig werden. Durch die große Anzahl von Transporten wird sich das Unfallrisiko erhöhen.
Größten Teils finden die Transporte auf der Schiene statt.
Die Bahnlinien liegen aber überweigend in oder in der Nähe von dichtbesiedelten Gebieten und müssen fast ausnahmslos durch Personenbahnhöe gefahren werden.
Durch die jetzt schon bestehenden Engpässe in der Abfertigung kann (und wird es) passieren, daß die Atommüllwaggons stunden- bzw. tagelang auf den Rangierbahnhöfen (Personenbahnhöfen??) stehen müssen und dort schon zwischengelagert werden.
Als Bundesbahner mit einer später durchaus möglichen Verwendung auf solch einem Bahnhof würde ich mich nicht nur zu Hause, in der Freizeit, sondern, wie meine Kollegen auch, beruflich, praktisch also fast 24 Stunden radioaktiver Strahlung ausetzen.
Beim "Zwischenlagern" auf Bahnhöfen kann es durchaus vorkommen, daß Waggons mit Atommüll stundenlang neben Munitionszügen der Streitkräfte (Explosionsrisiko) stehen müssen.
Schlimmer ist aber, wenn Atommüllzüge neben Lebensmittelwaggons stehen müssen.
Wenn schon die Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung beim Rangieren überschritten werden, dann doch wohl erst recht beim stundenlangen "Zwischenlagern" auf den Rangierbahnhöfen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8330 8340 8307

Texte zum Sachgebiet Nr. 8308

Ident.-Nr.: 5927

"Wesentlich für diese Auswirkungen, oder auch für die Möglichkeit der Freisetzung bei Unfällen, ist der Transportbehälter. An die hier benutzten Behälter ... wird grundsätzlich nicht der Anspruch gestellt, daß sie total unfallsicher sein sollen, wie es bei anderen Behältern eigentlich gefordert ist, ... (...) Es werden also eingesetzt Betonbehälter, d.h. es sind 200 bzw. 400 l - Rollreifenfässer, also Fässer aus einem dünnen Stahlmantel, und diese Fässer werden ihrerseits in eine sog. "verlorene Betonabschirmung", d.h. in einen zylindrischen Betonbehälter eingestellt. Die zweite Behälterkategorie sind die Gußbehälter - in der Regel auch zylindrisch -; sie bestehen aus Grauguß und haben eine entsprechend dicke Wandung, so daß sie nicht nochmal extra in einen Betonbehälter eingestellt werden müssen, und die dritte Kategorie sind die Container, die sowohl aus Stahlblech als auch aus Stahlbeton oder aus Gußwerkstoff bestehen können. Diese Behälter können nun natürlich versagen, und zwar einmal durch mechanische Einwirkung, etwa bei einem Behälteraufprall, sie können versagen durch thermische Einwirkung, also z.B. durch ein Feuer, das im Laufe des Unfalles passiert. Sie können versagen durch eine Kombination von beidem und sie können schließlich auch versagen bzw. kann das Versagen begünstigt werden dadurch, daß die Behälter falsch gehandhabt worden sind oder dadurch, daß an den Behältern die Korrosion eingesetzt hat. Die mechanische Belastung bei einem Unfall ist dabei abhängig natürlich einmal von der Geschwindigkeit, die die Fahrzeuge fahren bzw. mit der der Behälter dann irgendwo aufprallt, dann natürlich von der Höhe, von der ein Behälter runterfallen kann, also etwa von Brücken. Weiter ist die mechanische Belastung davon abhängig, welche Form die Auftreff-Fläche hat, also ob es sich um eine spitze oder eine gerade Fläche handelt. Bei der thermischen Belastung hängt es vor allen Dingen ab von der Feuerdauer und von der Feuertemperatur. (Die Versagensgrenzen)... beruhen auf Angaben im wesentlichen des Projektes "Sicherheitsstudie - Entsorgung", einer Studie, die im Auftrag des Bundesforschungsministeriums 1985 durchgeführt worden ist. Wir sehen also, daß die Behälter versagen können. Die Betonbehälter ab einer Geschwindigkeit von 50 km/h, die anderen Behälter ab einer Geschwindigkeit von 35 km/h. Diese Betonbehälter, also bspw. verlorene Betonabschirmung, können bei thermischer Einwirkung ab einer Feuerdauer von mehr als 2 Stunden versagen bei entsprechenden Feuertemperaturen, bei den anderen Behältern muß man davon ausgehen, daß dort schon eine Feuerdauer von 30 Minuten ausreichen könnte, um diese Behälter zum Versagen zu bringen, d.h. Freisetzungen wären dann die Folge. Die Folgen solcher Unfälle kann man nun nicht im eigentlichen Sinne des Wortes berechnen, sondern sie können nur abgeschätzt werden (...)... Zwei Beispiele ... von möglichen Unfällen und deren Folgen: Ein Unfall mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit mit relativ geringen Freisetzungen würde eintreten, wenn der Behälter bei einem Aufprall versagt. Ein Teil des Inventars wird schlagartig und bodennah freigesetzt. Dann ist natürlich die Frage, welche Stoffe sind in diesem Behälter. Um zu vereinfachen, sind wir hier einmal davon ausgegangen, daß sich innerhalb der erlaubten Werte Plutonium oder Cäsium in den Behältern befunden hat. Für plutoniumhaltige Abfälle (beträgt) der Grenzwert ... 300 Millisievert .....
.....Dieser Grenzwert wird in Entfernungen bis zu 70 oder bis zu 90 m überschritten. Für den Fall, daß die Abfälle überewiegend Cäsium enthalten, spielt eine andere Exposition eine Rolle, nämlich die der

Texte zum Sachgebiet Nr. 8308

Bestrahlung von Außen. Die ... wird beurteilt anhand der 50-Jahre-Folgedosis, die auftritt durch die Strahlung der Ablagerung vom Boden und dort werden die empfohlenen Werte, die von internationalen Kommissionen ... noch bis in Entfernungen von 200 m übertroffen, bei so einem "leichten Unfall". Einzuleitende Maßnahmen können sein: Die Dekontamination verseuchter Flächen in diesem Bereich und eventuell auch Verzehrverbote für in diesem Bereich erzeugte Lebensmittel."
Die 70, 90, 200 m Zonen sind verschiedenfarbig in der Anlage 6 entlang der Bahn- und Straßentrassen, die voraussichtlich in Betracht kommen können, eingetragen.
"Im Beispiel "... geht es um einen Unfall, wo der Behälter ebenfalls durch mechanische Belastung versagt, aber anschließend es noch anfängt zu brennen. Die Freisetzung ist dann nicht schlagartig, sondern sie dauert länger an, wird durch die Flammen vorangetrieben und mit den Flammen werden die radioaktiven Partikel auch in die Höhe getrieben, d.h. die Freisetzung ist nicht mehr bodennah, sondern in dem Fall sind wir davon ausgegangen von einer Freisetzungshöhe von bis zu 150 m. (Bezogen auf die Werte für die Knochendosis bei Plutonium)... sind diese Grenzwertüberschreitungen in größeren Entfernungen zu erwarten, etwa in Entfernung 300 m und möglicherweise mehr."
In Bezug auf die Gamma-Bodenstrahlung des Cäsiums (werden) noch bei 1,5 km Entfernung die empfohlenen Werte, oberhalb derer die Dekontaminations-Maßnahmen durchgeführt werden müssen, wo Verzehrverbote erlassen werden müssen und wo in diesem Falle möglicherweise in einem Bereich von 500 m sogar Evakuierungsmaßnahmen in Betracht gezogen werden müssen, überschritten. Welche Maßnahmen letztendlich wirklich durchgeführt werden, muß von politisch Verantwortlichen entschieden werden. (...) Auf alle Fälle ist festzuhalten, daß die Auswirkungen auf die Bevölkerung, das Leben der Bevölkerung stark beeinträchtigt wird."

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8308 8350 0

Ident.-Nr.: 6022

Freisetzungsanteile:
In Folge eines Unfalls mit radioaktiven Abfällen werden Bruchteile des Inventars freigesetzt. Die Höhe der Freisetzungsanteile ist abhängig von den auftretenden Belastungen, den Behältereigenschaften und den Abfallformen. Experimentelle Untersuchungen gibt es jedoch nur für Teilbereiche; die Aussagen sind auch hier mit großen Unsicherheiten behaftet.
Vom radioaktiven Gesamtinventar des Endlagers sollen über 90% der Plutonium-Isotope und über 65% der Cäsium-Isotope in einer Zementmatrix konditioniert sein. Damit stellen zementierte Abfälle die größte Gruppe im Endlager dar (BfS 1990). Verschiedenen Quellen (z. B. (PTB 1986, Montserrat 1990, BfS 1990)) kann entnommen werden, daß zu über 50% Container als Behälter verwendet werden. Als repräsentatives Abfallgebinde kann daher ein Container mit zementierten Abfällen ausgewählt werden.
Für einen Container Typ V wurden in (GÖK 1987) folgende Freisetzungsanteile bei Bahntransportunfällen angesetzt:
-Mechanische Belastung bei einer Geschwindigkeit ab 50 km/h:
jeweils ca. 0,06% eines Sr-,Cs- oder Pu-beladenen Abfalls,
-Mechanische Belastung wie oben, gefolgt von thermischer Belastung durch Feuer: jeweils ca. 2% eines Sr- oder Pu-beladenen

Texte zum Sachgebiet Nr. 8308

Afalls, bzw. 4% eines Cs-beladenen Abfalls wird freigesetzt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8320 5260 8308

Texte zum Sachgebiet Nr. 8309

Ident.-Nr.: 6022

Auswirkungen von Unfällen beim Transport

Die Abschätzung der Folgen eines Transportunfalls mit Freisetzung radioaktiver Stoffe ist mit zahlreichen Unsicherheiten verbunden, weil viele Faktoren das Rechenergebnis beeinflussen. In (GÖK 1987) werden die Folgeberechnungen an den Störfallberechnungsgrundlagen (BMI 1983) orientiert vorgenommen (mit begründeten Abweichungen). Der grundlegende methodische Ansatz ist nach wie vor richtig.

Zu den im Gutachten berechneten Zahlenwerten und deren Bewertung ist jedoch anzumerken, daß sich seit 1987 Veränderungen ergeben haben. So wurde z. B. die Strahlenschutzverordnung novelliert und damit u. a. ein verändertes Dosiskonzept sowie neue Dosisfaktoren eingeführt. Weiterhin sind Entscheidungen über die Notwendigkeit von Schutz- und Gegenmaßnahmen nach einem größeren Unfall in (LA 1988) übernommen worden, diese wiederum bilden die Basis der Rahmenempfehlung für den Katastrophenschutz (IM 1989). Eine Berechnung und Bewertung der Unfallfolgen auf aktueller Basis findet sich in (GÖK 1991).

Grundsätzlich muß hinsichtlich der Gefährdung durch ionisierende Strahlung betont werden, daß Untersuchungen der letzten Jahre ein höheres Stralenrisiko offenbart haben, als dies bislang - insbesondere von den internationalen und nationalen Strahlenschutzkommission - zugrundegelegt worden ist. Das gilt sowohl für das Krebsrisiko nach Bestrahlung als auch für das genetische Risiko.

Zusammenfassend führen die in (GÖK 1987) entwickelten Unfallszenarien beim Transport zu folgenden Auswirkungen:

Ein Unfall mit mechanischer Belastung und anschließendem Brand verursacht die größten Folgebelastungen. Bei Cs-Inventar sind sehr hohe Bodenkontaminationen zu befürchten, die über Jahre und Jahrzehnte hinaus eine Strahlenbelastung durch Gamma-Bodenstrahlung verursachen. Der Störfallgrenzwewrt der Strahlenschutzverordnung (50 mSv) wird bis in drei bis vier km Entfernung vom Unfallort überschritten. In geringerem Abstand vom Unfallort übersteigt die Dosis im 1. Jahr nach dem Unfall 50 mSv, so daß - legt man die (hohen) Dosidrichtwerte aus (LA 1988) zugrunde) - zumindest die Bewohner eines Gebietes zwischen 250 und 500 m Entfernung vom Unfallort umgesiedelt werden müssen.

Bei Plutonium-Inventar kommt es ebenfalls zu massiven Bodenverseuchungen. Die Dosis für das am höchsten Belastete Gewebe Knochenoberfläche liegt unter "Standardbedingungen" (einer Atemrate von 20 l/min) zwar unterhalb des Störfallgrenzwertes von 300 mSv; bei körperlichen Tätigkeiten erhöht sich jedoch die Atemrate und es kann sehr wohl zu Grenzwertüberschreitungen durch Inhalation von Plutoniumverbindungen kommen.

Bei Strontium-Inventar des Abfallgebindes sind durch Verzehr belasteter Nahrungsmittel erhebliche Strahlenbelastungen möglich.

Die häufigste Unfallkategorie - Unfälle mit geringen, bodennahen Freisetzungen - führt nur in allernächster Nähe des Unfallortes zu nennenswerten Belastungen. Dort jedoch (bis in etwa 100 bis 200 m Entfernung) ist mit sehr massiven Bodenkontamination und entsprechend hoher Strahlenbelastung zu rechnen.

Ein Schutz vor der Strahlenbelastung durch Inhalation ist kaum möglich. Schutzmaßnahmen vor Bodenstrahlung und Verzehr radioaktiv belasteter Nahrungsmittel sind nur begrenzt möglich, sie können und müssen jedoch ergriffen werden. Sie bedeuten allerdings schwerwiegende Eingriffe in das Leben der Bevöler-

Texte zum Sachgebiet Nr. 8309

ung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8309 0 0

Ident.-Nr.: 9176

Die Strahlenbelastung für AnwohnerInnen von Bahnstrecken (z. B. Einfahrbereiche von Rangierbahnhöfen) kann beim "bestimmungsgemäßen Betrieb" nach Berechnungen der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) über der für AnwohnerInnen von ortsfesten Atomanlagen nach § 45 der Strahlenschutverordnung maximal zulässigen liegen. Dabei ist noch nicht sichergestell daß die GRS ausreichend konservativ bei der Berechnung vorgegangenist. Auf jeden Fall muß eine Belastung, die auch nur in der Größenordnung des Grenzwertes von 0,3 mSv/h liegt, sicher ausgeschlossen werden.

Die Auswirkungen von Freisetzungen radioaktiver SToffe nach einem Transp unfall sind schwerwiegend. Exemplarische Unfallbetrachtungen der Gruppe Ökologie führten zu zum Teil erheblichen Grenzwertüberschreitungen. Bei cäsiumbeladenen Abfällen kann es zur Überschreitung des Störfallgrenzwertes für die effektive Dosis (50 mSv) noch in mehreren Kilometern Entfernung von der Unfallstelle kommen. Auch Umsiedlungsmaßnahmen können notwendig werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8309 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8310

Ident.-Nr.: 53

Ich wohne
direkt neben der Bundesautobahn A7. Ich befürchte, daß bei einer Realisierung des Vorhabens künftig verstärkt Atomtransporte u.a. auch auf der A7 abgewickelt werden. Ich bemängele, daß die Gefahren, die durch diese Atomtransporte entstehen, nicht berücksichtigt wurden. Ich verlange eine Prüfung des Transportrisikos und Aussagen darüber, mit welchen Gefahren beispielsweise ich als Anwohner der BAB A7 und der Bundesstraße 214 zu rechnen habe. Ich bin unmittelbar durch die Atomtransporte vom geplanten Atomlager SCHACHT KONRAD betroffen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8310 0 0

Ident.-Nr.: 388

Dazu kommt, daß die A2, über die der Atommüll aus ganz Europa transportiert werden soll, nicht gegen Gefahren abgesichert ist.
Was würde geschehen, wenn mehrere dieser Lastwagen zusammenstoßen oder ineinander fahren? Der ganze Müll würde vermutlich auf der Straße liegen und Strahlen aussenden.
Besonders schädlich wäre dieses auch für kleinere Kinder, wenn dort irgendwo etwas von dem Müll herumliegen würde (z. B. auf Spielplätzen), das Lastwagen verloren haben. Die Kinder würden damit spielen und im schlimmsten Fall versuchen, kleinere Teile zu essen!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8310 0 0

Ident.-Nr.: 564

Da ich im Bosch-Werk, Salzgitter arbeite, fühle ich mich durch die täglich über die Autobahn fahrenden Atommülltransporte in meiner Gesundheit gefährdet, da das Bosch-Werk unmittelbar an der Autobahn liegt. Falls sich direkt vor dem Werk ein Verkehrsunfall ereignet, an dem ein solcher Transport beteiligt ist, ist nicht auszuschließen, daß atomare Strahlung an der Unfallstelle austritt und ich, da ich mich zwangsläufig in der Nähe der Strahlungsquelle befinde, eine nicht unerhebliche Strahlendosis abbekommen werde.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8310 8600 0

Ident.-Nr.: 682

Die Unfallgefahr auf den Straßen stellt eine zusätzliche Bedrohung für mich und meine Familie dar. Von Osten kommende Fahrzeuge werden bei der häufigen Verstopfung der A2 direkt über die östliche Ringverbindung (Hagenring, Altewiekring) fahren, die nur 200 m an meiner Wohnung vorbeiführt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8310 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8310

Ident.-Nr.: 723

Ich fühle mich bedroht durch die nicht auszuschließenden Störfälle in der Schachtanlage und Unfälle beim Transport des Atommülls auf Straße und Schiene, die ein Freisetzen radioaktiver Strahlung und damit eine weitreichende Verseuchung meines Wohngebietes und eine Evakuierung nach sich ziehen würde. Da ich jeden Tag die Strecke Salzgitter-Hannover mit dem Auto zurücklege, bin ich täglich der Gefahr ausgesetzt, in einen Unfall mit einem Atommülltransporter verwickelt zu sein. Auch bei Fahrten innerhalb des Salzgittergebietes, wo sich die Atommülltransporte konzentrieren, sehe ich mich einer großen Gefahr ausgesetzt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2600 8310 8320

Ident.-Nr.: 860

Für uns sehen wir zusäztlich im Falle einer Sperrung der A39 westlich von Westerlinde (Landkreis Wolfenbüttel) eine besondere Gefährdung an Leib und Leben unserer Familie, einbezogen eventuelle Kinder und Kindeskinder unserer Töchter da die Bedarfsumleitung die Transportfahrzeuge durch unseren Ort, direkt vor unser Grundstück mit etwa 5km Abstand zu den Kinderzimmern führen würde, denn die Stadt Salzgitter führt parallel eine Bebauungsplanänderung durch, mit dem Ziel die K2 in Salzgitter über den Schlesierweg in Osterlinde zu führen.
Die Wahrscheinlichkeit, daß menschlichs Versagen bei diesen Transporten zu nicht absehbaren Katastrphen führen und uns und unsere Familien so unmittelbar beinträchtigen können, ist in den Antragsunterlagen nicht ausreichend berücksichtigt worden. Wir wollen nicht mit einem hohen und nicht kalkulierbaren Risiko leben müssen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1800 8310 0

Ident.-Nr.: 1480

In unserem Landkreis befindet sich die Landessammelstelle Roßberg, die in die Transportwegebetrachtung ebenfalls einbezogen werden muß, wobei hier von Straßentransporten bzw. von kombinierten Straßen- und Schienentransporten mit Umladevorgängen ausgegangen werden muß, die das zu betrachtende Risiko erhöhen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8310 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8310

Ident.-Nr.: 1518

Auch durch den Transport auf der
Straße bin ich gefährdet, gerade in der heutigen Zeit, bei zunehmendem Straßenverkehr, ist diese Art der Beförderung radioaktiven Abfalls sehr unsicher, und die Wahrscheinlichkeit in einen Unfall mit einem Atommülltransporter verwickelt zu werden sehr hoch. Auf jeden Fall so hoch, daß ich mit einem solchen Risiko in Zukunft nicht leben möchte.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8310 8210 8320

Ident.-Nr.: 1831

Mein Wohnhoaus steht zudem direkt an der Kreisstraße in Alvesse.
Ein Unfall eines Gefahrguttransportes mit Atommüll würde auf unsere Famielie direkte Auswirkungen haben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 2520 8310

Ident.-Nr.: 2545

Die erhöhte Gefährdung durch Strahlenbelastung in Folge eines Verkehrsunfalles. Unser Waldgebiet erstreckt sich parallel zu B1 zwischen Groß Lafferde und Bettmar und liegt direkt an der Verbindungsstraße Peine - Klein Lafferde - Lengede - Salzgitter. Die Strecken sind sehr unfallträchtig, insbesondere auch durch Wildunfälle und durch eine erhöhte Verkehrsdichte steigt das Unfallrisiko weiter beträchtlich an.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8310 0 0

Ident.-Nr.: 3170

Von den Transporten gehen ebenfalls beträchtliche reale Risiken aus. Bei einem Unfall (wodurch auch immer ausgelöst, menschl. Versagen, Anschlag, Absturz) erfolgt die Freisetzung von radioaktiven Stoffen schlagartig, so daß eine Verstrahlung eintritt, bevor Schutzmaßnahmen ergriffen werden können. Dieses Problem wird nicht ausreichend erörtert.
Der Ort Oelber am weißen Wege liegt sehr dicht an der A7 und der A39. Im Falle einer Bedarfsumleitung werden die ungeklärten Transportrisiken auf eine Landstraße und eine Dorfstraße verlagert.
Eine Eisenbahnlinie führt ebenfalls in der Nähe vorbei, die möglicherweise zum Transport von Atommüll benutzt wird.
Auf meinem Weg zur Arbeit benutze ich mehrmals täglich die A39. Somit setze ich mich zusätzlichen Belastungen durch die Transporte aus.
Wo finde ich Arbeit, wenn junge Menschen mit Kindern die Region verlassen?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8310 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8310

Ident.-Nr.: 5492

Weiterhin sind Wechselwirkungen zu befürchten mit dem Verkehr auf der auch in der Groß Flöther Feldmark im Bau befindlichen Autobahn (A 395) und dem zu erwartenden Zubringerverkehr zur Auffahrt Flöthe aus Richtung Salzgitter-Bad.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8310 0

Ident.-Nr.: 5554

Ich fahre täglich von Braunschweig nach Salzgitter-Lebenstedt auf der stark befahrenen A391 zur Arbeit.
Im Bereich der sog. Westtangente zwischen den Abzw. BS-Lehndorf und BS-Rüningen sowie der Abzw. Salzgitter-Thiede kommt es häufig zu Staus und Unfällen (ebenso auf der Sudumgehung von BS.
Der Transport von Atommüll auf diesem Verkehrsweg würde sowohl den Verkehrsfluß zusätzlich beeinträchtigen als auch für Anwohnertum und Autofahrer/innen ein besonderes Gefahrenpotential z. B. in Form von Strahlenrisiko bei Verwicklung der Transportfahrzeuge in Unfälle darstellen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8310 0

Ident.-Nr.: 9281

Die Autobahn A 39 ist als Transportstrecke ausgewiesen. Der tagliche Anfahrtsweg meines Mandanten zu seinem in Braunschweig gelegenen Arbeitsplatz führt genau über diese Autobahn als kürzeste Entfernung. Er kann sich bei der oben beschriebenen Geheimhaltung der Transporte so gut wie gar nicht auf diese Störungen einstellen, er wird haufiger plotzlich und unerwartet in solch einen Transport und die damit einhergehenden Sicherheitsmaßnahmen geraten, wird Zeitverzug und/oder unvorhergesehene Kontrollen erleiden und wird hierdurch ebenfalls unzumutbar in seinen personlichen Freiheitsraumen eingeengt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8310 8390 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8320

Ident.-Nr.: 81

Meine Familie, Ehefrau, die Töchter und ich, bewohnen eine Eigentumswohnung in Vechelde. Die Straße liegt im Westen Vecheldes und wird vom Kernort durch die in unmittelbarer Nähe (40 bis 45 m) verlaufende Bahnlinie Hannover - Braunschweig - Berlin "getrennt". Diese Bahnlinie ist die Hauptstrecke für den Atommülltransport nach Bleckenstedt. Darüber sind wir sehr betroffen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8320 0

Ident.-Nr.: 92

In unmittelbarer Nähe unseres Grundstückes führt ein Schienenweg von P+S vorbei, der auch als Transportweg für den Atommüll genutzt werden könnte. Die Bahnstrecke Vechelde - Braunschweig ist nicht weit entfernt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8320 0 0

Ident.-Nr.: 410

Die Gefahren der atomaren Transporte sind meiner Meinung nach nicht genügend untersucht, so wurden z. B. Gutachten über Unfallhäufigkeiten der an den Haupttransportstrecken liegenden Gemeinden nicht berücksichtigt. Da ich in unmittelbarer Nähe zu diesen Transportwegen wohne (Kreuzung von B 444 und B 1; nur wenige Kilometer Entfernung zur Bahnlinie Peine - Vechelde - Braunschweig; Bahntrasse von P + S, die von Peine über Ilsede nach Salzgitter führt und Groß Lafferde westlich und südlich umgreift), halte ich die daraus resultierenden Gefahren für nicht zumutbar. Zumal die lange Betriebsdauer und die große Anzahl der Transporte einen Unfall sehr wahrscheinlich machen und sich die Zahl der Atomunfälle nach Grenzöffnung drastisch erhöht hat (siehe Verkehrssituation auf der A 2). Eine weitere Gefahr sehe ich darin, daß die Transportstrecken nicht veröffentlicht werden und Atomtransporte meines Wissens nur der Gefahrengutverordnung unterliegen, d. h., sie müssen außer den üblichen orangefarbenen Gefahrentafen (die für den Laien nicht zu deuten sind, da sie nur eine Nummerkennung tragen) nicht besonders gekennzeichnet oder geschützt werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8307 8320 8390

Ident.-Nr.: 518

Das Transportsystem Bahn, mit dem der radioaktive Abfall zur potentiellen Endlagerstätte SCHACHT KONRAD transportiert werden soll (80 - 90 % aller Transporte zum SCHACHT KONRAD sollen über die DB abgewickelt werden), bietet laut statistischen Unfallerhebungen zu wenig Sicherheit, um Unfälle während des Transports und damit einen möglichen Austritt radioaktiver Strahlung mit Sicherheit auszuschließen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8320 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8320

Ident.-Nr.: 743

Ich fühle mich bedroht durch die Atommülltransporte aus allen Teilen Deutschlands zum SCHACHT KONRAD. Besonders auf der nahegelegenen Bahnlinie Gifhorn - Braunschweig (Luftlinienentfernung von unserer Wohnung: 1 km!) kann es zu umfangreichen Transporten, z.B. von Gorleben zum SCHACHT KONRAD, kommen.
Hinzu kommt die permanente Bedrohung durch das Verschieben und Rangieren der radioaktiven Abfälle auf dem Braunschweiger Hauptgüterbahnhof (Entfernung von unserer Wohnung 2,5 km).
Beim Rangieren und Umladen von Gütern gibt es jährlich eine bestimmte Anzahl von Unfällen, durch menschliches Fehlverhalten verursacht, die besondere Gefahren und Konsequenzen beim Verladen und Rangieren atomaren Materials beinhalten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8310 8320 0

Ident.-Nr.: 834

Da ich in Broitzem wohne, bin ich Anlieger der Bahnlinie Hannover bzw. Hildesheim-Braunschweig, auf der alle Atomtransporte, auch die später komplett zusammengestellten "KONRAD-Güterzüge", zum Schacht rollen. SCHACHT KONRAD ist bisher als einziges Atommüllendlager Europas in einer konkreten Planungsphase. Mindestens 95 % des aufkommenden nationalen Atommülls sind für SCHACHT KONRAD vorgesehen. Angesichts der Wiederaufarbeitung in La Hague und Sellafield werden auch von dort Atommülltransporte nach Salzgitter rollen, wie auch von sämtlichen deutschen Atomanlagen. Daher werden sehr viele Atomtransporte zu erwarten sein. Da die Verpackungsvorschriften europaweit nicht einheitlich sind, weiterhin die Atommüllskandale um Nukem und Transnuklear zeigen, daß selbst die bundesdeutschen Vorschriften gern umgangen werden, ist mit einer erhöhten radioaktiven Belastung der Anwohner der Bahnlinie zu rechnen, mit all den bereits oben erwähnten Folgen dür die Gesundheit, somit auch für meine.
Die Gefahren durch Transporte werden in den Planungsunterlagen nicht behandelt. Angesichts des zunehmenden Verkehrs auf den Straßen und Schienenwegen steigt das Unfallrisiko ständig. Auf dem Braunschweiger Güterbahnhof, wo 90 % der Atommülltransporte zwecks Rangieren einen Zwischenstop einlegen müssen, entsteht somit ein Zwischenlager, welches in den Planunterlagen nicht vorgesehen ist. Etwa alle 5 bis 10 Min. passieren Züge den Bahnübergang Timmerlah. Zwischen Broitzem und Timmerlah

Texte zum Sachgebiet Nr. 8320

liegen die Weichen, die die "KONRAD-Züge" auf dem Weg zum SCHACHT überqueren müssen, dabei kreuzen sie die Bahnlinie Berlin-Braunschweig-Hannover. Das S-Bahn-Unglück bei Rüsselsheim belegt, welche verheerenden Folgen eine falsch gestellte Weiche haben kann. Da die Fernzüge hier etwa mit 160 km/h durchfahren, braucht niemand viel Phantasie, welche Auswirkungen hier eine falsch gestellte Weiche in Zusammenhang mit einem falsch gestellten Signal haben. Hier reicht menschliches Versagen aus, um ein schweres Unglück mit Bersten der CASTOR-Behälter, anschließendem Brand und Freisetzen großer Teile der Radioaktivität zu bewirken!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 1800 8320

Ident.-Nr.: 1067

Die geographische Lage macht Hannover verkehrstecnisch zu einem Knotenpunkt für Atommülltransporte. Der Rangierbahnhof Seelze, unmittelbar an das Stadtgebiet Hannovers angrenzend, ist von zentraler Bedeutung für die Zusammenstellung von Güterzügen für den gesamten norddeutschen Raum. Der Güter- und Ranierbahnhof Linden ist ebenfalls ein Knotenpunkt mit überregionaler Bedeutung. Güterzüge, die einen der beiden genannten Bahnhöfe anfahren oder verlassen. müssen das Stadtgebiet Hannovers durchqueren.

Durch die Häufung von radioaktiven Transporten im Stadtgebiet steigt zum einen zwangsläufig die Unfallwahrscheinlichkeit mit der Zahl der gefahrenen Transportkilometer bzw. der Anzahl durchgeführter Rangierbewegungen. Im Zusammenhang mit Rangierarbeiten kann es zu längeren Aufenhalten (mehrer Stunden, evtl. auch Tage) dieser Transporteinheiten und damit zu einer erhöhten - möglicherweise auch gesundheitsbeeinträchtigenden - Strahlen-Exposition in unmittelbarer Nähe dieser Schienenwege kommen. Damit ist gleichzeitig die Frage nach angemessenem Schutz für die Anlieger zu stellen.

Sowohl im Normalbetrieb, aber insbesondere auch bei evtl. Unfällen, bin ich bei durch die Bundesbahn ausgeführten Atommülltransporten aus zwei Gründen besonders betroffen:

1. Von 15.08.1991 an habe ich meinen Arbeitsplatz am Braunschweiger Platz, ca 50 m entfernt von der Hauptstrasse in Richtung Braunschweig / SCHACHT KONRAD.

2. Ich benutze auf dem Weg zu meinem Arbeitsplatz die Bundesbahn von Völksen bis Hannover-Hauptbahnhof, wobei ich u.a. durch im Bahnhof Hannover-Linden stehende oder rangierende Atommüll transporte besonders betroffen bin.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8320 8330 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8320

Ident.-Nr.: 1095

Da der Atommüll nicht in der Schachtanlage oder ihrer unmittelbaren Nähe produziert wird, muß die gesamte Menge zur Endlagerstätte SCHACHT KONRAD transportiert werden. Der Standort der Anlage ist also entscheidend dafür, daß die Atomtransporte durchgeführt werden. Insofern sind die von Atomtransporten ausgehenden Gefahren ein relevanter Einwendungsgrund, insbesondere wenn, wie in unserem Fall, die Schachtanlage sich in Sehweite befindet, die Bahnstrecke mit dem größten Aufkommen an Atomtransporten weniger als dreihundert Meter entfernt ist und der gesamte Atommüll in weniger als 4 Kilometern Entfernung an unserem Haus befördert wird (Groß Gleidingen).

Das Ausmaß der zu erwartenden Transporte allein stellt schon eine Gefährdung dar: 95% des gesamten angefallenen und zukünftig anfallenden Atommülls werden in SCHACHT KONRAD eingelagert. Davon werden schätzungsweise 90% per Bahn trannsportiert, der Rest über die Straße. Insgesamt sind wahrscheinlich 6.100 Transporte im Jahr zu erwarten mit ca. 200 t täglich transportierendem Atommüll.

Die gesamte Schienenanbindung verläuft über Vechelder Gemeindegebiet, sowohl auf der Strecke Lehrte/Groß Gleidingen/ Braunschweig wie auch von Hidlesheim über Groß Gleidingen nach Braunschweig. Voraussichtlich werden Streckenabschnitte doppelt befahren, da der Umschlag auf dem Braunschweiger Hauptgüterbahnhof erfolgen wird und von dort aus wiederum auf dem Schienenwege ein Transport über Groß Gleidingen zur Schachtanlage erfolgen wird.

Es liegen ausführliche statistische Berechnungen bezüglich des Schienentransportes durch das für die Gemeinde Vechelde eingeholte Gutachten der Gruppe Ökologie/Hannover (GÖK) vor.
Zusätzlich hat auch die Stadt Braunschweig ein entsprechendes Gutachten anfertigen lassen, das zu bestätigenden Ergebnissen kommt.
Anhand sämtlicher verfügbarer Berechnungskomponenten(z.B. auch zu erwartender Behältertypen, Berücksichtigung von Zahlenmaterial der Deutschen Bundesbahn usw.) hat die GÖK ein Unfallrisiko von 1 : 72 Jahren ermittelt, d.h. ein Unfall mit Beteiligung eines Atommülltransportes auf dem Schienenwege geschieht statistisch gesehen alle 72 Jahre. Dieses ist eine Wahrscheinlichkeitsgröße, die die Gefährlichkeit der Transporte drastisch aufzeigt.
Die Berechnungen durch die GÖK haben ergeben, daß nach der statistischen Wahrscheinlichkeit 7,5% Unfälle mit Brandereignissen zu tun haben werden und das in knapp 50% aller Fälle radioaktive Stoffe freigesetzt werden.
Mit knapp 70% -iger Wahrscheinlichkeit werden zukünftige Eisenbahnunglücke im Rahmen des Atommülltransportes im Bahnhofsbereich stattfinden; der mit Abstand kritischte Punkt befindet sich insoweit am Südrand von Groß Gleidingen: an dieser Stelle treffen die beiden Bahnlinien zusammen, außerdem befindet sich dort ein höhengleicher Bahnübergang.Für die Berechnung der Unfallhäufigkeit des Schienenweges ist neuerdings von Bedeutung, daß das Bahnaufkommen in West-Ost Richtung aufgrund der veränderten politischen Rahmenbedingungen erheblich zugenommen hat.
Von der GÖK sind für den Schienentransportweg genaueste Untersuchungen hinsichtlich etwaiger Folgen von Unfällen vorgenommen worden.
Die Schwierigkeit dieser Berechnungen ist dadurch begründet, daß eine

Texte zum Sachgebiet Nr. 8320

Vielzahl von Komponenten zu berücksichtigen sind (z.B. die konkreten Witterungsverhältnisse, Art und Ablauf des Unfallgeschehens, Art der konkret betroffenen Stoffe usw.)
Jedenfalls ist z.B. im Falle eines Bahnunglücks bei dem transportiertes Plutonium betroffen wird, davon auszugehen, daß eine direkte Gefahr für Menschen und Lebewesen in einem Umkreis von mehreren hundert Metern um die Unfallstelle besteht. Daß Plutonium bei einem Unfall betroffen wird, kann als wahrscheinlich gelten, da erhebliche Mengen dieses Stoffes über die Wiederaufarbeitung in den Atommüll gelangen.
Auszugehen ist dabei von einer Menge von ca. 4.800 kg. Sollte diese Menge stimmen, müßten fast alle Transporte aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague die in der Strahlenschutzverordnung festgelegten Grenzwerte erreichen oder sogar überschreiten.
Mindestens wahrscheinlich ist eine Verseuchung des Bodens und der Luft, was das Abtragen des Bodens oder schlimmstenfalls eine Umsiedlung zur Folge haben kann.
Spätestens bei Transportunfällen, greifbar aber auch bei jedem anderen Unfall im Rahmen der Einlagerung, wird deutlich, daß es notwendige Katastrophen-bzw. Zivilschutzpläne gibt. Das bedeutet, ein wirksamer Katastrophenschutz ist nicht vorhanden und wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch in Zukunft nicht vorhanden sein. Die Bevölkerung wird im Falle eines Unfalles mit Freisetzung von Radioaktivität nicht geschützt werden.
Kennzeichnend hierfür ist z.B. auch, daß die Atommüll transportierenden Güterwaggons der Bundesbahn kaum entsprechend gekennzeichnet sind. Dies erschwert der Feuerwehr im Falle eines Brandes das zielgerichtet richtigte Eingreifen. Überhaupt kann bei der mangelnden Ausrüstung und Ausbildung der Feuerwehr in bezug auf Unfälle mit strahlenden Materialien ein sicheres Eingreifen nicht erwartet werden. Evtl. vorhandene Spezialtrupps werden, da nicht die gesamten Bahnstrecken ständig kontrolliert werden können, immer erst mit großem Zeitverzug eintreffen. Zu diesem Zeitpunkt werden die meisten der durch den Unfall in Gang gesetzten Folgen schon eingetreten sein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8320 8310 0

Ident.-Nr.: 1907

Ferner sehen wir eine sehr große Gefahr für Leben und Gesundheit durch den Transport zum Atommüllendlager, da die Erzbahn, die dort hinführt, direkt durch den Ortskern Lengede führt. Diese Bahnstrecke beinhaltet (innerhalb des Ortes) mehrere unbeschrankte Bahnübergänge und Fußgängerüberwege, an denen leicht Unfälle mit anderen Kraftfahrzeugen (wie auch schon in der Vergangenheit geschehen ist) passieren können.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8320 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8320

Ident.-Nr.: 4647

b) Der Schienenverkehr auf den Strecken Hannover - Braunschweig und Hildesheim - Braunschweig hat nach dem Beginn des Sommerfahrplanes 1991 sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr drastisch zugenommen (IC-Verkehr, Taktsystem). Die geplante weitere Erhöhung der Zugfrequenzen und der Durchschnittsgeschwindigkeit führen zu vermehrten Aufenthalten von Güterzügen in Unterwegsbahnhöfen (Überholungen durch schnellere Züge) und einem erhöhten Unfallrisiko. Hierbei sei auf die hohe Anzahl von höhengleichen Bahnübergängen entlang der geplanten Transportwege hingewiesen. Als besonderer Gefahrenpunkt ist hierbei der Bahnhof Groß Gleidingen zu nennen, den jeder Transport aus Richtung Westen zweimal durchläuft (Transport zum Umschlagbahnhof Braunschweig Rbf und zurück zum Übergabebahnhof Beddingen). Weiterhin zweigt in diesem Bahnhof die Strecke 265 (BS-Hildesheim) von der Strecke 230 (BS-Hannover) ab, was eine weitere Gefahrenquelle darstellt. Erhebliche Sicherheitskriterien birgt der Umschlagplatz Braunschweig Rbf, da dessen Gelände aufgrund seiner Ausdehnung nicht abgesichert und im eigentlichen Sinn auch nicht bewachbar ist. Da die Aufenthaltszeiten der mit radioaktivem Abfall beladenen Waggons nicht festgelegt sind, muß man das Bahnhofsgelände als atomares Zwischenlager betrachten, das eine erhebliche Gefahr für die dort Beschäftigten und die Anwohner (Lindenbergsiedlung, Helmstedter Straße, Borsigstraße) darstellt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8320 0 0

Ident.-Nr.: 4649

Eine weitere große Gefahr stellt die dauernde Brandgefahr an der Bahnstrecke dar, da die Strecke zum Transport flüssigen Eisens genutzt wird, was ständig zu Bränden führt.
Der in der vom Bundesumweltminister vorgelegten Transportstudie Konrad' nach eigener Bewertung aufgestellten Behauptung, daß die von den Transporten, voraussichtlich 3400 im Jahr, ausgehenden Gefahren nicht ins Gewicht fallen, muß ich nach einigen Erkenntnissen und Erfahrungen auf das Schärfste widersprechen.
Durch die zu erwartende große Anzahl zusätzlicher Transporte auf der Bahnstrecke Peine - Salzgitter wird die Grenze der Belastbarkeit mit Lärm und Erschütterung für mich überschritten. Ich fühle mich an Leib und Leben bedroht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8320 8350 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8320

Ident.-Nr.: 4649

Transportrisiko.
Durch die Verkehrsanbindung von Schacht Konrad 2 an das Schienennetz der Verkehrsbetriebe Peine-Salzgitter ist davon auszugehen, daß Transporte direkt an meiner Grundstücksgrenze entlangführen. Die Transporte kreuzen direkt an meinem Grundstück den schienengleichen Bahnübergang der Bundesstraße 1, die sehr stark befahren ist. Durch das Gefälle der Straße ist der Bahnübergang besonders gefährlich. Die Gefahrensituation für mein Grundstück und mein Leben wird noch dadurch besonders erhöht, daß sich in der Bahntrasse direkt vor meinem Grundstück eine Abknickung befindet. Die Verlängerung der Trasse aus Richtung Ilsede führt direkt auf mein Haus zu. Bei einer Kollision eines Zuges aus Richtung Ilsede auf dem Bahnübergang könnte ein entgleister Zug direkt auf mein Haus zugeschoben werden. Fotos von einem ähnlichen Unfall am 16.3.89, bei dem ich mehr durch einen Glücksfall persönlich unversehrt blieb, füge ich bei. Die Gefährlichkeit des Bahnübergangs beweisen die vielen Unfälle mit Durchbrechen der Schranken. Ein Einblick in die entsprechenden Unterlagen würde diesen Tatbestand in erschreckender Weise bestätigen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8330 8320 0

Ident.-Nr.: 5667

Der atomare Abfall soll zum großen Teil auf dem Schienenweg nach Schacht Konrad gebracht werden, und fährt damit durch Sierße hindurch. Hier gibt es einen automatischen Bahnübergang der einerseits nicht immer einwandfrei funktioniert und andererseits von gewissen Leuchten als "Pseudo-Feind" benutzt wurde: "Wer schafft es, den Zug anzuhalten". Ferner bleiben dort von Zeit zu Zeit landwirtschaftliche Fahrzeuge hängen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8320 0

Ident.-Nr.: 5743

Als Eigentümer einer Wohnung in unmittelbarer Nähe der Güterumgehungsbahnstrecke erscheinen uns die Sicherheitsvorkehrungen bei einem Transport des Atommülls quer durch das Stadtgebiet Hannovers nicht ausreichend zu sein.
Die Güterumgehungsbahn führt über veraltete Gleisanlagen. Die Brücke über die Ihme stammt aus dem wilhelminischen Zeitalter und dürfte damit wohl kaum den bei Atommülltransporten erforderlichen Sicherheitsmaßstäben genügen! Bei einem Un- oder Zwischenfall können die Stoffe sofort und ungehindert in das Wasser und die Uferzone geraten. Wälle, die unter Umständen geringe Dauer-Strahlungen zu einem Teil abfangen könnten und bei Neubaustrecken völlig üblich sind, fehlen. Der starke Verkehr auf der Bahnstrecke erlaubt keinen ungefährdeten Transport.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8320 0

Ident.-Nr.: 5848

Neben meinem o.a. Hauptwohnsitz befindet sich auch mein Nebenwohnsitz in 2112 Jesteburg von der dorthinführenden, stark befahrenen Güterbahnstrecke auf einem Damm mit Überbrückung der Hauptstraße in unmittelbarer Nähe meiner Zweitwohnung durchquert.
Sollte die Beschickung der Endlagerstelle Schacht Konrad bewirken, daß wegen des Bahnbetriebes Atommülltransporte scheinen mir auch nicht ausreichend gesichert zu sein. Ein Zugunglück auf der Jesteburger Brücke mit Atommüll, der dann nicht ausgeschlossen werden kann, halte ich für gefährlich. Über die Unzulänglichkeit der dafür verwendeten CASTOR-Transportbehälter und über den Rangierbahnhof Maschen sowie über die Lage der genannten Örtlichkeiten füge ich als Ergänzung meiner diesbezüglichen Einwendung das anliegende Flugblatt bei.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8320 0 0

Ident.-Nr.: 6022

Freisetzungsanteile:
In Folge eines Unfalls mit radioaktiven Abfällen werden Bruchteile des Inventars freigesetzt. Die Höhe der Freisetzungsanteile ist abhängig von den auftretenden Belastungen, den Behältereigenschaften und den Abfallformen. Experimentelle Untersuchungen gibt es jedoch nur für Teilbereiche; die Aussagen sind auch hier mit großen Unsicherheiten behaftet.
Vom radioaktiven Gesamtinventar des Endlagers sollen über 90% der Plutonium-Isotope und über 65% der Cäsium-Isotope in einer Zementmatrix konditioniert sein. Damit stellen zementierte Abfälle die größte Gruppe im Endlager dar (BfS 1990). Verschiedenen Quellen (z. B. (PTB 1986, Montserrat 1990, BfS 1990)) kann entnommen werden, daß zu über 50% Container als Behälter verwendet werden. Als repräsentatives Abfallgebinde kann daher ein Container mit zementierten Abfällen ausgewählt werden.
Für einen Container Typ V wurden in (GÖK 1987) folgende Freisetzungsanteile bei Bahntransportunfällen angesetzt:
-Mechanische Belastung bei einer Geschwindigkeit ab 50 km/h:
jeweils ca. 0,06% eines Sr-,Cs- oder Pu-beladenen Abfalls,
-Mechanische Belastung wie oben, gefolgt von thermischer Belastung durch Feuer: jeweils ca. 2% eines Sr- oder Pu-beladenen Afalls, bzw. 4% eines Cs-beladenen Abfalls wird freigesetzt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8320 5260 8308

Texte zum Sachgebiet Nr. 8321

Ident.-Nr.: 831

Da ich viel mit der Bundesbahn fahre, fühle ich mich auch noch zusätzlich durch die Tatsache, daß künftig Unmengen von Atommüllzügen unterwegs sein werden - in meiner gefahrlosen Bewegungsfreiheit zusätzlich bedroht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8321 0

Ident.-Nr.: 870

Im einzelnen fühle ich mich bedroht durch die Entwertung des ökologisch optimalen Verkehrsmittels Eisenbahn, die durch die vorgesehenen Bahntran porte in Form einer Imageschädigung zu befürchten ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8321 0 0

Ident.-Nr.: 984

Da ich viel mit der Deutschen Bundesbahn reise, befürchte ich einen Unfall mit einem Atommüll transportieredem Zug von dem ich betroffen bin. Da durch die Inbetriebnahme von SCHACHT KONRAD viele zusätzliche Transporte nötig werden, kann ich dem Plan nicht zustimmen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8321 0

Ident.-Nr.: 1518

Da ich in Salzgitter-Bad wohne und in Braunschweig arbeite, bin ich täglich auf dem Weg zum und vom Dienst, sowohl bei der Benutzung der Deutschen Bundesbahn oder anderer öffentlicher Verkehrsmittel, als auch bei der Fahrt mit dem eigenen Pkw, der Gefahr ausgesetzt, Opfer eines Atommülltransportunfalls zu werden.
Der Transport des Atommülls zum SCHACHT KONRAD auf der Schiene gefährdet mich bei einem evtl. Eisenbahnunglück, ebenso wie bei einem Rangierunfall auf dem Braunschweiger Güterbahnhof, bei dem radioaktive Stoffe freigesetzt werden würden. Auch durch den Transport auf der Straße bin ich gefährdet, gerade in der heutigen Zeit, bei zunehmendem Straßenverkehr, ist diese Art der Beförderung radioaktiven Abfalls sehr unsicher, und die Wahrscheinlichkeit in einen Unfall mit einem Atommülltransporter verwickelt zu werden sehr hoch. Auf jeden Fall so hoch, daß ich mit einem solchen Risiko in Zukunft nicht leben möchte.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8310 8210 8321

Texte zum Sachgebiet Nr. 8322

Ident.-Nr.: 571

Insbesondere fordern wir Sie auf,
- die Atommüll-Transporte ausschließlich auf dem sichersten Transportweg, der Bundesbahn, durchzuführen,
- die noch vorhandenen niveaugleichen Straßenübergänge an den entsprechenden Bahnstrecken zu beseitigen,
- diese Strecken mit der jeweils besten Sicherheitstechnik (das ist heute die Linienzugbeeinflussung) für alle Züge auszurüsten,
- die Transporte nur zu besonderen Zeiten stattfinden zu lassen, in denen jeder andere Zugverkehr einen hinreichenden Abstand (z.B. mindestens 2 km) von den Transportzügen haben muß,
- für die Transporte auch von gering- und mittelradioaktiven Abfällen nur unfallsichere Behälter der höchsten Sicherheitsklasse verwenden zu lassen.

Die sehr hohen Kosten, die durch diese Forderungen entstehen, haben alle Stromverbraucher gemeinsam zu tragen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8322 8330 8390

Ident.-Nr.: 6022

Ableitung der Basisdaten zur Abschätzung von Unfallraten:
Im Rahmen dieser zusammenfassenden Darstellung zu Transportfragen als Gurndlage für Einwendungen der Gemeinde Vechelde ist eine aktualisierte Abschätzung der Unfallwarscheinlichkeiten nicht möglich. Ein wesentlicher Grund hierfür ist auch, daß die Deutsche Bundesbahn nicht bereit war, die erforderlichen Daten zur Verfügung zu stellen (DB 1990). Die Basis für Angaben zur Unfallwahrscheinlichkeit hinsichtlich eines relativ kurzen Streckenabschnitts kann nur eine Profektion der Verhältnisse einer Größeren auf die kleine Einheit sein. In (GÖK 1987) werden hierfür Basiswahrscheinlichkeiten für Unfälle im gesamten (damaligen) Bundesgebiet benutzt, die mit einer geeigneten Methodik auf das Gemeindegebiet übertragbar gemacht wurden. Aktuelle Angaben stehen hierfür, wie gesagt, nicht zur Verfügung.
Zu erwähnen bleibt, daß sich in jüngster Zeit auf dem Gemeindegebiet von Vechelde ein Eisenbahnunfall ereignet hat, der bei Beteiligung von radioaktiven Abfällen wahrscheinlich zu Freisetzungen geführt hätte:
Am 12.10.1988 entgleiste in Höhe der Wierther Zuckerfabrik zwei Waggons eines Güterzuges beim Verlassen der Hauptstrecke auf einer Weiche. Ein Waggon stürzte um und riß dabei einen Fahrleitungsmast mit. Die Ladung (Container) fiel auf den Bahndamm und ragte in den lichten Raum des Nachbargleises. Ein auf diesem Gleis herannahender Personenzug prallte gegen die Container, zerstörte diese und schleuderte sie zur Seite (PN 1988).

Zur Aussagekraft von Wahrscheinlichkeiten:
Grundsätzlich ermöglicht die Angabe von Wahrscheinlichkeiten für Transportunfälle nur eine grobe Einschätzung, wie häufig das betrachtete Ereignis innerhalb einer bestimmten Zeit eintreten kann. Je seltener dieses Ereignis und je kürzer die betrachtete Strecke

sind, desto unschärfer wird die Ausssage. Darüberhinaus beinhaltet Wahrscheinlichkeitsangabe keine Aussage, wann ein Ereignis eintritt. Ein Unfall mit einer Wahrscheinlichkeit von einem in 15000 Jahren kann trotzdem bereits morgen stattfinden. Dem Beispiel in (GÖK 1987) ist nichts hinzuzufügen.

Unfallwahrscheinlichkeiten:
Da hier keine neuen Berechnungen zu Unfallwahrscheinlichkeiten durchgeführt werden, sei qualitativ auf Änderungen im Vergleich zur Situation 1987 hingewiesen:

1. Nach gegenwärtigem Stand werden alle Bahntransporte über die Strecke Peine - Braunschweig durchgeführt. D. h. die Transportkilometerzahl auf Vechelder Gemeindegebiet erhöht sich beträchtlich.
2. Die Verkehrsdichte der Eisenahnverbindug Hannover - Berlin/ehem. DDR hat sich im Personenzugverkehr deutlich erhöht. Allein auf der Strecke Hannover - Berlin nimmt die Zugfrequenz mit dem Sommerfahrplan 1991 erneut um ca. 80% von 18/d auf 32/d zu. Da es sich hierbei zum größten Teil um Intercity-Züge handelt, ist auch davon auszugehen, daß höhere Geschwindigkeiten gefahren werden. Für den Güterverkehr gilt hinsichtlich der Zunahme der Verkehrsdichte vermutlich ähnliches.
3. Die Zahl der Bahnbetriebsunfälle ist bundesweit in den Jahren 1981 von 7055 auf 4629 zurückgegangen (DB 1989). Es ist davon auszugehen, daß zumindest keine drastische Zunahme der Unfälle in den letzten Jahren zu verzeichnen ist.
4. Die Zahl der beförderten Transporteinheiten zum Endlager ist möglicherweise etwas geringer.
5. Durch den Ausbau der Schnellbahntrasse Hannover - Braunschweig - Berlin ist ab Mitte der neunziger Jahre mit höherer Reisegeschwindigkeit zu rechnen. Zusätzlich sind in der Bauphase eine erhöhte Anzahl von störungsrelevanten Unregelmäßigkeiten im Betriebsablauf zu erwarten, zum Beispiel zeitweise Eingleisigkeit von Streckenabschnitten.

Nach vorsichtiger Einschätzung führen diese Veränderungen insgesamt eher zu einer Erhöhung der Unfallwahrscheinlichkeit.
Die in (GÖK 1987) für verschiedene Unfallkategorien ermittelte Wahrscheinlichkeit lautet:

- Unfall generell: 1 in ca. 72 Jahren
- Unfall mit Radioaktivitätsfreisetzung: 1 in ca. 160 Jahren
- Unfall mit hoher Freisetzung: 1 in ca. 30000 Jahren.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8322 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8323

Ident.-Nr.: 1795

Geht es nach dem Willen von Bundesumweltminister Töpfer, so soll der "SCHACHT KONRAD" bei Salzgitter demnächst als Endlager für Atommüll (u. a. auch aus Frankreich und Großbritanien) genehmigt werden.
Für uns Seelzer Bahnanlieger hieße dieses, daß wir täglich mit etwa 5 bis 6 Waggonladungen (lt. Studie der Gruppe Ökologie) konfrontiert würden, die auf dem Verschiebebahnhof rangiert und von dort aus weitergeleitet würden.
Durch die Häufigkeit der Transporte steigt die Unfallwahrscheinlichkeit, außerdem könnten längere Aufenthalte der mit ausgebrannten Kernbrennstoffen und anderem Atommüll beladenen Waggons nachhaltig unsere Gesundheit beeinträchtigen.
Schon in der Vergangenheit gab es in Seelze Rangierunfälle mit gefährlichen Gütern.
Was steht uns bei einem Atommüllunfall bevor?
Diese auf uns zukommende Gefahr, der auch wir Anlieger der Bahnanlagen ausgesetzt sind, können wir nicht hinnehmen, Hier ist ein Unglück ein Unglück zuviel.
Tragen Sie deshalb mit Ihrer Unterschrift dazu bei, daß unser Protest bei Politikern und Behörden Gehör findet.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8323 0 0

Ident.-Nr.: 1835

In meinem Grundrecht auf kkörperliche Gesundheit fühle ich mich schon jetzt bedroht durch das zu erwartende ansteigende Transportaufkommen von und zu SCHACHT KONRAD. Die Krefelder Bahnhöfe Uerdingen und Linn sind bereits in das relativ undurchsichtige Netz der Schienentransporte von Atommüll integriert. Da ich die gängige Praxis des "nicht gesehen werdens" und das "nicht gesagt habens" zur genüge kenne, halte ich ein erhöhtes Transportaufkommen ohne jeglichen Bevölkerungesschutz für unzumutbar.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8300 8323

Ident.-Nr.: 3084

Betroffenheit durch Unfälle mit radioaktiven Stoffen
Der Bahntransport läßt sich allgemein in vier Bereiche untergliedern: Freie Strecke, Bahnhofbereich, Bahnübergänge und Rangierbetrieb. Für diese vier Bereiche wurden aufgrund von Statistiken der Deutschen Bundesbahn die jeweilige Wahrscheinlichkeit von Unfallereignissen in einer Studie im Auftrag des Bundesforschungsministeriums ermittelt. Am häufigsten sind danach Unfälle im Rangierbetrieb zu erwarten, gefolgt von Bahnübergängen und Bahnhofsbetrieb. In einem Gutachten der Gruppe Ökologie werden zur Zeit die besonderen Gefahrenmomente für das Stadtgebiet von Hannover ermittelt. Zu beachten sind hier vor allem der Rangierbahnhof in Seelze und der auf dem Stadtgebiet überdurchschnittlich vertretene Bahnhofsbereich. Kommt es hier zu Unfällen mit Freisetzung von radioaktiven Stoffen, kann es - wie die Gruppe Ökologie in einem Gutachten für die Gemeinde Vechelde gezeigt hat - zu Strahlenbelastungen kommen, die umfangreiche Gegenmaßnahmen

erfordern, wie aufwendige Dekontaminierung von Böden, Häusern usw., Verzehrverboten von dort erzeugten Nahrungsmitteln und zeitweilige Umsiedlung der Bevölkerung.
Die beschriebenen Unfallfolgen wiegen um so schwerer, wenn sich Einrichtungen wie z. B. Krankenhäuser, Altenheime u. ä. an der Transportstrecke befinden. In zweierlei Hinsicht werden hier Kompetenzen und Pflichten der Stadt direkt berührt:
-Durch den häufigen Transport radioaktiver Stoffe auf einer Strecke kann die Planungshoheit der Kommune wegen daraus folgender Nichteignung für bestimmt Projekte eingeschränkt sein.
-Der Katastrophenschutz obliegt als Aufgabe des übertragenden Wirkungskreises der Stadt Hannover. Als Katastrophenschutzbehörde hat sie
-eine Vorbereitungspflicht (§ 5)
-eine Untersuchungspflicht, welche Gefahren in ihrem Bezirk drohen (§ 7)
Diesen Aufgaben und Pflichten kann nur dann sinnvoll nachgegangen werden, wenn die Landeshauptstadt Hannover im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens informiert und gehört wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8323 0 0

Ident.-Nr.: 5470

Der Karlsruher Güterbahnhof, auf dem ein Großteil der süddeutschen Atomtransporte zwecks Rangierens einen Zwischenstopp einlegen müssen, wird zu einem ungenehmigten Zwischenlager.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8323 0 0

Ident.-Nr.: 5706

Es ist zu erwarten, daß mit der Inbetriebnahme des Atommüllendlagers Schacht Konrad das Transportaufkommen von radioaktivem Abfall drastisch zunehmen wird. Z.B. liegt Würzburg auf dem Schienenweg für den Abtransport des Atommülls aus den KKW's Grafenheinfeld, Ohu und wahrscheinlich Grundremmingen sowie aus dem Zwischenlager Mitterteich. Mit der öffnung des EG - Binnenmarktes ist noch mit weiterem Anwachsen der Atommülltransporte durch Würzberg zu rechnen. Ein Unfall mit der Folge einer Freisetzung radioaktiver Strahlung ist nicht auszuschließen (siehe z.B. das Zugunglück von Partenstein am 29.05.91).

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8323 0 0

Ident.-Nr.: 5770

Es ist zu erwarten, daß der Sangerhäuser Bahnhof als Durchgangsstation f radioaktives Material aus der Urananreicherungsanlage Seelingstädt bei Ronneburg (Thüringen) dienen soll. Die bei einem Unfall freiwerdende Strahlung bedroht in unzumutbarer Weise meine Gesundheit.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8323 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8323

Ident.-Nr.: 5780

Auch für meinen Wohnbereich sehe ich eine direkte Bedrohung, da auch über die B von Goslar nach Salzgitter solche Transporte stattfinden könn und ebenso auch über den Güterbahnhof Goslar ein solcher Transport rollen kann.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8310 8323 0

Ident.-Nr.: 8690

Für mich speziell ist noch ein Beispiel wichtig. Der Transport per Bahn: Groß Gleidingen liegt an der STelle, wo sich die Strecken aus Hannover und Hildesheim nach Braunschweig treffe. Der Ort hat einen Rangierbahnhof, einen wichtigen Bahnübergang und 3 Eisenbahnbrücken über den Stichkanal. Bei der Gefahrenberechnung auf der Strecke Hannover-Braunschweig wurde vor der Grenzöffnung für alle 70 J. ein Zugunglück berechnet, durch die spezielle Lage des Ortes liegt die Gefahr hier jedoch wesentlich höher, daß ein Unfall passiert. Ich bezieh mich auf eine Studie der Gemeinde Vechelde von 1990. Durch die Öffnung der innerdeutsc Grenze ist der Verkehr auf der gesamten Strecke sprunghaft angestiegen u damit die Gefahr eines Unfalls.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8323 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8330

Ident.-Nr.: 43

Alfeld als Verkehrsknotenpunkt ist Schulort, Einkaufsort und Arbeitsort vieler Grünenplaner.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8330 0 0

Ident.-Nr.: 193

Ungenehmigtes Zwischenlagern des Atommülls beim Zwischenstopp auf Rangierbahnhöfen mit Grenzwertüberschreitung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8330 0

Ident.-Nr.: 1067

Die geographische Lage macht Hannover verkehrstecnisch zu einem Knotenpunkt für Atommülltransporte. Der Rangierbahnhof Seelze, unmittelbar an das Stadtgebiet Hannovers angrenzend, ist von zentraler Bedeutung für die Zusammenstellung von Güterzügen für den gesamten norddeutschen Raum. Der Güter- und Ranierbahnhof Linden ist ebenfalls ein Knotenpunkt mit überregionaler Bedeutung. Güterzüge, die einen der beiden genannten Bahnhöfe anfahren oder verlassen. müssen das Stadtgebiet Hannovers durchqueren.

Durch die Häufung von radioaktiven Transporten im Stadtgebiet steigt zum einen zwangsläufig die Unfallwahrscheinlichkeit mit der Zahl der gefahrenen Transportkilometer bzw. der Anzahl durchgeführter Rangierbewegungen. Im Zusammenhang mit Rangierarbeiten kann es zu längeren Aufenhalten (mehrer Stunden, evtl. auch Tage) dieser Transporteinheiten und damit zu einer erhöhten - möglicherweise auch gesundheitsbeeinträchtigenden - Strahlen-Exposition in unmittelbarer Nähe dieser Schienenwege kommen. Damit ist gleichzeitig die Frage nach angemessenem Schutz für die Anlieger zu stellen.

Sowohl im Normalbetrieb, aber insbesondere auch bei evtl. Unfällen, bin ich bei durch die Bundesbahn ausgeführten Atommülltransporten aus zwei Gründen besonders betroffen:

1. Von 15.08.1991 an habe ich meinen Arbeitsplatz am Braunschweiger Platz, ca 50 m entfernt von der Hauptstrasse in Richtung Braunschweig / SCHACHT KONRAD.

2. Ich benutze auf dem Weg zu meinem Arbeitsplatz die Bundesbahn von Völksen bis Hannover-Hauptbahnhof, wobei ich u.a. durch im Bahnhof Hannover-Linden stehende oder rangierende Atommüll transporte besonders betroffen bin.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8320 8330 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8330

Ident.-Nr.: 1890

Erhebliche Gefahren durch den Transport auf den gesamten Wegen in der Bundesrepublik. Eine erhöhte Unfallgefahr bestet jedoch auf den Straßen um SCHACHT KONRAD durch die Häufigkeit und Balllung der Atommüll-Transporte auf unseren Straßen.
Gefahren beim Transport auf Bundesbahngleisen und Wasserwegen sind nicht ausgeschlossen. Längeres Abstellen der Züge auf Bahnanlagen bzw. Festmachen der Schiffe (Hafen Beddingen) bergen die Gefahr ungenehmigter Zwischenlager. Außerdem besteht die Gefahr für den Transport nicht genehmigter Transporte.
Atommüll-Unfälle können schnell zur Katastrophe werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8320 8310 8330

Ident.-Nr.: 3084

Innerhalb eines Radius von weniger als 65 km um das Stadtzentrum von Hannover werden vier Atomanlagen betrieben: Das Atomkraftwerk Grohnde, das Versuchsbergwerk Asse, das Zwischenlager für Uran in unterschiedlichen chemischen Verbindungen (UF6, UO2, U3O8) in Leese und die Landessammelstelle Steyerberg für schwachaktive Abfälle.
Durch die vier Anlagen und die geographische Lage kommt das Stadtgebiet von Hannover für eine Vielzahl von Radioaktivtransporten im Güterzugverkehr in Frage:
-Antransport bestrahlter Brennelemente aus Süd- und Westdeutschland (auch Grohnde) nach Gorleben (Zwischenlager, Pilotkonditionierungslager, Endlager).
-Abtransport bestrahlter Brennelemente aus Brokdorf, Brunsbüttel, Krümmel, Stade, Grohnde nach Karlsruhe oder La Hague.
-Abtransport bestrahlter Brennelemente aus allen anderen bundesdeutschen AKW nach Sellafield.
-Uranverbindungen (natürlich und angereichert) von und nach Leese
-Alle radioaktiven Stoffe, die über bundesdeutsche Seehäfen im- oder exportiert werden sollen.
-An- und später Abtransport radioaktiver Abfälle für Steyerberg.
Vor diesem Hintergrund ist eine weitere Erhöhung des Gefahrenpotentials durch Transporte zum geplanten ENDLAGER KONRAD zu betrachten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8340 8330 0

Ident.-Nr.: 4649

Transportrisiko.
Durch die Verkehrsanbindung von Schacht Konrad 2 an das Schienennetz der Verkehrsbetriebe Peine-Salzgitter ist davon auszugehen, daß Transporte direkt an meiner Grundstücksgrenze entlangführen. Die Transporte kreuzen direkt an meinem Grundstück den schienengleichen Bahnübergang der Bundesstraße 1, die sehr stark befahren ist. Durch das Gefälle der Straße ist der Bahnübergang besonders gefährlich. Die Gefahrensituation für mein Grundstück und mein Leben wird noch da-

Texte zum Sachgebiet Nr. 8330

durch besonders erhöht, daß sich in der Bahntrasse direkt vor meinem Grundstück eine Abknickung befindet. Die Verlängerung der Trasse aus Richtung Ilsede führt direkt auf mein Haus zu. Bei einer Kollision eines Zuges aus Richtung Ilsede auf dem Bahnübergang könnte ein entgleister Zug direkt auf mein Haus zugeschoben werden. Fotos von einem ähnlichen Unfall am 16.3.89, bei dem ich mehr durch einen Glücksfall persönlich unversehrt blieb, füge ich bei. Die Gefährlichkeit des Bahnübergangs beweisen die vielen Unfälle mit Durchbrechen der Schranken. Ein Einblick in die entsprechenden Unterlagen würde diesen Tatbestand in erschreckender Weise bestätigen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8330 8320 0

Ident.-Nr.: 5759

Die Planfeststellungsunterlagen treffen keine Aussagen zu den Transportrisiken. Die Anlieferung der Behälter beeinträchtigt mich auf meinem Wohngrundstück unmittelbar, da es in einem Abstand von nur einem Kilometer zur Bundesbahnstrecke Hildesheim - Braunschweig liegt. Gerade Unfälle auf dem Streckenabschnitt der Bundesbahn zwischen Wierthe und Vechelde in den zurückliegenden Monaten machen das Unfallrisiko deutlich. Eine Beurteilung der Unfallrisiken, die am Werktor der geplanten Schachtanlage endet, kann mein verfassungsmäßig garantiertes Rechtsschutzinteresse nicht befriedigen. Die Transportproblematik, die zwar an allen Transportlinien in Deutschland besteht, erfährt dort, wo die Transporte zusammengeführt werden, also im Bereich der Gemeinde Lengede, eine besondere Bedeutung, so daß diese Fragestellung im Planfeststellungsverfahren abgehandelt werden muß.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1800 8330 0

Ident.-Nr.: 7617

Es wird angegeben, daß der Verkehr über die Schiene abgewickelt werden soll. Allerdings wird auch eine Straßenanbindung angezeigt. Der Engelnstedter Knoten (4.2.2 in o.a. Ordner) soll umgebaut werden. Da in der Nähe des o. a. Verkehrsknotens das VW-Werk und P & S sind, besteht ein nicht abzuschätzendes Risiko an Verkehrsunfällen. Es sind nciht auszuschließen, daß bei einem Verkehrsunfall radioaktive Abfälle freigesetzt werden. Da in Salzgitter der ABC-Abwehrzug von freiwilligen Mitgliedern im Katastrophenschutz besetzt ist, sind GEgenmaßnahmen nach so einem Unfall erst nach einer nicht abzusehenden Zeitspanne zu treffen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8330 8600 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8330

Ident.-Nr.: 7991

Ein weiterer Gefahrenpunkt ist der Transport des Atommülls (20 % Bahn, Rest mit LKW). Da Salzgitter ein sehr dichtes Industrienetz ist, sind viele Arbeitnehmer mit PKW unterwegs und das den ganzen Tag, da viele Firmen ein 3 Schichtsystem haben und täglich zich Schulbusse voll besetzt mit Kindern fahren, ist es nicht auszuschließen, daß zu Unfällen kommt. Da die Einflugschneise des Flughafens SZ-Drütte die Straße auf der die Atommüllaster fahren kreuzt, sind Unfälle ebenfalls nicht auszuschließen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8330 0

Ident.-Nr.: 8000

Das Problem der Transportsicherheit ist aus der Planfestellung ausgeklammert worden, für eine Inbetriebnahme der geplanten Anlage jedoch unverzichtbar zu klären. Insbesondre die Schwachstellen der Transportwwege, die selbst dann vorhanden bleiben, wenn Antransporte ausschließli über Schiene und Autobahn verlaufen, betreffen mich und mein Grundstück unmittelbar:
-höhengleicher Bahnübergang im Zuge der Strecke Hildesheim-Braunschweig mit der stark belasteten Landesstraße 472 zwischen Broichenstedt und Lengede, ca. 1,5 km Luftlinie von meinem Wohngrundstück
-höhengleiche Kreuzung der Antransporte per LKw am A 39-Knoten Salzgitter-Lebenstedt-Nord, Verknüpfung A 39/ Industriestraße Nord ca. 2,8 km von meinem Wohngrundstück

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8330 0

Ident.-Nr.: 8543

Transportunfälle

Die Gruppe Ökologie (Stellungnahme im Auftrag der Stadt Braunschweig, a.a.O.) nennt als Unfallschwerpunkte für den Bahntransport allgemein Bahnhöfe, Rangierbahnhöfe und Bahnübergänge.

Für Straßentransporte wird als wichtigstes Gefahrenmoment die hohe Besiedlungsdichte genannt. In diesem Zusammenhang wird Rüningen wegen der großen Nähe zur Transportstrecke ausdrücklich genannt. Weiterhin gelten nach diesem Gutachten Bahnübergänge auch für den Straßentransport, darüber hinaus Straßen- und Autobahnbrücken sowie Eisenbahnbrücken und die Verkehrsdichte als Gefahrenmomente. Unfallschwerpunkte bilden global für das Stadtgebiet betrachtet die Autobahnen, für schwere Unfälle mit Lkw-Beteiligung die A2 am Kreuz BS-Nord und die A391 im Bereich der Anschlußstelle BS-Lehndorf. Es ist eine stark steigende Tendenz zu beobachten.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8330

Der Bahnübergang Berkenbuschstraße und die Abfahrt der A39 BS-Rüningen wurden unter 1. bereits erwähnt. Ca. 1 km nördlich von Rüningen befindet sich das Autobahndreieck BS-Südwest, mit 58000 Kfz/24 h (Zahlen von 1988, Grenzöffnung noch nicht berücksichtigt) der von den genannten Autobahnen am dichtesten befahrene Knoten. Ca. 1 km nördlich des Autobahndreiecks wird die Bundesbahnhauptstrecke von der A39 unterquert. Eine außerordentlich hohe Verkehrsdichte weist auch die B248 im Verlauf der Thiedestraße auf. Es kommt im Bereich Rüningen wiederum zu einer Kumulation von Gefahrenmomenten.

In dem genannten Gutachten wird von zwei Unfallszenarien unterschiedlicher Intensität ausgegangen.
a) Unfall mit rein mechanischer Belastung
b) Unfall mit mechanischer Belastung und Folgebrand
Während bei a) mit einer erheblichen örtlichen radioaktiven Verseuchung zu rechnen ist, ist bei b) eine Freisetzung von Radioaktivität zu befürchten, die Umsiedlungsmaßnahmen erforderlich machen würde.

Wie unter 1.1.2 begründet, wären wir sowohl durch die Nähe unserer Wohn- und Arbeitsstätten zu den Transportstrecken wie auch durch die Nutzung der Transport- oder nahegelegener Wege dem großen Risiko ausgesetzt, von der bei einem Transportunfall freigesetzten Radioaktivität betroffen oder gar in einen Unfall mit einem Transportfahrzeug verwickelt zu werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8330 0 0

Ident.-Nr.: 8774

Alle bisher betreiberseits vorgelegten Studien über die Transportwege und der damit verbundenen Gefahren und Belastungen sind nach unserer Auffassung überholt und damit wertlos, da sie die Situation vor der deutschen Vereinigung und der Öffnung des Ostblockes repräsentieren. Folgende Veränderungen der Transportsituation , die das Risiko erheblich erhöhen, seien hier aufgeführt:
a) Die Autobahn A 2 ist hoffnungslos überlastet. Trotz Geschwindigkeitsbegrenzungen ereignen sich noch immer zahlreiche Unfälle. Hierdurch und druch mehrere tägliche Staus erhöht sich die Gefahr der Strahlenbelastun der Verkehrsteilnehmer und der Anwohner, wenn ein Atommülltransport dara beteiligt ist.
Die als Umleitungsstrecken ausgewiesenen Straßen (z. T. nicht ausgebaute Nebenstrecken) sind dem Verkehr nicht gewachsen, so daß sich hier die Gefahren potenzieren. Für geplante LKW-Transporte gibt es keine vorgeschriebenen und damit bekannten Fahrtrouten, so daß bei einem Unfall Hilfs- und Sicherungsmaßnahmen kaum rechtzeitig und in erforderlichem Umang ergriffen werden können.

b) Der Schienenverkehr auf den Strecken Hannover-Braunschweig und Hildesheim-Braunschweig hat nach dem Beginn des Sommerfahrplanes 1991 sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr drastisch zugenommen (IC-Verkehr, Taktsystem). Die geplante weitere Erhöhung der Zugfrequenzen und der Durchschnittsgeschwindigkeit führen zu vermehrten Aufenthalten von Güterzügen in Unterwegsbahnhöfen (Überholungen durch schnelle Züge) und einem erhöhten Unfallrisiko. Hierbei sei auf die hohe Anzahl von höhengleichen Bahnübergängen entlang der geplanten Transportwege hingewiesen. Als besonderer Gefahrenpunkt ist hierbei der Bahnhof Groß

Texte zum Sachgebiet Nr. 8330

Gleidigen zu nennen, den jeder Transport aus Richtung Westen zweimal durchläuft (Transport zum Umschlagbahnhof Braunschweig Rbf und zurück zum Übergabebahnhof Beddingen). Weiterhin zweigt in diesem Bahnhof die Strecke 265 (BS-Hildesheim) von der Strecke 230 (BS-Hannover) ab, was eine weitere Gefahrenquelle darstellt. Erhebliche Sicherheitsrisiken birgt der Umschlagplatz Braunschweig Rbf, da dessen Gelände aufgrund seiner Ausdehnung nicht abgesichert und im eigentlichenSinn auch nicht bewachbar ist. Da die Aufenthaltszeiten der mit radioaktivem Abfall beladenen Waggons nicht festgelegt sind , muß mand das Bahnhofsgelände als atomares Zwischenalger betrachten, das eine erhebliche Gefahr für die dort Beschäftigten und die Anwohner (Lindenbergsiedlung, Helmstedter Straße, Borsigstraße) darstellt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8330 0

Ident.-Nr.: 9060

Durch die großen Mengen anfallenden radioaktiven Abfalls aus der Bundesrepublik und mit dem Binnenmarkt wohl auch aus ganz Europa, wird ein intensiver Transport nötig werden. Durch die große Anzahl von Transporten wird sich das Unfallrisiko erhöhen.
Größten Teils finden die Transporte auf der Schiene statt.
Die Bahnlinien liegen aber überweigend in oder in der Nähe von dichtbesiedelten Gebieten und müssen fast ausnahmslos durch Personenbahnhöe gefahren werden.
Durch die jetzt schon bestehenden Engpässe in der Abfertigung kann (und wird es) passieren, daß die Atommüllwaggons stunden- bzw. tagelang auf den Rangierbahnhöfen (Personenbahnhöfen??) stehen müssen und dort schon zwischengelagert werden.
Als Bundesbahner mit einer später durchaus möglichen Verwendung auf solch einem Bahnhof würde ich mich nicht nur zu Hause, in der Freizeit, sondern, wie meine Kollegen auch, beruflich, praktisch also fast 24 Stunden radioaktiver Strahlung ausetzen.
Beim "Zwischenlagern" auf Bahnhöfen kann es durchaus vorkommen, daß Waggons mit Atommüll stundenlang neben Munitionszügen der Streitkräfte (Explosionsrisiko) stehen müssen.
Schlimmer ist aber, wenn Atommüllzüge neben Lebensmittelwaggons stehen müssen.
Wenn schon die Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung beim Rangieren überschritten werden, dann doch wohl erst recht beim stundenlangen "Zwischenlagern" auf den Rangierbahnhöfen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8330 8340 8307

Texte zum Sachgebiet Nr. 8331

Ident.-Nr.: 38

Ein besonders hohes Risiko birgt die Sammlung aller Transporte zum AESK auf dem Braunschweiger Güterbahnhof. Nicht nur wegen der Unfallgefahr im Rangierbetrieb, sondern auch wegen der permanenten Belastung durch radioaktive Strahlung für Bahnarbeiter und Anwohner halten wir dies für unverantwortlich. Bei einem Unfall allerdings wären alle Menschen in der Großstadt Braunschweig akut gefährdet.
Der Güterbahnhof Braunschweig wird faktisch zu einem nicht genehmigten Zwischenlager für Atommüll.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8320 8331 8340

Ident.-Nr.: 464

Wir sind Anwohner des Hauptgüterbahnhofs, der in der Luftlinie ca. 400 m von unserem Grundstück in der Gorch-Fock-Straße entfernt liegt. Auf dem Hauptgüterbahnhof zusammengestellte Züge passieren häufig das Gleis zum Hauptbahnhof, das am Ende unserer Straße in ca. 60 m Entfernung vorbeiläuft. Nun werden aber etwa 80 % des Atommülls mit der Bahn zum SCHACHT KONRAD transportiert werden. In der Anfangszeit werden voraussichtlich etwa 9 Waggons täglich durch die Region rollen, angekoppelt an ganz normale Güterzüge. Auf dem Güterbahnhof werden die Waggons dann zu reinen Atommüllzügen zusammengestellt. Es steht also zu erwarten, daß der Braunschweiger Hauptbahnhof zum größten Umschlagplatz für Atommüll wird. Selbst bei ordnungsgemäßem Zustand der Transportbehälter wird radioaktive Strahlung abgegeben.

Die Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) geht davon aus, daß die Beförderung radioaktiver Abfälle auf öffentlichen Verkehrswegen mit radiologischen Auswirkungen für die Bevölkerung verbunden ist. Die GRS soll für Anwohner des Bahnhofs mit einer jährlichen Ganzkörperdosis von 40 Millirem radioaktiver Strahlung rechnen.

Außerdem besteht ein nicht zu vernachlässigendes Unfallrisiko. 1985 kollidierte in North Dakota ein Zug mit einem Lkw, der 53 Fässer Urankonzentrat geladen hatte - eine 360 qkm große Fläche wurde verseucht. Die Wahrscheinlichkeit eines Transportunfalls mit radioaktiver Freisetzung wurde für die Strecke Wackersdorf - SCHACHT KONRAD mit einem Unfall in 33 Jahren berechnet.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8320 8331 0

Ident.-Nr.: 1861

Als
Braunschweiger bin ich von der Nutzung des hiesigen Güterbahnhofs zum Umrangieren der Atommülltransporte unmittelbar betroffen.
In nächster Umgebung ensteht quasi ein ungesichertes Zwischenlager, das weder gegen Terrorangriffe, Flugzeug- oder Hubschrauberabstürze, Entwendung radioaktiven Materials noch gegen ganz normale

Texte zum Sachgebiet Nr. 8331

Bahn- bzw. Rangierunfälle abgesichert werden kann.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1800 8331 2610

Texte zum Sachgebiet Nr. 8340

Ident.-Nr.: 43

Mir und meinen Angehörigen entstehen Dauerbelastungen durch den Transport des Atommülls, von dem 75 % die 7 km entfernte Stadt Alfeld passieren werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8340 0 0

Ident.-Nr.: 56

Durch Atommülltransporte zu dem Endlager werden das Transportpersonal und die Anwohner an den Transportstrecken unzumutbar radioaktiv belastet. Trotzdem werden die Transportrisiken bei der Planung des Endlagers nicht berücksichtigt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8340 1800 0

Ident.-Nr.: 199

Das Unfallrisiko der Atommülltransporte auf den geplanten Routen zum SCHACHT KONRAD muß nach einschlägigen Gutachten als erheblich eingestuft werden. Die sich bisher abzeichnenden Sicherheitsmaßnahmen sind völlig ungeeignet, das Risiko einer schwerwiegenden Strahlenbelastung für das Transportpersonal und alle Anwohner an der Transportstrecken auf einem vertretbaren Niveau zu halten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8340 0

Ident.-Nr.: 207

Ich fühle mich betroffen, weil ich mich auch durch den unfallfreien Transport radioaktiver Abfälle im Stadtgebiet Braunschweig einer erhöhten Strahlenbelastung ausgesetzt sehe.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8340 0 0

Ident.-Nr.: 279

Auf meinem Weg zur Arbeit muß ich täglich mehrmals die Industriestraße Nord benutzen. Ich fahre also täglich an den SCHÄCHTEN KONRAD I und II vorbei. Weiter benutze ich die A 39. Somit setze ich mich einer zusätzlichen Belastung aus, verursacht durch die Einlagerung und den Transport.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2000 8340 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8340

Ident.-Nr.: 308

Konkrete Betroffenheit durch Transporte zum SCHACHT KONRAD
Das gesamte Spektrum der einzulagernden radioaktiven Abfälle wird mit der Bahn transportiert. Dabei können ein oder mehrere Waggons mit radioaktiven Abfällen beladen sein. Entsprechend schwankt die Zahl der beförderten Transporteinheiten (TE). Es ist nach Angaben der GRS mit mindestens 2 TE bis 17 TE pro Regelgüterzug bzw. bis zu 40 TE in Ganzzügen zu rechnen.
Ausgehend von einer jährlichen Einlagerung von 4000 TE im Einschichtbetrieb und einer Nutzung des Verkehrtstägers Schiene zu 80%, bedeutet die den Transport von 3200 TE mit Güterwaggons im Jahr. Die Rücklieferung von nichtwärmeentwickelnden Abfällen aus der Wiederaufarbeitung ist terminlich bis heute (März 1991) nicht geregelt. Außerdem müssen diese Abfälle nach derzeitigem Stand der Konditionierungstechnik mindestens zum Teil zur Neuverpackung nach Gorleben gebracht werden. Es ist daher begründet davon auszugehen, daß bis zum Ende der 90er Jahre bei planmäßigen Beginn des Einlagerungsbetriebs alle TE mit Regelgüterzügen transportiert werden. Mit der o. g. Bandbreite von 2-17 TE pro Zug ergibt sich eine Zahl zwischen 1600 und 188 Regelgüterzügen mit radioaktiven Abfällen, die pro Jahr den Rangierbahnhof Hannover/Seelze erreichen. D. h., es müssen jährlich maximal 1600 und mindestens 752 Waggons mit radioaktiven Abfällen rangiert werden. Bei einem mittleren Wert bedeutet dies durchschnittlich etwa 5-6 Waggons pro Tag.

Betroffenheit beim unfallfreiem Transport
Im Jahr 1988 wurde die Gesellschaft für Reaktorensicherheit mbH (GRS) vom Bundesumweltminister beauftragt, ein Gutachten zu den möglichen radiologischen Auswirkungen von Abfalltransporten zum geplanten ENDLAGER KONRAD anzufertigen. In einem "Ergebnisbericht zum ersten Untersuchungsabschnitt" wurden im Januar 1990 Individualdosisabschätzungen für sogenannte kritische Personengruppen vorgelegt. Für eine Personengruppe, die Anwohner im westlichen Bereich des Rangierbahnhof Braunschweig, ergab sich danach bei vollständiger Anlieferung der Abfälle mit der Bahn ein Wert für die Ganzkörperdosos von zu 0,4 mSv/a (40 mrem/a).

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8340 0 0

Ident.-Nr.: 758

Als relativ naher Anlieger der Bahnanlagen am Braunschweiger Haupt- und Güterbahnhof, über den die gesamten Atommülltransporte abgewickelt werden und somit die Container zwischengelagert werden, bin ich dauerhaft den beim Transport entstehenden Strahlungen ausgesetzt. Auch mein Arbeitsplatz (Hebbelstraße) sowie meine Lebensgefährtin sind in unmittelbarer Nähe der Transporte (Luftlinie ca. 500 m angesiedelt. Aufgrund des somit permanenten besonders intensiven Strahlungsrisikos sehen wir uns als junges Paar nicht mehr in der Lage eine Familienplanung in von uns gewünschter Weise zu betreiben, da uns die Möglichkeit einer gesunden strahlenfreien Befruchtung nicht mehr gewährleistet erscheint.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8340 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8340

Ident.-Nr.: 996

Auf dem Braunschweiger Güterbahnhof, auf dem 90% aller Atommülltransporte durchgeschleust werde sollen, kann es zur Überschreitung der gesetzlichen Grenzwerte kommen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8340 0 0

Ident.-Nr.: 1197

Selbst bei ordnungsgemäßem Betrieb des Endlagers ist eine erhöhte Strahlenbelastung von Umwelt und AnwohnerInnen gegeben. Wie neuere Untersuchungen zeigen, ist jede noch so kleine Menge radioaktiver Strahlung gesundheitsgefährdend und potentiell erbgutschädigend, d.h. auch unterhalb der gesetzlich festgelegten Grenzwerte ist eine Gefährdung gegeben!
Der Tod von Menschen wird also bewußt in Kauf genommen!
Wir als Braunschweiger BürgerInnen sind besonders durch die Umladung und Lagerung von radioaktivem Material auf dem Braunschweiger Hauptgüterbahnhof betroffen.
Außerdem denken wir auch an die Gesundheit der bei SCHACHT KONRAD beschäftigten Menschen.
Wir befürchten einen Anstieg der Krebsrate und eine durch Erbgutschädigung hervorgerufene erhöhte Mißgeburtenrate. Auch Kinder und Enkel werden noch mit der Hinterlassenschaft dieses Endlagers leben müssen (siehe auch Langzeitsicherheit).

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2160 2200 8340

Ident.-Nr.: 1203

Wir Eltern hörgeschädigter Kinder sind in höchstem Maße um die körperliche Gesundheit unserer Kinder besorgt. Das Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte, in dem unsere Kinder beschult werden, befindet sich in unmittelbarer Nähe des Transportweges der Atommüllwaggons sowie nicht weit entfernt vom Hauptgüterbahnhof, der nach unserer Auffassung ein nicht genehmigtes Zwischenlager werden soll.
Unsere Kinder wären somit einer ständigen radioaktiven Strahlung und der damit drohenden Unfallgefahr ausgesetzt.
Damit können wir uns nicht einverstanden erklären.
Unsere Kinder können nur im LBZH beschult werden, sie werden aus der näheren und auch ferneren Umgebung Braunschweigs eigens zu der ihrer Behinderung entsprechenden Institution hinbefördert.
Wir erwarten, daß sie als Genehmigungsbehörde die Belange unserer Kinder, die durch ihre Behinderung ohnehin schon benachteiligt

sind, hinreichend berücksichtigen und sich gegen das Atommüll-endlager entscheiden werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8340 0 0

Ident.-Nr.: 1205

Im Auftrag der Gemeinde Vechelde erstellte die "Gruppe Ökologie, Institut für ökologische Forschung und Bildung Hannover e.V." (GÖK) im Oktober 1987 eine gutachterliche Stellungnahme zum geplanten Endlager "SCHACHT KONRAD": "Auswirkungen des Vorhabens auf das Gebiet der Gemeinde Vechelde". Darin kommen die Gutachter zum Schluß, daß ein Unfall eines Zuges mit Atommüll statistisch wahrscheinlich wird. Täglich werden 3-4 Züge mit Atommüll durch Vechelde gefahren. Alle Züge, die nach SCHACHT KONRAD gehen, werden stets über Vechelde geleitet, gleich woher sie kommen. Wir werden also dem Transportrisiko am meisten ausgesetzt.
Die Auswirkungen für die Bewohner in der Nähe einer Unfallstelle dieser Züge werden verheerend sein. Die Gutachter der GÖK schreiben: "Bei einem solchen Unfall erfolgt die gesamte radioaktive Freisetzung schlagartig. Die Menschen in der Umgebung sind damit der Inhalation radioaktiver Stoffe sowie der Verstrahlung von außen ausgesetzt, bevor überhaupt deutlich wird, was abläuft."
Die Bundesbahn rechnet bei Unfällen auf der freien Strecke mit dem Einsatz lokaler Hilfsorganisationen. Bei einem Unfall eines Atommüllzuges wird das hier die freiwillige Feuerwehr sein. Unsere Ortsfeuerwehr ist für einen solchen Einsatz nicht ausgerüstet, ich bezweifele, daß irgendeine Ortsfeuerwehr in der Gemeinde im notwendigen Umfang über die entsprechende Ausstattung, z.B. Schutzanzüge, Geiger-Müller-Zähler, Dekontaminationsgerät etc. verfügt, allenfalls der Stützpunkt in Vechelde wird ein wenig Gerät für derartige Situationen vorhalten können.
Wie in Tschernobyl werden auch hier die Männer der freiwilligen Feuerwehr sich als Helden verheizen lassen dürfen, um Schlimmeres zu verhindern. Sie werden mit ihrer Gesundheit und sehr wahrscheinlich auch mit ihrem Leben für die Verantwortungslosigkeit derjenigen einzustehen haben die stets Sachzwänge anführen, da ihnen eine maximale Absicherung zu teuer ist und die auf eine vernünftige Standortsuche und -erkundung verzichten. Ca. 2 h beträgt die Alarmierungszeit der Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes. Diese sind jedoch hauptsächlich für den Einsatz im Verteidigungsfall, nicht aber für friedensmäßige Großschadensfälle ausgebildet und ausgerüstet. Auch werden sich die Mannschaften möglicherweise nicht im atomaren Chaos opfern lassen, da es sich größtenteils um junge Männer handelt, die den Dienst im Zivilschutz/erweitertem Katastrophenschutz dem Wehr- oder Zivildienst vorgezogen haben.
Die Krankenhäuser der Umgebung sind nicht dafür eingerichtet, größere Mengen an Strahlenverletzten zu versorgen.
Eine Hilfe ist also bei einem Großschadensfall infolge eines Unfalles eines Atommüllzuges nur sehr eingeschränkt möglich. Noch nicht einmal Katastrophenschutzpläne liegen den Planungsunterlagen bei. Die Pläne sind damit unvollständig.
Nach einem Unfall wird unsere Gemeinde mit irreparablen Schädigungen konfrontiert: Die GÖK-Gutachter schreiben: "Ein Schutz vor der Strahlenbelastung durch Inhalation ist kaum möglich. Schutzmaßnahmen vor Bodenstrahlung und Verzehr radioaktiver Lebensmittel können und müssen ergriffen werden. Sie bedeuten jedoch schwerwiegende Eingriffe in das Leben der Bevölkerung: Räumung von Gebieten, Umsiedlung von Ortschaften, Abtragen de

obersten Bodenschichten, Verbote für landwirtschaftliche Nutzung."
Es ist nicht einzusehen, warum unsere Gemeinde diesem Risiko ausgesetzt werden soll. Ich finde es sehr unangenehm, eventuell massiv verstrahlt z werden, und danach noch umgesiedelt zu werden, meine Heimat für immer zu verlieren, sie entstellt zu sehen durch Bodenabtragungen. Anscheinend gi Heimat nur dann als politisch wichtig, wenn sie auf dem Gebiet des polni schen Staates liegt; für diese Menschen, die sich nach fast einem halben Jahrhundert immer noch vertrieben fühlen, sind stets Bundesminister und Regierungspolitiker da, aber unsere Heimat im Herzen Deutschlands erscheint der gleichen Regierung nichts wert; die Landschaft, in der wir aufgewachsen sind und leben, wird bedenkenlos dem Risiko des völligen atomaren Auslöschens überantwortet.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8320 8340 8300

Ident.-Nr.: 1442

Das Planungsvorhaben gefährdet die Existenz unserer milcherzeugenden Betriebe wie auch unsere Satzungszwecke und damit unsere MEG.
Wir denken voller Besorgnis an die Auswirkungen des PCB im südbraunschweigischen Raume vor einiger Zeit und die wirtschftlich bedrohte Situation vieler Milcherzeuger dort. Der Staatssekretär beim BMU, Herr Clemens Stroetmann, ist mit dieser Materie bestens vertraut.
Ähnliche, wenn nicht noch größere Betroffenheit bringt die o.a. Planung für unsere Region mit sich. Das Eindringen von Radiounkliden auf dem Luft-, Wasser-, Boden-, Weide/Heu/Futtermittel- Tierpfad und damit verbundene radioaktive Belastung der Milch und Milchprodukte ist nach den Planungsunterlagen nicht auszuschließen, ebensowenig direkt Verstrahlungen des Bodens mit Weide bzw. Heu, des Rübenblattes und andere Futtermittel aufgrund z.B. sog. Störfälle bei den sich zum Endlager hin verdichtenden Transporten, bei der Zwischenlagerung und Einlagerung des radioaktiven Abfalls, dessen genaue Zusammensetzungen sich hinter dem Begriff der "Reststoffe mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung" verbergen. Es ist kaum zu widerlegen, daß diejenigen milcherzeugenden Betriebe ggf. zumachen müssen, die im Bereich einer störfallanfälligen Verkehrsverbindung liegen, nicht anders diejenigen im noch nicht einmal feststehenden, weil mangelhaft erforschten Einwirkungsbereich des Endlagers selbst.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8340 0 0

Ident.-Nr.: 1517

40 Jahre dauernde Strahlenauswirkungen durch die sich hier verdichtenden Antransporte des Atommülls, sein Ausladen, sein oberirdisches Lagern und die Einlagerungsvorgänge, beständige weitere Gesundheitsgefährdungen durch sogenannte Niedrigstrahlung durch in Abluft und Abwasser austretende, in den Boden und damit in Acker- und Waldböden, in Gärten und Kleingärten eindringende Radionuklide sind rechtswidrig und nicht zumutbar.
Hierdurch können insbesondere gerade die Flächen und Nutzpflanzen unseres Mitgliedes betroffen und geschädigt werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8340 2200 2400

Texte zum Sachgebiet Nr. 8340

Ident.-Nr.: 1729

Transportbetrieb, die Gamma-Strahlung stellt eine besondere Gefahr dar, da sich Gamma-Strahlung nicht vollständig abschirmen läßt. Gefährdet sind die Beschäftigten der Transportunternehmen und die Anwohner der Transportrouten. Letztere insbesondere, wenn ein Atommülltransport längere Zeit an einem Ort aufgehalten wird.
Die Grenzwerte werden meist in der Äquivalentdosis angegeben, die Äquivalentdosis ist kein Maß für die Toxizität von radioaktiver Strahlung. Sie unterscheidet nicht zwischen Alpha-, Beta- und Gamma-Strahlung. Die Gefahr für die Anlieger der Transportrouten und Beschäftigten der Transportunternehmen ist demnach ein sehr unterschiedliches Strahlenrisiko, jeweils in Abhängigkeit von den jeweiligen Strahlungs-Spektren der emittierten Teilchen und Wellen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8340 0 0

Ident.-Nr.: 1887

Der in den "SCHACHT KONRAD" zu verbringende Atommüll muß aus den Wiederaufbereitungsanlagen angeliefert werden. Dabei kommt es zu unverantwortbaren Risiken für die Transporteure und die jeweils betroffende Bevölkerung. Es finden keine Untersuchungen über die Strahlenbelastung der Transportarbeiter statt. Die fahrbaren "Zwischenlager" stellen zudem eine hohe Strahlenbelastung für eventuelle Anwohner eines Güterbahnhofs, auf dem die Atommülltransporte oftmals stundenlang stehen, dar.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8330 8300 8340

Ident.-Nr.: 3084

Die Strahlenschutzverordnung enthält keine Grenzwerte für den Transport radioaktiver Stoffe, sondern nur für ortsfeste Atomanlagen - nämlich nach §45 StrlSchV 0,3 mSv (30 mrem) pro Jahr. Wird dieser Grenzwert zur Beurteilung der Strahlenbelastung herangezogen, so ist festzustellen, daß zumindest für die von der GRS benannten Anwohner des Rangierbahnhofes Braunschweig bei der Einlagerung von Abfällen in Schacht Konrad mit einer Grenzwertüberschreitung zu rechnen ist. Eine ähnlich hohe Strahlenbelastung wurde für Anwohner in der Umgebung von Atomanlagen noch nirgendwo in der Bundesrepublik abgeschätzt.

Es ist darüberhinaus sogar eine Verdopplung des Wertes auf 0,8 mSv/a zu befürchten. Die Physikalisch Technischer Bundesanstalt (jetzt Bundesamt für Strahlenschutz) geht nach den Planunterlagen nämlich von einem möglichen Zweischichtbetrieb aus.
Die GRS schlägt bereits bei dem von ihr genannten Wert von 0,4 msV/a die Einleitung geeigneter Maßnahmen zur Verminderung der Strahlenbelastung vor. Hieran wird deutlich, daß Hannover alle geeigneten Schritte unternehmen sollte, um die eigene Betroffenheit darzustellen und die Gefährdung zu vermindern.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8340 0 0

Ident.-Nr.: 3132

Auch durch den unfallfreien Transport radioaktiver Abfälle sind wir einer erhöhten Strahlenbelastung ausgesetzt. Zu den Gefahren der Niedrigstrahlung haben wir bereits auf Seite 2f der Einwendung Stellung genommen. Darauf wird in diesem Zusammenhang verwiesen. Wir wohnen in unmittelbarer Nähe der Eisenbahnlinien Braunschweig - Gifhorn - Uelzen und Braunschweig - Wolfsburg, über die ein erheblicher Teil der Eisenbahntransporte führen wird. Es ist nicht bestritten, daß von den Containern eine Oberflächenstrahlung ausgeht. Es ist ferner eine Tatsache, daß von jeder einzelnen Transporteinheit Radioaktivität in die Umgebung abgegeben wird, so daß die Gesamtbelastung der Biosphäre im laufe der Zeit durch Kumulation ansteigen wird. Es ist nicht sichergestellt, daß die Strahlungswerte den angestellten Berechnungen entsprechen werden. Denn vor dem Transport der Abfallgebinde wird die Strahlung nicht von einer neutralen Stelle streng kontrolliert und eine mißbräuchliche Zusammenstellung oder eine fehlerhafte Verpackung des Mülls kann in keiner Weise ausgeschlossen werden. Auch ist nicht mit der erforderlichen Sicherheit gewährleistet, daß die Tonnen, Container etc. auf den größtmöglichen Rückhalt der Stahlung bei jeder einzelnen Transporteinheit ausgerichtet sind.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8340 2200 0

Ident.-Nr.: 3140

Die zusätzliche künstliche radioaktive Belastung, die durch das geplante Atommüllendlager und der daraus resultierenden Atommülltransporte zweiflesohne zu einer Mehrbelastung der anwohnenden Bevölkerung führt, kann für den Einzelnen gefährliche Folgen haben. So befürchtet Frederic Vester in seinem Buch "Neuland des Denkens", daß geringfügige Erhöhungen der Gesamtbelastung über die natürliche Radioaktivität hinaus zu einer Überschreitung der genetischen Reparaturmechanismen, die sich als Folge der natürlichen Radioaktivität ausgebildet haben, führen kann. Dies kann nach Auffassung von Frederic Vester im Laufe der Generationen zu einem exponetiellem Anstieg von Erbschäden führen.
Außerdem weist er darauf hin daß zwischen natürlicher Radioaktivität und künstlicher Verseuchung folgende Unterschiede bestehen:
Natürliche Strahlendosen wirken meistens von außen auf den Menschen ein, da sie ja nur in Gesteinen, Erzlagerstätten o. ä. vorkommen.
Ein größer Teil solcher Strahlung wird direkt von Kleidung und Haut

absorbiert. Künstliche Radioaktivität kann jedoch leicht über Abluft und Abwasser ingendwelcher Atomanlagen in den Naturkreislauf eindringen und so auch in den menschlichen Körper gelangen, wo die radioaktive Strahlung sich in unmittelbarer Nähe des genetischen Erbmaterials befindet, und dadurch natürlich wesentlich gefährlicher ist. Durch die Einschleusung in den Naturkreislauf kann es auch zu einer sehr gefährlichen Anreicherung von Radioaktivität innerhalb der Nahrungskette kommen. Dies wiederum ist für den Menschen sehr gefährlich, da er ja meistens am Ende der Nahrungskette steht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2100 8340 0

Ident.-Nr.: 3164

Die Transporte von Atommüll zu Schacht Konrad werden zu einer großen Gefahr für das Leben und die Gesundheit der in der Umgebung der Transportstrecken Wohnenden (dieses belegt zum Beispiel ein Gutachten der Gruppe Ökologie Hannover).
Ich lebe und arbeite in Braunschweig.
Der Braunschweiger Güterbahnhof, auf dem 90% der Atommülltransporte zwecks Rangieren einen Zwischenstopp einlegen müssen, wird zu einem ungenehmigten Zwischenlager!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8340 0

Ident.-Nr.: 3164

Die Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung werden beim Rangieren des Atommülls auf dem Braunschweiger Hauptgüterbahnhof überschritten. Aus diesen Gründen fühle ich mich bei Inbetriebnahme des Schacht Konrads sehr in meinem Grundrecht auf körperliche Gesundheit bedroht. Da ich weder meinen (noch ungeborenen) Kindern noch mir diese Gefahr zumuten kann, ist es sehr wahrscheinlich, daß ich in diesem Fall aus Braunschweig wegziehen müßte.
Ich würde mir diesen starken Eingriff auf mein Leben nicht klaglos gefallen lassen, denn an einen Umzug in eine andere Gegend sind Verluste menschlicher Kontakte, einer Wohnung und einem Arbeitsplatz geknüpft - abgesehen vom zeitlichen und finanziellen Aufwand.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8340 8402

Ident.-Nr.: 5684

Da ich im Zentrum des Zulieferverkehrs (zum Transport bestimmte Eisenbahnlinien und Straßen liegen wenige Meter von meiner Wohnung entfernt) zum Lager Konrad wohne, sehe ich mein Leben auch dadurch bedroht, daß es bei einem Verkehrsunfall eines Atomtransporters zu einer Freisetzung von großen Mengen Radioaktivität kommen kann. In meiner Eigenschaft als Feuerwehrmann werde ich unmittelbar mit den verunfallten Fahrzeugen in Kontakt kommen. Hier kumuliert sich die radioaktive Belastung.
Ein auch nur annähernd ausreichender Schutz der Rettungsmannschaften kann nicht gewährleistet werden. Dazu müßten in Zukunft jeder Rettungseinsatz unter anderem mit Vollschutzanzügen durchgeführt werden, da man einem verunglückten Fahrzeug, insbesondere bei Bahntransporten, nicht ansieht was es geladen hat. Eine ständige Messung einer von

solchen Fahrzeugen ausgehenden Strahlung ist, sowohl aus einsatztechnischen Gründen, als auch aufgrund mangelnder Maßkapazität, nicht durchführbar. Eine vollständige, flächendeckende Ausrüstung der hiesigen Feuerwehren, die zur Zeit überhaupt kein geeignetes Rettungsgerät für solche Einsätze zur Verfügung haben, erscheint ebenfalls nicht möglich.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8340 0 0

Ident.-Nr.: 5925

Angesprochen werden muß noch die erhöhte Strahlung durch das massive Transportaufkommen:
So soll sich die Strahlung in der Bundesrepublik um einen bestimmten Faktor erhöhen. 1/4 dieser Strahlenerhöhung soll im 25-km-Radius um Konrad anfallenn, 3/4 im Rest der Bundesrepublik. Großteil dieser Erhöhung wird natürlich im Nahbereich der Transportwege sein. Da sind wir als Einwohner von Geitelde besonders betroffen (siehe Entfernungsangaben Seite 5 und Karte Seite 6).

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8340 0 0

Ident.-Nr.: 5927

(...) ... zu den möglichen Belastungen durch den unfallfreien Transport, wobei der Begriff "unfallfrei" hier eigentlich weiter gefaßt werden müßte. Es geht in der Diskussion nicht nur darum oder es wird nicht nur berücksichtigt, daß kein Unfall passiert, sondern es wird auch berücksichtigt - oder gerade nicht berücksichtigt in den Berechnungen - daß es unplanmäßige Aufenthalte geben kann, d.h., daß ein Güterzug irgendwo länger steht, als es eigentlich im Arbeitsplan vorgesehen ist, ...
(...) Ich möchte dann auf den Planungsrichtwert übergehen ..., der zeigt nämlich, wieviel der Bevölkerung an Strahlenbelastung zugemutet wird. Dieser beträgt 1mSv/a pro Jahr (= 100 x 10 hoch minus 5 Sv/a). Dazu ist zu erwähnen, wenn hier an die Transporte die gleichen Anforderungen gestellt werden würden, wie nach Strahlenschutzverordnung an ortsfeste Anlagen, dann ist dieser Wert um mehr als das 3-fache höher.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8320 8340 0

Ident.-Nr.: 6180

Bei dem Antransport von Entsorgungsmaterial aller und verschiedenster Arten ist bisher keine Sicherheit hinsichtlich Strahlung und Strahlungsschutz menschlicherseits gegeben.
Hierzu wird in Vorschlag gebracht:
Nicht eine Ablehnung der Anlage, sondern eine Verbesserung der Überwachung durch
- stationäre Geigerzähleranlagen neben den Gleisen der Zusammen-

führungsstelle vor Schacht Konrad,
- im Straßenbereich des öffentlichen Verkehrs nicht nur vor Schacht Konrad, sondern an einigen Knotenpunkten der Bundesfernstraßen
- Schaffung von mobilen Geigerzähleranlagen, die sowohl vom Fachbetrieb Schacht Konrad als auch von der Nieders. Polizei eingesetzt werden müssen, um stichprobenartig an vielen Stellen in Niedersachsen Transporte zu kontrollieren.

Begründung:
Mir fiel auf, daß z. B. Lkw-Fahrer von Lastzügen mit poln. Hoheitskennzeichen nach "Müll-Konrad" fragten und angeblich Beton geladen hätten.
Es ist unzumutbar, daß unter Umständen mitten in unseren Wohn- und Arbeitsgebieten unerkannt Fahrzeuge fahren oder parken, deren Strahlungäquvalent nicht so offen erkennbar ohne technische Hilfsmittel ist. Da weiterhin Fahrzeuge des öffentlichen Straßenverkehres nicht unbedingt Routen zu fahren haben, sondern aus Sicherheitsgründen Wechsellinien fahren, dabei aber auch nicht gekennzeichnet sind, muß eine strenge technische Überwachungsmöglichkeit, sowohl von den anfahrenden Fahrzeugen mit Entsorgungsgut als auch mit evtl. "verstrahlten Fahrzeugen" von der Endlagerstätte ab, kontrollierbar sein. Das gleiche gilt z. B. für den Umladebahnhof der jeweiligen Bahnstation, wo unter Umständen Hilfspersonal in einem Schadensfall ohne Kennzeichnung gegenübersteht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8340 0 0

Ident.-Nr.: 6290

Selbst bei unfallfreiem Transportbetrieb werden nach Angaben der Gesellschaft für Reaktorsicherheit, z. B. am Güterbahnhof Braunschweig, die für AKW's gültigen Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung erheblich überschritten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 2570 8340

Ident.-Nr.: 8646

Zudem weiß jeder Wissenschaftler, daß die Behälter zwar die Strahlung na außen reduzieren, aber nicht völlig auslöschen können. Daher ist es unverantwortlich, die Transporte durch die Stadt zu tätigen und außerdem die Bahnarbeiter einer zusätzlichen Strahlung auszusetzen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8340 0 0

Ident.-Nr.: 8912

Es ist nicht sicherzustellen, daß dieses Atommüllendlager die Radioaktivität für alle Zeiten von allen Lebewesen, unserer Umwelt und den folgenden Generationen fernhalten kann. allein durch die ständige Abluft wird Radioaktivität an die Umwelt abgegeben und belastet diese. Selbst wenn behauptet wird, die Belastung hält sich unterhalb der Ganzkörperjahresdosis, so ist nicht auszuschließen, daß es mehr werden kann. Allein durch die zusätzliche Strahlung der Transporte und der

Texte zum Sachgebiet Nr. 8340

Lagerung der Behälter auf Straßen , Gleisen und Bahnhöfen kann diese Grenze überschritten werden. Wenn dann noch die Möglichkeit eines Unfalls, bei der großen Anzahl der Transporte, betrachtet werden steigt die Gefährdung weiter. Selbst wenn alle technischen Sicherheiten durchgespielt sind und es theoretisch keinen Unfall jeglicher Art geben könnte, ist das größte Risiko des menschlichen Versagens, wie es sich immer wieder an vielen Beispielen zeigt, nicht ausgeschlossen. Alle bisherigen Untersuchungen beruhen n ur auf Vermutungen und Wahrscheinlichkeiten und haben keine fundierten Erfahrungen. Ebenso wie von Wissenschaftlern behauptet wird, alle möglichen Störfälle und Sicherheiten sind berücksichtigt und führen zu keinem Zeitpunkt zu einer Freisetzung von Radioaktivität behaupte ich das Gegenteil. Beweisen kann es keiner und deshalb darf es zu dem tatsächlichen möglichen Ernstfall nie kommen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3000 8340 0

Ident.-Nr.: 8936

Durch die Transporte, die unter Umständen auch durch Klein Lafferde geleitet werden , ist mein Grundstück einer größeren Strahlenbelastung ausgesetzt als gewöhnlich. Das wird sich auf die Pflanzen auf meinem Grundstück auswirken, die ich zur Zeit noch esse.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8340 0 0

Ident.-Nr.: 9012

Außerdem werden beim Rangieren des Atommülls auf dem Braunschweiger Hauptgüterbahnhof die Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung überschritten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8340 0 0

Ident.-Nr.: 9060

Durch die großen Mengen anfallenden radioaktiven Abfalls aus der Bundesrepublik und mit dem Binnenmarkt wohl auch aus ganz Europa, wird ein intensiver Transport nötig werden. Durch die große Anzahl von Transporten wird sich das Unfallrisiko erhöhen.
Größten Teils finden die Transporte auf der Schiene statt.
Die Bahnlinien liegen aber überweigend in oder in der Nähe von dichtbesiedelten Gebieten und müssen fast ausnahmslos durch Personenbahnhöe gefahren werden.
Durch die jetzt schon bestehenden Engpässe in der Abfertigung kann (und wird es) passieren, daß die Atommüllwaggons stunden- bzw. tagelang auf den Rangierbahnhöfen (Personenbahnhöfen??) stehen müssen und dort schon zwischengelagert werden.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8340

Als Bundesbahner mit einer später durchaus möglichen Verwendung auf solch einem Bahnhof würde ich mich nicht nur zu Hause, in der Freizeit, sondern, wie meine Kollegen auch, beruflich, praktisch also fast 24 Stunden radioaktiver Strahlung ausetzen.
Beim "Zwischenlagern" auf Bahnhöfen kann es durchaus vorkommen, daß Waggons mit Atommüll stundenlang neben Munitionszügen der Streitkräfte (Explosionsrisiko) stehen müssen.
Schlimmer ist aber, wenn Atommüllzüge neben Lebensmittelwaggons stehen müssen.
Wenn schon die Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung beim Rangieren überschritten werden, dann doch wohl erst recht beim stundenlangen "Zwischenlagern" auf den Rangierbahnhöfen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8330 8340 8307

Texte zum Sachgebiet Nr. 8350

Ident.-Nr.: 686

Wir sind Anwohner des Huptgüterbahnhofs, der in der Luftlinie ca. 400 m von unserem Grundstück in der Gorch-Fock-Straße entfernt liegt. Auf dem Hauptgüterbahnhof zusammengestellte Züge passieren häufig das Gleis zum Hauptbahnhof, das am Ende unserer Straße in ca. 70 m Entfernung vorbeiläuft. Nun werden aber etwa 80 % des Atommülls mit der Bahn zum SCHACHT KONRAD transportiert werden. In der Anfangszeit werden voraussichtlich etwa 9 Waggons täglich durch die Region rollen, angekoppelt an ganz normale Güterzüge. Auf dem Güterbahnhof werden die Waggons dann zu reinen Atommüllzügen zusammengestellt. Es ist also zu erwarten, daß der Braunschweiger Hauptbahnhof zum größten Umschlagplatz für Atommüll wird. Selbst bei ordnungsgemäßem Zustand der Transportbehälter wird radioaktive Strahlung abgegeben.
Die Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) geht davon aus, daß die Beförderung radioaktiver Abfälle auf öffentlichen Verkehrswegen mit radiologischen Auswirkungen für die Bevölkerung verbunden ist. Die GRS soll für Anwohner des Bahnhofs mit einer jährlichen Ganzkörperdosis von 40 Milirem radioaktiver Strahlung rechnen.
Außerdem besteht ein nicht zu vernachlässigendes Unfallrisiko. 1985 kollidierte in North Dekota ein Zug mit einem Lkw, der 53 Fässer Urankonzentrat geladen hatte - eine 360 qkm große Fläche wurde verseucht. Die Wahrscheinlichkeit eines Transportunfalls mit radioaktiver Freisetzung wurde für die Strecke Wackersdorf-SCHACHT KONRAD mit einem Unfall in 33 Jahren berechnet.
Unter Berücksichtigung dieser Umstände ist das Sicherheitskonzept unvollständig. Untersuchungen über das Transportrisiko für die Umgebung des Endlagers fehlen. Untersuchungen über das Zusammenwirken der bereits vorhandenen Schadstoffbelastungen mit den durch das Endlager hinzukommenden radioaktiven Belastungen fehlen. Auf eine von Herrn Töpfer angekündigte Studie zu den Risiken eines Transportunfalls wartet man bisher vergeblich.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8350 8390

Ident.-Nr.: 3132

Fehlerhaft ist es ferner, wie geschehen, stets nur einseitig den Einzeltransport zu betrachten. Berücksichtigt werden müßte vielmehr die Gesamtbelastung der Region, incl. radioaktiver Vor- und Alternativbelastung und anderer Schadstoffe (gesamtheitlicher Absatz). Darüber hinaus beruht das von der GRS vorgelegte Transportgutachten auf fehlerhafte Grundlagen. Denn es berücksichtigt werder das Atommüllaufkommen in den neuen Bundesländern, insb. unter Einbeziehung der dort geplanten neuen AKW, noch die veränderte Situation durch den europäischen Binnenmarkt, in dem es nicht möglich sein wird, die Einlagerung von Atommüll aus den anderen europäischen Staaten abzulehnen. Diese Faktoren werden jedoch offensichtlich zu einer erhöhten Transporthäufigkeit führen. Auch wird die sich steigernde Belastung bei einem über 50%igen Nutzungsgrad des Hohlraumes nicht berücksichtigt (s. hierzu S. 4 der Einwendung). Ferner ist nicht klar, weshalb in dem Gutachtn von einem einschichtigen Betrieb des Endlagers ausgegangen wird

Wegen dieser bestehenden Unklarheiten ist das Gutachten unzulänglich und erweckt eher den Eindruck einer kosmeteischen Verschönerung des Transportproblems, als einer seriösen Auseinandersetzung mit der potentiell tödlichen Gefährdung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1800 8350 0

Ident.-Nr.: 4649

Eine weitere große Gefahr stellt die dauernde Brandgefahr an der Bahnstrecke dar, da die Strecke zum Transport flüssigen Eisens genutzt wird, was ständig zu Bränden führt.
Der in der vom Bundesumweltminister vorgelegten Transportstudie Konrad' nach eigener Bewertung aufgestellten Behauptung, daß die von den Transporten, voraussichtlich 3400 im Jahr, ausgehenden Gefahren nicht ins Gewicht fallen, muß ich nach einigen Erkenntnissen und Erfahrungen auf das Schärfste widersprechen.
Durch die zu erwartende große Anzahl zusätzlicher Transporte auf der Bahnstrecke Peine - Salzgitter wird die Grenze der Belastbarkeit mit Lärm und Erschütterung für mich überschritten. Ich fühle mich an Leib und Leben bedroht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8320 8350 0

Ident.-Nr.: 8544

Die Transportstudie der "Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) mbH" verharmlost die tatsächlichen Risiken, da sie von nicht abzusichernden positiven Dauerhypothesen wie z. B. einem "Einschichtbetrieb" von SCHACH KONRAD ausgeht, die tatsächlichen Abfallmengen aus den fünf neuen Lädner nicht berücksichtigt, von denen zudem nicht anzunehmen isdt, daß sie übe wiegend in Ganzzügen angeliefert werden, und offenläßt, ob bei den statistischen Unfallhäufigkeiten eine Steigerung desVerkehrsaufkommens durc die Grenzöffnung und den "Hauptstadt-Berlin-Sog" berücksichtigt wurde, ob die erhebliche Steigerung der privaten und öffentlichen Bautätigkeite in der Region wie z. B. die Verbreiterung der A2 , der Ausbau der Schienenverbindung - Weddeler Schleife, die volle Einbeziehung Braunschweigs in das IC und EC Netz der Bundesbahn usw. berücksichtigt wurde.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1400 8350 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8390

Ident.-Nr.: 63

Der Skandal um TRANSNUKLEAR und NUKEM hat gezeigt, daß nicht einmal die bisherigen Transporte ordnungsgemäß abgewickelt werden konnten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8390 0 0

Ident.-Nr.: 336

Ferner besteht die Gefahr von Sabotage, terroristischer Anschläge auf Transporte oder den Schacht selbst und im Extremfall die Einwirkung kriegerischer Auseinandersetzungen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2620 8390 2630

Ident.-Nr.: 1181

Darüberhinaus ist eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht auszuschließen:
Bereits einmal standen über 3 Tage (!)
- Wochenende- auf dem hiesigen Güterbahnhof Waggons mit -glücklicherweise- schwach radioaktiver Ladung völlig ungeschützt! Sicherheitskräfte (Polizei) sprachen damals von einem "gefährlichen Ausgang"!!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8390 0 0

Ident.-Nr.: 1900

Da es offensichtlich trotz erheblichen Aufwandes nicht einmal möglich ist, hochragige und exponierte Persönlichkeiten vor Attentaten wirksam zu schützen, kann dies noch viel weniger für die Atommülltransporte gelten. Ein erfolgreicher Anschlag aber hätte gar nicht absehbare gesundheitliche Konsequenzen für die Bevölerung der Umgebung. Selbst wenn keine Störungen im Ablauf der Transporte stattfinden, lebt die Bevölkerung entlang der Transportwege in einer ständigen Ungewißheit, da ja Unfälle selbst mit geringer Wahrscheinlichkeit nicht letztendlich ausgeschlossen werden können. Diese Unsicherheit führt zu erheblichen sozialen Spannungen bei den betroffenen Bewohnern und in mehr oder weniger häufigen Fällen auch dazu, daß Menschen dem nicht mehr gewachsen sind und fortziehen. Als Beleg nenne ich die Beispiele Brokdorf und Brunsbüttel oder aber die Oberpfalz während der Bauphase für die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8390 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8390

Ident.-Nr.: 3084

Es empfiehlt sich darüberhinaus, im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens folgende Überlegung von Herrn Dr. Fiedler (Abteilung für Umweltüberwachung) prüfen zu lassen: Ist eine Vorsorgepflicht bezüglich des Immissionsschutzes durch die Stadt gegeben? Der Begriff "Immissionsschutz" ist nicht anlagenbezogen definiert. Das bedeutet, daß die Entstehungsquelle für die Feststellung von Immissionen grundsätzlich ohne Bedeutung ist. Dies könnte in diesem Fall auch für die Kontamination bzw. Bestrahlung durch radioaktive Stoffe nach einem Transportunfall gelten. Zur Beurteilung möglicher Risiken und Gefahren wäre eine möglichst umfassende Sicherheitsbetrachtung unter Einbeziehung aller denkbaren Transportwege und des zu erwartenden Mengenaufkommens erforderlich.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8390 0 0

Ident.-Nr.: 5066

Transporte mit radioaktivem Müll dürfen nicht über die B 64 bzw. die DB-Strecke 235 Kreiensen- Braunschweig wegen des angrenzenden Trinkwasserschutzgebietes im Ortsteil Seboldshausen durchgeführt werden
Begründung: Im Falle der Inbetriebnahme des Atommüllendlagers im SCHACHT KONRAD werden möglicherweise auch Transporte mit radioaktiven Abfällen über die Bundesstraße 64 bzw. über die DB-Strecke 235 Kreiensen - Braunschweig durchgeführt. Hierbei können Verkehrsunfälle ggf. auch mit nachfolgendem Brand nicht ausgeschlossen werden, bei denen Radioaktivität freigesetzt wird. Ein Verkehrsunfall auf der B 64 in Höhe des Trinkwasserschutzgebietes Seboldshausen, bei welchem radioaktive Strahlung freigesetzt wird, könnte wegen des Genusses von Trinkwasser aus diesen Quellen unübersehbare gesundheitsschädigende Wirkungen für die Bevölkerung nach sich ziehen. Zu einer solchen Katastrophe könnte sich auch ein Unglück auf der Eisenbahnstrecke in Höhe des Trinkwasserschutzgebietes Seboldshausen auswirken. Betroffen wären in diesem Falle nciht nur die Bürger der Stadt Bad Gandersheim, sondern auch alle Kurgäste, die sich in Bad Gandersheim zur Erholung aufhalten.
Der Kurbetrieb mit allen seinen Einrichtungen stellt für die Stadt Bad Gandersheim eine wichtige Lebensgrundlager dar. Ein Unfall oder eine Katastophe der vorgenannten Art würde der Stadt die wirtschaftliche Grundlage und somit die Lebensfähigkeit entziehen. Dem Transport von radioaktiven Abfällen über die B 64 bzw. auch über die DB-Strecke 235 Kreiensen - Braunschweig im Bereich des Stadtgebietes kann daher nic zugestimmt werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8390 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8390

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen Hinweise, wie die Gefahren durch die Atommülltransporte, die im Normalbetrieb oder bei verschiedenen Unfallszenarien auftreten können, aufgefangen und gehandhabt werden sollen, wie Schäden von den Betroffenen abgewendet werden sollen, wie Schadensersatz geleistet werden soll, welche Vorsorgemaßnahmen in bezug auf die Transportstrecken und Betroffenen getroffen werden sollen, um Schaden abzuwenden, welche Meßverfahren die Einhaltung der Grenzwerte garantieren sollen, welche Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen auch bei Einhaltung der Grenzwerte getroffen werden sollen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8390 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen in den Planunterlagen Analysen von Ablaufen von Verkehrsunfällen mit Atomtransporten. Insbesondere sind vergleichbare Abläufe mit ähnlichen Transportfahrzeugen nicht analysiert worden. Es haben keine ausreichenden Ausbreitungsrechnungen und -Simulationen nach angenommenen Verkehrsunfällen oder übertragbaren Situationen stattgefunden. Speziell fehlen detaillierte Angaben zu Verformungen und Freisetzungen aus Transporthehaltern und Transportfahrzeugen in besonderen Situationen. Die Unfallstatistiker Bundesrepublik und auch des vergleichbaren Auslandes bietet hinreichendes Material hierzu, von einer eigenen Forschungsanstalt ganz zu schweigen.

Diese fehlenden Untersuchungen schränken uns unzumutbar in unseren Rechten ein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8390 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Die Rechtsvorschriften für den Transport radioaktiver Stoffe weisen schwerwiegende Lücken bei der Genehmigung und Kontrolle insbesondere bei Transporten von Industrie- und Typ A-Verpakkungen auf, die bei Schacht Konrad einen nennenswerten Teil der Gesamtmenge ausmachen. Darüber hinaus berücksichtiger die Rechtsvorschriften weder im Hinblick auf Unfälle noch für den unfallfreien Transport Probleme, die sich aus überdurchschnittlich hohen Transportzahlen in einer Region ergeben, noch dazu mit einer überdurchschnittlich hohen Anzahl von Gefahrguttransporten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8390 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8390

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen in den Planunterlagen Hinweise auf die Transportunternehmer, es fehlen Hinweise, daß die in den Transnuklear-Skandal verwickelten Unternehmer auf Zuverlässigkeit uberprüft wurden, wie es BMU im Zusammenhang mit dem Transnuklearskandal der PTB in Auftrag gegeben hat; es fehlen Hinweise auf die überprüfungsmechanismen der sogenannten Revisions- und Betriebsprotokolle der Atom- kraftwerke und der Störfallmeldungen. Alle aufgezählten Kontrollmechanismen sind notwendig, um die Entstehung, Zusammensetzung, Dosisleistung und Toxizität der Müllgebinde abschätzen zu können.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8390 8100 0

Ident.-Nr.: 5926

Unabhängig davon ist eine Kardinal¯rage des ganzen Verfahrens, ob die Transportfrage mit in das Verfahren ein- bezogen wird oder nicht. Wenn sie es denn (auf richterliche Entscheidung hin¯ doch noch wird, muB die Möglichkiet bestehen, die Transportstudie der GRS überprüfen zu lassen. Auf jeden Fall wider- sprechen sich die Bekanntmachungen der Gruppe okologie, Hannover zu Atomtransporten, etwa in Bezug auf Nürnberg, Braunschweig oder auch generell im Vergleich zu den Aussagen der GRS, was die ¯efahrlich- keit und Gefährdung der Betroffenen generell und unserer Familie im Besonderen betrifft. Das schränkt uns in unseren Rechten unzumutbar ein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1800 8350 8390

Ident.-Nr.: 5926

Die gesetzlichen Regelungen der Verantwortlichen für die Genehmigung und Überwachung von Atommülltransporten sind derartig unübersichtlich, dezentral und von Überschneidungen in den Kompetenzen geprägt, daB menschlichem Versagen und Fehlinterpretation der rechtlichen Bestimmungen durch Entscheidungsträger vorprogrammiert sind. Die Entscheidung der Betreiber - Antragsteller, den Atommülltransport nicht in das Genehmigungsverfahren aufzunehmen, liegt in der Tatsache begründet, daß das gesamte Verfahren dann sofort und mit Sicherheit scheitern würde. Hier liegt auch der Grund für das Nichtvorliegen der GRS- Studie zum Transportproblem zu Beginn der Auslegung. So ist es den Einwendern unmöglich, sich auf den wesentlichsten Punkt der Anlage zu konzentrieren, den Atommülltransport und seine Absicherung. Wenn es dem Betreiber - Antragsteller ernst mit den Bedenken der Einwender gewesen wäre, hätte die GRS-Studie lange vor der Planauslegung vorgelegen, um auf die Bedenken der Betroffenen einzugehen. Zumindest wäre es auch möglich gewesen, sich langfristig mit den Argumenten auseinanderzusetzen. Durch die Einführung der GRS-Transport-Studie nach über der Hälfte der Einwendungszeit bezweckt der Antragsteller jedoch gerade das Gegenteil einer seri-

Texte zum Sachgebiet Nr. 8390

ösen Informationspolitik. Es wird versucht, das Hauptargument gegen den Plan, nämlich das Atommülltransportproblem, obwohl es nicht Teil des Plans ist, so abzuhandeln, als ob es doch Teil des Plans sei, allerdings mit eingeschränkten Möglichkeiten der Überprüfung der Daten der Antragsteller. So soll für ein künftiges Gerichtsverfahren der Grundstein für eine Verteidigung des Plans gelegt werden, ohne daß man uns die Chance gibt, sich zu diesem Problem sachlich und inhaltlich einzulassen.

Dieser Sachverhalt schränkt uns in unseren Grundrechten unzumutbar ein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8390 8350 0

Ident.-Nr.: 5926

Insbesondere fehlen staatliche Kontrollmechanismen für die Atomtransport-Branche, auch im Bereich der halbstaatlichen Transportunternehmen, die sicherstellen, daß die Bestimmungen eingehalten werden. Die in vielen Bereichen vorhandenen personelle Kontinuität zwischen Transnuklear und den heutigen Atomtransportunternehmen läßt auf das Fehlen der gesetzlich geforderten Fachkunde und Zuverlässigkeit des Transportpersonals schlieBen.

Es ist vermutlich davon auszugehen, daß auch die Möglichkeit besteht, daß Personen, die aus der Transnuklear-Affäre belastet sind, sich durch Schweigen und Schutzbehauptungen oder durch das Bestehen alter Seilschaften in ihren neuen Positionen behaupten konnten. Diese Möglichkeit ist nur dann auszuschlieBen, wenn sichergestellt worden ist, daB eine ausreichende und umfangreiche Überprüfung des Personals stattgefunden hat.

Da nach den bisherigen Beobachtungen der Verfahren zu vermuten ist, daß sich in dem Atomtransportgewerbe nichts wensentliches nach dem Transnuklearskandal geändert hat, wie auch viele Presseartikel über Atomtransporte belegen, seit angeblich nach Beendigung des Transnuklearskandals derartige Vorkommnisse nicht mehr auftreten sollten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8390 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen ausreichende Hinwelse, welche Sicherheits-, Bewachungs- und Bedienungsmannschaften mit welchen Rechten aufgrund welcher Rechtsgrundlagen in unseren Lebensbereich eingreifen dürfen, welche unserer Rechte dabei aufgrund welcher Rechtsgrundlagen eingeschränkt werden dürfen und welche Mittel zur Durchsetzung unseres Rechtsschutzes eingesetzt werden können. So ist es denkbar, daß Atomtransporte verbunden mit Storfällen beim Transport und/oder Störfällen in der Anlage

zu sofortigen Sicherheits-, Rettungs- und Katastrophenschutzmaßnahmen in bezug auf die nähere und weitere Umgebung der Anlage, in der wir uns aufgrund unserers bisherigen Lebens mit Sicherheit zu bestimmten Zeiten aufhalten werden, führen werden. Diese werden dann mit großer Wahrscheinlichkeit angeordnet und durchgeführt werden müssen. Dabei ist es durchaus möglich, daß wir zu den Betroffenen gehören werden. Bei den Verhaltensweisen der Betriebsangehörigen denken wir dabei an die Richtlinie Anforderungen an das Begleitpersonal und Personal der Beförderungsleitstelle bei Beförderungen von Kernbrennstoffen der Sicherheitskategoerie I auf der Straße. Ohne die Relevanz dieser Richtline fur Konrad zu kennen, scheint es doch wichtig für uns, welche Rechte betroffen sein können und welche Einschränkungen zu befürchten sind. Ohne diese Informationen fühlen wir uns durch das Vorhaben in unseren Rechten unzumutbar eingeschränkt .

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8600 8390 0

Ident.-Nr.: 5926

2. Welche Ausrüstungsgegenstände für den Transportunfall eines Atommülltransporters mit einem Tanklastzug und anschließendem Brand bei zerstörten Atommullgebinden sind vorgesehen und wie soll der Brand bekampft werden? Welche Schutzmaßnahmen für die Brandbekämpfer sind vorgesehen? Welche Schutzmaßnahmen gegen mögliche Kontaminationen der Bevölkerung durch Verteilung der Radionuklide durch Wind sind vorgesehen?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8390 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen die erforderliche Zuverlässigkeit und Sachkunde des Personals der Transportfirmen, vor allem in der Managerebene. Die Transportfirmen haben zwar seit dem Nukem/Alkem/Transnuklear-Skandal die Firmenschilder gewechselt und einige Personen ausgetauscht, es finden sich lm wesentlichen aber die gleichen Leute in den verantwortlichen Positionen wieder, wie das vor der Bekanntwerdung der Atommüllschiebereien der Fall war. Wie schon mehrfach ausgeführt, ist zwar die Atommülltransportfrage rechtswidrigerweise nicht Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens, es ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, daß natürlich auch unter dieser Einschränkung die Folgen für uns verheerend sein konnen, wenn die gleichen Machenschaften wieder mit den Atommüllproduzenten und den Transporteuren und den Endlagerbetreibern beginnen. Die negativen Folgen können sich ebenso auf dem Betriebsgelande nachteilig füur uns bemerkbar machen, wie außerhalb des Geländes beim Transport. Wenn nämlich bei einem Störfall der Inhalt von möglicherweise zerstörten Fässern nicht mit den Deklarationspapieren

übereinstimmt, und das ist mit Sicherheit bei einer Vielzahl der Fässer der Fall, dann können die Auswirkungen wesentlich mehr zu unserem Schaden sein, als angenommen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8390 5360 0

Ident.-Nr.: 6096

Besonders gravierend ist, daß die für die Transporte zuständigen Stellen bereits jetzt ihre Kontroll- und Aufsichtsfunktion nur mangelhaft wahrnehmen und dadurch die Möglichkeit einer unzumutbaren Belastung der Bürgerinnen und Bürger billigend in Kauf nehmen. So wurde beispielsweise die Öffentlichkeit nicht darüber informiert, daß "die internationalen Märkte beschlossen" (haben), "Kernenergieschäden in der Transportversicherung grundsätzlich auszuschließen".
Der Wortlauf der Versicherungsverträge wurde inzwischen in den meisten Fällen an den veränderten Sachstand angepaßt. In disen Fällen gelten ab dem 01.05.1991 für alle zum Versand gelangenden Transporte radioaktiver Stoffe die geänderten Vertragsbedingungen:

> "In Abwandlung aller anderslautenden Bedingungen, Klauseln und Vereinbarungen sind Schäden, die durch Kernenergie verursacht werden, von der Versicherung ausgeschlossen."

Diese Maßnahme der internationalen Versicherungsgemeinschaft beleuchtet drastisch, daß die versicherungsmathematische Risikoeinschätzung die Gefahr sehr viel höher ansetzt als die Betreiber von Atomkraftwerken, die Erzeuger von radioaktiven Abfällen und die Entsorgungspflichtigen für die radioaktive Abfälle dies tun.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8390 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8401

Ident.-Nr.: 46

Würde eine Endlagerung von Ihnen angeordnet und bestimmt werden, fühlte ich mich in meiner persönlichen Sicherheit und Freiheit eingeschränkt und hintergangen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8401 0 0

Ident.-Nr.: 51

Mein Arbeitsplatz und der Arbeitsweg sind durch das Endlager und die Transporte gefährdet.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8401 0 0

Ident.-Nr.: 201

Durch die geplante Einrichtung von SCHACHT KONRAD als Atommüll-Endlager und den damit verbundenen Transportwegen werden mein Lebensraum und meine Arbeitsstelle und die meiner Familie stark beeinträchtigt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8401 0 0

Ident.-Nr.: 259

Die wirtschaftliche Existenz nicht nur unseres Betriebes wird gefährdet. Arbeitsplätze werden hierdurch vernichtet, das Einkommen vieler Familien entfällt, die dann der Sozialhilfe zur Last fallen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8401 8500 0

Ident.-Nr.: 276

Gesundheitsgefährdung durch Niedrigstrahlung besteht nach gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen auch unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte. Aus christlicher Solidarität zu den Menschen der Umgebung, aus der Möglichkeit eines längeren Aufenthaltes in dieser interessanten Region, aus der Möglichkeit dort einen Arbeitsplatz zu haben, aus der Möglichkeit, daß eines der Kinder (von fünfen) dorthin zieht, fühle ich mich für meine Familienmitglieder vom Endlager mitbetroffen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2200 8401 0

Ident.-Nr.: 279

Wo finde ich Arbeit, wenn junge Menschen mit Kindern die Region verlassen?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8401 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8401

Ident.-Nr.: 314

Es kann nicht Ziel einer demokratisch gewählten Regierung sein, durch eine von den Bürgern ungewollte Energiepolitik Lebensverhältnisse bewußt und auf Dauer in menschenverachtender Weise zu verschlechtern, Leben zu vernichten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8401 0 0

Ident.-Nr.: 437

Als Einwohner Braunschweigs (und damit nur wenige Kilometer von dem geplanten Atommüllendlager entfernt) fühle ich mich in meinem Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie in meinem Grundrecht auf Eigentum beeinträchtigt.
Dies bedeutet für mich konkret eine tägliche Belastung in meiner Lebensführung auf Grund der existentiellen Bedrohung, die von der Radioaktivität der in unmittelbarer Nähe gelagerten Stoffe ausgehen wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2000 8401 0

Ident.-Nr.: 448

Schon die unmittelbare Nähe zu dem Atommüllendlager beeinträchtigt mich persönlich, zumal das Ansehen der ganzen Region gemindert wird und dadurch die Lebensqualität in dieser Region sinkt,

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8401 0 0

Ident.-Nr.: 527

Durch das Atommüllendlager SCHACHT KONRAD werden mir finanzielle Einbußen in betächtlichem Umfang entstehen:
- Meine Frau und ich haben 1988 in Vechelde ein Haus gekauft, dessen Kosten wir noch über Jahre hinaus abzahlen müssen. Es ist jedoch zu erwarten, daß der Wert dieses Hauses durch die Nähe zu SCHACHT KONRAD deutlich fallen wird.
- Beruflich arbeite ich als Diplom-Psychologe im Bereich der Erziehungs- und Jugendberatung Braunschweig. Da nach Inbetriebnahme des Atommüllendlagers eine Abwanderung besonders von Familien mit Kindern aus dieser Region zu erwarten ist, könnte eine Reduzierung der Mitarbeiterstellen im Beratungsbereich und damit der Verlust meines Arbeitsplatzes die Folge sein.

Meine Lebensqualität wird sich, wie die anderer Menschen in dieser Region, verringern. Unter Berücksichtigung der räumlichen Nähe zum "Versuchsendlager" Asse 2, nahe Wolfenbüttel, in dem bis zum Ende der 70er Jahre widerrechtlich atomare Stoffe nicht rückholbar eingelagert wurden, und zum Endlager in Morsleben nahe Helmstedt, wird schon heute von dieser Region als "Atomklo Europas" gesprochen. Die Abwanderung vieler Menschen, die woanders Wohnung und Arbeit finden und damit die Verringerung von kulturellen, sozialen und freizeit-

orientierten Angeboten und Initiativen, wird voraussichtlich die Folge sein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8500 8401 0

Ident.-Nr.: 553

Ich habe ein Recht auf Gesundheit (die wahrscheinlich von den anderen Umweltbeeinflussungen, z.B. Strahlungen - schon längst beeinträchtigt ist) und Leben. Ich kann mir nicht vorstellen, in einer Umgebung zu leben, die radioaktiv verseucht ist, wo man schon Angst hat, wenn man barfuß im Gras geht oder die Füße in die Aue hält.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8401 0

Ident.-Nr.: 821

Unsere Wohn- und Lebensqualität wird erheblich eingeschränkt, da die ständige radioaktive Abluft bzw. radioaktive Abwässer zu einer erhöhten radioaktiven Belastung unserer Gartenerzeugnisse führen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8401 2120 2130

Ident.-Nr.: 833

Unsere Lebensperspektiven werden durch die dadurch zusätzlich entstehenden radioaktiven Strahlen auf's äußerste eingeschränkt.
Wir fürchten uns davor, daß wir vielleicht nicht mehr im Freien spielen dürfen und viele gute Sachen nicht mehr essen können.
Wir fühlen uns mit unserer Aufgabe, die Erde zu gestalten und für zukünftige Menschen zu erhalten, überfordert. Wir haben Angst vor unserer Zukunft. Wir glauben ganz fest daran, daß der liebe Gott solche bösen Sachen für die Menschen, Tiere und Pflanzen nicht will.
Wir möchten gerne, daß die ganzen giftigen Sachen von der Erde weg sollen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8401 0 0

Ident.-Nr.: 860

Die Planungsbehörde scheint zu übersehen, daß der Schacht Konrad nicht (irgendwo) bei Braunschweig liegt, sondern mitten in Salzgitter, unter dem Wohnort Salzgitter-Bleckstedt, neben dem Volkswagenwerk Salzgitter mit etwa 10000 Arbeitnehmern, dem neuen Eingang auf dem Gelände der Stahlwerke Peine-Salzgitter mit ebenfalls etwa 10000 Beschäftigten, mit weitern tausenden von Arbeitsplätzen in weniger als 5km Entfernung, mit mehrern Hunderttausend Bewohnern östlich dieser geplanten Anlage im Hauptwindeinzugsgebiet (bei sehr häufigen Westwinden) in weniger als 20km Entfernung und auch mit über fünfzigtausend Bewohnern weniger als 10km westlich des Schachtgeländes.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8401

Die Beeinträchtigung des Lebens all dieser Menschen der Region kann nicht in unserer freihietlich demokratischen Grundordnung Ziel einer Planung der Bundesregierung sein. Oder verachtet etwa diese Bundesregierung sein eigenes Volk?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1300 8401 4600

Ident.-Nr.: 1465

Wenn ich die Schule beendet habe und in Salzgitter wohnen bleiben möchte, wer garantiert mir, daß ich einen Arbeitsplatz zu diesem verstrahlten Gebiet bekomme, wer möchte dann noch als Tourist nach Salzgitter kommen? Da Salzgitter gerade als "Kurort" angepriesen wird und Unmengen an Geld für den Ausbau des Thermalbades ausgegeben wurden, frage ich mich, wie das zusammenpaßt? Ich möchte gerne weiterhin, da ich das Glück habe, einen großen Garten zu besitzen, Gemüse und Obst anpflanzen. Wer garantiert mir, daß ich dieses Grundstück ohne Wertverlust und Strahlenbelastung weiterhin bewohnen und bebauen kann? Wer gibt mir die Zusicherung, daß ich von den Strahlen nicht krank werde?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8401 0 0

Ident.-Nr.: 1570

Ich vertraue den Sicherheitsberichten, die die Atommüllendlagerung in Schacht Konrad für ungefährlich halten, nicht. Deshalb sehe ich meinen Lebensraum in seiner Bewohnbarkeit bedroht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8401 0 0

Ident.-Nr.: 2505

Dieses Endlager Schacht Konrad muß nach meiner Meinung unbedingt verhindert werden! Wie können als verantwortungsbewußte, zukunftsdenkende, freiheitsbewuste Bürger nicht länger so weiterleben!
Wir wollen hier in unserer Heimat menschenwürdig weiterleben können!
Oder haben wir kein Recht darauf, auf dieses Land, auf diese Luft?
Sondern nur die Herren Vertreter der Industrie und der Atomindustrie?
Ich wünsche mir, daß diese teuflische Bedrohung nicht Wahrheit wird, wei ich hoffe, daß es wirklich verantwortungsbewuste, gewissenhafte, gläubige (wir sind Geschöpfe und die Erde ist ein Werk Gottes!) Volksvertreter an unserer Regierung gibt, die an diesem wichtigen Punkt die richtige Entscheidung treffen.
Ich wünsche Ihnen dazu Gottes Kraft und Segen!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8401 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8401

Ident.-Nr.: 2586

Die Propsteijugendvertretung sieht durch die oben genannten Punkte ihre Arbeit gefährdet und bedroht. Die Gestaltung der evangelischen Gemeinden ist nur noch unter Gefährdung von Leben und Gesundheit möglich, sollte das Endlager Schacht Konrad in Betrieb gehen. Die Satzung der Propsteijugendvertretung fordert ein Eintreten für die Interessen und die Rechte der jungen Gemeinden. Das geplante atomare Endlager bedroht durch die oben erwähnten Gründe das Leben in den Gemeinden. Sowohl bei der radioaktiven Belastung durch den Betrieb des Endlagers, als auch bei Katastrophen durch Transportunfälle oder Betriebsstörungen entsteht eine starke Verseuchung des Gebietes der Propstei. Die Propsteijugendvertretung sieht dann keine Möglichkeit mehr, ihre Arbeit fortzusetzen und ihre Zielsetzungen weiterhin zu verfolgen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8401 8500 0

Ident.-Nr.: 3110

Dieses Endlager SCHACHT KONRAD muß nach meiner Meinung unbedingt verhindert werden!
Wir können als verantwortungsbewußte, zukunftsdenkende, freiheitsbewußte Bürger nicht länger so weiterleben!
Wir wollen hier in unserer Heimat menschenwürdig weiterleben können!
Oder haben wir kein Recht darauf, auf dieses Land, auf diese Luft?
Sondern nur die Herren Vertreter der Industrie und Atomindustrie?
Ich wünsche mir, daß diese teuflische Bedrohung nicht Wahrheit wird, weil ich hoffe, daß es wirklich verantwortungsbewußte, gewissenhafte, gläubige (Wir sind Geschöpfe und die Erde ist ein Werk Gottes!) Volksverteter an unserer Regierung gibt, die an diesem wichtigen Punkt die richtige Entscheidung treffen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8401 0 0

Ident.-Nr.: 3124

In meine Menschenwürde wird eingegriffen:
Die Strahlenbelastung greift mich als Individium an, verändert die Grundsubstanz meines eigenen, persönlichen "Menschsein" und verletzt in unzumutbarer Weise meine Menschenwürde.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8401 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8401

Ident.-Nr.: 3124

Durch einen Unfall oder eine Katastrophe besteht die Gefahr meiner Verstrahlung, und macht mich zum Strahlenträger und zu einer Gefahr für andere Menschen, sodaß ich mein Recht als menschliches Individium zwangsläufig verliere und als "radioaktiver Abfall" behandelt werde, was meine Menschenwürde verletzt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2600 1500 8401

Ident.-Nr.: 3165

Ich habe einen Anspruch darauf, nicht durch Aktivitäten Dritter in meine Wohnqualität beeinträchtigt zu werden.
Nach Errichtung und Inbetriebnahme der Anlage Schacht Konrad müssen meine Familie und ich mit einer erhöhten Belastung unserer Gartenerzeugnisse durch Abluft und Abwässer rechnen, so daß diese nicht mehr nutzbar sind. Darüber hinaus werden wir hier in dieser Gegend noch abhängiger von weit entfernt produzierenden Erzeugern, wenn wir nicht kontaminierte Nahrung bekommen wollen. Unsere Wohnqualität wird weiterhin gemindert durch den Umstand, daß man nicht mehr bedenkenlos in den hiesigen Landschaftsgebieten zwecks Erholung unterwegs sein kann. Man muß natürlich auch damit rechnen, daß Freunde und Bekannte aus dieser Region verschwinden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8500 2400 8401

Ident.-Nr.: 3241

Als Lehrerin für die Fächer Französisch, Geographie und Deutsch bin ich durch die Errichtung des Atommüllendlagers Schacht Konrad in meiner Unterrichtstätigkeit stark eingeschränkt:
In meiner Eigenschaft als Französischlehrerin habe ich an meiner Schule in Salzgitter-Bad eine Schulpartnerschaft zu einer französischen Schule aufgebaut. Seit Jahren führe ich Austauschfahrten durch, die auch mit der Vor- und Nachbereitung, sowie der Durchführung einen wichtigen Beitrag zur Unterrichtsarbeit darstellen.
Kann ich als verantwortungsbewußte Pädagogin es zulassen, daß junge Menschen aus Frankreich hier nach Salzgitter kommen, eine Stadt, auf deren Gebeit das Atommüllendlager Schacht Konrad errichtet werden soll, in welchem nicht nur deutscher, sondern auch europäischer Atommüll eingelagert werden soll???
Das Fach Geographie lebt davon, wie andere Fächer auch, möglichst anschaulich unterrichtet zu werden. Unterrichtsgänge in der freien Natur gehören zum Unterrichtsalltag. Mit der Errichtung des Atommüllendlagers Schacht Konrad würde ich mich und meine Schulerinnen und Schüler einer erhöhten Strahlenbelastung aussetzen, was ich als unzumutbar empfinde.
Probleme der Umwelt gehören zum einen zum Themenspektrum des Geo-

graphieunterrichts, zum andern sollte Umwelterziehung ein Unterrichtsprinzip aller Fächer sein. Einsicht in Zuammenhänge, Probleme, deren Ursachen und mögliche Lösungsstrategien wären mögliche Themen, um nur einige zu nennen. Wie kann jedoch Kindern vermittelt werden, daß menschenverachtende Technologien wie die Atomtechnologie von angeblich verantwortungsbewußten Wissenschaftlern und Politikern gefördert werden, daß etwas in Gang gebracht wird, über deren Beseitigung man sich jedoch erst viel später Gedanken macht (Problem Endlagerung)?
Wir soll Kindern das Vertrauen in Politik vermittelt werden, die trotz überzeugender Argumente von Wissenschaftlern, Bürgerinnen und Bürgern sich vielleicht doch für diese menschenverachtende technologie aussprechen und in dieser Region ein Atommüllendlager errichten??

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8401 0 0

Ident.-Nr.: 3706

Ich fühle mich durch die geplante Errichtung des Atommüllendlager SCHACHT KONRAD in meinem Persönlichkeitsrecht, was Grundrechtsrang hat, beeinträchtigt und bedroht:
Meine Entscheidungsfreiheit wird eingeschränkt:
Die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Einwirkungen auf meinen Organismus und seine Zellen durch die Strahlenbelastung bergen die Gefahr der Bildung defekter Chromosomen in sich, die wiederum die Gefahr des Auftretens von Mißbildungen in der nächsten Generation potenzieren. Die Angst, kranke und geschädigte Kinder in die Welt zu setzten, beeinträchtigt meine Entscheidungsfreiheit für oder gegen Elternschaft in unzumutbarem Maße.
Die Entscheidung für oder gegen die Ausübung einer mich befriedigenden Freizeitaktivität oder eines Hobbys, wie z. B. sportliche Betätigung, Fischen, Jagen, Gärtnerei wird duch die Tatsache, daß ich mich bei Betätigung im Freien einer erhöhten Strahlenbelastung aussetze, unzumutbar beschnitten. Die Entscheidung, mich freiwillig zugunsten der Allgemeinheit im freiwilligen Rettungsdienst, Katastrophenschutz etc. zu engagieren, muß im Hinblick auf die zu erwartenden verstärkt auftretenden gesundheitlichen Belastungen überdacht werden und kann letztendlich die mich persönlich befriedigende ehrenamtliche Tätigkeit in diesem Bereich vereiteln. Dies ist unzumutbar sowohl für mich als auch für die Allgemeinheit.
Meine Entscheidungsfreiheit für oder gegen die Wahl eines bestimmten Wohnsitzes ist unzumutbar beeinträchtigt. Zu erwartende Gesundheitsgefährdungen durch ständige Strahlenbelastung schließen die Wohnsitznahme in räumlicher Nähe zu dem geplanten Atommüllendlager SCHACHT KONRAD ebenso aus wie die Wohnsitznahme in räumlicher Näne zu einer der Transportstrecken.
Meine Entscheidungsfreiheit für oder gegen die Wahl eines Arbeitsplatzes wird unzumutbar beeinträchtigt. Arbeitsplätze in räumlicher Nähe zum Atommüllendlager SCHACHT KONRAD oder zu einer der Transport-

strecken bergen ein erhöhtes gesundheitliches Risiko durch Strahlenbelastung.
Bei Arbeitslosigkeit, die nie gänzlilch auszuschließen ist, reduziert sich meine Entscheidungsfreiheit gegen Null, denn ich bin aus existenziellen Gründen gezwungen, um meine Ansprüche nicht zu verlieren, jedwede mir nachgewiesende Arbeitsstelle auch in durch Strahlung beeinträchtigten Gebieten anzunehmen.
Meine Entscheidungsfreiheit für oder gegen die Wahl eines Reise-, Ausflugs- oder Urlaubszieles wird unzumutbar beeinträchtigt. Strahlenbelastung und hieraus resultierende Gesundheitsgefähdung verbieten das Aufsuchen von Gebieten in räumlicher Nähe zum Atommüllendlager SCHACHT KONRAD sowie zu den Transportstrecken.

In meine Menschenwürde wird unzumutbar eingegriffen:
Auswirkungen der Strahlenbelastung auf meinen Organismus und meine Zellen greifen mich als einzigartiges Individuum an, verändern die Grundsubstanz meines eigenen persönlichen "Menschseins" und verletzen somit in unzumutbarer Weise meine Menschenwürde.
Durch einen Unfall oder eine Katastrophe besteht die Gefahr der Freisetzung erhöhter Radioaktivität, die mich als Individuum treffen und total verstrahlen kann, so daß ich noch solch einem Ereignis lediglich Strahlenträger mit der Gefahr der radioaktiven Verseuchung für andere Menschen bin, meine Rechte als menschliches Individuum zwangsläufig verlieren muß und zwecks Begrenzung der Gefahr für meine Mitbürger als "radioaktiver Abfall" behandelt und ausgesondert werde. Die zu erwartende Behandlung als "radioaktiver Abfall" im Falle der totalen Verstrahlung im Unglücks- oder Katastrophenfall verletzt in unzumutbarer Weise meine Menschenwürde bzw. hebt diese gänzlich auf.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8401 2000 0

Ident.-Nr.: 3745

In meine Menschenwürde wird unzumutbar eingegriffen:
Auswirkungen der Strahlenbelastung auf meinen Organismus und meine Zellen greifen mich als einzigartigen Individuum an, verändern die Grundsubstanz meines eigenen persönlichen "Menschseins" und verletzen somit in unzumutbarer Weise meine Menschenwürde.
Durch einen Unfall oder eine Katastrophe besteht die Gefahr der Freisetzung erhöhter Radioaktivität, die mich als Individuum treffen und total verstrahlen kann, so daß ich nach solch einem Ereignis lediglich Strahlenträger mit der Gefahr der radioktven Verseuchung für andere Menschen bin, meine Rechte als menschliches Individuum zwangsläufig verliefen muß und zwecks Begrenzung der Gefahr für meine Mitbürger als "radioaktiver Abfall" behandelt und ausgesondert werde. Die zu erwartenden Behandlung als radioaktiver Abfall im Falle der totalen Verstrahlung im Unglücks- oder Katastrophenfall verletzt in unzumutbarer Weise meine Menschenwürde bzw. hebt sie gänzlich auf.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 2600 8401

Texte zum Sachgebiet Nr. 8401

Ident.-Nr.: 4465

Des weiteren wird in unzulässiger Art und Weise in meiner Entscheidungsfreiheit hinsichtlich der Wahl des Arbeitsplatzes eingegriffen, weil in dem gesamten Salzgittergebiet und Umland ein erhöhtes gesundheitliches Risiko durch Strahlenbelastung zu erwarten ist.
Bei Arbeitslosigkeit, die nie gänzlich auszuschließen ist, reduziert sich meine Entscheidungsfreiheit gegen null, denn um die Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung nicht zu verlieren, muß bekanntlich jede nachgewiesene bzw. zumutbare Arbeitsstelle auch in durch Strahlen beeinträchtigten Gebieten angenommen werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8500 8401

Ident.-Nr.: 4888

Abschließend möchte ich hiermit nocheinam zum Ausdruck bringen, daß eine Einlagerung sowie der Transport von radioaktivem Atommüll in Schacht Konrad über Jahrzehnte hinweg zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Lebensgefühls in dieser Region führen würde, begleitet von einer ständigen Angst um die Gesundheit unserer Kinder und deren Nachkommen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8401 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Wir fühlen uns durch den Plan in unserem Persönlichkeitsrecht, das Grundrechtsrang hat, beeinträchtigt und bedroht, dieses gilt besonders:

- für unsere Entscheidungsfreiheit, die stark eingeschränkt wird durch unser Wissen von der genetischen Beeinträchtigung durch radioaktive Strahlung, was wiederum zu Mißbildungen beim Nachwuchs führen kann. Die Angst, kranke und oder geschädigte Kinder in die Welt zu setzen, oder in eine Welt zu setzen, die sie schädigen wird, beeinträchtigt unsere Entscheidungsfreiheit für oder gegen Elternschaft in unzumutbarem Maße.
  Die Entscheidung für oder gegen die Ausübung einer uns befriedigenden Freizeitaktivität oder eines Hobbys, wie z. B. sportliche Betätigung, Fischen, Jagen, Gärtnerei wird durch die Tatsachse, daß wir uns bei Betätigungen im Freien einer möglicherweise erhöhten Strahlenbelastung aussetzen, unzumutbar beschnitten. Einige dieser Aktivitäten wurden uns ärztlicherweise als Ausgleich verordnet und als gesundheitlich fördernd empfohlen, nun muß bei der Ausübung möglicherweise mit einer Schädigung des Körpers gerechnet werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8401 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8401

Ident.-Nr.: 8699

Durch eine Atommüllendlagerung in SCHACHT KONRAD würde Salzgitter das lezte bißchen Ansehen, das es noch hat, gänzlich verlieren. Wir möchten keine "strahlende" Stadt im Grünen! Die Risiken und der Attraktivitätsverlust würden außerdem zu einem Sinken der Grundstückswerte und der Immobilien führen. Was mich als Salzgitteranerin besonders stark betrifft, ist die Gefährdung der Zukunft für mich und später dann eventuell auch für meine Kinder (sollte ich welche haben) sowie den Rest meiner Familie.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8401 8500 0

Ident.-Nr.: 9281

Die Entscheidungsfreiheit meiner Mandanten fur oder gegen die Ausubung der sie befriedigenden Freizeitaktivitaten Gartenarbeit, Jogging, Scwimmen und Spaziergange im Freien wird durch die Tatsache, daB sie sich bei diesen Betatigungen der e rhohten von Schacht Konrad ausgehenden Strahlenbelastung aussetzen, unzumutbar beschnitten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8401 0 0

Ident.-Nr.: 9281

Auswirkungen der Strahlenbelastung auf Organismus und Zellen meiner Mandanten greifen diesie als einzigartige Individuen an, verandern die Grundsubstanz ihres jeweiligen eigenen personlichen "Menschseins" und verletzen somit in unzumutbarer Weise ihre Menschenwurde, die auf der Tatsache basiert, daB sie jeweils einzigartige menschliche Individuen sind.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2200 8401 0

Ident.-Nr.: 9450

Ich sehe die Lebensqualität meiner Tochter und meine eigene noch dadurch erheblich beeinträchtigt, daß sich in nicht geringem Umfang unser soziales Umfeld verändern wird. Bekannte und Freunde werden sich möglicherweise entschließen wegzuziehen. Schulen, Universitäten, andere Ausbildungsstätten werden Schwierigkeiten haben, geeignetes Ausbildungspersonal zu finden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8401 0 0

Ident.-Nr.: 32946

Als schwerkriegsbeschädigter (über 70jähriger) Handwerksmeister und Flühtling vor über 40 Jahren aus Berlin-Ost, ist mir die Konrad Schacht-Einwendungsmöglichkeitdie größte Wichtigkeit - nicht nur für meinen Lebensrest. Es ist Pflicht, sich dieser Einwendung mit allen Kräften zu bedienen.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8401

Gerade im Salzgittergebiet, wo besonders viel leidgeprüfte zugezogene Menschen aus den nahen Ostgebieten mit letzter Kraft eine neue Heimat fanden, sollen nun noch mit ihrem aus der Kriegs-Nazi- und bolschewisierten Zeit geschädigten Körper, einschließlich der Nachgenerationen durch die Strahlenlagerungen restlich zugrunde gehen?
Ich bin für keine Gewalt; aber in diesem Fall mit letzter Kraft und Unterstützung der Jugend, sollte ganz Salzgitter und Umgebbung mit allen sinnvollen Mitteln waffenlos kämpfen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8401 0 0

Ident.-Nr.: 32946

Weshalb verschleiert man die wirklichen Lasten der wachsenden willkürlichen Vernichtung?
Als ehemaliger unfreiwilliger Soldat (gleich 6 mal verwundet) sind wir Wenigen noch Lebenden gegen jede Kriegstreiberei.
Atommüll-Lagerung ist ein leiser vernichtender Krieg. Ganz Salzgitter hat im demokratischen Sinn ohne Gewalt die Wende nur noch zeitlich begrenzt in der Hand.
Eine einige Stadt kann sehr viel tun. Jeder sollte nun nicht nur denken, sondern handeln - sonst ist es zu spät.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8401 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8402

Ident.-Nr.: 24

Ich befürchte schwerwiegende negative Auswirkungen auf die psychische Situation der in dieser Region lebenden Menschen mit Folgen wie: Abwanderung, Überalterung, rückläufigen Geburtenzahlen. Dies hätte wiederum negative Auswirkungen auf:
a) die berufliche Tätigkeit als Lehrer im Ort Vechelde,
b) den im Falle einer Versetzung/eines Wegzuges erzielbaren Kaufpreis des eigenen Grundstückes und Einfamilienhauses.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 8500 0

Ident.-Nr.: 63

Es darf auch der soziale Zündstoff, den die Errichtung des Endlagers in sich birgt, nicht unberücksichtigt bleiben.
Man denke nur an die Polarisierung der Bürger in Befürworter und Ablehner der Anlage, die schon jetzt Freundschaften und gute Nachbarschaften zerbrechen ließ.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Ident.-Nr.: 276

Das Endlager wird kaum eine soziale Verträglichkeit haben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Ident.-Nr.: 276

Desweiteren können sich Unwägbarkeiten im sozialen Bereich durch den Betrieb und die Lagerung des Atommülls ergeben.
Durch erheblichen Polizeieinsatz und die Bereithaltung von Polizeikräften im Hintergrund und zur Bewachung des Objektes auch durch private Sicherheitskräfte kann sich das Gefüge unseres Staates dahingehend verändern, daß mehr und mehr ein Polizeistaat entsteht, wie wir ihn uns alle nicht wünschen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Ident.-Nr.: 313

All das macht die Endlagerung von Atommüll im SCHACHT KONRAD zu einer unverantwortbaren und menschenverachtenden Unternehmung, zu deren Betrieb Sie hoffentlich einen ablehenden Beschluß fassen werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8402

Ident.-Nr.: 392

Das BfS erwähnt in seiner Planung auch die Möglichkeit von Erdbeben im Einlagerungsgebiet. So hat es z. B. einmal ein "tektonisches Schadbeben ... mit der Intensität VII" gegeben (S. 30). "Das Auftreten eines vergleichbaren Ereignisses in Standortnähe ist denkbar" (S. 30). Eine solche Katastrophe könnte eine umfassende Verseuchung mit weitreichenden sozialen, ökologischen und ökonomischen Folgen haben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2550 8402 0

Ident.-Nr.: 410

Ich befürchte eine gewisse "soziale Verödung" meines Heimatortes durch das Wegziehen von Freunden und Bekannten, die sich und ihre Kinder nicht der Strahlengefahr aussetzen wollen. Somit wird ein über Jahrzehnte gewachsenes, soziales Gefüge zerstört.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Ident.-Nr.: 425

Es ist daher weder moralisch, rechtlich noch wissenschaftlich oder technisch verantwortbar, uns und den folgenden Generationen eine Zeitbombe in Form von Tonnen nicht rückholbaren Atommülls zuzumuten.
Wir müssen uns der Einsicht stellen, daß jede Form von Atomenergie derzeit an der Entsorgungsunmöglichkeit scheitert.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 8402 0

Ident.-Nr.: 446

Das Salzgitter-Gebiet ist eine überwiegend landwirtschaftlich genutzte Fläche, in der sehr viel Rüben angebaut werden. Dieser Boden ist bereits in hohem Maße überdüngt, so daß sehr viele Schadstoffe im Grundwasser bereits vorhanden sind. Dieses Grundwasser wird durch radioaktive Verstrahlung nicht gesünder. Infolgedessen ergibt sich für meine Familie und mich die Konsequenz, daß wir im Falle einer Genehmigung von SCHACHT KONRAD als Atommüllager sofort aus diesem Gebiet wegziehen. Dieser Ansicht ist ein sehr großer Teil unseres Bekanntenkreises ebenfalls, so daß sich Salzgitter bald zur Geisterstadt entwickeln wird. Infolge davon werden Sie in dieser Stadt bald den Quadratmeter Bauland für DM 5,00 voll erschlossen erwerben können.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2100 8402 8500

Ident.-Nr.: 470

Durch das Atommüllendlager wird der Raum Salzgitter für seine Bewohner sowie für Industrieansiedlungen untragbar. Viele Bewohner werden diesen Raum verlassen. Hierdurch wird es zu weiteren Härtefällen für die Zurückbleibenden kommen.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8402

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Ident.-Nr.: 654

Die Errichtung des Endlagers ist schon unter heutigen ethischen Gesichtspunkten mindestens ein moralisches Verbrechen, weil es einem die Umwelt global zerstörenden Wirtschaftssystem und hier einer den Menschen potentiell total auslöschenden Pseudotechnik (Atomwirtschaft) weiter und grenzenlos den Weg planiert.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Ident.-Nr.: 826

Meine Lebensperspektive sehe ich durch den Bau dieses Lagers als stark beeinflußt an.
Mein Erbe kann durch diesen Bau stark an Wert verlieren oder sogar ganz verloren gehen.
Ich habe große Sorge, das es mir so wie meinen Großeltern ergeht, die unfreiwillig ihre Heimat verlassen mußten.
Durch Abwanderung von Betrieben, denen eine solche Nachbarschaft unheimlich ist, könnte Salzgitter zum Armenhaus der Bundesrepublik werden. An Neuansiedlungen von Betrieben ist in der Betriebsphase des Endlagers gar nicht zu denken.
In einer solchen Umgebung wird es für mich dann schwierig sein einen Ausbildungsplatz zu finden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 8500 0

Ident.-Nr.: 858

Ich bin sowohl für den Schutz des ungeborenen Lebens, als auch für den Schutz des geborenen Lebens. Wer sich für das eine einsetzt, muß konsequenter Weise auch für die andere Sache sein. Sonst ergibt es keinen Sinn.
Ich würde mich bestimmt nicht für einen grünen Spinner oder einen Träumer bezeichnen. Vielmehr bin ich der Meinung und da bin ich mir ganz sicher, daß der überwiegende Teil in unserem Volk zu diesem Themenbereich meine Einstellung teilt. Aber ein Großteil unserer Mitmenschen bringt nicht die Kraft auf, sich in dieser Form zu äußern. Würde es ein Volksvotum hierzu geben, so wie in anderen europäischen Ländern, dann würden wir ganz sicher zu einem eindeutigen Ergebnis kommen. Der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung spricht sich gegen die Nutzung der Atomenergie und

der damit verbundenen Lasten aus. Die Resonanz in dieser Region SCHACHT KONRAD ist ebenfalls sehr groß.
Ich hoffe, daß Sie die Stimmung in der Bevölkerung in entsprechender Form würdigen und bitte Sie daher, der Errichtung und der Inbetriebnahme des ersten europäischen Atommüllendlagers entgegenzuwirken und keine Genehmigung zu erteilen. Es wäre doch wirklich demokratisch, wenn die Mehrheit im Staate recht bekäme.
Es zeigt sich hier auch, daß die ablehnende Haltung gegen das Projekt "SCHACHT KONRAD" von den verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen (Gewerkschaften, Landvolkverband, Ev. Landeskirche pp.) getragen wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 8402 0

Ident.-Nr.: 980

Seit 7 Jahren beschäftige ich mich mit "Verwaltung und Rechtspflege". Ausbildung als Verwaltungsfachangestellter in der Gemeinde Vechelde, Wehrpflicht, Fachhochschulreife (Verwaltung und Rechtspflege), Arbeit in mehreren Behörden und am 01.August 1991 Beginn einer Ausbildung zum Inspektoranwärter in der Stadt Braunschweig.

Seit 7 Jahren arbeite ich also für und mit dem Staat, auch in meiner Freizeit, da ich in der Jungen Union Vechelde Mitglied war und politisch mitgestaltet habe. Mein Austritt aus der Jungen Union lässt sich mit derer unerklärlichen Einstellung gegenüber SCHACHT KONRAD begründen.

Seitdem ich "Staatsdiener" bin, bin ich eigentlich seh glücklich.
Ich befürworte die Grund- und Menschenrechte des Grundgesetzes uneingeschränkt, finde das bestehende Recht, damit meine ich die bestehenden Rechtsnormen, sozial,menschlich und es entspricht im großen und ganzen meinen ungeschriebenen moralischen Vorstellungen, die ich vom Leben und vom Staat habe.

Sollte SCHACHT KONRAD als Atommüllendlager genehmigt werden, dann werden meine moralischen Vorstellungen, die ich vom Staat habe, untergraben. Seit meinem 16.Lebensjahr arbeite ich für und mit dem Staat und verteidige ihn mit meiner Meinung gegen Andersgesinnte.

Diese Einstellung wird mir nun genommen.

Mein Vertrauen auf das bestehende Recht wird zerstört, da jede Rechtsnorm auf dem Grundgesetz basiert und nicht gegen dieses verstoßen darf.

Daraus resultiert, daß ich mich frage, ob ich in der Vergangenheit den richtigen Weg gegangen bin. Mein Vertrauen als angesehener Beamter in den Staat ist erschüttert. Der von mir für mich geplante Lebensweg ist plötzlich ein Irrweg geworden. Meine berufliche Perspektive wird mir genommen!

Für eine Umsattlung auf einen anderen Bereich im öffentlichen Dienst (Sozialpädagogik,Sozialstation,etc.) ist es zu spät, ich müßte ganz neu anfangen (Studium) und das kann ich mir finanziell nicht leisten, da ich einen eigenen Hausstand habe.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8402

Durch das zerstörte Vertrauen bin ich nicht mehr in der Lage, Andersgesinnte (Rechte wie Linke) von der Korrektheit des bestehenden Staates zu überzeugen. Ich argumentierte dann gegen mich selbst.
Bislang suchte ich mit diesen Leuten ein Gespräch und trat für den Staat ein.

Nicht nur mit Wort, sondern auch mit Tat diente ich dem Staat.
Zum Beispiel meldete ich mich zu einer 14 tägigen Wehrübung freiwillig, die ich dann auch im 1./Panzergrenadierbataillion 32 in Nienburg an der Weser ableistete.
Ich überlege nun, ob ich den Wehrdienst nachträglich verweigern sollte.

Es ist davon auszugehen, daß ich in dieser Beziehung kein Einzelfall bin.
SCHACHT KONRAD DARF also nicht als Atommüllendlager genutzt werden, weil:
Andersgesinnte bekommen weiter Argumente, um gegen den Staat zu kämpfen.
Das Vertrauen vieler Staatsdiener wird erschüttert.
Viele überlegen sich, den Kriegsdienst zu verweigern, da sie keinem Sinn mehr sehen, für diesen Staat einzutreten.
In der Hoffnung, daß meine Einwendungen Sie überzeugt mit dieser beginnenden Katastrophe aufzuhören, verbleibe ich dennoch

mit freundlichen Grüßen

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 8500 1200

Ident.-Nr.: 1061

Der Gesundheitsgefährdung kann man als Beamter kaum entgehen, denn zur Versetzung braucht man einen Tauschpartner. Doch wer will schon dann noch in die Region Salzgitter.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Ident.-Nr.: 1529

Unsere Region würde (mit Beginn des EG-Binnenmarktes) zur Atommüllkippe Europas, was unserer Region (und somit uns) ökologisch, sozial und wirtschaftlich schaden würde.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 5210 8402 8500

Ident.-Nr.: 1545

Ich sehe die Gefahr, daß viele junge Familien aus der Gemeinde Vechelde wegziehen und somit mein Arbeitsplatz als Erzieherin gefährdet ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 8500 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8402

Ident.-Nr.: 1808

Fühle ich mich als Vater von vier Kindern moralisch dazu verpflichtet gegen das geplante ATOMMÜLLENDLAGER KONRAD zu protestieren, da unsere Umwelt die wir unseren Kindern hinterlassen, auch so schon genug verschmutzt ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Ident.-Nr.: 1876

Mit einem Endlager in SCHACHT KONRAD wird diese Region für Menschen, die nicht jede Belastung akzeptieren wollen und die flexibel genug sind wegzugehen, weiter an Attraktivität verlieren. Wie wir ab einem bestimmten Alter in unseren Möglichkeiten und Grenzen von Gesundheit und Krankheit festgelegt sind, so offen ist dies noch für unsere jetzigen und zukünftigen Kinder.
Die Frage nach Umwelteinflüssen auf Erbgutschäden und spätere Gesundheit trifft einen empfindlichen Punkt. Medizinisch sind hier kaum andere Mittel denkbar als präventive wie das Ausschalten von Risikofaktoren. Diese berufliche Denkweise ist für uns auf die Politik übertragbar.
Denn unsere politische und ökologische Verantwortlichkeit entscheidet über unser Leben hinaus über die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 8500 0

Ident.-Nr.: 1879

Das geplante Konzept scheint uns allein die Interessen der Atomwirtschaft zu vertreten und nicht die der betroffenen Bevölkerung und ist ein weiteres Beispiel für die menschenverachtende Politik unseres Landes, die Bürger in Sicherheit wiegt, ihre Bedenken beschwichtigt, um profitorientierte Projekte skrupellos durchzusetzen. Politik ohne Moral stellt jedoch eine Gefahr für jeden Bürger dar! Wir hoffen dennoch, daß unsere Eindwendungen Beachtung finden und von der Errichtung des Atommüllendlagers SCHACHT KONRAD abgesehen wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Ident.-Nr.: 2525

Schon heute sagen unsere Kinder: Wenn das Endlager genehmigt wird, bleiben wir in Salzgitter nicht wohnen. Das heißt, wir sind eine sterbende Stadt. Auch die Grundstücke werden noch nicht einmal unter Wert zu verkaufen sein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 8500 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8402

Ident.-Nr.: 2562

Das Festhalten an der Atomenergie führt zwangsläufig zu einer Aushöhlung der Demokratie und zu einem Verfall der Grundrechte. Die Sicherheit, um den Zugriff auf spaltbares Material und Terroranschläge zu verhindern, und die Druchsetzung der Technik gegen den Willen der Bevölkerung machen restriktive Maßnahmen notwendig. Mitarbeiter, Angehörige und Bevölkerung müssen überwacht werden, Freiheiten müssen eingeschränkt werden.
Für eine wirkliche Demokratie ist dies alles in keinster Weise akzeptabel.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8200 8402 0

Ident.-Nr.: 3164

Die Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung werden beim Rangieren des Atommülls auf dem Braunschweiger Hauptgüterbahnhof überschritten. Aus diesen Gründen fühle ich mich bei Inbetriebnahme des Schacht Konrads sehr in meinem Grundrecht auf körperliche Gesundheit bedroht. Da ich weder meinen (noch ungeborenen) Kindern noch mir diese Gefahr zumuten kann, ist es sehr wahrscheinlich, daß ich in diesem Fall aus Braunschweig wegziehen müßte.
Ich würde mir diesen starken Eingriff auf mein Leben nicht klaglos gefallen lassen, denn an einen Umzug in eine andere Gegend sind Verluste menschlicher Kontakte, einer Wohnung und einem Arbeitsplatz geknüpft - abgesehen vom zeitlichen und finanziellen Aufwand.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8340 8402

Ident.-Nr.: 3171

Abschließend möchte ich Sie auf die durch Sie verursachte Suizidgefährdung meines Mannes aufmerksam machen und behalte mir eine Unterhaltsklage für mich und unsere drei Kinder vor.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Ident.-Nr.: 3218

Durch die geplante Errichtung des Endlagers für radioaktiven Abfall fühle ich mich in meiner wirtschaftlichen Existenz bedroht.
Bei einem Störfall während der Betriebsphase ist mit der Stillegung einzelner Betriebsteile bzw. des ganzen Betriebes zu rechnen.
Ob und wie und in welchen Zeiträumen in solchen Fällen die Frage der Engelt-Fortzahlung geregelt wird, ist völlig offen. Es ist zu be-

Texte zum Sachgebiet Nr. 8402

fürchten, daß es im günstigsten Fall zumindest zu finanziellen Einbußen kommt. Dadurch wird mein Lebensstandard in unzumutbarer Weise negativ beeinflußt.
Es ist bei einem längeren Betriebsstillstand auch zu befürchten, daß es zur Existenzgefährdung für PSAG kommt und somit auch zu Massenentlassungen; das bedeutet, daß ich durch die mit der Errichtung eines Endlagers für radioaktiven Abfall verbundenen Gefährdungspotentiale in massiver und nicht hinnehmbarer Weise in meiner wirtschaftlichen Existenz bedroht werde.
Es ist nicht auszuschließen, daß die wirtschaftliche Entwicklung dieser Region durch das Negativ-Image einer massiven Konzentration der Problemmüll-Bearbeitung und -Endlagerung ein Ansiedlungshindernis für Produktions- und Dienstleistungsunternehmen mit Zukunftsorientierung darstellt.
Der gerade abgelegte Makel Zonenrandgebiet würde durch einen neuen ersetzt und die Chance der zentralen Lage in einem sich entwickelnden "Haus Europa" leichtfertig verspielt.
Dadurch führe ich mich in der freien Wahl meines Arbeitsplatzes in unzumutbarer Weise beeinträchtigt, da ich bei einem Arbeitsplatzwechsel gezwungen wäre, meine bestehenden sozio-kulturellen Beziehungen in dieser Region aufzugeben, um der Gesundheitsgefährdung, die mit dem Betrieb eines Endlagers für radioaktive Abfallstoffe verbunden ist, aus dem Weg zu gehen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8500 8402 0

Ident.-Nr.: 3219

Weiteres müssen wir befürchten durch die Strahlengefahr gesellschaftlich ausgegliedert zu werden (das Freunde und Verwandte uns nicht mehr besuchen wollen).

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Ident.-Nr.: 3241

Die erforderlichen und zu erwartenden Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz des Atommüllendlagers Schacht Konrad vor kriminellen und terroristischen Angriffen greifen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in unsere Privatsphäre ein und verletzen in unzumutbarer Weise unsere Privatsphäre und unser Persönlichkeitsrecht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2620 8402 0

Ident.-Nr.: 3706

Die erforderlichen und zu erwartenden Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz des Atommüllendlagers SCHACHT KONRAD vor kriminellen und terroristischen Angriffen greifen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in meine Privatsphäre ein und verletzen in unzumutbarer Weise meine Privatsphäre und mein Persönlichkeitsrecht.
Verstärkte Polizeikontrollen
jeder Anlage, in welcher mit atomaren Spaltprodukten umgegangen wird,

Texte zum Sachgebiet Nr. 8402

muß - um eine unbefugte Inbesitznahme radioaktiven Materials zu verhindern - aus seinen Zu- und Abfahrtswegen besonders intensiv überwacht werden. Nur hierzu befugten Personen kann der Zutritt zur Anlage gestattet werden. Nicht zum Zutritt befugten Personen werden im Regelfall im Rahmen einer Personalienkontrolle überprüft und am Betreten der Anlage gehindert.
Unbekannt, und aus Sicherheitsgründen wohl auch zweckmäßigerweise, ist jedoch der Radius, innerhalb dessen um die Anlage herum die Zutrittskontrolle und Personenüberwachungen durchgeführt werden. Ich muß jedenfalls ständig damit rechnen, in eine Sicherheitskontrolle und -überprüfung in der weiteren Umgebung um das Atommüllendlager SCHACHT KONRAD zu geraten.
Personenüberprüfung werden bereits heute mit Hilfe von Datenübermittlungsgeräten unter Einsatz des Computers durchgeführt. Die Polizeibehörden sind bereits heute in der Lage, mit Hilfe der Computertechnik von jedem Menschen, der anläßlich einer Kontrolle überprüft worden ist, die Daten zu speichern und regelrechte Bewegungs- und Persönlichkeitsprofile des/der Betroffenen zu erstellen. Bereits heute ist bekannt, daß ungezählte und ungeheure Datenmengen in diversen Computern gespeichert sind, ohne daß dies den Betroffenen bekannt ist oder gar eine Kontrolle über das gespeicherte Datenwissen erfolgt.
Verstärkte Überwachung des Telefon- und Briefverkehrs
Sicherheitskontrollen um eine gefährdete oder besonders gefahrenträchtige Anlage werden in heutiger Zeit nicht nur mit Hilfe verstärkter Personalienfeststellung (s. 3s) durchgeführt, sondern gehen im Regelfalle einher mit einer verstärkten Kontrolle des Funk-, Telefon- und Briefverkehrs. Auch hier besteht ständig die Gefahr, da ich als Anwohner um das Atommüllendlager SCHACHT KONRAD oder in der Nähe der Transportstrecken ohne mein Wissen, Zutun und Einverständnis in solch eine Kontrolle gerate und das mit grundgesetzlich garantierte Grundrecht auf Schutz meiner Persönlichkeitsphäre durch Verletzung des Brief-, Funk- und Fernmeldegeheimnisses beeinträchtigt word. Auch hier besteht ständig die Gefahr, daß ich ohne mein Wissen, Zutun und Einverständnis un unbekannten Dateien aufgenommen werde, was in unzumutbarer Weise meine Privatsphäre und mein Persönlichkeitsrecht verletzt.
"Geheime" Atomtransporte
Die derzeitige Sicherheitsphilosophie zum Schutz von Transporten radioaktver Produkte vor kriminellen und terroristischen Anschlägen geht davon aus, daß die Gefahr vermindert werde, wenn weder der Zeitpunkt noch die genaue Wegstrecke eines Transportes bekannt sei. Demzufolge werden die Atomtransporte überwiegend unter strenger Geheimhaltung durchgeführt. Sicherheitsmaßnahmen wie z. B. Straßensperrungen weden gar nicht oder sehr kurzfristig bekanntgegeben. Ich kann mich deshalb so gut wie gar nicht auf Störungen im Straßen- oder Schienenverkehr durch Atomtransporte einstelle, gerate plötzlich und unerwartet in solch einen Transport und die begleitenden Sicherheitsmaaßnahmen, erleiden Zeitverzug oder unvorhergesehene Kontrollen und werde insofern ebenfalls in mienen persönlichen Freiräumen unzumutbar beeinträchtigt. Meine Tochter ist jetzt fünf Jahre alt, aber sie wird später sichelich nicht in der Nähe eines Atommüllendlagers wohnen und arbeiten wollen. Da unser familiärer Zusammenhalt besonders stark ist, wäre daraus die unweigerlich resultierende Situation für uns untragbar.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 2000 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8402

Ident.-Nr.: 4462

Prämissen und Untersuchungen widersprechen einem ganzheitlichen Ansatz. Die Endlagerung wird auf ein technisch wissenschaftliches Problem reduziert. Humanitäre, ethische und soziale Gesichtspunkte werden nicht thematisiert. Der Nachweis der Sozialverträglichkeit fehlt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1210 8402 0

Ident.-Nr.: 4465

Deshalb liegt in dem Betrieb der Anlage eine unzulässige Beeinträchtigung meiner mir vom Grundgesetz garantierten und nicht entziehbaren menschlichen Würde (vergl. Art. 1 u. Art. 79 Grundgesetz).
Die Endlagerung/Einlagerung bzw. der Betrieb der Anlage schränkt in unzulässiger Art und Weise meine Privatsphäre und mein Persönlichkeitsre gemäß Art 1 u. 2 Grundgesetz ein.
Da ein besonderer polizeilicher Schutz schon vor, während und nach Betri der Anlage nötig wird, muß mit einer besonders intensiven Überwachung meines Lebensraums gerechnet werden. Da eine zweckmäßige Überwachung einer gesamten Region (wie hier in Salzgitter) heutzutage für den einzelnen unsichtbar, nämlich durch Computereinsatz und mit Hilfe vo Datenübermittlungsgeräten zur Personenüberwachung und Überwachung von Verkehrsbewegungen durchgeführt wird, besteht hier die Möglichkeit, ohne daß der Bürger davon Kenntnis nimmt, Bewegungs- und Persönlichkeitsprofi zu erstellen. Angesichts der ungeheueren Datenmengen, die schon heute in staatlichen Archiven und Datenbanken gesammelt werden, sehe ich die höchstwahrscheinliche Gefahr, daß ohne mein Wissen und Zutun über mich D gesammelt und gespeichert werden. Ein derartiger Sachverhalt würde in un lässiger Art und Weise in mein Recht auf meine Privatsphäre und damit in mein Persönlichkeitsrecht eingreifen.
Auch ist zu erwarten, daß eine verstärkte Überwachung des Telefon- und Briefverkehrs stattfinden wird, um mögliche Gefahren für Sicherheit und Ordnung zu verhindern. Insbesondere latent bestehende Gefahren von Sabotage oder terrorristische Anschlägen, gerade in der Vorbereitungsphase der Einlagerung, kann nur durch eine solche intensive Überwachung begegnet werden. Daß bei solchen notwendigen, zusätzliche Schutzmaßnahme wiederum Daten ohner mein Wissen, Zutun und Einverständnis gesammelt wer verstößt im Fall meiner Betroffenheit auch gegen meine absolut geschützt Privatsphäre.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8502 8402

Ident.-Nr.: 5041

Abschließend möchte ich Sie fragen, ob wir aus ethisch-moralischen Gründen überhaupt berechtigt sind, solch eine gefähliche Atomgroßanlage unter den genannten Bedingungen in einer so dicht besiedelten Region, wie den Großraum Salzgitter-Braunschweig, zu projektieren? Ich bin der festen Überzeugung, das dies unter

diesen Voraussetzungen nicht zu verantworten ist.
Die Atombetreiber haben jedoch einen großen Vorteil:
Radioaktivität ist nicht sichtbar, man hört sie nicht, man spürt sie nicht. Weil es Radioaktivität in einem unnatürlichem Maße auf der Erde auch vor der Atomtechnologie nicht gegeben hat, haben deswegen wir Menschen (noch) keine entsprechenden Rezeptoren entwickelt.
Falls Radioaktivität sichtbar wäre, würde wohl niemand ernsthaft daran zweifeln, daß auch in Salzgitter ein Atommüllager nicht durchsetzbar wäre.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Ident.-Nr.: 5043

Die erforderlichen und zu erwartenden Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz des Atommüllendlagers SCHACHT KONRAD vor kriminellen und terroristischen Angriffen greifen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in meine Privatsphäre und mein Persönlichkeitsrecht ein und verletzen in unzumutbarer Weise meine Privatsphäre und mein Persönlichkeitsrecht, u. a. durch
a) verstärkte Polizeikontrollen
- Speicherung meiner persönlichen Daten (Bewegungs- und Persönlichkeitsprofil) ohne mein Wissen und Zutun
b) Verstärkte Überwachung des Telefon- und Briefverkehrs
- Kontrolle des Funk-, Telefon- und Briefverkehrs ohne mein Wissen und Zutun
c) Geheime Atomtransporte
- Sicherheitsmaßnahmen durch Straßensperrungen, Störungen im Straßen- oder Schienenverkehr, Kontrollen etc.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8900 8402 0

Ident.-Nr.: 5044

Weiterhin besteht die Gefahr eines Gesellschafts- und Strukturabbaus, durch das Wegziehen von konsequenten Leuten, von Freunden und Bekannten die sich und ihre Kinder nicht diesen Belastungen und Gefahren aussetzen wollen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Ident.-Nr.: 5060

Die Errichtung dieses Endlagers bürdet mir und vielen nachfolgenden Generationen soziale und finanzielle Aufgaben für die Bewachung und die Sicherung dieses Endlagers auf, die die Kompetenzen und den Verantwortungsbereich von Regierung, Legislative und Ihrer Behörde bei weitem überschreiten.
Dazu eine kleine Rechnung:
Je 1 Wächter für 3 Schichten pro Tag über 100 000 Jahre bei 1%-igem

Texte zum Sachgebiet Nr. 8402

Gehaltszuwachs im Jahr: das sind Kosten von ca 10 hoch 438 DM (!).
Das ist mehr als das Weltbruttosozialprodukt der nächsten
200-400 Jahre!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Ident.-Nr.: 5464

Nach nur 300 000 Jahren können laut Plan radioaktiv verseuchte Grundwässer wieder an die Erdoberfläche gelangen. Dies ist bei hochtoxischen - strahlenden Materialien mit derart hohen Halbwertzeiten m.E. unverantwortlich ja unmoralisch und der menschlichen Zivilisation unwürdig.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3150 8402 0

Ident.-Nr.: 5472

Nur eine Diktatur
kann so etwas auf Dauer verfolgen. Sie werden die Verantwortung tragen, wenn das soziale Gefüge in diesem Lande zerreißt und Wackersdorf und Gorleben waren erst Vorspiele diees Bürgerkriegs. Warum wird Ihnen nicht endlich das bewußt, was wir schon längst wissen, das Lebensqualität eben nichts mit Geld und Prestige zu tun hat sondern mit unserer Gesundheit und das unserer Kinder. Auch ich möchte Kinder haben, und wenn es sein muß werde ich für deren Rechte auf die Barrikaden gehen!
Enttäuscht uns nicht!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8402 1500

Ident.-Nr.: 5925

Wie auch der Nds. Innenminister, Herr Glogowski, befürchte ich, daß durch Schacht Konrad noch jede Menge Unfrieden in diese anstonsten provienzielle, friedfertige und liebenwerte Region getragen wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Die erforderlichen und zu erwartenden Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der Anlage vor Eingriffen Dritter von außen greifen wahrscheinlich in unsere Privatsphäre ein und würden uns in unzumutbarer Weise in der Privatsphäre und unseren Persönlichkeitsrechten verletzen und einschränken; dieses gilt insbesondere für:
- die Möglichkeit, ohne unser Wissen und ohne unser Zutun, durch Überwachungsmaßnahmen in eine Kartei zu geraten, mit Hilfe derer Bewegungs- und Persönlichkeitsprofile über uns erstellt werden könnten,
- die Möglichkeit, daß wir als Anwohner und exponierte Gegner der

Texte zum Sachgebiet Nr. 8402

Anlage ohne unser Wissen, Zutun und Einverständnis in eine Funk-, Telefon- oder Briefverkehrskontrolle geraten und das uns grundgesetzlich garantierte Grundrecht auf Schutz unserer Persönlichkeitssphäre durch Verletzung des Brief-, Funk- und Fernmeldegeheimnisses beeinträchtigt wird. Auch hier besteht ständig die Gefahr, daß wir ohne unser Wissen, Zutun und Einverständnis in unbekannte Dateien aufgenommen werden, was in unzumutbarer Weise unsere Privatsphäre und unsere Persönlichkeitsrechte verletzt (s. dazu auch: Frankfurter Rundschau, 16.1.88: Vor dem Atomstaat * taz, 26.4.88: Den Grundrechten droht radioaktiver Zerfall * taz, 27.5.88: WAA-GegnerInnen weiter ausspioniert * taz, 8.6.88: Vom Tat- zum Gesinnungsstrafrecht *),

- die Möglichkeit, daß die Sicherheitsphilosophie der Betreiber diese dazu veranlaßt, die Atommülltransporte geheim durchführt. Es ist damit zu rechnen, daß weder die Öffentlichkeit noch die Sicherheitsorgane vor einem Transport den genauen Zeitpunkt noch die genaue Wegstrecke kennen werden. Demzufolge werden die Atomtransporte überwiegend unter strenger Geheimhaltung durchgeführt, es ist mit Sicherheitsmaßnahmen wie z. B. unangekündigten Straßenabsperrungen zu rechnen, es kann zu Störungen und zeitlichen Verzögerungen in unserem Individualverkehr oder öffentlichen Personen-Nahverkehr kommen, es kann zu Sicherheitskontrollen kommen, die insgesamt alle zu unserer Einschränkung beitragen können.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8900 8402 0

Ident.-Nr.: 5926

Es
fehlen Ma¯nahmen, die sicherstellen, daB kontaminierte Betroffene, die ursachlich durch die Atomindustrie zu Tode kommen, so entsor¯t wer- den, daB ihre Strahlung keinerlei Wege in die Biosphäre des Men- schen findet. Es hat sich gezeigt, da¯ radioaktiv verseuchte Perso- nen, die nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl auf herkömmliche Wei¯e bestattet wurden, wieder exhumiert werden muBten und in Blei- särgen erneut heigesetzt wurden, weil eine Belastung der Umwelt nachgewiesen wurde. Diese Art der Behandlung nach dem Tode schrankt uns unzumutbar in unseren ethischen und moralischen Reohten ein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Ident.-Nr.: 6293

Die gesellschaftlichen Auswirkungen sind im Antrag nicht hinreichend berücksichtigt worden. Man muß nicht unbedingt meiner Ansicht sein, um dennoch erkennen zu können, daß ein solches geplantes Bauvorhaben, die sich anschließende Bewachung der Anlage sowie die Sicherstellung der Transportwege, nachhaltige Auswirkungen auf unsere Gesellschaft haben wird. Schon der gesellschaftlich keineswegs einhellig getragene Beschluß des Einstieges in die atomare Energieversorgung hat bewirkt, daß sich durchaus deutliche negative Veränderungen in unserer Industriegesellschaft ergeben haben. Obwohl diese Differenzen die normalen Abläufe bisher noch nicht gravierend beeinflussen, läßt sich meiner Ansicht

Texte zum Sachgebiet Nr. 8402

nach absehen, daß sich durch den Einstieg in die atomare Endlagerung die gesellschaftlichen Auswirkungen dramatisch zuspitzen werden. Diese erkennbare Änderung unserer Gesellschaft durch die angestrebte Technologie gehört meiner Ansicht nach zwingend in den Antrag, hat aber leider dort keinerlei Berücksichtigung gefunden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Ident.-Nr.: 6403

Mit der Endlagerung im SCHACHT KONRAD erfolgt die Forcierung der patriachalen Zerstörungsideologie. Diese ist gekennzeichnet durch ihre Negprofili. Dieser Selbstzerstörung und Gefährdung der Nachhaltigkeit unserer Überlebensgrundlage setze ich vor allem tätige Eigenliebe entgegen. Ohne sie wird die Todesangst wachsen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Ident.-Nr.: 7537

Durch das geplante Atommüllendlager "Schacht Konrad" wird das Selbstwertgefühl der salzgitteraner Bürger in gefährlicher Weise weiter gesenkt. Die meisten Salzgitterraner sind keine Niedersachsen, sie stammen aus dem deutschen Osten und dem europäischen Osten. Sie haben im Krieg und in der Nachkriegszeit viel durchgemacht. Sie sind hart geworden. Sie haben sich daran gewöhnt, ihre Existenz in einer Industrieregion zu fristen, in welcher die Luft schlecht ist, die Infrastrucktur zu wünschen läßt, das Bildungsangebot gering ist. Viele streben einmal danach, fortzuziehen. Die verbleibenden Salzgitteraner haben dies nicht geschaft. Überdurchschnittlich viele Salzgitteraner haben Minderwertigkeitskomplexe wegen ihrer Zugehörigkeit zu dieser Stadt - sie vergleichen sich, ihre Stadt und den Wohnwert dieses Gebiets - meist negativ - mit Braunschweig, Wolfenbüttel, goslar und Hildesheim.
Eine Verwircklichung der Pläne, in Salzgitter ein Atommüllendlager zu etablieren,würde das Selbstwertgefül noch einmal reduzieren. Es würde, wie ich aus meiner Erfahrung als Seelsorger weiß, viele Bürger dazu bewegen,nun endgültig den Entschluß zu treffen,fortzuziehen. Die verbleibenden Salzgitteraner würden sich als Verlierer betrachten,psychische Krisen würden zunehmen,verhaltensgestörte und auffälige Jugendliche, die schon jetzt keine Perspektive für ihr Leben sehen, würden sich endgültig zu den Verlierern zählen. Ein Atommüllendlager mitten in einer "industriegewohnten" Großstadt würden bei vielen Menschen den berühmten Tropfen darstellen, der daß Faß zum Überlaufen bringt, also ihre psychische Krise auf den Höhepunkt treiben würde.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8402

Ident.-Nr.: 7573

Meine Konfirmanten und ihre Eltern haben alle Angst. Sie werden alle haben sie mir alle gesagt wegziehen (in den Gemeinden Sauingen, Üfingen, Bleckenstedt, Beddingen und Martin Luther). Was ist Salzgitter noch ohne seine jungen Leute?!
2/3 der Bevölkerung der Landeskirche lebt in unmittelbarer Nähe der Atommülltransportwege. Längerfristig sehe ich die Gefahr der Auszehrung unserer Landeskirche durch Mitglieder-Wegzug und damit der Streichung von Mitarbeiterarbeitstellen (Pfarrstellen).

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Ident.-Nr.: 7604

Ihren ausgelegten Unterlagen zufolge rechnen Sie mit einem Abwanderungsgrad von 10 % der Bevölkerung. Sind wir oder Ausländer, sowie es dort beschrieben ist, Menschen zweiter Klasse?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 4600 8402 0

Ident.-Nr.: 7625

Nie werde ich Kinder in die Welt setzen, damit sie von der Regierung zielbewußt kaputtgemacht werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Ident.-Nr.: 8015

Ich möchte nicht, daß im SCHACHT KONRAD, Salzgitter, ein Atommüllendlager entsteht!!! In Salzgitter wohnen so viele Menschen, sie alle können durch das Atommüllendlager krank werden und sterben. Wenn ein Endlager im SCHACHT KONRAD trotz aller Proteste entsteht, ziehe ich, sobald ich alt genug bin, aus Salzgitter weg.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8900 8402 0

Ident.-Nr.: 8542

Verletzung und Bedrohung meines Persönlichkeitsrechts

Einschränkung der Entscheidungsfreiheit

Ich finde, daß meine Entscheidungsfreiheit für oder gegen die Ausübung meiner mich befriedigenden Freizeitaktivitäten Jogging und ChiGong ganz erheblich eingeschränkt wird, wenn ich von der Tatsache zukünftig ausgehen muß, daß ich mich bei einem Aufenthalt im Freien der erhöhten von SCHACHT KONRAD ausgehenden Strahlenbelastung aussetzen muß.

Ich stehe vor der ernsthaften Entscheidung, wenn SCHACHT KONRAD als zukünftiges Atommüllendlager genehmigt und in Betrieb genommen werden

wird, meinen Wohnsitz in Cremlingen zur Minimierung der mich betreffenden Gesundheitsgefahren zu wechseln. Dies ist für mich, die ich mich in meinem wohnort, meinem Wohnhaus und dem von mir mitzubenutzenden Garten sehr wohlfühle und ganz bewußt mich für die Wohnsitznahme in Cremlingen entschieden habe, als Eingriff in meine Entscheidungsfreiheit für oder gegen die Wahl meines Wohnsitzes unzumutbar.

Eingriff in die Menschenwürde

Auswirkungen der Strahlenbelastung auf meinen Organismus und meine Zellen greifen mich als einzigartiges Individuum an, verändern die Grundsubstanz meines eigenen persönlcihen "Menschseins" und verletzen somit in unzumutbarer Weise meine Menschenwürde, die auf der Tatsache basiert, daß ich ein einzigartiges menschliches Individuum bin.

Durch einen Unfall oder eine Katastrophe (auch auf den Transportstrecken, zu denen noch weitere Ausführungen an späterer STelle gemacht werden) besteht die Gefahr der Freisetzung erhöhter Radioaktivität, die mich als Individuum treffen und mich total verstrahlen können. Nach solc einem Ereignis bin ich zwangsläufig lediglich Strahlenträger/Strahlenquelle mit der dann von mir ausgehenden Gefahr der radioaktiven Verseuchung für meine Mitmenschen. Ich muß dann zangsläufig meine Rechte als menschliches Individuum verlieren und zwecks Begrenzung der Gefahr für Mitbürger und Mitbürgerinnen abgesondert und -überspitzt formuliert- als "radioaktiver Abfall" ausgesondert und behandelt werden.

Tatsächlich sehen die bisher strikt geheimgehaltenen Katastrophen- und Notfallpläne im Falle einer radioaktiven Verseuchung durch militärische Ursachen genau diese letzte Konsequenz für Strahlenopfer vor.

Die zu erwartende Behandlung als radioaktiver und höchst gefährlicher "Abfall" im Falle der totalen Verstrahlung im Unglücks- oder Katastrophe fall verletzt in unzumutbarer Weise meine Menschenwürde bzw. hebt diese gänzlich auf.

Eingriff in meine Privatsphäre und Verletzung meines Persönlichkeitsrech Jede Anlage, in welcher mit atomaren Spaltprodukten umgegangen wird, muß um die unbefugte Inbesitznahme von radioaktivem Material durch unbefugte Dritte zu verhindern- besonders intensiv überwacht werden. Nur hierzu befugten Personen kann der Zutritt zur Anlage gestattet werden. Nicht zum Zutritt befugte Personen werden im Regelfalle im Rahmen einer Personalienkontrolle überprüft und am Betreten der Anlage gehindert.

Intensiv überwacht werden müssen zwangsläufig neben dem eigentlichen Betriebsgelände die Zu- und ABfahrtwege zum geplanten Endlager SCHACHT KONRAD.

Aus Sicherheitsgründen wohl auch zweckmäßigerweise unbekannt ist jedoch der Radius, innerhalb dessen um die Anlage herum die Zutrittskontrollen und Personenüberwachungen durchgeführt werden. Es ist daher keinesfalls auszuschließen, daß ich innerhalb dieses zu ziehenden Radius wohne, lebe und arbeite. Ich muß daher ständig damit rechnen, in einer Sicherheitskontrolle und -überprüfung zu geraten.

Personenüberprüfungen werden bereits heute mit Hilfe von Datenerfassungs und -übermittlungsgeräten unter Einsatz computergesteuerter miteinader

verknkpüfbarer Rechnersysteme durchgeführt. Die Polizeibehörden sind bereits heute in der Lage, mit Hilfe der Computertechnik von jedem Menschen, der anläßlich einer kontrolle überprüft wird, die Daten zu speichern und regelrechte Bewegungs- und Persönlichkeitsprofile des/der Betroffenen zu erstellen. Bereits heute ist bekannt, daß ungezählte und ungeheure Datenmengen in diversen Computern gespeichert sind, ohne daß dies den Betroffenen bekannt ist oder gar eine lückenlose Kontrolle über das gespeicherte Datenwissen erfolgt.

Ich jedenfalls bin beunruhigt durch die Möglichkeit, ohne mein Wissen Wollen und Zutun anläßlich durchgeführter Sicherheitskontrollen in eine Datei zu geraten, mit Hilfe derer über mich Bewegungs- und Persönlichkeitsprofile erstellt werden können. Ich halte dies für einen unzumutbaren Eingriff in meine Privatsphäre und in mein Persönlichkeitsrecht.

Sicherheitskontrollen um eine gefährdete oder besonders gefahrenträchtig Anlage werden in heutiger Zeit nicht nur mit Hilfe verstärkter Personalienfeststellung durchgeführt, sondern gehen im Regelfalle einher mit einer verstärkten Kontrolle des Funk-, Telefon- und Briefverkehrs.
Die technischen Möglichkeiten zur Durchführung solcher Maßnahmen werden ständig und regelmäßig verfeinert. Die Speicherung sämtlicher von einem Teilnehmerapparat angewählter Telefonnummern ist überhaupt kein Problem mehr und wird von der Deutschen Bundespost -Telecom- seit dem 1.7.1991 als ständige Serviceleistung für ihre Telefonkunden angeboten.

Auch hier besteht die erhebliche Gefahr, daß die neuen und ständig verbesserten Möglichkeiten in der Telekommunikation ohne mein Wissen, Wollen und zutun für angeblich -oder tatsächlich- erforderliche Sicherheietsmaßnahmen extensiv genutzt werden und mein grundgesetzlich garantiertes Grundrecht auf Schutz meiner Persönlichkeitssphäre durch Verletzung des Brief-, Funk- und Fernmeldegeheimnisses aushöhlen und untergraben. Auch diese Beeinträchtigung ist für mich unzumutbar und nicht hinnehmbar.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8402 8500

Ident.-Nr.: 8644

Zu den Auswirkungen auf die gesellschaftliche Struktur, Kultur und# Politik führe ich Folgendes an:
250tsd. Unterschriften bei den Einwendungen zeigen, wie in nur zwei Monatender Widerstand gegen das Projekt gewachsen ist. Die Bevölkerung ist anscheinend nicht bereit, sich dem Diktat einer zentralistischen Machtausübung in Bonn zu beugen. Sollte SCHACHT KONRAD trotzdem durchgesetzt werden, wird sicher großer Unfrieden in die Region getragen werden. Auch ich habe Angst, bin empört und enttäuscht über die undemokratische Gewalt im "Bund".
Viele Menschen werden trauern und resignieren, wie jetzt schon viele resigniert sind ("Die machen ja doch was sie wollen").Andere werden in ihrer Verzweiflung und Angst vor drohenden Gefahren und Verletzen ihrer Menschenrecht zu nicht-demokratischen Mitteln greifen und selbst Gewalt ausüben. Die Folgen alledem werden sein, die sozi-kulturelle Veränderung der Gesellschaft, Unfrieden und Gewalt (seitens des

Staates:POlizeieinsätze), Kriminalisierung und "Radikalisierung" demokratisch gesinnter BürgerInnen. Als Folge zur Erzwungenen Aufgabe von Job und Heimat steht die Entwurzelung der Menschen. Auch ich fürchte diese Auswirkungen auf mich und meine Wahlheimat, fürchte den emotionalen Schaden und bin bereit, mich mit allen (demokratischen) Mitteln zu wehren. Sollte ich dennoch genötigt sein, diese Region aus gesundheitlichen oder wirtschaftlichen Gründen verlassen zu müssen, so werde ich meine finanziellen Schaden geltend machen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 1100 0

Ident.-Nr.: 9099

Jede radioaktive Endlagerung in Ballungsgebieten ist moralisch nicht ver tretbar. Das Atommüllendlager SCHACHT KONRAD ist "hingerechnet" worden, nur weil sich eine billige Entsorgung durch die riesigen unterirdischen Hohlräume ergeben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Ident.-Nr.: 9116

Lt. einer Widergabe in der TAZ v. 8.7.91 hat der niedersächsische Innenminister im gleichen Sinne seine Bedenken geäußert, indem er am 5.7.91 in Salzgitter Bundesumweltminister Töpfer vorwarf "Unfrieden in diese Region zu bringen". Eine Region die / in der vorgesehenen Art zu einem unkontrollierbaren Endlager gemacht würde, habe keinen Frieden u. keine Zukunft mehr. "Der Bundesumweltminister versündigt sich an unserer Demokratie, weil er die Menschen hier zum Widerstand geradezu zwingt." "Es sei einfach verrückt, ein Endlager in diese dicht besiedelte Region zu projektionieren." Mit seinen Weisungen an die niedersächsische Landesregierung könne Töpfer die Menschen nicht für diesen Staat mobilisieren - nur gegen diesen Staat. Mit diesen vorstehend wiedergegebenen klaren Worten decken sich die Einwendungen, von denen an dieser STelle nur einige wenige u. auch sehr unvollkommen u. auch nicht in ihrer ganzen Tragweite vorgebracht worden sind.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 1300 0

Ident.-Nr.: 9281

Jede Anlage, in welcher mit atomaren Spaltprodukten umgegangen wird, muß-um die unbefugte Inbesitznahme von radioaktivem Material durch unbefugte Dritte zu verhindern- besonders intensiv uberwacht werden. Nur hierzu befugten Personen kann der Zutritt zur Anlage gestattet werden. Nicht zum Zutritt befugte Personen werden im Regelfalle im Rahmen einer Personalienkontrolle uberpruft und am Betreten der Anlage gehindert.

Intensiv uberwacht werden mussen zwangslaufig neben dem eigentlichen Betriebsgelande die Zu- und Abfahrtswege zum geplanten Endlager Schacht Konrad.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8402

Aus Sicherheitsgrunden wohl auch zweckmäßigerweise unbekannt ist jedoch der Radius, innerhalb dessen um die Anlage herum die Zutrittskontrollen und Personenuberwachungen durchgefuhrt werden. Es ist daher keinesfalls auszuschließen, daß meine Auftraggeber innerhalb dieses zu ziehenden Radius wohnen, leben und arbeiten. Sie mussen daher standig damit rechnen, in eine Sicherheitskontrolle und -uberprufung zu geraten.

Personenuberprufungen werden bereits heute mit Hilfe von Datenerfassungs- und -ubermittlungsgeraten unter Einsatz computergesteuerter miteinander verknupfbarer Rechnersysteme durchgefuhrt. Die Polizeibehörden sind bereits heute in der Lage, mit Hilfe der Computertechnik von jedem Menschen, der anläßlich ei- ner Kontrolle uberpruft wird, die Daten zu speichern und regelrechte Bewegungs- und Personlichkeitsprofile des/der Betroffenen zu erstel- len. Bereits heute ist bekannt, daß ungezahlte und
ungeheure Datenmengen in diversen Computern gespeichert sind, ohne daB dies den Betroffenen bekannt ist oder gar eine luckenlose Kontrolle uber das gespeicherte Dalenwissen erfolgt.

Meine Mandanten jedenfalls verletzt die Moglichkeit, ohne ihr Wissen, Wollen und Zutun anläßlich durchgeführter Sicherheitskontrollen in eine Datei zu geraten, mit Hilfe derer über sie Bewegungs- und Personlichkeitsprofile erstellt werden können, in unzumutbarer Weise in ihrer Privatsphare und in ihrem Persönlichkeitsrecht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2620 8402 0

Ident.-Nr.: 9281

Sicherheitskontrollen um eine gefahrdete oder besonders gefahrentrachtige Anlage werden in heutiger Zeit nicht nur mit Hilfe verstarkter Personalienfeststellung durchgefuhrt, sondern gehen im Regelfalle einher mit einer verstarkten Kontroll e des Funk-, Telefon- und Briefverkehrs. Die technischen Moglichkeiten zur Durchfuhrung solcher Mal3nahmen werden standig und regelmaBig ver- feinert. Die Speicherung samtlicher von einem Teilnehmerapparat ange- wahlter Telefonnummern ist überhaupt kein Problem mehr und wird von der Deutschen Bundespost Telecom - seit dem 1.7.1991 als standige Ser- viceleistung fur ihre Telefonkunden angeboten.

Auch hier besteht die erhlebliche Gefahr, daß die neuen und standig verbesserten Moglichkeiten in der Telekommunikation ohne Wissen, Wollen und Zutun meiner Mandanten fur angeblich -oder tatsachlich- erforderliche SicherheitsmaBnahmen exte nsiv genutzt werden und ihr grundgesetzlich garantiertes Grundrecht auf Schutz ihrer Personlichkeitssphare durch Verletzung des Brief-, Funk- und Fernmeldegeheimnisses aushohlen und untergraben. Auch diese Beeinträchtigung ist unzumutbar un d nicht hinnehmbar.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8402

Ident.-Nr.: 9285

Die Möglichkeit, ohne Wissen, Wollen und Zutun anläßlich durchgeführter Sicherheitskontrollen in eine Datei zu geraten, mit Hilfe derer über jeden einzelnen Menschen Bewegungs- und Persönlichkeitsprofile erstellt werden können, ist ein unzumutbarer Eingriff in die Privatsphäre und in das Persönlichkeitsrecht jedes Bürgers und jeder Bürgerin und insbesondere jeder und jedes Betroffenen aus einer Mitgliedsinitiative des BBU e.V., der sich der Erhaltung von Demokratie, Menschen- und Bürgerrechten besonders verpflichtet fühlt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Ident.-Nr.: 9287

Atomanlagen entwickeln eine Eigendynamik im Hinblick auf die zu ihrem Schutz und sicheren Betrieb erforderliche Sicherheitsphilosophie. Von daher ist mit erheblichen Einschränkungen der Bürgerrechte (Straßenkontrollen, Sicherheitsüberprüfungen etc.) zwangläufig zu rechnen, eine Entwicklung, die der Achtjährige der nach seinem Heranwachsen seine ihm grundrechtlich verbürgten bürgerlichen Freiheitsrechte wahrnehmen will und wird, bereits zum jetzigen Zeitpunkt entschieden ablehnt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8402 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8403

Ident.-Nr.: 75

Von den zu erwartenden radioaktiven Belastungen fühle ich mich unmittelbar belastet, weil die natürliche angstfreie Entwicklung meiner Kinder durch die ständig vorhandenen tatsächlichen und latenten Gefahren, die durch die Anlage hervorgerufen werden, nicht gewährleistet ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Ident.-Nr.: 81

Wir wissen, daß wir dadurch gesundheitlich stark gefährdet sind, da während des Transports mit auf uns wirkender radioaktiver Strahlung gerechnet werden muß, vor der wir nicht geschützt sind. Meine Familie und ich befürchten, daß die Wahrscheinlichkeit, an Krebs zu erkranken, sehr groß ist. Meine Tochter und meine Ehefrau leiden jetzt schon darunter, wenn sie nur daran denken.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Ident.-Nr.: 88

Ich fühle mich in meinem Grundrecht auf Schutz meines Eigentums und meines Erbrechts durch die geplante Errichtung des Atommüllendlagers beeinträchtigt und bedroht. Sowie das Leben meiner Kinder, denn die müßen hier noch einige Jahre existieren.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8500 8403 0

Ident.-Nr.: 114

Ich habe Angst, daß ich von den Atomstrahlen krank werde.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Ident.-Nr.: 149

Ich habe Angst, daß in der Zukunft Probleme auftreten können, die die Sicherheit meiner Kinder und Enkelkinder gefährden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Ident.-Nr.: 173

Eine weitere - schon heute spürbare - Beeinträchtigung meines Lebens (und somit auch des Lebens meines Kleinkindes) ist der Verlust an Lebensfreude und Zuversicht durch Angst und Sorge um unsere Lebensgrundlagen und unsere Gesundheit. Das Zusammentreffen mit Atommülltransporten im Straßenverkehr oder auf Bahnreisen, das Wissen, in nächster Nähe zu einem ständig Radioaktivität emittierenden Atom-

müllendlager zu leben, die Angst vor einem jederzeit möglichen Unfall mit katastrophalen Folgen, der alles bisher Gewachsene und Erarbeitete mit einem Schlag auslöschen würde, sind Lebensumstände, die Niedergeschlagenheit und Resignation auslösen. Mangelnder Lebensmut macht krank.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Ident.-Nr.: 236

Der Gedanke erscheint mir gespenstisch, wie rücksichtslos bei der Endlagerplanung mit dem Leben und der Gesundheit zukünftiger Menschen umgegangen wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Ident.-Nr.: 253

Die Gefahren, die von einem Atommüll-Endlager ausgehen einschließlich eines Unfalls auf den Transportwegen, im Pufferlager und im Schacht selbst, betreffen mich als Arbeitnehmer in Salzgitter-Lebenstedt und in meiner Freizeit als Bürger der Stadt. Die große Mehrheit der Wissenschaftler, die ich bislang zu dem Thema gehört habe, weisen auf eine extreme Gefahr hin: Sowohl bei Unfällen als auch beim Normalbetrieb. Ich selbst halte diese Gefahr aufgrund meiner eigenen Beurteilung bei Genehmigung der Anlage für objektiv gegeben. Wenn KONRAD in Betrieb ginge, müßte ich mich also ständig bedroht fühlen. Mittelbar müßte ich daher auch ohne einen Unfall bei Dauerbetrieb langfristig psychisch leiden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8305 8403 2600

Ident.-Nr.: 255

Daneben gibt es auch noch eine gänzlich unerforschte seelische Belastung für alle Menschen, die in der Region des Endlagers bzw. in der Nähe der Transportwege wohnen, immer in dem Bewußtsein leben zu müssen, einer radioaktiven Strahlung ausgesetzt zu sein, ohne ausreichenden Schutz bei Katastrophen beim Betrieb der Anlage, bei Transportunfällen oder Einwirkung von außen und dem Wissen im Gebiet der größten Atommüllkippe der Welt zu leben (ASSE II, Morsleben und dann KONRAD), lassen auf Dauer keine seelischen Schäden bei der Bevölkerung ausschließen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 8305 0

Ident.-Nr.: 276

Die Bevölkerung wird ständig in Angst gehalten, da jederzeit ein Transportunfall geschehen kann oder die schleichende Verseuchung im Normalbetrieb Gesundheitsschäden erzeugt. Aus sozialen und pädagogischen Gründen ist Angst ein schlechter Lebensgefährte. Dauernde Angst, wenn sie nicht verdrängt wird, ist auf Dauer nicht zumutbar.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8403

Angst trifft auch das arbeitende "Volk" im Endlager. Angst vor Verstrahlung, Angst vor Unfällen und Fehlern. Es besteht die Gefahr, daß auftretende Fehler vertuscht werden, weil man Angst hat, sie öffentlich bekanntzugeben. Fehler im Atommüllendlager und auf dem Transport können irreparable Folgen haben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 2100 8300

Ident.-Nr.: 404

Durch die Einrichtung eines Atommüllendlagers auf dem Gelände des SCHACH KONRAD werde ich in meinen Grundrechten, wie etwa dem Recht auf Leben un körperliche Unversehrtheit bzw. Gesundheit, verletzt, von der psychische Belastung ganz zu schweigen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2000 8403 0

Ident.-Nr.: 404

Soll die gesamte Bevölkerung in der Umgebung des geplanten Endlagers Tag und Nacht, Jahr für Jahr in Angst leben, nur weil etwas passieren kann? Das ist ja wohl ein unvorstellbarer psychischer Druck und eine nicht zu tragende Last auf den Schultern der hier lebenden Menschen, denn es gibt keine Garantie für Sicherheit, auf die man sich verlassen könnte!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2000 8403 0

Ident.-Nr.: 436

Die Fehlbarkeit des Menschen wird im Umgang mit der Atomenergie bagatellisiert und unausgesprochen geleugnet, denn Sicherheit im atomaren Zeitalter hat das perfekte Funktionieren von Mensch und Technik zur Voraussetzung. Zum Menschen, seiner Lernfähigkeit und seinem zivilisatorischen Fortschritt gehört jedoch wesentlich, daß er fehlbar ist und fehlbar sein darf. Das Lernen aus Erfahrung und die Weitergabe von Erfahrungen im Zusammenleben der Generationen sind Grundvoraussetzungen menschlichen Lebens und seiner Entwicklungsfähigkeit. Der Zwang, fehlerfrei sein und arbeiten zu müssen überfordert den Menschen, ist zutiefst unmenschlich und menschenfeindlich. Dem Menschen und seiner Fehlerhaftigkeit entspricht eine fehlerfreundliche Technologie, die nicht auf Jahrhunderttausende unveränderbare Tatsachen schafft, welche - selbst wenn sie noch durch unsere Generation als Fehler begriffen werden - nicht mehr korrigierbar sind.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 2540 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8403

Ident.-Nr.: 478

Ist der Schacht wirklich dicht oder haben wir die Strahlung nach kurzer Zeit im Grundwasser? - Ich weiß, daß wenn Sie mir antworten, ich die Antwort nicht glauben kann. Ich will dieses Endlager nicht, weil zu viele Gefahren von ihm ausgehen. Es müssen andere Energieträger genutzt werden. Die Technik ist bereit, die Regierung nicht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3000 8403 0

Ident.-Nr.: 478

Falls nun ein Unglück - egal, welcher Art - passiert, wie soll es dann weitergehen? Muß der Umkreis nicht evakuiert werden? Liegen hierfür Pläne vor oder wird alles chaotisch verlaufen? - Die Krankenhäuser sind jetzt schon überfüllt.
Auf all diese Fragen kann mir niemand eine Antwort geben. Ich lebe ständig in Ungewißheit und habe jede Minute Angst, daß etwas Unvorhergesehenes passieren könnte, dem niemand gewachsen ist.
Vor allem weiß ich nicht, ob ich mich auf irgendwelche Daten und "Schein"-Fakten verlassen kann. Nach Tschernobyl wurden an den Orten um den Reaktor herum sehr unterschiedliche Strahlungsmengen gemessen. Wird hier nicht manipuliert? Sind die Werte nicht nur zur Beschwichtigung der Bevölkerung gedacht? - So etwas kann doch auch mit unserer Bevölkerung gemacht werden. Wir können ja nichts nachweisen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 2500 8403

Ident.-Nr.: 645

Ästehtisch gesehen übt ein Kernreaktor und ein Atommüllendlager und damit verbunden maskierte Menschen, schwarzgelbe Achtungszeichen und Stacheldraht einen negativen Einfluß auf meine Psyche.
Ich fühle mich somit verletzt in meinem Recht auf Erholung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Ident.-Nr.: 645

Das Atommüllendlager bedroht akut die Menschen in dieser Region.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8403

Ident.-Nr.: 735

Ich sehe mein Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit verletzt. Durch die schrecklichen Gefahren, die durch den Atommüll entstehen, habe ich sehr große Angst um mein Leben und meine Gesundheit. Als Mutter zweier Kinder fürchte ich besonders um die Gesundheit meiner Kinder. Ich kann und will es nicht akzeptieren, daß unser Staat derart leichtfertig, über unsere Köpfe hinweg, unser aller Leben durch solch eine Lebensvernichtungsanlage mißachtet und bedroht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Ident.-Nr.: 751

Bald kommt der Zeitpunkt, an dem entschieden wird, endgültig, daß dieses Projekt realisiert wird. Eine Entscheidung wird fallen, die weit über die nächsten tausend Generationen Einfluß haben wird. Eine Entscheidung, die einmal ausgeführt, nie wieder rückgängig gemacht werden kann, nie wieder gut zu machen ist. Das betrübt mich - mehr noch - es macht mir Angst.
Die Technologie des Atoms ist für mich von niemandem beherrschbar. ich kann mir ihrer nur eines sicher sein: nämlich, daß ich mir ihrer nie sicher sein kann und sie nie sicher sein wird.
Sprachlich wird dieser Verstand "Restrisiko" genannt - etwas, daß ich nicht tragen will.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3000 8403 0

Ident.-Nr.: 809

Ich fühle mich in meinen Grundrechten auf Leben und körperliche Gesundheit durch die geplante Errichtung des Atommüllendlagers beeinträchtigt und bedroht. Die unmittelbare Nähe zu der Einlagerungsstätte erweckt in mir Ängste. Da ich weiß, daß auch die geringste Belastung durch radioaktive Strahlung gesundheitsschädigend ist und in der unmittelbaren Umgebung von SCHACHT KONRAD, in der ich wohne, auch beim Normalbetrieb der Anlage eine ständige radioaktive Belastung auftritt, nehme ich das Recht auf körperliche Unversehrtheit für mich in Anspruch. Ich gehe davon aus, daß Unfälle oder Störfälle trotz aller eingeleiteter Sicherheitsmaßnahmen nie ausgeschlossen werden können und somit die Belastung für die unmittelbare Umgebung vergrößert wird und die weitere Umgebung, die ich als Freizeit- und Erholungsgebiet nutze als solche nicht mehr verfügbar ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 2100 8500

Texte zum Sachgebiet Nr. 8403

Ident.-Nr.: 815

Eine weitere - schon heute spürbare - Beeinträchtigung meines Lebens (und somit auch des Lebens meiner Kinder und Enkelkinder) ist der Verlust an Lebensfreude und Zuversicht, durch Angst und Sorge um unsere Lebensgrundlagen und unsere Gesundheit. Das Zusammentreffen mit Atommülltransporten im Straßenverkehr oder auf Bahnreisen, das Wissen in nächster Nähe zu einem ständig Radioaktivität emittierenden Atommüllendlager zu leben, die Angst vor einem jederzeit möglichen Unfall mit katastrophalen Folgen, der alles bisher Gewachsene und Erarbeitete mit einem Schlag auslöschen würde, sind Lebensumstände die Niedergeschlagenheit und Resignation auslösen. Mangelnder Lebensmut macht krank.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Ident.-Nr.: 826

Durch den Bau und Betrieb dieses Endlagers halte ich die Gesundheit und das Leben meiner Familie und meiner Mitbürger für stark gefährdet.
Dies in psychischer und physischer Hinsicht. Das Ballungszentrum Salzgitter - Braunschweig ist durch Industrie und sehr hohes Verkehrsaufkommen bereits stark von Schadstoffen belastet.
Der Synergismus (das Zusammenwirken) der Belastungen durch KONRAD und die Belastung durch die bereits jetzt vorhandenen Umwelteinflüsse sind unverantwortbar.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 2300 8300

Ident.-Nr.: 845

Außerdem widerspricht die geplante Atommüllendlagerung im SCHACHT KONRAD Artikel 6, Abs. 5, der Grundrechte, da die Bedinggungen für eine gesunde physische und seelische Entwicklung meines Kindes nicht mehr gewährleistet sind.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8403 0

Ident.-Nr.: 876

Zunächst einmal ist es mir völlig unverständlich wie in solchen Fragen, die die menschlichen Lebesngrundlagen betreffen, Entscheidungen von nur einigen wenigen Menschen getroffen werden. Betroffen sind alle! Verantwortung tragen demnach (theoretisch) auch alle.
Sind nicht die wenigen Entscheidungstreffenden extrem überfordert, wenn sie allein die ganze Verantwortung aller tragen wollen?
Liegt darin womöglich die Flucht ins wissenschaftliche Expert Innentum begründet?
Wenn jeder einzelne wieder die ganze Verantwortung übernimmt und sich nicht von Sachzwängen oder "Abhängikeiten" einschüchtern läßt, kann meines Erachtens keine Entscheidung für SCHACHT KONRAD getroffen werden.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8403

Seit geraumer Zeit lebe ich auf einem biologisch-dynmaischen Bauernhof und spüre und weiß, was die Erde mit ihren Pflanzen für eine Bedeutung für uns Menschen besitzt.
Ich finde alleine die Vorstellung unerträglich, daß ein Fleck Erde in der Gefahr schwebt für hunderttausende von Jahren einer Plutoniumstrahlung ausgesetzt sein wird.

Die unerträgliche Vorstellung, dieser Verdrängung und Angst sind für mich Gefühle, die meine ganzheitliche Gesundheit erheblich, einschränken Sowie meine Ganzheit nicht mehr gesund ist, spreche ich von Krankheit. Jede psychische Krankheit findet im Laufe des Lebens auch ihren Ausdruck in der Physis.

Dies ist der Grund für meine Einwendung auf die es nur eine ernsthafte Reaktion geben kann: Den Stop eines Engagements für ein Atommüllendlager für Atommüll, der weiterhin dann geschaffen würde.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 1300 0

Ident.-Nr.: 990

Wenn Weltweit mit der angeblich "friedlichen Nutzung der Atomenergie fortgefahren wird, wenn sich immer mehr von dem Teufelszeug Atommüll stapelt, wird die Angst davor die Menschen schließlich erwürgen.

Der Bundesumweltminister, Herr Töpfer, hat sich seine Weisungsbefugnis gegenüber der niedersächsichen Umweltministerin, Frau Griefahn, vom Verfassungsgericht bestätigen lassen. Sind wir zutiefst beunruhigte Bürger nunmehr gezwungen, uns vom Verfassungsgericht bestätigen zu lassen, daß Art.2,Abs.2, des Grundgesetzes beachtet wird (Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit)?

Wir sind uns ja wohl heute alle darin einig, daß Körper, Seele und Geist des Menschen eine Einheit sind. Eine geängstigte Seele aber kann sehr wohl die ganze Person zugrunde richten. Hat Herr Töpfer das bedacht? Ich glaube nicht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 1500 8403

Ident.-Nr.: 1479

Als Psychologin werde ich in vielfältigen Gesprächen mit Menschen ständig mit deren Ängsten und Gefühlen der Bedrohung konfrontiert, die zunehmend u.a. auch ihren Ursprung in der Planung von SCHACHT KONRAD als Atommüllendlager haben. Ich wende mich deshalb schärfstens gegen ein Vorhaben, das auf eine große Anzahl von Menschen zweifellos deprimierende und Lebensqualität verringernde Wirkungen hat.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8403

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Ident.-Nr.: 1811

Das Endlager kann zu zusätzlichen physischen und psychischen Belastungen führen, welche zu sportlichen Minderleistungen führen können. Insofern sehen wir unsere ehrenamtliche Tätigkeit im sportlichen und kulturellen Bereich in Frage gestellt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2190 8403 0

Ident.-Nr.: 1814

Die psychischen, genetischen und radiotoxischen Auswirkungen von Betrieb und Nachbetriebsphase des Endlagers sind nicht erfaßt und zur Zeit auch noch nicht in vollem Umfang erfaßbar.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Ident.-Nr.: 1814

Physiologische und psychologische Auswirkungen von Niedrigstrahlung
Bekanntlich induziert ionisierende Strahlung unter anderem auch Erbschäden, deren Wirkung in den nächsten Generationen heute noch gar nicht untersucht sein können, was nicht bedeutet, daß sie sich nicht manifestieren werden. Noch nie wurde eine so große menschliche Population wie die heutige mit künstlicher Radioaktivität in niedrigen Dosen bestrahlt. Mit der Expression rezessiver strahleninduzierter Merkmale ist aber erst in den folgenden Generationen zu rechnen.
Die Kombination von genetischen Schäden, die über einige Generationen akkumuliert wurden, und somatischen Strahleneinflüssen, die aufgrund des Endlagerbetriebes oder der Nachbetriebsphase bei der dann bereits genetisch vorbelasteten Generation auftreten, ist in ihren Auswirkungen zur Zeit ebenfalls nicht überprüfbar. Es gibt noch keine dritte Generation nach und mit andauernder Belastung aus künstlicher Niedrigstrahlung. Ob es uns heute erlaubt ist, irgendwelche Risiken dieser Art für künftige Generationen einzugehen, muß bezweifelt werden.
Zu der physikalisch/physiologischen Belastung kommt die psychische, etwa bei werdenden Müttern oder in Familien mit Krebspatienten, aber auch bei allen, die sich schutz- und einflußlos einer schleichenden Gefahr ausgesetzt sehen. Wer kann heute für die nächsten fünfzig Jahre mit Sicherheit ausschließen, daß diese Belastungen zu erhöhten rechts- oder linksextremistischen Tendenzen, zu erhöhten Abteibungsraten oder zu anderem, aus Unsicherheit geborenem Verhalten führen?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2200 8403 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8403

Ident.-Nr.: 1880

Ich bin 10 Jahre alt und möchte noch möglichst lange, gesund und fröhlich leben. Durch auftretende Radioaktivität wird mein Körper gefährdet. Ich möchte nicht an durch Radioaktivität verursachten Krankheiten sterben. Ich möchte aber auch nicht voller Angst und Bedrücktheit und mit Depressionen leben. Nicht nur der Körper wird geschädigt, sondern auch die Psyche.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2100 8403 0

Ident.-Nr.: 1913

Im Zusammenhang mit den Atommülltransporten ergibt sich für mich eine lebenslang anhaltende hohe psychische Belastung, da für die Betriebsdauer von ca. 40 Jahren prinzipiell täglich mit einem Störfall direkt im Atommüllendlager SCHACHT KONRAD und mit einem Unfall während des Transportes zu rechnen ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8403 0

Ident.-Nr.: 2527

Diese sogenannten Restrisiken bin ich nicht bereit hinzunehmen, zumal ic mich Ihnen nicht durch Vermeidungsstrategien (wie z.B. beim Autofahren möglich) entziehen kann. Dieses zusätzliche Risiko wird mir aufgezwungen. In diesem Zusammenhang muß ich auf das psychologische Potential hinweisen. Seit Jahren wird mir zugemutet, Strom aus einer Produktionsweise, die ich ablehne (Atomkraftwerke), in meinem Haushalt zu verbrauchen und bezahlen zu müssen; eine Wahlmöglichkeit wird mir nicht zugestanden. Nun soll ich auch noch die unverantwortlichen Folgen dieser Stromerzeugungsart zwangsweise hinnehmen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8102 8403 0

Ident.-Nr.: 2551

Die an mit Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Einwirkungen auf meinen Organismus und seine Zellen durch die Strahlenbelastung bergen die Gefahr der Bildung defekter Chromosomen in sich, die wiederum die Gefahr des Auftretens von Mißbildungen in der nächstn Generation potenziert. Die Angst, kranke und geschädigte Kinder in die Welt zu setzen, beeinträchtigt meine Entscheidungsfreiheit für oder gegen Elternschaft in unzumutbarem Maße.
Die Entscheidung für oder gegen die Ausübung einer mich befriedigenden Freizeitaktivität oder eines Hobbys, wie z. B. Gärtnerei wird durch die Tatsache, daß ich mich Betätigung im Freien einer erhöhten Strahlenbelastung aussetze, unzumutbar beschnitten.
Meine Enscheidungsfreiheit für oder gegen die Wahl eines bestimmten Wohnsitzes ist unzumutbar beeinträchtigt. Zu erwartende Gesundheitsgefährdungen durch ständige Strahlenbelastung schließen Wohnsitznahme in räumlicher Nähe zu dem geplanten Atommüllendlager ebenso aus, wie die Wohnsitznahme in räumlicher Nähe zu einer der Transport-

strecken.
Meine Entscheidungsfreiheit für oder gegen die Wahl eines Arbeitsplatzes wird unzumutbar beeinträchtigt. Arbeitsplätze in räumlicher Nähe zum Atommüllendlager oder zu einer der Transportstrecken bergen ein erhöhtes Gesundheitsrisiko durch Strahlenbelastung.
Bei Arbeitslosigkeit, die nie gänzlich auszuschließen ist, reduziert sich meine Entscheidungsfreiheit gegen Null, denn ich bin aus extenziellen Gründen gezwungen, um nicht meine Ansprüche zu verlieren, jedwede mir nachgewiesene Arbeitsstelle auch in durch Strahlen beeinträchtigten Gebieten anzunehmen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 8500 0

Ident.-Nr.: 3106

Ihre Pläne, SCHACHT KONRAD zu einem Endlager für radioaktiv verseuchte Abfälle auszubauen, erfüllt mich mit Besorgnis.
Diese Besorgnis veranlaßt mich, eine Einwendung gegen den geplanten Ausbau von SCHACHT KONRAD einzureichen. In meiner Einwendung möchte ich beschreiben, wovor ich Angst habe. Nicht aber möchte ich die Gründe für meine Angst darlegen. Dies ist natürlich möglich, und sie haben bereits viele Einwendungen gelesen, die genau dieses tun. Auch ich halte meine Befürchtungen keineswege für ungegründet, aber ich vertrete die Ansicht, daß dies keine Vorraussetzung für eine begründete Einwendung sein kann.
Vielmehr sollten und müssen Sie auch irrationale Beweggründe von Menschen ernstnehmen.
Wir empfinden nun einmal emotional und persönliche Ängste sind nicht weniger schmerzhaft, wenn sie unbegründet sind.
Noch einmal: Ich halte meine Befürchtungen nicht für irrational, aber meine Einwendug - so wäre es zumindest zu wünschen - sollt auch dann ernstgenommen werden, wenn sie es wären.
It es nicht vielmehr eine krasse Mißachtung der Realität zu glauben, Jahrhunderte vorausplanen zu können.
Und eine realistische Einschätzung einer Technik muß das Versagen von Menschen, Material und Elektronik nicht nur in Betracht ziehen, sondern es zu einem Faktor ihrer Beurteilung machen. Ein Technikgebrauch, dessen Verssagen tausende von Menschen in Mitleidenschaft ziehen kann, ist unmenschlich und daher aus ethischen Gründen abzulehnen.
Wie kann ökonomische Prosperität gegen Gesundheit aufgerechnet werden?
Wie kann ökonomische Prosperität gegen seelische Unversehrtheit aufgerechnet werden?
Die Bedrohungen unserer Umwelt und unserer Gesundheit, mit denen wir tagtäglich zu Leben haben und die wir in unseren Hinterköpfen ständig mit und herumschleppen, haben jedes überschaubare Maß verloren.
Es ist längst an der Zeit, daß wir und fragen, was wir wirklich wollen und dabei nicht nur an materielle Güter denken. Sollten wir mit weniger Strom tatsächlich weniger glücklich sein?
Geben Sie uns eine Chance. Kehren Sie um zu einer ethisch vertretbaren Techniknutzung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 2540 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8403

Ident.-Nr.: 3141

Gefahren durch Transporte: Aus dem Fenster sehen wir die Züge Hildesheim - Braunschweig. Hinter dem Haus fahren ca. 250 m entfernt Züge der Erzbahn Peine-Salzgitter. Im Sicherheitsbericht stehr davon nichts. Wir haben Angst weil wir in der Nähe von SCHACHT KONRAD wohnen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8403 0

Ident.-Nr.: 3167

Durch das geplante Endlager wird das mir gem. GG Art. 2, 2 zustehende Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit erheblich verletzt. Ich nenne hierzu
- nicht auszuschließende Transportunfälle mit ihren Folgen
- die radioaktive Belastung meiner Atemluft durch sich verbreitende oder vom Wind mitgeführte Abluft
- die radioaktive Belastung meines Trink- und Brauchwassers durch unterirdische Strömungen der Abwässer des Endlagers
- die radioaktive Belastung meiner Nahrung, deren Herkunft dem Käufer überwiegend unbekannt ist.

Aus solchen hier nur angedeuteten Belastungen ergibt sich für mein gesamtes künftiges Leben die begründete, nie endende Besorgnis um die Schädigung nicht nur meiner eigenen Gesundheit, sondern ebenso um die Gesundheitsschädigung all meiner Familienangehörigen, Freunde und Bekannten. Diese Besorgnis ist um so gravierender, als ja Radioaktivität nicht mit den Sinnen wahrnehmbar ist und die Bürger der Bundesrepublik über sogen. Störfälle mit ihren Gefahren nur in Ausnahmefällen informiert werden.
Somit wäre bei Errichtung und Inbetriebnahme dieses Endlagers mein künftiges Leben sowohl physisch wie psychisch ununterbrochen bedroht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8403 0

Ident.-Nr.: 3169

Eine weitere - heute schon spürbare - Beeinträchtigung meines Lebens ist der Verlust an Lebensfreude und Zuversicht durch Angst und Sorge um unsere Lebensgrundlagen und unsere Gesundheit.
Das Zusammentreffen mit Atommülltransporten im Straßenverkehr oder auf Bahnreisen - wegen meines Zweitwohnsitzes in Herford, bin ich des öfteren auf der Strecke Herford - Löhne - Hannover - Lehrte - Vechelde (und zurück) unterwegs - das Wissen, in nächste Nähe zu einem ständig Radioaktivität emittierenden Atommüllendlager zu leben, die Angst vor einem jederzeit möglichen Unfall mit katastrophalen Folgen, der alles bisher Gewachsene mit einem Schlag auslöschen würde, sind Lebensumstände, die Resignation und Niedergeschlagenheit auslösen. Selbst ohne "einen einzigen Unfall" - ganz gleich welcher Kategorie - kann das geplante Atommüllendlager Schacht Konrad gesundheitsgefährdend sein; mangelnder Lebensmut destabilisiert definitiv das Immunsystem und erhöht die Krankheitswahrscheinlichkeit.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 8320 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8403

Ident.-Nr.: 3234

Ich fühle mich in meinem Grundrecht auf Leben und körperliche Gesundheit durch die geplante Errichtung des Atommüllendlagers beeinträchtigt und bedroht. Dasselbe gilt für meine Familie und unsere weiteren Nachkommen. Da wir bereits jetzt in einem Industriegebiet legen und mein 8-jähriger Sohn lange unter den Auswirkungen leidet (Pseudo-Krupp, Kautkrankheiten etc.) und meine Frau ähnliche Krankheiten aufweist (Chron. Bronchitis, Allergien) fürchte ich eine Verstärkung der gesundheitlichen Störungen.
Wie die zu erwartende Strahlung sich auf die hier bereits vorhandene Umweltbelastung auswirkt hielt man ja nicht für nötig zu überprüfen. Vermutlich ist man bereit unsere Gesundheit dem gesamten Atomenergieprojekt leichtfertig zu opfern, denn - ohne Endlager - keine Atomenergie. Außerdem fürchte ich, daß wir vom Tage der Inbetriebnahme an, kein sorgloses Leben mehr führen können. Die Angst vor Folgen wie Infällen, oder auch nur das Gefühl auf einer "Bombe" zu sitzen, wird aus jedem normalen Menschen einen Neurotiker machen.
Das unter anderem führt zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 2300 8403

Ident.-Nr.: 3678

Selbst ohne das Eintreten von größeren Unfällen verbleibt die ständige psychische Bedrohung. Allein das Wissen, daß an meinem Fenster vorbei extrem gefährliche radioaktiv strahlende Stoffe transportiert werden, verringert mein Wohlbefinden in erheblichem Maße.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Ident.-Nr.: 3745

Auch besteht für mich Gesundheitsgefährdung durch das Anwachsen verschiedener Ängste. Allgemeine Zukunftsangst und Verdrängungsmechanismen bedingen das Auftreten psychosomateischer Störungen.
Es gibt bisher zu wenig Forschung im Bereich der Ergründung von Ursachenketten zwischen radioakiver Belastung und Erkrankungserscheinungen. Bis zum Beweis des Gegenteils muß ich davon ausgehen, daß die von der Atommüllendlagerstätte SCHACHT KONRAD in Zukunft ausgehende Strahenbelastung (geplante ist eine ständige radioaktive Belastung im Normalbetrieb von jährlich 3,8 bzw. 2,3 Millirem), die zu der ständig vorhandenen "normalen" natürlichen Strahlung hinzukommt, negative und schädliche Auswirkungen auf meinen eigenen Gesundheitszustand zeitigen wird.
Die mit Erkrankung verbundenen persönlichen Belastungen wie Sorgen um

die Genesung, wirtschaftliche Auswirkungen durch Verdienstausfall, ggfs. Pflege-, Arzneimittel-, Arzt- und Krankenhauskosten stellen nach meiner Auffassung unzumutbare Eingriffe und Einschränkungen dar, die über das Maß dessen hinausgehen, was dem einzelnen im übergeordneten Interesse der Allgemeinheit zugemutet werden darf.
Bei meinen Ausführungen habe ich bisher nicht berücksichtigt, daß die für mich unzumutbare gesundheitliche Beeinträchtigung, die bereits im Normalbetrieb der Anlage mit erheblicher Wahrscheinlichkeit auftreten wird, sich unvorstellbar und unberechenbar potenziert, wenn die Einlaagerungsarbeiten nicht störungsfrei durchgeführt werden und Stör- und Unfälle auftreten. Dann steigert sich meine persönliche Gesundheitsgefährdung durch das Austreten erhöhter Radioaktivität noch erheblich. Stör- und Unfälle sind keinesfalls ausschließbar, mit ihnen muß ständig gerechnet werden.
Ich kann daher mit an Sicherhteit grenzender Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, daß das geplante Atommüllendlager SCHACHT KONRAD sowohl im Normalbetrieb aus auch im Stör- oder Unglücksfall mein Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit unzumtbar beeinträchtigt wird.
Ich darf noch darauf hinweisen, daß ein weiterer Potenzierungsfaktor der mich treffenden Gesundheitsgefahr bisher weder bekannt noch berechnet ist: Die Entfernung zur Quelle der radioaktiven Strahlung.
Ich lebe in Slzgitter-Bad. Die Enfernung zum Schacht beträgt ca. 15 km. die Entfernung zu nächsten Transportstrecke beträgt ebenfalls ca. 15 km.
Die bisher geschilderten gesundheitlichen Beeinträchtigungen beziehen sich lediglich auf allgemeine Berechnungen in der Annahme, ich würde mehrere hundert Kilometer von der Strahlenquelle entfernt leben. Die Belastungen und Gefahren steigen jedoch, je näher ich mich im Bereich der Strahenquelle aufhalte. Solange auch hier nicht der wissenschaftliche Beweise des Gegenteils erbracht ist, muß ich auch in diesem Zusammenhang von einer unzumutbaren mich persönlich treffenden Gefahrenpotenzierung ausgehen.
Die Errichung eines Atommüllendlagers SCHACHT KONRAD ist jedenfalls im Hinblick auf die mich persönlich treffenden gesundheitlichen Gefahren unverantwortbar und daher abzulehnen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 8500 1500

Ident.-Nr.: 4458

Ferner bitte ich auch meine ganz persönlichen Interessen zu berücksichtigen:
Ich trage mich nämlich mit dem Gedanken eine Familie zug ründen. Dabei habe ich Angst meine Kinder in eine ohnehin schon stark durch Umweltgifte verseuchte Welt hereinwachsen zu lassen;
Dieses schlechte Gewissen würde durch die Nichtbenutzung des Schacht Konrad als Atommüllager wenigstens etwas gereinigt (im wahrsten Sinne des Wortes).

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8403

Ident.-Nr.: 4465

Da meine Zukunftspläne grundsätzlich auf einer beruflichen wie privaten Existenz in der Region Salzgitter zielen, ist zu erwarten, daß ich mein Ziel eine Familie zu gründen, in dieser Region nicht verwirklichen kann. Denn durch die Auswirkung der Niedrigstrahlung ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine Auswirkung auf meinen Organismus zu erwarten. Damit ist die Bildung defekter Chromosomen nicht auszuschli Mißbildungen in der nächsten Generation können die Folge sein. Die Angst kranke bzw. geschädigte Kinder in die Welt zu setzen, belastet mich so s daß damit in unzumutbarer Art und Weise in meine Entscheidung mit eigene Kindern eine Familie zu gründen unzulässig eingegriffen wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8502 8403

Ident.-Nr.: 4647

Die psychischen Belastungen, die von dem geplanten Endlager ausgehen, sind für uns und für viele andere Bewohner unserer und benachbarter Gemeinden schon jetzt sehr groß. Sie würden im Falle der Errichtung zweifellos rapide ansteigen und für den Einzelnen z. T. nicht kalkulierbare Folgen haben, ganz zu schweigen von den sozialen, finanziellen und gesellschaftlichen Auswirkungen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Ident.-Nr.: 5014

Die latente Gefährdung kann zum Ausbruch phychosomatischer Krankheiten führen. Diese wiederum können in schwereren Fällen eine vorzeitige Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeit nach sich ziehen und zu einer unzumutbaren Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Existenz führen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Ident.-Nr.: 5043

Auch besteht für mich Gesundheitsgefährdung durch das Anwachsen verschiedener Ängste. Allgemeine Zukunftsangst und Verdrängungsmechanismen bedingen das Auftreten psychosomatischer Störungen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Ident.-Nr.: 5464

Mein ganzes Lebensgefühl wird durch Schacht Konrad beeinträchtigt, egal ob rational begründbar oder nicht, nicht nur ich werde in ständiger Furcht vor den hochtoxischen Emissionen leben müssen, gar nicht zu reden von der Angst vor einem Unfall. Dies wird m.E. zu psychischen Veränderungen der hier lebenden Menschen führen und so erhebliche Auswirkungen nicht nur auf meine Gesundheit haben.
Die Freude am Gemüse aus eigenem Garten wird wohl gleich null sein, wenn

Texte zum Sachgebiet Nr. 8403

man weiß, das es verstrahlt sein kann; und somit eine Quelle meiner Lebensfreude mehr verschüttet.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Ident.-Nr.: 5541

Die beabsichtigte Errichtung des Atommüllendlagers beeinträchtigt meine Gesundheit schon jetzt. Die Angst um meine Gesundheit und die meiner Familie führt schon jetzt bei mir zu psychosomatischen Störungen wie Einschlafstörungen, Durchschlafstörungen und vegetative Dystonie. Diese Ängste und die damit verbundenen Gesundheitsstörungen werden sich mit der offiziellen Inbetriebnahme der Anlage sicher noch verstärken.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8900 8403 0

Ident.-Nr.: 5693

Neben den unmittelbaren organisatorischen, wirtschaftlichen und finanziellen Konsequenten für die Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig hinsichtlich ihrer Kirchenmitglieder werden aber im Entscheidenen sie selbst, ihre Kirchengemeinden und die Pfarrer der Landeskirche in den Aufgaben der Seelsorge an ihren Kirchenmitgliedern betroffen sein, wenn für diese wirtschaftliche, gesundheitliche oder sonstige negative Auswirkungen aus der Anlage des atomaren Endlagers in Schacht Konrad eintreten würden. Die Auswirkungen dieser Erscheinungen lassen sich gegenwärtig im einzelnen überhaupt nicht übersehen, es steht jedoch fest, daß diese eine gewaltige sozialpsychologische, individualpsychologische und ethische Bedeutungen haben würde. Die Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig würde hier in ähnlicher Weise mit der gleichen Lage konfrontiert werden, wie sie die Gemeinden und Städte des betroffenen Gebietes treffen würde. Sie muß sich daher auch solidarisch zu den Über legungen und Beweggründe der Städte, Gemeinden, und ihrer Bevölkerung im Einwendungsverfahren äußern.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen
Hinweise auf die Handhabun¯ der psychischen Verelendung der Betroffenen nach einem ra¯ioaktlven Storfall. Alle hisherigen ¯rkenntnisse von Atomk¯tastrophen lassen den Schlu¯ 7U¯ da¯ die Betrei¯er und Verantwort- lichen eine Desinformationspolitik betreiben. Dieses laBt sich in Salzgitter am Beispiel der Berichter-.tattullg in Folge von Tschernobyl in der Sal¯gitter-Zeitun¯ exemplarisch nachwei- ¯en. Die dort ab¯edruckten Beiträge waren, sowei-t sie au¯ der eigenen Redaktion stammten, so neben der Reali- tat,lla¯ selbst Atomkraft- befurworter auf Distanz ¯u den Elabora- ten gingen. Fehlende Informationen in einer Storfallsi-

tuation be- din,¯ren psychische Störun- gen mit körperlichen kIankhaften Stö- rungen, gegen die je¯liche ¯aBnahmen in den Planunter- lagen feh- len. Im Gegenteil lassen die Planunterla¯en darauf cchlie¯en, daß die Betreiber ihre Anlage fur sicher halten und mit dem oben ge- schilderten Problem nicht rechnen. Das steht im Widerspruch zu al- len bisherigen Erfahrun¯en und schränkt uns unzumutbar in unseren Rechten ein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Ident.-Nr.: 7537

Der Zusammenhang zwischen solchen Anlagen und der seelischen Befindlichkeit der Bevölkerung ist noch viel zu wenig erforscht worden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Ident.-Nr.: 7537

Aus seelsorgerischen Gründen darf es darum zu keinem Atommüllendlager "Schacht Konrad" kommen. Zu viele Bürger dieser aus den Verbrechen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs geborenen Stadt würden diese erneute und zusätzliche Psychische Belastung nicht verkraften.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Ident.-Nr.: 8650

Für mich wären mit einem Atommüllendlager in SCHACHT KONRAD erhebliche psychische Belastungen verbunden:
Die Angst vor Katastrophen insbesondere durch Unfälle bei Transport oder Einlagerung des Atommülls würde zu meinem Alltag gehören.
Außerdem wäre es für mich extrem belastend, als Mitglied der heutigen Gesellschaft unseren Nachkommen ein derart gefährliches weil uns unzureichend abgesichertes (s. Punkt 1 und 2) Endlager hinterlassen zu haben.
Insofern würde für mich die Errichtung eines Atommüllendlagers in SCHACHT KONRAD zu einer erheblichen Verminderung meiner psychischen Lebensqualität führen, gegen die ich mich hiermit wehren möchte.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 8500 0

Ident.-Nr.: 8684

Ich bin von Beruf Gärtner. Ich muß immer draußen arbeiten. Ich arbeite auch gerne draußen. Ich brauche meinenGarten darum zur Produktion und Reproduktion. Ich bin täglich im Garten, sehe und höre dann jeden Zug und weiß, was transportiert wird. Produktion geht dann nur unter psychischer Belastung. Reproduktion ist für mich dann im Garten nicht mehr möglich.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8403

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Ident.-Nr.: 8684

Das Restrisiko bleibt, auch wenn es noch so gering erscheint. Es kann auch falsch gerechnet sein bzw. etwas über oder unterschätzt werden. Ich selbst kann es nicht überprüfen, die Verantwortung für mich selbst wurde mir entzogen. Inanbetracht dessen bleibt eine hohe psychische Belastung für mich und meine Mitmenschen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Ident.-Nr.: 9090

Ich will kein Endlager, ich will ein fröhliches Kind sein, das überalle bedenkenlos spielen kann. Ich will keine Angst um Omas und Opas, Schwestern und Eltern haben.
Ich will nachts ruhig schlafen können, auch wenn meine Eltern mit mir über Atomkraft gesprochen haben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Ident.-Nr.: 9133

Eingegrenzt fühle ich mich auch noch in der Ausübung meines Berufes. Nicht nur durch die psychische Belastung im Bewußtsein der permanenten Bedrohoung, sondern auch als Theologin und Seelsorgerin. Mal ganz abgesehen von ethischen Einwenden gegen die Nutzbarmachung von Radioaktivität, mal abgesehen von theologischen Vorbehalten gegen massive menschliche Eingriffe an Gottes guter Schöpfung, unter denen auch Schacht Konrad zu zählen ist, wie soll ich als Seelsorgerin im weiteren den Menschen Mut zusprechen und Hoffnung auf ein gutes Leben zusagen, wenn in direkter Umgebung eine Anlage entsteht, die all das infragestellt???. M. E. sind die psychischen Folgen, die Angst und Bedrohungen im Menschen auslösen, noch in keiner Weise berücksichtigt. In welchem Ausmaß werden sie sich auf Arbeit und Leben einer ganzen Region auswirken?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8403

Ident.-Nr.: 9281

Meine Auftraggeberin ist eine junge Frau, die gerade im vergangenen Jahr ein Kind geboren hat und eigentlich beabsichtigt, weitere Kinder zu bekommen. Sie hat allerdings in dieser Zeit auch erlebt, welche Angst und Sorge um das ungeborene Kind eine Mutter schon wahrend einer "normalen" Schwan- gerschaft quält. Sie ist daher grundsatzlich nunmehr durch die zusatz- lich auftretende Angst, kranke und geschadigte Kinder in die Welt zu setzen allein deshalb, weil sie in unmittelbarem Umkreis des Atommul- lendlagers Schacht Konrad lebt, in ihrer Entscheidung fur oder gegen Mutterschaft in unzumutbarem Maße beeinträchtigt.

Die Tochter ist noch zu klein, um bereits jetzt eigene Entschei- dungen zu treffen. Sie wird allerdings, und dies wissen sowohl Frau als auch die Unterzeichnende aus eigenem personlichen Erleben, zu späteren Zeiten genau dem gleichen oben beschriebenen Entscheidungskonflikt ausgesetzt sein wie ihre Mutter es jetzt ist. Insofern muB die Einwendung auf Beein- trächtigung der hochstpersonli- chen Entscheidungsfreiheit auch im Namen von erhoben wer- den.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8403 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8404

Ident.-Nr.: 47

Ich fühle mich außerstande als Staatsbürger und als Mensch, der die grundlegenden Menschenrechte und eine Reihe unveräußerlicher Normen und Werte anerkennt, wie sie im Grundgesetz verankert sind, die Verantwortung für viele Generationen unserer Nachkommen zu übernehmen, die mit einer Hypothek belastet werden, die nicht getilgt werden kann.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8404 0

Ident.-Nr.: 121

Ich bin grundsätzlich gegen Einlagerung von Atommüll, weil ich mir über die Folgen im klaren bin. Ich lege diesen Einspruch ein, weil ich Verantwortung für meine Nachkommen trage.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 175

Ich finde es ganz einfach Vermessenheit, aufgrund des heute gültigen Erkenntnisstandes in Bezug auf Endlagerung von atomarem Müll, späteren Generationen Vermächtnisse aufzubürden, die nach Art und Umfang in ihren Langzeitwirkungen absolut nicht kalkulierbar sind.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3000 8404 0

Ident.-Nr.: 175

Ich kann mir nicht vorstellen, daß irgendeine Person in vollem Bewußtsein seiner Verantwortung gegenüber seinen Kindern und Enkeln oder noch späterer Generationen ein Ja sagen kann zu Projekten, die weder ein Einzelner noch Viele in ihrer ganzen Tragweite erfassen können.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 177

Darüberhinaus werden die Grundrechte nach uns folgender Generationen in dem oben genannten Sinne und im Sinne von vererbbaren genetischen Krankheiten nachhaltig beeinträchtigt. Auch diese Menschen müssen durch die Grundrechte geschützt werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8404 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8404

Ident.-Nr.: 256

Denken Sie an die Natur und Umwelt, die nicht noch weiter belastet werde kann. Nachfolgende Generationen wollen auch auf dem Planeten Erde weiter leben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 269

Meinen Kindern und Enkeln möchte ich eine unverstrahlte Zukunft bieten - ohne Strahlenverseuchung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 271

Ich bin dagegen, daß die Atommülltransporte durch Braunschweig geführt werden sollen. Die Umwelt ist doch schon genug verseucht, und ich bin auch sehr krank. Ich habe eine seltene Krankheit, die heißt Lupus Erythematodes. Und vor allem die Nachkommenschaft soll doch in einer guten und sauberen Umwelt leben können.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8301 8404 0

Ident.-Nr.: 276

Ich erhebe Einwendungen aus spezifisch christlichen Gründen. Ich stütze mich dabei auf den Beschluß der Landessynode der Ev.-Luth. Landeskirche in Braunschweig vom Mai 1991.

a) Die Welt ist nicht unser Eigentum, sondern Gottes Eigentum. Deshalb dürfen wird nicht mit der Erde umgehen, als wäre sie unser Besitz. Wir haben nur die Statthalterschaft übertragen bekommen und haben unser Tun gegenüber Gott zu verantworten (Verantwortlichkeit).
b) Alles Leben auf der Erde hat ein eigenständiges, von den Nutzinteressen des Menschen unabhängiges Lebensrecht. Wir haben nicht das Recht, wegen unserer Nutzungsmöglichkeit Tiere, Pflanzen und Menschen, sowie die nichtbelebte Natur auszubeuten und zu gefährden und zu zerstören. Unserem Profitstreben ist eine deutliche Grenze durch das Lebensrecht der anderen Geschöpfe gezogen. Die Gefährdung durch langandauernde Strahlung ist aus ethischen Gründen abzulehnen.
c) Der Bewahrung der Schöpfung wird im konziliaren Prozeß der Kirchen ein hoher Stellenwert eingeräumt. Wir sind ein Teil der Schöpfung, auch die nachfolgenden Generationen, für die durch das Endlager eine Schädigung ausgehen kann, haben ein Recht auf schöpfungsgemäße Unversehrtheit.
d) Wenn mit Recht der Nachweis der Langzeitsicherheit für Jahrtausende bestritten wird, dann müssen wir zur Vermeidung möglicher unumkehrbarer schädlicher Folgen durch menschliche Schuld oder einfach durch menschliche Irrtümer solche Bedenken ernster nehmen als die Versicherung, es werde schon alles gut gehen.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8404

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 279

Das sog. "Restrisiko" ist nicht vertretbar. Es ist auch neben allen technischen Fragen mehr eine Frage des Gewissens. Hat der Gesetzgeber die mit der Endlagerung verbundenen raumordnerischen, strahlenbiologischen und ethischen Probleme abschließend bedacht? Es geht nicht um technische Probleme, sondern um Menschen aus Fleisch und Blut.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2600 1500 8404

Ident.-Nr.: 280

In ethischer Verantwortung - auch gegen meine Kinder - verlange ich die Abkehr von der Atomenergienutzung und wirklich ernsthafte Bemühungen hin zu effektiver Energienutzung und alternativen Energieen. Ein Atommüllendlager darf nur für bundesdeutsche Anlagen und nicht auf weiteren Ausbau der Atomenergienutzung konzipiert werden, wobei Standort und Sicherheit absolute Priorität haben müssen. Alle diese Punkte sehe ich bei die Planungen nicht erfüllt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 8404 0

Ident.-Nr.: 283

Die Planung und Einrichtung eines Endlagers, das so viele Gefahren beinhaltet (s.u.), erscheint mir als ein Verbrechen gegen Gottes Schöpfung, zumal der Produktion des gefährlichen radioaktiven Mülls, für den es keine sichere Beseitigung geben kann, nicht im mindesten Schranken gewiesen werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 284

Warum soviel Ignoranz und keine Chance für wissenschaftliche Forschung und Entwicklung, um mit dem Atommüll in "greifbarer" Nähe mit den derzeit erprobten Konditionierungsmöglichkeiten fertig zu werden, um ihn ständig unter Kontrolle zu haben, ihn ggf. entschärfen und Störungen lokal begrenzt behandeln zu können?
Mit der "Lösung" "aus den Augen, aus dem Sinn" - ab in den Berg und zugekleistert, nicht wiederrückholbar und nicht mehr positiv beeinflußbar, stellt sich unsere Generation, Politiker, Wissenschaftler und die schweigende Menge ein Armutszeugnis aus und vergeht sich an unserer Nachwelt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 8300 8404

Texte zum Sachgebiet Nr. 8404

Ident.-Nr.: 314

Auch nach uns werden wahrscheinlich noch Menschen leben, wie und wie lange hängt von dem Grad der Verantwortlichkeit ab, unter dem wir Zukunft gestalten. Ein Atommüllendlager im SCHACHT KONRAD würde von einer Unverantwortlichkeit zeugen, die für keinen gewissenhaften Politiker tragbar sein kann.
Da ich mir den Glauben an unser demokratisch soziales Regierungssystem noch bewahrt habe, plädiere ich mit Hoffnung für ein Verbot des Atommüllendlagers SCHACHT KONRAD.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 357

Welche Antworten kann ich meinen Kindern auf ihre ängstlichen Fragen bezüglich der immer mehr fortschreitenden Umweltzerstörung geben? Es wurde ein Umweltministerium eingerichtet, damit der Umweltzerstörung Einhalt geboten werden kann, nicht diese noch voranzutreiben!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 359

Noch ein sehr persönlicher Grund: Wir haben einen 15 Monate alten Sohn. auch ihm steht das Recht auf eine unbeschwerte Jugend und ein gesundes Leben zu. Für unsere Kinder sind wir alle (auch Sie) verantwortlich! Wir bitten Sie, unsere Einwendungen und Ängste ernst zu nehmen; denn woher kommt wohl Verdrossenheit der Wähler den Parteien gegenüber?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 409

Schließlich machen wir darauf aufmerksam, daß wesentliche Aspekte unsere religiös-ethischen Überzeugung durch die nicht-verantwortbare Endlagerun radioaktiver Stoffe verletzt würden, insbesondere unsere Auffassung von der primären Schutz- und Erhaltungsfunktion des Staates seinen heute lebenden und zukünftigen Bürgern gegenüber.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8404

Ident.-Nr.: 409

Beschluß der Landessynode der Ev.-Luth. Landeskirche in Braunschweig vom 25. Mai 1991

"Die Erde ist des Herrn und was darinnen ist, der Erdkreis und die darau wohnen." Psalm 24,1.

Dieser biblischen Sichtweise von der Welt stimmen wir zu, wenn wir uns i unseren Gottesdiensten zum dreieinigen Gott bekennen und ihn als "den Schöpfer des Himmels und der Erde" bezeugen.

Wir bringen damit zum Ausdruck:

- Die Welt ist nicht unser Eigentum, sondern Gottes Eigentum.
- Alles Leben auf der Erde hat ein eigenständiges, von den Nutzinteresse des Menschen unabhängiges Lebensrecht.

Unser Glaubensbekenntnis verpflichtet uns Christen dazu, treue Haushalte über Gottes Eigentum zu sein, sorgsam mit seiner Schöpfung umzugehen und verantwortlich mit dazu beizutragen, daß die Erde und was darinnen ist fortbestehen können und erhalten werden.

Gleichzeitig bekennen wir uns in unserem Glaubensbekenntnis dazu, daß wi als Menschen auf Vergebung angewiesen, also zur Umkehr gerufen sind. Ohn das Bewußtsein der Umkehr überschätzen wir uns selbst, unser Wissen und unsere Fähigkeit, über die Zukunft verfügen zu können.

Aus dem Wissen um unsere Grenzen und aus unserer Verantwortung für die Bewahrung von Gottes Schöpfung sprechen wir uns gegen Maßnahmen aus, die grundsätzlich unabschätzbare und langfristige Risiken für gegenwärtiges und zukünftiges Leben in sich bergen. Wir geben warnenden Prognosen den Vorrang vor optimistischen Prognosen.

Auf die geplante Endlagerung radioaktiver Abfälle in SCHACHT KONRAD bezogen, heißt das:

Wenn Wissenschaftler sagen: Wesentliche Aspekte eines sicheren Betriebes seien gar nicht oder nur unzureichend berücksichtigt worden, dann müssen wir auf eine zufriedenstellende Beseitigung dieser Zweifel drängen.

Wenn darüber hinaus der Nachweis der Langzeitsicherheit für Jahrtausende bestritten wird, dann müssen wir zur Vermeidung möglicher unumkehrbarer schädlicher Folgen durch menschliche Schuld oder einfach durch menschliche Irrtümer solche Bedenken ernster nehmen als die Versicherung, es werde schon alles gut gehen.

Deshalb fordern wir zur Bewahrung von Gottes Schöpfung

- die Förderung, den Ausbau und die Nutzung regenerierbarer Energieträger sowie verstärkte Bemühungen um Energieeinsparung, damit schnellstens auf die wegen Ihrer langfristigen Folgen nicht verantwortbare Kernenergie-Technik verzichtet wird.
- den grundsätzlichen Verzicht auf eine Endlagerung radioaktiver Abfälle in SCHACHT KONRAD
  - solange nicht andere Möglichkeiten einer sicheren Unterbringung dieses Mülls ernsthaft geprüft worden sind;
  - solange ein solches Endlager zur Rechtfertigung der weiteren Produktion und zur Ausweitung des radioaktiven Mülls führt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8900 8404 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8404

Ident.-Nr.: 423

Ich habe eine 11jährige Tochter, für sie und alle ihrer Nachkommen fühle ich mich verantwortlich.
Aus diesem Grunde halte ich es für erforderlich, daß ich alles unternehme, damit sie nicht unter der Einlagerung von Atommüll zu leiden haben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 429

5. In den Planungen zur Langzeitsicherheit wird in zehntausenden von Jahren gerechnet. Kein Mensch kann in diesen Zeiträumen denken. Als Pfarrersfamilie wissen wir, daß Gott die Zeit eröffnet und und dem Menschen die Erde als Zeichen seines Freundschaftsbundes geschenkt hat. Mit Beginn der Kernspaltung hat der Mensch Gottes Grenzen überschritten und sich selbst zum Herrn über Leben und Tod gemacht. Das ist Sünde. Wir laden uns mit der Einlagerung atomaren Mülls und dem weiteren Ausbau der Kernenergie große Schuld auf. Wir fordern eine verantwortliche Gemeinschaft mit den uns nachfolgenden Generationen und der uns anvertrauten Schöpfung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 3110 8404

Ident.-Nr.: 436

Die Handhabung des geplanten Endlagers für radioaktiven Müll setzt eine im letzten vollkommen funktionierende Technik und eine fehlerfreie Bedienung dieser Technik voraus. Dies Erfordernis der Vollkommenheit ist zutiefst unmenschlich und menschenfeindlich - es zerstört den Zusammenhang von Fehler und Einsicht, Schuld und Vergebung, Sünde und Buße: Ein Lernen aus Fehlern wird nicht mehr möglich sein.
Die Planung des Endlagers für radioaktiven Müll beansprucht faktisch die Endgültigkeit heutiger wissenschaftlicher Erkenntnisse. Künftige Generationen sind ohne Rücksicht auf ihre möglichen Erkenntnisse und Forschungsergebnisse unzulässig festgelegt und müssen die unvorstellbar weitreichenden Konsequenzen unserer Entscheidung tragen. So rücksichtslos über die natürlichen und kulturellen Lebensbedürfnisse späterer Generationen hinwegzugehen, zerstört die Solidargemeinschaft der Generationen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 2540 0

Ident.-Nr.: 436

Niemand kann zwei Herren dienen ... hat Jesus gesagt (Mt 6.24).
Aus der Erkenntnis des Götzencharakters der Kernkraft wird uns die Aktualität dieses Wortes deutlich. Es ist tatsächlich nicht möglich, Gott und gleichzeitig der Kernkraft zu dienen. Letzteres ist eine Abkehr vom lebendigen Gott der Christen. Umkehr heißt zuerst, Umkehr

in die Grenzen des Menschseins, Umkehr zu Gott heißt: Ausstieg sofort. Doch auch nach dem Ausstieg aus der Kernkraft, wenn wir uns zu Gott bekehrt haben, werden wir mit dem Müll leben müssen. Das kann aber in der Hoffnung geschehen, daß der lebendige Gott uns trägt. Die Sorge um den Müll muß dann aber kein Götzendienst mehr sein, sondern kann in gemeinschaftlicher Verantwortung übernommen werden als Konsequenz der Umkehr.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8404 0

Ident.-Nr.: 437

Prinzipiell halte ich es für unverantwortbar, mit einem Atommüllendlager Tatsachen zu schaffen, die viele Generationen nach uns mit hohen Risiken belasten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 452

Die Langzeitsicherheit von SCHACHT KONRAD ist nicht erwiesen. Der Nachweis der Langzeitsicherheit ist das schwierigste Problem bei der Endlagerung radioaktiver Stoffe. Da bestimmte Stoffe, die bei der Atomenergie als Abfall entstehen, hunderttausende von Jahren strahlen, und da über solch lange Zeiträume eine Kontrolle der Endlagerstätte nicht sichergestellt werden kann, muß das Endlager so beschaffen sein, daß es von alleine die Radioaktivität von allem Lebendigen für alle Zeiten fernhält. Das Hauptproblem ist, daß Wasser radioaktive Stoffe aus der Endlagerstätte löst und über bestimmte geologische Pfade an die Erdoberfläche gelangen kann, um sich dort mit dem Grundwasser zu mischen. Dies geschieht nicht kurzfristig, aber trotzdem noch innerhalb der Zeiträume, in denen einige radioaktive Stoffe noch lange nicht ihre Strahlenwirkung verloren haben. Angesichts der Verantwortung für die nachfolgenden Generationen

- erscheint es moralisch nicht vertretbar, wenn unsere Generation ein solches Endlager errichtet;
- erscheint es nicht vertretbar, ein Endlager zu errichten, in das der Atommüll nicht rückholbar eingelagert wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3000 8404 8290

Ident.-Nr.: 469

Als Christin halte ich die Errichtung von Atomkraftwerken und daraus folgend auch alle damit verbundenen Einrichtungen für einen schweren Verstoß gegen die Göttliche Schöpfungsordnung. Meinem menschlichen und christlichen Gewissen folgend, bin ich verpflichtet, zur Umkehr aufzurufen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8404 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8404

Ident.-Nr.: 514

Ich halte es für unverantwortlich (KRIMINELL !!!), daß die radioaktive Verseuchung der Biosphäre bewußt in Kauf genommen wird, egal ob dieses in 2.000, 10.000 oder 100.000 Jahren der Fall sein wird. Das unumgängliche Austreten der Radioaktivität bedeutet eine akzeptierte Vergiftung allen zukünftigen Lebens.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3000 8404 0

Ident.-Nr.: 527

In gleicher Weise sehe ich die Gesundheit und das Leben künftiger Generationen, insbesondere von Kindern, vielleicht auch von - noch nicht geborenen - eigenen Kindern gefährdet. Dieses bezieht sich sowohl auf nicht auszuschließende Katastrophen während der Betriebszeit (z.B. Eindringen von großen Mengen Wasser in die Schachtanlage, Flugzeugabsturz, terroristische Anschläge ...) als auch - und besonders - auf die Gefahren nach Ende der Betriebszeit. So berücksichtigt die Sicherheitsanalyse der PTB lediglich die nächsten 10.000 Jahre, obwohl einige der radioaktiven, nicht rückholbar eingelagerten Stoffe weitaus länger strahlen werden. Aber selbst die in dieser Sicherheitsanalyse getroffenen geologischen Annahmen sind spekulativ. So kann auch für diesen Zeitraum nicht ausgeschlossen werden, daß sich radioaktive Stoffe mit dem Grundwasser mischen werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 2610 3110

Ident.-Nr.: 642

Mit meinem humanistischen Verständnis kann ich nicht vereinbaren, daß u n s e r e Probleme, die von Politikern mutwillig herbeigeführt wurden, k o m m e n d e n Generationen aufgebürdet werden sollen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 682

Vorsorglich erhebe ich auch Einspruch in Namen meiner Kinder, Enkel und zukünftige Generationen, die sich noch nicht selbst wehren können. Dieses Endlager belastet um eines kurzfristigen Energiegewinnswillen viele Generationen in den nächsten Jahrtausenden mit einem ungeheuren Bewachungsproblem und einer ständigen Sorge. Dies darf nicht sein und ich bestreite den heutigen Behörden das Recht dazu.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8404

Ident.-Nr.: 740

Wir fühlen uns in der Verantwortung, die wir gemeinsam als Volk tragen müssen, gegenüber den zukünftigen Generationen unseres Landes Niedersachsen, beeinträchtigt und gefährdet.
Wir sehen es als unsere Pflicht und Schuldigkeit an, durch unseren hier vorgebrachten Einspruch sowie die notwendigen Einwendungen, den kurzfristigen Interessen, die die Zukunft und Sicherheit von Generationen gefährden und mit Füßen treten, nämlich SCHACHT KONRAD als Endlager für Atommüll zu verplanen, entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen!
Es kann und darf nicht sein, daß durch die Macht in den Händen einiger weniger, denjenigen die Entscheidungen abgenommen werden sollen, die später mit den Konsequenzen leben müssen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 745

Können die Verantwortlichen allen Ernstes mit ruhigem Gewissen die nachfolgenden Generationen solch unvorhersehbaren Gefahren aussetzen oder handelt man hier nicht vielmehr nach dem Motto: "Nach mir die Sintflut?"

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 805

Wir dürfen nicht künftigen Generationen eine auf Jahrtausende extrem gefährlich bleibende Einrichtung vermachen, die die Folge unserer verfehlten Energiepolitik ist. In der gesamten Menschheitsgeschichte gibt es keinen vergleichbaren Fall. Spätere Generationen könnten Sinn und Zweck der geplanten Endlagerstätte nicht mehr kennen und leichtfertig die schützenden Erdschichten derselben verletzen und so die Radioaktivität freisetzen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 2730 8404

Ident.-Nr.: 981

Wir können nachfolgenden Generationen nicht einfach eine Bürde auferlegen, nur weil wir heute nicht bereit sind, konsequent neue Wege in der Energiepolitik zu beschreiten.
Der einzulagernde Atommüll strahlt teilweise bis zu 100 000 Jahren.

Voraussetzung für die Nutzung der Atomenergie ist eine gesicherte Endlagerung. Nur gibt es diese bis heute nicht!
Und sie ist bisher auch nicht in Sicht. Das bedeutet, daß vorerst ein

Texte zum Sachgebiet Nr. 8404

Konzept für den Ausstieg erstellt werden muß. Danach sind überlegungen für eine gesicherte Endlagerung anzustellen.

Die bisherigen Untersuchungsergebnisse und geplanten Verfahren zur Endlagerung sind nicht geeignet, um Gefahren für Mensch und Umwelt auszuschließen.

Die Unfallgefahren durch den Transport von Atommüll zu einer zentralen Lagerstätte, möglicherweise sogar europweit, sind einfach zu groß.

Zwar müssen wir den hochgefährlichen Müll, den wir bisher produziert haben, entsorgen. Aber das kann nur anhand eindeutiger, wirklich sicherer Grundlagen geschehen. Die Endlagerung in SCHACHT KONRAD ist aber derzeit noch immer mit einer Reihe von Fragezeichen behaftet. Die Vorgagen zur gesicherten Entsorgung des Atommülls dürfen nicht zu einer vorschnellen Entscheidung führen. Vielmehr bleibt eben weil es diese Entsorgung nicht gibt, nur die Konsequenz, aus der Atomenrgienutzung auszusteigen.

Ich bin nicht bereit, meinen Kindern sowie deren Nachkommen eine unbewohnbare Heimat zu hinterlassen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8404 0

Ident.-Nr.: 1097

"Die Erde ist des Herrn und was darinnen wohnt, der Erdkreis und die darauf wohnen."(Psalm 24.1)
"Himmel und Erde sind dein, du hast sie gegründet, den Erdkreis und was darinnen wohnt." (Psalm 89,12)

Diese biblische Sicht der Welt bezeugen wir, wenn wir den dreieinigen Gott als den "Schöpfer des Himmels und der Erde" in unseren Gottes diensten bekennnen. Dieses Bekenntnis verpflichtet uns,treue Haushälter über Gottes Eigentum zu sein, sorgsam mit seiner Schöpfung umzugehen und verantwortlich dazu beizutragen, daß der "Erdkreis und die darauf wohnen" fortbestehen und erhalten werden.
Die Kirchenvorstände Ev.-lith. Kirchengemeinden erheben im Bekenntnis zu dem dreieinigen Gott und in ihrer Verantwortung für die anvertrauten Gemeindeglieder und dem Kircheneigenen Eigentum gegen das Vorhaben des Bundesamtes für Strahlenschutz, ein Endlager für radioaktive Abfälle in Salzgitter im ehemaligen Eisenbergwerk `SCHACHT KONRAD` (Aktenzeichen: 405- 40326/ 03-5/1)folgende

EINWENDUNGEN:

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8404

Ident.-Nr.: 1192

Ethische Aspekte haben bei juristischen, physikalischen und naturwissenschaftlichen Gutachten keine Chance beachtet zu werden, da sie zu wenig "greifbar" sind, meist als emotional, subjektiv und damit als nicht berechtigt abgetan werden.
Mein letztes Einwendungsargument ist ethischer Art:
- Die Einlagerung von Atommüll in Konrad verstößt gegen die uns allen gemeinsame Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung.
  Unsere natürlichen Ressourcen werden noch mehr bedroht als sie es längst schon sind: saubere, klare Luft, sauberes Trink- und Grundwasser sind nicht mehr garantiert.
  Die Atomtechnologie ist eine Technologie, der wir als Menschen nicht gewachsen sind, weder mit unseren Sinnen (unsere Sinnesorgane können radioaktive Strahlung nicht wahrnehmen) noch mit unserem Intellekt (Störfälle und menschl. Versagen entziehen sich der absoluten Kontrolle).
- Meine Einwendungen gegen die Einlagerung von Atommüll in SCHACHT KONRAD ist neben sachlichen Argumenten auch emotionaler Art:
  Die permanente Angst vor Bedrohungen meines Lebens und das meiner Familie durch mögliche Störfälle stellt einen erheblichen permanenten Streßfaktor dar, der mich psychisch beeinträchtigt und gegen den ich "machtlos" bin.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 1195

Die Handhabung des geplanten Endlagers für radioaktiven Müll setzt eine im letzten vollkommen funktionierende Technik und eine fehlerfreie Bedienung dieser Technik voraus. Diese Erfordernis der Vollkommenheit ist zutiefst unmenschlich und menschenfeindlich - es zerstört den Zusammenhang von Fehler und Einsicht, Schuld und Vergebung, Sünde und Buße: Ein Lernen aus Fehlern wird nicht mehr möglich sein.
Die Planung des Endlagers für radioaktiven Müll beansprucht faktisch die Endgültigkeit heutiger wissenschaftlicher Erkenntnisse. Künftige Generationen sind ohne Rücksicht auf ihre möglichen Erkenntnisse und Forschungsergebnisse unzulässig festgelegt und müssen die unvorstellbar weitreichenden Konsequenzen unserer Entscheidung tragen. So rücksichtslos über die natürlichen und kulturellen Lebensbedürfnisse späterer Generationen hinwegzugehen, zerstört die Solidargemeinschaft der Generationen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 2540 0

Ident.-Nr.: 1210

Das geplante Atommüllendlager stellt durch die Möglichkeit von Stör- und Unfällen nicht nur eine Gefährdung für Menschen, sondern für alles Lebendige dar.
Dies widerspricht meiner ethischen und religiösen Auffassung von

Texte zum Sachgebiet Nr. 8404

der Verantwortung des Menschen für die Natur.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 1493

Womit wohl die Zweifel - auch an den besten Sicherheitsberichten gerecht fertigt sind. Zu den vielen schwerwiegenden Einwendungen, die Ihnen zugegangen sind, zählen auch die zu befürchtenden Genschäden! Wir begehen also Körperverletzung an unseren Nachkommen: - wenn wir die selbstzerstprerischen Praktiken unserer Zivilisation - als gegeben hinnehmen!
Natürlich sind es nicht nur die Strahlenbelastungen - sondern auch verschiedene andere Einflüsse unseres fragewürdigen Fortschrittes -
Es kann wohl leider kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die biologische Existenz aller Lebewesen unserer Erde bedroht ist!
Ein Zurück zur Natur gibt freilich nicht:-wohl aber die Möglichkeit behutsamen Umganges mit den Geschenken der Natur: wenn wir nicht bald am Ende sein wollen. Denn unsere enorme Energieverschwendung ist Frevel erwachsen aus Gleichgültigkeit und Rücksichtlosem Anspruchsdenken -: wohl oft unter dem Motte: "Nach uns-! die Sintflut!"
Es gibt noch viele unerschlossene Energiequellen deren Reichtum - ohne Entsorgungsprobleme- uns nutzbar zu machen wir verpflichtet sind ! -- um der lebensbedrohenden Gefahr strahlenden Abfalls zu begegnen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 8100 0

Ident.-Nr.: 1516

Auch aus kirchlichen Kreisen werden Bedenken dagegen geäußert, eine solch riesige Endlagerung strahlenden Materials späteren Generationen zu hinterlassen. Insbesondere Landwirte denken in Generationen was ihre Höfe anbelangt und teilen daher die kirchlichen Bedenken.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 1526

Aber es geht ja nicht nur um die Gefährdung der Menschen!
Woher nehmen wir Menschen eigentlich das Recht, über jede Pflanze, jedes Tier, die sich in Jahrmillionen entwickelt haben, zu bestimmen? Die Natur war, bis der Mensch merklich in sie eingriff, ein faszinierendes und vor allem funktionierendes System. Was mehrere Jahrmillionen brauchte, um aufgebaut zu werden und sich zu entwickeln, wird von "der Krone der Schöpfung" flugs in wenigen Jahrzehnten zerstört oder gefährdet. Der Atomindustrie ein (Alibi-)Vorzeige-Endlager zu schaffen, bedeutet einen weiteren Riesenschritt in Richtung Gefährdung und Zerstörung. Es wird langsam Zeit, daß der Mensch, bes. in den Industrienationen, nicht länger die Natur ausbeutet und gefährdet, sondern mit ihr lebt und sie erhält. Es ist sehr kurzsichtig, die Natur außer acht zu lassen. Ohne sie können nicht nur wir, sondern auch unsere Nachkommen und alle, die nicht an der ursprünglichen Zerstörung beteiligt waren, nicht mehr

Texte zum Sachgebiet Nr. 8404

leben!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 1545

Mein Auftrag als Erzieherin in einem christlichen Kindergarten, Kinder bewußt zu erziehen, heißt auch ihnen die ständige Gefahr durch das Atommüllendlager darzulegen.
Kinder, die mit dieser ständigen Bedrohung leben müssen, sind in ihrer freien Entwicklung eingeschränkt. Spielen im Freien, Spielen an Wasserläufen, Essen von Früchten wird nur noch unter einem hohen Sicherheitsrisiko möglich sein.
Kennenlernen und Bewahren der Schöpfung wird dann ungestört nur in Schutzbereichen möglich sein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 1500 0

Ident.-Nr.: 1794

All die vorhergehenden Einwendungen erhebe ich ausdrücklich auch im Namen meiner Kinder und folgender Generationen. Auf gleiche Weise, wie Jugendliche heute ihre Eltern und Großeltern nach deren Rolle im Dritten Reich befragen (und Passivität als Mittäterschaft anprangern), kann ich mir gut vorstellen, daß uns unsere Kinder in einem halben Jahrhundert peinlich nach unserem heutigen Engagement gegen drohende Umweltgefahren, die nachfolgenden Generationen das (Über-)Leben schwermachen, befragen werden. Ich kann es nicht zuletzt auch daher nicht mit meinem Gewissen vereinbaren, widerstandslos zuzusehen, wie heutige Generationen für kurzfristigen Wohlstand und Energieüberfluß nachfolgenden Generationen irreversible Hypotheken unüberschaubarer Dimensionen hinterlassen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 1814

Ein Grundrecht, nachfolgenden Generationen eine gesunde Welt hinterlassen zu können, ist zwar im Grundgesetz nicht ausdrücklich definiert. Ich fühle mich aber aus moralisch - ethischen Gründen dazu verpflichtet, nachfolgenden Generationen ein gesundes Leben zu ermöglichen. Damit fordere ich das Recht ein, einer solchen Gewissensentscheidung entsprechend handeln zu können.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8404

Ident.-Nr.: 1821

Angesichts der aufgeführten Punkte sowie der vorhandenen Tatsachen ist es unverantwortlich, ja menschenverachtend Atommüll zu produzieren, ohne sich vorher Gedanken darüber zu machen, wie gehe ich mit den Abfällen um. Es ist grotesk, daß ich meinen Kindern erkläre, wie schädlich Plastik ist, wie sie beitragen sollen die Umwelt zu schonen und zu schützen andererseits im Namen des Wirtschaftsimperiums, Gier nach Macht und Geld unsere Erde zerstört wird als quetsche man eben mal eine Tomate aus. Die Verantwortlichen scheinen zu vergessen, was im Mittelpunkt all dessen steht: der Mensch. Seine Rechte und Würde sind zu respektieren. Ebenso die Erde, die uns nicht gehört. Die einige glauben zerstören zu können, um ihres Profits.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8200 8404 8104

Ident.-Nr.: 1828

Eine positive Entscheidung über den Transport und die Einlagerung radioaktiver Abfälle auf dieser - nur in Auszügen festgestellten - Grundlage verstößt nicht nur gegen die für uns, unsere Nachkommen und u. a. für die mehreren tausend Arbeitnehmer im engsten Einlagerungsgebiet, im Gundgesetz verankerten Rechte auf Leben, Gesundheit, Eigentum etc. sondern stellt auch die, nach unserem christlichen Verständnis, auch von Politikern und Gesellschaft für die Schöpfung zu tragende Verantwortung auf den Kopf.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8404 0

Ident.-Nr.: 1829

Es gibt nichts, was ich lebensfeindlicher, menschenverachtender und verantwortungsloser empfinde, als die Überlassung von radioaktivem Müll an die nachfolgenden Generationen. Für einen nur wenige Generationen langen Nutzen aus der Atomenergie wird über eine zwanzigtausend Generationen lang erforderliche Müllbewachung und -verwahrung unwiderruflich verfügt.
Atommüllentsorgung wird somit zur ewigen Sorge. Für Zeiträume, wie sie hier zur Diskussion stehen, kann und darf keine Verantwortung übernommen werden. Der Mensch ist fehlbar, was aber im Umgang mit der Atomenergie geleugnet wird. Wenn Menschen sich anmaßen, für immer fehlerlos handeln zu können, ist das in meinen Augen eine egoistische Selbstüberschätzung, in der Nächstenliebe und Achtung vor dem Leben keinen Platz mehr finden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8404

Ident.-Nr.: 1855

Wir, die Bundes-Republik-Deutschland, als Demokratie, sollten nicht solch menschenverachtenden Umgang mit weltgefährdenden Stoffen wie die UDSSR pflegen, wo seit Menschengedenken das Leben wie Hundekot geachtet wurde.
Wir verfügen nicht über die Weite des Raumes wie die UDSSR, die im Katastrophenfall riesige Gebietsteile für tausende von Jahren unter Quarantäne stellen kann und noch zu rettende Menschen auf die Weite umzuverteilen. Dazu sind wir zu eng, gemessen an deren Verhältnissen, besiedelt.
Selbst eine öffentliche Entschuldigung verantwortlich Zeichnender hilft im Fall der Katastrophe im Elend dahinsiechenden verstrahlten Personen nicht wieder zu Regeneration, sondern zum sichenen qualvollen Tod.
Zusammenfassung: Es ist, aus welcher Perspekive auch immer betrachtet, nicht verantwortbar, im Ballungsgebiet "SCHACHT KONRAD", ein Atommüll-lager betreiben zu wollen.
Nur Dilletanten und Ignoranten können als Befürworter auftreten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 1200 0

Ident.-Nr.: 1876

Wir leben in Braunschweig ohne Zweifel in einer industriell und radioaktiv vorbelasteten Gegend. Steigende Lebenserwartung und verbesserter Gesundheitszustand in den westlichen Ländern gehen von der Generation unserer Eltern aus. Weder für jetzt 30jährige, noch für Kinder oder gar für kommende Generationen lassen sich aufgrund zunehmender Umweltbelastung und veränderter Lebensgewohnheiten positive Trends verläßlich ableiten. Vor diesem Hintergrund erhält auch die Entscheidung gegen oder für SCHACHT KONRAD ein ganz anderes Gewicht. Sie ist zu sehen als Teil einer Gesamtbelastung für zukünftige Menschen, die in ihrer politischen, ökologischen und individuell gesundheitlichen Situation unser Erbe zu tragen haben werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 1912

Ich erinnere an die Wassereinbrüche, die in den umliegenden Schächten von Grube Konrad sich ereigneten. Ich denke dabei an ASSE I, Hedwigsburg bei Wolfenbüttel, Vienenburg. Erwähnen möchte ich Ronnenberg bei Hannover. Am 08.08.1975 schreibt die "Zeit": "Der Landkreis Hannover half seiner Gemeinde Ronnenberg mit einer Summe 800.000 Mark. Ein zusätzlicher Scheck über 50.000 Mark ist von einem Landkreis unterschrieben, der sich den Ronnenbergern besonders verbunden fühlt: Wolfenbüttel, in dessen ehemaligen Salzgrubenberg in

Texte zum Sachgebiet Nr. 8404

der ASSE heute Atommüll lagert, plädierte damit für die Einrichtung eines ständigen Hilfsfonds für ähnliche Katastrophen." Auch Sie sind von mir gewarnt, bilden Sie einen Hilfsfond, wenn "ähnliche Katastrophen" Wassereinbrüche geschehen, wie hier angegeben. Auch Sie sind vor solchen Katastrophen nicht geschützt. Wir alle leiden unter der Freigabe der Radioaktivität an die Erde, die Luft und das Wasser, doch bedenken Sie, wenn Sie die Grube Konrad genehmigen, Sie allein tragen die Verantwortung für die nachfolgenden Generationen nicht nur in Deutschland sondern für Europa.ä

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8500 8404 0

Ident.-Nr.: 2539

Zuletzt wende ich ein im Namen der übrigen Lebewesen der Umgebung, die nicht der Gattung Mensch angehören und daher nicht selbst einwenden können.
Ich wende ein gegen den Imperialismus der Regierung gegenüber der Natur. So warnt der Zukunftsforscher Prof. Dr. Robert Jungk mit Recht: "Die Erde ist doch kein Betonblock, sondern etwas Lebendiges. Wenn man Gifte in sie versenkt, dann vergiftet man die Erde ." ... und nimmt uns allen damit jegliche Existenzgrundlage.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 2400 0

Ident.-Nr.: 2711

Mit dem Projekt wird die Gesellschaft unserer Kinder und Kindeskinder eine unerträglich schwere Last aufgebürdet.
Der Plan legt alle kommenden Gesellschaften fest. Sie werden verpflichtet zu Fortsetzung, zu lückenlosen und teuren Sicherheitsmaßnahmen. Einmal begonnen, kann das Projekt nicht mehr gestoppt oder gar rückgägngig gemacht werden. "In alle Ewigkeit" müßte die hochgefährliche Anlage bewacht werden, nicht nur gegen Erdbewegungen, Wassereinbruch und dgl., sondern auch gegen Krieg, Verbrechen und andere menschliche Handlungsweisen. Wie woll man garantieren, daß die Anlage nach der vierzigjährigen Einlagerungszeit wirklich verschlossen und versiegelt wird?
Sowohl in der Einlagerungszeit wie auch danach wäre es notwendig, sehr viele Menschen aus Sicherheitsgründen zu überwachen, also demokratische Freiheit einzuschränken. Unsere Gesellschaft war nicht einmal in den letzten 70 Jahren, seit sie sich eine freiheitliche Ordnung gab, in der Lage, diese zu bewahren.
Nicht nur Gesundheit und Leben sondern auch Freiheit und Demokratie werden durch das Projekt für die Nachkommen gefährdet.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8900 8404 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8404

Ident.-Nr.: 2711

Kulturelle und politische Lebensbedürfnisse kommender Generationen werden damit übergangen oder mißachtet. Rücksichtslos wird auf Kosten der nachfolgenden Generationen gehandelt. Treu und Glauben werden tief verletzt. Wertvorstellungen und Überzeugungen, aufgrund derer nicht nur die Völker sondern auch die Generationen zum Frieden und zur Solidarität finden können, verlieren dadurch ihre Geltung. Der Generationsvertrag wird mehr und mehr unglaubwürdig oder gar aufgekündigt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 3124

Die geplante Errichtung des Atommüllendlagers beeinträchtigt und bedroht meine Persönlichkeitsrechte, was Grundrechtsrang hat.
Meine Entscheidungsfreiheit wird eingeschränkt: Die zu erwartenden Einwirkungen auf meinen Organismus und seine Zellen durch die Strahlenbelastung bergen die Gefahr der Bildung defekter Chromosomen in der nächsten Generation.
Die Angst kranke und geschädigte Kinder in die Welt zu setzten, kann meine Entscheidungsfreiheit und die meiner bisherigen Kinder für oder gegen eine Elternschaft beeinträchtigen.
Ich selbst habe während der Schwangerschaft mit meinem zweiten Kind das Reaktorunglück in Tschernobyl miterlebt. Die Ängste und Stimmungen in dieser Zeit kann nur eine Mutter nachvollziehen, die die gleiche Situation miterleben mußte.
Tschernobyl liegt in einer großen Entfernung von unserem Wohnort. SCHACHT KONRAD nur etwa 25 km!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8404 0

Ident.-Nr.: 3154

Meine einzigen Verwandten leben in Vechelde (Bahnübergang) und in Salzgitter-Heerte. Durch die Inbetriebnahme des Endlagers Schacht Konrad sehe ich somit die Existenz meiner gesamten Familie bedroht und gefährdet. In meiner Freizeit engagiere ich mich in der evang. Jugend und bin somit ständig im Bereich der Porpstei Vechelde und der Landeskirche Braunschweig unterwegs. Als Christin kann ich der geplanten Gefährdung Gottes Schöpfung nicht zustimmen. Jugendliche und Kinder sind durch diese unverantwortliche Planung der "Erwachsenen" verunsichert. Auch dadurch erschwert sich meine ehrenamtliche Tätigkeit mit dieser Zielgruppe (da ich Diakonin werden möchte, dann entsprechend auf meine berufliche Tätigkeit). Ich fühle mich als ehrenamtliche Mitarbeiterin und Kurchenvrsteherin nicht nur für die Kinder und Jugendlichen, sondern für alle Menschen in meinem Wirkungsbereich mitverantwortlich. Die meißten meiner Freundinnen wohnen im Raum Vechelde/Braunschweig und sind somit ebenfalls gefährdet. Auf dem Bahnhof in Braunschweig werden die zulässigen Werte der Strahlenschutzverordnung beim rangieren überschritten. Dies ist un-

zulässig und gefährdet die Gesundheit aller sich in der Nähe befindenden Personen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 8340 0

Ident.-Nr.: 3166

Sehr entschieden muß der Rechtsauffassung auf S. 14 entgegen getreten werden. Die Landesregierung darf diese keineswegs akzeptieren, wonach die Atomwirtschaft sich anmaßt, daß sie frei über die Zukunft verfügen darf, daß sie sich also die Recht unserer Nachkommen aneignen darf, indem sie behauptet, daß es einen Zeitpunkt gäbe, ab welchem langzeitliche Folgeschäden nicht mehr beachtet werden müssen. Damit will die Atomwirtschaft sich der Verantwortung für die leichtfertig produzierten langlebigen Radionuklide entledigen. Das darf die Landesregierung nicht dulden.
Hier ist eine Tendenz erkennbar, welche bereits der Atomanwalt Fischerhof, damals noch vor den VG Oldenburg, für Esensham, propagierte, indem er uns Bürgern jegliche Klagebefugnis gegen die Schädigung unserer Nachkommen bestritten. Weil die Langzeitfolgen der Atomspaltung eine sehr gravierende Belastung der Menschheit sind, zumal sie sich laufend kommulieren, ist eine Tendenz vorhanden, uns Bürgern hier jedes Einspracherecht, für die Rechte unserer Nachkommen, zu rauben. Die Methoden mit denen dasnicht nur versucht wird, sondern bereits weitgehend praktiziert wird, können hier nicht näher erörtert werden. Tatsache ist, daß die Atomwirtschaft uns Bürgern, genau gesagt dem ganzen Volk die Zukunft enteignen will, weil ihre langlebigen radioaktiven "Abfälle", d. h. Gifte, langsam aber sicher unseren Lebensraum vergiften, als eine billige Atommülldeponie.
Wir müssen hier sehr hart nein sagen, sonst werden im Laufe der Zeit irreparable Zustände geschaffen. Die Zukunft in diesem unseren Land gehört alleine dem Volk, als dem alleinigen legalen Träger der Staatsgewalt. Dieses Volk ist gegliedert und verflochten in seinen Familien. Die Familien sind die Geschlechterketten von den Ahnen hin zu den fernsten Urenkeln. Diese Familien haben einen Grundrechtsanspruch auf den besonderen Schutz durch die Staatsgewalt. Alle jene Grundrechte, welche die Familie schützen, dürfen nicht stillschweigend von der Atomwirtschaft geschädigt werden, oder rechtswidrig aber faktisch enteignet werden.
In aller erster Linie gilt hier das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Zu dieser gehört zeifellos auch die genetische Gesundheit des Einzelnen und der Familie, mithin des Volkes. Auch die zahllosen regressiven Erbschäden, auch wenn sie z. Z. individuell nicht nachweisbar sind, sondern erst in einigen Generationen explosiv sich manifestieren werden, sind Schädigungen an unserem Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit. Die wissenschaftlich erhärtete Tatsache, daß sie durch radioaktive Strahler ausgelöst werden können, verpflichtet die Genehmigungsbehörde, als Vorsorge gegen Schäden nach §7(2) 3. AtG, dieses nicht zu erlauben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 1500 8100

Texte zum Sachgebiet Nr. 8404

Ident.-Nr.: 3168

Außerdem ist es mit meinen ethischen Grundsätzen unvereinbar, wenn das Leben meiner Mitmenschen durch eine radioaktive Verseuchung in Norddeutschland gefährdet wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 2500 0

Ident.-Nr.: 3169

Auch nach der geplanten Betriebszeit von Schacht Konrad bestehen weiter Gesundheitsgefahren, solange der eingelagerte Atommüll strahlt. So liegt die Halbwertszeit des hochradiotoxischen Plutonium-239 bei 24110 Jahren. Das heißt, daß nach dieser Zeit immer noch die Hälfte des Materials - und damit der giftigen Strahlung - vorhanden ist. Durch die Langlebigkeit von eingelagerten radioaktiven Stoffen bzw. deren Zerfallsprodukten von teilweise bis zu 4 Mrd. Jahren besteht für alles Leben über einen unüberschaubaren Zeitraum hinweg eine Gefahr. Mit der sog. Langzeitsicherheitsanalyse wird nichts anderes versucht, als den Weg eines Radionuklids aus dem "Endlager" bis hin zum Menschen auszurechnen und mit Hilfe eines mathematischen Modells zu erklären.
Dieser Versuch, die Natur zu berechnen und die Erde untertan zu machen, istm. E. zurückzuführen auf das heute noch anerkannte kartesianische Werltbild, das den Schöpfungsauftrag, die Schöpfung zu bebauen und zu bewahren (1. Mose 2) merkwürdigerweise unbeachtet bleiben läßt.
Ein anderes Beispiel für die unüberschaubare Komplexität von Vorgängen in der Natur, die für uns lebenswichtig sind, in die wir dennoch störend einwirken, ist das Wetter. Trotz unzähliger, weltumspannender Meßstationen, Satelitenphotos, Computer-Rechnungen und jahrzehntelanger Erfahrungen können unsere Experten den Wetterverlauf nicht einmal für 24 Stunden zuverlässig voraussagen. Die einwirkenden Faktoren sind einfach zu zahlreich, die Wechselwirkungen zu vielschichtung. Dies gilt erst recht für das längerfristige und großräumige Klima. - Ob sich nun also die äußerst komplexen geologischen und hydrologischen Verhältnisse in "wirklichkeitsnahe mathematische Modelle" packen lassen, ist mehr als fraglich.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3000 8404 3150

Ident.-Nr.: 3170

Weil erhebliche Beeinträchtigungen für die Allgemeinheit dieser Region, der auch ich und meine Familie angehören, in ihren unveräußerlichen Rechten zu erkennen sind, liegen meines Erachtens die Voraussetzungen für die Genehmigung des Endlagers nicht vor.
Sollte es zu einer Lagerung kommen, ist eine spätere Korrektur nicht mehr möglich. So komme ich zu dem Schluß, daß das Problem der Ent-

sorgung gegenwärtig unlösbar ist. Es darf nicht sein, daß unter Zeitdruck eine so wichtige Frage entschieden wird. Es bedarf noch weiterer Forschung, die am wenigsten schädliche Methode zu finden. Das sog. "Restrisiko" ist nicht vertretbar. Es ist auch neben allen technischen Fragen mehr eine Frage des Gewissens. Hat der Gesetzgeber die mit der Endlagerung verbundenen raumordnerischen, strahlenbiologischen und ethischen Probleme abschließend bedacht? Es geht nicht um technische Probleme sondern um Menschen aus Fleisch und Blut.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2600 8404 8293

Ident.-Nr.: 3179

Es ist unverantwortlich unseren Nachkommen eine solche Erblast zu hinterlassen.
Wer kann garantieren, daß der Atommüll in den nächsten Jahrtausenden so von der Biosphäre ferngehalten weir, daß keine Beeinträchtigung entsteht?
Es ist nicht zu gewährleisten, daß kommende Generationen in der Lage sind fachgerecht mit dem Atommüll umzugehen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 3000 0

Ident.-Nr.: 3186

Das erste Gebot lautet:
Ich bin der Herr, dein Gott. Du sollst nicht andere Götter haben neben mir. Du sollst dir kein Bildnis noch irgend ein Gleichnis machen, weder des, das oben im Himmel, noch des, das unten auf Erden, oder des, das im Wasser unter der Erde ist. Bete sie nicht an und diene ihnen nicht.
Wir als Christen dürfen keinem anderen Gott dienen. Der radioaktive Müll kann zu einem Gott werden, da er Jahrhunderttausende lang Achtung verlangt und Opfer fordert. Das Endlager muß abgesichert und bewacht werden, die Stätte der Einlagerung darf niemals in Vergessenheit geraten. Dies ist nicht gewährleistet. Kommende Generationen können aus Unwissenheit zu Opfern des Gottes Atommüll werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 3186

Das vierte Gebot lautet:
Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren, auf daß dirs wohlgehe und du lange lebest auf Erden.
Als zukünftige Eltern haben wir Verantwortung für Gottes Schöpfung auch für die Zukunft wahrzuhehmen. Die Zeiträume, für die in der Langzeitsicherheitsanalyse Prognosen aufgestellt werden, sind unüber-

schaubar und es ist unverantwortbar, derartig weitreichende Vorhersagen zu treffen.
Transport und Endlagerung radioaktiven Mülls erfordert eine fehlerfreie Technik und auch ein fehlerlos handelnden Menschen. Der Mensch (und seine Technik) ist aber nicht unfehlbar. Es gehört zum Wesen eines Menschen, wie ihn Gott geschaffen hat, daß er Fehler machen und versagen darf. Die Erkenntnis eines Irrtums führt ihn zur Einsicht, zur Umkehr. Gott wird ihm seine Schuld vergeben. Beim Umgang mit radioaktiven Materialien, insbesondere bei der Endlagerung, sollen jedoch unveräderbare Tatsachen geschaffen werden, die - selbst wenn sie noch von unserer Generation als Fehler begriffen werden - nicht mehr zu korrigieren sind, da eine Rückholbarkeit der Abfälle nicht vorgesehen ist. Wir dürfen unseren Kindern keine Lasten aufbürden, die sie weder geschaffen noch zu verantworten haben, mit deren Auswirkungen und Gefahren sie aber werden leben müssen. Dies ist der Auftrag, den und das vierte Gebot erteilt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 3000 3190

Ident.-Nr.: 3195

Die Welt ist nicht Eigentum der Regierung, sondern Gottes Eigentum. Ih könnte ein Buch über die Zumutungen dieser Regierung schreiben, will aber mit der Hoffnung enden, daß sie demnächst nicht mehr am Ruder sitzt. Es wäre das beste, was uns geschehen kann.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 3225

Ich war bei Kriegsende 20 Jahre alt, hatte eine schöne Jugend in sauberer Luft. Leider konnte ich mich nicht wehren gegen den sinnlosen Krieg. Ich habe viele junge Freunde durch dieses Morden verloren, sollen wir nun durch diese sinnlose Radioaktivität zugrunde gehen??? Besonders denke ich an die Jugend, die damit leben muß. Ich möchte später nicht den Vorwurf hören, der unseren Eltern gemacht wurde, nichts gegen die Zerstörung des Lebens getan zu haben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 5026

Der Betrieb der Endlageranlage untergräbt nicht nur den Schutz meiner Person durch die Grundrechte, sondern zerstört auch meine ethischen Grundwerte. Der Schutz von Menschen und Natur und das Recht auf Leben als oberstes Wertprinzip vertragen keine Einschränkungen und Relativierungen durch angebliche "zumutbare" Lasten und durch Restrisiken, vor allem dann, wenn sie nicht hinreichend bekannt und abschätzbar sind.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8404

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8404 0

Ident.-Nr.: 5063

Die zur Zeit lebenden Generationen haben die Verpflichung, die Erde so zu behandeln, daß sie für nachfolgende Generationen lebenswert erhalten bleibt. Wenn ich das Vorhaben der Einlagerung unter disen Gesichtspunkten betrachte, muß ich das Vorhaben als einen verbrecherischen Akt gegen die Menschen, die Natur und alle Lebewesen betrachten.
Begründung: Die Betreiber haben die Absicht, tausende Tonnen hochgiftiger Stoffe einzulagern, ohne heute schon ein sicheres Mittel zu kennen, die vorhandenen Verbindungswege zwischen Einlagerungsstätte und Außenwelt zu versiegeln oder zu verschließen.
Man wiederholt denselben verhängnisvollen Fehler wie bei der Erstellung der Atomkraftwerke, wo man wußte, daß Abfallstoffe von höchster Brisanz anfallen und eine Lösung für ihre Beseitigung nicht vorhanden war und noch nicht ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8900 8404 0

Ident.-Nr.: 5414

Die mit der Einlagerung radioaktiver Stoffe in diesem Fall verbundene Ungewissenhaftigkeit kann ich nicht mit meiner Auffassung von Christentum in Einklang bringen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 5419

Für mich ist es aus christlicher und weltlicher Sicht nicht machbar, daß radioaktive Abfälle für alle Zeiten das Leben der nachfolgenden Generationen belasten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 5717

Auch ethisch ist es nicht vertretbar, mit dem Argument, auf diese Weise unseren Lebensstandard erhalten zu müssen, uns selbst, unser Leben und unsere Umwelt aufs Spiel zu setzen und künftige Generationen vor Probleme zu stellen, denen wir uns nicht gewachsen sehen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8404

Ident.-Nr.: 6257

Die Langzeitfogen der Einlagerung in Schacht Konrad bedeutet für die zukünftigen Generationen eine nicht einlaßbare Hypothek. In keinerlei Kulturgesellschaft ist es bisher üblich gewesen, daß nicht geleistete Gesellschaftaufgaben den Folgegenerationen als Hypothek auf ihre Schultern gelegt werden. Da bisher die Atomgesellschaft und Technologie sich nicht in der Lage sah, eine ausreichend befriedigte technologische Lösung für die Verarbeitung bzw. für den Betrieb von Anlagen ohne Reststoffe herzustellen, ist es ein Wunschdenken, das nicht mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit übereinstimmt, wenn hier meinen Enkelkindern und Ur-Ur-Enkelkindern diese Aufgabe mit in die Wiege gelegt wird. Aus diesem kulturellen Grunde, der ethisch nicht mit meiner Weltauffassung vereinbar ist, lehne ich diese Einlagerung ab.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 7440

Aller vorgelegten geologischen Gutachten zum Trotz halte ich auch von diesem Standpunkt aus ein Endlager für radioaktive Abfälle in der SCHACH ANLAGE KONRAD für unverantwortlich. Ich bin kein Geologen, weiß jedoch, daß es sich bei dem Vorgängen in den Gesteinsschichten der Erdkruste um ein komplexes System, ähnlich den Vorgängen der Wetterbildung in der Atmosphäre, handelt. Die sichtbaren Ereignisse werden in solchen Systeme von unzähligen Faktoren, die nicht nur das Ereignis, sondern auch sich selbst untereinander, beeinflussen, bestimmt. Ein solches System ist so sensibel, daß bereits das Fallen eines Steines eine Katastrophe verhindern, aber auch auslösen kann. Wie schwer solche Systeme zu berechnen si merken wir oft genug dann, wenn die Wettervorhersage einmal mehr nicht zutrifft. Eine Vorhersage über Zeiträume, mit denen beim Abklingen radioaktiver Abfälle gerechnet werden muß, ist vollkommen unmöglich. Selbs wenn ein Wissenschaftler eine Sicherheitsgarantie über einen solchen Zeitraum gibt, hilft diese den zukünftigen Generationen nicht, im Falle eines Versagens des Lagers mit den Folgen fertigzuwerden; denn die zu einer Garantie gehörednen Leistungen können sie von unserer Generation nicht mehr erwarten. Wohin eine Mentalität, die meint, wenn der Müll außer Sichtweite ist, ist er nicht mehr das Problem des Verursachers, führt, merken wir zur Zeit gerade an dem wachsenden Hausmüllnotstand. Auch hier hat die vorhergehende Generation auf Kosten der folgenden gelebt. Daraus sollten wir im Interesse unserer Nachfahren lernen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3000 8900 8404

Texte zum Sachgebiet Nr. 8404

Ident.-Nr.: 7461

Eine Entscheidung für die Endlagerung in Konrad würde eine Entscheidung mehrere hundert folgende Generationen sein. Die Last dieser Entscheidung kann kein rational denkender Mensch tragen, ich selbst bin nicht bereit, sie unwidersprochen hinzunehmen. Wie gefährlich die Einlagerung für künftige Generationen werden kann, zeigt sich daran, daß schon heute niemand den möglichen Austritt radioaktiver Materialien feststellen könn weil absichernde Meßeinrichtungen nicht vorgesehen sind. Auch muß bei ei Einlagerung, die so wie geplant vonstatten geht, das Material so eingela gert werden, den Müll gegebenenfalls wieder aus dem Schacht zu entfernen Mit der Einlagerung bürden wir unseren Nachkommen Altlasten auf, die die Altlasten, die in unseren Tagen an die Oberfläche kommen, lächerlich geringfügig erscheinen lassen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 7480

Ich frage mich, ob ich später, wenn ich erwachsen bin, für die Rente der heutigen Erwachsenen arbeiten möchte, wenn sie mir jetzt eine gesunde Entwicklung durch eine Entscheidung für Schacht Konrad verwehren wollen.
Außerdem beobachte ich sehr gerne die Tiere und Pflanzen in unserem Garten, bei uns leben wild Igel, Wiesel, Heuschrecken und Klatschmohn. Ich möchte, daß auch sie einen gesunden Lebensraum behalten. Dieser würde durch Schacht Konrad gefährdet werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 2400 0

Ident.-Nr.: 8690

Ich wende ein, daß die Betreiber der Endlagerung sich selbst nicht traue und abhängig machen wollen. Ich zweifle , daß es darum geht, mein Vertrauen zu gewinnen. Ein Mensch, der will, daß ich ihm vertraue, gibt mir die Möglichkeit, ihn zu erfahren. Z. B. ein Umweltminister, der ebenso blind für seine Wirk-lich-keit ist wie für seine Wirkung auf mich kann in meinen Augen nur zweifelhafte Entscheidungen treffen.
Die Tatsache, daß seine Partei gewählt wurde, muß nicht zugleich bedeute daß er das Vertrauen der Menschen des Lands genießt. Ich bezweifle dies vor allem in besagtem Fall=SCHACHT KONRAD.
Außerdem fällt es offensichtlich Wissenschaftlern auch bei guter Ausbil-

dung schwer, in einer Bundesanstalt z. B: des PTB kritisch mit den eigenen Fähigkeiten, und mit Bundesauftragen umzugehen, so daß eher die Gefährdung von Land u. Menschen in Kauf genommen wird, als daß offen zu Fehlern bekannt oder gegen derartige Aufträge an diskutiert wird.
Es gibt weder völliges Vertrauen zwischen "Energieversorgern" und "Energieverbrauchern", noch zwischen dem Bundesumweltministerium und dem niedersächsischen Umweltministerium und auch kein Vertrauen innerhalb der Atomlobby. Ohne dieses Vertrauen aber ist die mir verheißene Sicherheit nicht denkbar. Durch den Verlust meines Vertrauens werden meine Sorgen bedingt. Eine Steigerung technischen Fortschritts steigert also direkt meine Sorgen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1200 1000 8404

Ident.-Nr.: 8835

"Menschen machen Fehler, das liegt in ihrer Natur". - Wie also soll der reibungslose Betrieb des Endlagers garantiert sein? Wer seinen gesunden Menschenverstand gebraucht, muß sagen, daß eine hundertprozentige Kontrolle nicht möglich ist, zumal hier radioaktive Materialien für hunderttausende von Jahren sicher verwahrt werden müßten! Als Mensch fühle ich mich verantwortlich für mein eigenes Leben und das Leben derjenigen Menschen, die mir nahestehen; als Lehrerin fühle ich mich verantwortlich für meine Schüler und ihre Zukunft; verantwortliches Handeln aber hat oben genannte Einsicht als Voraussetzung.

Ein Grundrecht des Menschen sehe ich darin, daß er eine hoffnungsvolle Lebensperspektive entwickeln kann. Die Errichtung des Atommüllendlagers würde bedeuten, daß das Lebensgefühl der hier lebenden Menschen ständig von existentieller Angst unterwandert wäre - einer Angst, die wir an die nachfolgenden Generation als schreckliches Erbe weitergeben müßten. Dagegen wehre ich mich und appelliere an die Fürsorgepflicht des Staates

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 8843

Auch in dem bereits oben erwähnten Zeitraum von 10000 Jahren, der gemein hin genannt wird, sehe ich eine verantwortungslose Untertreibung. Nach meinen Informationen wäre beispielsweise Plutonium in Mengen bis zu 500 kg im Lager enthalten. Nach 8.3 x 10 E 7 Jahren wären das immernoch 250 kg. Diese würden statistisch gesehen immernoch ausreichen, um jegliches organische Leben auf der Erde akut zu vergiften. Doch allein der Zeitraum von acht Millionen Jahren übersteigt bereits die menschliche Vorstellung bei weitem.

Dieser Aspekt berührt erneut die Frage menschlicher Verantwortungsfähigkeit, die m. E. von einer Enquete-Kommission von Philosophen, Theologen, Wissenschaftlern und Ethikern geklärt werden müßte und nicht von Politikern, Sachbearbeitern und Unternehmern im weitesten Sinne. Die letztgenannte Gruppen können es sich aus vielerlei Gründen nicht leisten, entgegen den oben erwähnten selbstgeschaffenen Sachzwängen zu entscheiden. Sie treffen Entscheidungen, für die sie die politische oder

wirtschaftliche Verantwortung übernehmen; die ethische können sie jedoch nicht tragen; daher sind sie gezwungen, diese Komponente zu verdrängen. Als Christ bin ich der Überzeugung, daß kein Mensch Entscheidungen über Dinge treffen darf, die seine Vorstellungsgrenzen übersteigen. Die Inflation der Zahlen, die unser Jahrhundert bestimmen; ein Jahrhundert der Milliarden und Billionen, mag verdecken, daß es einen Unterschied zwischen statistischer Erfassung dieser Zahlen und dem tatsächlichen Umgang mit ihnen gibt. Würden die Entscheidungsträger sich diese Komponente ihrer Entscheidungen bewußt machen, so müßten sie an dieser Verantwortung zerbrechen - aus gutem Grund. Niemand kann die Verantwortung übernehmen für Zeiträume, die auch nur sein eigenes Leben übersteigen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 3110 0

Ident.-Nr.: 9261

Das geplante Atommüllendlager könnte einen eventuellen Verlust der Völke verbindenden Beziehungen zu unseren Partnerstädten im In- und Ausland zu Folge haben.

Des weiteren möchte ich persönlich moralische und ethische Bedenken zum geplanten Atommüllendlager äußern, da dieses Endlager auch für nachfolgende Generationen von Mensch, Tier und Pflanze unkalkulierbare Gefahren birgt und es meiner Meinunng nach nicht zumutbar ist, über deren SChicks zu urteilen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 0 0

Ident.-Nr.: 9281

Meine Auftraggeber fuhlen sich den Werten und Wertvorstellungen des christlichen Abendlandes ebenso verpflichtet wie den allgemein gültigen Grundsatzen der Ethik und Moral.

Mein Auftraggeber hat insbesondere sich auseinandergesetzt mit den von Theologen der Braunschweigischen Landeskirche entwickelten Thesen, aus denen heraus das entschiedene "Nein der Christen zur Endlagerung" entwickelt worden ist. Er teilt diese Argumentation, die nach bisheriger Kenntnis seitens der Theolo- gen als Einwendung im Genehmigungsverfahren Schacht Konrad eingebracht und im Erorterungstermin vorgetragen werden wird, und macht sie aus- drucklich auch zum Inhalt seiner E inwendung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8404 1900 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8405

Ident.-Nr.: 5043

Die mit Erkrankung verbundenen persönlichen Belastungen wie Sorgen um die Genesung, wirtschaftliche Auswirkungen durch Verdienstausfall, ggfs. Pflege-, Arzt- und Krankenhauskosten stellen nach meiner Auffassung unzumutbare Eingriffe und Einschränkungen dar, die über das Maß dessen hinausgehen, was dem einzelnen im übergeordneten Interesse der Allgemeinheit zugemutet werden darf.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8405 0 0

Ident.-Nr.: 5069

Ich fühle mich in meinen Menschenrechten verletzt, wenn mir von anderen bestimmt wird, welchem Risiko ich mich auszusetzen habe.
Das ist Gewalt. Die Zahl der Krebstoten wird steigen, aber Leben ist etwas qualitatives, nichts quantitatives. Das Rechnen mit Prozent-Toten ist Mord.
Das Zeil eines Staates sollte nciht die Erhaltung des Volkes, sondern des Individuums sein. Wir leben nicht im Mittelalter nach Vorbild des Hobbes' schen Leviathan.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8405 0 0

Ident.-Nr.: 5427

Ich möchte als Medizinstudentin auf die nicht kalkulierbaren Gesundheitsgefährdungen für die BürgerInnen dieser Region hinweisen. Es ist ungerecht, daß ein kleiner Teil der Bevölkerung gesundheitlich unter dem Atommüll zu leiden hat, den die gesamten BundesbürgerInnen produziert haben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8405 0 0

26.03.1992

Texte zum Sachgebiet Nr. 8501

Ident.-Nr.: 18

Ich fühle mich in meinem Grundrecht auf Schutz meines Eigentums und meines Erbrechtes durch die geplante Errichtung des Atommüllendlagers beeinträchtigt und bedroht: Ich befürchte eine Wertminderung meines Grundstückes und Hauses wegen der Gefahr der Strahlungsbelastung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8501 0 0

Ident.-Nr.: 173

Die ständige Emission von radioaktiver Abluft und Abwässern führt zu einer erhöhten radioaktiven Belastung der Gartenerzeugnisse aus den o. g. Grundstücken. Bei Verzicht auf eigenen Obst- und Gemüseanbau wegen gesundheitlicher Bedenken müssen die entsprechenden Produkte (teuer) eingekauft werden, wobei dann konsequenterweise nicht auf Erzeugnisse der regionalen Landwirtschaft zurückgegriffen werden kann, was den finanziellen Aufwand noch vergrößert.
Außerdem stellt sich hier für den Verbraucher die Frage, wie er radioaktiv unbelastete Produkte von stärker belasteten unterscheiden soll, da die radioaktive Belastung von Nahrungsmitteln nicht deklariert werden muß.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2400 8400 8501

Ident.-Nr.: 276

Die radioaktiven Grubenabwässer werden in das Flüßchen Aue eingeleitet. Bei Überschwemmungen werden landwirtschaftliche Flächen mit radioaktiven Stoffen belastet, die betroffenen Landwirte fürchten wirtschaftliche Einbußen.
Nahrungsmittel könnten auch von mir und meiner
Familie genossen werden, die auf diesen Flächen angebaut wurden. Menschen und Tiere können zusammen mit anderen Schadstoffen davon schädigend betroffen werden (Synergismus)!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2130 8501 2300

Ident.-Nr.: 279

Sollte das Endlager doch in Betrieb gehen, so mache ich schon heute Schadensersatzansprüche nach dem Verursacherprinzip hinsichtlich Gesundheit und Besitz geltend für mich und meine Familie und alle Rechtsnachfolger. Weiterhin mache ich Ansprüche geltend, die nach dem heutigen Stand der Wissenschaft und Technik noch nicht absehbar sind. § 75 Absatz 2, Verwaltungsverfahren G, stellt folgendes fest: Bei nachteiliger Wirkung des Vorhabens auf das Recht eines anderen ist der Betroffene für die dadurch entstandenen Vermögensnachteile mit Geld zu entschädigen. Die Immobilienpreise werden in Thiede erheblich sinken. Daher fordere ich Entschädigung, die dem Wert des Besitzes vor dem Planfeststellungsverfahren entspricht. Es muß mir möglich sein, einen gleichwertigen Besitz in einer anderen Gegend erwerben zu können.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8501

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8501 0 0

Ident.-Nr.: 313

Durch eine ständige Strahlenbelastung würden die guten bis sehr guten Böden der Region um SCHACHT KONRAD radioaktiv verseucht, wodurch der Landwirtschaft ihre Existenzgrundlage genommen würde.
Uns Bauern und unseren Familien würden durch ein Endlager KONRAD sämtliche Zukunftsperspektiven verbaut.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2400 8501 0

Ident.-Nr.: 421

Zur Kostenfrage
Ich verlange volle finanzielle Entschädigung, wenn Bau und Betrieb des Endlagers beginnen, damit ich mir in einer sauberen Umgebung ein entsprechendes Grundstück und Haus kaufen kann.
Ich verlange für die Mitglieder meiner Familie entsprechende Arbeitsplätze in der neuen Region.
Ich verlange, daß sämtliche Kosten von dem Verursacher übernommen werden, falls gesundheitliche Beeinträchtigungen oder Schäden bei meiner Familie, mir oder meinen Rechtsnachfolgern auftreten.
Ich fordere vorsorglich Ersatz für Schäden, die nach dem heutigen Stand der Wissenschaft und Technik noch nicht erkennbar sind.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8501 0 0

Ident.-Nr.: 448

Außerdem sehe ich nicht ein, wenn ich schon durch die gesundheitliche Gefährdung betroffen bin, auch noch bis an mein Lebensende für die Verwahrung des Mülls bezahlen zu müssen, an dem andere verdient haben.
Kosten werden auch weiterhin für die nächsten Generationen anfallen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 8501 0

Ident.-Nr.: 678

Ich fühle mich in meinem Grundrecht auf Schutz meines Eigentums und meines Erbrechtes durch die geplante Errichtung des Atommüllendlagers beeinträchtigt und bedroht.
Meine Eltern besitzen seit mehr als 25 Jahren ein Grundstück von 1250 qm Größe, 1 km entfernt von Schacht Konrad (Luftlinie).
Auf dem Grundstück befindet sich ein Einfamilienhaus, derzeit bewohnt von meinen Eltern wie auch meinem Bruder.
Ich persönlich bin unter dieser Anschrift noch gemeldet, halte mich auch häufig für längere Zeit dort auf. Nach dem Willen meiner Eltern

soll ich als ältester Sohn das Haus nebst Grundstück erben.
Durch das beabsichtigte Atommüllendlager ergäbe sich aber eine weitere Wertminderung des Grundstückes hinsichtlich der Gefahren durch die Strahlenbelastung und auftretende Stör- und Unfälle, die sicherlich nicht ausgeschlossen werden können.
So ist zum Beispiel die im Grundbuch eingetragene Rauchschadenzone trotz Antrages noch nicht gelöscht worden mit der Begründung, daß die Stahlwerke Peine Salzgitter nicht ausschließen können, daß es trotz modernster Filteranlagen zu Verunreinigungen kommt.
Weiter kommt es zu einer Verringerung des Ertrags- und Nutzungswertes des Grund und Boden, da eine Vermietung und Verpachtung zum derzeitigen Marktpreis sich bei Errichtung eines Atommüllendlagers wie Schacht Konrad nicht mehr erzielen läßt.
Schon heute ist die Veräußerung sehr schwierig, da es im Ort kaum eine ausgebaute Infrastruktur gibt; Lebensmittelgeschäfte sind in unmittelbarer Nähe nicht vorhanden.
Nach dem Gesetz hat außerdem jeder Bürger einen Anspruch darauf, daß er durch Aktivitäten Dritter nicht in seiner Wohnqualität beeinträchtigt wird. Dies bezieht sich auf alle möglichen Aspekte des Wohnens - insbesondere auf Lärm, Luftverunreinigung und Kontaminierung des Bodens.
Für Schacht Konrad bedeutet das z. B. durch die ständig radioaktive Abluft bzw. die radioaktiven Abwässer eine erhöhte radioaktive Belastung der Gartenerzeugnisse.
Derzeit beziehe ich den größten Teil meiner Grundnahrungsmittel aus dem Garten meiner Eltern und ernähre damit in Hamburg meine zukünftige Ehefrau, Kinder und Schwiegereltern.
Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das Unglück in Tschernobyl am 16. April 1986, wo es in Block 4 zu einem folgenschweren Unfall kam, in dessen Verlauf große Mengen radioaktiven Materials frei wurden und radioaktive Niederschläge in weiten Teilen Europas zu erheblichen erhöhten Strahlenbelastungen führten.
Damals wurden fast die gesamten Gartenerzeugnisse auf unserem wie auch auf den Grundstücken im gesamten Dort - vernichtet, um ein Risiko zu vermeiden. Auch heute noch wird vor dem Genuß einzelner Pilz- und Beerenarten in der Lüneburger Heide und Umgebung gewarnt.
Es wäre nicht auszudenken, welche Folgen ein Unfall in der Atommüllendlagerungsstätte Schacht Konrad für Mensch, Tier und Umwelt hätte.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8501 0 0

Ident.-Nr.: 1899

Als besondere Betroffenheit führe ich an, daß die zugehörigen Flächen meines Betriebes z.T. mit Ersewasser beregnet werden.
Hierfür liegen wasserrechtliche Erlaubnisse des Landkreises Peine für mich persönlich und auch im Rahmen meiner Mitgliedschaft im Beregnungsverband Rietze vor. Ferner erfolgt ein regelmäßiger Überstau meiner Grünlandflächen mit Ersewasser im Rahmen der Tätigkeit des Erse Be- und Entwässerungsverbandes Rietze-Alvesse.
Ich befürchte daher zukünftig eine radioaktive Belastung meines Grund und Bodens sowie des Grundwasser und der erzeugten Produkte.
Hieraus folgt:
- eine Verkehrswertminderung meines Grund und Bodens

Texte zum Sachgebiet Nr. 8501

- eine Verringerung des Nutz- und Ertragswertes (einschl. des Pachtwertes) meiner Flächen und
- Einbußen bei der Erzeugung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, evtl. auch durch Rufschäden veranlaßte Einbußen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8501 0 0

Ident.-Nr.: 3086

- Auswirkungen auf die Landwirtschaft in der Umgebung der Schachtanlage Peine sind nicht hinreichend wissenschaftlich untersucht worden. Insbesondere steht zu befürchten, daß bei Eintritt von Radionukliden in den Wassereinzug der landwirtschaftlichen Flächen Belastungen entstehen können, die zu einem Anbauverbot führen könnten. Von solchen Langzeitwirkungen ist auch der Landkreis Peine direkt betroffen, denn er verfügt im 5 km-Radius um die Schachtanlage über landwirtschaftliche Flächen, die er verpachtet hat. Im übrigen sind wirtschaftliche Schäden für die Landwirtschaft bezüglich des gesamten Absatzes landwirtschaftlicher Produkte schlechthin schon wegen des Verdachtes auf radioaktive Belastung dieser Produkte von Anfang an zu erwarten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8501 0 0

Ident.-Nr.: 3114

Da sog. Störfälle im Zusammenhang mit den Antransporten radioaktiven Materials bis in die Endlagerzeit u.E. weit häufiger und gravierender eintreten werden, als schon durch die Planuterlagen zugestanden, können unser Belange und Rechte bis hin zu einem" geordneten Jagdbetrieb" mit angemessenen Verpachtungspreisen rechtserheblich beeinträchtigt werden. In der Folge könnten wir den uns obliegenden offentlichen Aufgaben nicht entsprechen und noch z.B. den Jagdpächtern, Jagdausübungsberechtigten, ja sogar den (Wildbrett-) Verbrauchern u.U. haftungspflichtig werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8390 8501 0

Ident.-Nr.: 3171

Wir bewirtschaften seit 1987 einen 4 ha
großen landwirtschaftlichen Bioland-Betrieb, der in diesem Jahr seinen Anerkennungsvertrag erhielt.
Auch unsere materielle Lebensgrundlage, nämlich oben erwähnter Bioland-Betrieb, wäre von der Inbetriebnahme Schacht Konrads betroffen, da wir unsere Produkte (Honig, Gemüse, Geflügel, Schafe, Obst, Brot) nicht mehr absetzen könnten. Eine von uns bewirtschaftete Wiese liegt sogar im Überschwemmungsgebiet der Erse.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8501

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8501 0 0

Ident.-Nr.: 4462

Durch die radioaktive Strahlung vom Endlager Schacht Konrad wird das Grundrecht auf Eigentum bedroht:
Mein Haustier, ein Dackel, lebt seit 12 Jahren in unserer häuslichen Gemeinschaft, wobei sich innige Beziehungen gebildet haben. Durch seine Gestalt ist der Hund einer möglichen Kontamination des Bodens besonders ausgesetzt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8501 0

Ident.-Nr.: 5518

Die Gemeinde Edemissen liegt im 50-km-Umkreis der Schachtanlage Konrad. Das Gewässer Aue/Erse fließt in nördlicher Richtung durch das Gemeindegebiet. Die Gemeinde Edemissen ist in den Bereichen ihrer Ortsteile Alvesse, Eickenrode, Rietze und Wipshausen Anlieger der Erse. Sie befürchtet für sich und die in ihrem Gemeindegebiet lebenden Menschen eine erhebliche Beeinträchtigung des Lebensraumes, wenn radioaktiv belastete Schmutz- und Grubenabwässer in die Aue/Erse abgegeben werden. Insbesondere wird auf folgendes hingewiesen:
1. Die Aue/Erse wird von zahlreichen Landwirten direkt als Viehtränke genutzt. Das radioaktiv belastete Wasser der Aue/Erse könnte üer die Milch der Kühe in die Nahrungskette gelangen.
2. Die Aue/Erse wird als Quelle für zahlreiche nahegelegene Feldberegnungsanlagen genutzt. Das radioaktiv belastete Wasser der Aue/Erse könnte so ebenfalls in die Futter- und Nahrungsmittelkette gelangen. Für manche Anbausorten (Zuckerrüben, Braugerste) ist sogar ein Anbau- oder Vermarktungsengpaß zu befürchten.
3. Die Brunnen IV und V des Wasserversorgungsverbandes Peine nahe Rietze/Eickenrode an der Erse speisen sich zu einem erheblichen Teil aus dem Uferfiltrat der Erse. Es ist somit zu befürchten, daß später auch das im Nordkreis Peine gelieferte Trinkwasser radioaktive Stoffe enthält.
4. Der "Erse Be- und Entwässerungsverband Rietze/Alvesse" besitzt alte Wasserrechte und überstaut regelmäßig die Wiesen der Erseniederung. Es besteht die Gefahr, daß das Weidevieh radioaktive Stoffe nicht nur über das Trinkwasser aus der Erse aufnimmt, sondern daß es auch zu radioaktiven Ablagerungen auf den Wiesen aus dem Stauwasser kommt und damit auch das Weidegras und das Heu redioaktiv belastet werden. Trifft dies zu, so sind die Stau- und Wasserrechte der Landwirte entlang der Erse und damit die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe gefährdet.
5. Beachtenswert ist, daß sogar eine dreifache Gefährdung des Weideviehs durch zusätzliche diffuse Immissionen aus der Luft (radioaktiv belastete Abluft von Schacht Konrad bei nördlicher Windrichtung) auftreten können.
6. Neben diesen Auswirkungen auf die Landwirtschaft sind Beein-

trächtigungen der ersenahen Obst-, Gemüse- und Hausgärten nicht auszuschließen.
7. Regelmäßig führt die Aue/Erse Hochwasser und überschwemmt weite Teile der Erseniederung (besonderes Hochwasser im Jahr 1982). Auch durch diese Überschwemmung könnten sich radioaktive Belastungen der Wiesen ergeben.
8. Befürchtungen sind in der betroffenen Bevölkerung auch aus dem Grund geäußert worden, daß es in Hochwasserzeiten regelmäßig zu einem Wasserrückstau in den ersenahen Kellerräumen von Wohnhäusern kommt.
9. Die Wasserführung der Aue/Erse bestimmt ganz wesentlich den Grundwasserstand in den noch vorhandenen Hausbrunnen (genutzt u. a. für Viehtränken, Gartenberegnung usw.). Ein Austrag von Radionukliden wird befürchtet.
10. Nicht auszuschließen ist, daß es in Brand- oder Katastrophenfällen im Bereich des Endlagers Schacht Konrad zu Sondereinträgen radionuklider Stoffe in die Aue/Erse kommt (Löschwasser, Überläufe), die besondere Nachteile - bzw. eine Summierung aller angesprochenen Gefahrenpunkte - nach sich ziehen könnten, da die Aue/Erse der einzig vorhandene Vorfluter für das Endlager Schacht Konrad ist.
11. Generell ist durch die beschriebenen Gefahrenpunkte zu befürchten, daß die landwirtschaftlichen und sonstigen Grundstücke und Gebäude entlang der Aue/Erse aufgrund des Radionuklideintrags von Schacht Konrad einem Wertverlust unterliegen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8501 0 0

Ident.-Nr.: 5550

Beim Normalbetrieb wird die Umgebung der Anlage durch radioaktiv verseuchte Abluft und Abwässer stetig belastet. Das bedeutet für uns die Vernichtung unserer Existenz als Erwerbsimker. Wir betreiben im Landkreis Peine eine Imkerei mit zur Zeit 60 Bienenvölkern, die innerhalb der nächsten 2 Jahre auf 120 Völker erweitert werden soll. Unsere Bienenstände sind über das gesamte Kreisgebiet und angrenzende Regionen verteilt.
Honig gilt auch zur Zeit noch als das am geringsten belastete Nahrungsmittel. Der von den Bienenvölkern gewonnene Honig wird von uns in den Einheitsgläsern des Deutschen Imkerbundes vermarktet und unterliegt damit strengen Qualitätsanforderungen. Bei den Käufern/innen handelt es sich überwiegend um umwelt- und gesundheitsbewußte Bürger, die von uns erwarten, ein schadstofffreies Lebensmittel zu erwerben. Bisher konnten wir diesen Ansprüchen auch gerecht werden.
Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hat allerdings erstmals gezeigt, daß auch Honig radioaktiv belastet werden kann. Deutlich geworden ist dies besonders beim Heidehonig sowie bei einigen Blatthonigsorten. Ganz offensichtlich sind einige Pflanzen in der Lage, selektiv bestimmte radioaktive Stubstanzen aufzunehmen und über den Nektar bzw. Pflanzensätze wieder abzugeben, womit sie in den Honig gelangen. So steigt noch heute in einigen Gebieten der Lüneburger Heide jährlich der Cäsiumgehalt des Honigs an, z. T. weit über die im Boden vorhandenen Konzentrationen. Ein solcher Honig wäre für uns nicht mehr vermarktungsfähig.
Der Betrieb des Atommüllendlagers Schacht Konrad wird zu einer ständigen Freisetzung radioaktiver Nuklide in die Umgebung führen

Texte zum Sachgebiet Nr. 8501

und damit auch zu einer Belastung des z. Z. noch rückstandsfreien Honigs. Unser Honig wäre damit nicht mehr absetzbar, unserer Imkerei würde ein Totalverlust entstehen. Der wirtschaftliche Schaden stellt sich für unseren Betrieb wie folgt dar:
Verlust insgesamt: 847.000,-- DM.
Preissteigerungen wurden bei dieser überschlägigen Kalkulation noch nicht berücksichtigt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2120 2130 8501

Ident.-Nr.: 5551

In Anbetracht der Tatsache, daß Lagerstollen bis in den Bereich unterhalb unseres Grundstückes verlaufen, sehen wir uns in einem Ernstfall besonders betroffen. Eine Wertminderung des von uns bewohnten Eigentums ist dadurch bedingt nicht auszuschließen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8501 8300 2500

Ident.-Nr.: 5640

Folgende Einwendung mache ich als langjähriges Mitglied des Wolfenbütteler Schwimmvereins WSV 21. Die Vereinsmitglieder haben in jahrzehntelanger Eigenarbeit ein beliebtes vereinseigenes Naturbad geschaffen, "Fümmelsee" bei Wolfenbüttel, nur ca. 6,5 km vom Schacht Konrad entfernt. Die Einrichtung eines Atommüllendlagers in Schacht Konrad würde infolge der durch häufigen Westwind radioaktiven Belastungen von Luft und Boden zu einer Wertminderung - im Grenzfall vielleicht sogar zur Schließung - des Bades führen können. Auch Gemeinschaftseigentum ist schutzwürdig!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8501 0 0

Ident.-Nr.: 6192

Unsere Reitanlage liegt in unmittelbarer Nähe des Schienentransportweges. Ein Unfall auf dieser Strecke würde verherende Folgen für unsere wertvollen Reittiere mit sich bringen.
Außerdem liegt unsere Reitanlage bei besonderen Windlagen im Bereich der Abluft des Schachtes Konrad. Ein Havariefall aber auch die normale atomarbelastete Abluft schädigt unsere Reiter und unsere Pferde.
Es ist allgemein bekannt, daß Pferde ein besonders großes Lungenvolumen haben und unter Luftschadstoffen besonders leiden.
Ein, wie oben genannter, Zwischenfall, würde den Ruin einzelner Reiter eventuell sogar unseres Vereins bedeuten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8501 2120 8300

Texte zum Sachgebiet Nr. 8501

Ident.-Nr.: 7504

Ausweislich der Planunterlagen, hier der Unterlagen zur Abwasserentsorgu sowie der Anträge nach § 11 des Niedersächsischen Wassergesetzes -NWG-, durch die geplanten wasserrechtlichen Maßnahmen landwirtschaftlich genut Grundstücksflächen meiner Mandanten betroffen.
So wird das Schmutz- und Grubenwasser in die Aue eingeleitet.
Parallel zur Aue liegen Ackerflächen. Die zugehörigen Drainagerohre werden ebenfalls in die Aue geführt.

Die Unterlagen weisen aus, daß radioaktiv kontaminierte Wässer in die Grubenwässer gelangen sowie bei Dekontaminationsverfahren und Reinigungs gängen anfallen.
Diese Abwässer sollen mittels Druckleitung in die Aue eingeleitet werden Hierbei wird unmittelbar auf Grundeigentum meiner Mandanten zugegriffen durch Inanspruchnahme von Grundstücksflächen zwecks Verlegung der Druck- leitung. Zudem wird relevant die Schnittstelle Drainage/Aue.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8501 7300 7400

Ident.-Nr.: 7968

Durch das o. a. Endlagerugsprojekt sehen wir die o. a. Eigentumsrechte am Forst gefährdet und fürchten um Erhaltung und Gesundheit unserer Waldbestände. Dabei spielen die Erfahrungen nach Tschernobyl mit den Verunsicherungen über einzuhaltende Grenzwerte der Radioaktivität und den langfristig so überaus hohen Meßergebnissen hier in Waldböden, Waldgewächsen und Wild eine erhebliche Rolle.
Inwieweit ist oder wird Wald in diesem Verfahren vor Strahlen geschützt und "beweisgesichert"? Da nicht auszuschließende Störfälle mit Radio- aktivitätsaustritten besonerer Art - gleichgültig ob bei Antransporten oder später - vornehmlich mit dem Gebiet "Salzgitter" und damit auch mit dem Namen und Sitz unseres Realverbandes in Verbindung gebracht würden, fordern wir alle nötigen Sicherungs- und Vorsorgemaßnahmen, um den guten Ruf unserer Forstwirtschaft zu erhalten. Selbstverständlich geht es uns dabei auch um die Gesundheit unserer im Wald Beschäftigten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8501 2710 0

Ident.-Nr.: 8020

Ich erhebe Einwendungen gegen die Verlegung der geplanten Druckleitung für Gruben u. Schmutzwasser auf meinem Grundstücken am Kanal..
Ich sehe darin eine Gefährdung für den Boden u. das Drainagesystem.
Die Wässer enthalten Radionuklide wie Tritium u. Radion, die jede Materie durchdringen und dadurch unsere Früchte und denBoden belasten.
Es ist zu befürchten, daß unser Eigentum wertlos oder wertgemindert wird.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8501

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 7200 2130 8501

Ident.-Nr.: 8542

Verletzung meines Grundrechtes auf Schutz des Eigentums

1. Eigentumsbeeinträchtigung durch Auswirkungen der Strahlenbelastung auf Tiere

Jedwede Strahleneinwirkung belastet den Organismus und die Zellen eines Lebewesens, also auch eines Tieres, und kann bei diesem zu Krankheitserscheinungen bis hin zum durch Strahlung bedingten Tod führen.

Für mich verkörpern Tiere als Geschöpfe Gottes einen Teil der Schöpfung. Sie sind wertvolle Lebewesen, deren Gesundheit und Wohlergehen mir Herzensangelegenheit ist.

Die durch die von Schacht Konrad ausgehende zukünftige zu erwartende Strahlung und die hierdurch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu erwartenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Tiere, ihr zu erwartendes Leiden bei Erkrankung, qualvollen Siechtums und Tod sind für mich nicht hinnehmbar.

Freilegende Tiere in Wäldern, Auen, dörflichen Siedlungen sind der radioaktiven Strahlenbelastung durch die Luft in besonderem Maße ausgesetzt. Jedwede radioaktive Strahlung beinhaltet die Gefahr des Auftretens von Erkrankungen, Ergbut- und Chromosomenschäden bis hin zum Aus- und Absterben einer Tierrasse. Ich fühle mich insbesondere verantwortlich für die Tiere, die in unserem Garten ihren Lebensraum gefunden haben, so u. a. Kleinlebewesen, Insekten, Vögel, Schmetterlinge ... und in letzter Zeit auch Igel.

Mir ist natürlich bekannt, daß Tiere in der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland keine eigenen Rechte im Genehmigungsverfahren Schacht Konrad artikulieren können. Ich halte es aber für meine Pflicht, stellvertretend für die Tiere ihre Rechte als meine Einwendung wie folgt zu formulieren:

Frei- und wildlebende Tiere "gehören" der Allgemeinheit und stehen somit auch im weitesten Sinne in meinem Miteigentum. Ich bin nicht verpflichtet, Einwirkungen auf mein Eigentum zu dulden, wenn mich diese in unzumutbarer und nicht hinnehmbarer Weise treffen. Mir ist aus meiner religiösen Überzeugung her nicht zuzumuten, hilflos und ohnmächtig danebenzustehen, wenn Mitgeschöpfe auf dieser Erde, ohne daß sie sich zur Wehr setzen können, in ihrer Gesundheit gefährdet, ihrem Lebensraum bedroht, in ihrer Existenz vernichtet werden können.

2. Eigentumsbeeinträchtigung durch Auswirkungen auf Pflanzen

Jedwede Strahlenbelastung hat Auswirkungen auf lebende Organismen, so auch auf die Zellen von Pflanzen. Insbesondere nach der Katastrophe von Tschernobyl konnten durch Strahlung bedingte Pflanzenveränderungen festgestellt werden. Auch in unserem Garten haben wir schon Löwenzahnpflanzen von außerordentlichem und ungewöhnlichem Überwuchs entdeckt.

Ich bin Eigentümerin von zahlreichen Blatt- und Blütenpflanzen in meiner Wohnung. Im Garten stehen zahlreiche Nutz- und Zierpflanzen sowie Obstbüsche. Wir bauen auch Gemüse an zu unserem eigenen Verzehr.

Pflanzen können im Genehmigungsverfahren Schacht Konrad keine eigenen Einwendungen artikulieren. Von daher gelten auch hier meine zu den Tieren bereits gemachten Ausführungen.

Hinzu kommt, daß radioaktive Strahlung sich, wie allgemein bekannt ist, überall festsetzt, auch und insbesondere in den zum Verzehr bestimmten Pflanzen, Kräutern, Gemüsen und Obst in unserem Garten.

Diese sind, wie auch die Ereignisse nach Tschernobyl gezeigt haben, dann zum Verzehr ungeeignet, so daß ich neben dem materiellen Schaden durch die Notwendigkeit, zum Verzehr geeignetes unbestrahltes Obst und Gemüse käuflich erwerben zu müssen, auch eine erhebliche Einbuße an persönlicher Freude über die erzielten Ernten erleide. Dies ist für mich ebenfalls unzumutbar.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 8501 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8502

Ident.-Nr.: 4

Das Ansehen und damit die wirtschaftliche Zukunft der Region werden durch Müllverbrennung, Pyrolyse, durch das Atommüllager "Asse II" und zahlreicher anderer schadstofferzeugender Industrieanlagen mit der Inbetriebnahme von SCHACHT KONRAD weiter belastet.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8502 0 0

Ident.-Nr.: 235

Ich befürchte eine Einschränkung unserer Bewegungsfreiheit und unseres Freizeitangebotes, da Mittellandkanal, Oker, Schunter, Feldmark etc. in Mitleidenschaft gezogen sein werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8502 0 0

Ident.-Nr.: 279

Zum Schluß noch einige persönliche Bemerkungen. Zwei Generationen haben diesen Besitz mühsam und ehrlich erworben und dafür Entbehrungen auf sich genommen. Für meine Eltern würde es bedeuten, daß sie ein zweites Mal ihre "Heimat" verlieren. Ich müßte einen Teil des Hauses behindertengerecht umbauen lassen, damit meine pflegebedürftige Mutter dort mit uns leben kann. Diese Investition erscheint wenig sinnvoll zur Zeit. Muß die alte Dame jetzt in ein Altersheim? Wer zahlt die erheblichen Kosten?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 8502 0

Ident.-Nr.: 288

Die Wohnqualität in Braunschweig und Umgebung läßt schon jetzt aufgrund der Luftverschmutzung durch Industrie und Autoverkehr (Abgase, Lärm) zu wünschen übrig. Es muß befürchtet werden, daß die potentielle Gefahr, die von einem Atommüllager ausgeht, viele Menschen veranlassen wird, diese Region zu verlassen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8502 0 0

Ident.-Nr.: 374

Infolgedessen ergibt sich für meine Familie und mich die Konsequenz, daß wir im Falle einer Genehmigung von SCHACHT KONRAD als Atommüllager sofor aus diesem Gebiet wegziehen. Dieser Ansicht ist ein sehr großer Teil unseres Bekanntenkreises ebenfalls, so daß sich Salzgitter bald zu Geister stadt entwickeln wird. Infolge davon werden Sie in dieser Stadt bald den Quadratmeter Bauland für DM 5,00 voll erschlossen erwerben können.
Dies kann und darf nicht in Ihrem Interesse stehen und muß auf jeden Fal verhindert werden!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 8502 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8502

Ident.-Nr.: 405

Man mag nicht mehr auf dem Rasen herumtollen, die Kinder können nicht mehr ohne Bedenken in der Sandkiste spielen. Ich stelle Schadensersatzansprüche, falls etwas passiert.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 8502 0

Ident.-Nr.: 432

Das Verkehrsaufkommen in der Gemeinde Vechelde, das jetzt schon sehr hoch und kaum noch zu ertragen ist, steigert sich um ein Vielfaches. Der Lärm und die Abgase werden meiner Gesundheit schaden. Lebensqualität - davon werde ich nur noch träumen können!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8305 8502 0

Ident.-Nr.: 723

Ich habe einen Anspruch darauf, daß ich in meiner Wohnqualität nicht beeinträchtigt werde. Dies geschieht aber durch die ständige radioaktive Abluft bzw. Abwässer, die zu einer Kontaminierung des Grund und Bodens und damit auch zu einer erhöhten radioaktiven Belastung der Gartenerzeugnisse, von denen ich mich in erster Linie ernähre, führen.
Ich bin Gesellschafterin einer Hausverwaltung und fürchte für diese Gesellschaft Einkommenseinbußen durch Abwanderung von Investoren infolge des Imageverlustes dieser Region allein beim Normalbetrieb des Atommüllendlagers. Durch eine radioaktive Verseuchung der Region und durch eine Evakuierung der Bevölkerung wird diesem Unternehmen die Existenzgrundlage entzogen. Leerstehende Immobilien in einer Geisterstadt müssen nicht verwaltet werden!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8502 2400 0

Ident.-Nr.: 861

Da wir auf einem landwirtschaftlichen Betrieb leben der von uns auch bewirtschaftet wird, ist es uns nicht einfach möglich den hiesigen Raum zu verlassen. Da die Anlage über Generationen auf diese Region Auswirkungen haben wird, muß auch diese Einwendung für zukünftige Generationen gelten.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8502

Der Lebens-und Arbeitsraum für meine Familie und mich wird auf unbestimmte Zeit und auf bislang nicht bekannte Weise negativ beeinflußt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8502 0 0

Ident.-Nr.: 1069

Ein Industriestandort wie Salzgitter benötigt zum wirtschaftlichen Überleben ausgebildetes Fachpersonal. Fachpersonal steht dem Arbeitsmarkt in nicht ausreichendem Maße zur Verfügung. Ein ausgebildeter Industriefacharbeiter kann sich seinen Arbeitsplatz frei wählen. Die Stadt Salzgitter mit der unmittelbaren Nähe des größten Atommüllagers in Europa, wird er mit seiner Familie als Wohnort meiden. Das bedeutet, den ansässigen Unternehmen fehlt es an ausgebildetem Fachpersonal, die Industrie wandert in andere Regionen ab oder muß die Produktion einstellen. Neugründungen wird es in Salzgitter nicht geben. Die fehlenden Steuereinnahmen für die Stadt Salzgitter sind kommunalpolitisch nicht zu verantworten. Es droht der finanzielle Kollaps. Die gesetzlichen Aufgaben der Verwaltung können nicht mehr wahrgenommen werden. Die gesamte Infrastruktur ist gefährdet. Die Auswirkungen auf die Wohnqualität Salzgitters ist sicherlich für jeden ersichtlich und brauchen hier nicht im einzelnen aufgezählt zu werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8502 0 0

Ident.-Nr.: 1205

Die Einrichtung des Endlagers "SCHACHT KONRAD" zusätzlich zu Pyrolyse, Müllverbrennung, zahlreichen schadstofferzeugenden Industrieanlagen, Altlasten, der Sondermülldeponie Hoheneggelsen, Atommüllager Asse II etc. wird den Ruf der Region als "Entsorgungszentrum" zementieren. Unsere Landschaft wird zur gigantischen Müllhalde degradiert, das Ansehen unserer Region wird verlorengehen. Dies wird auch Auswirkungen auf die wirtschaftliche Zukunft unserer Region haben.
Hochqualifizierte Fachleute werden es vermeiden, sich im Raum Peine-Salzgitter-Braunschweig niederzulassen oder sie werden von dort abwandern. Industrieunternehmen werden sich nicht mehr hier ansiedeln, sondern in Gebieten, die auch attraktive Lebensräume für qualifiziertes Personal bieten.
So wird diese Schädigung des Rufes unserer Region zu noch stärkerer Arbeitslosigkeit führen, denn außer einigen wenigen Entsorgungsfachkräften und Stellen bei Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz wird es keine neuen Arbeitsplätze geben, im Gegenteil werden Betriebe in attraktive Gebiete anwandern und so Menschen unserer Region in die Arbeitslosigkeit entlassen. Die Strukturschwäche unserer Region wird festgeschrieben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2300 8502 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8502

Ident.-Nr.: 1825

Unsere dichtbesiedelte Region wird mit Schacht Konrad der Altölverbrennungsanlage in Dollbergen, evtl. Firma Rethmann, Asse, Hochtemperatur- und Müllverbrennungsanlagen usw. zum Müllplatz der BRD und atomaren Endlager für die ganze W E L T.
Dieses Negativ-Image führt zum Abzug "sauberer" Industrie und damit letztendlich zur Gefährdung von Arbeitsplätzen und zum Wertverlust bei Grund und Boden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2300 8502 0

Ident.-Nr.: 3085

Im Hinblick auf die der
Stadt Wolfenbüttel zugewiesenen bzw. im Rahmen der kommunalen Planungshoheit aufgestellten Entwicklungsziele als Mittelzentrum, als Schwerpunkt für die gewerbliche Wirtschaft, als bevorzugem Wohnstandort und hochrangigem Kulturzentrum bedürfen die Aussagen über mögliche Auswirkungen der Anlage auf die Umgebung der Ergänzung und Konkretisierung. Einzubeziehen sind dabei auch zu befürchtende negative Beeinflussungen der in den letzten Jahrzehtnten stetig angestiegenen Attraktivität der Stadt und ihrer wachsenden Bedeutung innerhalb des nach der Grenzöffnung wiedergeschaffenen größeren Wirtschaftsraumes.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1210 2710 8502

Ident.-Nr.: 3235

Ich denke, daß das ehemalige Zonenrandgebiet seine wiedergewonnene Attraktivität verliert.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8502 0 0

Ident.-Nr.: 3251

Nach Baubeginn des Endlagers ist mit gewalttätigen Demonstrationen zu rechnen. Die damit einhergehenden Polizeieinsätze machen das Leben in dieser Region unattraktiv.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8502 0 0

Ident.-Nr.: 4462

Regelmäßig einmal im Jahr betreue ich für einige Wochen Kinder und Jugentliche von Verwandten und Freunden in meinem Haus. Diese Art der Kontaktpflege würde aus Sorge um die Gesunndheit und das Leben der Kinder nicht oder nur eingeschränkt möglich sein, was einen Eingriff in mein Recht auf freie Entfaltung meiner Persönlichkeit wäre. Aufsicht, Wartung und Pflege meines Hauses, Gartens und Haustieres Übernehmen während meiner Abwesenheit (Urlaub, Klassenfahrt, lehrerfortbil-

dung, Besuche usw.) Verwandte, Freunde und Bekannte. Mein Verantwortungsgefühl verbietet mir, diesen Pesonenkreis um diese Gefälligkeit zu bitten, wenn in meinem Wohnort ein Atommüllendlager gebaut werden soll. Abgesehen davon würde die Bereitschaft der o.g. Personen erheblich sinken oder erlöschen, wenn die Aufenthalt in Salzgitter mit einem hohen Risiko verbunden ist.
Eine unzumutbare finanzielle Belastung für mich wäre es, fremde Personen mit der Aufsicht zu beauftragen und zu entlohnen.
Der Verzicht oder die Einschränkung meiner beruflichen, gesellschaftlichen, politischen und ehrenamtlichen Aktivitäten sowie der Reisen zur Aufrechterhaltung der Beziehungen eines Freundeskreises würden eine unzumutbare Einschränkung meines Grundrechtes auf freie Entfaltung meiner Persönlichkeit bedeuten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8502 0

Ident.-Nr.: 4462

Mein Recht auf freie politische Tätigkeit wird insofern eingeschränkt, daß ich keine bisher regelmäßig durchgeführten Informationsstände im Freien mehr machen kann, wenn die Luft mit Radioaktivität verseucht ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8502 0

Ident.-Nr.: 4465

Des weiteren verstößt die geplante Anlage gegen mein Grundrecht auf Schutz von Ehe und Familie.
Da meine Zukunftspläne grundsätzlich auf einer beruflichen wie privaten Existenz in der Region Salzgitter zielen, ist zu erwarten, daß ich mein Ziel eine Familie zu gründen, in dieser Region nicht verwirklichen kann. Denn durch die Auswirkung der Niedrigstrahlung ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine Auswirkung auf meinen Organismus zu erwarten. Damit ist die Bildung defekter Chromosomen nicht auszuschließen. Mißbildungen in der nächsten Generation können die Folge sein. Die Angst, kranke bzw. geschädigte Kinder in die Welt zu setzen, belastet mich so sehr, daß damit in unzumutbarer Art und Weise in meine Entscheidung mit eigenen Kindern eine Familie zu gründen unzulässig eingegriffen wird.
Desweiteren ist eine Beeinträchtigung meiner in Salzgitter-Lebenstedt ansässigen Familie zu befürchten. Auch das Aufrechterhalten der Familienbande ist durch Art. 6 Grundgesetz geschützt. Denn es ist zu erwarten, daß Familientreffen, Besuche und Kontakte, infolge der radioaktiven Strahlung der Anlage Konrad nicht mehr in Salzgitter stattfinden können. Möglicherweise ist meine Familie insgesamt gezwungen, diese Region zu verlassen, so daß zumindest für mich eine wesentliche Verschlechterung der familiären Kontakte schon heute absehbar ist. Familiäre Besuche oder Familientreffen wären der ständigen Gefahr der Gesundheitsgefährdung durch Strahleneinwirkung ausgesetzt.
Ferner fühle ich mich durch die geplante Errichtung des Endlagers Konrad in meinem Grundrecht auf Schutz meines Eigentums und meines Erbrechtes beeinträchtigt und bedroht.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8502

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8502 8400

Ident.-Nr.: 5043

Die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Einwirkungen auf meinen Organismus und seine Zellen durch die Strahlenbelastung und die damit verbundene Gesundheitsgefährdung beeinträchtigen meine Entscheidungsfreiheit in unzumutbarem Maße u. a. in folgenden Punkten:
a) Meine Entscheidungsfreiheit für eine Freizeitbeschäftigung oder ein Hobby im Freien.
Meine Entscheidungsfreiheit, mich freiwillig zugunsten der Allgemeinheit im freiwilligen Rettungsdienst, Katastrophenschutz etc. zu engagieren.
b) Meine Entscheidungsfreiheit für oder gegen die Wahl eines bestimmten Wohnsitzes in räumlicher Nähe zu dem geplanten Atommüllendlager oder einer Transportstrecke.
c) Meine Entscheidungsfreiheit für oder gegen die Wahl eines Arbeitsplatzes in räumlicher Nähe zu dem geplanten Atommüllendlager oder einer Transportstrecke.
d) Meine Entscheidungsfreiheit für oder gegen die Wahl eines Reise-, Ausflugs- oder Urlaubszieles in räumlicher Nähe zum Atommüllendlager SCHACHT KONRAD oder einer Transportstrecke.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8502 0 0

Ident.-Nr.: 5419

Durch das Endlager wird Salzgitters Aufstieg in der Touristenbranche gestoppt, da, falls radioaktive Strahlung austritt bzw. ein erhöhtes Transportrisiko besteht, keine Touristen mehr nach Salzgitter kommen werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8502 0 0

Ident.-Nr.: 5492

Denkbar sind in diesem Zusammenhang besonders auch "Rufmordschäden": allein die Tatsache, daß Erzeugnisse aus einer bestimmten Region stammen, kann dazu führen, daß sie gar nicht mehr oder nur ungern und unter Preisabschlägen gekauft werden. Wie sensibel dieser Bereich ist und wie stark die Meinungsbildung durch die Medien, wird deutlich, wenn man sich an den Hormonkälber- und Fischwürmer"skandal" erinnert. Für den Fall, daß Schacht Konrad doch genehmigt wird, fordern wir schon heute Ausgleich für Nachteile und Schäden, die aus der beschriebenen Marktsituation entstehen sei es durch tatsächliche Schädigung oder durch Rufmord.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8502 8400 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8502

Ident.-Nr.: 5506

Die Region wird zunehmend negativ belastet.
Durch Asse II, Buschhaus, Ilsede, Salzgitter, Peine und andere schadstofferzeugende Industrieanlagen ist die Bevölkerung vorbelastet, also bereits "industrieerfahren". Ein Synergismus der Schadstoffbelastungen ist jedoch nirgendwo untersucht. So verkommt die Region zur Müllkippe der Nation und vielleicht sogar Europas.
Um dieses wieder auszugleichen, hier gleich ein Vorschlag für die Beteiligung der Atommanager und Politiker bzw. deren Beweis und Beitrag für die Sicherheit der Anlage: Sie haben sich zu verpflichten, ihren Wohnsitz auf bzw. neben dem Gelände zu nehmen und verpflichten auch gleichzeitig ihre Kinder und Kindeskinder zu einem solchen Verhalten.
Weiterhin nimmt der Bundesrat nach achtjähriger Entscheidungsvertagung seinen Sitz in Bleckenstedt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8502 0 0

Ident.-Nr.: 5667

Wir gehen davon aus, daß bei einer Genehmigung des Atommüllendlagers unsere sozialen Kontakte zu verantwortungsbewußten Eltern aus anderen gebieten stark nachlassen werden. Wir gehen von unserer eigenen Reaktion aus, nach Tschernobyl von Besuchen in Richtung Osten mit Kindern abzusehen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8502 0 0

Ident.-Nr.: 5827

Entlang der Aue, in die das radioaktive Schachtabwasser ungereinigt eingeleitet werden soll, befinden sich Fuß- und Radwege, die auch von mir und meiner Familie benutzt werden. Wir befürchten, daß wir gesundheitliche Schäden (Krebs) davontragen, wenn wir die Wege entlang der Aue benutzen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8502 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8502

Ident.-Nr.: 6097

7/41
Die zukünftige Nutzbarkeit der Eisenerzlagerstätte im Bereich des geplanten Endlagers wird durch die Errichtung des Endlagers unmöglich oder doch stark beschränkt. Die Fortschreibung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation auf dem Eisenerzmark in die Zukunft und die daraus abgeleitete Unwirtschaftlichkeit der Lagerstätte (S. 3.1.10.1-4) ist nicht zulässig, da wirtschaftliche Randbedingungen sich bekanntermaßen schnell ändern können. Im übrigen werden in der Bundesrepublik Deutschland noch Erze mit geringerem Eisengehalt als in der Lagerstätte Konrad im Untertagebau gefördert (Grube Wohlverwahrt-Nammen, Fe-Gehalt ca. 6-20%, Fe-Gehalt bei Konrad: bis zu 40%).

7/42
Es kann nicht sicher ausgeschlossen werden, daß im basalen Zechstein oder im Präzechstein Erdgas vorkommt (S.3.1.10.1-6). Diese möglichen Vorkommen können im räumlicher Beziehung zum geplanten Endlager stehen, so daß ihre Ausbeutung durch das Endlager u.U. verhindert würde.

7/43
Insgesamt ist im Plan nicht nachgewiesen, daß durch die Einrichtung des Endlagers zukünftig wirtschaftlich bedeutende Rohstoffe (v.a. Fe-Erz, Kohlenwasserstoffe) nicht beeinträchtigt werden. Der alleinige Bezug des Plans auf die heutige Wirtschaftlichkeit ist unzureichend.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8502 4900 0

Ident.-Nr.: 7474

Falls es wirklich zur Einlagerung kommen sollte, so ist aus unerer Sicht ein Ausgleich zu schaffen durch
- Anpflanzung eines Waldes als Sicht- und Windschutz zur optischen Verbesserung des Schachtanblicks.
- Förderung der umliegenden Dörfer durch
  z.B. Bau von Rad/Fußwegen an den drumliegenden Straßen, großzügige Dorfverschönerungsprogramme

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8502 8900 6400

Ident.-Nr.: 8543

Ökologische Auswirkungen

Durch den Übergang der radioaktiven Substanzen in den Ökokreislauf befürchten wir Schädigungen für die in der Region noch vorhandene Tier- und Pflanzenwelt. In diesem bereits jetzt schon durch Zersiedelung, Industrie, landwirtschaftliche Nutzung und Verkehr stark belasteten Gebiet muß der Erhalt der noch vorhandenen Natur ein wesentliches Ziel sein. Laut Plan des BfS (Ziff. 3.1.4) befinden sich einige Natur- und Landschaftsschutzgebiete bereits in dem 5-km-Radius um die Anlage. Weitere sind dort geplant. Darüber hinaus sind landesweit und regional wertvolle Bereiche für den Naturschutz ausgewiesen. Nicht ausgewiesen aber vorhanden sind etliche solcher Gebiete in dem weiteren Umkreis um

Texte zum Sachgebiet Nr. 8502

die Anlage.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8502 2200 0

Ident.-Nr.: 8543

Soziale Folgewirkungen

Die hierdurch zwangsläufig entstehende langfristige Arbeitslosigkeit würde die soziale Struktur der gesamten Region nachhaltig verschlechtern. Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche wären zu erwarten. Kosten, die durch steigende Arbeitslosen- und Sozialhilfebeträge, durch steigende Kriminalitätsraten etc. entstünden, müßte der Steuerzahler tragen. Durch die von der Radioaktivität hervorgerufenen erhöhten Krankenraten und die durch Abwanderung der Jugend hervorgerufene überproportionale Überalterung der Region kämen weiterhin erhöhte Kosten im Gesundheits- und Pflegebereich dazu, die die Versichertengemeinschaft tragen müßte.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8502 0 0

Ident.-Nr.: 8701

Durch eine Atommüllendlagerung in SCHACHT KONRAD würde Salzgitter das letzte bißchen Ansehen, das es als Stadt noch genießt, verlieren. (Salzgitter, die strahlende Stadt im Grünen)

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8502 0 0

Ident.-Nr.: 8702

So wird z. B. im Rahmen der Entwicklungstendenzen der Bevölkerung (3.1.3. Bevölkerungskriterien) "für die Stadt Salzgitter bis 1995 eine Bevölkerungsabnahme von 10 % erwartet." Als letzte aktuelle Zahl wurde im Rahmen der Volkszählung von 1987 eine Einwohnerzahl von 111000 genannt. Tatsächlich beträgt die aktuelle Bevölkerungszahl Salzgitters mittlerweile 117000 Tendenz steigend!
Durch die Errichtung eines Atommüllendlagers in Salzgitter würde diese Entwicklung durch das berechtigte negative Image beendet und damit die wirtschaftliche Situation der Bevölkerung und damit auch meine persönliche gefährdet.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8502 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8502

Ident.-Nr.: 9026

In unserer Region gibt es schon eine erhebliche Zahl von Mülldeponien. Die Fa. Rethmann will sich auch hier ansiedeln. Ich habe die Befürchtung daß Südostniedersachsen die "Dreckecke" Deutschlands oder Europas werden soll.
Und da niemand in so einer Umgebung wohnen will, wird die Abwanderung de Arbeitskräfte, später auch der Betriebe, erfolgen. Ich fürchte dann auch eine hohe Arbeitslosenzahl in unserer Region.
Schon jetzt gibt es die "besseren" Arbeitsplätze nur im Süden Deutschlan und ich meine, daß sich diese Entwicklung noch fortsetzt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2300 8502 0

Ident.-Nr.: 9060

Durch die Kontaminierung wird an Gartenbestllung, wie auch an Wäschetrocknen im Freien nicht mehr zu denken sein.
Die möglichen Diskreminierungen, nach dem Motto: "Das sind doch die, die bei Schacht Konrad wohnen", dürfen nicht vergessen werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8502 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8503

Ident.-Nr.: 92

Es besteht eine Gefahr für meinen Arbeitsplatz im VW-Werk Beddingen, da der Betrieb abwandern könnte.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8503 0 0

Ident.-Nr.: 277

Wegen der Errichtung des Atommüllendlagers sehe ich eine Gefahr für meinen Arbeitsplatz durch Abwanderung des Betriebes.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8503 0 0

Ident.-Nr.: 404

Das vorgesehene Schachtgelände ist außerdem in seinem Umkreis Standort einer größeren Zahl von ansässigen Wirtschafts- und Industrieunternehmen die bei einer Evakuierung des Gebietes nicht mehr produzieren könnten, was zu ungeheuren Verlusten für diese Region als Industrie- und Wirtschaftsstandort bedeuten würde.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8503 0 0

Ident.-Nr.: 423

Durch die Einlagerung wird es dazu kommen, daß Betriebe diese Region verlassen. Die dadurch folgenden wirtschaftlichen Beeinträchtigungen dieser Region bin ich als Beschäftigter der Deutschen Bundespost direkt betroffen. Eingeschränktes berufliches Fortkommen ist nur eine der negativen Auswirkungen, unter der ich zu leiden hätte.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8503 0 0

Ident.-Nr.: 736

Wie Ihnen bekannt sein dürfte, wird in der Gegend Vechelde, Salzgitter und Braunschweig auf eine gute Zuckerqualität viel Wert gelegt. Bei einem Transportunfall bzw. bei einem Unfall bei der Einlagerung, könnte für die Zuckerfabrik Wierthe ein nicht auszurechnender Schaden entstehen. Dieser Schaden könnte soweit gehen, daß weniger Zuckerrüben angebaut werden, daß der Absatz von Zucker aus dieser Region erheblich zurückgehen würde. Was wiederum zur Folge hätte, daß ein Großteil der annähernd 300 Arbeitsplätze in Wierthe gefährdet sein würden.
Viele der in Wierthe beschäftigten Arbeitnehmer haben sich in Vechelde, Salzgitter und weiteren umliegenden Ortschaften ein Haus gebaut. Wir sehen eine Wertminderung der Grundstücke wegen der Gefahren der Strahlenbelastung und auftretender Stör- und Unfälle.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8503 0 0

Ident.-Nr.: 1193

Mein Arbeitsplatz ist an der Fachhochschule in Hildesheim. Dies bedeutet, daß ich regelmäßig mit meinem Pkw durch das Industriegebiet Salzgitter zu meiner Arbeitsstätte fahren muß. Durch die Schachtanlage KONRAD bin ich damit einer erhöhten Strahlenbelastung ausgesetzt. Bei Unfällen (z.B. Verkehrsunfällen mit Atomabfalltransporten und ähnlichem) und damit verbunden einer weiträumigen Absperrung des Gebietes bin ich gezwungen große Umwege zu fahren. Dies hat für mich zusätzliche finanzielle Belastungen und Verluste (z.B. Mehrkosten auf dem Weg zur Arbeit, größerer Zeitaufwand, den ich ansonsten für mich nutzen könnte) zur Folge.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8503 0 0

Ident.-Nr.: 1442

WIR SEHEN DURCH DIESE PLANUNG UNSERE MITGLIEDER - UND MITTELBAR UNSERE MEG - außerdem in ihren Rechten verletzt, denn

-Eigentum, Nutzugsrechte und Tiergesundheit stehen bei den uns und der Meiereizentrale vertraglich im Rahmen der Referenzmengen verpflichteten Erzeugerbetriebe auf dem Spiel;

-Schutzvorrichtungen gegen in Boden, Wasser, insbesondere auch Grundwasser, Luft und Bodenaufwuchs zwangsläufig betriebs- und endlagerbedingt eindringende Radionuklide fehlen oder sind unzureichend. Schadstoffvorbelastungen dieser Materien sind nicht oder nur mangelhaft erforscht und dargestellt, mögliche Wechselwirkungen zwischen Radionukliden bzw. Strahlungen und solchen Schadstoffen sind nicht untersucht und nicht risikobewertet.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8503 2400 2710

Ident.-Nr.: 1579

In den möglichen ökologischen und ökonomischen Auswirkungen der geplanten Endlagerung in unserer unmittelbaren Umgebung sehen wir eine Bedrohung für unseren Standort und die ca. 10.000 Arbeitsplätze. Ein Störfall beim Betrieb der Anlage könnte die Stillegung der gesamten Motorenproduktion erfordern oder gar zur Schließung des Standortes führen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8503 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8503

Ident.-Nr.: 1861

Darüberhinaus halte ich das Atommüllager auch ökonomisch für eine äußerst negative Belastung der Region, in der wir leben. Das Lager wird in keinster Weise nennenswerte Arbeitsplätze schaffen, ganz im Gegenteil, das Lager gefährdet bestehende Arbeitsplätze. Der Tourismus wird mit Sicherheit diese Region meiden, damit wird aber auch eine für den Einzelhandel nicht unwichtige Käuferschicht ausbleiben. Neue Industrien werden sich kaum in der Nähe von Gefährdungsobjekten ansiedeln, kein Arbeitgeber wird seine Beschäftigten ohne Not einem Sicherheitsrisiko eines Atommüllagers aussetzen.
Als Gewerbetreibender fühle ich mich geschädigt durch die Stigmatasierung einer Region als Müllplatz der Atomindustrie, dementsprechend erwarrte ich von einem Genehmigungsverfahren eine Untersuchung der sozioökonomischen Folgen der Einrichtung eines Atommüllendlagers.
Ich kann der Einrichtung eines Atommüllendlagers im SCHACHT KONRAD aufgrund der dargebrachten Einwände in keiner Weise zustimmen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8503 0 0

Ident.-Nr.: 1879

Abgesehen von dieser Einschränkung unseres Rechtes auf Leben und körperliche Unversehrtheit hat die Errichtung des Atommüllendlagers SCHACHT KONRAD für uns auch Minderungen der Wohnqualität und finanzielle Nachteile zur Folge: wenn durch die geplanten Maßnahmen die Attraktivität unserer Region weiter sinkt, müssen wir damit rechnen, daß die Schülerzahlen am Gymnasium Salzgitter-Bad zurückgehen und wir als verbeamtete Lehrer dieser Anstalt zwangsweise versetzt werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8503 0 0

Ident.-Nr.: 2565

Desweiteren ist eine Inbetriebnahme des geplanten Endlagers eine Verletzung des Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz (Niemand darf wegen seines Geschlechtes,...,seiner Heimat und Herkunft,... benachteiligt oder bevorzugt werden.). Die Inbetriebnahme des Endlagers hätte sicherlich eine erhebliche Abwanderungsbewegung aus der Region zur Folge. Da ich in dieser Region ein Gewerbe betreibe, müßte ich mit Umsatzeinbußen von 50% im regionalen Geschäft rechnen. Dies stellt die erhebliche Benachteiligung gegenüber einem Mitbürger dar, der das gleiche Gewerbe in z. B. München betreibt. Eine Umsiedlung meines Betriebes zur Behebung dieser Einbußen wäre mit erheblichen Kosten verbunden und ist außerdem nur eine unbefristete Alternative, da mit Artikel 2 Absatz 1 des Grundgesetzes die freie Entfaltung meiner Persönlichkeit garantiert und ich mich für den Betrieb dener Gewerbes in dieser Region entschieden habe.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8503 1500 0

Ident.-Nr.: 3215

Die Bereitschaft der bauwilligen Bürger ein Bauprojekt in dieser Region zu beginnen sowie der vermehrte Einsatz von umweltbewußten Baustoffen und Energiesystemen wird stark schwinden. Somit sind auch wir in unserer geschäftlichen Entwicklung im Bereich der Bauökologie stark beeinträchtigt, z.T. werden wir unserer Geschäftsgrundlage beraubt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8503 0 0

Ident.-Nr.: 3215

Der Einsatz von sorptionsfähigen Baustoffen kann nicht mehr empfohlen werden, da die Außenluft gerade auch bei Normalbetrieb des Atommüllendlagers im zunehmenden Maße mit Radioaktivität kontaminiert wird, die sich wiederum in den oben genannten Baustoffen anreichert und somit eine stark gesundheitsgefährdene Belastung für den Bewohner abgibt, da die Radioaktivität im Gegensatz zu anderen gesundheitsgefährdenen Gefahrenstoffen nicht im Baustoff gebunden werden kann. Als Folge können wir mit allen anderen Naturbaustoffanbietern wie auch Architekten des ökologischen Bauens weder unbedenkliche Produkte und unbedenkliche Bauweise abgeben. Damit sind wesentliche Eingriffe in unserer Geschäftsgrundlage vorhanden, die eine Aufgabe von Betrieben samt Mitarbeitern nach sich ziehen wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2000 8503 0

Ident.-Nr.: 3241

Die Zukunft von Arbeitsplätzen in Salzgitter und damit die wirtschaftliche Zukunft der Region werden mit der Inbetribnahme von Schacht Konrad als Atommüllendlager in höchstem Maße gefährdet.
Ich beurteile die wirtschaftliche Situation der Region wie folgt:

- Bei der Errichtung des Atommüllendlagers Schacht Konrad würde die industriepolitische Zukunft der Region auf Abfall- und Entsorgungsindustrie ausgerichtet.
- Das Beschäftigungspotential der Region ist jedoch in anderer Richtung qualifiziert.
- Ansiedler wie Elektroindustrie, Autozulieferer würden gehemmt zu investieren.

In einer Region, die traditionell (jeder 2. Arbeitsplatz) auf Autoindustrie ausgerichtet ist, birgt die zukünftige Entwicklung industrie- und arbeitsmarktpolitische Gefahren, d. h. u. a. steigende Arbeitslosigkeit. Als in Verantwortung stehender Gewerkschaftler, sowohl den einzelnen Kolleginnen und Kollegen gegenüber als auch gegenüber der Gesellschaft sehe ich es als meine Pflicht an, mich mit allen mir zur Verfügung stehenden Möglichkeiten gegen die Errichtung des Atommüllendlagers Schacht Konrad zur Wehr zu setzen. Gespräche mit arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen gehören leider jetzt schon zu meiner alltäglichen Berufserfahrung. Obwohl die IG-Metall das in ihren Kräften stehende tut, um die Folgen abzumildern bzw. es nicht dazu kommen zu lassen, so stellt das stei-

gende Problem der Arbeitslosigkeit doch auch für mich eine große seelische Belastung dar (s. 1).

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8503 0 0

Ident.-Nr.: 6277

-ich habe Pläne und ein konkretes Konzept für die Gründung eines Unternehmens im Bereich alternative Technologie, die ich aus verständlichen Gründen hier nicht offenlegen kann (ich bin jedoch bereit, dieses vor einem zum Schweigen verpflichtetem Notar zu tun). Dieses Unternehmen kann ich aufgrund meiner vielfältigen Kontakte zu Einzelpersonen, Firmen, Vereinen, der Stadtverwaltung und dem Land Nds. sowie der spezifischen Situation in Braunschweig nur in Braunschweig und sonst nirgends gründen. Ein Umzug würde mir das daraus entstehende Einkommen vollständig entziehen. Außerdem entfielen einige neue Arbeitsplätze.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8503 0

Ident.-Nr.: 6282

Ich bin schon über mehrere Jahre hinweg in Braunschweig wohnhaft. Mein gesamter Freundes- und Bekanntenkreis befindet sich hier. Ich kann daher davon sprechen, hier mein persönliches Zuhause zu haben, in dem ich mich wohlfühle und wo ich bleiben möchte. Zudem habe ich bereits einen Studienplatz zum Oktober '91 an der Technischen Universität Braunschweig. Nach Beendigung der Hochschulausbildung möchte ich gerne in Braunschweig als Lehrerin für die gymnasiale Oberstufe tätig sein. Eine Anstellung am Braunschweig-Kolleg (Gymnasium für Erwachsene) strebe ich bevorzugt an.
Sollte es zu Atommüllendlagerung in Salzgitter kommen, sähe ich mich gezwungen, mein Domizil in ein weniger gefährdetes Gebiet zu wechseln. Hierbei fielen hohe Umzugskosten an, verbunden mit schwerwiegenden persönlichen Verlusten (vertraute Umgebung, Freunde, Bekannte, Verein). Auch zieht ein Studienortwechsel immer mehr oder weniger große Schwierigkeiten nach sich. Es käme zu Verlust meiner persönlichen und beruflichen Perspektive.
Ein Arbeitsplatz am Braunschweig-Kolleg wäre undenkbar, da sich dieses in der Nähe des Braunschweiger Güterbahnhofs befindet, der zum Hauptumschlagplatz für Atommüll werden soll. Das Gleis von Braunschweig nach Salzgitter führt wenige Meter vom Unterrichtsgebäude entfernt über die Wolfenbütteler Straße. Hier würde der Atommüll täglich vorbeitransportiert werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8503 8330 0

Ident.-Nr.: 6305

Das Recht auf Arbeit ist sowohl für meine Frau als auch für mich beschnitten:
- meine Frau betreibt ein Naturkostfachgeschäft in Wolfenbüttel und ist durch das Endlager in ihrer Existenz gefährdet,

Texte zum Sachgebiet Nr. 8503

- ich bin an der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel als Ingenieur beschäftigt. Mein Arbeitsplatz ist schon durch die Planung als auch durch den Betrieb aber besonders durch einen Unfall mit Atommüll in und um Schacht Konrad gefährdet, da in den genannten Fällen die Studentenzahlen zurückgehen oder die Hochschule aufgelöst bzw. verlegt werden muß.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8503 0

Ident.-Nr.: 6306

Die Felder der mich beliefernden Biobauern liegen ca. 25 - 30 km von Schacht Konrad entfernt in westlicher Richtung (Elmvorland). Radioaktiv belastete Regenwolken würden vorwiegend in diesem Gebiet abregnen und den Boden verseuchen.
Da die Radionuklide aus dem Diffusor der Anlage mit der ohnehin schon stark verschmutzten Abluft aus den Betrieben der Hüttenanlage von P&S zusammentreffen, halte ich es für eine üble Unterlassungssünde, daß Synergismen (im Sicherheitsbericht der PTB nicht aufgeführt), überhaupt nicht untersucht wurden.
Durch das Abwandern meiner bewußt lebenden Kunden aus dieser geschändeten Region (Asse/Morsleben/Schering/P&S/Konrad?!) ist die Existenz meines Naturkostfachgeschäftes und somit meine Existensgrundlage fragwürdig, zum anderen fühle ich mich als Inhaberin eines Naturkostladens völlig unglaubwürdig, wenn ich Lebensmittel, die radioaktiv verseucht sind, als "Bio-Kost" anbieten soll.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8503 2300 0

Ident.-Nr.: 7604

Die Region wurde durch das Stahlwerk nach dem 2. Weltkrieg am Leben erhalten. Hierfür wurde von den damaligen Arbeitern viel Energie aufgebracht. Der Dank liegt in einem Atommülllager. Wer hier wohnt, sich eine Existenz aufgebaut hat, ohnehin in Salzgitter durch den Schmutzausstoß der Hüttenwerke mehr belästigt wird als in einer anderen Region, muß nicht auch noch durch ein Atommüllager gefährdet werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8503 0 0

Ident.-Nr.: 8543

Persönliche Berufsrisiken

Als Polizeibeamter sehe ich mich darüber hinaus neuen, nicht hinnehmbaren Berufsrisiken ausgesetzt.

Wie gerade dargelegt, ist ein Transportunfall mit der Freisetzung radioaktiven Inventars auf dem Gebiet der Polizeidirektion Braunschweig, der ich angehöre, oder ein Stör- bzw. Unfall mit Auswirkung auf dieses Gebiet nicht auszuschließen. Bei dann zu treffenden Maßnahmen direkt am

Texte zum Sachgebiet Nr. 8503

Unfallort (z.B. Erste Hilfe, Absperrmaßnahmen, Verkehrsmaßnahmen) oder Folgemaßnahmen (Sperrungen, Verkehrsumleitungen, Evakuierungsmaßnahmen etc.) könnte ich persönlich eingesetzt sein. Die zu erwartende Strahlungsintensität am Unfallort würde zu erheblichen Gesundheitsschäden führen. Bei derartigen Einsätzen werden Einsatzkräften ohnehin erheblich höhere Dosen als der "Normalbevölkerung" zugemutet.

Es existiert z.Zt. lediglich ein für derartige Vorfälle ausgebildeter und ausgerüsteter sog. "ABC-Trupp" innerhalb der Behörde. Dieser versieht nicht rund um die Uhr Dienst und kann wegen seiner personellen Ausstattung keine ständige Präsenz gewährleisten. Bei Unfällen muß deshalb stets eine Vorlaufzeit eingeplant werden, innerhalb derer Maßnahmen von nicht speziell hierfür ausgebildeten und in keinerlei Weise geschützten Beamten durchgeführt werden müssen.

Weitere denkbare dienstliche Tätigkeiten in diesem Zusammenhang sind
* Lotsung/Transportbegleitung
* Objektschutzmaßnahmen.

Eine Ausschöpfung des gegenüber der "Normalbevölkerung" deutlich höheren Strahlengrenzwertes würde über Jahre hinaus zu einer erheblichen Gesundheitsgefährdung führen. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Aussagen im Zusammenhang mit den Gefahren radioaktiver Niedrigstrahlung unter 1.1.

Die derzeitige angespannte Personallage im Polizeibereich läßt zudem befürchten, daß sich in Zukunft bei einer Häufung gerade geschilderter Einsätze selbst bisher geltende Grenzwerte nicht mehr einhalten lassen. Die z.Zt. schon besorgniserregende Situation (Deutsche Polizei, Nr. 7/91 S. NS2: "Unter Berücksichtigung des Fehls von 47 Einstellungen aus April 1991 müßten zum 1. Oktober rd. 230 Anwärter eingestellt werden. Zur Zeit gibt es aber erst ca. 160 geeignete Bewerber...es (sei) nicht einmal mehr möglich, die natürlichen Abgänge durch Pensionierungen pp. zu ersetzen.") dürfte sich bis zur geplanten Inbetriebnahme des Endlagers 199 noch nicht gebessert haben. Nach derzeitigen Prognosen ist eher mit eine Verschlechterung zu rechnen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8503 8603 0

Ident.-Nr.: 8740

Ich führe in Vechelde ein Einzelhandelsgeschäft im Bereich Schreibwaren. Mein Augemerk richtet sich hauptsächlich auf das außerordentlich große Transportproblem. Mein Geschäft befindet sich nämlich in mittelbarer Nähe des Bahnübergangs Vechelde.
Da ich noch eine junge Geschäftsfrau bin, handelt es sich hierbei wirklich um ein Existenzproblem! Besser ausgedrückt Existenzangst!!
Denn selbst, wenn ich mich um einen adäquaten Standort in anderer Umgebung bemühte, wäre ich im Bereich Vechelde immer wieder mit diesem Problem konfrontiert.
Um meinen Sorgen Abhilfe zu schaffen, müßte ich außerhalb der Gemeinde Vechelde einen Neubeginn wagen.
Leider ist mir dies z. Zt. zwecks noch nicht getilger Schulden nicht mögich und so besteht für mich sozusagen "freiwilliger Zwang" alles so hinzunehmen!

Texte zum Sachgebiet Nr. 8503

Deshalb appeliere ich nochmals eindringlich an Sie, dieses Problem zu prüfen.
Und insbesondere auch wirtschaftliche Punkte sind in die Beratung einzubeziehen.
Falls noch mehere Geschäftsleute sich mit dem Gedanken befassen, sich einen anderen Standort zu wählen - und davon ist auszugehen- wird sich dies auch hinsichtlich der Gewerbesteuer bemerkbar machen! (Da dies nur außerhalb der Gemeinde Vechelde möglich)

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8503 0

Ident.-Nr.: 8742

Ich befürchte finanzielle Einbußen durch Verlust oder Verlagerung meines Arbeitsplatzes: Durch den Betrieb des Atommüllendlagers SCHACHT KONRAD oder einen eventuellen Strahlenunfall ist zu erwarten, daß die unmittelbare Region Salzgitter hinsichtlich ihres Wohnwertes an Attraktivität verliert, so daß im schulischen Bereich Schließungen von Schulen nicht verhindert werden können. Dadurch wäre mein Arbeitsplatz als angestellte Lehrerin in Salzgitter gefährdet und mithin meine Existenz und die meine Kinder.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8503 0 0

Ident.-Nr.: 8750

Schon jetzt ist die Arbeitsbelastung im Heim immens (Stichwort Pflegenotstand), es ist extrem schwierig neue Mitarbeiter für ein Pflegeheim auf dem "Dorf" zu finden. Diese Situation wird sich durch die möglichen Gefahren verschärfen. Es ist zubefürchten, daß sogar Mitarbeiter aus diesem Grund den Arbeitsplatz wechseln.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8503 0 0

Ident.-Nr.: 8861

Neben zahlreichen Sicherheitsbedenken unterschiedlichster ARt, stehen für mich aber markante wirtschaftliche Einbußen an, falls das Atommüllendlager SCHACHT KONRAD in Tätigkeit geht.

Kein Hotelgast wird freiwillig sich in solch unmittelbarer Nähe einmieten - es sei denn, er sei aus persönlichen Gründen dazu gezwugen.
Sollte ich zum anderen bei der gewaltigen Hypothekenbelastung zum Verkauf gezwungen sein- bitte: wer würde einen Betrieb in solch einem Umfeld kaufen? Wenn überhaupt, dann doch wohl nur zu einem Bruchteil des eigentlichen Wertes.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8503 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8503

Ident.-Nr.: 8931

Unbekannter ist vielleicht, daß in unmittelbarer Nähe von Konrad Lebensmittelindustrie angesiedelt wird. Die US-Firma Cargil beabsichtigt mit Unterstützung der Stadt Salzgitter und dem Land Nds., eine Rapsmühle und Malzerei am Beddinger Hafen zu bauen. Geplant ist u. a. die Verarbeitung einheimischer Braugerste. Na, dann prost. Offiziell werden hier keine Zusammenhänge zu Konrad gesehen, nur die Arbeitsplätze sind im Blick.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8503 0 0

Ident.-Nr.: 8967

Als biologisch wirtschaftende landwirtschaftliche Hofgemeinschaft sehen wir durch die Errichtung des Atommüllendlagers SCHACHT KONRAD unser ökonomische Existenz bedroht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8503 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8504

Ident.-Nr.: 83

Wir fühlen uns in unserem Grundrecht auf Schutz des Eigentums beeinträchtigt, weil durch die Atommülleinlagerung und die Atomtransporte von und nach Braunschweig unser Haus und Grundstück akut gefährdet wären. Durch die Nähe zum Güterbahnhof würde der kleinste Atomunfall unser Eigentum unbewohnbar machen. Aber auch allein durch die ständig erhöhte Radioaktivität entstände nicht nur eine gesundheitliche Gefährdung, sondern der südliche Stadtrand von Braunschweig würde auf Dauer vom Wohnwert her sehr unattraktiv werden, und unser Grundeigentum einen enormen Wertverlust erleiden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2600 8504 0

Ident.-Nr.: 200

Ich fühle mich in meinem Grundrecht auf Schutz des Eigentums beeinträchtigt, weil bei einem eventuellen Transportunfall des Atommüllzuges auf dem Güterbahnhof Braunschweig jederzeit mit freigesetzter, hochgradig radioaktiver Strahlung zu rechnen ist.
Mit einer Evakuierung größerer Wohngebiete innerhalb Braunschweigs, worunter ich auch meine Wohnung zähle, wäre zu rechnen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8320 8504 8600

Ident.-Nr.: 451

Ich fühle mich in meinem Grundrecht auf Schutz des Eigentums beeinträchtigt, weil auf dem dann "größten Umschlagplatz für Atommüll", dem Braunschweiger Hauptgüterbahnhof, jederzeit ein Unfall, z.B. durch menschliches Versagen, Materialermüdung oder einem Rangierunfall geschehen kann. Durch die dann entstehende Verstrahlung wäre mein Eigentum, mein Haus, Grundstück und persönliche Dinge, nicht mehr zu nutzen oder zu verwenden. Weiterhin wird eine Wertminderung meines Hauses und Grundstückes eintreten. Den eventuellen finanziellen Schaden mache ich hiermit bereits geltend.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8504 8300 0

Ident.-Nr.: 1197

Dadurch wird die Attraktivität der Region Braunschweig (weiter) verringert. Die Menschen fühlen sich in der Region nicht mehr wohl und ständig bedroht.
Es besteht die Gefahr einer Anhäufung von umweltschädigender Industrie in einem dichtbesiedelten Gebiet:
Müllverbrennungsanlage, Sondermülldeponie, Atommüllendlager, Zwischenlager, ...

Das geplante Endlager SCHACHT KONRAD trifft auf breiten Widerstand in der Bevölkerung. Die Durchsetzung des Projekts wird deshalb nur mit Ge-

Texte zum Sachgebiet Nr. 8504

walt möglich sein.
Ein Klima der Gewalt wird dadurch in der Region Braunschweig geschaffen. Daraus folgt ein weiteres Absinken der Lebensqualität. Wir betrachten es als undemokratisch, dieses Projekt gegen den Willen einer breiten Mehrheit der Bevölkerung der Region (siehe z.B. die Resolution des Rates der Stadt Braunschweig zum Endlager SCHACHT KONRAD) durchzusetzen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8504 0 0

Ident.-Nr.: 1794

Die Zukunft von Braunschweig als Forschungsstandort ist damit stark gefährdet und eine Verlagerung zahlreicher Arbeitsplätze in andere Regionen zu befürchten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8504 0 0

Ident.-Nr.: 6283

Ich arbeite in der Berufsfachschule Chemie und Pharmazie. Durch die geplante Anlage wird die Qualität des Standortes Braunschweig verschlechtert (z. B. durch Risiken durch Atommülltransporte durch Braunschweig, Risiken beim Betrieb der Anlage, Risiken bei Störfällen). Viele Schülerinnen und Schüler dieser Schule kommen nicht aus Braunschweig. Die durch die Anlage verminderte Attraktivität von Braunschweig könnte potentielle Schülerinnen und Schüler dazu bewegen sich in einer anderen Stadt einen Ausbildungsplatz zu suchen. Damit wäre eine Beeinträchtigung, möglicherweise sogar der Verlust meines Arbeitsplatzes zu befürchten. Mein Mann betreibt ein Ingenieurbüro in Braunschweig. Zum Einen könnte die Firma ebenfalls die zu befürchtenden Standortnachteile zu spüren bekommen und damit das Familieneinkommen gefährdet sein, zum Anderen liegt eine direkte Gefährdung meines Mannes und damit auch der Familie durch die Atommülltransporte vor.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8504 8300 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8505

Ident.-Nr.: 98

Auch als nicht unmittelbarer Nachbar eines Atommüllagers SCHACHT KONRAD sehe ich in diesem Projekt große Gefahren für die Menschen in der Lüneburger Heide und fühle mich daher von dem Projekt betroffen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8505 0 0

Ident.-Nr.: 283

Der Harz als Erholungsgebiet verliert durch diese Immissionen aus dem Endlager an Wert.
Nicht zuletzt entstehen mir und meinen Angehörigen Dauerbelastungen durch den Transport des Atommülls, von dem 75% die 7 km entfernte Stadt Alfeld passieren werden. Gerade die von den Transporten ausgehende Niedrigstrahlung erhöht die Krebsrate, insbesondere bei Kindern (Prof. Sternglas, USA u.a.). Alfeld als Verkehrsknotenpunkt ist Schulort Einkaufsort und Arbeitsort vieler Grünenplaner.
Es besteht die erschreckende Möglichkeit eines Transportunfalls in der Umgebung von Alfeld. Die Folgen für das Leben hier wären gravierend. Auch Grünenplan hätte mit einer erheblichen radioaktiven Verseuchung zu rechnen, wenn mit dem Unfall beispielsweise ein Brand oder eine Explosion einherginge.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8505 8301 0

Ident.-Nr.: 312

Die Errichtung eines derartigen Endlagers und dessen Betrieb bedeutet im näheren und weiteren Umkreis und im Einzugsbereich aller Transportwege eine erhebliche Steigerung der Gefährdung durch radioaktive Strahlung. Dadurch kann mein Leben, meine Gesundheit und mein Eigentum in völlig un zumutbarer Weise belastet werden. Tschernobyl hat gezeigt, daß auch taus Kilometer Entfernung keinen Schutz darstellen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2000 8300 8505

Ident.-Nr.: 1218

Als expandierender Industrie- und Gewerbestandort sowie als bevorzugtes Naherholungsgebiet und Wassersportzenturm für die einheimische und die Hamburger Bevölkerung sieht sich die in ihrer Wirtschafts- und Infrastrukturplanung in nicht hinnehmbarer Weise behindert, solange die unter 1.) dargestelllten Mängel nicht behoben sind und definitiv geklärt ist, wie eine möglich Risiko- bzw. Gefährdungssituation ausgeschlossen oder zumindest minimiert werden kann. Nach Ansicht der Stadt Wedel kann ein Planfeststellungsbeschluß hinsichtlich SCHACHT KONRAD nur Bestand haben, wenn die Planfestellungsunterlagen minutiös alle entscheidungs-

Texte zum Sachgebiet Nr. 8505

relevanten Daten der geplanten Transporte offenlegen, weil nur auf dieser Grundlage beurteilt werden kann, ob und in welchem Umfang sich daraus eine Betroffenheit für die Umgebung ergibt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8505 0 0

Ident.-Nr.: 8776

Durch die Errichtung von SCHACHT KONRAD als Atommüll-Endlager würde mein Lebensraum stark beeinträchtigt. Naherholungsgebiete wie z. B. die Braunschweiger Parkanlagen, der Salzgittersee oder auch die Harzregion würden zur Farce, da auch sie erhöhter Strahlenbelastung unterliegen und mein Aufenthalt dort nicht der gesundheitlichen Regeneration sondern nur einer weiteren Dauerschädigung dienen würde. Daran kann ich kein Interesse haben und lehne auch von daher das vorgesehene Vorhaben ab.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8505 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8506

Ident.-Nr.: 870

Im einzelnen fühle ich mich bedroht durch das Fehlen auch nur halbwegs angemessen hoher Versicherungen oder Rückstellungen für einen finanziellen Ausgleich eventueller Schäden in der tatsächlich möglichen Höhe.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8506 0 0

Ident.-Nr.: 944

Ich fordere eine, der Einzigartigkeit des Vorhabens entsprechende Sicherung meiner Rechte und Ansprüche als eventuell geschädigter Landwirt, wofür meine Berufsvertretung und die Landwirtschaftskammer viele konkrete Vorschläge unterbreitet haben. Ich fordere die ausdrückliche rechtliche Absicherung, daß dieses Endlager der Anlagen im Sinne des Gesetzes über die Umwelthaftung vom 10.12.1990 und damit dessen Ursachenvermutung in § 6 zugeordnet wird, notfalls durch entsprechende Auflagen gegenüber Antragsteller bzw. Betreiber; Schließlich fordere ich eine rechtzeitige Regelung, nach der mir solche Nachteile ausgeglichen und Schäden ersetzt werden, die in der bloßen Tatsache der Transporte, Lagerung, Ein- und Endlagerung der radioaktiven Abfälle ihre Ursache haben, also z.B. bei Wertminderungen meines Grundeigentums neben einem Transportweg oder im vermuteten Einwirkungsbereich der Anlage oder Nichtabsetzbarkeit meiner landwirtschaftlichen Produkte, weil ein Störfall irrtümlich angenommen oder in seinen Auswirkungen überschätzt wurde, kurz: Regelungen jeden Schadens, der auf atommüllbedingtem Rufmord meiner Produkte beruht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8506 0 0

Ident.-Nr.: 959

Für einen Hohn halte ich die Versicherung, daß Schäden, die von dem Betrieb ausgehen, ersetzt werden und deswegen auch ein entsprechender Fond angelegt ist, da naturgemäß die aus diesen Belastungen resultierenden Erkrankungen - Krebs jeder Form und Mißbildungen - letztendlich nicht auf das akute Ereignis zurückzuführen sind und damit jedes Mal nicht mit der gerichtsmäßigen Zwangsläufigkeit auf den Betrieb des Endlagers zurückgeführt werden können. Die rein statistische Zunahme um einen gewissen Prozentsatz gegenüber vorher bzw. anderen vergleichbaren Regionen ohne radioaktive Belastungen reichen dafür regelmäßig nicht aus.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8506 0 0

Ident.-Nr.: 959

Es ergibt sich auch eine finanzielle Folge aus den genannten Risiken, welche sich letztendlich auch auf die vorhandenen Werte, besonders an Grund und Gebäuden niederschlägt. Hier wird zwar ebenfalls auf die Haftpflicht des Betreibers hingwiesen - aber es ist hier letztendlich wie bei den Krankheiten eine schlüssige (rechtsverbindliche)

Texte zum Sachgebiet Nr. 8506

Ursachenangabe kaum möglich, da andere Faktoren in der Preisgestaltung mitspielen (Marktlage etc.). Auf diese wird sicherlich in Einzelrechtsverfahren verwiesen, wobei dann die Einflüsse auf die Marktlage vielfältig genannt werden und das Strahlenrisiko oder Gesundheitsrisiko nur einen Faktor darstellt, der letztendlich als nicht wichtig genug angesehen wird. Ich halte dieses Vorgehen zwar für juristisch vorhersehbar, menschlich nicht nachvollziehbar. Die ganze Region wird unter diesem Einfluß abgewertet. Die Schäden sind nicht bezahlbar.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8506 0 0

Ident.-Nr.: 1505

Wie sieht eigentlich die Hilfe der Regierung aus, falls doch einmal der Ernstfall entsteht (mehrere Möglichkeiten!)?
Wie sieht die Hilfe aus, wenn man nicht mehr in Salzgitter leben kann, kommt die Landesregierung für den entstehenden Schaden auf, der beim Verkauf von Grund, Boden und Eigentum entsteht, weil durch SCHACHT KONRAD das Objekt wertlos geworden ist?
Inwieweit ist die Regierung bei der Beschaffung eines neuen gleichwertigen Arbeitsplatzes behilflich?
Kann die Landesregierung auch für unsere Gesundheit (Gefährdung durch Dauerbestrahlung) und unserer Nachkommen garantieren?
Es gäbe noch viele solcher Fragen, aber die für mich wesentlichsten Punkte habe ich erörtert und verbleibe in Erwartung Ihrer baldigen Rückantwort.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8506 0 0

Ident.-Nr.: 1858

Das bedeutet, daß wie nach der Gefährdungshaftung der Reichsversicherungsordnung eine Umkehr der Beweislast erforderlich wird. Solange die hierfür gesetzlichen Voraussetzungen nicht geschaffen sind und z. B. die durch Leukämie ihres Kindes betroffenen Eltern allein durch die Nähe ihres Wohnortes zum Standort des Endlagers keinen zivilrechtlichen Schadenersatzanspruch gegen die Betreiber erwerben, wende ich mich gegen die Installierung eines Atommüllendlagers in SZ-Bleckenstedt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8506 0 0

Ident.-Nr.: 2491

Die Stadt wird durch die zu erwartenden Atommülltransporte zum Schacht Konrad in vielfältiger Weise beeinträchtigt:

a) Besitzt Grundstücke und Gebäude im Nahbereich der Bundesbahnstrecke.

Insbesondere wären Schulen, Spiel- und Sportplätze, Verwaltungsgebäude, Wohngeäude und gärtnerisch genutzte Flächen von potentiellen Atomtransportunfällen erheblich betroffen.

b) Durch die vorgesehenen Transporte wird die Stadt ihrer Planungshoheit (Bauleitplanung) verletzt. Die Risiken der Atomtransporte müssen nach Inbetriebnahme von Schacht Konrad in dem nach §1 (5) BauGB festgelegt Abwägugsvorgang im Rahmen der Bauleitplanung eingestellt werden. Aufgrud der in einzelnen der o.g. Gutachten dargelegten Risiken könne sich erhebliche Änderungen bei Bebauungsplänen oder Planentwürfen erg ben.

c) Die Stadt wird auch in ihrer Aufgabe, die Trinkwasserversorgung dauer haft zu sichern, beeinträchtigt. Insbesondere ist das im Norden gelegene ausgedehnte Trinkwasser-Schutzgebiet durch die Bahnlinie tangiér so daß nach einem nicht auszuschließenden Atomtransportunfall dieses bisher wichtige Trinkwasser-Gewinnungsgebiet nicht mehr nutzbar wäre.

Vor allem auch dei Bürgerinnen und Bürger können von Atomtransportunfällen in schwerwiegender Weise betroffen werden,denn entlang der Bahnlinie befinden sich zahlreiche Wohn- und Gewerbegebiete. Zwar wird es- nach der herrschenden Rechtsprechung -einer Gemeinde verwehrt, als Sachwalter der Grundrechte ihrer Bürger aufzutreten. Da jedoch diese Beschränkung die Klagebefugnis einer Gemeinde betrifft, wird die Stadt hierdurch nicht gehindert, im vorliegenden Verfahren Einwendungen bzgl. potentieller Gesundheitsverfahren für die Bevölkerung zu erheben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8506 0

Ident.-Nr.: 3121

Unsere zeitliche und räumliche Betroffenheit (schon) innerhalb dieses Einwirkungsbereiches legen wir danach wie folgt dar:
Mindestens 40 Jahre lang sollen die Transport- und Einlagerungsbelastungen und zeitlich unbegrenzt die Endlagerbelastung auf ca. 13.000 ha Zuckerrübenanbaufläche unseres Gesamteinzugsbereiches liegen, das sind etwa 33%, ferner auf vier Rübenannahmestellen mit einer Umschlagsleistung von ca. 9.000 t/d und auf einer Zuckerfabrik (en) mit einer Rübenverarbeitung von ca. 8.000 t/d. Abgesehen von den Landwirten als Zuckerrübenerzeugern und deren Beschäftigten, die wir auf insgesamt 2.500 Arbeitskräfte schätzen, sind insgesamt 330 Arbeitnehmer im Gesamteinzugsbereich für unser Unternehmen tätig, wenn auch z. T. saisonal.
Zuckerrübenanbau ist die Grundlage unserer Produkion. Zwischen den Rübenanbauern und unserer Gesellschaft bestehen wirtschaftliche und rechtlich enge Bindungen, die den Betrieb unseres Unternehmens erst ermöglichen. Dazu gehören Beteiligungen der Rüberanbauer als Aktionäre an unserer Gesellschaft sowie an Aktie gebundene oder aufgrund von Kontingentzuteilungen und Lieferverträgen erwachsende Lieferrechte und -pflichten. Eine wodurch auch immer verursachte erhebliche Reduzierung des Rübenanbaus oder Ausfälle der Anlieferungsmengen, gerade in dem besonders rübenanbaugeprägten o. a. Umkreis, würden einen tiefgreifenden Eingriff in unser Unternehmen bedeuten und

dessen Fortbestand und die Sicherheit seiner Arbeitsplätze gefährden.
Daher wären wir als Unternehmer wie die Rübenanbauer selbst betroffen, die dann ihre Kontingente bzw. ihre Lieferpflichten nicht erfüllen könnten, wenn die Zuckerrüben über die Belastungspfade Abwasser/Abluft-Pflanze-Mensch (hinsichtlich z. B. der Rübenschnitzel auch --> Futter-Fleich-Mensch) durch Radioaktivität tatsächlich "kausal" oder auch nur "vermeintlich" belastet würden, nämlich

1. durch grenzwertüberschreitende Strahlenexpositionen bei normalen Ablauf der Errichtung (einschl. Antransporten) und des Betriebes des Endlagers, einschl. der Endlagerung als Zustand oder in diesen Zusammenhängen aufgrund sog. Störfälle (anormaler Ablauf), aber auch durch Verletzungen des Strahlenminimierungsgebotes
   oder
2. durch die bloßen Tatsachen der Antransporte, Ausladung, Puffer-(Zwischen)lagerung, Einlagerung und Endlagerung dieses schon mengenmäßig erheblichen Gefährdungspotentials, durch irrigerweise angenommene Grenzwertüberschreitungen bei Störfällen, auch verbunden mit Unfällen, Bränden, Naturkatastrophen u. a., schließlich durch politische oder medienbedingte "Übertreibungen", durch Ängste in der Verbraucherschaft usw.; das sind die Grundlagen für einen sog. "Rufmord an Produkten", der unser Unternehmen im gleichen Maße träfe, wie die Zuckerrübenerzeuger selbst.

Im übrigen können in Abluft und Abwasser austretende Radionuklide oder störfallbedingte Strahlenexpositionen auch unmittelbar auf unsere Betriebsstätten, deren Inventar und Rübenlager sowie deren Produkte einwirken, z. B. auf den Rübenumschlag in Salzgitter-Barum und die Zuckerproduktion in Wierthe.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8506 0 0

Ident.-Nr.: 3121

Aus dieser Betroffenheit können sich in konkreten Fällen erhebliche Nachteile, finanzielle Einbußen und gar nicht absehbare Schäden für unsere Gesellschaft und die o. a. Arbeitnehmerschaft, wie auch für den Zuckermarkt, ergeben:
Gegenüber unserer Gesellschaft würden die gesetzlich verbrieften (sog. "absoluten" subjektiven) Rechte auf Eingentum und auf Erhaltung des "eingerichteten Gewerbebetriebes" mit seinem Good Will und seinen Absatzchancen, gegenüber unseren Beschäftigten möglicherweise das Recht auf Gesundheit und humane Arbeitsbedingungen verletzt. Schon der bloße Rufmord an der radioaktiven Unbedenklichkeit unserer Betriebsstätten und Betriebsvorgänge (bis hin zu den Rübentransporten) und vor allem unseres Endproduktes, des Zuckers, würde schwerwiegende wirtschaftliche wie rechtliche Folgen haben. So sind wir z. B. Mitglied der Verkaufsgesellschaft Norddeutsche Zucker GmbH & Co. KG in Uelzen (Nordzucker). Bis auf eine vermarkten alle norddeutschen Zuckerfabriken unter dem Begriff "Nordzucker" ihre Produkte über diese Gesellschaft. Sollte deshalb auch nur ein Teil des "Gesamt-Zuckers" im Zusammenhang mit SCHACHT KONRAD (ruf-) geschädigt werden, dann wäre durch entsprechenden Rufschaden wahrscheinlich der gesamte von der Nordzucker vermarktete Zucker betroffen und damit auch der jener Fabriken, die in dem oben genannten Umkreis keine Einrichtungen betreiben bzw. aus diesem keine Zuckerrüber verarbeiten. Abgesehen

davon könnten wir unsererseits Verpflichtungen, z. B. Lieferverträge, nicht erfüllen und müßten uns vielleicht sogar in aufwendigen Prozessen (Produkthaftung) unser Recht suchen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8506 0 0

Ident.-Nr.: 3121

Schließlich haben wir mit großem Ernst zu Kenntnis genommen, daß sog. Rufschäden an Produkten einer "sozialadäquaten Sonderbelastung" der Region zugerechten werden und grundsätzlich ohne Ausgleiche bleiben sollen; nur bei dem Fall Tschernobyl vergleichbaren Rufschäden sollen "Billigstregelungen" in Betracht kommen. Das halten wir für unzureichend. Wir fordern eine genaue rechtliche und wirtschaftliche Analyse dieser Rufschäden und die Konkretisierung von Fällen norwendigen Ausgleichs, verbunden mit einem Anrecht auf Billigstenschädigungen, ggf. unter der Auflage, einen entsprechenden (zusätzlichen) Ausgleichsfonds zu errichten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8506 0 0

Ident.-Nr.: 3132

Wie dargelegt wäre die Anlage in der in den Planunterlagen festgelegten Form eine hohe Umweltbelastung. Durch die von ihr ausgehenden radioaktiven Strahlungen auch im Normalbetrieb würde die Krankheitsrate in der Region steigen. Unfälle, die fatale Folgen haben könnten, werden eingeplant und von den Verantwortlichen heruntergespielt. Krankheiten und Todesfälle werden zumindest mit dolus eventualis bewußt billigend in Kauf genommen. Ein solches Verhalten erfüllt unseres Erachtens bereits beim ersten Krankheits- oder Todesfall der ausschließlich oder auch auf die Anlage zurückzuführen ist, die Straftatbestände der §§ 211, 212 bzw. §§ 223, 223 a StGB. Die Qualifizierungsmerkmale für den Mord wären Habgier und niedrige Beweggründe (etwa in Gestalt von Machtstreben, politischen Motiven) sowie grausam und mit gemeingefährlichen Mitteln. Die qualifizierenden Merkmale für die gefährliche Körperverletzung sind das gefährliche Werkzeug, das gemeinschaftliche Handeln und die das Leben gefährdende Behandlung. Von einem sozioladäquaten Risiko kann hier nicht die Rede sein! Denn Atomenergie ist nicht generell akzeptiert. Gleiches gilt für die Einrichtung eines Endlagers, bei dem wesentliche Sicherheitsvorkehrungen aus finanziellen Interessen unterlassen werden.
Eine solche Anlage ist nicht genehmigungsfähig - sie ist eine Zeitbombe, von der unvorstellbare Gefahren ausgehen!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8506 8100 1100

Ident.-Nr.: 3166

Der Besitz einer Wohnung (nicht nur das Eigentum), wozu auch der Hausgarten zählt. ist nach Art 13 GG unverletzlich. Mögliche Einschränkungen sind in den Abs. 2 und 3 genau geregelt. Demnach ist es verfassungsmäßig unzulässig, zu erlauben, daß der Wohnraum mit hunderten,

je sogar tausenden Bq vergiftet werden kann.
Der Art. 14 GG gewährleistet das Eigentum und das Erbrecht. Dieses gilt auch für die Wohnung und für jeden Grundbesitz. Auch der Grundbesitz ist vom Grundgesetz geschützt. Es darf nicht erlaubt werden, daß er möglicherweise kummulativ mit radioaktiven Giften verseucht wird, sei es durch die Luft oder durch das Grundwasser.
Für das Erbrecht setzt das Grundgesetz keine zeitlichen Schranken. Es gilt solange wie die Menschheit existiert. Wenn das zuständige Bundesministerium unsere Grundrechte der Atomindustrie opfern will, so müssen wir von unserer Niedersächsischen Landesregierung fordern, daß sie diese Grundrechte schützt, wie es §7 Abs. 2 Ziffer 3 AtG gebietet.
Der Art. 20 Abs. 3 GG gibt ihr nicht nur das Recht dazu, sondern macht es ihr ausdrücklich zur Pflicht.
Es darf nicht so weit kommen, daß wir besorgten Bürger eines Tages von unserem Grundrecht zum Wiederstand nach Art. 20 Abs. 4 Gebrauch machen müssen, um das Lebensrecht unserer Enkel zu erhalten, was Gott verhüten möge!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8506 1500 0

Ident.-Nr.: 3170

§75 Abs. 2, Verwaltungsverfahren G stellt folgendes fest: bei nachteiliger Wirkung des Vorhabens auf das Recht eines anderen, ist der Betroffene für die dadurch entstandenen Vermögensnachteile mit Geld zu entschädigen. Die Immobilienpreise werden in Oelber erheblich sinken. Daher fordere ich Entschädigung, die dem Wert des Besitzes vor dem Planfeststellungsverfahren entspricht. Es muß mir möglich sein, einen gleichwertigen Besitz in einer anderen Gegend erwerben zu können.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8506 0 0

Ident.-Nr.: 5017

Ist tatsächlich und an sich auch rechtzeitig das Gesetz über die Umwelthaftung vom 10.12.1990 (BGBl. 1 S. 2634) erschienen und enthält auch in § 6 eine "Ursachenvermutung"; durch § 18 Abs. 2 wird über seine Anwendung und Haftungsfälle hier interessierender Art ausdrücklich ausgeschlossen.
Nun hat zwar Parl. Staatssekretär Stroetmann drei Ratsherren der Stadt Salzgitter aus unserem Vorstand und unserem jur. Landvolkgeschäftsführer Woitschützke am 18.06. in Bonn zugesagt, "in vertretbarem" Rahmen den Vorstellungen der Landwirtschaft erneut nachzugehen und z. B. die Beweissicherung neu aufzulegen; konkrete Ansätze dazu sind uns aber bis heute nicht bekannt geworden. Auch unsere Forderung nach Abdeckung des zu befürchtenden Rufmordes an unseren Produkten - Bereich Endlager Salzgitter = Landwirtschaft Salzgitter - durch einen Sonderfonds Landwirtschaft ist bisher nicht zufriedenstellend, sondern nur mit dem Hinweis auf die Möglichkeit von "Billigkeitsentschädigungen a la Tschernobyl beschieden worden (während der Bund nach Artikel 106 Abs. 8 GG Gemeinden unserer Region wegen "unzumutbarer

Texte zum Sachgebiet Nr. 8506

Sonderbelastungen" durch Schacht Konrad bereits Millionenbeträge auszahlt!).

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8506 0 0

Ident.-Nr.: 5506

Wenn Sie als Genehmigungsbehörde eine Langzeitgarantie übernehmen und auch nur für 100 Jahre im voraus planen, so möchte ich, um meinen eventuellen Kindern und Kindeskindern eine "garantierte" spätere Entschädigung zu gewährleisten, schon heute eine lückenlose Bekanntgabe der auszahlenden Stellen, deren Anschriften, die Namen der zukünftigen Direktoren, Abteilungsleiter und Sachbearbeiter sowie der zuständigen Versicherung - allerdings zahlen die schon heute nicht bei Atomunfällen - incl. Versicherungsnummer und des versicherten Höchstbetrages pro Person.
Zu meiner eigenen Sicherheit interessiert mich auch der Name und Sitz des Geldinstitutes, in dem diese Entschädigungsgelder schon heute stets griffbereit eingelagert und zinsgünstig angelegt sind, um wenigstens einer Entwertung des Entschädigungsgeldes vorzubeugen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3000 8506 0

Ident.-Nr.: 5927

Die Gemeinde befürchtet daher, daß Mängel in der Vorsorge gem. § 7 Abs. 3 Nr. 3 AtomG, die durch den beantragten Planfeststellungsbeschluß nicht behoben werden, ebenso wie Restrisiken, die durch unvollständige Planunterlagen und unterlassene Untersuchungen verursacht und nicht behoben werden, die Gemeinde in Zukunft nötigen werden, Bauleitplanung im Näherungsbereich zu den Immissionsquellen des Endlagers zu unterlassen oder ihre Bauleitpläne den aus der beantragten Anlage resultierenden Sachzwängen (Rücksichtnahmegebot!) unterordnen zu müssen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2100 2600 8506

Ident.-Nr.: 6022

Die geltend gemachten Einwendungen verletzeen Rechte der Gemeinde und führen dazu, daß das Vorhaben nicht genehmigungsfähig ist.
Im Wesentlichen ist eingewendet worden, daß durch die Auswirkungen von Errichtung und Betrieb der Anlage in die Planungshoheit der Gemeinde eingegriffen wird. In der Rechtsprechung ist anerkannt, daß eine Gemeinde im atomrechlichen Genehmigungsverfahren die Verletzung ihrer Planungshoheit geltend machen kann. Das Bundesverwaltungsgericht sieht eine Beeinträchtigung in erster Linie dann, wenn für das betroffene Gebiet bereits eine hinreichend bestimmmte

gemeindliche Planung vorliegt, die aber noch nicht verbindlich zu sein braucht (BVerW, Urteil vom 11.05.1984 - 4 C 83.80). Nach VGH Kassel, Urteil vom 01.11.1989 (NV wz RR 1990, 128) ist eine Verletzung der Planungshoheit nicht nur bezüglich konkretisierter, aber noch nicht verwirklichter Planungen möglich, sondern darüber hinaus auch für bereits durchgeführte Planungen, die im Einwirkungsberich einer Anlage liegen:

"Der Beklagte meint in diesem Zusammenhang zu unrecht, daß dem Kläger als Gebietskörperschaft keine Rechte zu Seite stünden, die durch eine Verletzung der Vorschriften über eine vorläufige Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen im Hinblick auf die Errichtung und den Betrieb der gesamten Anlage verletzt sein könnten. Der Kläger kann nämlich geltend machen, durch die angefochtene Teilgenehmigung in seiner Planungshoheit verletzt worden zu sein. Eine Verletzung der Planungshoheit kommt nicht allein für den Bereich der Planung im engeren Sinne, sondern auch dann in Betracht, wenn ein geplantes Vorhaben bereits durchgeführt worden ist. Als solches führt der Kläger zutreffend das Altenzentrum R. an, das er als Öffentliche Einrichtung unterhält und das in einer Entfernung von etwa 3,4 km von den Fertigungshallen 1 und 2 der Beigela denen liegt."

Die Gemeinde kann sich also sowohl auf die Gefährdung von Vorhaben (Planungen im engeren Sinne) berufen als auch auf die Gefährdung von bereits verwirklichten Planungen. Hier besteht der Eingriff in die Planungshoheit darin, daß das bereits verwirklichte Vorhaben durch die Auswirkungen der Anlage möglicherweise soweit gestört wird, daß Alternativplanungen notwendig werden.

Der Gesichtspunkt der Begründung einer Planbetroffenheit der Gemeinde durch die Störung bereits vorhandener Einrichtungen wird auch vom OVG Koblenz im Urteil vom 03.06.1986 (NVmz 87,71) hervorgehoben. Das Gericht sieht das Recht zur Abwendung von Beeinträchtigungen gemeindlicher Einrichtungen als Bestandteil das grundgesetzlich garantierten Rechts auf Selbstverwirklichung der Gemeinde:

"Zu den Angelegenheiten der Örtlichen Gemeinschaft gehört auch der Betrieb öffentlicher Einrichtungen zu Erfüllung der Selbstverwaltungsaufgaben .... Wird dieser Betrieb durch eine staatliche Maßnahme beeinträchtigt, so kann sich die Gemeinde deshalb grundsätzlich unter Berufung auf ihr Selbstverwaltungsrecht dagegen zur Wehr setzen."

Dieselbe Entscheidung dehnt den sich aus dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden ergebenden Schutzbereich über den Betrieb öffentlicher Einrichtungen hinaus sogar aus auf die Betroffenheit im Hinblick auf Eigentumsrechte der Gemeinde:

"Rechte einer Gemeinde sind außerdem dann betroffen, wenn durch staatliche Maßnahmen ihr gehörende Sachgüter gefährdet werden. Die §§1 II, 7 II Nr. 3 AtomG in der hier noch anzuwendenden Fassung der Bekanntmachung vom 31.10.1976 schützt nämlich Sachgüter unabhängig davon, ob sich deren Eigentümer zugleich auf das Grundrecht aus Art. 14 GG berufen können (vgl. BVerwG, BayVBl 1984, 631 f; OVG Lüneburg, DVB1 1984, 895 f; VGH Mannheim NVwZ 1985, 432; VGH München, UBR 1986, 147 f). Auch bebaute Grundstücke sind solche Sachgüter, ohne daß es auf die Art ihrer Verwendung im Einzelnen ankommt."

Die Einwendung der Gemeinde, der Wert der ihr gehörenden Grundstücke werden beeinträchtigt, ist demnach beachtlich. Dies gilt auch für den Einwand, der Betroffenheit hinsichtlich des Erwachsens

Texte zum Sachgebiet Nr. 8506

neuer Verpfichtungen für von der Gemeidne zu ergreifenden Brandschutzmaßnahmen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1900 8506 4700

Ident.-Nr.: 6379

Das Restrisiko kann von keinem Menschen ertragen werden. Meine Versicherungen schließen jede Schadensregulierung in Folge der x-Kosten aus. Und nur diese schließen einen Vertrag mit mir ab. Nicht die Betreiber oder Sie, diejenigen die es erlauben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2600 8400 8506

Ident.-Nr.: 7482

Auf der rein rechtlichen Seite gilt - bei einem Störfall mit Regreßansprüchen Geschädigter - daß bei diesen die Beweislast angesiedelt ist. Daraus folgt, daß sich die Bundesregierung und Verantwortliche offenbar ganz bewust aus ihrer Direktverantwortung weit zurückziehen. Über die Problematik von Beweis und Beweislast mit den (vor allem auch zeitlichen) Wirkungen für eine Durchsetzbarkeit von Ansprüchen jedweder Art, dürfen wohl keine Unklarheiten bestehen. Weder in den relevanten Planfeststellungsunterlagen, noch in eindeutigen Veröffentlichungen durch die Bundesregierung/ Verantwortliche befinden sich rechsbindende Erklärungen über die Einklagbarkeit und Höhe von Ansprüchen aus
- Gesundheitsschädigungen
- Eigentumsuntergang/ - Verlust
- Wertverfall von Eigentum (verstrahlte Grundstücke)

bei einem Störfall durch Transport oder Einlagerung.
Unklar/ungeregelt ist offenbar auch die Frage, inwieweit sich z.B. Versicherer (Krankenkassen, Gebäude- und Sachversicherer etc.) aus ihrer Leistungspflicht mit dem Hinweis auf "höhere Gewalt", bei störfallbedingten Ansprüchen zurückziehen können.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8506 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8507

Ident.-Nr.: 1503

Atommülltransporte sind auf folgenden Verkehrswegen, die das Gemeindegebiet durchqueren bzw. an das Gemeindegebiet angrenzen, möglich:
Eisenbahnlinien
- Göttingen-Kreiensen-Hannover-Lehrte-Braunschweig
- Göttingen-Kreiensen-Elze-Hildesheim-Lengede-Salzgitter
- Göttingen-Kreiensen-Seesen-Salzgitter
- Göttingen-Hannover-(Braunschweig) über die Neubaustrecke,

wobei die Ortsteile Ahlshausen, Opperhausen, Billerbeck, Bentierode und Orxhausen (mit Überholbahnhof) betroffen sein können.

Fernstraßen
- Bundesstraße 64 (unmittelbar durch das Gemeindegebiet)
- Bundesautobahn A 7 und Bundesstraße 3 (führen nur wenige Kilometer am Gemeindegebiet vorbei).

Es wird befürchtet, daß auf allen diesen Verkehrswegen der Atommüll-Transport erfolgen wird, weil
- die Betreiber das Transportunfall-Risiko streuen werden,
- die Betreiber ihr Transportkonzept wegen zu erwartender Widerstände ändern müssen,
- die Betreiber Herkunft und Verteilung der Menge von ca. 200 t Atommüll berücksichtigen müssen.

Deshalb können folgenschwere Atommüll-Unfälle an keinem Ort und zu keine Zeitpunkt ausgeschlossen werden. Der Umfang eines solchen Unfalls ist vo her nicht abzusehen. Einflüsse, wie z.B. Großwetterlagen und örtliche Wi terung, lassen sich nicht beeinflussen (vgl. Tschernobyl-Unfall).

Im Falle eines Atom-Unfalls werden neben Schäden gemeindlicher Art auch solche ökologischer, ökonomischer und sozialer Art (Wohnen, Arbeit, Frei zeit) befürchtet.

Die Erfahrung im Zusammenhang mit dem Skandal um ALKEM/NUKEM lehrt überdies, daß es ganz offensichtlich unmöglich ist, kriminellen Umgang mit Atommüll mit letzter Sicherheit auszuschließen. Dies trägt ein zusätzliches Gefahrenpotential in sich.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8320 8310 8507

Ident.-Nr.: 5444

Besonders gefährdet sehe ich mich durch die Atommülltransporte, die mit verschiedenen Verkehrsmitteln durch die nähere Umgebung erfolgen: Auf dem Landweg über die Autobahn A2, welche notorisch überlastet ist und von welcher häufig der Verkehr abgeleitet wird, auch durch das gebiet der Gemeinde Wendeburg. In der Vergangenheit hat es bereits zahlreiche Unfälle bei Atommülltransporten über Straßen gegeben, warum also nicht in Zukunft auch in der Nähe meiner Wohnung. Die Bahnlinie Hannover - Braunschweig führt nur etwa vier Kilometer südlich an meinem Wohnort vorbei. Auf dieser Strecke hat es in der Vergangenheit immer wieder Unfälle gegeben. Bei Transporten auf dieser Strecke kann es in Zukunft ebenfalls zu Unfällen kommen. Eine Freisetzung von radioaktivem Material ist dann nicht unwahrscheinlich, und bei Süd-

Texte zum Sachgebiet Nr. 8507

wid ist auch mein Wohnort Bortfeld gefährdet.
Nur 200 m an meinem Haus führt der Salzgittestichkanal vorbei. Auch auf diesem soll radioaktives Material transportiert werden. Hierdurch gerät ein beträchtliches Gefährdungspotential in meine unmittelbare Umgebung. Zum einen wäre ich bei Freizeitaktivitäten direkt am Kanal der Strahlung ausgesetzt, zum anderen wäre bei Unfällen eine Verseuchung meiner direkten Wohnumgebung zu befürchten.
Durch die dargelegten Einwände ist auch mein Grundrecht auf Schutz des Eigentums beeinträchtigt. Die Anlage Schacht Konrad wirkt durch das gesundheitliche Gefährdungspotential rufschädigend für die gesamte Region und mindert dadurch den Wert meines Hauses beträchtlich.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8507 0

Ident.-Nr.: 5785

Auch das durch die großen Einlagerungsmengen sehr hohe Transportvolumen Atommüll bedeutet eine Gefahr für Leben und Gesundheit, da dies das Unfallrisiko erhöht. Ich, als eine Bewohnerin der Stadt Bonn, bin bei Inbetriebnahme des Endlagers von derartigen Unfallrisiken ganz besonders betroffen, weil Atommülltransporte zu SCHACHT KONRAD aller Wahrscheinlic keit noch auch durch Bonn führen werden (z.B. vom AKW Mühlheim-Kärlich, von der WAA La Hague und Sellafield). Desweiteren besteht die Möglichkeit, daß ich in einigen Jahren meinen Wohnort wechseln und in di Nähe von SCHACHT KONRAD ziehen werde. In einem solchen Fall wäre ich in viel verstärkterem Maße von Transport- und Betriebsunfällen sowie Katastrophen (z.B. einem Flugzeugabsturz auf die oberirdischen Gebäude d Schachtanlage) betroffen und würde zudem eine verminderte Wohnqualität erfahren.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8302 8507 0

Ident.-Nr.: 8865

SCHACHT KONRAD wäre das einzige in Europa existierende Endlager. Dies bedingt verstärkte Transportaktivitäten, womit auch die statistische Unfallwahrscheinlichkeit steigt. Dies ist insbesondere bedenklich, da ab 1993 der atomare Müll der gesamten EG hier gelagert werden kann. Mein Wohnort liegt direkt an einer stark frequentierten Eisenbahnlinie (Strecke Frankfurt-Giessen) sowie ebenfalls direkt an den Bundesautobahnen 45 und 5. Diese Strecken sind für den Transport von Atommüll aus dem Süden zum SCHACHT KONRAD besonders interessant. Damit besteht die besondere Gefahr der Wertminderung dieses Grundstücks sowie des auf diesem befindlichen Wohnhauses aufgrund der Gefahr der Strahlenbelastung während des Transports von Atommülls zum Endlager sowie insbesondere bei einem nie auszuschließenden Transportunfalls.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8507 8340

Texte zum Sachgebiet Nr. 8508

Ident.-Nr.: 447

Die Gefahr der körperlichen Schädigung besteht für mich dann durch den versehentlichen Konsum von Nahrungsmitteln und anderen Produkten, die in der Gegend um das Endlager SCHACHT KONRAD produziert wurden, da eine Ausweispflicht für Produkte, die aus dieser Gegend stammen, nicht existiert.
Darüber hinaus ist die Wirkung der kumulierten atomaren und sonstigen Belastungen noch nirgends untersucht worden. Eine gesundheitliche Schädigung ist aber so gut wie sicher.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern:	2120	2130	8508

Ident.-Nr.: 3745

Im Krankheitsfall bedingt durch radioaktive Verstrahlung können u. a. folgende Kosten entstehen:
-Arzneimittelkosten
-Arztkosten
-Krankenhauskosten
-Pflegekosten
Die Belastung durch o. g. Kosten gehen über das Maß dessen hinaus, was dem einzelnen im übergeordneten Interesse der Allgemeinheit zugemutet werden darf. Bitte teilen Sie mir mit, wer diese Kosten übernimmt.
Erwähnen möchte ich noch die mit der Erkrankung verbundenen persönlichen Belastungen wie Schmerzen, Sorgen um die Genesung, Angst vor der Krankheit, Hoffnungslosigkeit bei Siechtum und die damit verbundenen psychischen Qualen. Bitte teilen Sie mir mit, wen ich in diesem Fall zur Rechenschaft ziehen kann und von wem ich dann Schmerzensgeld bzw. Entschädigung fordern kann.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern:	8508	0	0

Ident.-Nr.: 5600

Radioaktivität ist für den Menschen nicht wahrnehmbar, wenn Strahlensymptome erst auftreten ist es bereits zu spät, sich davor zu schützen. Da diese Symptome auch durch "normale" Krankheiten ausgelöst werden, ist es mir nicht möglich die Radioaktivität als Ursache zu erkennen. Meine Familie und ich müssten uns jedesmal, bei villeicht "harmlosen" Erkältungen strahlenmedizinisch untersuchen lassen. Das erzeugt Unsicherheit und Mißtrauen, jegliche Terminplanung käme durcheinander. Arbeitsverlust und Leistungsschwäche in der Schule wären die Folge.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern:	8508	0	0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8508

Ident.-Nr.: 5913

In unsere Menschenwürde wird unzumutbar eingegriffen, da durch einen Störfall oder eine Katastrophe die Gefahr der Freisetzung erhöhter Radioaktivität besteht, die uns als Individuen treffen und total verstrahlen kann, so daß wir nach solche einem Ereignis lediglich Strahlenträger, mit der Gefahr der radioaktiven Verseuchung für andere Menschen sind, unsere Grundrechte als menschliche Individien zwangsläufig verlieren müssen und zwecks Begrenzung der Gefahr für unsere Mitbürger als "radioaktiver Abfall" behandelt und ausgesondert werden.
Die zu erwartende Behandlung als "radioaktiver Abfall" im Falle der totalen Verstrahlung im Unglücks- oder Katstrophenfall, verletzt in unzumutbarer Weise meine Menschenwürde bzw. hebt diese grundsätzlich auf.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern:	1500	8508	2620

Ident.-Nr.: 8659

Die Umgebung wird auch in den SCHACHT KONRAD überdurchschnittlich hoch belastet sein, die Region wird zu einer wirtschaftlich schwachen Region, die Leukämierate wird ansteigen, die Folge wird sein, daß die Krankenversicherungen und letztendlich die Kommunen, Länder und der Bund die gestiegenen Krankheitskosten bezahlen müssen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern:	8508	0	0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8509

Ident.-Nr.: 5587

Das Projekt stellt Überhaupt eine wahnsinnige Verschwendung von Steuergeldern dar.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8509 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8510

Ident.-Nr.: 3745

Ich fühle mich in meinem Grundrecht auf Schutz meines Eigentums und meines Erbrechtes durch die geplante Errichtung des Atommüllendlagers beeinträchtigt und bedroht.
Im Falle einer radioaktiven Verseuchung meines Wohngebietes und meiner Wohnung bin ich gezwungen, bei einer Evakuierung die vertrahlte Einrichtung zurückzulassen und alles neu anzuschaffen. Dies ist für mich als Durchschnittsverdiener und Alleinverdiener eine unzumutbare Härte. Bitte teilen Sie mir mit, wer mir die Kosten ersetzt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8510 1500 0

Ident.-Nr.: 5926

Es besteht die Gefahr, daß sich durch Störfälle beim Betrieb der Anlage die Lebens-Verhältnisse in Salzgitter derartig zum Nachteil der betroffenen und unserer Familie verändern könnten, daß eine Evakuierung durchgeführt werden müßte. Es fehlen dazu Ausführungen über geplante Entschädigungen bei nachteiligen Folgen für die Betroffenen und unsere Familie. Der Plan enthält keine ausreichenden Bestimmungen für die Entschädigungen bei eventuellen Wertminderungen vorhandenen Eigentums durch Stör- und Unfälle beim Betrieb der Anlage und Transport von Atommüll. Der Plan vernachlässigt, daß eine Atomanlage nicht versicherbar ist, so daß alle denkbaren Schäden abgedeckt sind, das gilt auch für das Atomtransportwesen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2500 8510 8604

Texte zum Sachgebiet Nr. 8601

Ident.-Nr.: 94

Es fehlen Katastrophenschutzpläne und Untersuchungen über das Transportrisiko.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1210 8601 1800

Ident.-Nr.: 175

Ich kenne keinen praktikablen Katastrophenplan für Atomanlagen aller Art. In Bezug auf den größten anzunehmenden Unfall (GAU) ist also kaum Vorsorge getroffen. Auch für SCHACHT KONRAD existiert ein solcher Katastrophenplan nicht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8601 0 0

Ident.-Nr.: 295

Notfall- und Katastrophenschutzpläne fehlen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8601 0 0

Ident.-Nr.: 306

Ich werde durch das Atommüll-Endlager beeinträchtigt, weil es für Störfälle weder Material noch geschultes Personal, geschweige denn Evakuierungspläne oder sonstige Vorbereitungen im Landkreis gibt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2500 8601 0

Ident.-Nr.: 335

Es existieren keine Katastrophenschutzpläne. Es ist für mich auch nicht vorstellbar, wie derartige Pläne aussehen müßten, bzw. verwirklicht werden könnten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8601 0 0

Ident.-Nr.: 408

Ferner folgende Fragen:
- Was sind die Katastrophenpläne von Wert, wenn sie vielfach nicht durchführbar sind? - Gibt es überhaupt praktisch durchführbare Katastrophenpläne der Regierung, falls eine Katastrophe geschieht?
- Wie sieht es mit einem vollständigen Schadensersatz bei einer Evakuierung aus?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8601 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8601

Ident.-Nr.: 678

Zwar sieht der Alarmplan Maßnahmen innerhalb der Schachtanlage vor, nicht aber, wie sich die Bevölkerung bzw. die rettenden Einheiten verhalten sollen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8601 0 0

Ident.-Nr.: 1489

Eine umfasende Aufklärung der Bevölkerung sowie umfassende Schutzpläne für die Bevölkerung für eventuelle Transportunfälle sind nicht bekannt oder für jedermann zugänglich gemacht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8601 0

Ident.-Nr.: 1911

Es fehlen Pläne zum Schutz der Bevölkerung
Der Plan zum Atomaren Enlager SCHACHT KONRAD enthält keine Angaben über Vorsorgemaßnahmen, die im Falle eines Unfalls oder Störfalls mit Freisetzung von Radioaktivität zum Schutz der Bevölkerung vor Strahlenbelastung getroffen werden.
Hierunter sind z. B. Evakurierungsmaßnahmen, Bereitstellung von Schutzräumen oder die Regelung von Schadensersatzansprüchen zu verstehen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2500 8601 0

Ident.-Nr.: 3092

Die Katastrophenschutzpläne sind unvollständig und nicht nachvollziehbar. Der Fünf-km-Radius ist auch in diesem Zusammenhang irreführend, da sachlich nicht begründet.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8601 0 0

Ident.-Nr.: 3132

Im übrigen gilt für sämtliche Transportvarianten, daß es unterlassen wurde, einen wirksamen Katastrophenplan für die Region aufzustellen. Die Bevölkerung ist nach den Planunterlagen in keiner Hinsicht vor den ärgsten Auswirkungen eines Unfalls geschützt. Wirksame Schutz- und Evakuierungsmaßnahmen gibt es nicht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8601 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8601

Ident.-Nr.: 3134

Insbesondere gibt es keine ausreichnden Katastrophen- und Zivilschutzpläne. Die Bevölkerung weiß nicht, was bei einem Unfall zu tun ist, obwohl (oder weil?) die Gefahren unabsehbar höher sind als z. B. bei einem Unfall eines Chemietransports, und solche sind immer wieder vorgekommen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8601 0 0

Ident.-Nr.: 5493

Katastrophenschutzpläne existieren nicht, oder sind der Bevölkerung nicht bekannt. Evakuierungsmaßnahmen von allein über 20.000 dort arbeitenden und über 40.000 dort wohnenden Leuten sind im Plan nicht untersucht worden.
Das Katastrophenrisiko auf den Transportwegen bleibt gänzlich unberücksichtigt obwohl es allein in den letzten zwei Jahren in unmittelbarer Nähe der Anlage mehrere Zugunglücke gegeben hat. Das Risiko-Gutachten der Gemeinde Vechelde ist nicht berücksichtigt worden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8601 8300 0

Ident.-Nr.: 5493

Die Planungen für den SK berücksichtigen mögliche Katastrophen und deren Auswirkungen nicht ausreichend:
Bei allen berücksichtigten "Störfällen" wird ein "drehbuchmäßiger", also scheinbar beherrschbarer Ablauf unterstellt. Das widerspricht jeder Lebenserfahrung. Das Grubenunglück in Borken, das von Fachleuten vorher für unmöglich gehalten wurde, die Ausbrüche von 600 Jahren lang "toten" Vulkanen und nicht zuletzt das auch von deutschen Experten noch kurz vor dem Unglück als sicher eingestufte Tschernobyl, zeigen den Wert solcher Risikoeinschätzungen, die eher einem Russischen Roulett gleichen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2500 8601 0

Ident.-Nr.: 5535

Die Langzeiteinlagerung von Atommüll ist weltweit bisher nicht ausreichend erprobt. Sämtliche wissenschaftlichen Erkenntnisse hierzu sind allenfalls als vorläufig zu bezeichnen. Es ist nicht auszuschließen, daß sich das Atommüllendlager Schacht Konrad einmal als ungeeignet erweist. Für diesen Fall ist die Rückholbarkeit nicht gesichert und zwangsweise vorgeschrieben. Die Wirkung der Emissionen bei Transport und Lagerung von Atommüll, ggf. im Zusammenhang mit bereits vorhandenen Emissionen, auch durch das in meiner unmittelbaren Umgebung befindliche Atommüllendlager und Versuchsstätte "Asse II", ist unerforscht. Mit negativen Folgen für meine Gesundheit muß ich auch bei geringer radioaktiver Strahlung rechnen. Katastrophenschutzpläne bei Störfällen sind mir nicht offenbart und ich bin in sie nicht aktiv mit einbezogen. Die Zukunft in jeder Hinsicht meiner Kinder und

ihrer Nachkommen wird weniger planbar, möglicherweise werden sie wegen des Atommüllagers wegziehen müssen.
Ich fühle mich deshalb in meinem Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit durch die geplante Errichtung des Atommüllagers beeinträchtigt und massiv bedroht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2200 8601 1500

Ident.-Nr.: 5564

Die Bürger sind an eventuellen Katastrophenschuzplane nicht aktiv beteiligt und einer möglichen Gefahr somit hilflos ausgesetzt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8601 1210 0

Ident.-Nr.: 5595

Weiter wende ich ein, daß bei schweren Unfällen (Transport oder Betrieb des Endlagers), die Evakuierung der Bevölkerung im Umkreis von mindestens einem Kilometer notwendig ist. Solche Evakuierungspläne fehlen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8601 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen Hinweise in den Planunterlagen, nach welchem Schema, in welchem Umfang, mit welchen Mitteln die Öffentlichkeit über Störfälle und deren Ausmaß informiert werden soll. In der Nach-Tschernobyl-Phase haben sich die Messungen und Abschätzungen der Folgen bis heute auf dem nichtbehordlichen Sektor als zuverlässiger erwiesen, als die von Betreiberseite und Behörden in Auftrag gegebenen oder selbst erstellten Dokumentationen. Es fehlen jegliche Hinweise auf Messungen und Kontrollmechanismen von vertrauenswürdigen Institutionen. Es fehlen Hinweise auf die Einordnung von Störfällen in der Anlage und beim Transport in die neue Atomstörfallskala und deren Behandlung. Es fehlen Hinweise, wie etwa die gesamte Kontrolle der radioaktiven Niedrigstrahlung und ihrer Folgen von Institutionen kontrolliert werden sollen, die nicht unter der Aufsicht oder Kontrolle oder sonstwelchen Abhängigkeit der Betreiber und ihrer Behörden stehen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8601 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen ausreichende Hinweise auf effektive Evakuierungs- und Notstandspläne für die Bevölkerung in betroffenen Regionen, es fehlen Hinweise auf ausreichende und glaubhafte fachkundige Verantwortung und Befugnisse für die Koor-

dinierung von Notstandsmaßnahmen, was im Ernstfall zu heilloser Verwirrung führen wurde. So ist es durchaus denkbar, daß einige Storfälle zu einer moglichen Evakuierung fuhren könnten. Die Trivialität der Alltragsteller bei der Vorstellungskraft von moglichen Storfällen führt natürlich nicht dazu daß andere Störfalle nicht denkbar sind. Vielmehr ist die Wahrscheinlichkeit, gerade durch das gesetzwidrige Ausklammern der Atommülltransportfrage, daß es zu einem Störfall mit Evakuierungsmaßnahmen kommt, aufgrund der Verkehrsunfallstatistik in dieser Region nicht gerade gering. Wir fühlen uns durch diesen Sachverhalt unzumutbar in unseren Rechten eingeschränkt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8601 2500 0

Ident.-Nr.: 6022

Alarmplan:
Es ist bisher nicht bekannt, ob für die kerntechnische Anlage Endlager SCHACHT KONRAD eine besondere behördliche Katastrophenschutzplanung vorgesehen ist. Den Ausführungen der Antragstellerin hinsichtlich der eingenen Vorsorge- und Schutzmaßnahmen, die bei Bränden, Störlällen usw. ergriffen werden sollen, kommt deshalb besondere Bedeutung zu. Die Ausführungen im Plan zur Alarmanordnung (BfS 1990, Kap. 3.2.3.5) sind jedoch wenig aussagekräftig und ermöglichen es nicht nachzuvollziehen, wie einer Gefahr wirksam begegnet werden soll. Beispielhaft sei angeführt:
Die für die "öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständige Behörde" wird nur "falls erforderlich" benachrichtigt. Der oder die konkreten Adressaten werden nicht benannt. Es ist nicht ersichtlich, ob die für den Katastrophenschutz zuständige Behörde ebenfalls benachrichtigt werden soll.
Eine Warnung und Unterrichtung der Öffentlichkeit ist anscheinend überhaupt nicht vorgesehen. Es ist aus dem Plan also nicht ersichtlich, ob Artikel 3 der Euratom-Richtlinie (EG 1889), der eine unverzügliche Unterrichtung der betroffenden Bevölkerung in einer radiologischen Notstandssituation fordert, Rechnung getragen wird.
Der Alarmplan soll "Angaben zu Einrichtungen zur Abschätzung der Art und Menge des freigesetzten radioaktiven Materials enthalten". Es wird nicht dargelegt, um welche "Einrichtungen" es sich dabei handelt. Somit ist auch nicht nachvolllziehbar, wie die Aktivitätsfreisetzung im Störfall mit hinreichender Genauigkeit bestimmt werden soll. Ebenso fehlen Vorsorgemaßnahmen für den Fall, daß nach Ausfall der "Einrichtung" keine Freisetzungsdaten ermittelt werden können. Es fehlen Hinweise auf Messunge in der Umgebung, die nach einem Störfall durchgeführt werden müssen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1210 8601 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8601

Ident.-Nr.: 6180

Ich erhebe Einwendungen gegen die Vorsorge der Gefahrenabwehr, da außer den hier eingesetzten Brandschutzmaßnahmen und eines Alarmplanes die Maßnahmen gem. Katastrophenschutzgesetz zur Katastrophenabwehr nicht ersichtlich sind.
Es ist davon auszugehen, daß wir bei der Handhabung der radioaktiven Abfälle entsprechend tätig werden müssen, denn das Verbleiben von radioaktiven Abfällen auf der Erdoberfläche ist nicht gesetzesmäßig abgedeckt. Um den Forderungen des Gesundheitsschutzes, des Personenschutzes und des Schutzes des Eigentumes genüge zu tun, sind etliche Notwendigkeiten erforderlich:
Die Einwendungen richten sich im Grundsatz nicht gegen das Endlager, sondern dient dem Zusatz der entsprechenden technischen Hilfeleistungsmaßnahmen für den Fall, daß die Normalien nicht mehr gelten. Diese Normalien sind außerhalb der bisherigen Denkweise dieser Anträge zu sehen.
Ich bringe den Vorschlag:
Zum bisherigen Katastrophenschutz sind die Katastrophenschutzpläne, Evakuierungspläne, Nachbarschutzhilfepläne der Städte Braunschweig, Peine, Hildesheim, Salzgitter, Goslar, Hannover und mind. auch Celle erforderlich.
Nach meinen bisherigen Kenntnisständen ist beispielsweise eine freiwillige Feuerwehr Peine, Stadt bzw. land nicht in der Lage, in einer Katastrophenschutzhilfezeit von wenigen Stunden das Personal auf die Beine zu bringen, die Führungskräfte zu alarmieren und ein Zusammenspiel aller Katastrophenschutzdienste zu gewährleisten.
Die radioaktive Staffel in Celle, der ABC-Zug Braunschweig kann für einen eventuellen Katastrophenfall nie und nimmer ausreichend sein.
Hier sollte die fachliche Entscheidungsstelle wie z. B. die Landesregierung oder auch beispielsweise der Herr Bundesumweltminister entscheiden, daß entsprechende fachliche Ausbildungen bei den Hilfsorganisationen mit allem zur Verfügung stehenden Personal, ab sofort, auch mit allen arbeitslosen Hilfskräften, die nicht im Arbeitsprozeß stehen, durchgeführt wird.
Sämtliche hier zur Verfügung stehenden Kräfte auf dem Arbeitslosenmarkt können sofort sinnfällig eingesetzt werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8601 0 0

Ident.-Nr.: 7777

Der Alarmplan (im weitesten Sinne) sähe beim und nach dem Eintritt eines Störfalles nicht die Information der Öffentlichkeit vor, sowie mögliche Evakuierungsmaßnahmen der Bevölkerung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8601 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8601

Ident.-Nr.: 8542

Notfall- und Katastrophenschutzpläne fehlen. Insbesondere fehlen sie im Landkreis Braunschweig, so daß ich im Stör- oder Katastrophenfall zwangs läufig davon ausgehen muß, daß nicht alles organisatorisch Notwendige und Mögliche zu meinem Schutze getan werden kann und wird. Es ist auch darauf hinzuweisen, daß die Braunschweiger technisch oder personell nich ausgerüstet und geschult is, um im atomaren Stör- oder Katastrophenfall sachgerechte Hilfe zu leisten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1210 8601 0

Ident.-Nr.: 8659

Es fehlen Pläne für einen Katastrophenschutz zum Schutz der Bevölkerung vor Trinkwasserengpässen, weiter ist unklar, ob nicht eine Gefährdung de Grundwassers vorliegt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8601 0 0

Ident.-Nr.: 8978

Ich fordere ausführliche und umfassende Katastrophenschutz-Pläne für landwirtschaftliche Betriebe (siehe AID-Heft) und eine deutliche und klare Einschätzung der Sicherheit in der Zukunft für nachfolgende Generationen!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8601 0 0

Ident.-Nr.: 8994

Es ist allgemein bekannt, daß im Falle einer Atomkatastrophe keinerlei ernstzunehmende Pläne zwecks Hilfeleistungen bzw. Evakuierung existieren

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8601 0 0

Ident.-Nr.: 9053

Es fehlen Katastrophenschutzpläne, was passiert mit unseren Tieren bei Störfällen?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8601 0 0

Ident.-Nr.: 9281

Notffall- und Katastrophenschutzplane fehlen. Insbesondere fehlen sie in den Landkreisen und in den Stadten Braunschweig und Salzgitter, so daß meine Mandanten im Stor- oder Katastrophenfall zwangslaufig davon ausgehen mussen, daß nicht alles organisatorisch Notwendige und Mogliche zu ihrem Schutze getan werden kann und wird. Es ist auch darauf hinzuweisen, daB die regionale (Braunschweiger + Salzgitteraner)

Texte zum Sachgebiet Nr. 8601

Feuerwehr weder technisch noch personell ausgerustet und geschult i st, im atomaren Stor- oder Kata- strophenfall sachgerechte Hilfe zu leisten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8601 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8602

Ident.-Nr.: 11

Nach einem Störfall bestünde für die Menschen der Region und für mich kein ausreichender Zivilschutz.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 0 0

Ident.-Nr.: 63

Das kopflose Verhalten von Politikern und Behörden nach dem Tschernobyl-GAU hat klar gezeigt, daß für den Not- und Katastrophenfall nicht annähernd ausreichend gesorgt ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 0 0

Ident.-Nr.: 173

Im Katastrophenfall, z. B. bei einem Flugzeugabsturz auf die Schachtanlage oder einen Atommülltransport, sind zuständige Behörden, Feuerwehren etc. völlig überfordert und nicht in der Lage, die Bevölkerung zu schützen, da ihnen Erfahrungen im Umgang mit radioaktiver Strahlung und praktisch anwendbare Fachkenntnisse fehlen und geeignete Ausrüstung (z. B. zur Dekontamination) nicht in ausreichender Menge zur Verfügung steht. Einen Eindruck dieser Hilflosigkeit gab der Reaktorunfall von Tschernobyl.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2610 8602 0

Ident.-Nr.: 327

Ein wirksamer Katastrophenschutz für die Bevölkerung ist nicht gewährleistet.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 0 0

Ident.-Nr.: 362

Wir glauben auch nicht daran, daß die Evakuierungspläne ausreichend oder überhaupt vorhanden sind, denn wir glauben nicht, daß man 1 000 000 Menschen richtig evakuieren kann. Außerdem wollen wir nicht, wenn ein Atomunfall sich ereignet, umziehen und woanders leben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 0 0

Ident.-Nr.: 404

Weil dieses Gebiet um den SCHACHT KONRAD schon in unmittelbarer Nähe und im ganzen Umkreis dicht besiedelt ist, halte ich die Abstände für viel zu gering.
Es ist zweifelhaft, ob nach einem Unfall die Bevölkerung sofort und reibungslos evakuiert werden könnte.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8602

Ebenso verhält es sich mit den Notunterkünften für diesen Fall der Evakuierung, wo sollten die vielen Menschen aus den umliegenden Ansiedlungen denn auch alle auf einmal untergebracht werden?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2600 8602 0

Ident.-Nr.: 448

Ich bemängle außerdem den fehlenden Zivilschutz. Ein Unfall im Lager bzw. während der Beförderung würde in dem betroffenen Gebiet zu einer Katastrophe führen, weil eine Evakuierung eines besiedelten Gebietes wegen des fehlenden Ausweichareals unmöglich ist. Aus diesem Grund allein ist es unverantwortlich, ein Atommüllendlager dieses Ausmaßes in einem besiedelten Gebiet zu planen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2600 8602 0

Ident.-Nr.: 482

Die Untersuchungen über Art, Umfang und Auswirkungen sog. Störfälle sind lückenhaft, die für solche Fälle vorgesehenen Schutzmaßnahmen sind unzureichend, insbesondere gegenüber der Landwirtschaft und ihren Sekundärbereichen. Der sog. Katastrophenschutz ist überfordert, die Feuerwehr organisiert sich bereits gegen Einsätze bei Störfällen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2500 8602 0

Ident.-Nr.: 519

Es sind keine Katastrophenschutzpläne vorhanden. Die Feuerwehr ist daher nicht imstande, bei einem Unfall etwas zu unternehmen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 0 0

Ident.-Nr.: 548

Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung der umliegenden Ortschaften, zu denen auch Vechelde gehört, werden überhaupt nicht möglich sein, da Störfälle unvorhersehbar sind, und ein Leben in dieser Region nach einer Atomkatastrophe nicht mehr lebenswert sein wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 0 0

Ident.-Nr.: 555

Außerdem müßte im Falle eines Unfalls im Umkreis von 50 km das gesamte Gebiet evakuiert werden! Da keine Evakuierungspläne vorliegen, dürfte das ziemlich schwer werden.
Dazu kommt, daß der Umkreis von Salzgitter durch die ständig austretende Dauerstrahlung in einigen Jahren unbewohnbar und lebensgefährlich wird.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8602

Außerdem ist das alte Bergwerk bestimmt nicht so 100% sicher, wie es immer behauptet wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 2160 3000

Ident.-Nr.: 557

Wir sehen die Gefährdung unserer Gesundheit bei Stör- und Transportunfällen besonders auch dadurch gegeben, daß der zivile Schutz, so gut auch immer er organisiert sein möge, nur unzureichend ist. Als informierte und denkende Menschen kennen wir die nachhaltige Wirkung radioaktiver Verseuchung. Wir wissen, daß ein ziviler Schutz in akuten Fällen nur kurzzeitig die direkte Verstrahlung unserer Körper verhindern oder vermindern kann.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 0 0

Ident.-Nr.: 661

Im Störfall besteht für mich und die Bevölkerung um den SCHACHT KONRAD herum sowie in der Region keine ausreichende bzw. überhaupt kein Zivilschutz.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 0 0

Ident.-Nr.: 815

Im Katastrophenfall, z.B. bei einem Flugzeugabsturz auf die Schachtanlage oder einen Atommülltransport sind zuständige Behörden, Feuerwehren etc. völlig überfordert und nicht in der Lage die Bevölkerung zu schützen, da ihnen Erfahrungen im Umgang mit radioaktiver Strahlung und praktisch anwendbare Fachkenntnisse fehlen, und geeignete Ausrüstung (z.B. zur Dekontamination) nicht in ausreichender Menge zur Verfügung steht. Einen Eindruck dieser Hilfslosigkeit gab der Reaktorunfall von Tschernobyl.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2600 8602 0

Ident.-Nr.: 1442

Die Untersuchungen über Art, Umfang und Auswirkungen sog. Störfälle sind lückenhaft, die für solche Fälle vorgesehenen Schutzmaßnahmen sind unzureichend, insbesondere gegenüber der Landwirtschaft und ihren Sekundärbereichen. Der sog.Katastrophenschutz ist überfordert, die Feuerwehr organisiert sich bereits gegen Einsätze bei Störfällen, z.B. in Nordrhein-Westfalen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2600 8602 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8602

Ident.-Nr.: 1918

Für die Menschen unserer Region gibt es nach einem Störfall im Endlager keinen ausreichnden Zivilschutz. Informationen über die evtl. notwendig werdenden Katastrophenschutzmaßnahmen sind öffentlich nicht bekannt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 0 0

Ident.-Nr.: 3129

Bei einem Störfall könnt die Bevölkerung nicht schnell genug gewarnt werden.
Ich fordere deshalb den Ausstieg aus der Atomwirtschaft.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 8100 0

Ident.-Nr.: 3130

Mir ist keine Zivilschutzmaßnahme im Falle eines Atomunfalls bekanntgemacht worden. Ich wüßte deshalb nicht, wie ich meine Familie und mich nach einem Unfall im Endlager schützen sollte.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 0 0

Ident.-Nr.: 3131

Bei einem Störfall in der Schachtanlage und/oder am Pufferlager ist ein ausreichender Zivilschutz nicht möglich. Die mit dem Zivilschutz beauftragten Feuerwehren und sonstigen Zivilschutzeinrichtungen einschließlich der Ärzte sind mit dieser Aufgabe völlig überfordert. Nach Aussage von privaten, gemeinnützigen Hilfsorganisationen sind für den Störfall überhaupt keine Maßnahmen vorgesehen und bekannt. Die Gefährlichkeit eines Atommüllendlagers wird besonders dadurch deutlich, daß es im Gegensatz zu anderen Atomanlagen wie z.B. Kernkraftwerken bei beherrschbaren Störfällen nicht abgeschaltet werden kann. Selbst nach einem Untertageunfall wäre eine dauernde Belüftung der Schachtanlage weiter zwingend erforderlich. Das würde im Störfall bedeuten, daß eine viel höhere als die beantragte Menge von Radionukliden in die Atmosphäre gelangen würden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8602

Ident.-Nr.: 3237

Ich fühle mich in meinem Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit beeinträchtigt und bedroht, weil:
- beim Auftreten von Stör- und Unfällen der Schutz der Bevölkerung und damit auch meiner Person nicht gesichert werden kann.
- ich mich als Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr und des ABC-Zuges der Stadt Salzgitter bei Stör- und Unfällen einem besonderen Gefahrenpotential ausgesetzt sehe.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 0 0

Ident.-Nr.: 4408

Ein Unfall mit der Freisetzung von Radioaktivität hätte katastrophale Folgen für die gesamte Region, an eine Evakuierung von Braunschweig bei einem großen Unfall können doch nur totale Träumer glauben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 0 0

Ident.-Nr.: 5431

Sollte es zu einem Lager- oder Transport-Gau kommen, kann die betroffene Bevölkerung nicht evakuiert werden, da die Bevölkerung eines Gebietes mit einer so hohen Bevölkerungsdichte wie der Raum Salzgitter, Hannover, Braunschweig nirgends unterzubringen ist. Schon kleinere Unfälle würden katastrophale Auswirkungen auf die wirtschaftliche und soziale Situation dieser Region haben. Qualifizierte Arbeitskröfte würden den Raum verlassen und Produkte aus diesem Gebiet wären kaum zu vermarkten, Landwirtschaft könnte nicht mehr betrieben werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2600 8602 8500

Ident.-Nr.: 5443

Wer trägt die Verantwortung für die Bevölkerung im Katastrophenfall? Wohin sollen wir evakuiert werden, wenn die ganze Zone versenkt ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 0 0

Ident.-Nr.: 5554

Im Rahmen meiner Berufsausbildung habe ich Kontakt zu alten Menschen, chronisch Kranken, Behinderten und Familien mit Kindern.
Die wenigsten von ihnen werden die Möglichkeit haben, selbst von ihrem Einwendungsrecht Gebrauch zu machen.
Ich befürchte, diese benachteiligten Gruppen könnten sich weder im Störfall in Sicherheit bringen noch vorsorglich an einen anderen Ort umsiedeln.
Überhaupt können aber Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung nur unzureichend sein, weil radioaktive Strahlung nicht begrenzbar ist.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8602

Dieses Problem wird m. E. verharmlost.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 0 0

Ident.-Nr.: 5787

Da die Bequerel-Werte bei den geplanten Einlagerungsmengen um ein Mehrfaches höher liegen würden als bei dem Reaktorunfall in "Tschernobyl", stellt die geplante Inbetriebnahme von SCHACHT KONRAD ein erhebliche gesundheitliche Gefährdung für jeden einzelnen dar. Die Bundesregierung müßte also bereits jetzt einen konkreten Vorschlag einer Evakuierungsmaßnahme für die gesamte Bevölkerung in dieser Region vorleg

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 0 0

Ident.-Nr.: 5798

Zivilschutz:
Im Falle eines Störfalles im Endlager besteht für mich kein ausreichende Zivilschutz. Es stehen keine Bunkeranlagen, die Schutz vor Radioaktivitä bieten, in Salzgitter und Umgebung zur Verfügung. Existieren überhaupt Katastrophenschutzpläne oder wird mit der Bevölkerung das Verhalten bei einem Störfall geprobt?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 0 0

Ident.-Nr.: 5916

Für die Zivilbevölkerung besteht keine Zivilschutzinfrastruktur. Diese halte ich jedoch für unabdingbar. Denn wo sollen sich vor allem die Schwachen dieser Gesellschaft schützen, vor allem eben die Kinder, Kranken und Schwangeren, für den Fall, daß entgegen aller Vorhersagen doch ein Unfall oder Störfall eintritt?
Wie sieht das Warnsystem für die Bevölkerung aus? Wie sich seinerzeit nach Tschernobyl gezeigt hat, war es in erster Linie Privatleuten und Wissenschaftlern, die sich verantwortlich fühlten, zu verdanken, daß Lebensmittel auf ihre radioaktive Belastung hin untersucht wurden. Soll die Bevölkerung in und um Salzgitter in irgendeiner Weise über den jeweiligen Stand der radioaktiven Belastung des Bodens, des Wassers und der Früchte der Region informiert werden? Das wäre mindestens zu fordern.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 2710 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8602

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen in dem Plan ausreichende Hinweise, wie Störfälle gehandhabt werden sollen. So ist zu vermuten, daB die Behörden und freiwilligen Katastrophenschutzverbande weder fur Storfälle beim Transport, bei der Anlieferung auf Transportfahrzeugen auf dem Schachtgelande, bei der Entladung und Zwischenlagerung, noch bei der Einlagerung entsprechend ausgerüstet sind. Es sind keine ausreichenden Hinweise zu finden für Maßnahmen fur den Schutz, die Evakuierung noch andere notwendige Kriterien für uns Betroffene, um einen Störfall zu unbeschadet zu überleben.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 2500 0

Ident.-Nr.: 6385

Pufferlager auf dem Gebiet der Erdschachtanlage SCHACHT KONRAD- Bei Unfällen in dem Pufferlager ist ein radioaktiver Austritt zu befürchten. Es fehlt jegliche Form von Katastrophenschutzplänen. Eine Evakuierung auch von Schulen ist bisher nicht vorgesehen. Schülerinnen und Schüler wären von daher ungeschützt einem radioaktiven Austritt ausgesetzt und damit auch der gesundheitlichen Gefährdung. Auch die Bevölkerung und Schülerinnen und Schüler, die zeitweise nicht in der Schul anzutreffen sind, wären ohne Katastrophenschutzplan der eben beschriebenen Gefährdung schutzlos ausgeliefert.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2600 8602 0

Ident.-Nr.: 8373

Ferner bringe ich noch vor, daß für einen evtl. Störfall keine ausreichenden Evakuierungsmaßnahmen der Bevölkerung vorgesehen sind. Ich befürchte daher, daß in einem Umkreis von ca. 25 km vom Endlager die Bevölkerung einfach "abgeschrieben" wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 0 0

Ident.-Nr.: 8717

Welche Maßnahmen treten bei einer Strahlenkatastrophe in Kraft, Atomverstrahlung: ab wann muß ein Gebiet evakuiert werden?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 0 0

Ident.-Nr.: 8855

Wir sehen die Gefährdung unserer Gesundheit bei Stör- und Transportunfällen besonders auch dadurch gegeben, daß der zivile Schutz, so gut auch immer er organisiert sein möge, nur unzureichend ist. Als informierte und denkende Menschen kennen wir die nachhaltige Wirkung radioaktiver Verseuchung. Wir wissen, daß ein ziviler Schutz in akuten Fällen nur kurzzeitig die direkte Verstrahlung unserer Körper verhindern oder

Texte zum Sachgebiet Nr. 8602

vermindern kann. Die Langzeitwirkungen durch die Verstrahlung unseres Lebensraumes müssen wir aber hinnehmen. Davor kann uns niemand schützen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 0 0

Ident.-Nr.: 9048

Es kann kein ausreichender Katastrophenschutz gewährleistet werden: Der Gemeinde Vechelde beispielsweise liegen keine Katastrophenschutzpläne zur Evakuierung der Bevölkerung vor.
Die Folgen eines Unfalls mit Freisetzung von Radioaktivität wäre also in dieser dichtbesiedelten Region katastrophal.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8602 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8603

Ident.-Nr.: 102

Wer garantiert im Ernstfall für ausreichende Sicherheitsmaßnahmen, die die Bürger sowie die Umwelt schützen?
Wer garantiert für ausgebildete Einsatzkräfte und für die nötige Ausrüstung (Feuerwehr)?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Ident.-Nr.: 255

Nicht nachgewiesen ist, daß die Feuerwehren in den Orten um SCHACHT KONRAD in der Lage sind, bei einem Unglück mit radioaktiven Abfällen geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8900 8603 0

Ident.-Nr.: 262

In meiner Eigenschaft als Feuerwehrmann und Angehöriger des Katastrophenschutzes im Landkreis Peine, werde ich unmittelbar mit den verunfallten Fahrzeugen in Kontakt kommen. Hier kumuliert sich die radioaktive Belastung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8900 8603 8307

Ident.-Nr.: 262

Ein auch nur annähernd ausreichender Schutz der Rettungsmannschaften kann nicht gewährleistet werden. Dazu müßte in Zukunft jeder Rettungseinsatz unter anderem mit Vollschutzanzügen durchgeführt werden, da man einem verunglückten Fahrzeug, insbesondere bei Bahntransporten, nicht ansieht was es geladen hat. Eine ständige Messung einer von solchen Fahrzeugen ausgehenden Strahlung ist, sowohl aus einsatztechnischen Gründen, als auch aufgrund mangelnder Meßkapazität, nicht durchführbar. Eine vollständige, flächendeckende Ausrüstung der hiesigen Feuerwehren, die zur Zeit überhaupt kein geeignetes Rettungsgerät für solche Einsätze zur Verfügung haben, erscheint ebenfalls nicht möglich.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Ident.-Nr.: 405

Die Waggons mit Atommüll sind nicht gekennzeichnet. Es sind keine Katastrophenschutzpläne vorhanden.
Die Feuerwehr ist daher nicht im Stande, bei einem Unfall etwas zu unternehmen.
Das Ausmaß des Schadens wird nicht rechtzeitig zu erkennen sein, so daß viel zu spät etwas unternommen werden wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8603

Ident.-Nr.: 679

Stör- und Unfälle mit einem katastrophalen Verlauf wirken auf Leben und Gesundheit der Betroffenen und ziehen auch eine weitreichende Verseuchun der Umgebung mit sozialen, ökologischen und ökonomischen Folgen nach sic Bei einem in der Gemeine Vechelde auftretenden Stör- oder Unfall werden auch die Feuerwehrleute unserer Freiwilligen Feuerwehr und Helfer einem unverantwortbaren Risiko ausgesetzt, da man u. a. die Atommüll-Waggons rein äußerlich nicht von normalen Waggons unterscheiden kann. Katastroph können z. B. sein:
Unfall beim Transport von Atommüll mit nachfolgendem Brand, bei dem ein großer Teil der Radioaktivität freigesetzt wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2600 8603 0

Ident.-Nr.: 752

Es fehlen Personal und Material bei einem etwaigen Unfall oder Störfall.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Ident.-Nr.: 752

Die Feuerwehr und Polizei wird bei Unfällen stark gefährdet, da niemand weiß, womit er es zu tun hat.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Ident.-Nr.: 858

Kaum auszudenken wäre es, wenn es in einer Stadt wie Braunschweig, wo auf dem Güterbahnhof entsprechende Waggons vorübergehend abgestellt und rangiert werden müßten, zu einem Unfall käme. Die öffentlichen Institutionen wie Feuerwehren, Ärzte und Krankenhäuser pp. wären zum einen auf einen solchen Vorfall gar nicht vorbereitet und zum anderen auch nicht in der Lage Hilfe zu Leisten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8603 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8603

Ident.-Nr.: 959

Wenn bei einem Unfall oberirdisch oder unterirdisch Zustände auftreten, welche das Eingreifen des Katastrophenschutzes, der Feuerwehren etc. erforderlich machen, ergibt sich sofort die Frage, wer dann vor Ort arbeiten soll. Nach dem Unfall bei Tschernobyl ergeben sich bei den Helfern tödliche und andere Langzeitfolgen. Auch die jetzt größere Wahrscheinlichkeit von Unfällen durch zunehmenden Flugverkehr nach der Wiedervereinigung Deutschlands ist (und dieses kann man als einziges den Planerstellern nicht zum Vorwurf machen) nicht erfaßt, es stellt jedoch einen Mangel dar, der nicht bestehen bleiben kann.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2600 8603 0

Ident.-Nr.: 979

Nach einem eventuell auftretenden Störfall besteht für mich kein genügender Katastrophenschutz, da die Zusammenarbeit der verschiedenen Hilfsorganisationen in einem derartigen Maßstab aus Kostengründen nicht geübt wird. Weiterhin funktioniert diese Zusammenarbeit wegen schlechter Koordination schon bei den selten stattfindenden Übungen nicht, so daß hier von einem Schutz der Bevölkerung bei einem Störfall nicht ausgegangen werden kann.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2500 8603 0

Ident.-Nr.: 1461

Die Feuerwehr, hauptsächlich aber die Freiwilligen Feuerwehren sind für eventuelle "Atomunfälle" nicht hinreichend ausgebildet.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Ident.-Nr.: 1545

Der Katastrophen- und Zivilschutz ist für einen Störfall nicht ausgebildet. Desgleichen gibt es keine allgemein bekannten Pläne für die Bevölkerung (öffentl. Einrichtungen sind nicht informiert und vorbereitet!).

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Ident.-Nr.: 1826

Mangelhafte Störfall-/Sicherheitsanalyse (fehlende Hilfsdienste, keine geeigneten Krankenhäuser, fehlende Strahlenschutzvorsorgeuntersuchungen, fehlende Atombunker ppp.).
Fehlende Evakuierungskapazitäten (z. Z. werden schon Asylanten in Turnhallen und Notunterkünften untergebracht.
Regreßfrage ungeklärt (Körperschäden, Tod, Minderung von Eigentumswerten, wer trägt die Beweislast ppp.?)

Texte zum Sachgebiet Nr. 8603

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8500 8603 0

Ident.-Nr.: 1870

Für den Fall eines Störfalles auf dem Schachtgelände oder auf den Transportwegen liegen den betroffenen Gemeinden keine geeigneten Katastrophenschutzpläne vor. Die Feuerwehren sind materiell nicht auf solche Situationen eingestellt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Ident.-Nr.: 1889

Eine Einbeziehung von externen Feuerwehren in die Planung bei Unfällen ist nicht richtig, da deren Einsatz aus Auslastungs-, Wetter- oder Katastrophengründen nicht möglich sein könnte. Einfache menschliche Verhaltensweisen, wie z. B. Panik des Bedienpersonals sind nicht berücksichtigt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Ident.-Nr.: 2527

Alle von mir dargelegten Einwendungen mache ich auch für meinen Sohn, der zur Zeit noch minderjährig ist, zur Wahrung seiner Interessen geltend (mit Ausnahme des Arbeitsplatzargumentes). Zusätzlich erhebe ich folgende Einwendungen: Mein Sohn ist Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Lengede (z.Zt. Jugendwehr). Es ist zu erwarten, daß er zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Endlagers SCHACHT KONRAD in aktiven Dienst steht, mithin also bei Unfällen mit Atommüll auf den Transportwegen innerhalb der Gemeinde Lengede und Nachbargemeinden eingesetzt wird. Hieraus erwächst eine nicht vorher einschätzbare erhöhte Gesundheitsgefährdung, insbesondere da in den Unterlagen ein solcher Fall nicht berücksichtigt ist. Bei der hohen Motivation, die im allgemeinen bei Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr vorausgesetzt werden kann, besteht die Gefahr, daß mein Sohn in Unkenntnis der Möglichkeit einer hohen Bestrahlung bei einem solchen Einsatz an Gesundheit oder Leben geschädigt wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8603

Ident.-Nr.: 3084

Katastrophenschutzbehörde
Gemäß NKatSG obliegt der Katastrophenschutz der Landeshauptstadt Hannnover als Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises. Dabei ist festzustellen, daß die Stadt den ihr übertragenen Verpflichtungen, z. B. der Vorbereitungspflicht (§ 5),
der Mitwirkungspflicht (§ 4) sowie
der Untersuchuntspflicht (§ 7),
wegen fehlender Angaben über die Atommülltransporte nicht nachkommen kann. Eine sinnvolle Aufgabenerfüllung kann jedoch nur dann erfolgen, wenn die Landeshauptstadt Hannover, z. B. in Gestalt des Amtes für Zivilschutz, rechtzeitig und umfassend im Rahmen des Verfahrens
a) informiert und
b) gehört wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8603 0

Ident.-Nr.: 4647

Die Region Braunschweig/Salzgitter/Wolfsburg mit den Mittelzentren Peine, Wolfenbüttel und Gifhorn sowie die angrenzenden, ebenfalls betroffenen Regionen Hildesheim und Hannover gehören zu den am dichtesten besiedelten Räumen der Bundesrepublik und liegen nach der Vereinigung in deren geographischem Zentrum. Allein schon dieser Gesichtspunkt läßt eine Nutzung des Schachtes Konrad unzumutbar erscheinen. Die Tatsache, daß es keine Institution gibt und geben wird, die Unfälle mit radioaktiven Stoffen und einer kontaminierten Umgebung wirkungsvoll bekämpfen kann, verstärkt dieses Argument. Katastrophenschutz, THW und örtliche Feuerwehren sind materiell, finanziell und strukturell überfordert, derartigen Unfällen zu begegnen. An dieser Stelle sei auf die Aussagen der Gruppe "Ärzte gegen den Atomtod" verwiesen, die eine wirksame medizinische Hilfe im Katastrophenfall für unmöglich halten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 4600 8603 0

Ident.-Nr.: 5040

Ich sehe kein Ausbildungskonzept bei Polizei, Feuerwehr o. ä. Einrichtungen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8603

Ident.-Nr.: 5418

Die Betriebssicherheit scheint mir nicht vollständig erwiesen. So kann ich nicht davon ausgehen, daß z. B. eine thermische Einwirkung infolge eines Brandes vollständig vermieden werden kann. Außerdem halte ich die Zuteilung der Freiwilligen Feuerwehren für bedenklich, da sie für Strahlenschutzeinsätze nicht ausreichend geschult sind. Im übrigen kann die Feuerwehr die Region schon aus zeitlichen Gründen (Anfahrtszeit) bei einem Störfall mit verstärktem Austritt von Radioaktivität nicht ausreichend schützen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2500 8603 0

Ident.-Nr.: 5577

Katastrophen können sich, wie bereits gennant, auf verschiedene Art und Weise ereignen. Für alle Stör- und Unfälle mit katastrophalen Verlauf gilt jedoch, daß das Freisetzen von Radioaktivität einerseits direkt auf Leben und Gesundheit der Betroffenen wirkt und andererseits auch eine weitreichende Verseuchung der Umgebung mit Folgen im sozialen, ökologischen und ökonomischen Bereich nach sich zieht.
Hierbei werden von mir Mängel im Bereich des Katastrophenschutzes im Falle eines Störfalles aufgezeigt:

- Örtliche Feuerwehren, THW sind im Rahmen ihrer Aufgaben und ihrer Ausbildung für einen radioaktiven Störfall nicht genügend geschult, geschweige denn im Besitz genügender und geeigneter Einsatzmittel, um effektiv gegen Stör- und Unfälle und deren Folgen vorzugehen.
- Gleiches gilt für die Polizei und den Bundesgrenzschutz, welches ich aus eigener Berufserfahrung bestätigen kann.
- Übungen einzelner Organisationen oder das Zusammenwirken aller bei einem Stör- oder Unfall eingesetzter Behörden erfolgen in der Regel nur als Planübungen, um Panik u.ä. in der Bevölkerung zu vermeiden.

Fazit: Aus diesem Grund ist es unwahrscheinlich, daß bei nicht ausreichenden Einsatzmitteln und nicht vorhandener gezielter Ausbildung bei einem Störfall genügend Schutzmaßnahmen zur Sicherheit der Bevölkerung getroffen werden können.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Ident.-Nr.: 5598

Zusätzlich seh ich die medizinische Versorgung vieler Patienten bei einem eventuell auftretenden Atomunfall nicht gewährleistet, schon im normalen Betrieb sind Ambulanzen und Intensivstationen der Region hoch frequentiert. Aus häufigen Einsätzen als Notärztin im Notarzt-Einsatz-Fahrzeug im Gebiet Sehnde/Lehrte weiß ich, wie schwierig oft die fachgerechte Unterbringung und Versorgung weniger gleichzeitig "anfallender" Unfallopfer ist. Patienten mit schweren Verbrennungen müssen häufig mit viel organisatorischen Aufwand in weit entfernt liegende Zentren geflogen werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8603

Ident.-Nr.: 5603

Als Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr würde ich im Katastrophenfall bei Einsätzen besonders gefährdet sein, zumal keine entsprechende Schutzkleidung oder Schutzgeräte vorhanden sind.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Ident.-Nr.: 5753

Im Katastrophenfall, z. B. bei einem Flugzeugabsturz auf die Schachtanlage oder einen Atommülltransport, sind die zuständigen Behörden, Feuerwehren u. a. völlig überfordert und nicht in der Lage, die Bevölkerung zu schützen, da ihnen Erfahrungen im Umgang mit radioaktiver Strahlung und praktisch anwendbare Fachkenntnisse fehlen, und geeignete Ausrüstung (z. B. zur Dekontamination) nicht in ausreichender Menge zur Verfügung steht. Einen Eindruck dieser Hilflosigkeit gab der Reaktorunfall von Tschernobyl.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2610 8603 0

Ident.-Nr.: 5824

Da ich Führungskraft in einer Freiwilligen Feuerwehr und Führungskraft in einer Katastrophenschutz Feuerwehrbereitschaft bin, sehe ich als weitere Gefahr bei einem Atomunfall die mangelnde Ausrüstung und Ausbildung der Einsatzkräfte. Wahrscheinlich wird auch im Falle eines Transportunfalls kaum ein Feuerwehrmann bereit sein sich der Strahlengefahr auszusetzen. Zur Zeit sind im Landkreis Peine kaum Strahlenschutzanzüge und Strahlenmessgeräte vorhanden und noch weniger können mit den Einsatzmitteln umgehen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Die Entscheidung, uns freiwillig zugunsten der Allgemeinheit im freiwilligen Rettungsdienst, Katastrophenschutz etc. zu engagieren, muß im Hinblick auf die zu erwartenden verstärkt auftretenden gesundheitlichen Belastungen bein einem atomaren Störfall in oder bei dem Betrieb (Transport) der Anlage neu überdacht werden und kann letztendlich die für uns als Hausbesitzer schon fast als ehrenamtliche Pflicht zu bezeichnende Mitgliedschaft in der freiwilligen Feuerwehr vereiteln. Dieses ist unzumutbar für uns als auch für die Allgemeinheit. So sind die derzeit vorliegenden Informationen vielmehr so zu deuten, daß sich in zunehmendem Maße in dieses Diensten die Erkenntnis breitmachen, daß weder der Kenntnisstand noch die notwendigen Schutzkleidungen und technischen Ausrüstungen in den freiwilligen Diensten vorhanden sind, von den beruflichen Katastrophendiensten ganz zu schweigen. Das führt dazu, daß sich Menschen aus diesen Diensten verabschieden und so die Funktionsfähigkeit bei nichtatomaren Katastrophen eingeschränkt wird (s. auch Frankfurter Rundschau, 9.1.91, "Feuerwehrleute warnen vor gefahr der Kernkraft: .... Nach Baumanns Worten sind trotz Einsatzes

neuester Techniken auf dem Gebiet der Brand- und Schadensbekämpfung Feuerwehren bei Großunfällen im Bereich von atomaren und chemischen Anlagen sowie bei Transportunfällen der entsprechenden Stoffe nicht mehr in der Lage, anstehende Situationen im notwendigen Maß zu bekämpfen und zu kontrollieren.....Katastrophen- und Einsatzpläne mögen theoretisch zum Sicherheitsgefühl beitragen, sie erweisen sich jedoch im Ernstfall als nicht praktikabel und höchst realitätsfern. ...Hier wird der Bevölkerung Sicherheit vorgegaukelt, die in den kommenden Jahren zu traumatischen Erlebnissen führen werden"

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 8603 0

Ident.-Nr.: 5926

Es finden sich keinerlei Hinweise auf ausreichende Vorbereitungen zum Handling ahnlicher Katastrophen, wie sie in der Endlagerung der Sowjetunion geschehen sind, deren chaotische medizinische und sonstige Bewältigung derartiger Störfälle erst jetzt im Westen an die Öffentlichkeit kommt. Dieses gilt insbesondere fur den medizinischen Sektor, aber auch für alle anderen betroffenen Gebiete.

Es fehlt die ausreichende Bereitstellung von Kapazitäten im medizinischen Bereich zur Bewältigung eventueller Störfalle.

Wie der ganze Plan kaum Hinweise auf die Verarbeitung der schon gewesenen Atomkatastrophen zeigt, soweit sie für Schacht Konrad relevant sein konnten, so läßt sich besonders im Bereich der Endlagerung nachweisen, daß die Erkenntnisse aus dem Bereich der Endlagerforschung nicht auf ausländische Vorfälle zurückgreifen. Dieser Mangel an Wissen schränkt uns unzumutbar in unseren Rechten ein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Ident.-Nr.: 5927

L 3.2.3.5-2
Die Planfeststellungsunterlagen sprechen u.a. von der für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständigen Behörde. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß eine Reihe von Behörden, auch die Gemeinde Lengede, auf ihrem Gebiet für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständig sind. Wie sollen diese Behörden in den Alarmplan eingebunden werden?
Insbesondere: Welche zusätzlichen Kosten entstehen beispielsweise?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8603

Ident.-Nr.: 5927

L 3.2.3.3-1 = K 55
Zu 3.2.3.3. Brandschutzmaßnahmen
3.2.3.3.1 Schutzziele:
Vorbemerkung: Gemäß § 2 Abs. II Nds. Brandschutzgesetz können sich Situationen ergeben, in denen die Gemeinde Lengede in Brandfällen zur Nachbarschaftshilfe verpflichtet sein könnte, weil sie unmittelbar an das Gemeindegebiet Salzgitter angrenzt. Daher hat sie ein besonderes rechtliches Interesse daran, daß
- die Zulassung des Endlagers unter dem Aspekt geprüft wird, daß ein adäquater Brandschutz überhaupt herstellbar ist und
- wenn diese Frage bejaht wird, daß der Brandschutz so organisiert wird, daß eine Gefährdung der Feuerwehrmitglieder der freiwilligen Feuerwehr Lengede und andere Ortschaften im Einsatzfall soweit wie möglich minimiert wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 5190 5900 8603

Ident.-Nr.: 6195

Die aufgeführten Feuerwehren sind technisch nicht in der Lage einen Atomunfall zu beherrschen, da Katastrophenpläne, Transportregister usw. für die Wehren nicht abrufbar sind.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 2530 0

Ident.-Nr.: 7456

Es ist nicht sichergestellt, wie die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte zeigt, daß die Stadt Salzgitter in jedem Haushaltsjahr während der geplanten 40jährigen Einlagerungszeit bis zur endgültigen Versiegelung der Schächte immer über genügend Haushaltsmittel verfügt, um das notwendige Personal zur Abwehr der Gefahren aus den Transportvorgängen und dem Einlagerungsbetrieb des Endlagers in qualitativer und quantitativer Hinsicht vorzuhalten. Das Gleiche gilt auch für die Neu- bzw. spätere Ersatzbeschaffung der erforderlichen Zusatzausrüstung und Ausstattung für die Gefahrenabwehr als auch für die Aus- und Fortbildung der haupt- und nebenberuflichen Einsatzkräfte der Gefahrenabwehr.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Ident.-Nr.: 7485

Da der jüngere Sohn Mitglied der freiwilligen Feuerwehr ist, könnte er unmittelbar in große Gefahr kommen, wenn bei Unfällen die örtliche Feuerwehr zu Hilfe kommen muß.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2000 8603 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8603

Ident.-Nr.: 7497

Weiterhin beunruhigt mich, daß ein Katastrophenschutzplan vollkommen fehlt. Der Antragsteller scheint sich anzumaßen, jeden Störfall beim Transport und beim Betrieb der Anlage ausschließen zu können. Die zuständigen Sicherheits- und Schutzorgane für die Bevölkerung, wie etwa Polizei und Feuerwehren, sind aber für solche Störfälle absolut unzureichend ausgebildet, sofern ein "Schutz" der Bevölkerung in einem solchen Falle überhaupt noch möglich ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Ident.-Nr.: 7543

Mangelnder Katastrophenschutz, weil die entsprechenden Katastrophenschutzeinheiten nicht vorhanden sind bzw. die vorhandenen Einheiten nicht für solche Störfälle vorbereitet sind.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Ident.-Nr.: 7543

Die Berufsfeuerwehren der umliegenden Gemeinden sind weder materiell noch personell auf solche Störfälle vorbereitet bzw. ausgebildet. Das Gleiche gilt auch für die medizinische Versorgung der Bevölkerung.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2500 8603 0

Ident.-Nr.: 7606

Keine Schutzräume für die Bevölkerung Salzgitters, die im Falle eines Unfalls aufgesucht werden können.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Ident.-Nr.: 7617

Durch die örtlichen Gegebenheiten in Salzgitter wird derBrandschutz und der ABC-Schutz hauptsächlich durch die Freiwilligen Feuerwehren durchgeführt. Die technische Ausrüstung und die Weiterbildung der freiwilligen Feuerwehrleute entspricht nichr dem gestiegenen Risiko (s. Aussage vom Stadtbrandrat R. Münch in der Salzgitter-Zeitung vom 19.06.1991)

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8603

Ident.-Nr.: 7990

Umliegendes "Ärztliche Versorgungssystem" nicht geschult und für Langzeittherapie ungeeignet.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Ident.-Nr.: 8543

Persönliche Berufsrisiken

Als Polizeibeamter sehe ich mich darüber hinaus neuen, nicht hinnehmbaren Berufsrisiken ausgesetzt.

Wie gerade dargelegt, ist ein Transportunfall mit der Freisetzung radioaktiven Inventars auf dem Gebiet der Polizeidirektion Braunschweig, der ich angehöre, oder ein Stör- bzw. Unfall mit Auswirkung auf dieses Gebiet nicht auszuschließen. Bei dann zu treffenden Maßnahmen direkt am Unfallort (z.B. Erste Hilfe, Absperrmaßnahmen, Verkehrsmaßnahmen) oder Folgemaßnahmen (Sperrungen, Verkehrsumleitungen, Evakuierungsmaßnahmen etc.) könnte ich persönlich eingesetzt sein. Die zu erwartende Strahlungsintensität am Unfallort würde zu erheblichen Gesundheitsschäden führen. Bei derartigen Einsätzen werden Einsatzkräften ohnehin erheblich höhere Dosen als der "Normalbevölkerung" zugemutet.

Es existiert z.Zt. lediglich ein für derartige Vorfälle ausgebildeter und ausgerüsteter sog. "ABC-Trupp" innerhalb der Behörde. Dieser versieht nicht rund um die Uhr Dienst und kann wegen seiner personellen Ausstattung keine ständige Präsenz gewährleisten. Bei Unfällen muß deshalb stets eine Vorlaufzeit eingeplant werden, innerhalb derer Maßnahmen von nicht speziell hierfür ausgebildeten und in keinerlei Weise geschützten Beamten durchgeführt werden müssen.

Weitere denkbare dienstliche Tätigkeiten in diesem Zusammenhang sind
* Lotsung/Transportbegleitung
* Objektschutzmaßnahmen.

Eine Ausschöpfung des gegenüber der "Normalbevölkerung" deutlich höheren Strahlengrenzwertes würde über Jahre hinaus zu einer erheblichen Gesundheitsgefährdung führen. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Aussagen im Zusammenhang mit den Gefahren radioaktiver Niedrigstrahlung unter 1.1.

Die derzeitige angespannte Personallage im Polizeibereich läßt zudem befürchten, daß sich in Zukunft bei einer Häufung gerade geschilderter Einsätze selbst bisher geltende Grenzwerte nicht mehr einhalten lassen. Die z.Zt. schon besorgniserregende Situation (Deutsche Polizei, Nr. 7/91 S. NS2: "Unter Berücksichtigung des Fehls von 47 Einstellungen aus April

Texte zum Sachgebiet Nr. 8603

1991 müßten zum 1. Oktober rd. 230 Anwärter eingestellt werden. Zur Zeit gibt es aber erst ca. 160 geeignete Bewerber...es (sei) nicht einmal mehr möglich, die natürlichen Abgänge durch Pensionierungen pp. zu ersetzen.") dürfte sich bis zur geplanten Inbetriebnahme des Endlagers 199 noch nicht gebessert haben. Nach derzeitigen Prognosen ist eher mit eine Verschlechterung zu rechnen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8503 8603 0

Ident.-Nr.: 8544

Die in derRegion vorhandenen Kliniken waren in ihren Planungen nie auf eine größere Aufnahme von Strahlenkranken, z. b. durch Unfälle ausgelegt Es erscheint daher zumindest zweifelhaft, daß die erforderliche medizinische Versorgung der Bevölkerung bei einem Störfall sichergestellt ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8603 0 0

Ident.-Nr.: 9087

Die Transporte zum Schacht Konrad bedeuten eine große Gefahr für Leben und Gesundheit, da Unfälle während des Transportes der radioaktiven Abfälle nie gänzlich ausgeschlossen werden können. Mögliche Ausweichstrecken für den Ernstfall sind in den Planungsunterlagen weder ausgewiesen noch ausgeschlossen. Mögliche Sicherheits- und Rettungsmaßnahmen sind mir nicht bekannt. Gleichfalls sind Feuerwehr und Polizei im Katastrophenfall überfordert, da es den Mitarbeitern dieser Institutionen an der notwendigen Ausrüstung und Schulung mangelt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8300 8603 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8604

Ident.-Nr.: 54

Wer haftet eigentlich bei einem Großunfall mit radioaktivem Abfall (wie z.B. am 27.08.1985 in North Dakota/USA, wo ein Zug mit einem Lastwagen kollidierte und eine 360 qkm große Fläche uranverseucht wurde)?
Was wird für den Schutz der Zivilbevölkerung in einem solchen Fall an Vorsorge geleistet? Wer garantiert die angemessene medizinische Versorgung und Hilfe für die Betroffenen? Wer ist in der Lage, dabei entstehendes menschliches Leid wiedergutzumachen, geschweige denn die Folgekosten einer solchen Hypothek zu tragen?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8604 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Es besteht die Gefahr, daß sich durch Störfälle beim Betrieb der Anlage die Lebens-Verhältnisse in Salzgitter derartig zum Nachteil der betroffenen und unserer Familie verändern könnten, daß eine Evakuierung durchgeführt werden müßte. Es fehlen dazu Ausführungen über geplante Entschädigungen bei nachteiligen Folgen für die Betroffenen und unsere Familie. Der Plan enthält keine ausreichenden Bestimmungen für die Entschädigungen bei eventuellen Wertminderungen vorhandenen Eigentums durch Stör- und Unfälle beim Betrieb der Anlage und Transport von Atommüll. Der Plan vernachlässigt, daß eine Atomanlage nicht versicherbar ist, so daß alle denkbaren Schäden abgedeckt sind, das gilt auch für das Atomtransportwesen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2500 8510 8604

Texte zum Sachgebiet Nr. 8700

Ident.-Nr.: 131

Bei Diebstahl von Plutonium kann von Terroristen eine A-Bombe gebaut werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8700 0 0

Ident.-Nr.: 1911

Es gibt keinen Schutz vor dem Zugang von Unbefugten
Es gibt keine Pläne darüber, wie die gelagerten atomaren Abfälle nach Ende des Betriebsschlusses vor dem Zugang von Unbefugten geschützt werden sollen. Wir wissen nicht, ob in unserem Land in Zehn- oder Hunderttausend Jahren immer noch demokratische Verhältnisse herrschen werden. Es bestht die Gefahr, daß Diktatoren oder Terroristen versuchen könnten, an das strahlende Material heranzukommen, um die zum Bau von Bomben oder Kampfstoffen brauchbaren Isotope zu exrahieren.
Hierbei sind folgende Fragen nicht geklärt:
-Wie sollen die radioaktiven Abfälle bewacht werden?
-Wer finanziert dies?
-Kann der Schutz des strahlenden Materials vor dem Zugriff unerwünschter Kräfte so geregelt werden, daß er nicht im Widerspruch von bestehenden Demokratischen Rechten geschieht?
Es ist nachfolgenden Generationen nicht zuzumuten, etwas bewachen zu müssen, daß ihnen nicht nur überhaupt nichts nützt, sondern sie auch noch gesundheitlich schädigt, und dies auch noch finanzieren zu müssen. Wir dürfen den Atommüll aber nicht einfach nur vergraben nach dem Motto "aus den Augen, aus dem Sinn", und hoffen, daß später niemand mehr daran denkt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2730 3360 8700

Ident.-Nr.: 5829

Behauptung:
Es ist nicht sichergestellt, daß von dem im Schacht Konrad eingelagerten spaltbaren Material keine signifikanten Mengen unentdeckt entwendet werden könnten.

Begründung:
Im Endlager für radioaktive Abfälle werden nur relativ geringe Mengen an nuklearen Materialien 1) und insbesondere keine Brennelemente eingelagert. Es kann aber mehr nukleares Material sein als die Menge, die von der IAEO 2) als signifikant (SQ - significant quantity) eingestuft wird. Signifikante Mengen müssen der Überwachung unterzogen werden, weil sie (und tatsächlich schon geringere Mengen) ausreichen, um eine Kernwaffe zu bauen. Nukleare Materialien befinden sich insbesondere in den Abfällen aus der Wiederaufarbeitung (in Sellafield und La Hague) und aus der Mischoxid-Brennelementfertigung (von ALKEM in Hanau). Laut Plan 3) dürfen pro 0,1 m3 Abfallprodukte bis zu 50 g von Stoffen enthalten sein, die durch thermische Neutronen spaltbar sind. Im Fall von Plutonium-239 würde bei Ausschöpfung der zugelassenen Maximalkonzentration bereits in nur 16 m3 Abfall eine signifikante Menge (8 kg Plutonium-239) enthalten sein.

Das Material könnte von Terroristen oder subnationalen Gruppen entwendet werden, in der Absicht, die interne Sicherheit zu bedrohen oder einem anderen Staat bei der Produktion von Kernwaffen zu helfen. Andere Staaten könnten ihrerseits befürchten, subnationale Gruppen oder staatliche Stellen würden unentdeckt spaltbares Material für die Produktion von Kernwaffen in Deutschland entwenden.

Nach dem Musterüberprüfungsabkommen (INFCIRC/153 (corr.)) der IAEO für Mitgliedstaaten des Nichtweiterverbreitungsvertrages (Non-Proliferation TreatY, NPT) und nach dem Verifikationsabkommen (VerifAbk(1973)) ist definiert, unter welchen Umständen nukleares Material aus der Überwachung herausgenommen werden kann. Für die Endlagerung wird "measured discard" in Paragraph 107 Absatz (b) (iv) (INFCIRC/153 (corr.)) bzw. in Art. 98 J. (b) (iv) (VerifAbk (1973)) definiert:

> Measured discard: nuclear material which has been measured, or estimated on the basis of measurements, and disposed of in such a way that it is not suitable for further nuclear use.

Im Art. 11 (VerifAbk(1973)) 4) wird festgestellt, daß die Safeguardsmaßnahmen beendet werden,

> upon determination by the Community and the Agency that the material has been consumed, or has been diluted in such a way that it is no longer usable for any nuclear activity relevant from the point of view of safeguards, ob has become practically irrecoverable. 5)

Die Endlagerung von Abfällen, die nukleare Materialien enthalten, darf demnach erst nach Terminierung der Safeguards vorgenommen werden. Bisher ist allerdings noch nicht rechtsverbindlich geklärt, unter welchen genauen technischen Kriterien die Terminierung zulässig ist und welche Safeguardsmaßnahmen angewendet werden können, um sicherzustellen, daß vor und nach der Endlagerung keine signifikanten Mengen nuklearer Materialien entwendet werden. Die Definitionen bzgl. Terminierung beziehen sich auf die Anforderungen der IAEO. Die EURATOM kann ihrerseits auch nach Beendigung der Kontrollpflicht gegenüber der IAEO auf eine weitere Überwachung bestehen. Eine Beendigung der Überwachung durch die EURATOM ist nicht vorgesehen.

Im Plan für das Endlager für radioaktive Abfälle Schacht Konrad sind keinerlei Maßnahmen für die Kontrolle von spaltbaren Materialien im Sinne des Nichtweiterverbreitungsvertrages vorgesehen. Im Einzelnen sind die folgenden Aufgaben unberücksichtigt:

1. Es gibt keine rechtsverbindlichen Auslegungen der Begriffe "consumption", "usable" und "practically irrecoverable". Eine zusätzliche Schwierigkeit besteht darin, daß diese Definitionen nicht festschreibbar sind, sondern ständig dem technischen Fortschritt angepaßt werden müssen.

2. Es fehlen Kriterien für die Terminierung von Safeguards für diejenigen nuklearen Materialien, deren Endlagerung im Schacht Konrad vorgesehen ist.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8700

3. Weiterhin ist nicht geklärt, ob besondere Verfahren vor oder während der Konditionierung angewendet werden müssen, damit der Abfall in einer Form vorliegt, die den Kriterien für die Terminierung von Safeguards entspricht. Insbesondere ist dabei die Möglichkeit der Denaturierung von Spaltstoffen zu bedenken. 6)

4. Es gibt bisher keine rechtsverbindlichen Feststellungen darüber, mit welchen Meßverfahren die Mengen nuklearer Materialien vor der Terminierung bestimmt werden sollen und welche Anforderungen an die Genauigkeit dieser Messungen gestellt werden ("measured, or estimated on the basis of measurements").

5. Die Produktkontrolle (Kontrolle der Konditionierungsverfahren und Eingangskontrolle) dient nur zur Prüfung der Einhaltung der Endlagerungsbedingungen. 7)
Es sind keine Meßapparaturen zur Bestimmung des Gehaltes an nuklearen Materialien vorgesehen.

6. Es fehlt eine Abzweigungspfadanalyse, die alle Schritte des Einlagerungsablaufes 8) berücksichtigt und alle Pfade angibt über die signifikante Mengen nuklearer Materialien abgezweigt werden könnten. Für die Phase vor der Schließung der Endlagerstätte in ein relevanter Abzweigungspfad die Entwendung von nuklearen Materialien durch zugangsberechtigte Mitarbeiter. Die Möglichkeit dazu besteht vor allem nach dem Zeitpunkt der Terminierung von Safeguards und vor dem Zeitpunkt, zu dem das Material unzugänglich gemacht wird. Für die Phase nach Abschluß des Betriebes und der institutionellen Überwchung des Endlagers ist ein wesentlicher Abzweigungspfad gegeben durch das Eindringen von Unbefugten. 9)

7. Es gibt bisher kein Safeguardskonzept, welches sicherstellt, daß die Abzweigung von zur Endlagerung vorgesehenen oder endgelagerten nuklearen Materialien gemäß den in Frage kommenden Abzweigungspfaden "rechtzeitig" entdeckt wird. 10)
Insbesondere fehlen die Benennung von Materialbilanzzonen, Schlüsselmeßpunkten und geeigneten Buchführungs- und Containment/Surveillance Maßnahmen.

---

1) Die Definition des Begriffs nukleare Materialen ist aus Art. 98 O (VerifAbk(1973)) zu entnehmen.
2) IAEO - Internationale Atomenergie Organisation
3) (BfS (1990)), Seite 73
4) Nach dem Verifikationsabkommen wird die Zusammenarbeit zwischen IAEO und der EURATOM bei der Spaltflußkontrolle geregelt.
5) wenn die Gemeinschaft und die Organisation feststellen, daß das Material verbracht oder in einer Weise verdünnt worden ist, daß es für eine nukleare Tätigkeit, die unter dem Gesichtspunkt der Sicherungsmaßnahmen von Belang ist, nicht mehr verwendbar ist oder praktisch nicht rückgewinnbar geworden ist (Amtliche Übersetzung aus (VerifAbk (1973))).
6) Über die Denaturierung von Reaktorplutonium siehe (Kankeleit/ Küppers/Imkeller (1989))
7) (BfS (1990)), Seite 79

8) (BfS (1990)), Seite 70
9) Dabei ist zu berücksichtigen, daß der zu betrachtende Zeitpunkt für dieses Entwendungsszenario durchaus einige Jahrtausende in der Zukunft liegen kann.
10) Genauer ist die Entdeckung mit der üblichen Entdeckungswahrscheinlichkeit von 95% und maximaler Fehlalarmwahrscheinlichkeit von 5% gemeint.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2620 8700 0

Ident.-Nr.: 5926

Eine Trennung von zivier und militärischer Atomtechnik ist unmöglich. Die BRD hat sich zur nichtmilitärischen Nutzung der Atomenergie verpflichtet. Das Betreiben von Atomanlagen jeglicher Art fördert die rechtswidrige militärische Nutzung von Atomanlagen.

Die Planunterlagen enthalten keine Hinweise auf Kriterien, die verhindern, daß der Entsorgungsnachweis Schacht Konrad zur Nutzung militärischer Art von Atomanlagen benutzt wird, somit ist eine rechtswidrige Förderung dieser Produktion nicht auszuschlieBen, sofern keine Sicherheitsmaßnahmen eingebaut werden, die diese Art des Mißbrauchs des Entsorgungsnachweises verhindern, besonders in bezug auf möglichen ausländischen Atommüll.

So ist zu vermuten, daß die Pläne der Bundesregierung darauf hinauslaufen, daß eine Internationalisierung der Entsorgung bevorsteht. Wenn man die Dreistigkeit berücksichtigt, mit der Bundesumweltminister Töpfer die Weisung für die Einlagerung von ausländischem Atommüll in Gorleben mit einem Gefälligkeitsgutachten des TÜV im Juni 91 durchgesetzt hat, so ist logischerweise zu schließen, daß mit Schacht Konrad ähnliches geplant ist. Das bedeutet eine unzumutbare Einschränkung unserer Grundrechte.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8203 8700

Ident.-Nr.: 6097

3/10
Die einzulagernden Abfälle enthalten spaltbare Stoffe. Es ist eine Grundanforderung an die Abfallprodukte zu stellen, die die Spaltstoffrückgewinnung technisch unmöglich macht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 5200 8700 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8700

Ident.-Nr.: 8690

Obwohl die Wissenschaft nach der ERkenntnis der Nutzbarkeit radioaktiver Prozesse die Folgen der Strahlung erkannte und deren Gefährlichkeit.
"Auch die friedliche Nutzung der Atomenergie ist die zivile Inwertsetzung einer Kriegstechnologie " G. Schneider, 1989
wurde diese Kriegstechnologie weiter verwendet. Dieser Umnutzung kann ich nicht trauen. Eine Inwertsetzung des Atommülls zum Zwecke der Kriegsführung kann nicht ausgeschlossen werden, auch nicht, wenn er endgelagert ist. Der Atommüll verschwindet also nicht. Wieder steht der End gültigkeit der vom Bundesumweltministerium verwendeten Begriffe (wie Sicherheit und Endlagerung) die sichere Vorläufigkeit der Wirklichkeit gegenüber.
Sicher ist, daß bei der Spaltung von Stoffen wie Uran und Plutonium viele qualitativ unterschiedliche Wirkungen in quantitativ unterschiedlichen Umang auftreten.
Einmal ausgelöst laufen bei der Spaltung Prozesse ab, die bisher nicht oder nur mit verhältnismäßig hohem Aufwand verhindert werden können.
Die Dauer der Nachwirkungen des Zufallsprozesses versetzt diese Stoffe in jenem hoch reaktiven Zustand, der das Leben der Menschen bedroht.
Für Menschen, die schreiben:
"Die Natur, alle Schätze dieser Erde, sind uns anvertraut. Wir müssen sorgsam mit ihnen umgehen und ihr Weiterbestehen sichern. Dieser von der christlichen Lehre des Menschen erteilte Auftrag "Die Schöpfung zu bewahren", ist für mich Motiv und Leitlinie meines politischen Handlns."
Bundesumweltminister Töpfer,
22. April 1991 in einem Brief an meine Mutter
ist damit etwas freigesetzt, das einer der wichtigsten Faktoren der Evolution war: Mutation von lebenden Organismen durch radioaktive Strahl
Wenn radioaktive Stoffe mit: "...von einer gewissen Stärke an für lebende Organismen schädliche bis tödliche Strahlung auszusenden..." Töpfer, 88 beschrieben werden, wird es unterlassen, die Wirklichkeit auszusprech
Immer, wenn diese Stoffe mit mir in Berührung kommen, hat das eine Wirku
auf meinen Körper,die sich selber beschreiben:"Eigenschaft bestimmter Atkeren, sich ohne äußere Einwirkung in andere Atomkerne umzuwandeln"
Töpfer, 1988
Broschüre zur Sicherheit unserer Kernkraftwerke- Sie wandeln sich auch durch menschlichen Einfluß mittels Technik um ! Die Wirkung der Strahlun ist also mit Wirkung auf die Erbinformation meiner Körper- und Geschlech zellen. Diese Eigenschaft der Strahlug kann mein Körper nicht verhindern er kann nur auf die Folgen reagieren. Meine individuelle Konstitution ist dann entscheidend (in psychischer u. physicher Hinsicht) dafür, ob ich geschädigt werde oder nicht. Es hängt vom Ort, an dem ich wohne, von mir unmd vielen anderen Bedingungen ab, wie stark ich schon durch andere Belastungen vorgeschädigt bin. Scheinbar objektive Behauptungen über Grenzwerte und Dosierungen betreffs meiner Person und meiner Individualität und ferner der tatsächlichen Bedingungen und Belastbarkeiten. Die Summe der Qualitäten der Umweltbelastungen die auf mich auch schon durch Sorgen (um das Endlager) geschwächten Körper lebensgefährlich wirken. Solche Summierungen und Zusammenwirkungen sind nicht berechenbar, nur fühlbar, erfahrbar. Durch qualitativ gefährdete Stoffe, wie Dioxin und Stickoxide halte ich eine weiter Belastung mit radioaktiver Strahlun für mich nicht für zumutbar. Außerdem sind durch die Freisetzung dieser radioaktiven Stoffe zahllose Menschen zu unfreiwilligen Versuchspersonen geworden für die Ärzte und Wissenschaftler. Erst nach der Schädigung

Texte zum Sachgebiet Nr. 8700

von Menschen wurden die Grenzwerte erstellt, deren Wirklichkeitsgehalt ist anfechtbar. Ich will zu keiner weiteren Versuchsperson werden.
Die wissenschaftliche Diskussion über die Wirkung der Niedrigstrahlung hält noch an.
Wir haben gesehen, daß die Vorsorge der Sicherheitsfachleute in Wirklich keit eine Nachsorge war, stets eine Reaktion auf Katastrophen und Unfäll Dieses Prinzip wird wiederholt. Die AKW's wurden ohne genehmigtes Endlag in Betrieb genommen. 50 Jahre lang wurde die Vorsorge gegenüber den Gefahren durch Atommüll unterlassen. Gleichzeitig wurde von vorausschauender Technologie mit großer Gefahrenvorsorge gesprochen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8700 8000 0

Ident.-Nr.: 8718

Die Bundesrepublik Deutschland hat eine Konvention unterschrieben, keine Kernwaffen herzustellen oder zu algern.. SCHACHT KONRAD wäre doch nicht anderes als eine Atombombe mit Langzeitzünder. Wenn etwas schief gehen sollte mit diesem Endlager, so sehen unsere Kinder vielleicht in 30 Jahren so aus, wie heute die übrig gebliebeneen Einwohner Hiroshimas oder Tschernobyls. Daher appeliere ich an unsere Politiker nach alternativen Wegen der Energiegewinnung zu suchen sowie das Projekt SCHACHT KONRAD fallen zu lassen!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8700 8100 2600

Ident.-Nr.: 9277

In den ausgelegten Unterlagen sind keine Hinweise auf Untersuchungen, wie künftige Generationen mit einem solchen Endlager umgehen könnten. Es würde eine Fülle von seltensten Elementen in hoher Konzentration enthalten. Sollte auch nur eines davon wirtschaftliche Bedeutung erhalten, wäre ein kriminelles Eindringen in SCHACHT KONRAD mit womöglich verheerenden Folgen sogar schon in nächster Zukunft nicht auszuschließen In den zwanziger Jahren noch wäre jeder ausgelacht worden, wenn er die späterer Bedeutung des damals wertlosen Urans in bezug auf Wirtschaft, Militär oder Kriminalität auch nur schemenhaft prognostiziert hätte. So gesehen könnte ein Endlager in SCHACHT KONRAD schon durch das Verhalten der heute lebenden Menschen eine nicht kalkulierbare Gefahr darstellen, ganz zu schweigen von den eventuell in -zigtausend Jahren noch lebenden Menschen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3360 8700 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8901

Ident.-Nr.: 63

Ein atomares Endlager ist in Niedersachsen (und anderswo) politisch nicht mehr durchsetzbar, die Weisung dazu kommt aus der Bundesregierung.
Da - wie in der gesamten Bundesrepublik - in Niedersachsen und vor allem in der unmittelbar betroffenen Region die große Mehrheit der Bevölkerung entschieden gegen das Endlager ist, darf nicht einfach über diese Bevölkerungsmehrheit hinweg in einer so einschneidenden Angelegenheit entschieden werden, auch wenn dies durch unsere Regierungsform und unser Grundgesetz möglich erscheint. Man muß zwischen "Berufschaoten" und seriösen, äußerst besorgten demonstrierenden Bürgern unterscheiden.
Es sollte auch zu denken geben, daß sich die zweifellos begründeten Ängste der Bürger vor der Atomenergie auch durch den hohen Werbe- und Propagandaetat der Atomlobby und ihrer Politiker nicht zerstreuen lassen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8210 8901 0

Ident.-Nr.: 63

Es darf auch nicht übersehen werden, daß derlei Projekte sich als niemals und nirgendwo in der Bundesrepublik mehr politisch durchsetzbar erweisen werden, eben aus dem eigentlichen Demokratieverständnis heraus.
Gebaut werden kann wohl - wie bei der WAA Wackersdorf - nur hinter dem Schutz aus Gräben, Zäunen und Wasserwerfern.
Zweifellos beruht diese Tatsache auch auf einer geänderten Einstellung der Bürger in Sachen Naturschutz, Energieversorgung und Lebensqualität, einer Einstellung, der von vielen Politikern leider noch kaum Rechnung getragen wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8901 0 0

Ident.-Nr.: 69

Wer kann garantieren, was bis zum endgültigen Zerfalltermin (und damit der Gefahrlosigkeit) in Niedersachsen geschieht, sei es durch Naturgewalten oder durch weitere politische Versäumnisse oder gar durch politischen Umschwung.
Nein!! So geht es nicht, und darum fordere ich Sie auf, von diesen Endlagerungsplänen und damit der Endzeitstimmung Abschied zu nehmen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3200 8901 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8901

Ident.-Nr.: 3167

Wegen der langen Zerfallszeit einiger radioaktiver Elemente (Pu !) muß ein Endlaer Hunderttausende von Jahren sicher sein. Diese Bedingung ist nicht erfüllt, allerdings wohl auch nicht erfüllbar. Da aber der einmal erzeugte radioaktive Abfall notwendigerweise irgendwo möglichst sicher gelagert werden muß, darf dies zumindest nicht in einem über lange geschichtliche Zeiträume hin bewohnten Gebiet geschehen. (Atomtests mitten in der Bundesrepublik wären mit Bestimmtheit "polotisch nicht durchsetzbar", ein atomares Endlager wird es nur bei weitgehender Geheimhaltung sein.)

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 3000 4000 8901

Ident.-Nr.: 5824

Ferner sehen wir nicht ein das der Bundesumweltminister über den Kopf der Bürger und über die Niedersächsische Regierung hinweg entscheidet, das in Schacht Konrad eingelagert wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8901 0 0

Ident.-Nr.: 5916

Die vergangenen Wochen der Einwendungsfrist haben gezeigt, daß die Bevölkerung das Endlager Schacht Konrad ablehnt, und zwar nicht nur die Bürgerinnen und Bürger in und um Salzgitter, sondern im gesamten Bundesgebiet wie auch im Ausland. Ich halte es für politisch rücksichtslos und undemokratisch sowie für gesellschaftspolitisch unverantwortlich, den Willen und die Ängste der Bevölkerung zu mißachten und gegen den erklärten Willen der Bürgerinnen und Bürger mit Zwangsmaßnahmen eine atomare Endlagerstätte in Salzgitter durchsetzen zu sollen.
Damit wird Unruhe in die Region getragen, die Menschen werden quasi zum Widerstand und zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen gezwungen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8901 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Wir fühlen uns in unserem grundgesetzlich garantierten Recht auf die Einhaltung des Rechtsweges unzumutbar eingeschränkt, es herrscht keine Waffengleichheit mehr vor dem Gesetz. Der Betreiber ist Antragsteller und Genehmigungsbehörde und Aufsichtsbehörde gleichzeitig. Gutachten können in beliebiger Aussagekraft bestellt werden, die Preise für gerichtliche Auseinandersetzungen werden für die Gegner unerschwinglich, für die Betreiber werden sie aus der Staatskasse, also auch von den Gegnern bezahlt. Der Rechtsweg ist aufgehoben. Bundesumweltminister Töpfer hat kein Mandat, um ein solches Verfahren in dieser Art durchzuziehen. Die Regierung, der er angehört, hat keine Nehrheit mehr in diesem Volk, die ursprüngliche Mehrheit ist durch Wahlbetrug erschlichen worden. Das Recht, das alle Gewalt vom Volke

Texte zum Sachgebiet Nr. 8901

ausgeht, ist umgeändert worden in: Alle Gewalt geht dem Volk aus!

Wir fühlen uns unzumutbar in unseren Rechten eingeschränkt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8901 0 0

Ident.-Nr.: 7629

Es gibt so viele Möglichkeiten, die Menschen mehr zu planmäßigem Handeln zu bewegen, um mit dem kleinsten Aufwand den größten Nutzen zu erzielen. Hierzu müssen sich nur alle Parteien einig sein und die Behörden mit gutem Beispiel vorangehen.
Wenn bei solchen Grundsatzfragen eine Partei die andere ausspielt, um die Macht zu erhalten oder zu erringen, dann bleibt alles wie gehabt und unsere Enkel oder Urenkel werden mal schreien: zu spät - zu spät!
Wenn dann noch nationaler Größenwahn hinzukommt, dann ist es ganz aus.
Was brauchen wir heute noch Auto- und Motorradrennen, Flugtage usw.?
Jeder Hans und Franz fährt doch heutzutage diese Luftverpester Lust hat und es sein Geldbeutel erlaubt.
Nur sparsamer Umgang mit allen Energieträgern kann uns vor dem "bitteren Ende" retten, denn die Hundsnasen werden immer wieder neue Energiequelle finden. Vor 18 Jahrn prophezeite man schon eine große Energiekrise vorau
Heute können hunderte von Ölquellen brennen, doch der "Saft" fließt grenzenlos.
Nur mit eiserner Hand sparen ist die einzige Rettung, wenn man nicht genug umweltfreundliche Energie (Sonne, Wind, Wasser, usw.) erzeugen kann.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8000 8901 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8902

Ident.-Nr.: 254

Diese Einwendungen erheben wir nicht nur für uns, sondern auch ausdrücklich namens und in vermuteter Vollmacht auch für die nachfolgenden Generationen. Ebenso machen wir ausdrücklich alle Bedenken anderer Einwender, Gutachter oder sonstiger Personen oder Institutionen auch zum Inhalt unserer Einwendungen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8902 0 0

Ident.-Nr.: 256

Gegen solche gesundheitsschädigenden Atommülleinlagerungen erhebe ich schärfsten Protest und Einspruch und hoffe, nachdem Frau Griefhan von der Greenpeace-Gruppe jetzt Umweltministerin ist, daß die Planung verworfen wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8902 1300 0

Ident.-Nr.: 307

Wir erheben Einwendung gegen das geplante Endlager SCHACHT KONRAD (aus Gründen, die wohl bekannt sein dürften).

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8902 0 0

Ident.-Nr.: 555

Bitte beachten Sie die Meinung der Bevölkerung, die strikt gegen das Atommüllager ist und verhindern Sie es!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8902 0 0

Ident.-Nr.: 5022

Weiterhin werden durch das Atommüllendlager "Schacht Konrad" elementare Voraussetzungen geltender Natur-, Umwelt- und Grundrecht mißachtet und verletzt.
gegen diese rechtwidrige und gesundheitsbedrohende Atommülleinlagerung erhebe ich deshalb schärftsten Protest und Einspruch.
Ich finde es einfach unfaßbar, überheblich und menschenverachtend, daß die vorgenannten gesundheits-, ja sogar lebensbedrohenden Risiken, die auch alle nach uns kommenden Generationen betreffen, von Politikern in Kauf genommen werden.
Gern erwarte ich Ihre baldige Stellungnahme und fordere die Berücksichtigung meines Einspruchs.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8902 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8902

Ident.-Nr.: 5054

Sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit erheben wir Einspruch gegen den Bau des Atommüll-Sonderlagers SCHACHT KONRAD in Salzgitter!
Die Gründe dafür liegen 1. auf der Hand und sind Ihnen 2. bekannt!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8902 0 0

Ident.-Nr.: 5925

Weiterhin fürchten wir in diesem Zusammenhang um die Freiheit der Wissenschaft und Forschung sowie die Unabhängigkeit der Justiz.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8902 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Frankfurter Rundschau, 18 10. 90: ATOMTESTOPFER
PRANGERN ARROGANZ DER NUKLEARMÄCHTE AN: "Bei den Atomtests in aller Welt werden Menschen wissenschaftlich als Versuchskaninchen eingesetzt, Kulturen zerstört, die Bevölkerung ganzer Städte und Dörfer in die Flucht getrieben, Erkrankung und Tod unzähliger Betroffener in Kauf genommen. 1834 Atomwaffenlversuche sind seit 1945 bekannt geworden. Die davon betroffenen Regionen haben vieles gemeinsam, so die Mißachtung und Arroganz der jeweils Verantwortlichen. Überall auf der Welt erkranken die Menschen an ähnlichen Symptomen: Krebs, Schilddrüsenschwellungen, Magen-Darm-Schaden, Leukamie, Immunschwächen...''

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8902 0 0

Ident.-Nr.: 5926

In den Planunterlagen findell sich keinerlei Hinweise auf die Niederaichbacher Erkenntnis, daß man bei Strahlenalarm seine wichtigsten Papiere einstecken und sich langsam Richtung Friedhof begeben soll; langsam, damit keine Panlk entsteht.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8902 0 0

Ident.-Nr.: 6383

Vor dem Hintergrund der zahllosen ungelösten Probleme und der nicht gegebenen Eignung der ins Auge gefassten ehemaligen Eisenerzgrube bitte ich Sie nochmals eindringlichst Ihr (gemeint ist Umweltminister Töpfer, Anmerkung d. R.) Engagement dem Vorhaben "SCHACHT KONRAD" als Atommüllendlager zu verwirklichen entgegenzuwirken.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8902 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8902

Ident.-Nr.: 6384

Sehr geehrter Herr Töpfer!
Ich bitte Sie, sich nachhaltig GEGEN das Atommüllendlager SCHACHT KONRAD nicht dafür, einzusetzen! Wir dürfen nicht so tun, als wären wir die letzten Menschen auf diesem Planeten!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8902 0 0

Ident.-Nr.: 7622

Ist Tschernobyl umsonst passiert? Konnte daraus nicht gelernt werden?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8902 0 0

Ident.-Nr.: 7629

Wir sind ein dicht besiedelten Gebiet in der Region Salzgitter-Braunschw haben durch die Industrie genug Umweltbelastung und benötigen für die Zu kunft keine weitere Gefährdung unserer Umwelt. Auch soll dabei Tschernob mit seinen schrecklichen Folgen und Verstrahlung nicht vergessen werden. Erst kürzlich habe ich die russische Familie mit ihren kranken Kindern gesehen und gesprochen, die zur Erholung bei uns am Mahner Berg waren. Die kleinen Kinder äußerten sich schon anerkennend über die gute Luft in der Umgebung des Mahner-Bergs und erzählten erschütternd für uns über ihre Erlebnisse nach der Katastrophe von Tschernobyl. Wir sollten alle ermahnt sein und nicht leichtfertig, wegen des Profitdenkens und der finanz. Vorteile die Stadt Salzgitter eventuell für die Einlagerung des Giftes bekommen soll, alles vergessen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8902 0 0

Ident.-Nr.: 8021

Atommüllager in der Stadt Salzgitter,
bringt Gefahr, darf nicht sein, wende ein!

Laßt die Atommüllberge nicht mehr wachsen,
bringt Gefahr, darf nicht sein, wende ein!
Wir brauchen auch kein Kernkraftwerk in Sachsen,
bringt Gefahr, darf nicht sein, wende ein!
Stoppt die Radioaktivität,
weil's auch ohne die Atomkraft geht.
Atommüllager in der Stadt Salzgitter
bringt Gefahr, darf nicht sein, wende ein!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8902 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8902

Ident.-Nr.: 32946

Salzgitter Echo! SCHACHT KONRAD Atommüll 1991?

Ist Dir das Leben nichts mehr wert?
Träumst Du noch weiter grundverkehrt?
Liebst Du die Welt, Musik das Leben? Dann hast Du keinen Grund es aufzugeben. Du bist für Frieden alle Zeit, nur eins macht Sorgen weit und breit - man will viel Müll im Schacht versenken - Salzgitter erwach - Du dürfst jetzt nicht nur denken; marschiere, schreibe brüll ins Land und reiche jedem Deine Hand der willig ist - und es erkennt, daß bald bei uns die Erde brennt.

Man will versuchen und probieren, wenn Bürger jetzt nicht protestieren. Es ist ein Krieg auf leisen Sohlen, den man von oben hat befohlen, fahrt weg das Zeug - ins Wüstenland - erhaltet unser Heimatland. Genug geplagt sind viele Leute aus Nazikrieg und Stasizeiten - sie zogen meist von Osten her - für diese Menschen gibt es rot und braun nicht mehr. Soll nun nach all den Schreckenszeiten der Müll uns auch noch hier begleiten? Das darf nicht sein.

Sollen unsere Kinder weiter leben, dann müssen alle danach streben, daß Atommüll keinen Zugang hat. Unblutig kam unser Vaterland wieder zusammen - unblutig und ohne Waffen, werden wir aber nur vereint es schaffen. Demokratische Massen - Demonstration führt zum Ziel, daß dieser leise Krieg auf Sohlen, nicht weiter wird befohlen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8902 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8903

Ident.-Nr.: 183

Weiterhin spreche ich mich für eine verstärkte, regional sinnvoll eingesetzte Förderung regenerativer Energien wie z. B. Windkraft im Küstengebiet aus.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8903 0 0

Ident.-Nr.: 193

Die Fehler in Sachen Umweltfragen, dessen Folgen nicht kalkulierbar waren, dürfen sich nicht noch einmal wiederholen. Heute gibt es Altlastprobleme (nicht nur in der ehem. DDR), für die wir kaum eine Lösung finden. Muß es denn schon morgen die Sorge um Atommüll sein? Können wir wirklich jedes Risiko vorausberechnen? Die Antowrt wollen wir lieber den späteren Generationen ersparen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8903 0 0

Ident.-Nr.: 194

Atommüll ist nichts anderes als eine Waffe, die töten kann, und Ihnen als Politiker müßte dieser Sachverhalt eigentlich bekannt sein. Die Mißachtung der Umwelt ist nicht mehr zu begreifen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8903 0 0

Ident.-Nr.: 247

Nutzen Sie die sich bietende Gelegenheit und führen Sie durch Ablehnung des Planes eine Energiewende herbei. Lassen Sie sich von einem Geschicht gefühl tragen und begünstigen Sie anstelle dessen den Ausbau lebensfreun licher Energieträger. Mit Beginn der Jahrtausendwende hätte Deutschland den Sprung in das Solarzeitalter getan - beispielgebend für die ganze Welt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8101 8903 0

Ident.-Nr.: 291

Ich erhebe Einspruch gegen die Geldverschwendung, die dieses Projekt und damit die gesamte Atomindustrie nach sich zieht. Jede Mark, die anstatt in das aberwitzige Atomprojekt in alternative Energieerzeugungsmaßnahmen gesteckt wird, trägt erwiesenermaßen viel mehr zum Umweltschutz bei. Darunter verstehe ich in diesem Fall den Schadstoffausstoß bei der Energ gewinnung.
Somit könnte das Geld umweltpolitisch also viel sinnvoller eingesetzt werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8903 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8903

Ident.-Nr.: 2839

Ich möchte mit meinen Einwendungen gegen eine Atommüllagerung zusammen mit vielen anderen verantwortungsbewußten Menschen erreichen, daß man sich in der Politik, Wissenschaft und Wirtschaft verstärkt Gedanken macht über andere, unsere Erde schonende Energiegewinnung und diese auch zur Anwendung bringt. Das sollte sogar soweit gehen, daß durch flankierende Maßnahmen ein sinnvoller Energieverbrauch gesteuert wird.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8903 0 0

Ident.-Nr.: 5045

Den zweiten Vorschlag, den ich an dieser Stelle noch vortragen will, ist ein in Politik und in der Bevölkerung weithin unpopulärer Gedanke: VERZICHT. Der Verzicht darauf, alles jetzt und sofort verfügbar zu haben. Der Verzicht darauf, so schnell wie möglich= so schnell wie technisch machbar, jeden Ort auf diesem Planeten erreichen zu können. Der Verzicht auf ein Wirtschaftswachstum, das zum Umdenken und Umsteuern bald keine Zeit mehr läßt. Die 40.000.000 (in Worten: 40 Millionen) Kraftfahrzeuge in Deutschland sind auch mit Atomstrom hergestellt worden und es werden der Autos immer noch mehr.
Die Luftfahrt verzeichnet zweistellige Zuwachsraten, zerreißt mit ihren Abgasen in großer Höhe die UV-filternde Ozonschicht und die Flugzeuge selbst bestehen im wesentlichen vom Material her aus Aluminium. Aluminium, das mit einem riesigen Bedarf an Strom (Atomstrom?) aus Bauxit erschmolzen wurde. Die Bundesbahn reduziert den vergleichsweise unweltschonenden Nahverkehr immer mehr, im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums. Das Hochgeschwindigkeitszeitalter wurde mit großem Pomp eingeläutet, doch der ICE braucht auch viel Strom, um 250 km/h zu fahren. Atomstrom?
Fazit:
Ich lege hiermit eine ergänzende Einwendung dagegen ein, in SCHACHT KONRAD Atommüll einzulagern. Ein Atommüllager SCHACHT KONRAD sehe ich nicht nur als dauernde Gefahr für Mensch und Umwelt an, sondern auch als Ausdruck der Fortsetzung der bisherigen verschwenderischen Energiepolitik sowie als Unfähigkeit, auf den nicht existenznotwendigen Atomstrom zu verzichten.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8903 0 0

Ident.-Nr.: 6305

Durch die Einrichtung eines Atommüllendlagers, den Betrieb von Atomkraftwerken, den Transport von atomarem Brennstoff und Müll, fühle ich mich latent gefährdet.
Ich setzte mich deshalb für die intensive Nutzung, Förderung und Weiterentwicklung alternativer und vor allen Dingen regenerativer Energien (z. B. Sonne, Wind, Erdwärme, Kraft-Wärme-Kopplung, Wärmespeicherung und Wasserstofftechnologie) ein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2000 8903 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8903

Ident.-Nr.: 7865

Ich bin gegen die massive Umweltverschmutzung in Zusammenhang mit der Einlagerung von Atommüll.
Aufgrund meines Alters (80 Jahre) und meinen Angehörigen bin ich nicht gewillt, die gesetzliche Handhabung der Regierung im Falle SCHACHT KONRA zu billigen. Ich bin der Meinung, daß das Bestreben des Bundesumweltamte nicht gebilligt werden kann. Ich bin der Meinung, daß Klaus Töpfer der größte Umweltverschmutzer der Bundesregierung ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8903 0 0

Ident.-Nr.: 8572

Der augenblickliche Bedarf an Energie darf nicht die Zukunft zerstören, dieses Risiko ist mir zu groß. Lieber bin ich bereit, mit Energieeinsparungen und höheren Energiekosten zur Nutzung anderer, alternativer Energien beizutragen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8903 0 0

Ident.-Nr.: 9322

Ich will umweltfreundlichen Strom (Sonne, Wind, Wasser) und wenn der noch sehr teuer ist, zahle ich lieber den Preis dafür, als mit meiner Gesundheit für den schädlichen, riskanten aber angeblich billigeren Strom.
Atomstrom ist grundsätzlich nur bei unmäßigem Lebensstil nötig. Ich bin daher für mäßigen Lebensstil.

Ich trete aktiv für den weltweiten Stop der Bevölkerungsexplosion mit allen Konsequenzen ein und bin deshalb gegen den gefährlichen Atomstrom, der es schaffen soll, trotz Bevölkerungsexplosion Energie zu schaffen.
Beides: sowohl Bevölkerungsexplosion wie Atomkraft beruhen auf der Illusion der grenzenlosen/unbegrenzten Belastbarkeit von Erde und Natur (nach dem Motto: Es ist zwar verrückt, aber es wird schon gehen ...).
Ich bestehe auf die Berücksichtigung dieses Arguments, denn die Atomstromdiskussion muß innerhalb der sie bedingenden Zusammenhänge diskutiert werden.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8903 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr, 8904

Ident.-Nr.: 542

Sollte man das Geld, welches für diesen Schrott - wortwörtlich gesagt - ausgegeben werden würde für Geräte, für Geräte, die vielleicht Blitze einfangen könnten, benutzen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8904 0 0

Ident.-Nr.: 543

Warum verwendet man das Geld, das man für AKW's ausgibt, nicht für Forschung? Es wäre sicherlich schon etwas besseres erfunden worden!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8904 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8905

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen Hinweise, wie rechtlich von Betreiberseite ein permanentes Akteneinsichtsrecht für die Öffentlichkeit eingerichtet werden kann, da sich die bisherige Dokumentation der Störfälle in Atomanlagen mehr wie eine gigantische Vertuschungsmaschine liest. Auch fehlen rechtliche Maßnahmen, die sicherstellen, daß eine Vertuschung und Verharmlosung eines Störfalls oder abweichender Grenzwerte die sofortige Entfernung der Verantwortlichen aus der Anlage zur Folge hat und wie die Haftung eventueller Schaden unbürokratisch und schnell durchgeführt werden kann.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8905 1300 0

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen Aussagen über den Schutz der Einwender vor ungerechtfertigten Schadensersatzforderungen der Antragsteller/Betreiber. Dieses Rechtsmittel ist mehrfach von den Entscheidungstragern als Druckmittel eingesetzt worden, um den Widerstand gegen ein Atomprojekt aufzuheben. Insbesondere ist der persönliche und finanzielle Einsatz des Einwenders in kein Verhältnis zu setzen zu dem des Betreibers/Antragstellers. Hier ist die grundgesetzlich garantierte Gleichheit vor dem Gesetz aufgehoben, da die informellen Einwirkungsmöglichkeiten des Betreibers auf das Verfahren in der Regel wesentlich effektiver und risikoloser sind. Wenn ein persönliches Haftungsrecht der Betreiber für rechtswidrige Anträge und deren Folgell von Atomanlagen existieren würde, hatte diese Republik nicht eine einzige Anlage. Dieses gilt insbesondere auch für den Entsorgungskomplex.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8905 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Es gibt keine Hinweise auf versicherungstechnische Haftungsabsicherung für eventuelle Störfälle nach AbschlußB des, Betriebes, für die Folgen der Irrtümer der Antragsteller. Es fehlen Angaben über die Haftungsentschädigungen, wenn Radionuklide wider Erwarten in die Biosphäre eindringen sollten. Wie soll eine Entschädigung für verseuchten Boden aussehen? Welche Kriterien der Berechnung sollen zugrunde gelegt werden?

Es fehlen Angaben, wie sich die zu erwartende Novellierung des Atomgesetzes etwa bei privaten Betreibern dieser Anlage auf die Entschädigungsfrage auswirken soll?

Alle diese gravierenden Planungsfehler, auch wenn sie gesetzlich irgednwo geregelt sein sollten, sind in dieser Endlagerproblema-

tik doch so komplex, daß sie Bestandteil des Plans sein sollten. Ihr Fehlen schränkt uns unzumutbar in unseren Rechten ein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8905 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen Angaben zu den laufenden und zu den Folgekosten der Anlage. Es fehlen Angaben, welche Kosten das Vorhaben bisher gefordert hat, wie die Kosten verteilt wurden und wer die einzelnen Beträge für was erhalten hat. Weiterhin fehlen Angaben, welche weiteren Kosten bis zur Fertigstellung des Endlagers zu gegenwärtigen sind und wie diese verteilt werden sollen. Dann fehlen Angaben, die eine Kostenabschatzung bis zum Abschluß der Einlagerungsarbeiten ersichtlich werden lassen. Insgesamt fehlt eine Gesamtkostenplanung, eine Aufteilung auf die Produzenten von Atomüll und auf uns Steuerzahler.

Es fehlt eine Kostenabschätzung für die Kosten nach dem Abschluß der Anlage. Wenn die Antragsteller behaupten, daß nach dem Abschluß der Anlage keine weiteren Kosten anfallen werden, so ist leicht zu schließen, was uns erwarten wird. Eine derartige Aussage in den Planunterlagen ist schon allein aus dem Grunde unglaubwürdig, da nach anderen Aussagen als denen der Antragsteller schon bald nach AbschluB des Betriebes mit neuen Maßnahmen zum Schutz von uns Betroffenen gerechnet werden muB.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8905 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Die Tatsache, daß gerade radioaktive Niedrigstrahlung bei Kindern und Ungeborenen eine wesentlich höhere Schädigungsrate verursachen wird, als hier vorgegeben, läBt eigentlich erwarten, daB hier horrende Absicherungen von Schadensersatzansprüchen nachgewiesen werden müBten.

Allgemein fehlen Hinweise, wie die Haftung für Schäden an uns generell geregelt sein soll. Gerade die Pläne der Bunderegierung, private Endlagerbetreiber zuzulassen, läßt diese Frage an den Plan wichtig werden. Auch fehlen Hinweise über die Haftungshöhe und den Nachweis eines Haftungsanspruches. Es fehlen Hinweise, ob die Betreiber beweisen müssen, daß sie keinerlei schädliche Emissionen verursacht haben und wie sie das nachweisen sollen, ob sie sich selbst kontrollieren sollen oder ob unabhängige Dritte den Betrieb überwachen werden. Es fehlen Hinweise, wie wir Betroffene nachweisen konnen sollen, daß eine Schädigung durch radioaktive Niedrigstrahlung eingetreten ist, welche Mittel uns dafür zur Yerfugung gestellt werden, wie wir an das vorhandene know how herankommen können und wie wir es finanzieren sollen. Es fehlen Hinweise, wo wir den Glauben hernehmen sollen, daß die Behörden in der Lage sein sollten, diese Nachweise zu fuhren.

Texte zum Sachgebiet Nr. 8905

Diese Sachlage schränkt uns unzumutbar in unseren Grundrechten ein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8905 2200 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8906

Ident.-Nr.: 5462

Aus der Vergangenheit haben wir gelernt, daß in Krisensituationen (z. B. Tschernobyl) den offiziellen Angaben und Maßnahmen wenig Vertrauen geschenkt werden kann. Daraus ziehen wir die Schlußfolgerung, daß Notstandsmaßnahmen oder offiziellen Angaben eher verharmlosen und uns keine Sicherheit vermitteln, besonders in Bezug auf oben genannte Punkte. Wir sind nicht bereit, auf einem Pulverfaß zu leben!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8906 0 0

Ident.-Nr.: 5925

D) Moral und Anstand dieser Gesellschaft sind am Sinken (Atomskandale /Dienstwagenbenutzung / Beschleunigungsgesetzte / Raststättenvergabe / Parteispendenaffäre ....). Es ist zu bezweifeln, ob diese Gesellschaft in allen Konsequenzen atomkonform ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 8906 0

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen ausreichende Hinweise, wie sich die Erkenntisse aus dem Bonner Untersuchungsausschuß zum Atom-Skandal auf den Plan auswirken sollen, dieses gilt insbesondere für die von der Mehrheit abweichenden Meinungen und Ergebnisse des Berichte:s.

Der Sachverhalt des Untersuchungsausschusses findet keinen Niederschlag in den Planunterlagen, die Betreiber tun so, als sei nie etwas gewesen und als müsse man keine Vorsorge gegen ähnliche Vorkommnisse treffen. Der BUND hat sogar Pläne, die Endlagerung zu privatisieren, was den betreffenden Sachverhalt in seiner Wiederholungswahrscheinlichkeit noch beträchtlich erhöht. Dieses schränkt uns unzumutbar in unseren Rechten ein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8906 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Die Unterlagen geben keinen Hinweis auf die Verarbeitung der Transnuklearprozesse, soweit abgeschlossen oder noch laufen und auf die Aktenlage des Prozesses in diesem Zusammenhang in Belgien, es werden keine Hinweise gegeben, welche Kontrollmechanismen vorgesehen sind, damit derartige Entwicklungen sich nioht wiederholen und es werden keine Hinweise gegeben auf die (durch die in den Prozessen verhandelten Sachverhalte entstandenen und beseitigten möglichen Schadlgungen der Bevölkerung vor allem auf die beträchtli-

Texte zum Sachgebiet Nr. 8906

chen Gefahren der illegalen Transporte.(Mol Gorleben)

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8906 0 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8907

Ident.-Nr.: 1182

In einer Zeit wo sich das Umweltbewußtsein stark entwickelt hat, wo wir z.B. mit 4 Personen nur eine kleine 120 l Mülltonne brauchen, auch bei 14tägiger Entleerung, weil wir:
Altglas entsorgen,
Altpapier entsorgen,
Tee und Säfte mit in die Schule geben, (keine Tera Verpackung keine Alutüten)
keinen Weichspüler benuten,
keine Plastikeinkaufstüten kaufen,
keine WC Reiniger benutzen und noch vieles mehr.
Es könnten hier noch eine Menge mehr Sache aufgeführt werden.
Angesichts jedoch der drohenden Radioaktivität in unseren Leben, fragen wir uns:" Lohnt sich jetzt überhaupt noch der ganze Aufwand???

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8100 8907 0

Ident.-Nr.: 3243

Wir bevollmächtigen Herrn Professor Weiss (Adresse siehe oben), unsere Grundrechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit bei der zu fordernden Anhörung mit zu vertreten.
Zu Punkt 3 der Einwendung von Herrn Prof. Weisss (Umweltverträglichkeitsprüfung) fordern wir die Genehmigungsbehörde noch zusätzlich auf, die international anerkannte Wissenschaftlerin Dr. Rosalie Bertell als Gutachterin hinzuziehen. Dr. Bertell ist Expertin für Strahlen- und Krebsforschung. Sie ist eine der weltweit bestausgewiesenen Spezialisten für Niedrigstrahlung und Medizinstatistik. Sie hat über 80 wissenschaftliche Aufsätze und Forschungsarbeiten in internationalen Fachzeitschriften publiziert und wurde u. a. als berufene Gutachterin vor dem amerikanischen Kongreß und vor der US Nuclear Regulatory Commission angehört.
Unabhängig davon bestehen wir darauf, daß das Buch von Frau Dr. Bertell, "Keine akute Gefahr", München 1987, als zentrale Grundlage unserer Einwendungen betrachtet wird, demzufolge also von der Genehmigungsbehörde in extenso Kapitel für Kapitel in seiner Relevanz für die hier zur Entscheidung stehende Planung eines Atommüllendlagers berücksichtigt wird. Die Autorin hat 1976 mit der Arbeit an dem Buch begonnen, das 1985 unter dem Titel "No Immediate Danger, Prognosis for a Radioactive Eaerth" in London erschienen ist.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1400 8907 0

Texte zum Sachgebiet Nr. 8907

Ident.-Nr.: 5600

Sollte Radioaktivität die Ursache meines Todes sein, so wäre meine Leiche ja verstrahlt und strahlt selbst. Wo wird sie "bestattet"? In Schacht Konrad?

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 2160 8907 0

Ident.-Nr.: 5926

Frankfurter Rundschau, 22.6.90: "AUSBILDUNG ZUM STRAHLENOPFER, Radioaktive Verseuchung von 1000 Bundeswehrsoldaten bestätigt: ... wonach ABC-Abwehrspezialisten und Strahlenschutzbeauftragte ... regelmäßig die Reinigung von radioaktiven Partikeln üben und dazu selbst radioaktiv belastet werden. ...über eine Belastung von 25 Millisievert. ...Zitiert werden britische Untersuchungen, denen zufolge bereits Väter, die mit 10 Millisievert verstrahlt werden, Kinder zeugen können, die später an Leukämie erkranken." (s.a. FR, 28.6.90: "ATOMÜBUNG BEUNRUHIGT ÄRZTE" und FR, 27.10.86: "BEHÖRDEN BENUTZEN MENSCHEN ALS ATOMARE VERSUCHSKANINCHEN, Alte und Kranke laut US-Parlamentsbericht, "Meßinstrumente" für Radioaktivität / 30 Jahre "Experimente wie bei den Nazis")
Wir machen die vorliegenden Forschungsberichte aus den drei oben zitierten Zeitungsartikeln der Frankfurter Rundschau uns zu eigen, ebenso wie alle öffentlich zhugänglichen oder über Regierungskontakte zugänglichen Forschungserkenntnisse aus den international bekannten Atomanlagen mit begleitenden Forschungsvorhaben und Veröffentlichungen, wie z. B.
- Hanford, USA
- Hiroshima, Nagasaki; international, USA,
- Winscale, Sellafield, Dounreay; GB

Da wir nur sehr begrenzt in der Lage sind, uns diese und andere Forschungsergebnisse zu besorgen, die Antragsteller - Betreiber jedoch weniger Mühe damit hätten, die Planunterlagen jedoch keine Hinweise darauf geben, daß diese Erkenntnisse Eingang in die Planung gefunden haben, soweit sie relevant für dieses Vorhaben sind, wenden wir ein, daß dieses Manko uns in unserer Sicherheit vor den schädlichen Wirkungen radioaktiver Niedrigstrahlung unzumutbar in unseren rechten einschränkt, zumal es keine unüberwindbaren Schwierigkeiten bereitet hätte, derartige Ergebnisse mit in die Forderungen an die Sicherheitsanalysen einzubeziehen.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8907 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Die erzkonservative Einstellung eines Teiles der christlichen Kirche zur Abtreibung läßt die Frage ungeklärt, ab wann man von eine industriellen Holocaust an den Kindern reden kann . Die Kampagne der katholischen Christen mit dem rechtlichen Höhepunkt einer Normenkontrollklage Bayerns vor dem BVerfG gegen die Abtreibung läßt den Aspekt der Kindstotung vor oder nach

Texte zum Sachgebiet Nr. 8907

der Geburt durch Umwelteinflüsse ganz außer Acht. Auch ist die Frage rechtlich ungeklart, wann in diesem Zusammenhang der Embryo zum Menschen wird. Es fehlen jegliche Untersuchungen in den Planunterlagen zum Problemkreis der Totgeburten, des plötzlichen Kindstodes und der Krekserkrankungen von Kindern (mit Todesfolge) im Zusammenhang mit Schadstoffbelastungen in der Natur, in der die Menschen leben. So ist es gerade in Salzgitter vollkommen unverständlich, daß diese Daten hier nicht erhoben wurden, wo doch die statistische Auswertung eindeutig auf signifikante Unterschiede bei derartigen Todesfällen zu anderen Gebieten in der Bundesrepublik hinweist. Man kann geradezu der Ansicht sein, daß sich die Industrie hier ein Verschleißpotential an Menschen anlegen will, das unaufgeklärt und lämmerhaft sich in sein Schicksal fügt. Hinnahme einer Industrie und lebensgefährlicher Anlagen als Gottes Wille. Diese fatalistische Auffassung herrscht zweifellos in Salzgitters Bevölkerung vor und die Planunterlagen unternehmen nichts, um diesen Informationszustand zu verbessern, sondern verschleiern die tatsächlichen Gefahren nicht unerheblich.

Wir fühlen uns durGh diesell Sachverhalt unzumutbar in unseren Rechten beein- trachtigt.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8900 8000 8907

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen Hinweise, wie die Betreiber einer Anlage verhindern wollen und ob sie es überhaupt verhindern wollen, daB die Gegner der Anlage als Panikmacher und Angstschürer denunziert werden, wo doch alle bekannten Störfalle in der Atomindustrie darauf hinweisen, daß es eher zu wenig als zu viel Angst vor dieser Industrie gegeben hat und die Informationsebene der Bevölkerung fur so gering angesehen wurde, daß man aufgrund der zu befurchtenden Panik auf die Wahrheit erst recht diese verschwieg und die Gegner diffamierte .

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1200 8907 0

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen Hinweise, wie die unterschiedliche Rechtssprechung bei friedlichen Blockaden von Atomanlagen und Blockaden durch Lastwagen (- fahrer oder streikende Stahlarbeiter in anderen Konflikten aufgefangen werden soll.

Es fehlen Hinweise, wie etwa europarechtliche Bestimmungen, die mit aller Wahrscheinlichkeit demnächst gelten werden und für dieses Verfahren relevant sein könnten, berücksichtigt werden sollen. Insbesondere fehlen Hinweise, wie der Rechtswiderspruch daß Demonstrationen und nicht Atomanlagen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellen, aufgefangen werden kann. Ohne diese menschenverachtende Industrie gäbe es die Gefahr einer Demonstration nicht. Die Verwechslung von Ursache

Texte zum Sachgebiet Nr. 8907

und Wirkung, die besonders im bayrischen Rechtsdenken in bezug auf die WAA Kapriolen schlug, ist nicht durch Hinweise gekennzeichnet, die hier darauf schließen lassen, wie man derartige Rechtsfehler jetzt vermeiden möchte. Im Gegenteil läßt sich aus dem Vorgehen des BMU, Niedersachsen anzuweisen, obgleich offensichtlich ist, daß das beantragte Endlager so nicht laufen kann, schließen, daß hier bayrischen Rechtsverhaltnisse zu erwarten sind . Dieser Sachvehalt schränkt uns unzumutbar in unseren Rechten ein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8907 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen Hinweise, wie die Erkenntnisse,
Folgen und Auswirkungen für den Betrieb des Endlagers aus den unterirdischen Atomtests verarbeitet werden sollen, um den Schutz der Betroffenen und unserer Familie zu erhöhen. Das bedeutet eine Einschränkung unserer Rechte in diesem Verfahren,

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1210 8000 8907

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen Hinweise, wie die Erkenntnisse aus den Akten der Wismut AG und den Folgen in bezug auf Schädigung der Gesundheit der Betroffenen verwendet werden sollen und können, um den Schutz der hier Betroffenen zu erhöhen. Es fehlen auch nur ansatzweise die Verarbeitung oder Einarbeitung von Erkenntnissen aus diesem Gebiet bezüglich einer Kontamination der hiesigen Bevölkerung und der Folgen, auch für unsere Familie. Das schränkt uns unzumutbar in unseren Rechten ein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1210 8000 8907

Ident.-Nr.: 5926

Es fehlen Hinweise in den Planunterlagen, die den
SchluB zulassen, daß die Entscheidungsträger das Phänomen H.E.R.O. verstanden und verarbeitet haben, um einen entsprechenden Schutz der Bevölkerung und unserer Familie zu gewährleisten. Das schrankt uns in unseren rechterl unzumutbar ein.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8907 0 0

Ident.-Nr.: 5926

Das
Betreiben von Atomanlagen jeglicher Art verstößt gegen die Weltdeklaration zum uberleben, zum Schutz und zur Entwicklung von Kindern, geschlossen von den UN am 30. 9 90. Der Plan unterstutzt den etrieb von Atomanlagen, seine Umset- zung in die Realitat

Texte zum Sachgebiet Nr. 8907

ist selbst eine atomare Zeitbombe von nicht absehbarer Wirkung.
Wir fuhlen uns besonders im Namen unseres Kindes und
unseres ungeborenen Kindes in unzumutbarer Weise eingeschrankt .

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8000 8907 0

Ident.-Nr.: 8684

Radioaktivität kann ich mit meinen Sinnesorganen nicht erfasssen. Diese Gefahr kann durch einen Unfall oder durch ständige "geringe" Strahlung zu gesundheitlichen Schäden oder zu einem vorzeitigen Tot führen. Wichtig ist hierbei besonders, daß ich nicht selber in der Lage bin die Gefahr zu erkennen, sondern mich auf Informationen anderer verlassen muß. Wie wir alle wissen wurden viele Unfälle, ob klein oder groß nach politischen finanziellen oder privaten Gründen verschwiegen. Da hilft auch kein Versprechen oder verbindliche Zusagen, die ja über ca. 40 Jahre Transport und ca. 100000 Jahren Lagerung bis zur Strahlenminderung gegeben werden müßten. Wer sichert mir und folgenden Generationen den rechtzeitigen Informationsfluß und wer kann die Glaubwürdigkeit über diese Zeiträume sicherstellen? Dieses Versprechen kann niemand geben und kann ich auch Niemandem abnehmen.
Vor 50 Jahren hatten wir noch Diktatur, die alles andere als ehrlich war. In unserer heutigen politischen Lage in Friedenszeiten dürfen wir uns nicht solche Zeitbomben in den Weg legen. Sie sind noch fürchterlichere Waffen als Chemiebomben, die wir wenigstens noch hören können.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 1500 8400 8907

Ident.-Nr.: 8690

Dazu zwei Zitate aus: "Protokolle einer Katastrophe" von Junij Stschierb 1988
1. "Die meisten rational denkenden Wissenschaftler und Technokraten hatt mit ihrem Fortschrittoptimismus und ihrer beschränkten Phantasie einen solchen Dunke. daß sie gar nicht in der Lage waren, etwas Derartiges vorauszusehen es auch gar nicht wollten."
2. "Aus dem Gespräch mit einer Journalistin, die sich bestimmter Gefahre schon vor der Katastrophe bewußt gemacht hatte: "...auch unsere Aktivitä Initiative, Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit sind gefordert- kurz gesagt, unsere Einstellung gegenüber allem, was im Land geschieht."
und 3. auf die Frage: "Was hättest du in deinem Artikel als Hauptproblem angesprochen? Daß die Menschen einander vertrauen müssen...

Ich bemerke dazu, daß meinem Mißtrauen gegenüber den Ausssagen der Exper das Mißtrauen von Gesellschaft und Experten mir gegenüber vorangeht.
Die Situation von Tschernobyl mag in technischer Hinsicht schwer verglei baar sein mit unserer Situation, aber prinzipiell wird bei uns ebenfalls die Technik von Menschen verwendet, und es gibt keine Garantie für einen dauerhaften Bestand unserer Gesellschaft in ihrer Form von heute in Hinblick auf die nächsten 1000 Jahre.

Die Folgen des Glaubens
"Nach Art patriarchaler Kirchtumspolitik wird uns das Paradies versproch um den Leuten die Gegenwart aus ihren Händen zu nehmen. " aus Gerda Schn

Texte zum Sachgebiet Nr. 8907

der "Die Liebe zur MAcht", 1989
Aber zum paradiesischen Zustand kommt es nicht. Bei genauer Betrachtung wird deutlich, daß der Weg in eine völlig andere Richtung führt.
"Der Maschinen-Mensch, das enteignete Sein ist das patriachale Emanzipationsziel" G. Schneider
Dieses Ziel verfolgen die Menschen, die an den wissenschaftlichen Fortschritt mittels Technik verfolgen.
die Maschinen, die uns allen dienen sollten, dienen "dem Ersatz für die Liebe", "die ganze atemlos expandierende ungeheuere technische Schöpfung ist nur eine Ersatzbefriedigung"
Wolf, 1987
"Der patriarchale Emanzipationsweg ist die Industrialisierng. Die "Enteignungsgesellschaft", ..."befreiet sich, indem sie absolute Unabhängigkeit von der Natur, den Frauen und der eigenen Lebendigkeit anstrebt, de vermeindlichen Abhängigkeiten."... "Ent-Eignung bedeutet den Ersatz der Prozesse mit eigener Dynamik, des Lebendigen, des Eigenen (Liebe, Sinn, Macht) durch (Vernichtungs-)Technik. Diese Technik wird als "Befreiungswerkzeug" der Eman(n)zipation verklärte: die dabei hergestellte Abhängig keit vonder Technik wird unterschlagen."
Diese Folgen des Glaubens werden mein Leben stärker und nachhaltiger bedrohen als verbessern, wie es mir versprochen wurde. Darüber muß diskutiert, informiert und nachgedacht werden, wenn wir wirklich ein Staat werden wollen, der lebensfähig ist, ohne auf Kosten seiner selbst oder anderer zu existieren.
Hierzu ein paar Worte zur Katastrophe von Seveso durch eine Firma, die dem Konzern Hoffman-la Roche & Co. AG, Basel angehört. Bei dem Unfall wurde Dioxin freigesetzt, dazu heißt es bei Dohmeier/Jansen 1983: "Eine der giftigsten Chemikalien, die je von Mensschen synthetisiert wurden, wenn nicht die giftigste überhaupt" - Radionuklide sind nicht minder giftig.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 8907 0

Ident.-Nr.: 8690

Es ist wichtig, noch einmal auf die Grundlage meiner Einwendungen gegen den SCHACHT KONRAD als Endlager gegen den SCHACHT KONRAD als Endlager zurückzugehen. Ich habe kein Vertrauen zu den Menschen, die an die Sicherheit der Endlagerung mittels wissenschaftlich fundierter Technik selber trauen, noch den Menschen, die sich im Falle des Schachtes ihrer bedienen. Weil ich bereits festgestellt, daß die Menschen, die die Endlagerung in SCHACHT KONRAD und die Atomenergieversorgung für richtig halten, einem Glauben anhängen, sind neben gewissen sachlichen Gründen die Menschen wesentlich wichtiger für meine Entscheidung gegen den Schacht als Endlager.
Die Verfeinerung der Technik , also ihre Qualität, ist abhängig von den Menschen und ihrer Gesellschaft. Gesagt wird aber, daß die Strahlenbelastung durch die Katastrophe in Tschernobyl mich nur treffen konnte, weil die Technik der UDSSR nicht ausgereift genug war. Gleichzeitig ist jedem klar, daß die Kritik eines sowjetischen Bürgers an der Sicher-

heit von sowjetischen Kernkraftwerken weniger einen Einfluß auf die Qualität der Technik gehabt hätte, als vielmehr Konsequenzen für den/die kritische/n Bürger/in.
Die Technik kann nicht perfekter sein als die Menschen, die diese verwenden. - ebensowenig richtiger oder besser!- Der Glaube an sie suggeriert diese Vorstellung. Das heißt, daß ich nicht über die Ausreifung der Technik diskutieren muß, sondern darüber, ob die Menschen, die mit ihr umgehen, vertrauenswürdig sind.
Es ist notwendig, die Haltung der Menschen zu verstehen, die immer noch dem technischen Fortschritt trauen, um ihnen die Konsequenzen ihres Glaubens und Handels deutlich machen zu können.
Außerdem verliere ich mit dem Vertrauen in die Menschen meiner Umgebung die entscheidende Möglichkeit, mit Menschen überhaupt umzugehen.
Diese fortschrittsgläubigen Menschen sind die Einzigen, die mir meine Sorgen und Zweifel nehmen können. Durch verstärkten Einsatz der Technik wird das unmittelbare Erfahrungswissen der Menschen zunehmend zerstört. Dadurch verlieren sie das Vertrauen in sich selbst und trauen infolge dieses Defizits denTechnokraten, Ärzten und Wissenschaftlern. Zu diesen haben sie ein scheinbares Vertrauensverhältnis, in Wirklichkeit ist es ein Abhängigkeitsverhältnis.
Speziell Wissenschaftler haben sich soweit von der Wahrnehmung der Wirklichkeit entfernt, auch vom Erkennen der Folgen ihrer Taten, daß ihnen nicht zu trauen ist. Es ist sicher, daß nicht der Mensch die Technik notwendig braucht, sondern daß er in die Abhängigkeit von Naturwissenschaft und Technik gerät. Diese bedürfen also notwendig des Menschen, der an sie glaubt. Sie sind das ideale Instrument für Mächtige.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 8907 0

Ident.-Nr.: 8690

Der Glaube an den wissenschaftlich technischen Fortschritt: fördert die Reproduktion weiteren Fortschritts und damit die Konzentration von Macht. Sowohl Fortschritt als auch Macht wirken zerstörerisch auf die natürlichen und weiblichen Voraussetzungen unseres Überlebens.
Der Glaube gründet auf der Annahme, wissenschaftliche Erkenntnisse könten in ihrer Verwendung für Wirtschaft, Technik und Produktion positive Wirkung auf unser Land haben. Mit eingeschlossen ist der Glaube daran, daß wissenschaftliche Erkenntnisse die Wirklichkeit abbilden und objektiv richtig seien. Sie drücken allerdings nciht mehr oder richtigere Wirklichkeit aus als z. B. Mythen. Mit der für uns seit der sog. Aufklärung stattfindenen Verbreitung wissenschaftliche Erkenntnisse geht erstens deren Verwendung als Mittel zur Denunziation und Vernichtung weiser Frauen und zweitens deren Verwendung als Mittel der zunehmendenTechnisierung und später Industrialisierung einher. Diese vernichteten und vernichten noch immer alltägliches Wissen und überlebensnotwendige Erfahrungen. Der Weg der sog. "Erkenntnis" geht also einher mit dem Tod vieler Menschen, insbesondere dem Tod vieler Frauen, und mündet in die Zerstörung unserer naturbündigen Grundlagen des Überlebens, die heute für alle wahrnehmbare Folgen hat. Diese Situation bedroht mich. Sie ist die Kehrseite der Erkenntnis, der wissenschaftlichen Aufklärung und der Technisierung, die beharrlich geleugnet und aus den Köpfen verdrängt wird. Es wird die Tatsahe verdrängt, daß zahllose Menschen an den Fortschritt und dessen Instrumente glauben, daß aber der Glaube an den Fortschritt keine "objektive" Rechtfertigung hat,

Texte zum Sachgebiet Nr. 8907

sondern eher einer Religion mit Absolutheitsanspruch nahekommt (ähnlich absolutistisch und intolerant wie die christliche Religion im Mittelalter) Ich erhebe Einwände gegen SCHACHT KONRAD als atomares Endlager , weil meines persönliche Lern- und Erfahrungsgeschichte mich gelehrt hat, kein Vertrauen zu Menschen zu haben, die behaupten, etwas ganz sicher zu wissen, wenngleich offensichtlich ist, daß ihr Wissen in Wirklichkeit Glaube ist. Im Fall SCHACHT KONRAD äußert sich der "Glaube" verschiedener Menschen: der Glaube des Umweltministeriums in Bonn mit Herrn Töpfer, der Glaube der Mitarbeiter an der Erstellung der Planunterlagen in der PTB, sowie der Glaube aller Menschen, die ein Interesse sowohl an der Endlagerung im Schacht als auch am Transport dorthin, als auch an der weiteren Produktion von Kernenergie haben, aber auch der Menschen, die Kerntech- nologie und Endlagerungstechnologie für gangbare Wege des Fortschritts und Überlebens halten und schließlich noch der Menschen, die glauben, die Experten machen es schon richtig, oder die von allem so lange nicht betroffen sind, wie sie nicht mit durch Strahlung verursachter Leukämie o. ä. im Krankenhause liegen. All diese aufgezählten Menschen teilen im Prinzip folgende Glauensvorstellungen: Sie glauben (hoffen), von Natur und Frauen - und letztlich von der Eigenen Lebendigkeit absolut unabhängig werden zu können. Dieser Versuch wird unter zuhilfenahme ovn (Natur-)Wissenschaft und Technik unternommen (vgl. Gerda Schneider, 1989). Deutlich wird dieser Glaube überall da, wo am Fortschritt gearbeitet wird. Dieser Glaube beruht in unserer Gesellschaft auf einem großen Konsens und wird deshalb mit Erkenntnis, Wissen und Erfahrung gleichgesetzt. Es wird verschwiegen, daß es sich um einen Glauben handelt. Ich wende ein, daß im Zusammenhang mit der Prüfung der Eignung des Schachtes für die Endlagerung bei der der oben genannte Glaube zum Ausdruck kommt. Ferner ist es durchaus möglich, den Glauben "über Fortschritt mittels Wissenschaft und Technik die Unabhängigkeit von Natur/Frau zu erlangen" vom Prizip her mit dem Glauben an einen Mythos zu vergleichen. Die negativen folgen des Fortschritts werde positiv dargestellt, um seine scheinbare Richtigkeit nicht in Frage stellen zu müssen. Ich erkenne, daß die Verfechter dieses Glaubens gleichzeitig dessen größte Nutznießer und daß die Verheißungen, die sie uns machen, nicht eingelöst werden können. Die Nutznießer sorgen für die gesellschaftliche Anerkennung des Glaubens und seine Ausbreitung , Heilslehre!

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 8907 0

Ident.-Nr.: 8925

Was mich als Laie immer irritiert, ist die Feststellung, daß die meisten befürwortenden Experten mehr oder minder von der Atomlobby abhängig, das heißt beruflich mit atomaren Entwicklungsproblemen verbunden sind, oder im Dienst der Atomindustrie stehen, die MAHNER und entschiedenen GEGNER hingegen in der Regel unabhängige Wissenschaftler sind. Aus diesem Grund habe ich auch den Kernphysiker ERICH HUSTER geben, für dieses Umweltbuch einen Beitrag über die Wirtschaftlichkeit der Atomkraftwerke aus seiner unabhängigen Sicht zu schreiben! (siehe Seite 58 ff) .
Seinen Worten gebe ich mehr Gewicht als den Arbeitnehmern von Kernforschungszentren oder anderen durch ihre Interessen gebundenen Experten, Journalisten und Politikern! Diese Zeilen dekcen sich voll und ganz mit

Texte zum Sachgebiet Nr. 8907

meiner persönlichen Meinung. Ich füge abschließend hinzu: Die Menschen waren früher gewiß nicht vernünftiger, als wir es heute sind. Aber die Ruinen und die Schäden, die wir heute mit unserer Unvernunft anrichten, sind bedeutend größer, als sie in der Vergangenheit waren. Die menschliche Unvernunft hat wohl nicht direkt zugenommen, ruinös angestiegen ist jedoch die Zahl der Unvernünftigen.
In einem noch vor kurzem unvorstellbar erscheindenden Ausmaß , haben tec nische Hilfsmittel, die sogenannten "Errungenschaften" , diesen Unvernünftigen die Kraft in die Hände gegeben, um die Folgen ihrer Unvernunft weiter sogar multiplizieren zu können!
Heute runiniert - homo sapiens - mit seiner Ausbeutungsmentalität nicht nur einzelne, begrenzte Regionen, sondern gleich voll rücksichtslos den ganzen Globus.

Zugeordnete Sachgebietskennziffern: 8400 8907 0